

Der Arabische Frühling

Auslöser, Verlauf, Ausblick



Studie des Deutschen Orient-Instituts

September 2011

Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation
-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-

gegründet / founded by NUMOV 1960

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Maghreb	
Tunesien.....	5
Ägypten	18
Libyen	34
Algerien	60
Marokko	67
Mashrek	
Syrien	74
Libanon	84
Jordanien	92
Irak	102
Palästinensische Autonomiegebiete	115
Golfstaaten	
Saudi-Arabien	126
Jemen	141
Vereinigte Arabische Emirate	151
Katar	160
Bahrain	168
Oman	180
Kuwait	187
Externe Akteure	
Türkei	194
Deutschland, die Europäische Union und der „Arabische Frühling“	208
Vorstand und Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung.....	221
Vorstand und Beirat des Nah- und Mittelost-Vereins- NUMOV.....	222
Impressum.....	224

DER GRÖßTE SIEG DES ARABISCHEN FRÜHLINGS LIEGT IN SEINER REIFE; SEIT LANGEM
HÄUFEN SICH DIE DEMÜTIGUNGEN, WIRD DIE VERACHTUNG IMMER UNERTRÄGLICHER,
IST DAS FASS AM ÜBERLAUFEN UND DROHT SOGAR IN TAUSEND TEILE ZU ZERBERSTEN.

DOCH DIE GESCHICHTE HAT IHREN EIGENEN RHYTHMUS UND IHRE EIGENE LOGIK,
DIE NICHT IMMER DENEN DER HISTORIKER ENTSPRECHEN.

Taher Ben Jalloun, in: Arabischer Frühling. Vom Wiedererlangen der arabischen Würde, Bonn 2011, S. 11.

DIE REVOLUTION IST DIE ERFOLGREICHE ANSTRENGUNG,
EINE SCHLECHTE REGIERUNG LOSZUWERDEN UND EINE SCHLECHTERE ZU ERRICHTEN.

Oscar Wilde

MAN KANN NIEMALS EINE REVOLUTION MACHEN, UM DAMIT EINE DEMOKRATIE ZU
GRÜNDEN. MAN MUSS EINE DEMOKRATIE HABEN, UM EINE REVOLUTION
HERBEIFÜHREN ZU KÖNNEN.

Gilbert Keith Chesterton

WER MIT 19 KEIN REVOLUTIONÄR IST, HAT KEIN HERZ.
WER MIT 40 IMMER NOCH EIN REVOLUTIONÄR IST, HAT KEINEN VERSTAND.

Theodor Fontane

Vorwort

Der Mann, der zu einem der wichtigsten Gesichter des „Arabischen Frühlings“ werden sollte, war bei seinem Tod am 4. Januar 2011 gerade einmal 26 Jahre alt – im März hätte er Geburtstag gefeiert. Der tunesische Gemüsehändler Muhammad Bouazizi, gehohlet und entehrt von einer tunesischen Polizistin, verbrannte sich aus Verzweiflung über die Korruption einer elitären Bürokratie, über die Willkürherrschaft eines tunesischen Staates, der sich selbst viel näher war als seinem Volk.

Der Tod dieses jungen Tunesiers wurde der Funke, der die Zündschnur entflammte. Mittlerweile gehen in vielen Ländern der arabischen Welt Menschen auf die Straße, demonstrieren für Würde, Teilhabe, Respekt, gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption. Bouazizi wurde, ebenso wie später der Blogger Khaled Said in Ägypten, in diesem „Arabischen Frühling“ zum Symbol für viele andere jungen Menschen einer entrechteten Generation, deren Wut, Zorn und Perspektivlosigkeit erst das Regime von Ben Ali in Tunesien, später das von Hosni Mubarak in Ägypten stürzen sollte und in anderen arabischen Ländern wie Syrien oder Jemen Triebfedern des Aufstands sind.

Viel ist geschrieben und gesagt worden über „die arabische Jugend“, die mit ihrem Enthusiasmus, politischen Willen, Mut und ihrer Mobilität die „jungen Gesichter“ dieses „Arabischen Frühlings“ geworden sind. Während in der Vergangenheit ihre Bedeutung marginalisiert oder nicht selten negiert wurde, bilden sie nun die Speerspitze des erhofften Wandels – so stellt sich zumindest die veränderte Breitenperzeption in der medialen Öffentlichkeit dar.

Die Dynamik und die Wucht, mit der die tunesischen, libyschen, jemenitischen oder syrischen Jugendlichen auf die Straße gehen, ihre Rechte einfordern und sich einem seit Jahrzehnten etablierten Repressions- und Verfolgungsstaat entgegenstellen, haben in der internationalen Beobachtung zu Staunen und Respekt geführt. Grund für dieses Stau-

nen, für diese offen gezeigte Überraschung, war die als pauschalisierendes Mantra gebrauchte Formel, die Araber seien träge, unpolitisch und genügsam, was in der Konsequenz mündete, sie seien zu weit reichenden Veränderungen im politischen System nicht fähig. Dies war ein Trugschluss. Dass nun der Widerstand aus der Mitte der jeweiligen Gesellschaften kam, verursachte gravierende Argumentationslücken und zeigte auf, wie fremd „uns“ die „anderen“ arabischen Gesellschaften bis heute sind.

Denn die plötzlich sichtbare Dynamik der Jugend ist nur das letzte Fanal einer sich seit Langem wandelnden islamischen Welt. In fast allen arabischen Ländern beträgt der Anteil der Menschen unter 25 Jahren mindestens ein Drittel. In Algerien, Ägypten, Libyen und Marokko sind weit über 60% unter 35, in Jordanien und Saudi-Arabien gar über 70%. Ebenso hoch ist die Arbeitslosigkeit, die z.B. in Algerien, Ägypten, Jordanien, Marokko, Syrien und Saudi-Arabien offiziell ca. 10% beträgt. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt weitaus höher; so konstatieren Experten für das ölreiche Saudi-Arabien eine Arbeitslosigkeit bei Saudi-Arabern unter 25 von etwa 30%.¹

Gleichzeitig übersteigt das Bildungsniveau zumindest das der Eltern bei Weitem. Dies belegen auch statistische Einschätzungen des *United Nation Development Programme* (UNDP): So erreichten Länder wie Algerien (Koeffizient: 0,708), Jordanien (0,797), Libyen (0,859), Tunesien (0,739), Libanon (0,797) oder Saudi-Arabien (0,779) verhältnismäßig gute Bewertungen². Beispielsweise rangieren Saudi-Arabien, Jordanien, Libyen oder der Libanon vor Ländern wie Türkei, Malaysia oder China. Bahrain nimmt unter den arabischen Ländern auf Platz 54 den Spitzenplatz ein, gefolgt von Jordanien und dem Libanon auf den Rängen 67 und 68. Schlusslicht auf Platz 171 von 177 ist der Jemen. Auch Marokko und Irak bewegen sich auf Platz 139 und 144 im unteren Drittel. Bemerkenswert ist allerdings in allen arabischen Ländern der Entwicklungsfortschritt, der sich in den letzten 40 Jahren beim Bildungsniveau vollzogen hat. So stieg in Libyen der Bildungsindex von 0,383 (1970) auf 0,859 im letzten Jahr. Ähnlich rasante Entwicklungen vollzogen sich in Bah-

¹ Die Diskrepanz zu den offiziellen Statistiken rührt auch daher, dass Frauen nicht aufgeführt werden, allerdings häufig keine Anstellung finden, da die patriarchalische Geschlechterordnung in Saudi-Arabien den Frauen nur wenige Berufsperspektiven bietet.

² Bei der Kategorisierung des UNDP beschreibt der Wert „1“ das höchste, die „0“ das niedrigste Bildungsniveau. Spitzenreiter ist Australien mit einem Wert von 0,993. Deutschland rangiert auf Platz 28 (0,878).

rain (0,511 auf 0,817), in Ägypten (0,333 auf 0,647), in Saudi-Arabien (0,267 auf 0,779), in Tunesien (0,346 auf 0,739) oder in Oman (0,172 auf 0,706).

Doch trotz all dieser Positiventwicklungen ist die Qualität der jeweiligen Bildungssysteme international nach wie vor nicht konkurrenzfähig. Noch immer bestimmen Auswendiglernen und Frontalunterricht den Schul- und Universitätsalltag, eigenständiges, kreatives Denken, das Stärken des Problembewusstseins sowie eine breite geisteswissenschaftliche Bildung sind die Rarität an arabischen Universitäten. In Libyen war es bis vor einigen Jahren verboten, eine Fremdsprache zu erlernen. Hinzu kommt die oftmals besser ausgebildete Konkurrenz aus dem Ausland: Facharbeiter aus Europa sind nach wie vor begehrter als einheimische Arbeitskräfte. Dies gilt insbesondere für die Golfstaaten. Zwar verfolgt fast jedes Land mittlerweile eine Nationalisierungspolitik des einheimischen Arbeitsmarktes, aber neben der besseren Qualifikation, die sie mitbringen, fordern die ausländischen Gastarbeiter häufig weniger Gehalt. Die Folge: Die Arbeitslosigkeit bei den Einheimischen steigt, während das Anspruchsdenken auf hohem Niveau stagniert. Hier erscheint der soziale und finanzielle Druck noch geringer als in anderen arabischen Staaten wie Ägypten und Tunesien. Doch sollten die Allokationsmechanismen der Golfstaaten mittelfristig versagen und die sozialen bzw. familiären Netzwerke junge Arbeitslose nicht mehr auffangen können, könnte dies zu weit reichenden Protesten aus sozioökonomischen Motiven führen.

Eines zumindest scheint sich zu bewahrheiten: Die arabische Jugend besteht keineswegs aus willfährigen Untertanen. Stattdessen ist sie längst Teil der globalisierten Welt. Vernetzt über Internet, *Facebook* oder Satellitenfernsehen wie *al-Jazeera* partizipieren sie viel stärker an den Entwicklungen der Postmoderne, als es von Seiten einer westlichen Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Dabei spielen Entwicklungschancen, Bildungsaufstieg, Karriere, Selbstverwirklichung und Teilhabe an der kapitalistischen Konsumgesellschaft eine viel größere Rolle als beispielsweise die Religion. Dass der „Islam als die Lösung“ keine besonders hohe Attraktivität mehr für viele junge Muslime besitzt, zeigte sich auf den Straßen in Kairo oder Tunis. Individuelle, pragmatische Forderungen

standen im Vordergrund, keine Vision eines islamischen Kalifats, einer islamistischen Herrschaft oder einer einenden *ummah*. Das Schreckensszenario neuer Gottesstaaten erfüllte sich bisher nirgends. Auch dies war überraschend und augenöffnend für „uns“, „den Westen“ – für die jungen Muslime aber bereits lange Teil ihrer Identität und ihrer Realität. Die letzten Monate bewirkten daher nicht nur einen fundamentalen Wandel in der politischen Landschaft im Nahen und Mittleren Osten, sie modifizierten auch die Sicht externer Akteure auf die jungen Gesellschaften in der arabischen Welt. So bleibt der Islam mit Sicherheit *ein* wichtiger Anker, *ein* spiritueller Halt und *eine* traditionelle Konstante für junge Muslime, aber sollte längst nicht als der wichtigste identitätsstiftende Faktor gesehen werden.

Hinzu kommt, dass es keine einheitliche arabische Jugend gibt, so wie es nicht *eine* islamische Welt gibt. Die islamisch geprägten Gesellschaften sind so heterogen, dass jede Pauschalisierung von der Realität binnen Tagen überholt werden kann. Der „Arabische Frühling“ zeigt demnach „die islamischen Welten“, wie sie auch sind: Bunt, dynamisch, änderungswillig, kämpferisch, hoffnungsfroh, ambivalent, konflikt- und komplexbeladen, unsicher, auf der Suche nach Identität. Die Jugend, ihr Aufschrei und die Mittel, die sie nutzen, zeigen andere Facetten dieser multidimensionalen Welt mit ihren heterogenen Gesellschaften. Sie ringen um ihre Rechte und ihre Freiheit und fordern Pluralismus im System. In der innergesellschaftlichen Struktur herrschte diese stets. Die heutige Generation der arabischen Jugend wuchs auf in repressiven Systemen, viele kennen nur einen politischen Führer, sei es Ali Abdallah Salih im Jemen, seit 1978 an der Macht, Hosni Mubarak in Ägypten, der 30 Jahre Ägyptens Präsident war, oder Vater Hafiz und Sohn Bashar al-Asad, die Syrien insgesamt 40 Jahre lang regieren. Verkrustete, korrupte und repressive Regime bestimmten den Alltag vieler junger Menschen. Sie arrangierten sich mit dem Nepotismus, den Patronage- und Klientelnetzwerken. Sie wuchsen auf mit der ideologisch verbrämten sozialistischen, nationalistischen oder royalistischen Propaganda der diversen Regimes. Doch sie gewöhnten sich nicht an die Unterdrückung der individuellen Freiheit, der Presse und der Meinungsvielfalt. Stattdessen schufen sie Gegengesellschaften, individuelle Netzwerke,

die flexibel und chamäleonartig den Fängen der Sicherheitsapparate entflohen, die sich interaktiv austauschten und sich über das Internet internationalisierten. In diesen Tagen scheint es, als hätten immer mehr ihre Angst vor den Repressionsmaschinerien der Regimes verloren. Die einstmaligen postkolonialen Befreier haben längst Ansehen, Akzeptanz, Autorität und Unterstützung weiter Teile der jungen Menschen verloren. Heute spielen Ideologien oder Führeridole keine Rolle mehr bei der Jugend. Die säkularen Ideologien haben ebenso wie der Islamismus den jungen Frauen und Männern keinen wirtschaftlichen Fortschritt und individuelle Verwirklichungsmöglichkeiten gebracht. Es scheint so, als befreiten sie sich aus der Illusion, ihr Schicksal könne von anderen Akteuren zum Besseren gewendet werden. Der „Arabische Frühling“ beweist, dass die arabische Jugend ihren eigenen Weg suchen will.

Doch wohin führen die Revolutionen? Welche Rolle wird die Jugend mittelfristig einnehmen können? Kann sie wirklich ein einflussreicher und von den alten Eliten respektierter und akzeptierter *change agent* werden? Viele der politischen Strukturen, in denen sie sozialisiert wurden, werden durch den Sturz eines Regimes nicht obsolet. Die alten Eliten werden weiter über Einfluss verfügen. Sie konnten Netzwerke aufbauen und auf ihnen beruht die politische und administrative Infrastruktur. Die Transition dieser Systeme wird Zeit brauchen und sie wird von vielen Kräften vorangetrieben werden, von Kräften, deren Wille nach Veränderung der bestehenden Verhältnisse deutlich schwächer ausfallen dürfte als bei den jungen Demonstranten: Traditionelle Akteure des autoritären Staates, die fürchten, ihre Pfründe zu verlieren. Wenn Systeme fallen, kippen auch die Patronage- und Klientelismusnetzwerke. Dies führt zu Verlierern in den Reihen der alten Eliten. Das gilt vor allem für die Wirtschaftsmagnaten und das Militär. Ob sie gewillt sind, als Relikte einer negativ wahrgenommenen Vergangenheit ihren Einfluss aufzugeben, muss bezweifelt werden. Viele Akteure der alten politischen und wirtschaftlichen Strukturen werden sich transformieren, um zu reüssieren. Die Jugend muss Geduld haben. Ein radikaler Wandel, eine Exklusion der alten Machteliten erscheint unwahrscheinlich und vielleicht auch unklug. Als Beispiel kann die Verbannung der alten Baath-Kader und Militärs im Irak nach dem Sturz von Saddam Hussein in die Bedeu-

tungslosigkeit gesehen werden. Dies erzeugte soziales Sprengpotenzial, schuf radikalisierte, desillusionierte und staatsfeindliche Gruppen, die mit zur instabilen Lage des Iraks in der Post-Saddam-Ära beitrugen. Hier gilt es vor allem in den Ländern Ägypten und Tunesien abzuwägen ohne abzuschwächen, nationalen Dialog herzustellen ohne zu verharmlosen, zu integrieren ohne zu verdrängen, zu verändern ohne massiv zu spalten.

Hierbei muss die Jugend ebenso einbezogen werden wie islamitische Gruppierungen, z.B. die ägyptischen Muslimbrüder oder die tunesische *An-Nahda*-Partei. Eines jedoch scheint sicher: Die arabische Welt durchläuft einen fundamentalen, historischen Wandel und die Jugend ist eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Triebfeder dieses Wandels. Es bleibt abzuwarten, ob sie auch eine tragende Rolle in der postrevolutionären Ära erhalten wird, wann immer diese beginnt, oder ob sie zwischen den einzelnen nach Macht und Einfluss strebenden Akteuren an Einfluss und Bedeutung verliert. Zu hoffen bleibt, dass die „Jasminrevolution“ nicht verwelkt.

Die Publikation „Der Arabische Frühling: Auslöser, Verlauf, Ausblick“ des Deutschen Orient-Instituts analysiert die Ereignisse der letzten Monate in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, stellt diese in den historischen, sozioökonomischen und gesellschaftlichen Kontext und untersucht den Wandel in der arabischen Welt.

Hierbei werden nicht allein Staaten wie Tunesien, Ägypten oder Libyen in den Blick genommen, die als *Hot Spots* des „Arabischen Frühlings“ gelten, sondern auch die vermeintlichen „Horte der Stabilität“ wie Saudi-Arabien oder andere ressourcenreiche Golfstaaten. Auch vor diesen Ländern macht der Wandel in der Region nicht Halt. Er verdeutlicht sich aber in jedem Land auf unterschiedliche Weise. So möchte die Publikation auf Tendenzen, Perspektiven, Brüche und Herausforderungen in allen arabischen Ländern aufmerksam machen und in einem Exkurs auch die Rolle von Deutschland, der EU und der Türkei beleuchten.

Sebastian Sons

Wissenschaftlicher Abteilungsleiter
des Deutschen Orient-Instituts

Landesdaten Tunesien

Fläche ¹	2011	163.610 km ²
Bevölkerung ²	2010	10.400.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	67,81
Ethnische Gruppen ⁴	2010	98% Araber, 1% Europäer und andere
Religionszugehörigkeit	2010	98% Muslime, 1% Christen, 1% Juden
Durchschnittsalter ⁵	2010	30 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁶	2011	24%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁷	2011	7%
Lebenserwartung ⁸	2010	74,3 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ⁹	2011	12.700.000
Geburten pro Frau ¹⁰	2009	2,1
Alphabetisierungsrate ¹¹	2010	74,3%
Nutzer Mobiltelefone ¹²	2009	9.754.000
Nutzer Internet ¹³	2011	3.600.000
Nutzer Facebook ¹⁴	2011	2.602.640
Wachstum BIP ¹⁵	2010	3,7%
BIP pro Kopf ¹⁶	2010	7.979 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁷	2010	14%
Inflation ¹⁸	2011	4,0%
S&P-Rating ¹⁹	2011	BBB-
Human Development Index ²⁰	2010	Rang 81(von 169)
Bildungsniveau ²¹	2010	Rang 90 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre ²²	2010	33,5%
Politische Teilhabe ²³	2009	11,4%
Korruptionsindex ²⁴	2010	Rang 59 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ <http://www.tradingeconomics.com/tunisia/population-density-people-per-sq-km-wb-data.html>.

⁴ <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ts.html>.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://hdr.undp.org/en/data/profiles>.

⁹ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹⁰ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹¹ CIA – The World Factbook.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>; International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁶ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁷ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁸ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁹ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf, abgerufen am 29.08.2011.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends>.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²³ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁴ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Tunesien

Tunesien ist das Land, in dem der „Arabische Frühling“ seinen Anfang nahm. Die Akteure der Proteste waren dabei ebenso heterogen wie die Akteure der Transitionsbewegung. Die Stärke des politischen Aktivismus und das Ausmaß der sozialen Mobilisierung hatten schließlich, für viele überraschend, zum Sturz des Regimes von Zine el-Din Ben Ali geführt. Nun wird der Erfolg der Revolution durch den schwierigen Transitionsprozess gebremst: Ein neues politisches System muss aufgebaut und Stabilität erreicht werden, gleichzeitig fordert die Bevölkerung einen umfassenden Bruch mit der alten Ordnung. Die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme genießt oberste Priorität. Die sozialen Missstände hatten die Aufstände ausgelöst und sorgen weiterhin für Unruhen im Land und wachsende Unzufriedenheit mit der derzeitigen Übergangsregierung.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Das heutige Gebiet Tunesiens wurde 1574 von den Osmanen erobert. Unter den Husainiden, die von Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur Ausrufung der Republik 1957 als regionale Dynastie herrschten, erlangte Tunesien einen hohen Grad an Selbstständigkeit, blieb aber offiziell osmanische Provinz. Die im 19. Jahrhundert von der staatlichen Führung initiierten Reformmaßnahmen konnten den zunehmenden Einfluss europäischer Mächte nicht zurückdrängen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten die Regierung dazu gezwungen, außerdem lenkte Tunesien aufgrund seiner strategischen Lage schnell das Interesse Frankreichs und Italiens auf sich. 1881 wurde Tunesien zum französischen Protektoratsgebiet erklärt. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg entstand eine gegen Frankreich gerichtete nationale Protestbewe-

gung, die sich in den 1930er Jahren zunehmend radikalisierte. Unter der Führung Habib Bourguibas konnte Tunesien 1956 die staatliche Unabhängigkeit wiedererlangen. 1957 setzte die verfassungsgebende Versammlung den letzten Husainiden-Bey ab und proklamierte die Republik.

Bourguiba wurde der erste Staatspräsident der Republik Tunesien. Er verfolgte einen autoritären Regierungsstil und ließ sich 1975 in seinem Amt auf Lebenszeit bestätigen. Er orientierte sich an der westlichen Welt, indem er enge diplomatische Beziehungen zu den USA und Europa unterhielt. Sein Ziel war es, Zugang zu den europäischen Märkten zu erlangen. Unter seiner Herrschaft wurden eine Reihe sozialer und wirtschaftlicher Reformen durchgeführt, welche den Einfluss der Religion auf das öffentliche Leben stark einschränkten. Islamistischen Gruppen wurde der Zugang zum politischen System verweigert. Im Zuge der Säkularisierung wurden Koranschulen verstaatlicht und der Kompetenzbereich der Gelehrten eingeschränkt. Ein säkulares Rechtssystem und ein für arabische Staaten revolutionäres Familienrecht, das die Frau dem Mann gleichstellte, wurden erlassen. Bourguibas Amtszeit stützte sich auf drei Pfeiler: die Dominanz des Präsidenten, die Übermacht der Staats- und Einheitspartei *Destour*¹ sowie eine moderne staatliche Verwaltung. Als Opposition zur fast uneingeschränkten Machtfülle des Präsidenten entwickelten sich zwei politische Gegenkräfte: Zum einen die Gewerkschaften², zum anderen die islamistische Bewegung, die sich 1981 unter der Führung Rachid Ghannouchis³ als *Mouvement de la Tendance Islamique* (MTI) zu organisieren begann.

Nach einer erfolglosen sozialistischen Phase orientierte sich die Wirtschaft bald an marktwirtschaftlichen Prinzipien. Dennoch blieb sie vom öffentlichen Sektor beherrscht und von äußerer Konkurrenz isoliert. Der instabilste Faktor der tunesischen Wirtschaft blieb die in-

¹ Die *Destour*-Partei wurde 1920 von der einheimischen tunesischen Führungsschicht mit dem Ziel gegründet, Tunesien von der französischen Kolonialkontrolle zu befreien. Der Begriff „Destour“ stammt aus dem Persischen und wird auch heute im Hocharabischen als Bezeichnung für „Verfassung“ verwendet. Die Neo-*Destour*-Partei wurde 1934 von Habib Bourguiba gegründet, nachdem es zur Spaltung der *Destour*-Partei gekommen war. Sie war nach der Unabhängigkeit jahrelang die allein regierende Partei Tunesiens.

² Beim Kampf für die Unabhängigkeit hatte Bourguiba eng mit der *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT) zusammen gearbeitet, deren Führer Ferhat Hachad war. Die UGTT wurde 1946 gegründet. Später kam es zu Konflikten mit dem Bourguiba-Regime, das den Einfluss des Gewerkschaftsverbandes teils mit Gewalt zurück drängte. Die UGTT war im Verlauf der Revolution 2011 eine treibende Kraft während der Proteste.

³ Der Philosophie-Lehrer Rachid Ghannouchi wurde 1987 zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt. Seit den 1970er Jahren propagierte er eine Rückkehr zu islamischen Werten in der tunesischen Gesellschaft. Auf die Gründung seiner Bewegung der islamischen Orientierung (MTI) reagierte der Staat repressiv und förderte letztendlich radikale Tendenzen innerhalb der islamistischen Bewegungen Tunesiens.

effiziente Landwirtschaft. So wuchs die Abhängigkeit Tunesiens von ausländischen Märkten stetig. Das Bourguiba-Regime wurde auch mit einem zunehmenden Entwicklungsgefälle zwischen dem vernachlässigten Landesinneren und den Küstengebieten konfrontiert. Ebenso wuchs die Bevölkerung um 2,5% jährlich, die Arbeitslosigkeit betrug um die 20%. Mitte der 1980er Jahre spitzte sich die wirtschaftliche Lage zu: Auslöser waren zwei aufeinander folgende Missernten sowie die kollabierenden Ölpreise bei gleichzeitig explodierenden Auslandsschulden. Die Aufstände wurden durch eine Brotpreiserhöhung aufgrund des Wegfalls staatlicher Subventionen entfacht. Zur Beruhigung der Lage wurden die Preiserhöhungen teilweise zurück genommen und soziale Zugeständnisse wie die Schwächung der Einparteienherrschaft und die Zulassung einzelner Oppositionsparteien erlassen. Bourguiba war zu diesem Zeitpunkt schon gesundheitlich geschwächt, seine zweite Ehefrau Wassila Ben Ammar soll im Hintergrund die Amtsgeschäfte geführt haben. 1987 kam Zine el-Abidin Ben Ali⁴ durch einen unblutigen Putsch an die Macht und löste den altersschwachen Bourguiba als Staatspräsidenten ab. Es wurde bekannt gegeben, dass Bourguiba mit zunehmender Krankheit nicht mehr im Stande sei, die Regierungsgeschäfte zu führen. Die Übernahme der Macht durch Ben Ali war mit Artikel 57 der Verfassung vereinbar, da danach der Premierminister Präsident wird, sobald dieser nicht mehr fähig ist, die Regierungsgeschäfte zu führen.

Ben Ali sicherte sich seinen Führungsanspruch durch ein mehrgleisiges Vorgehen: Zum einen musste er das Vertrauen der Bevölkerung für sich gewinnen, zum anderen die wirtschaftlichen Probleme des Landes bekämpfen. 1988 wurden zahlreiche Parteien zugelassen⁵, und die Amtszeit des Präsidenten wurde auf 15 Jahre beschränkt. Anfangs machte die Freilassung oppositioneller Gefangener der Bevölkerung Hoffnung auf ein weniger autoritäres Regime unter Ben Ali. Seit 1992 ging Ben Ali, der als Innenminister bereits seit 1984 mit der Bekämpfung der isla-

mistischen Opposition beauftragt war, wieder hart gegen jene Gruppen vor. Der Ausbruch des Bürgerkrieges in Algerien nach dem Wahlsieg der islamistischen FIS förderte in Tunesien die Entstehung eines allmächtigen, mit strenger Zensur und Polizeigewalt herrschenden Staates. Dadurch wurde die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft behindert. Ben Ali verfolgte die Strategie, das System soweit zu reformieren, dass es leistungsfähiger wurde, ohne jedoch den neuen Akteuren zu viel Macht zukommen zu lassen. Die *Destour*-Partei benannte er in *Rassemblement constitutionnel démocratique* (RCD) um. Die RCD-Partei hatte sowohl programmatisch als auch machtpolitisch ein geringeres Gewicht als unter Bourguiba, sie wurde lediglich zur Umsetzung der Regierungspolitik beauftragt. Es wurden nur Oppositionsparteien zugelassen, die dem Regime loyal gegenüber eingestellt waren. Ben Ali stützte seine Herrschaft auf einen ausgebauten Sicherheitsapparat sowie einen inneren Zirkel von persönlichen Beratern. Diese entstammten früheren politischen Führungspositionen oder banden strategisch wichtige Bevölkerungsgruppen mit ein.

Tunesien erhielt finanzielle Zuwendungen der EU und der Weltbank. Der politische Liberalisierungskurs wandelte den tunesischen Markt in eine marktwirtschaftliche und exportorientierte Wirtschaft (v.a. Textilien und Handwerk). Ein wichtiger Schritt war die Unterzeichnung des Euro-mediterranen Assoziierungsabkommens von 1995, das Tunesien den Zugang zum europäischen Markt ermöglichte. Die EU wurde mit 96% zum Hauptabnehmer aller tunesischen Produkte. Die wirtschaftliche Entwicklung unter Ben Ali muss so auch als Erfolg bewertet werden. So stieg die Exportrate um 5% jährlich, das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete zeitweise ein Wachstum von fast 5%. Die Geburtenrate sank⁶ und die Armut ging zurück⁷. Demnach wurde Tunesien im Human Development Index zwischen 1980 und 1999 der größte Fortschritt in der Region des Nahen und Mittleren Ostens bescheinigt. Doch die soziale Entwicklung blieb hinter den ökonomischen Fortschritten zurück, was sich

⁴ Ben Ali war unter Bourguiba von 1958-1974 zunächst Chef des militärischen Sicherheitsdienstes. 1978 wurde er als Sicherheitschef in die Regierung berufen, 1980 ernannte ihn Bourguiba zum Leiter des nationalen Sicherheitsdienstes, 1984 wurde er Innenminister.

⁵ Darunter: Demokratische Sozialistische Bewegung (MDS), Kommunistische Partei Tunis (PCT), Volkseinheitspartei (PUP), Fortschrittliche Sozialistische Vereinigung (RSP), Liberale Sozialpartei (PSL) und die Vereinigte Demokratische Union (UDU). Religiös orientierte Parteien waren verboten.

⁶ Geburtenrate pro Frau im Vergleich: Zwischen 1970 und 1975 lag diese bei 6,2, zwischen 2000 und 2005 nur noch bei 2,0. Tunesien hat heute die niedrigste Geburtenrate der ganzen arabischen Welt und ein Bevölkerungswachstum von etwa 1%.

⁷ Verbreitung von Armut in Prozent: 1995 lag diese bei 8,1%, im Jahr 2000 nur noch bei 4,1%.

in hohen Arbeitslosenraten (14%) und einem hohen Grad an Analphabetismus (25%) ausdrückte. Viele Tunesier waren von dem Widerspruch zwischen hohem Ausbildungsniveau und der Realität auf dem Arbeitsmarkt betroffen.

Die Hoffnung in der Bevölkerung, dass mit der wirtschaftlichen Liberalisierung zwangsläufig auch eine politische Öffnung erfolgen würde, wurde somit enttäuscht. Während Bourguiba seinen Machtanspruch politisch legitimierte (Erreichen der Unabhängigkeit, Formierung einer modernen säkularen tunesischen Nation), legte Ben Ali seinem Machtanspruch eine ökonomische Basis zugrunde. Der bessere Zugang zu Ressourcen sollte die Bevölkerung die fehlenden politischen Freiheiten vergessen lassen.

Ben Ali baute eine neue Herrschaftselite aus der einheimischen Wirtschaftselite auf. Ziel der neuen Eliten war jedoch nur, das System zu reformieren, um es zu stabilisieren – nicht, es wesentlich zu verändern. Diese neue Generation der Eliten wurde oftmals durch Heirat untereinander zusätzlich verbunden. Diese kleine Zahl mächtiger Familien stand in enger Beziehung zur Familie Ben Alis oder der seiner Ehefrau Leila Trabelsi. Tunesien wurde damit zum Prototyp eines „autoritären Reformers“. Die selektive Umgestaltung der Gesellschaft durch die Liberalisierung der Wirtschaft bei gleich bleibend restriktivem politischen System führten dazu, dass das alte System trotz Erneuerung der Eliten bestehen bleiben konnte. So gelang es Ben Ali, das autoritäre Regime Bourguibas zu modernisieren und durch eine neue Form des „pluralistischen Autoritarismus“ zu ersetzen: Einzelne Oppositionsparteien wurden zugelassen, doch der Ausgang der Wahlen soll regelmäßig zugunsten Ben Alis manipuliert worden sein⁸. Es wurden scheindemokratische Institutionen gebildet. Nur wer die Regeln des Regimes akzeptierte, konnte am politischen Leben teilhaben, was mit persönlichen Vorteilen verbunden war. Die Methoden des Machterhalts schwankten zwischen Tolerierung und Repression, der Sicherheitsapparat diente als Mittel zur Machtsicherung.

Die Bedrohung durch ein Erstarken islamistischer Gruppen und bürgerkriegsähnlicher Zustände wie in Algerien nahm das Regime als Begründung und Rechtfertigung für den aus-

gebauten Sicherheitsapparat. Eine Aussöhnung mit den islamistischen Parteien hätte folglich kontraproduktiv gewirkt, so die einhellige Haltung des Regimes. Zur Stärkung des Sicherheitsapparates setzte Ben Ali Sicherheitsoffiziere in hohe Regierungsposten ein.

Vetternwirtschaft war ein weiteres wesentliches Merkmal aus Ben Alis Regierungszeit. So besetzten die Familie Ben Ali und die Familie seiner Frau wichtige Schlüsselpositionen in Politik und Verwaltung, Korruption war weit verbreitet. Die politische Macht verlagerte sich von der offiziellen Hauptstadt Tunis hin zum Präsidentenpalast in Karthago. Die Partei spielte kaum mehr eine Rolle, vielmehr blieb die Entscheidungsgewalt dem Präsidenten und seiner Entourage vorbehalten. Somit wurden klientelistische Netzwerke weiter gestärkt.

Außenpolitisch unterhielt Ben Ali gute Beziehungen zum Westen. Er unterzeichnete 1988 als erster aller arabischen Staatshäupter die Anti-Terror-Konvention der Vereinten Nationen. Auch mit den arabischen Staaten, besonders mit Libyen und Ägypten, leitete er Beziehungen ein. 1988 wurde die Arab-Maghreb-Union⁹ gegründet, um gesicherte Wirtschaftsverbindungen nach dem Vorbild der EU zu entwickeln. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 gaben Ben Ali die Rechtfertigung, noch härter gegen die Opposition vorzugehen und seine Alleinherrschaft auszuweiten.

Die Geschichte Tunesiens zeigt auf, dass ein Wechsel der Eliten nicht zwangsweise mit einem Wechsel des Systems verbunden sein muss. Ben Ali verstand es, den Übergang vom Regime Bourguibas zu seinem Regime fließend erfolgen zu lassen. So band er vorher marginalisierte Provinzen sowie (staats-treue) säkulare Oppositionsgruppen mit ein und verknüpfte beim Aufbau der neuen Herrschaftseliten alte und neue einflussreiche Persönlichkeiten miteinander.

Zentrale Probleme, die sich unter Ben Ali weiter verschärften, waren zum einen die Spaltung der Bevölkerung entlang regionaler (Küstengebiete und Landesinnere) sowie sprachlicher (Frankophone vor Arabophonen bevorzugt) Linien. Diese Spaltung hatte sich bereits im 19. Jahrhundert herauskristallisiert.

⁸ Obwohl es verfassungsrechtlich nicht möglich war, kandidierte Ben Ali im Oktober 2004 nochmals als Präsident und gewann die Wahlen offiziell mit 99,44% aller Stimmen.

⁹ Mitgliedsstaaten waren bei der Unterzeichnung des Vertrages die fünf Maghrebstaaten Tunesien, Algerien, Libyen, Mauretanien und Marokko. Generalsekretär wurde zunächst Mohamed Amamou (Tunesien).

Hinzu kamen externe Faktoren: Die EU stützte das autoritäre Regime in Tunesien indirekt durch ihre Konzentration auf die wirtschaftlichen Aspekte der Zusammenarbeit. Innenpolitisch zeigt die Entwicklung unter Ben Ali, dass der Einfluss der Partei abgenommen hat, dafür aber die herrschenden Eliten an Einfluss zugenommen haben.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Die Proteste in Tunesien Ende 2010/ Anfang 2011, die innerhalb kürzester Zeit zum Sturz von Ben Alis 23-jähriger Herrschaft führten und als Initial für andere Protestbewegungen in der arabischen Welt gelten, wurden besonders von der Jugend und den Hochgebildeten getragen. Schon 2008 gab es in der Provinz Gafsa im Südwesten des Landes Proteste gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die steigenden Lebensmittelpreise. Bis 2010 kam es zu vereinzelt lokalen Aufständen im Süden gegen die sozioökonomische Lage. Besonders die südlichen Regionen des Landes stehen in Kontrast zu den Küstengebieten und sind stark unterentwickelt; Es mangelt an Infrastruktur, Arbeit und Ausbildungsmöglichkeiten.

Der Anteil der jungen Generation unter 15 Jahren betrug Anfang 2011 24%, über 25% der Jugendlichen war von Arbeitslosigkeit betroffen¹⁰. Auf die wirtschaftlichen Erfolge der 1980er und 1990er Jahre folgten keine sozialen Reformen, so dass die Jugend zwar gut ausgebildet war, parallel aber nicht genügend neue Arbeitsplätze zum Beispiel in der Industrie geschaffen wurden. Aufgrund des klientelistischen Netzwerkes war es dem Großteil der Bevölkerung verwehrt, adäquate Jobs zu finden. Der Transparency International Index 2010 bewertete die Verbreitung von Korruption in Tunesien mit 4,3¹¹, damit belegt Tunesien Rang 59 von 178 Ländern weltweit. Die zwei Herrscherfamilien Ben Ali und Trabelsi besetzten alle Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik. So floss auch ein Großteil der wirtschaftlichen Einnahmen in die Hände der Machthaber. Der steigende Wohlstand kam nur in der Hauptstadt Tunis und den touristischen Küstengebieten an, die ländlichen Regionen hatten kein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die schlechte soziale Lage wurde durch die stetig steigenden Lebens-

mittelpreise verschärft. Diese Faktoren führten so zu wachsenden Klassenunterschieden in der Bevölkerung: Tunesien war nicht so stark von extremer Armut betroffen, wohl aber von einer großen Diskrepanz bezüglich der Einkommensverteilung, wobei auch regionale Faktoren eine Rolle spielten.

Der autoritäre Führungsstil des Regimes zeigte sich auch an den Einschränkungen in der Presse- und Meinungsfreiheit, die zwar in der Verfassung garantiert werden, in der Realität jedoch keinerlei Kritik am Präsidenten zuließen. Der Missmut über die politischen und wirtschaftlichen Missstände führte besonders unter den Jugendlichen zu einer wachsenden Entfremdung von den einheimischen Eliten. Das Bedürfnis nach einem Leben in Würde, in Freiheit, das Gefühl von Erniedrigung durch und Machtlosigkeit gegenüber den Autoritäten veranlassten die Tunesier dazu, Ende 2010 landesweit auf die Straße zu gehen.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Als konkreter Auslöser für die Proteste gilt der Selbstverbrennungsakt des arbeitslosen Studenten Muhammad Bouazizi aus Sidi Bouzid, der sich nach Schikanen durch die örtliche Polizei aus Hilflosigkeit selbst anzündete. Bouazizi war nach dem Tod seines Vaters für sich, seine Mutter und seine fünf Geschwister verantwortlich. Er finanzierte seinen Geschwistern die Schulbildung durch den Verkauf von Gemüse. Da er keine Genehmigung dafür hatte, geriet er mehrmals mit der Polizei aneinander. Als er am 17. Dezember 2010 wiederum keine Lizenz für den Straßenverkauf vorweisen konnte, wurde seine Ware beschlagnahmt. Auf der Polizeiwache kam es zu Misshandlungen, eine Polizistin soll ihn geohrfeigt haben. Diese Demütigung, von einer Frau in der Öffentlichkeit geschlagen und damit entehrt worden zu sein, sowie die Verzweiflung darüber, durch die Beschlagnahmen den einzigen Lebensunterhalt zu verlieren, veranlassten ihn zu seiner Tat¹². Am 4. Januar 2011 erlag er im Krankenhaus seinen Verletzungen.

In den darauf folgenden Tagen organisierte sich die Jugend über soziale Netzwerke, die entscheidend zum Erfolg der Revolution bei-

¹⁰ Arab League, UNDP Development Challenges for the Arab Region, 2009.

¹¹ 1 = höchste Korruptionsrate, 10 = niedrigste Korruptionsrate.

¹² Im Islam gilt Selbstmord als große Sünde. Die Familie Bouazizis rechtfertigte seine Tat als politische Rebellion.

tragen sollten: *Facebook*, *Twitter* und Co. haben die Revolutionsbewegung für andere weltweit sichtbar gemacht. Auf *Youtube* wurden Live-Videos von den Demonstrationen gezeigt. Somit trugen die sozialen Netzwerke zu einer Politisierung der tunesischen Jugendlichen bei. Das Lied *Rais lebled* („Der Präsident meines Landes“) des 20-jährigen Rappers Hamada Ben Amour, genannt *El Générale*, wurde zur Hymne der Protestbewegungen. In seinem Songtext beklagt er die Probleme der Jugendgeneration und die weit verbreitete Korruption im Land. Er war mehrmals aufgrund seiner regimekritischen Texte verhaftet worden, nach dem Sturz Ben Alis wird sein kommendes Album nun sogar offiziell vom Kulturministerium gefördert.

Einer der wichtigsten Akteure der Revolution, der sich von Anfang an auf die Seite der Demonstranten stellte, war der Gewerkschaftsverband *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT). Die UGTT hatte seit seiner Gründung 1946 bereits mehrmals eine entscheidende Rolle bei Unruhen gespielt und war unter Bourguiba immer eine wichtige Opposition gegenüber dem Einparteiensstaat gewesen. Unter Ben Ali hatte sich der Einfluss der UGTT jedoch drastisch reduziert. Der Präsident hatte die Führung der UGTT mit regimetreuen Personen ersetzt. Bei der Revolution Ende 2010/ Anfang 2011 trugen die lokalen und regionalen Sektionen der UGTT viel zur Verbreitung der Aufstände bei: Am 12. Januar fand die bis dato größte Protestkundgebung mit 30.000 Menschen statt, zu der die Gewerkschaften aufgerufen hatten.

Weiterer wichtiger, vielleicht sogar wichtigster *change agent* wurde die tunesische Armee, die Ben Ali ihre Unterstützung versagte. General Rachid Ammar weigerte sich, auf Demonstranten zu schießen – ob aus humanitären Gründen oder als kalkulierende Entscheidung bleibt ungewiss. Fakt ist jedoch, dass das Militär unter Ben Ali nie eine politische Rolle spielte. Die Truppe belief sich auf 35.000 Mann, von denen nur 15.000–18.000 mobilisierungsfähig waren. Obwohl Ben Ali selbst eine militärische Karriere durchlaufen hatte, war das Militär in den unblutigen Palastcoup von 1987 kaum involviert gewesen. Die Staatsausgaben für das Militär beliefen sich unter Ben Ali nur auf 1,4% des Bruttoinlandsproduktes (Vergleich Ägypten: 3,4% in 2010). Die Präsidentengarde war als einzige loyal gegenüber Ben Ali eingestellt. Der umfassende Sicherheitsapparat, den Ben Ali aufbaute und mit dem er seinen autoritären

Regierungsstil gegenüber der Opposition durchsetzte, zählte ungefähr 120.000 Mann. Den Demonstranten versprach General Rachid Ammar, die Sicherheit während der Übergangsregierung und den Wahlen zu gewährleisten.

Mit der regionalen Ausweitung der Proteste kamen andere Akteure hinzu: Rechtsanwälte, Journalisten und andere Personengruppen aus der gehobenen Mittelschicht protestierten gegen die erlebten Unfreiheiten unter dem Regime und forderten offen den Rücktritt Ben Alis. Damit bekamen die Proteste, die sich anfangs aufgrund der sozialen Spannungen unter den Jugendlichen entluden, eine stärkere politische Dimension.

Politische Parteien spielten keine ausschlaggebende Rolle während der Revolution. Obwohl es unter den Demonstranten mit der regionalen Ausweitung zu einer Politisierung kam, hatten die Aufstände keine gemeinsame politische Richtung. Die politischen Parteien nahmen zunächst nur indirekt an den Demonstrationen teil, viele Aktivisten unter ihnen wurden verhaftet. Die *Rassemblement Constitutionnel Démocratique* (RCD) blieb passiv und organisierte keine einzige regime-unterstützende Kundgebung. Selbst die Partei *An-Nahda*¹³ („die Erneuerung“) wurde erst nach der Revolution aktiv. Da sie unter Ben Ali verboten war und ihr Führer Rachid Ghannouchi lange Zeit im Exil in London lebte, konnte sie die Proteste kaum beeinflussen.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ und bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Die Demonstrationen wandelten sich von einer spontanen, von der Wut auf das Schicksal Bouazizis getragenen Bewegung zu einem nationalen Aufstand, zur viel zitierten und als historisch zu bezeichnenden „Jasminrevolution“. Durch die Repression des Regimes in Form von Verhaftungen und gewaltsamem Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten erfuhren die Proteste eine schnelle Politisierung. Die Verhängung von Ausgangssperren und die Schließung der Universitäten und Schulen konnten die Proteste ebenfalls nicht eindämmen.

Als die Aufstände schließlich Tunis erreichten, versuchte Ben Ali in einer Fernsehansprache am 10. Januar 2011, die Bevölkerung zu beruhigen und versprach Reformen, darunter die Schaffung von 300.000 neuen Arbeits-

¹³ Die MTI wurde Ende der 1980er Jahre in *An-Nahda* umbenannt.

plätzen und die Anhebung der Subventionen auf Lebensmittel. Seine Rede ließ zwar die Bedeutung der sozioökonomischen Komponente erkennen, die Zugeständnisse an das Volk kamen jedoch zu spät: Die Demonstranten forderten mittlerweile nicht nur die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage im Lande, sondern den Rücktritt des Präsidenten, der seit 1987 autoritär den Staat regiert hatte. Auch die Ehefrau Ben Alis, Leila Trabelsi, und ihre Familie wurden für ihre quasi-mafiösen Machenschaften angeprangert. Am 28. Dezember 2010 besuchte Ben Ali das Krankenbett von Bouazizi und bot der Familie eine beträchtliche Summe Geld an, was diese jedoch ablehnte. Am 13. Januar 2011 kündigte er in einer weiteren Fernsehansprache an, die Regierung aufzulösen und sich selbst künftig nicht mehr zur Wahl zu stellen¹⁴. Nachdem die Unruhen nicht mehr zu kontrollieren waren, flüchtete Ben Ali am 14. Januar 2011 ins Exil nach Saudi-Arabien.

Somit lagen nur vier Wochen zwischen der Selbstverbrennung Bouazizis und dem Sturz des Regimes. Ben Ali verstand es im Gegensatz zu Bourguiba nicht, die Bevölkerung durch Ansprachen für sich zu gewinnen und in der Öffentlichkeit medienwirksam aufzutreten. In seiner Rede vom 10. Januar 2011 hatte er die Aufständischen noch als feindliche Gruppen mit extremistischem und terroristischem Hintergrund bezeichnet, die sich die Arbeitslosigkeit nur als Mittel zur Massenmobilisierung für ihre eigenen Zwecke zu Eigen machten¹⁵.

Die Medien benannten die Revolution in Tunesien indes „Jasminrevolution“ nach der Nationalblume Tunesiens. Interessant ist an dieser Stelle, dass auch der unblutige Putsch 1987, bei dem Bourguiba aufgrund seiner Altersschwäche durch Ben Ali entmachtet wurde, als „Jasminrevolution“ bezeichnet wurde.

Als Präsident der neuen Übergangsregierung wurde Fouad Mebazaa¹⁶ gemäß der tunesischen Verfassung ernannt, der innerhalb der

nächsten 60 Tage freie Präsidentschaftswahlen durchführen sollte. Der Artikel 57 besagt, dass der amtierende Premierminister für 45 bis 60 Tage als Präsident eingesetzt werden, er aber den Übergang zu Neuwahlen ermöglichen muss. Nachdem Fuad Mebazaa und der neu ernannte Premierminister Muhammad Ghannouchi¹⁷ aus der RCD austraten, wurde die Partei am 6. Februar 2011 für einen Monat außer Kraft gesetzt und nach einigen Wochen schließlich ganz demontiert. Ihre Politbüros wurden geschlossen. Nach etlichen weiteren Protesten wurde entschieden, die Verfassung von 1959 außer Kraft zu setzen. Anhänger des alten Regimes sollten sich nicht mehr zur Wahl stellen können. Daher wurde, zunächst für Juli 2011, eine Wahl für eine verfassungsgebende Versammlung beschlossen, die eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Jedoch wurde diese auf den 26. Oktober 2011 verschoben, um den neu entstandenen Parteien mehr Zeit für die Ausarbeitung eines politischen Programms und den Wahlkampf zu geben. Die Aufgabe der verfassungsgebenden Versammlung soll darin bestehen, das Regierungssystem so zu reformieren, dass ein Gleichgewicht zwischen den einzelnen Akteuren entsteht. Erst 2012 sollen Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden, wie am 3. März 2011 entschieden wurde. Am 12. April 2011 wurde ein neues Wahlrecht erlassen, welches die Gleichstellung der Geschlechter beinhaltete. Ebenso wurde den schätzungsweise eine Million Tunesiern, die im Ausland wohnen, das Wahlrecht zugesprochen.

Die erste Übergangsperiode, die von Mitte Januar bis Ende Februar andauerte, war geprägt von der Angst vor einem Rückfall in die Vergangenheit auf der einen und der Angst vor einer „institutionellen Leere“ auf der anderen Seite. Die Übergangsregierung wurde zum Teil aus Politikern des alten Regimes gebildet. Die Bevölkerung befürchtete, dass das autoritäre System und die alten Eliten dadurch erhalten blieben und der endgültige Bruch mit dem alten Regime nicht gelingen würde. Weitere Demonstrationen nach dem Sturz Ben Alis erzwangen unter anderem den

¹⁴ Kalima: La "révolution du jasmin" a fleuri dans tout le pays, *Courrier International*, <http://www.courrierinternational.com/article/2011/01/15/la-revolution-du-jasmin-a-fleuri-dans-tout-le-pays>, abgerufen am 28.07.2011.

¹⁵ *Le Temps*: A l'écoute du peuple, Ben Ali annonce de grandes mesures, <http://www.letemps.com.tn/article-51934.html>, abgerufen am 28.07.2011.

¹⁶ Geboren wurde er 1933 in Tunis. Er blickt auf eine lange politische Karriere zurück, zuerst unter Bourguiba, später auch unter Ben Ali. Er war Bürgermeister von Tunis und Karthago und hatte zahlreiche Ministerämter während des Ben Ali-Regimes inne.

¹⁷ Geboren 1941 (nicht verwandt mit Rachid Ghannouchi, dem Führer der *An-Nahda*-Partei). Er war seit 1989 Minister unter Ben Ali.

Rücktritt des Ministerpräsidenten Muhammad Ghannouchi. Nachfolger wurde Beji Caid-Essebsi, der bis heute dieses Amt bekleidet. Es wurden verschiedene Kommissionen geschaffen, die den schrittweisen Übergang zur Demokratie gewährleisten und die Übergriffe und Korruptionsfälle des alten Regimes näher untersuchen sollen, darunter die Kommission für politische Reformen, die Kommission für Korruption und Repression sowie die Kommission für Gelderveruntreuung. Die Übergangsregierung wurde damit beauftragt, die Wahlen vorzubereiten, die Sicherheitslage zu stabilisieren und den Reformbedarf der Bevölkerung anzustoßen. Damit sollte ein tieferes Vertrauen zwischen der Bevölkerung und der Übergangsregierung entwickelt werden.

Die Wirtschaft ist durch die Revolution negativ beeinflusst worden. Der Tourismus brach zu Beginn des Jahres 2011 zusammen. In der Regel generiert dieser Wirtschaftszweig über 400.000 Stellen und bringt 2,5 Mrd. USD jährlich ein, was 6% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Jedoch standen in diesem Sommer über die Hälfte der Hotels leer, viele öffneten erst gar nicht. Seit den Unruhen sank der Umsatz des Tourismus um mehr als 50%. Viele Läden mussten schließen und klagten über gravierende Einkommenseinbußen¹⁸, weil die wenigen Touristen, die kamen, sich nicht aus dem Hotel trauten. Die Unruhen in Libyen und die damit verbundene steigende Zahl der Flüchtlinge behinderte den Tourismus zusätzlich, da ein Großteil der Touristen nicht nur aus dem nahen Europa, sondern auch aus Libyen kam. Bis April 2011 flohen mehr als 10.000 Libyer über die Grenze nach Tunesien.

Die Ölpreise stiegen durch die Unruhen in Tunesien und im gesamten arabischen Raum. Auch die Arbeitslosenrate erhöhte sich von 14% auf 19%, wahrscheinlich dürfte sie noch weitaus höher liegen. Eines der primären Ziele der Übergangsregierung muss daher darin bestehen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die wirtschaftlichen Probleme können jedoch erst angepackt werden, wenn die grundlegenden politischen Aufgaben bewältigt wurden. Das Wirtschaftswachstum sank seit den Unruhen in diesem Jahr um bis zu 5%, wobei hier der Libyenkonflikt eine große Rolle spielt. Die EU war bisher der größte wirtschaftliche Partner Tunesiens. Daneben spielen China, Indien sowie die Türkei eine immer wichtigere Rolle. Die für das Wirtschafts-

wachstum wichtigen Einnahmen durch private Investitionen und Exporte gingen nach der Revolution entscheidend zurück. 55% der Investitionen war auf den Energiesektor fokussiert.

Tunesien unterzeichnete viele Freihandelsabkommen, unter anderem mit der *European Free Trade Association*, der Türkei, der Arabischen Liga und das *Agadir Agreement*¹⁹. Ebenso schloss Tunesien mit Libyen unter Muammar Gaddafi ein Abkommen ab, wodurch die Handelsbeziehungen erleichtert wurden. Vor der Revolution war Libyen einer der wichtigsten wirtschaftlichen Partner Tunesiens im nordafrikanischen Raum. Obwohl die ausländischen Investitionen sich mittlerweile wieder gesteigert haben, wird es Zeit brauchen, bis ausländische Investoren wieder Vertrauen in die tunesische Wirtschaft gewinnen. Erst mit der politischen Stabilität wird sich die Wirtschaft langfristig erholen können, viele politische Parteien haben sich mittlerweile des sozialen Themas bemächtigt.

Ein weiteres Problem, das die Übergangsregierung angehen muss, besteht im großen Entwicklungsgefälle zwischen den Provinzen und kleineren Städten auf der einen und Tunis und den Küstengebieten auf der anderen Seite. Sidi Bouzid, Kasserine und Tala sind Hauptorte von Sit-Ins, zu denen sich in den letzten Monaten nach dem Sturz Ben Alis erneut Tausende versammelten und gewaltfrei für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage protestierten. Das nach dem Sturz des Regimes entstandene Vakuum in Verwaltung und Politik in den Provinzen wird nun von den Gewerkschaften ausgefüllt. In Städten wie Sidi Bouzid fehlt es an nennenswerter Infrastruktur. Die Zukunft der Jugend sieht im Inneren des Landes deutlich schlechter aus als in den Küstenregionen. Eine neue Verwaltung existiert zum Teil noch nicht. Die Präsenz der Polizei wurde durch eine unorganisierte Miliz, basierend auf Loyalisten Ben Alis, ersetzt, um Angst und Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten. Die Politiker sehen für ihren Wahlkampf ein großes Wählerpotential im Landesinneren, doch ist die Haltung der Bevölkerung eher resignierend. Sie wollen keine Vorschläge oder Ideen, sondern fordern konkrete Projekte.

Vor allem die gemäßigt islamistische Partei *An-Nahda* steht zurzeit im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit. Die Partei, die unter

¹⁸ Der Handel auf dem Schwarzmarkt boomt derweil, weil es kaum noch Kontrollen durch die Polizei gibt.

¹⁹ Das *Agadir Agreement* wurde 2005 auch von Marokko, Ägypten und Jordanien unterzeichnet und soll die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern vereinfachen.

Ben Ali den stärksten Repressionen unterlegen war, wurde 1989 verboten, nachdem sie bei den Wahlen gute Ergebnisse erzielt hatte. Seitdem hat die Partei einen Wandel vollzogen und präsentiert sich mittlerweile offen gegenüber anderen politischen Kulturen. Besonders in Bezug auf die Frauenrechte versicherte Ghannouchi mehrmals, dass *An-Nahda* das Familienstandsgesetz von 1956²⁰ nicht aufheben werde. Die Tatsache, dass sich seit dem Sturz Ben Alis kein politischer Akteur gegen eine Mitbeteiligung *An-Nahdas* aussprach, ist auf deren zunehmende Dialogbereitschaft zurück zu führen. Seit dem Sturz Ben Alis beteiligt sich *An-Nahda* nun stark am Demokratisierungsprozess. Manche Beobachter befürchteten zunächst, dass *An-Nahda* versuchen würde, Tunesien in einen islamischen Staat umzuwandeln. Allerdings betont Rachid Ghannouchi immer wieder die liberale Einstellung seiner Partei, die Trennung von Staat und Religion im tunesischen Staat wird jedoch grundsätzlich abgelehnt. Seitdem Ghannouchi aus dem Exil zurückgekehrt war, bereiste er das gesamte Land und konnte viele Wählerstimmen für seinen moderaten islamischen Kurs gewinnen. Besonders in den Provinzgegenden Tunesiens ist die Partei sehr beliebt. Ghannouchi gab jedoch bekannt, dass er sich nicht als Präsidentschaftskandidat zur Wahl aufstellen lassen wird. Am 1. März 2011 wurde *An-Nahda* als Partei durch die Übergangsregierung zugelassen. Sie eröffnete Büros in den einzelnen Provinzen und führt aktiv Wahlkampagnen durch. Dennoch fehlt es bis heute an einem Parteiprogramm, welches das Misstrauen der anderen Parteien entkräften könnte. Umfragen aus dem Juli 2011 bescheinigten der Partei einen Stimmenanteil von 30%, wobei anzumerken ist, dass sich ein Großteil der Bevölkerung noch nicht endgültig für eine Partei entschieden hat und sich zahlreiche neue Parteien erst etablieren müssen.

Im Juli 2011 wurden gerichtliche Verfahren gegen Ben Ali und seinen Familienclan eingeleitet. Ihm wurden unter anderem Drogenhandel, Waffenschmuggel, Geldwäsche, Mord und Machtmissbrauch vorgeworfen. Viele Familienmitglieder des Trabelsi-Clans sollen ebenfalls angeklagt werden. Noch am 20. Januar 2011 wurden etwa 30 nähere Angehörige bei dem Versuch, Tunesien zu verlassen, festgenommen. Ben Ali wurde bereits zu 35 Jahren Haft und einer Geldstrafe in

Millionenhöhe verurteilt. Die Prozesse wurden in Abwesenheit des Ex-Präsidenten durchgeführt. Die Übergangsregierung hatte Saudi-Arabien vergeblich um die Auslieferung Ben Alis ersucht. Der frühere Sicherheitschef Ali Seriati wurde freigesprochen, obwohl ihm vorgeworfen wurde, dass er Ben Ali die Flucht nach Saudi-Arabien durch gefälschte Papiere ermöglichte. Seriati gilt als Symbol des repressiven Regimes des Ex-Präsidenten, die Bevölkerung reagierte mit Entrüstung auf seinen Freispruch.

Europa wird durch die Folgen der Revolution unmittelbar beeinflusst. Die Konten der Familie Ben Ali wurden, bis auf jene in der Schweiz, auf unbestimmte Zeit eingefroren. Die Bevölkerung brachte der EU aufgrund der wirtschaftlich und diplomatisch guten Beziehungen mit dem ehemaligen Ben Ali-Regime kaum Vertrauen entgegen. Die bilateralen Beziehungen wurden durch die anhaltenden Flüchtlingsströme aus Nordafrika seit Beginn des Jahres 2011 erschwert. Als Folge der Unruhen kamen seit Januar über 30.000 Flüchtlinge nach Italien und Frankreich, die über die italienische Insel Lampedusa nach Europa gelangen wollten. Die französische und italienische Regierung waren mit den vielen Immigranten überfordert und konnten nicht ausreichende Hilfe leisten. Mittlerweile werden die Küstenregionen von Lampedusa von der italienischen Küstenwache streng überwacht, um neue Flüchtlingsströme zu vermeiden. Bei den meisten Flüchtlingen handelte es sich um so genannte Wirtschaftsflüchtlinge, die in Europa Arbeit suchen. Seit Jahren bilden die Geldtransfers²¹ der im Ausland lebenden Tunesier eine wichtige Einnahmequelle für die einheimische Wirtschaft, ebenso gründen viele Tunesier nach ihrer Heimkehr eigene Geschäfte. Unmittelbar nach dem Sturz Ben Alis versuchten aber auch zahlreiche Anhänger des alten Regimes, das Land unbemerkt Richtung Europa zu verlassen. Die anhaltende Migration stellt für die Übergangsregierung ein weiteres ungelöstes Problem dar.

V. Zukunftsszenarien

Die Protestbewegung in Tunesien, die innerhalb kürzester Zeit zum Sturz Ben Alis führte, zeichnete sich durch eine große Heterogenität aus: Unterschiedlichste Gruppen waren an den Kundgebungen beteiligt, darunter die Jugend, Gewerkschaften, Vereine, politische

²⁰ Dieses schaffte u. a. die Polygamie ab.

²¹ Allein in Deutschland arbeiten und wohnen rund 40.000 Tunesier und überweisen jährlich nach tunesischen Schätzungen über 50 Mio. EUR.

Kräfte und Institutionen. Auch die anschließende Transitionsbewegung verläuft sehr heterogen: Die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen haben bisher eine hohe Kompromissbereitschaft gezeigt, die Kommissionen zeigten sich sehr transparent. Die Ereignisse der ersten Monate gaben zunächst Grund zur Hoffnung: Es bildeten sich zahlreiche neue Gewerkschaften, Vereine und politischen Parteien²². Durch die Revolution war eine neue, politikbewusstere Generation entstanden. Die Integration der Islamisten ließ auf eine friedliche Transition hoffen.

Die Aufgaben der Übergangsregierung liegen nun, nach der Einrichtung transitioneller Institutionen, in der Vorbereitung der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung sowie in der Überwindung der ökonomischen Probleme. Die unsichere politische Lage unmittelbar nach dem Sturz Ben Alis sowie die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nachbarland Libyen haben die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung noch zusätzlich verschlimmert: Der Umsatz im Tourismusbereich und ausländische Investitionen sind drastisch zurückgegangen. Die ökonomischen Probleme sind besonders in den vernachlässigten Regionen im Süden erdrückend.

Der Erfolg der Revolution wird derweil durch den schwierigen Transitionsprozess gebremst. Nach dem 14. Januar 2011 zeigte sich bald, dass der Kopf des alten Regimes zwar entmachtet, die alten Institutionen und Eliten aber immer noch intakt waren. So entstand in den darauf folgenden Monaten eine neue Protestwelle, die den endgültigen Bruch mit dem alten Regime forderte und unter anderem den Rücktritt des Premierministers Ghannouchis erzwang. Viele Tunesier befürchteten, dass ehemalige Mitglieder der RCD erneut an die Macht gelangen könnten. Die anhaltende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der aktuellen Regierung hängt auch damit zusammen, dass die Jugend, die die treibende Kraft der Protestbewegung war, bis dato nicht an der Übergangsregierung beteiligt wurde und sich um ihre „Revolutionsdividende“ betrogen fühlt. Auch die Provinzen sind wieder unzulänglich repräsentiert. Teile der Bevölkerung fühlen sich übergangen, in der Provinz von Sidi Bouzid herrschen heute immer noch die gleichen wirtschaftlichen und

sozialen Zustände wie vor der Revolution. Daher richteten sich die neuen Proteste gegen die Unfähigkeit der Übergangsregierung, schnelle und effektive Reformen einzuleiten. Die Gefahr, dass viele Initiatoren der „Jasminrevolution“ sich ihres Umsturzes beraubt fühlen, ist demnach groß.

Das wichtigste Datum in naher Zukunft für Tunesien ist sicherlich die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung am 26. Oktober 2011. Es wird interessant sein zu sehen, welche Parteien sich innerhalb der wachsenden Parteienlandschaft durchsetzen können. Der Entschluss, die Wahlen von Juli auf Oktober zu verschieben, basierte auf dem Wunsch, den zahlreichen neu entstandenen Parteien mehr Zeit für die Ausarbeitung eines politischen Programms zu geben. Kritiker bewerten dies hingegen als ein Zeichen der politischen Stagnation: Die Bevölkerung reagierte schon in den Sommermonaten ungeduldig auf die versprochenen Reformen. Die Vorbereitung der Wahlen verläuft nicht ohne Probleme: Bis Ende Juli hatten sich erst 1,35 Mio. Bürger für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung eingeschrieben. Angesichts dieser geringen Quote, die nur 16% der Wahlberechtigten entspricht, wurde die Registrierungsfrist bis Mitte August verlängert. Viele Tunesier waren schlecht informiert über den Inhalt der Wahlen und die Aufgaben der Verfassungsgebenden Versammlung, es kam zu Verwechslungen zwischen Registrierungsverfahren und dem eigentlichen Wahlgang im Oktober. Die politischen Parteien unternehmen derweil zu wenig, um die Bevölkerung aufzuklären, die Kompetenzen der Verfassungsgebenden Versammlung sind noch nicht genau geklärt. Sollten die Wahlen mit einer ähnlich geringen Wahlbeteiligung wie zu Zeiten des Ben Ali-Regimes (teils unter 30%) stattfinden, würde die unzureichende Legitimität der gewählten Verfassungsgebenden Versammlung das damit verbundene politische Patt der derzeitigen Übergangsregierung nicht beenden.

Das politische Vakuum der letzten Monate bewirkt gleichzeitig eine anhaltende wirtschaftliche Instabilität. Obwohl sich langfristig gesehen die Wirtschaft stabilisieren wird, sind Experten der Meinung, dass Investoren zunächst die weitere politische Entwicklung Tunesiens abwarten werden. Sollte sich nach

²² Ende Juli hatte das Innenministerium weitere sechs politische Parteien registriert, womit sich die Gesamtzahl auf 100 Parteien erhöhte. Vor der Revolution am 14. Januar 2011 existierten lediglich acht Parteien. Bisher wurden 145 Anträge auf Registrierung einer politischen Partei verweigert, die meisten davon mit islamistischem Hintergrund.

den Wahlen ein demokratischer Prozess erfolgreich entwickeln, gibt es Hoffnungen, dass auch die Investitionen wieder steigen werden. Das Beispiel Tunesien zeigt, dass es viel Zeit braucht, die politische Landschaft demokratisch zu transformieren. Denn zunächst gilt es, ein politisches Fundament zu schaffen und darauf basierend Wahlen durchzuführen.

Die meisten Experten und auch viele Tunesier selbst sind sich einig, dass die Revolution noch lange nicht zu Ende ist und erst die Wahlen im Oktober die zukünftige Richtung aufzeigen werden. Die historische Entwicklung Tunesiens verdeutlicht, dass politische Umbrüche nicht zwangsläufig eine vollkommene Zäsur darstellen müssen; oftmals bleiben die alten elitären Machtstrukturen erhalten. Einige internationale Organisationen haben schon finanzielle Hilfe in Reaktion auf die politischen Umbrüche in Tunesien und Ägypten in Aussicht gestellt. Der G8-Gipfel hat 20 Mrd. USD versprochen, der Internationale Währungsfonds (IWF) 35 Mrd. USD und die Weltbank 6 Mrd. USD. Für die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung hat die Europäische Investitionsbank im Juli 2011 versprochen, ein Darlehen von 140 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Bundesregierung hat durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur kurzfristigen Unterstützung des Transformationsprozesses in Nordafrika und Nahost drei Fonds zu fol-

genden Schwerpunkten aufgelegt:

- Aufbau und Entwicklung demokratischer Strukturen (5,25 Mio. EUR): Beratung und Stärkung von politischen Parteien, staatlichen Institutionen und Zivilgesellschaft;
- Schaffung von Arbeitsplätzen für die Jugend (8 Mio. EUR für den Zeitraum 2011-2014): Vermittlungsangebote, Existenzgründungsprogramme;
- Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung (20 Mio. EUR): Mikrokredite für kleine und mittelständische Unternehmen.

Auch die EU erarbeitet derzeit ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Transformationsprozesses.

Wie wird der zukünftige tunesische Staat also aussehen? Es gibt bisher zwei Modelle, die für Tunesien vorstellbar sind: Entweder wird Tunesien sich zu einem islamischen moderaten Staat entwickeln, sollte *An-Nahda* laut Umfragen die Wahlen im Oktober dominieren. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass Tunesien ein säkularer Staat bleibt, sich an dem westlichen Demokratiemodell orientiert und Staat und Religion weitestgehend voneinander trennt.

Samira Akrach und Tugrul von Mende

VI. Literaturangaben

ABBATE, FRANCESCO: L'intégration de la Tunisie dans l'économie mondiale: Opportunités et défis, in: Programme des Nations Unies sur le développement, Vereinte Nationen, Genf 2002.

ARIEFF, ALEXIS: Political transition in Tunisia, in: *CRS Report for Congress*, June 27, 2011.

BASLY, RAJAA: The future of al-Nahda in Tunisia, in: *Arab Reform Bulletin*, 20. April 2011, <http://carnegieendowment.org/2011/04/20/future-of-al-nahda-in-tunisia/ic>, abgerufen am 13.07.2011.

BOULBY, MARION: The Islamic Challenge: Tunisia since Independence, in: *Third World Quarterly*, April 1988, Vol. 10, No. 2, S. 590-614.

CASSARINO, JEAN-PIERRE: Confidence-building in Tunisia after the Popular Uprising. Strategies and Dilemmas of the interim government, www.iai.it/pdf/DocIAI/iaiw1104.pdf, abgerufen am 13.07.2011.

ERDLE, STEFFEN: Ben Ali's 'New Tunisia' (1987-2009). A Case Study of Authoritarian Modernization in the Arab World, Berlin 2010.

FILIU, JEAN-PIERRE: The Arab Revolution. Ten Lessons from the Democratic Uprising, London

2011.
<http://europafrica.net/2011/07/27/the-role-of-migration-in-post-revolution-tunisia/>
(zugegriffen auf 15.8.2011)
- <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/aug/11/tunisia-democracy-revolutionary-pluralism> (zugegriffen auf 17.8.2011)
- <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2011/03/201131132812266381.html>
(zugegriffen am 15.8.11)
- <http://www.nytimes.com/2011/06/09/world/africa/09tunis.html> (zugegriffen am 15.8.11)
- http://carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=45318&solr_hilite=Tunisia
(zugegriffen am 12.8.11)
- http://www.africaneconomicoutlook.org/fileadmin/uploads/aeo/Country_Notes/2011/Full/Tunisia.pdf
(zugegriffen am 17.8.11)
- <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-12623237> (zugegriffen am 16.8.11)
- <http://www.bloomberg.com/news/2011-01-20/tunisia-s-four-day-old-government-battles-corruption-to-boost-credibility.html> (zugegriffen am 11.8.11)
- <http://www.amnestyusa.org/research/reports/annual-report-tunisia-2011?page=show>
(zugegriffen am 10.8.11)
- <http://www.tnr.com/article/world/81611/making-sense-tunisia> (zugegriffen am 11.8.11)
- http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results
(zugegriffen am 11.8.11)
- http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/07/13/tunisia_s_forgotten_revolutionaries?page=0,4
(zugegriffen am 15.8.11)
- http://carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=45318&solr_hilite=Tunisia
(zugegriffen am 12.8.11)
- <http://carnegieendowment.org/2011/08/10/transitional-failure-in-egypt-and-tunisia/4ma4>
(zugegriffen am 12.8.11)
- <http://www.amnestyusa.org/research/reports/annual-report-tunisia-2011?page=show>
(zugegriffen am 9.8.11)
- http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2011/01/20/the_calculations_of_tunisias_military
(zugegriffen am 18.8.11)
- <http://www.internews.org/regions/mena/amr/tunisia.pdf> (zugegriffen am 18.8.11)
- <http://www.cpj.org/internet/2011/01/tunisia-invades-censors-facebook-other-accounts.php>
(zugegriffen am 18.8.11)
- <http://www.merip.org/mero/mero043011> (zugegriffen am 12.8.11)
- http://lynch.foreignpolicy.com/posts/2011/06/29/tunisias_new_al_nahda
(zugegriffen am 18.8.11)
- http://www.inthesetimes.com/working/entry/6968/tunisian_refugee_crisis_a_measure_of_unfinished_revolution/
(zugegriffen am 19.8.11)

<http://www.theglobeandmail.com/news/world/doug-saunders/wave-of-tunisia-refugees-a-thorny-problem-for-italy-europe/article1909014/> (zugegriffen am 19.8.11)

<http://www.france24.com/en/20110425-humanitarian-crisis-paris%E2%80%99-doorstep> (zugegriffen am 19.8.11)

<http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-14507127> (zugegriffen am 25.8.11)

<http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-14340863> (zugegriffen am 25.8.11)

http://www.lexpress.fr/actualite/monde/afrique/chronique-de-la-revolution-tunisienne_953980.html (zugegriffen am 05.08.2011)

INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Soulevements populaires en Afrique du Nord et au Moyen-Orient: La Voie Tunisienne, Rapport Nr. 106, 28. April 2011.

KAROUI-BOUCHOUCHA, FATEN: Tunisie: Réflexions sur une révolution. Que nous apprend la transition de la dictature vers la démocratie?, in: *Middle East Studies Online Journal*, Volume 2/2011, <http://www.middle-east-studies.net/wp-content/uploads/.../faten-reflexions1.pdf>, abgerufen am 13.07.2011.

KODMANI, BASSMA: Tunisia's democratic revolution and its actors, in: *NOREF Report*, February 2011, <http://www.peacebuilding.no/eng/Regions/Middle-East-and-North-Africa/Publications/Tunisia-s-democratic-revolution-and-its-actors>, abgerufen am 12.07.2011.

MELZER, RALF: Tunesien in (post)-revolutionärer Transformation. Eine Momentaufnahme, Friedrich Ebert Stiftung, Januar 2011.

MURPHY, EMMA: Economic and Political Change in Tunisia From Bourguiba to Ben Ali, London 1999.

NOUIRA, ASMA: Obstacles on the path of Tunisia's Democratic Transformation, in: *Arab Reform Bulletin*, 30. März 2011, <http://www.carnegieendowment.org/2011/03/30/obstacles-on-path-of-tunisia-s-democratic-transformation/1w3>, abgerufen am 12.07.2011.

N.N.: Dustur, in: EI², Bd. 2, S. 638a-640a.

PICKARD, DUNCAN: Elections in Tunisia Face Credibility Test, in: *Arab Reform Bulletin*, 27. Juli 2011, <http://carnegieendowment.org/2011/07/27/elections-in-tunisia-face-credibility-test/4a47>, abgerufen am 13.07.2011.

SADIKI, LARBI: Ben Ali's Tunisia: Democracy By Non-Democratic Means, in: *British Journal of Middle Eastern Studies*, Mai 2002, Vol. 29, No. 1, S.57-78.

SCHÄFER, ISABEL: Von der Revolution ins Reformlabor. Wer gestaltet den Übergang in Tunesien?, in: *Internationale Politik*, Aufstand in Arabien, März/April 2011, Nr. 2.

STAIGER, RICA: Tunesien. Aufstieg zwischen Orient und Okzident, Frankfurt am Main, 2003.

Landesdaten Ägypten

Fläche ¹	2011	1.001.450 km ²
Bevölkerung ²	2010	84.500.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	85
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber 99,6%, andere 0,4%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime 90%, Kopten 9% andere Christen 1%
Durchschnittsalter ⁶	2010	24,3
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	31%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	5%
Lebenserwartung ⁹	2010	70,5
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	129.500.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	2,8
Alphabetisierungsrate	2010	66,4%
Mobiltelefone ¹²	2009	55.352.000
Nutzer Internet ¹³	2009	20.136.000
Nutzer Facebook ¹⁴	2011	7.295.240
Wachstum BIP ¹⁵	2010	5,2%
BIP pro Kopf ¹⁶	2010	5.840 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁷	2010	9%
Inflation ¹⁸	2011	11,8%
S&P-Rating ¹⁹	2011	BB
Human Development Index Rang ²⁰	2010	Rang 101 (von 169)
Bildungsniveau ²¹	2010	Rang 120 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²²	2010	43,4%
Politische Teilhabe ²³	2010	15,2%
Korruptionsindex ²⁴	2010	Rang 98 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ <http://www.data.worldbank.org/indicator/EN.POP.DNST>

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁶ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁷ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁸ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁹ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf, abgerufen am 29.08.2011.

²³ The World Bank "Voice and Accountability", Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁴ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Ägypten

Nachdem Ben Ali in Tunesien gestürzt worden war, erhofften sich auch die Ägypter den Sturz des Mubarak-Regimes. Nach 18 Tagen des Protests im ganzen Land, vor allem auf dem Tahrir-Platz in der Hauptstadt Kairo, sowie mehreren hundert Toten wurde diese Hoffnung erfüllt. Die demographische und wirtschaftliche Realität im Land trieb die Massen an – denn von Wachstum und Liberalisierung profitierten nur wenige. Das Militär ließ sich nicht gegen die Demonstranten instrumentalisieren und trug somit entscheidend zum Gelingen der Revolution bei. Der politische Umbruch wird jedoch trotz des bereits erfolgten Verfassungsreferendums nicht innerhalb kurzer Zeit zu vollziehen sein, denn Ägypten sieht sich vielen entscheidenden Herausforderungen gegenüber, darunter dem Prozess gegen die Mitglieder des alten Regimes sowie die Parlamentswahlen.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Nachdem Ägypten 1922 als Königreich Ägypten einen Teil seiner Souveränität von Großbritannien zurückgewinnen konnte, erhielt es nach dem Tod von König Fuad I. 1936 seine völlige Unabhängigkeit.

Nach schweren Rückschlägen im Palästina-Krieg 1947, die nur durch diplomatische Interventionen von Seiten der Briten nicht in einer israelischen Besetzung des Sinai endeten, sowie massiven Vorwürfen der Korruption und Misswirtschaft gegen König Faruk, kam es am 23. Juli 1952 zu dessen Sturz durch einen Militärputsch. Die Initiatoren des Putsches waren die Anhänger der Bewegung der „Freien Offiziere“, zu denen auch die späteren Präsidenten Ali Muhammad Nagib, Gamal Abdel Nasser und Muhammad Anwar as-Sadat gehörten. Nachdem König Faruk am 18. Juni 1953 ins Exil gegangen war, wurde Nagib als Präsident der neu proklamierten Republik Ägypten vereidigt. Nachdem Ägypten und Syrien sich kurzzeitig zur Vereinigten Arabischen Republik (1958-1961, arabisch: *al-Jumhuriyya al-Arabiyya al-Muttahida*) zusammengeschlossen hatten, nahm Ägypten 1971 seinen bis heute offiziellen Namen „Ara-

bische Republik Ägypten“ (arabisch: *al-Jumhuriyya Misr al-Arabiyya*) an.

Bekanntes sich Präsident Nagib noch ausschließlich zum Militär, so schuf Gamal Abdel Nasser zu Beginn seiner Amtszeit ab 1956 eine neue, politische Bewegung des „arabischen Nationalismus und Sozialismus“, die sich zur Partei der Arabischen Sozialistischen Union (arabisch: *Al-Ittihad al-Ishtiraki al-Arabi*, ASU) formierte. Aus ihr erwuchs noch zu Zeiten Sadats 1978 die Nationaldemokratische Partei (NDP), die Einheitspartei, der seit ihrer Gründung bis zur Revolution im Frühjahr 2011 alle Präsidenten einschließlich Hosni Mubarak angehörten. Mubarak machte nach seinem Eintritt in die ägyptische Armee Karriere bei der Luftwaffe, deren Oberbefehlshaber er 1972 wurde. Im Jahr darauf befahl Mubarak als Generalleutnant die Luftangriffe im Jom-Kippur-Krieg/ Oktoberkrieg¹ und wurde 1975 zum Vizepräsidenten ernannt. Sadat entsandte Mubarak 1979, um die Friedensgespräche mit Israel voranzubringen, womit dieser maßgeblich am Zustandekommen des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags im gleichen Jahr beteiligt war. Nach dem Anschlag auf Sadat 1981 übernahm Hosni Mubarak kurz darauf das Amt. Der Attentäter, der Sadat während einer Militärparade in Kairo vor laufenden Kameras erschoss, bekannte sich zur islamistischen Gruppe *Al-Jihad*. In der Zeit nach dem Anschlag kam es zu Massenverhaftungen, ermöglicht durch die Einführung der Notstandsgesetze, auf Grundlage derer Mubarak das Land bis zu seinem Rücktritt 2011 weitgehend uneingeschränkt regierte. Die exekutive Gewalt setzte Mubarak mit Hilfe des staatlichen Sicherheitsapparates durch, der aus einer 250.000 Mann starken paramilitärischen Einheit bestand, die dem Innenministerium unterstellt ist und zum Erhalt der inneren Sicherheit dienen soll. Die ägyptischen Streitkräfte sind gegenwärtig die stärkste Militärmacht auf dem afrikanischen Kontinent.

Durch eine Truppenstärke von 450.000 Mann und ihrer zentralen, strategischen Lage genießen sie auch im Nahen und Mittleren Osten eine Vormachtstellung. Jährlich fließen mehr als 2,5 Mrd. USD in den Erhalt und Aufbau der ägyptischen Armee. Davon werden 1,3 Mrd. USD durch die Militärhilfe der USA finanziert, die in Hurghada, als zentralen Knotenpunkt mit unmittelbarer Nähe des Suezka-

¹ Um eine direkte Positionierung im Nahostkonflikt zu vermeiden, werden hier beide Schreibweisen wiedergegeben.

nal, einen Marinestützpunkt unterhalten. Die Sicherheitskräfte des Innenministeriums dienen in Ägypten nicht zur Ergänzung des Militärs, sondern bilden vielmehr ein Gegengewicht. Das wurde auch während der Revolution deutlich, als die militärische Führung sich auf die Seite der Demonstranten stellte, während sich die Sicherheitskräfte regimetreu zeigten.²

Das gesellschaftliche Zusammenleben von Christen und Muslimen in Ägypten³ ist in den letzten Jahren zunehmend konfliktreicher geworden. In den 1950er und 1960er Jahren, die stark von nasseristischen Ideologien⁴ und westlichen Einflüssen geprägt waren, traten religiös bedingte Differenzen vermehrt hinter dem einenden, arabischen Nationalstolz zurück. Vor allem aber auch die lange Zeit sehr restriktive Handhabe des Staatsapparates gegenüber der Muslimbruderschaft drängte diese zurück. Die verschiedenen religiösen Gruppierungen wurden als Konkurrenz staatlichen Herrschaftsanspruchs angesehen. Eine wieder aufflammende Religiosität seit den 1980er Jahren verstärkte die Ausgrenzung von Christen im öffentlichen Leben und führte vor allem in der jüngsten Vergangenheit zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die zunehmende Islamisierung der muslimischen Mehrheitsgesellschaft entstand in Reaktion auf das Scheitern der nationalistischen, panarabischen Identität, welche mit dem starken Einfluss konservativer, wahhabitisch⁵ Ideologien zusammenfiel, die sich im Zuge der Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien auch in Ägypten verbreiteten.

Während der Regierungszeit Mubaraks öffnete sich die ägyptische Wirtschaft partiell. Zunächst profitierte das Land vom internationalen Wohlwollen durch seine Opposition zur irakischen Invasion in Kuwait. Danach begann eine sukzessive Liberalisierung zugun-

sten des privatwirtschaftlichen Sektors, um den Vorgaben verschiedener internationaler Organisationen und Geldgebern zu entsprechen. Innerhalb Ägyptens profitierten davon jedoch beinahe ausschließlich einige wenige Oligarchen. Ferner wuchs die Wirtschaft zwar, jedoch nicht genug, um der großen Zahl junger Ägypter, die jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt strömten, gerecht zu werden.

Die Bevölkerung Ägyptens hat in den letzten 25 Jahren einen enormen demographischen Wandel vollzogen. Ägypten ist von einem rapiden Bevölkerungswachstum (1,9% p.a.) geprägt und gegenwärtig das bevölkerungsreichste Land in der arabischen Welt. Seit 1985 ist die Einwohnerzahl von 50 auf rund 85 Mio. gestiegen, in dessen Folge sich eine Reihe von problematischen Entwicklungen vollzogen, die Nährboden für die Revolution im Februar 2011 waren. So führte der demographische Wandel in den letzten Jahren zu einer hohen Arbeitslosigkeit von offiziell 9%, von denen jedoch fast 90% auf die unter 30-Jährigen entfällt. Vor allem die breite Masse der jungen Bevölkerung übt einen starken Druck auf den Arbeitsmarkt aus.⁶ Im wachsenden Maße sind auch Akademiker betroffen, die unter zunehmender Perspektivlosigkeit leiden und nach dem Studium keine qualifizierte Arbeit finden. Viele haben mehrere Arbeitsplätze, um ihre Familie finanziell zu unterstützen und ihre Existenz zu sichern. Diese Entwicklung verschärfte sich über die letzten Jahre, sodass in Ägypten gegenwärtig mehr als 40% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Die Menschen leiden immer mehr unter den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen, und die regionale Lebensmittelproduktion wird immer stärker an ihre Grenzen gebracht. Die große Abhängigkeit vom Weizenimport führte zu einer Steigerung des Brotpreises von über 30% innerhalb eines Jahres (2010-2011). In einem

² Das ägyptische Militär genießt im Volk hohes Ansehen und ist eng mit ihm verbunden. Dies kommt zum einen durch die dreijährige Wehrpflicht, die von allen ägyptischen Männern ab 18 Jahren absolviert werden muss. Zum anderen haben viele Männer der Eltern- und Großelterngeneration in den arabisch-israelischen Kriegen gekämpft und fühlen sich immer noch eng verbunden mit der Armee. Besonders der Krieg 1973 war für Ägypten trotz der militärischen Niederlage, ein Sieg auf politischer Ebene, da man die Rückgabe der Sinai-Halbinsel erwirken konnte.

³ In Ägypten gehören 6-10% der Gesamtbevölkerung der christlichen Religion an. Die Mehrheit ist Mitglied der koptischen Kirche, daneben gibt es kleinere Gemeinschaften von Griechisch-Orthodoxen, Griechisch-Katholischen oder Protestanten.

⁴ Diese beziehen sich auf den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und seine Politik des arabischen Nationalismus beziehungsweise Panarabismus. Hierbei wird die Einheit aller arabischsprachigen Völker betont und deren Vereinigung favorisiert. Ägypten soll dabei die Führungsrolle einnehmen. Unter Abdel Nasser genossen auch die beiden Orientierungen des Panislamismus sowie des Panafrikanismus Zuspruch, der Panarabismus besaß jedoch die Priorität.

⁵ Siehe Beitrag zum Königreich Saudi-Arabien in dieser Publikation.

⁶ Die Jugendarbeitslosigkeit liegt offiziell bei über 30%. Das Durchschnittsalter in Ägypten liegt bei 24,3 Jahren. (z. Vgl. Deutschland: 44 Jahre).

Land wie Ägypten, in dem durchschnittlich 60% des Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben werden⁷, stellt dies eine so beunruhigende Entwicklung dar, dass es schon von Seiten der Regierung zu Brotsubventionierungen kam.

Was die finanziellen Ressourcen der ärmeren Bevölkerungsschichten noch zusätzlich belastet, ist die allgegenwärtige Korruption im Land. Im Alltag durchzieht sie alle staatlichen Institutionen, auch Schulen und Universitäten sind betroffen. Besonders die Polizei macht den Ägyptern mit willkürlichen Geldbußen zu schaffen. Auch die Familie Mubarak und Anhänger seiner Regierung agierten im großen Maße korrupt. Wiederholt wurden Staatsaufträge an Angehörige der Familie Mubarak vergeben, auch bereicherte sich diese durch ein von Privatisierung und den Verkauf von staatlichen Grundstücken geprägtes System. Daraus hervor ging eine milliardenschwere Familie Mubarak⁸ sowie deren Freundes- und Familienkreis, auf Kosten einer immer stärker verarmenden Bevölkerung. Der Internationale Korruptionsindex bewertet Ägypten als „überdurchschnittlich korrupt“ und stufte das Land auf Platz 98 ein, weit hinter anderen Ländern der Region wie Katar (22), Jordanien (49) oder Marokko (89).

Diese Ausgangslage war entscheidend für das Verlangen des Volkes nach einem Umsturz. Vom Wirtschaftswachstum und der zunehmenden Einbindung der Privatwirtschaft profitierte beinahe ausschließlich eine kleine Elite, die zum engen Netzwerk des Präsidenten gehörte. Die fehlende Teilhabe der meisten Ägypter am politischen Prozess und der Entscheidungsfindung führte dazu, dass der Willen auf der einen sowie die Bereitschaft

nach Wandel auf der anderen Seite stieg und schließlich eine kritische Masse erreichte.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Im Vorfeld der Revolution verschärfte sich die Situation aufgrund verschiedener Faktoren. Nach einer Reform des Wahlrechts im Februar 2005 wurden bei den Präsidentschaftswahlen im gleichen Jahr zum ersten Mal Gegenkandidaten zugelassen. Im September 2005 gelang es daraufhin dem Kandidaten und Gründer der *Ghad*-Partei, Aiman Nur, 7,8% der Stimmen auf sich zu vereinen, was einen Teilerfolg für die Opposition darstellte. Kurz darauf wurde er wegen Urkundenfälschung angeklagt und zu fünf Jahren Haft verurteilt, von denen er drei Jahre verbüßen musste. Hosni Mubarak blieb mit 88,5% der Stimmen Präsident Ägyptens. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2005 konnten die Muslimbrüder als unabhängige Kandidaten erstmals 20% der Sitze erringen und wurden somit stärkste Opposition.⁹ Die Muslimbruderschaft genießt in Ägypten eine große Popularität in weiten Teilen der Gesellschaft. Obwohl sich die Organisation in den 1970er Jahren von militanten Ablegern wie *Jihad al-Islam* distanziert hatte, ist sie bis heute offiziell verboten. In anderen Ländern wie Algerien, Tunesien, Syrien und Palästina haben sich seit der Gründung der Muslimbruderschaft 1928 mehrere „Ableger“ gegründet. Diese haben jedoch nicht alle gleichermaßen der Gewalt abgeschworen, so beispielsweise die Hamas. Der gesellschaftliche Rückhalt der Muslimbruderschaft in Ägypten basiert vor allem auf ihrem karitativen Engagement, mit dem sie die Lücken im sozialen und gesellschaftlichen Leben füllt, die von der Regie-

⁷ z. Vgl. Deutschland: 12%.

⁸ Das Vermögen der Familie Mubarak wird auf insgesamt 40 Mrd. USD geschätzt. Die gegenwärtige Staatsverschuldung beläuft sich auf 30,61 Mrd. USD. Es besteht die Hoffnung, dass man Teile des Vermögens der Familie Mubarak an den Staat zurückfließen lassen könne. Die Schweiz und die USA haben bereits Konten eingefroren. Eine Auszahlung des Geldes wird sich jedoch rechtlich schwierig gestalten.

⁹ Die Bewegung der Muslimbruderschaft entstand 1928 durch Hassan al-Banna in Ägypten. Ihre Zielsetzung beinhaltet die Einführung und Durchsetzung islamischer Moral- und Verhaltensregeln und beruft sich auf den Panislamismus. Anfangs gegen die britische Kolonialherrschaft gerichtet, gehörten bald auch die Wahrung der muslimischen Identität Ägyptens und der Kampf gegen den Säkularismus zu den Zielen. Neben einer politischen Aktivität – die jedoch zumeist Opfer von Unterdrückung wurde – zeichnet sich die Bewegung vor allem durch soziales und karitatives Engagement aus. In der Ära Gamal Abdel Nassers sah sie sich starker Unterdrückung ausgesetzt; einer ihrer wichtigsten Vordenker – Sayyid Qutb – wurde hingerichtet. Nach diesem war die derzeitige Situation in Ägypten mit der Zeit vor dem Islam gleichzusetzen, der heidnischen *jahiliyya*, da sämtliche Regeln unbeachtet blieben. In den 1970er Jahren spalteten sich dann die beiden militanten Bewegungen *Takfir wa-l-Higra* sowie *Al-Jihad Al-Islami* ab. Damit gewannen die gemäßigten Kreise die Oberhand. Die MB schwor der Gewalt ab, beteiligte sich am politischen Geschehen und wurde vor allem bei den Parlamentswahlen 2005 als stärkste Oppositionskraft bestätigt. Sie verfügt heute über eine sehr breite Verankerung in der ägyptischen Gesellschaft und besitzt wohl das größte Mobilisierungspotential. In anderen Ländern der Region wurde sie ferner häufig zum Vorbild genommen – auf sie führt sich beispielsweise die Hamas zurück.

rung vernachlässigt wurden.¹⁰ Bei den Parlamentswahlen 2010 kam es zu massiven Manipulationen. So wurden Menschen mit Gewalt daran gehindert, die Wahllokale zu betreten, woraufhin es zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften kam, bei denen vier Menschen starben. Darüber hinaus wurde vermehrt über Stimmenkauf berichtet.¹¹ Im Vorfeld war es außerdem zu Boykottaufrufen von Seiten der Oppositionsparteien gekommen, die eben diese Wahlmanipulation erwarteten.

Der Boykott, die Resignation innerhalb der Wählerschaft und die Manipulation des Wahlvorgangs führten zu einer Wahlbeteiligung von nur 25% und einem Erdrutschsieg der Nationaldemokratischen Partei. Die Muslimbrüder kamen auf nur noch einen Sitz, auch andere Oppositionsparteien hatten schwere Verluste zu verzeichnen.¹² Die Regierung Mubaraks erreichte eine Zweidrittelmehrheit, die ihr die volle Kontrolle über zukünftige Verfassungsänderungen zurückbrachte. In Erwartung dessen hatte sich 2010 im Vorfeld der Wahlen die Bewegung *Jamiat al-Taghyir* („Union des Wandels“) um den ägyptischen Nobelpreisträger Mohammed ElBaradei gegründet, die eine Unterschriftensammlung mit dem Ziel organisierte, eine Wahlrechtsreform zu erwirken und ElBaradei als Gegenkandidaten aufstellen zu können.

In den letzten Jahren trat auch der Sohn des Präsidenten, Gamal Mubarak, in den Vordergrund des politischen Geschehens und übernahm 2002 den Posten des Generalsekretärs der NDP. Als Reaktion darauf wurden erste Stimmen in der Bevölkerung laut, die befürchteten, Mubarak würde das Amt des Präsidenten nach syrischem Vorbild an seinen Sohn weitervererben wollen. Dies war einer der Gründe für die erste Anti-Mubarak-Demonstration der *Kifaya*-Bewegung („Es ist genug“) im Jahr 2004. Die pazifistische Bewegung formierte sich im Jahr 2000 als Re-

aktion auf die Zweite Intifada in Palästina und gewann an Unterstützung durch ihre Demonstrationen gegen den Irakkrieg 2003.

Eine weitere Bewegung gründete sich 2008 auf *Facebook* aus Solidarität mit den Massenprotesten in der Stadt Mahalla al-Kubra, bei denen am 6. April 2008 mehr als 27.000 Arbeiter der größten Textilfabrik Ägyptens auf die Straße gingen um gegen ihren geringen Lohn und die steigenden Lebensmittelpreise zu demonstrieren. Zwei Mitglieder der *Ghad*-Partei gründeten daraufhin als Zeichen der Unterstützung die „Bewegung 6. April“, die bald mehr als 87.000 Anhänger auf *Facebook* zu verzeichnen hatte. In den Monaten vor der Revolution kam es wiederholt zu einer landesweiten Streikwelle, die diesmal auch das Bau-, Lebensmittel- und Transportwesen sowie verschiedene Ministerien betraf. Wochenlang campierten die Betroffenen vor dem Parlamentsgebäude, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen – ohne Erfolg.

Eine der treibenden Kräfte der Revolution gründete sich in Reaktion auf die brutale Tötung des 28-jährigen Khaled Said im Juni 2010 in der Hafenstadt Alexandria. Der junge Blogger Khaled Said hatte sich in einem Internetcafé aufgehalten, als zwei Polizisten hineinstürmten und seine Papiere forderten. Kurz darauf packten sie ihn und zerrten ihn in einen nahe gelegenen Hauseingang, wo sie ihn zu Tode prügeln. Danach wurde sein bis zur Unkenntlichkeit entstellter Leichnam wieder vor dem Internetcafé abgelegt. Das Foto von Sais Leiche wurde über das Internet verbreitet und schuf eine weltweite Öffentlichkeit.¹³ Aufgrund des internationalen Drucks wurden die beiden Polizisten am 27. Juli 2010 verhaftet und angeklagt. Der Prozess wurde seitdem wiederholt vertagt. Die Anklage lautet „unrechtmäßige Verhaftung unter Einsatz physischer Gewalt und Brutalität“, worauf die Höchststrafe ein Jahr Haft beträgt. Als Zeichen des Protests gegen die Willkür der Poli-

¹⁰ Sie bietet kostenlose medizinische Dienste an, organisiert Armenspeisungen und unterstützt Kinder armer Familien mit zusätzlichen Schulangeboten. Die Bewegung besitzt darüber hinaus eigene Moscheen, Krankenhäuser, Schulen und Unternehmen, die sie in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

¹¹ So wurden auf *Twitter* tagsüber die Preise für die Stimmen der einzelnen Wahlbezirke ausgetauscht.

¹² Die Sitzverteilung bei den Parlamentswahlen veränderte sich von 2005 bis 2010 wie folgt: NDP von 330 auf 420 Sitze; *Wafd*-Partei von fünf auf sechs Sitze; Partei der Union für nationalen Fortschritt von ein auf fünf Sitze; *Ghad*-Partei behält einen Sitz; Unabhängige der Muslimbruderschaft von 88 auf einen Sitz. Die Partei für soziale Gerechtigkeit, die Demokratische Generationspartei und die Demokratische Friedenspartei ziehen mit jeweils einem Sitz ins Parlament ein.

¹³ Als Ergebnis der Ermittlungen erklärte die Staatsanwaltschaft, Khaled Said sei von den beiden Polizisten beim Handel mit Drogen aufgegriffen worden, woraufhin er ein Päckchen verschluckt hätte, an dem er daraufhin erstickt sei. Die Anwälte der Familie, die von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen gestellt wurden, forderten eine unabhängige Untersuchung und erwirkten eine Wiederaufnahme der Ermittlungen, die jedoch zu dem gleichen Ergebnis führten wie die vorangegangene.

zei und den Staat, der sich schützend vor die Täter stellte, gründete sich eine Solidaritätsbewegung von jungen Ägyptern auf Facebook, die sich mit dem Schicksal Khaled Saids identifizieren konnten und den Namen *We are all Khaled Said* trägt. Khaled Said wurde zur Symbolfigur der arabischen Revolution. Bis heute unterstützen mehr als 146.000 Menschen die Bewegung auf Facebook.¹⁴

Das angespannte Verhältnis von Christen und Muslimen wurde in den letzten Jahren immer konfliktreicher. Im Jahr 2010 wurden im ober-ägyptischen Nag Hamadi acht Kopten beim Verlassen der Kirche als Rache für die Vergewaltigung eines muslimischen Mädchens durch einen Christen im Vorjahr erschossen. Als Folge kam es zu Übergriffen und Ausschreitungen zwischen den beiden Religionsgruppen. Am 1. Januar 2011 ereignete sich im Anschluss an den Neujahrgottesdienst ein schwerer Anschlag auf die koptische Kirche „Zwei Heiligen“ in Alexandria, als eine Autobombe vor dem Eingang der Kirche explodierte. Der Anschlag galt den koptischen Gläubigen, die nach dem Ende des Gottesdienstes das Gebäude verließen.¹⁵ Die Kirche und die angrenzende Moschee wurden schwer beschädigt.¹⁶ Unmittelbar nach dem Anschlag kam es zu Zusammenstößen zwischen anwesenden Muslimen und Christen, die von der Polizei mit Tränengas getrennt wurden.

Am nächsten Tag hatte sich die Lage jedoch dahingehend gewandelt, dass sich Muslime solidarisch mit ihren koptischen Mitbürgern zeigten und geschlossen mit ihnen unter der Flagge der Revolution von 1919 demonstrierten, auf der Kreuz und Halbmond zusammen für die Einheit des ägyptischen Volkes abge-

bildet sind. Diese Symbolik setzte sich auch während der Revolution fort, als Demonstranten mit ineinander verschränktem Kreuz und Halbmond auf ihren Plakaten gegen die Regierung Mubaraks demonstrierten. Die Revolution in Ägypten war daher keineswegs gänzlich unvorhersehbar. Schon häufig hatte es Demonstrationen gegeben, die jedoch immer stark lokal oder auf eine bestimmte Interessengruppe beschränkt blieben und nicht auf die breite Bevölkerung übergreifen konnten. Die Regierung Mubarak verstand sich darauf, weite Teile der Bevölkerung so am Existenzminimum zu halten, dass es gerade noch zum Überleben reichte. Die Angst, sich durch ein Aufbegehren gegen das Regime die eigene Lebensgrundlage zu entziehen und seine Familie mit ins Unglück zu reißen, lähmte die Menschen über Jahrzehnte. Vor allem durch die demographischen Faktoren verschlechterten sich die Lebensumstände jedoch rapide über die letzten Jahre und ließen jene Stimmen immer lauter werden, die ein Ende der Mubarak-Ära forderten.

Schon eine Woche vor Beginn der ersten Proteste warnte die Muslimbruderschaft vor einem möglichen Überspringen des revolutionären Funkens aus Tunesien und forderte die Regierung mit einem Zehn-Punkte Plan zu substantiellen Reformen auf, was jedoch ungehört blieb.¹⁷

III. Akteure des Wandels und konkreter Auslöser

Der unmittelbare Auslöser der ägyptischen Revolution waren die Geschehnisse in Tunesien, die den Protesten in Ägypten vorausgingen. Den Tunesiern war es gelungen, nach Wochen des Protests, ihren Präsidenten Zine

¹⁴ Es ist jedoch hervorzuheben, dass dies keineswegs einen aktivistischen Einsatz beinhalten muss. Durch das Anklicken des Like-Buttons wird zwar eine generelle Unterstützung ausgedrückt. Aktives Engagement ist damit jedoch nicht verbunden. Die Anzahl an Unterstützern bei Facebook lässt somit keine Rückschlüsse auf das Mobilisierungspotential zu. Es handelt sich viel eher um ein Stimmungsbild.

¹⁵ Insgesamt kamen 23 Menschen ums Leben und 97 wurden verletzt.

¹⁶ Die Attentäter wurden zunächst einer lokalen, Al-Qaida nahe stehenden Terrorgruppe zugeordnet. Später hieß es, die Attentäter kämen aus dem Ausland. Inzwischen gibt es Hinweise des britischen Geheimdienstes, nachdem der ehemalige Innenminister Habib al-Adly selbst in den Anschlag verwickelt gewesen sei soll, um das repressive Vorgehen der Regierung gegen die Opposition zu rechtfertigen.

¹⁷ Darin wurden zunächst die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Auflösung des Parlaments im Zusammenhang mit Verfassungsänderungen für demokratische Wahlen, die Gewährleistung von Organisations- und Pressefreiheit und die Freilassung politischer Gefangener gefordert. Weiterhin sollten die Verantwortlichen für die Veruntreuung des Volksvermögens zur Rechenschaft gezogen werden.

el-Abidine Ben Ali zum Rücktritt zu zwingen.¹⁸ Der Erfolg der tunesischen Revolution war wohl der Funke, der das Pulverfass Ägypten zur Explosion brachte. Die Angst, die die Ägypter über Jahrzehnte in ihrer sich ständig verschlechternden Lebenssituation hatte ausharren lassen, fiel von ihnen ab. Tunesien hatte gezeigt, dass sich der Umsturz eines alteingesessenen Regimes nicht über Nacht erreichen ließ und gab den ägyptischen Demonstranten die Kraft, trotz aller Rückschläge an ihren Zielsetzungen festzuhalten.

Der Beginn der Revolution in Ägypten war der 25. Januar 2011, als ein Bündnis aus der „Bewegung 6. April“, *We are all Khaled Said*, *Kifaya*, der „Union für den Wandel“ und der Unterstützung der Jugend der Muslimbruderschaft gemeinsam auf Facebook zum „Tag des Zorns“ aufriefen. Anders als erwartet folgten dem Aufruf mehrere zehntausend Menschen; allein 15.000 Demonstranten besetzten an diesem Tag den Tahrir-Platz in Kairo, der sich zum Zentrum der Revolution entwickeln sollte. Die Polizei ging mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Demonstranten vor. Drei Menschen wurden bei den Unruhen des ersten Tages getötet. Trotz eines Demonstrationsverbots kam es während der beiden folgenden Tage wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei. In der Stadt Suez wurde als Reaktion auf das Verbot der Trauerfeier für die am Vortag getöteten Demonstranten die Polizeistation in Brand gesetzt.

Über Facebook und Twitter wurde zu weiteren Massenprotesten im Anschluss an das Freitagsgebet aufgerufen. Um der Organisation und Vernetzung entgegenzuwirken, ließ die Regierung das Internet sowie weite Teile des Mobilfunknetzes kappen¹⁹ und verbot die Versammlung zum Freitagsgebet in den größeren Städten. Trotzdem gingen zur Mittagszeit Hunderttausende in Kairo und anderen

Städten auf die Straße und forderten den Rücktritt des Präsidenten. Die Polizei reagierte mit äußerster Härte gegen die Demonstranten. Es wurde versucht, die Massen mit Tränengas und Wasserwerfern zu trennen, wiederholt drangsalierten Polizisten die Aufständischen mit Schlagstöcken und Gummigeschossen. Am Abend des 28. Januar und der folgenden Nacht eskalierte die Gewalt: Die Proteste gingen ungeachtet der verhängten Ausgangssperre weiter. Einigen Demonstranten gelang es, bis zur Parteizentrale der NDP vorzudringen und diese in Brand zu setzen. Mubarak entschied daraufhin, die Polizei weitgehend abzuziehen und ließ an deren Stelle das Militär mit Panzern nach Kairo einrücken. Ob sich das Militär auf die Seite der Demonstranten stellen oder es sich doch loyal zum Präsidenten, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, bekennen würde, blieb für die folgenden Tage ungewiss.

Am nächsten Tag waren weder Polizei noch Sicherheitskräfte auf den Straßen präsent. Übergriffe von Banden auf Geschäfte und Privatpersonen häuften sich, auch Krankenhäuser wurden Opfer solcher Raubzüge. Bei Plünderungen im Ägyptischen Museum in Kairo wurden wertvolle altägyptische Exponate zerstört. Gerüchte kamen auf, die Plünderer seien Polizisten und Sicherheitsleute, die vom Innenministerium angewiesen worden wären, die Bevölkerung durch Angst vor anarchischen Zuständen in die Knie zu zwingen. Nachdem die Armee sich weiterhin zu keinem aktiven Eingreifen entschied, formierten sich Nachbarschaftswehren, die in ihren Stadtteilen patrouillierten und Straßenkontrollen errichteten.

Eine Reaktion Mubaraks auf diese Entwicklungen blieb zu diesem Zeitpunkt weitgehend aus. Weder versuchte er, durch schnell und ernsthaft implementierte Reformvorhaben die wirtschaftlichen Forderungen der Demon-

¹⁸ Dieser verließ daraufhin am 14. Januar 2011 das Land und hält sich gegenwärtig in Saudi-Arabien auf. Ben Alis Frau, Leila Trabelsi, sowie weitere Mitglieder seiner Familie werden inzwischen mit internationalem Haftbefehl gesucht, er selbst ist auf die Gunst der saudischen Herrscher angewiesen, die seine Auslieferung bisher verweigert haben. Der erste Prozess gegen Ben Ali und seine Frau fand bereits in deren Abwesenheit statt. Beide wurden zu einer Haftstrafe von 35 Jahren und einer Geldstrafe in Millionenhöhe verurteilt. Weitere Verfahren aufgrund des Vorwurfs des Mordes und der Folter sollen vor dem Militärgericht verhandelt werden, Ben Ali droht hier die Todesstrafe. Nach der Einschätzung von Beobachtern wird es jedoch – nachdem das erste Urteil bekannt wurde – nicht zu einer Auslieferung von Seiten Saudi-Arabiens kommen. Ben Ali selbst ließ durch seine Anwälte verlauten, die Vorwürfe wären haltlos und er habe nicht die Absicht, den Prozess ernst zu nehmen.

¹⁹ Die sozialen Netzwerke im Internet waren vor allem während der Anfänge der Revolution ein wichtiges Medium für die Organisation und Verständigung der jugendlichen Demonstranten. Im Vergleich zu anderen arabischen Ländern und vor allem Europa ist das Internet in Ägypten noch vergleichsweise wenig verbreitet, doch ist es insbesondere in den Großstädten und innerhalb der jungen Mittel- und Oberschicht, die maßgeblich die Revolution initiiert und getragen hat, sehr präsent und ein wichtiges Kommunikationsmittel. Die Internetverbreitung in Ägypten beträgt 24,5% (z. Vgl. Deutschland: 67,1%).

stranten zu erfüllen, noch kam er der Hauptforderung nach, selbst zurückzutreten. Stattdessen ernannte er zum ersten Mal während seiner Regentschaft einen Vizepräsidenten. Seine Wahl fiel auf Omar Suleiman²⁰, den Chef des ägyptischen Geheimdienstes, der bis zum Rücktritt Mubaraks erste Verhandlungen mit der Opposition führte und die Regierung Mubaraks in den Medien vertrat. Die unvorhersehbaren Entwicklungen veranlassten Botschaften, Konsulate und einen Großteil ausländischer Unternehmen, ihre Mitarbeiter auszufliegen. Die Anzahl der Kampfpanzer in den Städten wurde nochmals deutlich erhöht, auch in den Urlaubsgebieten am Roten Meer rückte die Armee immer weiter vor. Die USA und Deutschland sowie weitere europäische Länder gaben Reisewarnungen heraus und entschieden, Sondermaschinen zu schicken um ihre Staatsbürger auszufliegen.

Zum wichtigsten Akteur während der Revolution wurde schnell das ägyptische Militär, auf das sich die Hoffnungen der Demonstranten stützten. Ein Sprecher der ägyptischen Armee gab bekannt, dass die Armee die Forderungen der Demonstranten anerkenne und keine Gewalt gegen sie anwenden würde. Die Entscheidung des Militärs wurde unter großem Jubel willkommen geheißen, von nun an wurde „Das Militär und das Volk sind vereint“ skandiert. Die Abgrenzung des Militärs von der Regierung Mubarak liegt jedoch nicht nur an der Verwurzelung des Militärs in der Gesellschaft, sondern auch an der Person Mubaraks selbst. Zwar hatte auch er seine Karriere beim Militär begonnen, doch gehörte er nicht mehr der Garde der „freien Offiziere“ an und hatte sich für eine politische Führung entschieden.

Mit dem Militär auf ihrer Seite riefen die Demonstranten für Dienstag, den 1. Februar zum „Marsch der Millionen“ auf. Bis zu 2 Mio. Menschen kamen dem allein in Kairo nach. Am Abend versammelten sich die Massen auf dem Tahrir-Platz, um auf Großleinwänden der angekündigten Ansprache des Präsidenten zu folgen. Erwartet wurde seine Rücktrittserklärung. Doch diese Hoffnungen wurden enttäuscht: Mubarak erklärte lediglich, dass er nicht für eine weitere Amtszeit kandidieren

würde und zu Gesprächen mit der Opposition bereit sei. Als Folge dieser Erklärung kippte die hoffnungsvolle Stimmung unter den Demonstranten augenblicklich. Trotz des Drängens von Seiten des Militärs, die Forderungen seien gehört worden und es müsse zu einem Ende der Demonstrationen kommen, verblieben die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz. Sie beharrten auf ihren Forderungen, Mubarak müsse sofort zurücktreten, das Parlament auflösen und eine Übergangsregierung mit einer Verfassungsänderung und Neuwahlen betrauen. Um seine Absichten zu unterstreichen, löste Mubarak am folgenden Tag das Parlament auf, die Ausgangssperre wurde verkürzt und auch die meisten Internet- und Telefondienste wurden wieder frei geschaltet. Das Militär verblieb mit den Demonstranten auf dem Tahrir-Platz, beteiligte sich jedoch nicht mehr an den Personenkontrollen an den Zugängen zum Tahrir-Platz, die an den Vortagen die Demonstranten vor Übergriffen seitens Regimetreuer geschützt hatten. Am Nachmittag dieses Tages kam es zu blutigen Eskalationen, als der von Demonstranten besetzte Tahrir-Platz von mit Messern, Steinen und Schlagstöcken bewaffneten Anhängern des Regimes gestürmt wurde. Dazu kam die „Kavallerie-Attacke“ mit Unterstützern auf Pferden und Kamelen, die mit Peitschen und Macheten auf die Demonstranten am Boden einschlugen. Von den Angriffen überrascht versuchte ein Großteil zu fliehen, jedoch wurden sie von den Angreifern zurück gedrängt. Die Soldaten hatten den Befehl, nicht einzugreifen und verharrten weitgehend tatenlos auf ihren Panzern, vereinzelt wurden Warnschüsse abgegeben. Die Demonstranten, die aufgrund der Personenkontrollen der vorangegangenen Tage komplett unbewaffnet waren, verteidigten sich mit Flaschen und Pflastersteinen, die sie aus dem Boden rissen. Die Zusammenstöße dieses Nachmittags kosteten 13 Menschen das Leben, über 1.500 Verletzte wurden in den umliegenden Moscheen behandelt, die von freiwilligen Helfern und Ärzten zu Feldlazaretten umfunktioniert worden waren. Ausländische Medienvertreter mussten ihre Hotels verlassen, als von den Unterstützern des Regimes wiederholt Jagd auf sie gemacht wurde. Es wurde von 70 Festnahmen seit dem Ausbruch der Gewalt am 2. Februar berichtet. Ein Jour-

²⁰ Omar Suleiman durchlief, wie Mubarak, eine Militärlaufbahn, wechselte jedoch 1986 zum militärischen Geheimdienst und wurde Chef des zivilen ägyptischen Geheimdienstes (arabisch: *Mukhabarat*) 1993. Da dieser dem Präsidenten direkt untergeordnet ist, standen sich Suleiman und Mubarak stets sehr nah. Zum engsten Verbündeten des Präsidenten wurden Suleiman beim Afrika-Gipfel 1995, als er die Limousine Muabaraks gegen ein gepanzertes Fahrzeug austauschen ließ und dieser so einen Anschlag islamistischer Terroristen überlebte

nalist wurde von einem Scharfschützen getötet.

Als Reaktion auf die Geschehnisse des Vortags errichteten die Demonstranten am 3. Februar Barrikaden um den Tahrir-Platz, um sich vor weiteren Attacken zu schützen. Trotzdem kam es wiederholt zu Übergriffen auf die Regierungsgegner: Mehrfach wurden Brandbomben geworfen und auch von gezielten Schüssen von den umliegenden Häusern wurde berichtet. Nachdem die Armee mit Stacheldraht den Platz abgesperrt hatte und wieder verstärkt für den Schutz der Demonstranten eintrat, richteten sich die Besetzer des Tahrir-Platzes in den folgenden Tagen darauf ein, in der Situation zu verharren. Privatpersonen und Organisationen, allen voran die Muslimbruderschaft, organisierten eine Infrastruktur, die eine Versorgung mit Lebensmitteln, Zelten und sanitären Anlagen sicherstellte. Immer wieder gab es Szenen religionsübergreifender Solidarität, wenn Anhänger beider Konfessionen sich gegenseitig bei ihren Gebeten schützten. Einige von ihnen hielten als Zeichen der Koexistenz der beiden Religionen unter dem Vorzeichen der ägyptischen Nation Kreuz und Koran in den Händen.

Auf der politischen Bühne reduzierten sich die Optionen des Regimes auf ein Minimum. Während am Anfang befürchtet wurde, die Regierung könnte den Aufstand mit Gewalt im Keim ersticken, wurde spätestens nach der Solidarisierung des Militärs mit den Demonstranten deutlich, dass die Machthaber einen anderen Weg finden mussten. Trotz der Versuche von Seiten Mubaraks, die Protestbewegung zum Einlenken zu bewegen, indem er ihr Zugeständnisse machte, kam es nicht zu einem Ende der Proteste. Suleiman lud am 6. Februar Vertreter der Oppositionsparteien und der Jugendbewegungen sowie den koptischen Großunternehmer Naguib Sawiris, einen Vertreter Mohammed ElBaradeis und Anhänger der Muslimbruderschaft ein, mit dem Ziel, ein Komitee zu gründen, das über Verfassungsänderungen hinsichtlich der nächsten Präsidentschaftswahlen im September beraten sollte. Dieses Komitee wurde später als "Rat der weisen Männer" bekannt. Gamal Mubarak wurde der Posten des Generalsekretärs der NDP entzogen. An dessen Stelle trat Hussam Badrawi²¹, der jedoch noch vor dem Rücktritt Mubaraks das Amt wieder aufgab. Mubarak berief an den folgenden

Tagen ein Komitee aus elf Richtern ein, die eine Verfassungsänderung ausarbeiten sollten, um die Kandidatur für die Präsidentschaft zu vereinfachen und die Amtszeit zu begrenzen. Damit wurde eine erste Teilforderung der Demonstranten erfüllt. Allerdings kam es noch immer zu keiner Auflösung der Proteste. Die Menschen forderten weiterhin den sofortigen Rücktritt Mubaraks.

Das gewalttätige Vorgehen der Regierung gegen die Demonstranten hatte viele Opfer gefordert. Nach offiziellen Angaben starben bei den Protesten 846 Menschen durch die Hand des Regimes. Weitere 6.000 wurden verletzt. Hätte sich die Regierung schon in den ersten Tagen der Demonstrationen zu Zugeständnissen bereit erklärt, so hätte sie eventuell den großen Zulauf der Protestbewegung unterbinden und die Aktivisten in sich spalten können.

Für den Großteil der Demonstranten stand fest, dass sie keine Kompromisse eingehen würden. Gerade die junge Generation der Demonstranten, die noch unter keinem anderen Präsidenten als Mubarak gelebt hatte, wurde durch die Revolutionsbewegung zum ersten Mal politisch aktiv. Sie hatte die Hoffnung, mit einem Sturz der Regierung und einer Änderung des Systems für ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder eine bessere Perspektive schaffen zu können.

Während sich in den Tagen vor dem Rücktritt ein Stillstand der Verhandlungen abzeichnete, was einen ungewissen Ausgang erwarten ließ, kam es doch kurz darauf am 10. und 11. Februar zu einem schnellen, weitgehend friedlichen Ende des Regimes. Am 17. Tag des Aufstandes tagte der Oberste Militärerrat wiederholt ohne seinen Oberbefehlshaber Hosni Mubarak und erklärte die Forderungen der Bewegung für legitim. Dies deutete auf einen signifikanten Bruch zwischen militärischer Elite und Mubarak hin, sodass die Spekulationen zunahmen, Mubaraks Rücktritt stehe unmittelbar bevor. Jedoch trat Mubarak in seiner Fernsehansprache am Abend des 10. Februars nicht wie erwartet zurück, sondern gestand zunächst eigene Fehler ein und versicherte eine Verfolgung derer, die für die Tötung der Demonstranten verantwortlich waren. Mubarak übergab darüber hinaus Teile seiner Befugnisse an den Vizepräsidenten, versicherte jedoch, das Amt des Präsidenten nicht aufzugeben. Auch der Ausnahmezu-

²¹ Hussam Badrawi war innerhalb der NDP als Reformler bekannt und seine Ernennung wurde von den Demonstranten als Zugeständnis empfunden.

stand blieb weiterhin in Kraft. Die zuvor ausgelassene Stimmung auf dem Tahrir-Platz schlug augenblicklich um. Die wütende Masse zog unter Protestrufen in Richtung des Präsidentenpalasts.

Für den 11. Februar wurde zur größten Demonstration seit Beginn des Aufstandes aufgerufen. Am Morgen trat der Oberste Militärrat erneut zusammen. Mubarak ließ wissen, dass ein Mitglied aus dem „Rat der weisen Männer“ nach dem Rücktritt des vorigen Premierministers Ahmed Shafiq das Amt übernehmen solle, um als Vermittler zwischen Regierung und Opposition zu fungieren. Am selben Tag wurde Essam Abdel Aziz Sharaf zum Premierminister Ägyptens ernannt, was von weiten Teilen der Oppositionsbewegung begrüßt wurde.

Am Mittag des 18. Tags der Demonstrationen versammelten sich bis zu einer Million Menschen auf dem Tahrir-Platz und bis weit in die Nebenstraßen hinein. Auch in anderen Städten Ägyptens wie Mansoura, Mahala, Tanta, Alexandria, Ismailiya und Suez gingen mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße. In Kairo zogen mehrere Tausend Regimegegner vom Tahrir-Platz zum Präsidentenpalast und vor das Gebäude des staatlichen Fernsehsenders. Die Weltöffentlichkeit schaute in diesen Stunden auf Ägypten. Als erster hochrangiger europäischer Politiker bezog der dänische Premierminister Lars Lokke Rasmussen Position und forderte den sofortigen Rücktritt des ägyptischen Präsidenten.

Andere europäische Politiker schlossen sich im Laufe des Tages an. In den Nachrichten kam es zu Spekulationen über den Aufenthaltsort des Präsidenten, es wurden Vermutungen laut, er habe das Land bereits verlassen. Bilder aus Alexandria und Kairo zeigten Militär und Marine, die sich um die Demonstrationen positionierten und die Menschen mit Lebensmitteln und Wasser versorgten.

Um 18.00 Uhr Ortszeit trat Omar Suleiman vor die Presse. In einer knappen Ansprache gab er den Rücktritt des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak bekannt. Alle Befugnisse wurden dem Obersten Militärrat unter Leitung von Hussein Tantawi übergeben. Dieser hatte selbst eine lange Militärkarriere durchlaufen und war seit 1991 Verteidigungs-

minister. Seine Person ist jedoch alles andere als unumstritten, da er gemeinhin als Protégé Mubaraks gilt. Nach dem Rücktritt Mubaraks traten auch Omar Suleiman sowie weitere hochrangige Regierungsmitglieder von ihren Ämtern zurück. Die Konten Mubaraks und seiner Familie wurden eingefroren. Mubarak erhielt ein Ausreiseverbot und wurde unter Hausarrest gestellt

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Auf der Welle der Euphorie ergriff die ägyptische Jugend Eigeninitiative: Es gründeten sich Gruppen, die sich um die Müllbeseitigung auf den Straßen kümmerten, andere ersetzten die zunächst noch abwesenden Verkehrspolizisten und regelten den Verkehr auf den großen Straßen, wieder andere zogen mit Pinsel und Farbe durch die Städte und erneuerten die Bordsteinmarkierungen. Es folgte jedoch schnell erste Ernüchterung. Der Demokratisierungsprozess und die Verurteilung der ehemaligen Regimeanhänger gehen vielen der Demonstranten bislang nicht schnell genug voran.

Im Frühsommer flammten die Proteste wieder auf, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße wie zuvor. Am 9. April starben erneut zwei Menschen bei Zusammenstößen mit der Polizei. In der Folgezeit campierten die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz und beabsichtigten dort auszuharren, mit dem Ziel, die ehemaligen Regimegrößen vor Gericht zu stellen, alle Minister der alten Regierung auszutauschen und den Demokratisierungsprozess zu beschleunigen. Bisher hatte der Premierminister der Übergangsregierung, Essam Sharaf, nur gut die Hälfte der Ressorts neu besetzen können. Trotz der andauernden Proteste wurde das neue Kabinett am 21. Juli 2011 durch Hussein Tantawi vereidigt.

Die Verhandlung gegen Mubarak, seine Söhne, den ehemaligen Innenminister Habib al-Adly und weitere regimenahen Größen wurde am 3. August 2011 eröffnet. Die Anwälte der Angeklagten spekulieren auf einen langen Prozess. Die Vorwürfe lauten Korruption, Veruntreuung und Amtsmissbrauch. Darüber hinaus soll geklärt werden, inwieweit Mubarak und seine Söhne die Übergriffe auf Demonstranten angeordnet und ihren Tod billigend in Kauf genommen haben. Die Ange-

klagten weisen alle Vorwürfe zurück.²² Auch die Wirtschaft Ägyptens hat noch mit den Nachwehen der Revolution zu kämpfen. Nach dem ersten wirtschaftlichen Kollaps während der Revolution, als der Handel an der ägyptischen Börse ausgesetzt wurde da die Aktienkurse innerhalb von 15 Minuten um 6,25% gefallen waren, stabilisiert sich die Lage Ägyptens jetzt langsam wieder. Wichtige Wirtschaftszweige wie der Tourismus beginnen wieder anzulaufen und die Gebühreneinnahmen des Suezkanals sind aufgrund anwachsender Exporte aus Indien und Ostasien sogar um 10% gestiegen. Insgesamt wird jedoch ein Rückgang des BIP in 2011 um 2,5% erwartet. Dies liegt vor allem am Fernbleiben der ausländischen Investitionen. Die großen Geldgeber aus den Golfstaaten befürchten dauerhafte Instabilität aufgrund des Umsturzes und haben ihr Investitionsvolumen deutlich heruntergefahren. Seit Beginn des Jahres sind die Devisenreserven um 25% zurückgegangen. Ein viel versprechendes Signal kam unterdessen im Mai dieses Jahres vom G8-Gipfel, auf dem man sich unter dem Namen *Deauville Partnership* für eine finanzielle Unterstützung Tunesiens und Ägyptens aussprach. Darüber hinaus sicherten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank ein Finanzpaket von insgesamt 7,5 Mrd. USD für Ägypten zu. Weiterhin gab es auch positive Resonanz von Investoren aus Ägypten selbst und dem Golfkooperationsrat, die bereits mehr als 8,4 Mio. USD in den Ende Mai eingerichteten „Zukunft Ägypten“-Fond (arabisch: *Misr al-Mustaqbal*) investiert haben.

Vor allem kann man jedoch sagen, dass der arabische Frühling in Ägypten erfolgreich ein Interesse und Engagement für die Partizipation im politischen Entscheidungsprozess geweckt hat. In verschiedenen Institutionen haben die Mitarbeiter bereits von sich aus begonnen, interne Wahlen zu veranstalten und Interessenvertretungen zu gründen. An einigen Universitäten haben die Fakultäten in Eigeninitiative angefangen, neue Dekane zu wählen und in einem Kairoer Krankenhaus schlossen sich die Mitarbeiter zu einem Betriebsrat zusammen, um den regimetreuen Krankenhausleiter abzusetzen. Die Ägypter fangen an, sich zu informieren, was es für

Möglichkeiten der Partizipation im Alltag gibt, denn für viele bedeutete Demokratie – wenngleich sie diese in ihrem Land nicht erfuhren – bisher ausschließlich das Recht auf freie Wahlen.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Bereits am 19. März 2011 wurden die Ägypter zum ersten Mal an die Wahlurnen gebeten. Es ging um ein Verfassungsreferendum, das über Veränderungen an der alten Verfassung entscheiden sollte, die nach dem Sturz der Regierung außer Kraft gesetzt worden war. Hierbei sollte nicht eine neue Verfassung ausgearbeitet, sondern die alte nur korrigiert werden, um baldige Neuwahlen und ein Ende der Übergangsregierung zu ermöglichen. Die Änderungen betrafen in erster Linie die Amtszeit und die Befugnisse des Präsidenten sowie die Abschaffung des Artikels 179, da dieser von der Regierung Mubarak unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung dazu benutzt worden war, die Grundrechte der Bevölkerung massiv einzuschränken. Insgesamt sprachen sich 77% der Wähler – bei einer Wahlbeteiligung von rund 41% – für die Verfassungsänderung aus.²³ Gegenstimmen kamen vor allem aus den Jugendbewegungen sowie von Seiten der Oppositionsführer Mohamed El-Baradei und Amr Moussa, die anstelle einer Verfassungskorrektur die Ausarbeitung einer neuen Verfassung vorgezogen hätten. Darüber hinaus bemängelten sie, dass die Zeit bis zu den Neuwahlen nicht ausreiche, damit sich auch die neuen und kleinen Parteien im Parteienspektrum etablieren könnten. Die Parteienlandschaft Ägyptens ist, wie bei anderen autoritären Regierungen, sehr unterentwickelt. Obwohl Ägypten laut Verfassung ein Mehrparteiensystem ist, gab es vor der Revolution außer der NDP faktisch keine einzige Partei, die auf politischer Ebene Einfluss nehmen konnte. Insgesamt haben die ägyptischen Parteien bisher keinen großen Rückhalt in der Bevölkerung erreichen können. Dies lag vor allem daran, dass sie durch die Einflussnahme der Regierungspartei NDP keine nennenswerten Wahlsiege erringen konnten, um aktiv am politischen Entscheidungsprozess teilzunehmen. Einigen der Oppositionsgruppen wurde eine „Scheinopposition“ vorgeworfen, denn sie op-

²² Der frühere Innenminister Habib al-Adly wurde bereits vor Gericht gestellt und am 6. April wegen Geldwäscherei und persönlicher Bereicherung für schuldig befunden und zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Weitere Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft wurden eingeleitet. Ihm wird vorgeworfen, während der Revolution den Befehl zur Tötung und Folterung der Demonstranten gegeben zu haben. Sollte er oder Mubarak in diesem Punkt für schuldig befunden werden, droht ihnen die Todesstrafe. Anschuldigungen, Habib al-Adly sei in die Anschläge auf die koptische Kirche 2011 involviert, wurden bisher nicht bestätigt.

²³ Vgl. <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-12801125>, abgerufen am 21.09.2011.

ponierten in Absprache mit der Regierung. Stärker demokratisch orientierte Gruppen waren meist nicht ausreichend organisiert und fanden außerhalb der bürgerlichen Schichten der Großstädte keine Anhänger. Die wenigen oppositionellen Politiker, die auch in der breiten Bevölkerung anerkannt waren, fielen wiederholt Scheinprozessen zum Opfer, die sie für längere Zeit ins Gefängnis brachten. Dies galt zum Beispiel für Aiman Nur, den Präsidentschaftskandidaten der *Ghad*-Partei von 2005, welcher erst nach gut drei Jahren im Februar 2009 aus der Haft entlassen wurde. Ihm wurde vorgeworfen, er habe Dokumente gefälscht, um die *Ghad*-Partei 2004 gründen zu können.

Eine Parteigründung hing in Ägypten bisher sehr stark vom Gutdünken des zuständigen Ausschusses des *Shura*-Rates²⁴ ab, der mit Anhängern der Regierungspartei besetzt war.²⁵ Eine Vereinfachung der Regelungen zur Gründung von Parteien war eine zentrale Forderung der Protestbewegung, die der Oberste Militärrat Ende Februar erfüllte, um die Entwicklung einer ägyptischen Parteienlandschaft voranzubringen.²⁶ In Ägypten gab es bis zur Revolution 2011 mehr als 20 registrierte Parteien, von denen bei den Wahlen 2010 sieben einen Sitz im Parlament erreichen konnten. Die stärkste Opposition, ob im Parlament vertreten oder nicht, bleibt die Muslimbruderschaft, deren Mitglieder seit 1984 als unabhängige Kandidaten bei Wahlen antreten. Trotz ihres Wandels zu einer Organisation mit vornehmlich sozialdienstlichem Charakter, darf die Muslimbruderschaft nicht als religiöse Wohlfahrtsorganisation unterschätzt werden, denn ihre Forderungen waren und sind hochpolitisch. Laut der ägyptischen Verfassung dürfen sich Parteien bis heute nicht auf einer Religion basierend gründen, jedoch sind nicht alle Parteien deshalb säkular.²⁷ Die Muslimbruderschaft gründete am 30. April 2011 eine eigene Partei unter dem Namen „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“. Anders als in der Vergangenheit fordert die Partei keine theokratische Staatsform mehr, sondern eine Demokratie mit islami-

schen Elementen, wie einer Rechtssprechung auf Grundlage der Scharia. Für Christen und Juden soll es jedoch besondere Gesetzesregelungen geben, die ihrer Religion angepasst sind, beispielsweise beim Ehe- und Erbrecht. Bereits unter den über 8.800 Gründungsmitgliedern befanden sich 93 Kopten, weitere 978 Gründungsmitglieder waren Frauen.

Bis August existierten in Ägypten 46 Parteien und politische Gruppierungen, die sich schwerpunktmäßig in drei Zeiträumen gründeten. Knapp die Hälfte wurde noch vor den Wahlrechtsreformen 2005 gegründet, vorwiegend Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre. Im Zuge des Referendums und der anschließenden Wahlrechtsreform 2005 registrierten sich weitere sieben Parteien, unter ihnen die *Ghad*-Partei von Aiman Nur, die aus der bereits 1978 gegründeten *Wafd*-Partei hervorging. Bei den Wahlen gehörten jedoch nur zwei der sieben im Parlament vertretenen Parteien zu den „Wahlrechtsreformparteien“: die *Ghad*-Partei und die Demokratische Friedenspartei. Die nächste Gründungswelle folgte im Anschluss an die Revolution 2011. Bisher konnten sich drei Parteien registrieren und weitere drei erwarten ihre offizielle Bestätigung. Darüber hinaus verfügen politische Bewegungen wie die bereits genannte „Bewegung 6. April“, *Kifaya* und die „Union für den Wandel“ über politisch-gesellschaftlichen Einfluss. Sie streben voraussichtlich nicht an, sich als Parteien zu etablieren, sondern verstehen sich als soziales Bündnis mit politischen Forderungen. Die Mitglieder dieser Bewegungen sind zum Teil nicht nur in einer der Bewegungen aktiv, sondern bekennen sich darüber hinaus zu einer etablierten Partei wie der *Ghad*-Partei oder sind Mitglied der Muslimbruderschaft. Durch die virtuelle Vernetzung haben die Bewegungen eine flache Hierarchie mit fließenden Übergängen zu anderen Organisationen. Bis jetzt haben sich fünf Kandidaten für die kommende Präsidentschaftswahl offiziell aufstellen lassen. Zu ihnen gehört der Gründer der „Union für den Wandel“ Mohamed ElBaradei. Als die ersten Unruhen ausbrachen, kehrte er nach Ägypten

²⁴ Der *Shura*-Rat wurde in Ägypten 1980 per Verfassungsänderung eingeführt. Er fungiert als zweite Kammer des Parlaments (besitzt also auch gesetzgebende Kompetenz) und besteht aus 264 Mandaten (jeweils für sechs Jahre). Von diesen sind 174 gewählt und 88 durch den Präsidenten ernannt.

²⁵ Dieser Ausschuss musste eine Genehmigung zur Gründung einer neuen Partei erteilen. Darüber hinaus brauchte es 50 Gründungsmitglieder, von denen 20 Teil der Volksversammlung und 25 von Beruf Arbeiter oder Bauer sein mussten.

²⁶ Gegenwärtig braucht eine Partei 5.000 Gründungsmitglieder. Die Partei kann dann direkt angemeldet werden, es ist keine Genehmigung mehr nötig. Über die Rechtmäßigkeit der Partei entscheidet ein richterlicher Ausschuss.

²⁷ Es bekennen sich offiziell 52% der Parteien als primär säkular und 30% vertreten religiöse Grundsätze.

zurück, um die Demonstranten auf der Straße zu unterstützen und fungierte als ihr Sprachrohr in den Medien. Er genießt in Ägypten große Popularität aufgrund seiner Rolle als Generaldirektor der Atomenergiebehörde IAEA während des Irakkriegs, als er sich gegen die US-Regierung wandte und bestätigte, dass der Irak nicht im Besitz von Massenvernichtungswaffen sei.²⁸ Darüber hinaus übte er heftige Kritik an der Doppelmoral der amerikanischen Außenpolitik, wenn es um die Nutzung von Atomenergie und Atomwaffen von Seiten Irans und Israels ging. Vor allem die aufgrund seiner Arbeit im Ausland seit 1964 absolute Unabhängigkeit vom Regime Mubaraks steigerte seine Popularität in der Bevölkerung, die ihn vermehrt als neutrale Person wahrnahm. Gegenstimmen kritisieren, dass er das alltägliche Leben des ägyptischen Volkes nicht kenne, da er selbst den Großteil seines Lebens im Ausland verbrachte hätte. Die Union für den Wandel sowie die „Neue Wafd-Partei“ haben ihm für die kommenden Wahlen ihre Unterstützung zugesichert, auch wenn er als unabhängiger Kandidat antreten wird.

Einer seiner stärksten Konkurrenten ist der ehemalige Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa, der ebenfalls als unabhängiger Kandidat bei den nächsten Präsidentschaftswahlen antreten wird. Er hat als ägyptischer Botschafter, unter anderem bei den Vereinten Nationen, über 21 Jahre Erfahrung als Diplomat gesammelt und war von 1991-2001 Außenminister Ägyptens. Diese Verflechtung mit der Mubarak-Regierung werfen ihm heute manche Kritiker vor. Jedoch genießt er allgemein eine hohe Popularität aufgrund seiner kritischen Position gegenüber der Politik Israels und fordert, wie auch ElBaradei, die Öffnung der Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen. In einer Befragung während der Revolution gaben 26% der Befragten an, Amr Moussa als nächsten Präsidenten zu favorisieren.

Die drei weiteren unabhängigen Kandidaten haben einen stark religiös geprägten Hintergrund: Zum einen der islamische Denker und Jurist Hazem Salah Abu Ismail der besonders durch seine Auftritte im Fernsehen einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht hat. Zum anderen der Kandidat Abdel Moneim Abdoul Foutouh, der von der Muslimbruderschaft ausgeschlossen wurde, um zu kandidieren. Die Muslimbruderschaft hatte zuvor bekannt

gegeben, keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten zu stellen. Die Kandidatur Foutouhs sei eine persönliche Entscheidung gewesen und werde nicht von der Gruppe gefördert. Unter den parteigebundenen Kandidaten, die Interesse an einer Kandidatur verlauten ließen, ist Aiman Nur der Bekannteste. Der Prozess gegen den Gründer der *Ghad*-Partei und die anschließende Haft brachten ihm Sympathien in der Bevölkerung. An der Revolution beteiligte er sich aktiv und ging mit anderen Demonstranten auf die Straße, bis er aufgrund einer schweren Kopfverletzung ins Krankenhaus gebracht wurde. Bisher konnte jedoch noch nicht abschließend geklärt werden, ob sich Aiman Nur aufgrund seines Gefängnisaufenthaltes überhaupt zur Wahl aufstellen lassen darf.

Weitere Kandidaten sind Sameh Ashour, Vizepräsident der Nasseristischen Partei, Refaat El-Saeed, Präsident der eher sozialistisch-säkularen Partei der Union für nationalen Fortschritt und gegenwärtiges Mitglied der Ratsversammlung, El-Sayyid el-Badawi, Präsident der Neuen *Wafd*-Partei, und Mamdouh Ramzi, ein koptischer Anwalt und Mitglied der Partei für freie, soziale Rechtsstaatlichkeit. Wiederholt gab es Gerüchte, der Chemienobelpreisträger Ahmed Zewail wäre ein möglicher Kandidat für die Präsidentschaftswahlen. Dieser war während der Revolution nach Ägypten zurückgekehrt und hatte sich bereit erklärt, zusammen mit Aiman Nour in einem Komitee zur Verfassungsänderung zu arbeiten. Darüber hinaus war er neben ElBaradei einer der Vermittler zwischen den Jugendbewegungen und der Regierung. Er selbst dementierte die Gerüchte um seine mögliche Kandidatur, jedoch ist anzunehmen, dass ihm ein Posten als Berater in der neuen Regierung offen stehen wird.

Mögliche Kandidaten aus der aktuellen Regierungsspitze haben bisher keine Kandidatur bekannt gegeben. Zur Wahl stünden der aktuelle Präsident der Übergangsregierung und Vorsitzender des Obersten Militärrats, Mohammed Hussein Tantawi, und der während der Revolution eingesetzte Premierminister Essam Sharaf, der mit der Neuordnung des Kabinetts betraut war. Das Militär erklärte, es habe nicht die Absicht, einen Kandidaten für Präsidentschaftswahlen ins Rennen zu schicken. Über die Position Essam Sharafs ist bisher nichts Konkretes bekannt.

²⁸ Für sein Engagement für friedliche Nutzung der Atomkraft und gegen den Missbrauch von Atomwaffen erhielt er 2005 den Friedensnobelpreis.

VI. Zukunftsszenarien

Das junge Ägypten kämpft gegenwärtig mit der Realität der Post-Mubarak-Ära. Die erste Euphorie ist vorüber und vielen wird klar, dass eine funktionierende Demokratie, wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftliche Freiheit nicht über Nacht entstehen können. Sowohl die Jugend als auch deren Elterngeneration haben zuvor nie am demokratischen Prozess teilgenommen. Sich selbst über politische Zielsetzungen zu informieren und eine eigene Meinung zu entwickeln, war bisher weder erlaubt noch erwünscht. Die Demonstranten hatten das Ziel verfolgt, das alte Regierungssystem zu stürzen, um mit einer neuen Verfassung ein demokratisches System zu implementieren. Der gute Wille ist da; allerdings ist längst noch nicht in allen Köpfen angekommen, dass der Weg zur Demokratie ein Lernprozess ist. Nach dem Rücktritt Mubarak kam es auf internationaler Ebene zu Spekulationen und Prognosen über zukünftige Entwicklungen auf politischer Ebene. Einige Beobachter fürchteten zunächst, das Militär könne die Macht nach dem Sturz der Regierung an sich reißen und eine Militärdiktatur installieren. Dies sollte man nicht verharmlosen, jedoch sieht es nach bisheriger Beobachtung nicht danach aus, dass dieses Szenario eintreten könnte. Gegenwärtig hat sich eine ambivalente Stimmung entwickelt, was die Rolle des Militärs in der Übergangsregierung betrifft. Gerade die etablierten Parteien drängen auf Wahlen in naher Zukunft und werfen dem Militär Verzögerungstaktiken vor, um selbst länger an der Macht zu bleiben. Eine langfristige Machtübernahme durch das Militär ist jedoch nicht realistisch.

Insgesamt liegt der Fokus der Ägypter noch immer stärker auf der Person des Präsidenten als auf den Parteien. Viele haben sich bereits für einen der Präsidentschaftskandidaten entschieden. Bei Umfragen in der letzten Zeit lagen die unabhängigen Kandidaten weit vorne. Laut einer Umfrage der staatlichen Zeitung *al-Ahram* liegen Abdel Moneim Abdoul Fotouh und Amr Moussa mit jeweils 20%

gleich auf. ElBaradei kam auf nur rund 12% der Stimmen, rangiert damit jedoch immer noch auf den oberen Plätzen. Die Parlamentswahlen sind ebenfalls für November 2011 angesetzt worden.²⁹ Diese Terminsetzung wird jedoch von einigen Beobachtern äußerst kritisch gesehen, da die kurze Zeit kaum zur Bildung neuer Parteistrukturen reicht. Vor allem die etablierten Muslimbrüder und die „schein-oppositionellen“ Parteien des *ancient régime* würden davon profitieren, da sie das größte Mobilisierungspotential hätten.

Es wird erwartet, dass die Muslimbruderschaft mit der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen wird. Insbesondere, da sie mit ihrem Programm einen Spagat zwischen Demokratie, islamischer Gesetzgebung, Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, sowie der Garantie der Grundrechte wagen wird. Inwieweit diese Themen in der Praxis vereinbar sind, wird sich zeigen. Die Partei genießt auch außerhalb der Muslimbruderschaft einen großen Rückhalt. Im Gegensatz zu den meisten Parteien haben die Muslimbrüder schon jahrzehntelanges soziales Engagement bewiesen, was sich bei den kommenden Wahlen bemerkbar machen könnte. Viel mehr als eine strukturelle Demokratisierung braucht es in Ägypten ein gesellschaftliches Umdenken, einen demokratischen Lernprozess, damit die Demokratie des Landes keine leere Hülle bleibt. Allen voran die muss Korruption, die sich durch alle Teile des öffentlichen Lebens zieht, wirkungsvoll bekämpft werden. Dafür müssen die involvierten Entscheidungsträger ausgetauscht werden und eine bessere Aufklärung und Sensibilisierung innerhalb der Bevölkerung stattfinden.³⁰ Es gibt jedoch noch weitere Faktoren, durch die die Entwicklung der ägyptischen Gesellschaft zurzeit blockiert wird: Die starre Hierarchie, in der das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben geregelt ist, erschwert die Kooperation und die Entwicklung von interessengruppenübergreifenden Organisationen.³¹ Nach der Verteidigung des Kabinetts muss die Übergangsregierung als

²⁹ Der Oberste Militärrat gab am 21. Juli 2011 das neue Wahlgesetz bekannt. Danach sollen die Hälfte der 504 Abgeordneten durch Verhältniswahlrecht und der Rest durch Mehrheitswahlrecht in den Wahlkreisen bestimmt werden. Es sind alle Parteien mit mehr als 5.000 Gründungsmitgliedern zu den Wahlen zugelassen.

³⁰ Im Zuge dieses Personalwechsels wurden im Juli dieses Jahres 582 hochrangige Polizeioffiziere in den vorzeitigen Ruhestand entlassen.

³¹ So haben die ungeschriebenen Regeln die Gründung des Betriebsrats im Krankenhaus von Kairo im ersten Versuch zum Scheitern gebracht, da sich die Ärzte weigerten, mit Pflege- und Verwaltungspersonal zusammenzuarbeiten. Erst nachdem man sich von einem internationalen Gewerkschaftsspezialisten hatte beraten lassen, erklärten sich die Ärzte bereit, mit allen Mitarbeitern in Kooperation zu treten. Dieses Beispiel ist exemplarisch für die hierarchische Gliederung der Gesellschaft, die immer dann zu Stagnation und Konflikten führt, wenn die Beteiligten nicht mit bestehenden Mustern brechen wollen.

nächsten Schritt die Prozesse gegen die ehemaligen Machthaber in Angriff nehmen. An der Verzögerung des Prozessbeginns entzündeten sich Misstrauen und Unmut gegenüber den Verantwortlichen der Übergangsregierung. Gegenwärtig fokussiert sich die Öffentlichkeit verstärkt auf dieses Thema und provoziert Zweifel an der Unabhängigkeit von Justiz und Übergangsregierung. Die Entscheidungsträger müssen diesen Tendenzen gegensteuern, um zu verhindern, dass sich die Bevölkerung in dieser Thematik verrennt und damit so den demokratischen Fortschritt behindert. Eine weitere Herausforderung für die neue Regierung wird die Umstrukturierung des Sicherheitsapparates sein.

Die Sicherheitslage in Ägypten ist weiterhin angespannt und weder die Polizei noch die Sicherheitskräfte haben Interesse daran, dass sich dies in naher Zukunft ändert. Der Anschlag auf israelische Busse nahe des Hafens Eilat am Roten Meer Ende August sowie die Stürmung der israelischen Botschaft in Kairo Anfang September warfen verstärktes Licht auf den Status des Friedensvertrages. Zwar wird dieser von offizieller Seite nicht generell in Frage gestellt. Eine weitere Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden Staaten ist jedoch wahrscheinlich. Dennoch sähe sich Ägypten bei einer Aufkündigung enormem internationalem Druck ausgesetzt und würde wohl kaum weiter hohe Hilfszahlungen erhalten. Die Gründe für eine Umstrukturierung sind jedoch nahe liegend: Sowohl die Polizei als auch die Sicherheitskräfte sind personell überbelegt, daher sehr bürokratisch und kostenintensiv.

Der Sicherheitsapparat ist aus finanzieller und rationaler Betrachtungsweise auf lange Sicht untragbar, uneffizient und korrupt. Darüber hinaus stellt ein illoyaler Sicherheitsapparat ein Risiko für die innere Sicherheit dar. Es bleibt abzuwarten, wie eine neue Regierung mit dieser Herausforderung umgehen wird. Zusätzlich zur ohnehin schon schwierigen wirtschaftlichen Situation Ägyptens würde eine massive Streichung der Stellen des Militärs und der Polizei gravierende Folgen haben. Das Beispiel Irak, wo die Armee nach der US-amerikanischen Invasion aufgelöst wurde, zeigt nur zu gut, wie destabilisierend eine solche Entscheidung sein kann. Eines bleibt jedoch ohne Zweifel zu konstatieren: Die Ägypter haben den Umbruch geschafft und sind damit zum Vorbild für Menschen anderer arabischer Länder geworden. Was als Protest der Jugend begann, entwickelte sich zu einem Volksaufstand, der Millionen auf die Straßen brachte und eine Revolution wurde, die das Ende des Mubarak-Regimes herbeiführte. Auch wenn die Ägypter mit dem Ziel nach einem demokratischen Regierungssystem ein Ziel vor Augen haben, lässt sich der Weg dorthin bisher nur umreißen. Erste Schritte sind getan, aber die Verzögerungen der letzten Wochen haben die Bevölkerung erneut in Unruhe versetzt. Eine erste Stabilisierung wird zunächst von der neu gewählten Regierung und deren Reformen abhängen. Jedoch wird es auch innerhalb der Gesellschaft einen Demokratisierungsprozess geben müssen, da das Engagement des Volkes auch in Zukunft entscheidend für den Erfolg der Demokratie sein wird.

Sophie Awrege Vender

VII. Literaturangaben

- ASSAAD, RAGUI: Unemployment and Youth Insertion in the Labor Market in Egypt, in: Kheir-El-Din, Hanaa (Hrsg.): The Egyptian Economy. Current Challenges and Future Prospects, Cairo 2008, S. 133-178.
- ASSEBURG, MURIEL: Der Arabische Frühling. Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S17_ass_ks.pdf, abgerufen am 21.09.2011.
- BRADLEY, JOHN R.: The Land of the Pharaohs at the Brink of a Revolution, New York 2009.
- BUSH, RAY: Egypt. A permanent revolution?, in: Review of African Political Economy, Vol. 38 (2011), No. 128, S. 303-307.
- COUNCIL ON FOREIGN RELATIONS/FOREIGN AFFAIRS: The New Arab Revolt. What Happened, What It Means, and What Comes Next, New York 2011.

Landesdaten Libyen

Fläche ¹	2011	1.759.540 km ²
Bevölkerung ²	2010	6.500.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²)	2010	50
Ethnische Gruppen	2010	97% Berber und Araber, 3% andere
Religionszugehörigkeit	2010	97% sunnitische Muslime, 3% andere
Durchschnittsalter ³	2010	24,5 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁴	2011	31%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁵	2011	4%
Lebenserwartung ⁶	2010	74,5 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ⁷	2010	9.800.000
Geburten pro Frau ⁸	2009	2,6
Alphabetisierungsrate ⁹	2010	88,4%
Nutzer Mobiltelefone ¹⁰	2009	5.004.000
Nutzer Internet ¹¹	2009	353.900
Nutzer Facebook ¹²	2011	52.860
Wachstum BIP ¹³	2009	2,1%
BIP pro Kopf ¹⁴	2010	16.999 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁵	2004	ca. 30%
Inflation ¹⁶	2010	2,4%
S&P-Rating ¹⁷	2011	k. A.
Human Development Index ¹⁸	2010	Rang 53 (von 169)
Bildungsniveau ¹⁹	2010	Rang 37 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²⁰	2010	44,0%
Politische Teilhabe ²¹	2010	2,8%
Korruptionsindex ²²	2010	Rang 146 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp/>

³ CIA – The World Factbook.

⁴ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁵ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁶ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

⁷ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

⁸ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

¹⁰ CIA – The World Factbook.

¹¹ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹² Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹³ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York 2010.

¹⁴ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁵ CIA – The World Factbook.

¹⁶ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁷ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

¹⁸ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

¹⁹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²¹ The World Bank "Voice and Accountability", Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

Libyen

Im August 2011 eroberten libysche Aufständische mit Luftunterstützung der NATO unter der Führung des Nationalen Übergangsrates die Hauptstadt Tripolis und stürmten die Residenz des Machthabers Muammar al-Gaddafi, der sich seitdem auf der Flucht befindet. Bis zum Frühjahr 2011 war Oberst Muammar al-Gaddafi die überragende Figur des politischen Systems Libyens der letzten 42 Jahre. Seit er sich 1969 mit seinen „freien Offizieren“ an die Macht geputscht und den bis dahin regierenden König Idris I. gestürzt hatte, entwickelte er ein politisches, wirtschaftliches und soziales Sondergefüge, das sich ganz allein auf ihn fokussierte, sich durch ihn legitimierte und mit ihm aufs Engste verbunden war. Er war Libyen und Libyen war er – um es auf einen vereinfachten Nenner zu bringen. Als Machthaber mit der weltweit längsten Regierungszeit schuf er in den letzten Jahrzehnten ein Staatskonstrukt, das beispiellos blieb. Ideologisch durch panarabistische, panafrikanische, sozialistische und nationalistische Ideen inspiriert, wollte er eine „neue Gesellschaft“, ein „neues System“, eine „neue basisdemokratische Gesellschaft“ kreieren.

In der Realität schuf er stattdessen ein System der Angst, der Repression und der autoritären Herrschaft, an dessen Spitze nur al-Gaddafi die Entscheidungen traf und jegliche Kritik mit einer ausgeklügelten „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Politik unterband. Die Staatsstrukturen wurden nicht durch institutionalisierte oder legalisierte Rahmenbedingungen geprägt, sondern von Willkür, Patronage und Klientelismus. So verfügt Libyen bis heute über keine Verfassung, da al-Gaddafi sie als unnötig ablehnte. Bis zum Frühjahr 2011 galt Libyen als gesellschaftlich isoliert, während gleichzeitig eine langsame wirtschaftliche und politische Öffnung einsetzte, als in höchstem Maße repressiv, während al-Gaddafi in den letzten Jahren wieder zum international respektierten Partner aufstieg. Die meisten Beobachter

konstatierten seinem System gerade aus dieser schwer zu verstehenden Ambivalenz eine systemimmanente Stabilität. Dies war ein Trugschluss.

Seit dem Frühjahr 2011 befindet sich das Land in einem blutigen Bürgerkrieg, in dem die al-Gaddafi treu ergebene Elite zunehmend zurückweichen muss, ohne bislang gänzlich aufgeben zu wollen. Auf der anderen Seite kämpften die Aufständischen im Osten des Landes um die anfänglich im ostlibyschen Benghazi ansässige, mittlerweile teilweise nach Tripolis verlagerte Nationale Übergangsregierung mithilfe einer durch den UN-Sicherheitsrat (Resolution 1973) gestützten NATO-Luftunterstützung gegen die Truppen al-Gaddafis. Das Regime des einst verehrten „Bruder Führers“ ist nach der weitgehenden Eroberung der Hauptstadt Tripolis am Ende. Daneben mehrten sich Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Folterungen auf beiden Seiten, Plünderungen und Engpässen bei der Lebensmittel- und Energieversorgung. Die Loyalisten leisten teilweise noch erbitterten Widerstand, befinden sich aber in einer Situation des stetigen Rückzugs. Hochburgen al-Gaddafis, wie seine Heimatstadt Sirte, stehen unter Beschuss und die militärische Oberkontrolle ist al-Gaddafi längst entglitten. Nun zeichnet sich ein militärischer Erfolg der Rebellen mit Unterstützung der NATO ab, der vor wenigen Wochen noch unrealistisch erschien. Der Fall Tripolis als Symbol für die Herrschaft Gaddafis, die Eroberung seines Regierungssitzes Bab al-Azaziya und der Umzug eines Teils des Nationalen Übergangsrates in die gesamtlibysche Hauptstadt sind wichtige Zeichen für die enormen Fortschritte der Rebellen. Nun gilt es für den Nationalen Übergangsrat, ein „neues Libyen“ aufzubauen.

Wenngleich der militärische Sieg nah erscheint, bleiben die Herausforderungen für das Post-Gaddafi-Libyen kolossal: Ohne demokratische Institutionen, ohne ein formaljuristisch legitimates politisches System und ohne die Tradition von

politischer Partizipation stehen die neuen politischen Führer, die Vertreter des Nationalen Übergangsrates unter Führung des Vorsitzenden Mustafa Abdul Jalil und Mahmud Jibril, Vorsitzender des Exekutivrates, vor der gewaltigen Aufgabe, in dem ethnisch, tribal, regional und familiär zersplitterten Staat Sicherheit zu gewährleisten, Staatsstrukturen zu schaffen, die Transformation zu einem demokratischen Libyen voranzutreiben, eine Verfassung auszuarbeiten und Wahlen durchzuführen. Stützen können sie sich auf die enormen Ölressourcen, die das Land zu wirtschaftlichem Wohlstand verhelfen können, und auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Die Form dieser Hilfe bleibt bislang noch nebulös. Visionen und Pläne für den Übergang liegen vor, Maßnahmen für den Wiederaufbau und den nationalen Aussöhnungsprozess zwischen Ost und West, Siegern und Besiegten, tribalen Fraktionen, politischen Gruppen, Islamisten, ehemaligen Gaddafi-Getreuen und Kriegsgewinnlern müssen schnell getroffen werden. Sollte dieser Aussöhnungsprozess und die Integration in den politischen Partizipationsprozess nicht gelingen, wirtschaftliche Rückschläge die Hoffnung auf rasche Veränderungen bei den Menschen zunichte machen und die Spaltungen innerhalb des Nationalen Übergangsrates um Einfluss, Verteilung und Zukunftsziele mit aller Macht aufbrechen, droht Libyen eine weitere Zerreißprobe, die sich als problematischer und Existenz bedrohender darstellen könnte als der Kampf gegen al-Gaddafis System. Gleichzeitig besteht allerdings auch die berechtigte Hoffnung, dass mithilfe funktionierenden, transparenten und rechtlich legitimierten Mechanismen der Übergang zu einer Demokratie „libyschen Typus“ gelingen kann. Bisher hat der Nationale Übergangsrat die Herausforderungen weitgehend gemeistert. Es scheint daher nicht unmöglich, dass dies auch in Zukunft erfolgen kann – wenn Egoismen, gewaltbereite Machtansprüche, traditionelle Animositäten und soziale Ungleichheiten hintangestellt werden, um gemeinsam den Wiederaufbau zu realisieren. Der Aufstand in Libyen ist historisch und erfolgreich gewesen, doch erst in Zukunft wird sich beweisen, wohin der steinige libysche Weg führt.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

In Libyen genoss al-Gaddafi lange Zeit eine fast mystische Autorität, die durch sein Charisma, seinen pathetischen Habitus, seine ideologische Propaganda und die Hoffnungen weiter Teile der Gesellschaft genährt wurde. Vielen galt er als Held eines unabhängigen Libyens, als Indikator für den Aufbruch in eine andere Zeit, als Instrument zur Lösung der postkolonialen Fesseln. Er galt als Symbol für den libyschen Aufbruch, der dem Land Ruhe und Wohlstand bringen sollte.

Libyen durchlief eine wechselvolle, konfliktreiche Geschichte im 20. Jahrhundert. Hierbei muss betont werden, dass ein zusammenhängendes libysches Staatsgebiet keine historischen Vorbilder kannte: Während der Westen des Landes („Tripolitanien“¹) bereits im 7. Jh. vor Chr. von den Puniern besiedelt worden war, später dann vom Römischen Reich beherrscht wurde und sich stets eher nach Westen orientierte, blieb der Osten, die Cyrenaica, eher nach Osten gewandt. Seit dem 5. Jh. vor Chr. stand die Region unter griechischem Einfluss, später dann dominierten die schiitischen Fatimiden, das Oströmische Reich oder die Mamluken im Osten des Landes. Immer wieder wurde die Region in mehrere berberisch-arabische Emirate gesplittet; gehörte zur almohadischen oder hafsidischen Dynastie oder zu Ägypten. Diese historische Topographie prägt sozioökonomische und gesellschaftliche Konflikte bis heute. Noch immer wird die Identität durch die regionale Herkunft, weniger durch die Nationalität bestimmt. Dies lässt den Ausbruch der Aufstände im Osten des Landes, der Cyrenaica, auch als historische Kontinuität erscheinen, immerhin bestand über Jahrhunderte hinweg zwischen West und Ost, zwischen Tripolitanien und Cyrenaica, eine ambivalente Konkurrenzsituation. Getrennt durch die lebensfeindliche Wüstenregion, die als „natürliche Grenze“ diente, verband die beiden Regionen wenig. Handel und kultureller Austausch blieben gering, obwohl 1551 durch das Osmanische Reich erstmals seit römischer Zeit wieder eine Vereinigung beider Landesteile stattfand.² Während jedoch der Westen als Sitz des Paschas zu politischer und wirtschaftlicher Blüte gelangte, wurde der Osten benachteiligt, sodass die historischen Differenzen bestehen blieben. Als sich im 19.

¹ Der Name Tripolitanien leitet sich aus den „drei Städten“ (= „tripolis“) Sabratha, Oea und Leptis Magna ab.

² Bis heute besteht keine zusammenhängende Straßenverbindung zwischen den beiden urbanen Zentren Tripolis im Westen und Benghazi im Osten.

Jahrhundert im Osten der Sanussi-Orden³ entwickelte, der als islamisch-sufische Bruderschaft eine starke integrale Bedeutung für die östlichen Einwohner erlangen sollte, wuchsen die kulturellen Gräben weiter: Während sich der Osten stärker islamisierte, Identität und Selbstvertrauen aus dem Glauben schöpfte, blieb der Westen eher glaubenskritisch und areligiös.

1911 marschierten die Italiener in Libyen ein, das damals Provinz des Osmanischen Reiches war. Vor allem in der Cyrenaica erhob sich seitens der Anhänger des Sanussi-Ordens massiver Widerstand gegen die koloniale Bedrohung. Noch während des Ersten Weltkriegs schloss Idris, ein Enkel des Ordensgründers Muhammad, Frieden mit Italien und wurde 1920 zum ersten Emir der Cyrenaica, zwei Jahre später auch von Tripolitania ernannt. Doch die Ruhe währte nur kurz: Idris floh nach Ägypten, die Italiener drängten auf die Ausweitung ihres faschistischen Machtbereichs unter Benito Mussolini. Allerdings wehrte sich die Cyrenaica gegen die italienische Vereinnahmung: Zwischen 1922 und 1931 führte Umar al-Mukhtar einen Guerillakampf gegen die italienische Kolonialherrschaft, konnte aber nicht verhindern, dass Libyen endgültig unter den Einfluss des Duce geriet. Zwischen 1943 und 1951 verwalteten die Briten dann militärisch das spätere Libyen. Erst 1951 errang Libyen offiziell seine Unabhängigkeit: König wurde Idris I. (1890-1983, reg. 1951-1969), der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der italienischen Niederlage aus dem Exil zurückgekehrt war. Als Enkel des Begründers des Sanussi-Ordens genoss er vor allem im Osten des Landes viel Rückhalt, konnte aber die hohen Erwartungen an ein freies, vereintes Libyen nicht erfüllen. Seine Amtszeit war geprägt von Korruption und Misswirtschaft. Hinzu kamen die Schwierigkeiten, die einzelnen Landesteile Tripolitania, die Cyrenaica und das südwestliche Fezzan zusammenzuführen, eine gemeinsame nationale Identität zu entwickeln und die regionalen Differenzen zu überwinden. Um den eigenen regionalen Identitäten Rechnung zu tragen, verfügte jeder Landesteil über eigene Parlamente und Regierun-

gen. Erst ab 1963 wurde eine zentral verwaltete gesamtlibysche Administration, unterteilt in 13 Gouvernorate, eingeführt. Doch die Spaltung zwischen Ost und West blieb auch während der Monarchie bestehen: Während sich die Einwohner des Westens mehrheitlich als Vertreter einer aufstrebenden Moderne wahrnahmen, betrachteten sie die eher religiös und traditionell geprägten Bewohner der Cyrenaica als rückständig, konservativ und reaktionär.

Diese Spaltung der libyschen Gesellschaft sollte sich auch unter der Herrschaft al-Gaddafis nur unwesentlich ändern. Vieles andere hingegen reformierte der „Bruder Führer“ radikal. Sein Ziel war es, ein neues System mit einer neuen Gesellschaftsordnung und einer neuen Hierarchie zu kreieren. Ausgangspunkt dieses Systems war die „Herrschaft der Volksmassen“ (arabisch: *jamahir*). Ideologische Grundlage seines Systems wurde sein berühmtes „Grünes Buch“ (arabisch: *al-kitab al-akhdar*), in dessen „Dritter Universaltheorie“ (arabisch: *nazzariya al-'alamiya al-thalitha*) er 1975 die Grundzüge seiner idealen politischen Staatsstruktur umreißt. Demzufolge müsse die Herrschaft allein vom Volk ausgehen, jegliche Repräsentation sei Schwindel, Parlamente unnütz, denn sie regierten nur sich selbst, und Parteien ein nicht notwendiges Übel, da sie in einer direkten Volksherrschaft den Willen der Menschen beeinträchtigen und so eine Form der offenen Diktatur darstellen würden. Nur wenn das Volk sich direkt regiere, sei wahre Demokratie realisiert, so al-Gaddafis Credo. Daraus folgte für ihn die Schaffung eines eigenen politischen Systems, der „Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Jamarihiya“ (arabisch: *al-Jamahiririya al-'arabiya al-libiya al-sha'biya al-ishtirakiya al-'uzma*). In der Theorie handelt es sich um eine reine Basisdemokratie, eine „Herrschaft der Volksmassen“, in der das Volk die Entscheidungen von unten nach oben delegiert. So fungieren auf kommunaler Ebene die 432 so genannten „Volkskomitees“ als unterste Ebene der Entscheidungsgewalt. Sie sind nach al-Gaddafis Vorstellungen das Rückgrat des basisdemokratischen Systems. In ihnen finden die ge-

³ 1839 gründete der Mystiker Muhammad ibn Ali al-Sanussi al-Khattabi im saudi-arabischen Mekka den gleichnamigen sufistischen Orden. Er legte seine Glaubensvorstellungen in neun Büchern nieder, setzte sich stark mit zeitgenössischen Ideen des mystischen Islams, des Sufismus, und den diversen Bruderschaften auseinander und lehnte die stereotype „Nachahmung“ von Rechtsentscheidungen (arabisch: *taqlid*) ab, indem er proklamierte, die besten Lehrmeinungen aller islamischen Rechtsschulen (arabisch: *madhhab*, Pl. *madhahib*) auszuwählen, um daraus die bestmögliche Quintessenz zu bilden. Dies stieß schnell auf Ablehnung von Seiten der etablierten Rechtsgelehrten in Kairo und Mekka, sodass er im libyschen al-Bayda in der Cyrenaica sein Rückzugsgebiet fand. Dort verbreitete er seine Glaubensvorstellung und kombinierte sie mit alltäglichen Vorgehensweisen, die Landwirtschaft, Handel, Infrastruktur und Bildungswesen positiv beeinflussten.

sellschaftsrelevanten, politischen Debatten und Diskussionen statt, hier können sich die Bürger austauschen, indem ihnen ein Forum für direktpolitische Partizipation geboten wird. Auf lokaler Ebene agieren die „Volkskongresse“, denen auf nationaler Ebene der „Allgemeine Volkskongress“ (arabisch: *mu'tammar al-sha'ab al-amm*, vergleichbar mit dem Parlament) übergeordnet ist. Dieser wählt das Generalsekretariat und ernennt das „Allgemeine Volkskomitee“ (arabisch: *al-lajna al-shabiya al-amma*), das mit dem Kabinett zu vergleichen ist. Die Vertreter der Volkskongresse, die sich zwei bis vier Mal jährlich treffen, verfügen in der Theorie über legislative Entscheidungskompetenzen, indem sie Gesetzesvorschläge einbringen und verabschieden können sowie die Vertreter für den Allgemeinen Volkskongress wählen. Diese Vertreter haben die Aufgabe, die auf kommunaler und lokaler Ebene getroffenen Entscheidungen weiterzureichen. Außerdem sind sie befugt, den allgemeinen Generalsekretär, der als Vorsitzender des Allgemeinen Volkskomitees und damit als nominelles Staatsoberhaupt bzw. Premierminister fungiert, sowie die Sekretäre (vergleichbar mit Ministern) des Allgemeinen Volkskongresses zu wählen.

Was in der Theorie wie die Idealversion einer basisdemokratischen, direktpartizipatorischen Willensbeteiligung aller anmutet, mutierte in der Realität jedoch schnell zu einem Fassadensystem, in dem nur eine Stimme zählte: die von Muammar al-Gaddafi. Obwohl er aus politischem Kalkül über kein offizielles Staatsamt verfügte, wurde in der Vergangenheit keine Entscheidung ohne ihn getroffen. Das basisdemokratische System legitimierte vielmehr seine autokratische Herrschaft, indem Kontrollinstanzen fehlten, die Genese von zivilgesellschaftlichen Institutionen verhindert und parteipolitische Akteure verboten wurden. Stattdessen konstruierte al-Gaddafi ein durch ihn legitimes und von ihm abhängiges personalisiertes Netzwerk, das weder Teil des offiziellen Staatssystems noch zur Verantwortung zu ziehen war. Er bestimmte *de facto* die politischen Leitlinien, Verwaltungspositionen und Minister und besetzte offizielle Posten. Dies führte dazu, dass die Entscheidungen von einem engen „inneren Zirkel“ getroffen wurden, der al-Gaddafi nahe stand und isoliert agieren konnte.⁴ Al-Gaddafi selbst schuf sich ein Denkmal als „Übervater der Revolution“, als „Erbauer des neuen liby-

schen Staates“, als intellektueller Denker, weitsichtiger Visionär, Kämpfer für die Schwachen und Entrechteten, islamischer Reformator und treibende Kraft eines antiwestlichen Panafrikanismus und -arabismus kombiniert mit sozialistischen und nationalistischen Elementen nach Vorbild des ehemaligen ägyptischen Präsidenten General Gamal Abd al-Nasser. Schnell wurde deutlich, dass seine ideologischen Überlegungen, einen Staat zu schaffen, der allein durch das Volk regiert wurde, illusorisch und fiktiv anmuteten. Sogar er selbst schildert in seinem „Grünen Buch“, dass es sich bei dem vorgestellten System um einen Idealtypus handele, in der Realität aber stets die Starken herrschen würden. Zu denen zählte er sich, indem er außerhalb der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen regierte. Hinzu kam, dass der Entscheidungsfindung von unten nach oben Stagnation als wesentliche Entwicklungsbarriere innewohnte: Da jede Entscheidung mehrere hierarchische Ebenen durchlaufen muss, wurden Beschlüsse über Jahre hinweg verzögert, verwässert, torpediert und manipuliert, sodass in der Realität ein System entstand, das in höchstem Maße ineffizient, korrupt, intransparent, bürokratisch und unverantwortungsbewusst war. Da in der Theorie alle die Verantwortung trugen, lehnte sie *de facto* jeder ab. Da so am Ende niemand entscheiden durfte, wurde die Entscheidung immer weiter nach oben gegeben und zentrierte sich auf al-Gaddafi. Die damit ausgelöste Stagnation und Lähmung des Staatsapparates durchdrang jede gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Dimension des Staates und wurde zum grotesken Charakteristikum dieses „basisdemokratischen“ Experiments.

Am Ende blieb al-Gaddafi als einzige Entscheidungsinstanz. Ohne offizielle Funktion gerierte er sich als Konstrukteur der wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Entscheidungen, als Akteur mit allumfassender Richtlinienkompetenz, der nach Belieben schalten und walten konnte. Hinzu befand er sich als – nach offizieller Lesart – externer politischer Akteur in der angenehmen Situation, in Krisenzeiten die Regierung kritisieren oder austauschen zu können, Verantwortung für die alltäglichen Problemfälle abzulehnen und eher als Architekt denn als Ingenieur der libyschen Staatsgeschäfte zu gelten. Obwohl er die Prämisse vertrat, dass niemand über niemanden herrschen dürfe, fokussierte sich die reale Staats-

⁴ Davon zeugt z. B. die Tatsache, dass zwischen 1969 und 1999 insgesamt nur 112 Minister nominiert wurden, was auf unzureichende Durchlässigkeit der politischen Ämter sowie auf die Abhängigkeit von der Gunst al-Gaddafis hindeutet.

gewalt Libyens in seinen Händen. Dabei stützte er sich von Beginn seiner Herrschaft auf ein Netzwerk, das als eigentlicher „Staat im Staate“ agierte und nur über individuelle Loyalitätsbindungen zu ihm zusammengehalten wurde. Als intransparentes Patronagesystem machte sich al-Gaddafi wesentliche traditionelle libysche Gesellschaftsstrukturen zunutze, obwohl er sich zumeist als modern und aufgeklärt gab. So stützte er sich auf Stammes- und Familienstrukturen und baute neben den basisdemokratischen Institutionen nicht-gewählte revolutionäre Institutionen auf, die als parallel agierendes informelles Machtzentrum fungierten und oftmals gegenläufige Entscheidungen trafen. So gründete al-Gaddafi 1977 die so genannten „Revolutionskomitees“, die ebenso wie er keine offizielle Funktion im politischen System einnahmen, aber die basisdemokratischen Entscheidungen vehement beeinflussten und zunehmend den politischen Weisungsprozess beeinträchtigten und torpedierten. Zusätzlich stützte er sich auf die so genannten „Männer des Zeltes“ (arabisch: *rijal al-khaimah*), zu der neben seinen Familienangehörigen die Mitglieder seines Stammes Qadhafa gehören.⁵

Vor allem seine tribale Anbindung gliederte sich in die traditionelle Lebensweise weiter Teile der libyschen Gesellschaft: Libyen ist sehr stark durch den Einfluss der einzelnen Stämme dominiert und gilt als eine der am stärksten tribal geprägten Gesellschaften der Region.⁶ Insgesamt gibt es etwa 138-140 Stämme (arab.: Sg. *qabila*, Pl. *qaba'il*) in Libyen, davon verfügen allerdings nur 20-30 über politischen Einfluss. Zu Beginn seiner Herrschaft verfolgte Gaddafi eine antitribale Politik, wollte die traditionellen Stammesverbände zerschlagen und verachtete sie als rückständig, anachronistisch und unzivilisatorisch. Er unterteilte das Staatsgebiet in unterschiedliche Zonen, die mehrere verschiedene Stammesverbände umfassten und zerriss damit tribale Einheiten. Das tribale Bewusstsein konnte er dadurch jedoch nicht nachhaltig beeinträchtigen. Obwohl durch die zunehmende Urbanisierung, die Modernisierung und Auflösung traditioneller Strukturen die individuelle Bindung an den Stamm nachließ, findet der Einzelne sozialen Rückhalt auch heute oftmals im traditionellen tribalen

und familiären Rahmen, der durch eine patriarchalische Hierarchisierung strukturiert ist. Erst aufgrund innerer und äußerer Konflikte in den 1980er Jahren änderte al-Gaddafi seine Strategie, weil er auf die Loyalität der wichtigen Stammesfürsten angewiesen war und verfolgte von nun an eine Politik der Retribalisierung. Die Stämme garantieren in Libyen seit Jahrhunderten die soziale Sicherheit des Individuums, das sich auf seinen tribalen Rückhalt verlassen kann. In Abwesenheit von zentralstaatlichen Sicherungsmechanismen übernehmen sie die Versorgung und den Schutz und sorgen für ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Sicherheit. Insbesondere durch den Mangel an politischen Instrumenten unter Gaddafi, der Ausbreitung von Willkürherrschaft und der Absenz von staatlichen Regeln und Effizienz nahm der Einfluss der Stämme als sozialer Anker wieder zu. So verfügen nach wie vor 85% der libyschen Bevölkerung über enge tribale Wurzeln, obwohl der Urbanisierungsgrad etwa gleichhoch liegt, was in der Regel zu einer Verwässerung traditioneller Strukturen führt. Die Stammesältesten genießen hohe Autorität und den Respekt der Mitglieder; zumeist verfügen sie über eine „noble“ Abstammung und einen gewissen Wohlstand.

Gaddafi selbst ist Mitglied des um Sebha und Tripolis ansässigen Qadhafa-Stammes, dem in der historischen innerlibyschen Stammeshierarchie wenig Bedeutung zukam. Mit 100.000-170.000 Mitgliedern unterteilt in sechs Substämme verfügt der Stamm im Verhältnis nur über wenige Mitglieder. Der wichtigste und größte Stamm Libyens mit etwa einer Million Mitglieder ist der Warfala-Stamm. Auch die Warfala gehörten zeitweise zum engen Netzwerk al-Gaddafis, wurden kooptiert und in das Patronagesystem integriert, obwohl das Verhältnis ambivalent blieb. So scheiterte 1993 ein Putschversuch von Warfala-Stammesangehörigen, die sich bei der offiziellen Postenvergabe übergangen fühlten und gegen al-Gaddafi aufbegehrten. Bei den im Frühjahr beginnenden Aufständen opponierten sie gegen das Gaddafi-Regime und schlugen sich auf die Seite der Opposition.

Auch der zweitgrößte Stamm, die Magarha, galt in der Vergangenheit als enger Verbün-

⁵ Wichtige Vertraute Gaddafis waren vor allem sein Cousin Ahmed Qadhaf al-Dam (verantwortlich für die libysch-ägyptischen Beziehungen), Ahmed Ibrahim (Leiter des *World Centre for Research and Studies on the Green Book*), General Khuwailidi al-Humaidi (Generalinspekteur der Streitkräfte), Mustafa Kharroubi (früherer Leiter des militärischen Geheimdienstes) und Befehlshaber der Streitkräfte, Abu Bakr Yunis Jabr. Man bezeichnet sie auch als „Weggefährten des Führers“ (arabisch: *rifaq al-qa'id*).

⁶ In ihrer tribalen Struktur sind im Nahen und Mittleren Osten noch Jordanien und Jemen mit Libyen zu vergleichen.

deter al-Gaddafi, wechselte aber ebenfalls auf Seiten der Aufständischen.⁷ Weitere wichtige Stämme sind die Misurata im Nordwesten (Benghasi und Darne), al-Awaqir in Barqa, die Abdiyat in Tobruk, die Masamir in der Cyrenaica, die al-Mujabra südwestlich von Tripolis, die Farjan westlich von Ajdabiya und Masrata in Tripolis.

Jahrzehntelang gelang es al-Gaddafi, die einzelnen, teilweise miteinander konkurrierenden und untereinander rivalisierenden Stämme gegeneinander auszuspielen oder zu kooperieren, indem sie mit den Ölgeldern gekauft wurden. Mithilfe einer ausgeklügelten „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Politik band er die wichtigsten Stämme an sich. So wurde im März 1997 ein Ehrenkodex erlassen, der es erlaubte, staatliche Leistungen an einen Stamm kollektiv zu entziehen, wenn sich Stammesmitglieder oppositionell betätigen würden. Demzufolge rekrutierte er die wichtigsten Kader seiner ihm treu ergebenden Spezialeinheiten aus dem Gadhafa-Stamm, marginalisierte die reguläre Armee und spielte die verschiedenen Einheiten gegeneinander aus. So konnte das Militär im Unterschied zu Tunesien oder Ägypten während des Aufstands keinen moderierenden oder befriedenden Einfluss nehmen und verlor neben Elitetruppen, *Special Forces*, paramilitärischen Milizen oder Söldnern schnell an Einfluss. Viele Soldaten desertierten.

Neben den Stämmen und den Revolutionskomitees bildeten vor allem die Söhne Gaddafis das Rückgrat des Regimes. So stützte sich sein Sicherungsapparat immer stark auf familiäre Bindungen. Ganz nach dem Motto: Blut ist dicker als Wasser. Dabei unterlief vor allem die Funktionsweise und Außendarstellung seines ältesten Sohnes aus zweiter Ehe mit der Krankenschwester Safia Farkashi, Saif al-Islam (geboren 1972), in den letzten Monaten einen dramatischen Wandel. Saif al-Islam galt in den letzten Jahren als Reformier, aufgeklärter Kritiker und moderater Förderer der Demokratie im libyschen System und damit als Hoffnungsträger für die westliche Welt, die in ihn ihre Hoffnungen auf eine schrittweise Öffnung und Demokratisierung des rigiden Gaddafi-Regimes stützten. Als Vorsitzender und Gründer der Gaddafi-Stiftung für Entwicklung trat er für mehr Transparenz, eine unabhängige Justiz, Marktwirtschaft, die Einführung einer Verfas-

sung, Demokratisierung, Stärkung der Menschenrechte und Liberalisierung ein. Er erwarb seinen Dokortitel an der *London School of Economics and Political Science*⁸, studierte in Wien und galt als wichtigster prowestlicher Ansprechpartner in al-Gaddafis System. Innenpolitisch setzte er sich für die Freilassung von 100 Mitgliedern der libyschen Muslimbruderschaft ein, prangerte in seinen Reden Korruption, die Verkrustung des Systems und Rückschrittlichkeit an und initiierte 2003 eine Antifolterkampagne. Bei vielen Beobachtern galt er als designierter Nachfolger seines Vaters, womit Hoffnungen verbunden wurden, dass die unstrukturierten, personalisierten, hoch korrupten Zustände im libyschen System reformiert werden würden. Saif al-Islam wurde zugetraut, das System von innen zu wandeln, es moderner, effizienter, liberaler, offener, demokratischer und wirtschaftlicher zu gestalten, um so die Verfehlungen seines Vaters schrittweise zu beseitigen.

Doch die Hoffnungen trogen. Während der Aufstände im Frühjahr stellte sich Saif al-Islam schnell und kompromisslos an die Seite seines Vaters. Noch vor al-Gaddafi äußerte er sich in einer Fernsehansprache am 20. Februar 2011 aggressiv und ausgesprochen feindlich gegenüber den Demonstranten, warnte vor dem Zerfall Libyens, einer Rezession und der Rückkehr des Kolonialismus. Bewaffnete Banden seien ebenso verantwortlich für die Unruhen wie Drogenabhängige, ausländische Agenten und Medien sowie militante Islamisten. Damit beschwor er die stereotypen Feindbilder, die auch stets sein Vater bemühte. Kurz: Der Reformier hatte sich zu einem loyalen Sohn gewandelt, dessen eigenes Schicksal eng an das seiner Familie und seines Vaters geknüpft ist. Es scheint demnach, als sei die Funktion Saif al-Islams als Reformier in den vergangenen Jahren nicht vielmehr als eine instrumentalisierte Scharade gewesen, um dem Westen ein Gesicht zu bieten, dem er vertrauen könne und das seine Sprache spreche, ohne dass er je wirklich über entscheidenden Einfluss verfügt hätte.

Neben Saif al-Islam galten vor allem al-Gaddafis Söhne Mutassim Billah (geboren 1975), Khamis (geboren 1980) und Saadi (geboren 1973) als einflussreiche Figuren innerhalb des Patronagesystems und als unerlässliche

⁷ Der ehemalige Chef des Geheimdienstes, Abdullah Sanussi, gehört zu den Magarha. Stammesführer Abdel Sallam Jaloud galt jahrelang als enger Partner Gaddafis und Abdel Baset Al Megrhi wurde wegen seiner wahrscheinlichen Beteiligung am Lockerbie-Attentat 1988 verurteilt.

⁸ Die Arbeit trägt den Titel „Die Rolle der Zivilgesellschaft für die Demokratisierung globaler Regierungsinstitutionen“ und steht unter Plagiatsverdacht.

Vertraute des Vaters während der Aufstände. So befehligte Mutassim die Präsidentengarde und wurde 2007 nationaler Sicherheitsberater, während Khamis mit der Brigade 32 seine eigene Militäreinheit leitete und für den Schutz seines Vaters mitverantwortlich zeichnete. Saadi befehligte seit 2006 die *Special Forces*, wurde aber eher durch seine wenig erfolgreiche Karriere als Fußballprofi in Italien berühmt: Hier kaufte er sich bei den Vereinen AC Perugia, Udinese Calcio und Sampdoria Genua ein, bestritt allerdings nur einige Spiele und wurde 2003 wegen Dopingmissbrauch für drei Monate gesperrt. Er spielte außerdem für die libysche Nationalmannschaft und war Vorsitzender des libyschen Fußballverbands. Hannibal (geb. 1977) verfügte als Leiter der staatlichen Reederei *General National Maritime Transport Company* über Einfluss auf Logistik und Wareneinfuhr, was insbesondere während der kriegesischen Auseinandersetzung 2011 von Bedeutung war. So wurden im August Meldungen veröffentlicht, die davon berichteten, dass Rebellentruppen einen mit 300.000 Liter Benzin geladenen Tanker des Gaddafi-Regimes kaperten und nach Benghasi lenkten. Verantwortlich für den Transport des Benzins soll Hannibal gewesen sein. In die Öffentlichkeit geriet er auch, als er 2008 in der Schweiz verhaftet wurde, was zu einem diplomatischen Eklat führte. So ließ sein Vater daraufhin zwei Schweizer Diplomaten verhaften, die Öllieferungen einstellen, formulierte abstruse Verschwörungstheorien und attackierte die Schweiz massiv.⁹

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Dass sich die Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung in Libyen in Form eines Bürgerkriegs niederschlagen sollte, hätten die wenigsten Kenner des Landes erwartet. Immerhin verfügt Libyen über 3,5% der weltweiten Ölvorkommen, was etwa 60 Mrd. Barrel entspricht. Hinzu kommen weitere 1,5 Bio. Kubikmeter Erdgas. Damit gehört Libyen zu den ressourcenreichsten Ländern der Erde. Im Vergleich zu den ölreichen Golfmonarchien blieb die allgemeine Wohlstandsentwicklung jedoch in den vergangenen Jahren weit hinter den Erwartungen zurück. Dies lag unter anderem an den jahrelangen internatio-

nalen Wirtschaftssanktionen, denen das Land ausgesetzt war und die von den USA initiiert wurden. Bereits 1970 wurde Libyen von den USA auf die Liste der den internationalen Terrorismus unterstützenden Staaten gesetzt, zehn Jahre später erfolgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Erste Wirtschaftssanktionen wurden implementiert. Es folgten militärische Konfrontationen zwischen al-Gaddafi und seinem „Erzfeind“, den Vereinigten Staaten. So veranlasste das libysche Regime den Bombenanschlag auf die Berliner Diskothek *La Belle* am 5. April 1986. Zehn Tage später erfolgten militärische Luftschläge der USA gegen Tripolis und Benghasi. Am 21. Dezember 1988 explodierte über dem schottischen Lockerbie ein *PanAm*-Verkehrsflugzeug, 240 Passagiere kamen ums Leben. Verdächtig wurde der libysche Geheimdienst. 1992 verhängten dann auch die Vereinten Nationen Wirtschaftssanktionen gegen Libyen. Erst mit der Auslieferung der beiden vermeintlichen Attentäter 1999 nach Den Haag begann der Prozess der libyschen Reintegration in die internationale Gemeinschaft. Al-Gaddafi erkannte, dass ihm auf Dauer seine wirtschaftliche und politische Isolation nicht nutzen würde und zeigte sich zunehmend kompromissbereit. Seine Auffassung, die Rolle des „internationalen Outlaw“ werde seiner Reputation und der Stabilität Libyens nützen, revidierte er und suchte die Annäherung an den so verpönten Westen. Nach der Einstellung des libyschen Massenvernichtungswaffenprogramms hoben auch die Vereinigten Staaten 2003-2004 ihre Wirtschaftssanktionen auf. Libyen war als integraler Bestandteil der internationalen Gemeinschaft wieder auf der Weltbühne zurück, Gaddafi zeigte sich in der Folgezeit als begehrter Gesprächspartner für hochrangige Staatschefs aus aller Welt und genoss seine zurück gewonnene Reputation. Vor allem für die Europäische Union (EU) blieb Libyen in der Vergangenheit aufgrund seines Ressourcenreichtums und der geographischen Nähe zu Europa ein wichtiger strategischer Partner. Für die EU und al-Gaddafi wurden so die Jahre in der Post-Sanktions-Ära zu einer Win-Win-Situation: Während Libyens Wirtschaft wuchs, garantierte al-Gaddafi den besorgten Europäern ein vehementes Vorgehen gegen afrikanische Wirtschaftsflüchtlinge und wurde

⁹ Siehe u.a. SPIEGEL-Interview mit al-Gaddafi, 18/2010: „Sie [die Schweiz, S.S.] wollte über dem internationalen Gesetz stehen. Und das hat die Schweiz zu einer Mafia gemacht.“ Al-Gaddafi behauptete auch, die Schweiz hätte mit Sterbehilfe gezielt unliebsame Gegner umbringen lassen: „Eine Reihe von Leuten ist unter diesem Vorwand gezielt aus dem Weg geräumt worden. Die Schweiz behauptet, die Betroffenen hätten den Wunsch geäußert, sich das Leben zu nehmen. Dabei ging es in Wahrheit darum, an ihr Geld heranzukommen. Mehr als 7000 Menschen sind auf diese Weise gestorben. Ich rufe deshalb dazu auf, das Staatswesen der Schweiz aufzulösen.“

zum engen Verbündeten im Kampf gegen den militanten Islamismus. Gleichzeitig profitierte die europäische Wirtschaft von dem enormen Nachholbedarf, den Libyen nach Ende der Sanktionen aufwies. Durch Investitionen in die Wasserwirtschaft, den Telekommunikations-, Gesundheits- und Verkehrssektor und die militärische Zusammenarbeit flossen Milliardensummen ins Land. Allein zwischen 2002 und 2005 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen von 145 Mio. USD auf 1,04 Mrd. USD und verzehnfachten sich damit beinahe. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stieg im selben Zeitraum von 3.563 USD auf 7.429 USD, während sich das BIP von etwa 28 Mrd. USD auf 44 Mrd. USD erhöhte. Allein zwischen 1998 und 2009 stieg das BIP von 27,3 Mrd. USD auf 93,2 Mrd. USD.

Trotzdem änderten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für weite Teile der Gesellschaft kaum. Weiterhin blieb das System hochgradig korrupt, weiterhin profitierten nur der Gaddafi-Clan und seine Günstlinge von den neu generierten Mehreinnahmen und den ansteigenden ausländischen Investitionen. Vor allem die demographische Entwicklung führte zu gravierenden Problemen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. So vervierfachte sich in den letzten 40 Jahren die libysche Bevölkerung; bis 2050 soll sie auf ca. 10 Mio. steigen. Die durchschnittliche Kinderanzahl pro Frau liegt bei 2,6 und hat sich damit zwar deutlich reduziert, doch das Bevölkerungswachstum beträgt jährlich immer noch etwa 2%. Über ein Drittel ist jünger als 14 Jahre, das Durchschnittsalter liegt bei 24 Jahren.

Ähnlich wie in anderen arabischen Ländern verfehlte es auch al-Gaddafi, den demographischen Druck nachhaltig zu kontrollieren und den Übergang auf den Arbeitsmarkt für die vielen jungen Menschen sicherzustellen. So lag die Jugendarbeitslosigkeit im Frühjahr 2011 bei etwa 30%, andere Schätzungen gehen sogar von bis zu 65% aus. Auch der Wohnungsmangel nahm dramatische Züge an. Vor dem Aufstand im Frühjahr 2011 fehlten etwa 540.000 Wohneinheiten, sodass al-Gaddafi anordnete, Obdachlose könnten Rohbauten und Baustellen als Wohnort nutzen. Auch in der Vergangenheit war es immer wieder zu Unruhen aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Missstände gekommen.¹⁰ Wirtschaftliche Diversifizierungsmaßnahmen,

um die libysche Wirtschaft unabhängiger vom Erdöl aufzustellen, wurden vernachlässigt. Libyens Wirtschaft blieb eine Monokultur. So vermied al-Gaddafi umfassende Wirtschaftsreformen, verhinderte eine weit reichende Öffnung des libyschen Marktes und schuf keine international gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen, um ausländische Investoren ins Land zu locken. Er agierte planlos, konzeptlos und willkürlich und verhielt sich gegenüber ausländischen Geschäftsleuten ebenso wie gegenüber seiner Bevölkerung mit einer „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Strategie, gerierte sich als exzentrischer Wüstenfürst, residierte in seinen pompösen Beduinenzelten und trat in kuriosen Phantasieuniformen auf oder ließ Politiker und Geschäftspartner stunden- oder tagelang auf eine Audienz warten, ehe er ihnen seine kruden ideologischen Ansichten in monologisierender Form näher brachte. Kurzfristige Gesetzesänderungen wurden anderntags zurückgenommen, der bürokratische Apparat kannte kaum systematische Arbeitsabläufe und durfte nicht selbst entscheiden. Erfolgreiche Geschäfte konnten fast ausschließlich über persönliche Kontakte zu den Klientelnetzwerken realisiert werden. Korruption und Patronagestrukturen waren längst zum wirtschaftspolitischen Alltag geworden, indem freie Wirtschaft verhindert und personalisierte Netzwerke gefördert wurden. So lag die Korruption in den Grundzügen von al-Gaddafis System begründet und wurde zum tolerierten, ja, zum beabsichtigten Kardinalsdelikt der libyschen Wirtschaftspolitik. Im Jahr 2011 lag Libyen im *Index of Economic Freedom* der *Heritage Foundation* noch hinter Ländern wie dem Tschad, Timor-Leste oder Syrien auf dem sechstletzten Rang und rangierte auf dem letzten Platz bei den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Es schien, als wolle al-Gaddafi ein System der ständigen Verunsicherung, des institutionellen Chaos schaffen, um sich und seine Machtposition zu sichern. Er kooptierte Stämme und stellte Liberalisierung in Aussicht, lud systemkritische Exillibyer zur straffreien Rückkehr in ihre Heimat ein und schlug gleichzeitig oppositionelle Gruppen brutal nieder.

Während so der Wohlstand der Elite um al-Gaddafi rasant stieg, stagnierte der Lebensstandard der breiten Gesellschaftsschichten. Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit nahmen ebenso zu wie z.B. der Drogen- und Alkoholkonsum. Die Bewunderung für den

¹⁰ Bei Protesten in Benghasi 2006, die sich zuerst gegen die dänischen Muhammad-Karikaturen richteten, kamen mindestens zwölf Demonstranten ums Leben, nachdem sich die Proteste schnell gegen das Regime gerichtet hatten.

„Bruder Führer“ schwand, tribale und familiäre Identitäten und Sicherheitsnetzwerke nahmen an Bedeutung zu und limitierten das Vertrauen in das Regime. Das Bildungs- und Ausbildungsniveau bewegte sich im Vergleich zu anderen Rentierstaaten der Region auf unterentwickeltem Niveau. Fremdsprachenunterricht hatte al-Gaddafi jahrelang verboten, um den „arabischen Charakter“ zu stärken und den anglophonen Einfluss des „Erzfeindes“ USA zu unterbinden. Das Bildungssystem wurde bestimmt durch archaische Lehrmethoden, Auswendiglernen und der Gleichschaltung der Argumentationen. Ausländische Literatur blieb rar, kosmopolitische Einflüsse auf den privaten Raum beschränkt. Intellektuelle Debatten wurden unterdrückt, kritische Denker verfolgt. Einziges „intellektuelles Leitmedium“ wurde das Grüne Buch al-Gaddafis, das als Aushängeschild der libyschen Geisteswelt gelten sollte und Maßstab für politisches Denken unter al-Gaddafi blieb.

Gleichzeitig führten die nicht zu negierenden Fortschritte bei Einkommen, Bildung und Geisteshaltung der letzten Jahrzehnte zu einer zunehmenden Modernisierung des Lebens und des Denkens – allerdings außerhalb staatlicher Strukturen und auf den nichtöffentlichen Raum beschränkt, da zivilgesellschaftliche Aktivitäten unterbunden wurden. Dies wirkte sich nachteilig für die Attraktivität der als zunehmend anachronistisch wahrgenommenen Ideologie al-Gaddafis aus, dessen Propaganda und Weltanschauungen an die Zeit des Kalten Krieges erinnerten, und das Streben nach Fortschritt, Moderne und Internationalität vieler Libyer nicht mehr annähernd widerspiegelte. Die internationale Normalisierung hatte nicht ansatzweise zu einer innenpolitischen Liberalisierung geführt. Kombiniert mit den gravierenden wirtschaftlichen Problemen gingen viele Libyer auch ideengedanklich zu ihrem „Volksführer“ auf Distanz. Die Zunahme der Internet- und Facebook-Nutzer, die Verbreitung von Satellitenfernsehen und Mobiltelefonen und die langsam aufbrechende wirtschaftliche Isolation führten zu deutlich mehr Mobilität der Gesellschaft, indem viele begannen, im Ausland zu studieren oder Kontakte in den Westen zu unterhalten.

Auch wenn al-Gaddafi nach wie vor viele Fürsprecher um sich versammeln konnte, bröckelte doch die Bewunderung vor der charismatischen „Vaterfigur“ sowie die Angst vor

dem repressiven Regime rapide und wich einer Skepsis, die schnell in Hass und aktionistische Wut umschlagen sollte. So kann der Aufstand, der im Frühjahr 2011 ausbrach und die Herrschaft al-Gaddafis beendete, nicht nur als Ausdruck sozioökonomischer Unzufriedenheit und der Überwindung der Angst, sondern auch als Mobilisierungs- und Modernisierungsphänomen gesehen werden. Der Generationenkonflikt zwischen den unter al-Gaddafis Herrschaft Geborenen und ihrem „Volksführer“ wurde von diesem negiert, nicht wahrgenommen und vernachlässigt. Stattdessen flüchtete er sich weiterhin in seine ideologischen Gedankenkonstrukte, pflegte seine Klientelnetzwerke, die so genannten „fetten Katzen“, und verließ sich auf die Öleinnahmen sowie die wiedererlangte internationale Reputation.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Zu ersten Protesten, die sich schnell zu einem militärischen Aufstand gegen al-Gaddafi und sein Regime ausweiten sollten, kam es in al-Bayda, Darnah und Benghazi in der östlichen Cyrenaica im Januar 2011. Der Ostteil des Landes um die Hafenstadt Benghazi wurde im weiteren Verlauf das Epizentrum der Aufstände. Konkreter Auslöser war der massive Wohnungsmangel, der sich im Osten des Landes aufgrund der jahrelangen wirtschaftlichen Marginalisierung seitens des Gaddafi-Regimes noch deutlich negativer auswirkte als im Westen mit Tripolis als urbanem Ballungszentrum. Demonstranten besetzten vom Staat finanzierte Wohnungsbauprojekte; es kam zu ersten Zusammenstößen mit Sicherheitskräften. In diesem Zusammenhang forderte der Schriftsteller und Intellektuelle Jamal al-Hajj weitere Demonstrationen und wurde am 1. Februar 2011 inhaftiert. Am 6. Februar 2011 traf sich al-Gaddafi mit vier populären Rechtsanwälten des Landes, die auf gravierende Verfehlungen bei der Presse- und Meinungsfreiheit hinwiesen und endlich die Schaffung einer Verfassung forderten.¹¹ Das Treffen blieb aus Sicht der Anwälte ergebnislos, al-Gaddafi lehnte alle Forderungen ab, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage führte. Am 15. Februar 2011 wurde der Anwalt Fathi Tarbel verhaftet. Er vertrat die Angehörigen von Opfern eines Aufstandes im berüchtigten Abu-Salim-Gefängnis, bei dem 1996 etwa 1.200 Häftlinge erschossen worden waren. Tarbel selbst verlor damals seinen

¹¹ Unter den Anwälten war auch der jetzige Vizepräsident des Nationalen Übergangsrates (NÜR), Abdul Hakim Ghoga, ein in Benghazi geborener systemkritischer Rechtsanwalt.

Bruder, Schwager, Cousin und fünf Freunde. 500-600 Befürworter sammelten sich vor dem Sitz des Volkskomitees in al-Bayda und forderten Tarbels Freilassung. Es kam zu Zusammenstößen mit libyschen Sicherheitskräften und zu Anti-Gaddafi-Parolen. Insgesamt 38 Beteiligte wurden verletzt. Zwei Tage später versammelten sich Demonstranten in mehreren libyschen Städten, darunter Benghazi, az-Zintan, Darnah, Ajdabiya und al-Bayda, zum ersten libyschen „Tag des Zorns“: Ghoga und mehrere Facebook-Aktivistinnen hatten zu diesen Demonstrationen aufgerufen, um an die Opfer der Demonstrationen von 2006 zu erinnern. Die Situation begann zu eskalieren: Scharfschützen feuerten auf Demonstranten, Dutzende Protestanten kamen ums Leben. Internet- und Telefonverbindungen wurden von Sicherheitskräften unterbrochen. Was folgte, kann als der Beginn des libyschen Bürgerkriegs gewertet werden. Am 20. Februar 2011 befand sich Benghazi unter Kontrolle der Aufständischen.

Es partizipierten die unterschiedlichsten sozialen Gruppierungen an dem Aufstand, sodass von einer breiten Oppositionsbewegung gesprochen werden kann. Bei den Rebellen handelte es sich in der Regel nicht um gelernte Soldaten oder gar reguläre Truppen, sondern um Zivilisten. Untrainiert, ohne Uniformen und straffe militärische Hierarchien gründeten sich lokale Brigaden oder Milizen, die zu Beginn kaum koordiniert und eher von Enthusiasmus denn von klarer Struktur vorangetrieben wurden. Sie setzten sich zusammen aus einer intellektuellen Bildungselite, geachteten Juristen, Arbeitern, Studenten, Schriftstellern, Ärzten und arbeitslosen und vernachlässigten Jugendlichen, die weder über eine Wohnung verfügten noch über ausreichende Bildung oder eine berufliche Perspektive. Mehr und mehr schlossen sich Deserteure aus der regulären Gaddafi-loyalen Armee den Kampfverbänden an. Jüngere und ältere Generationen begannen, sich

gegen al-Gaddafi zu stellen. Hinzu engagierten sich auch zunehmend exlibysche Oppositionsgruppen, die seit Jahren vor allem in Europa aktiv waren, da jegliche Opposition innerhalb Libyens verboten war. Gruppen wie die *National Conference for the Libyan Opposition*, ein in Großbritannien ansässiger Zusammenschluss aus mehreren Oppositionsbewegungen, forderte eine Übergangsregierung, freie Wahlen, die Einhaltung der Menschenrechte sowie den Rücktritt al-Gaddafis. Andere Gruppen wie die *National Front for the Salvation of Libya*, die 1981 gegründet wurde und hauptsächlich aus den USA und Großbritannien agiert, die *Libyan League for Human Rights*, die 1989 gegründet wurde, ihren Sitz in Genf hat und auch über Büros in Großbritannien und Deutschland verfügt oder die pro-monarchistische *Libyan Constitutional Union* mit Sitz in Manchester, formulierten ähnliche Anliegen. Allerdings blieb der externe Einfluss marginal, stattdessen fand die Oppositionsbewegung innerhalb Ostlibyens immer mehr Anhänger und wurde für das Regime al-Gaddafis schnell zu einer ernsthaften Bedrohung. Bemerkenswert blieb der relativ geringe Einfluss islamistischer Gruppierungen. Ähnlich wie auch in Tunesien und Ägypten wurden bislang keine islamistischen Formeln und kaum Forderungen des politischen Islams proklamiert. Dabei gilt der Osten des Landes traditionell als konservativ-islamisch, da hier die *Sanussiyya* gegründet wurde, deren Überzeugungen die Identität vieler Muslime dort bis heute prägt. Der Einfluss militanter Islamisten blieb während der Unruhen unsichtbar. Insbesondere Gruppen wie Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) verfügten auch unter al-Gaddafi über keine Basis in Libyen. Sie wurden vehement verfolgt, immerhin galt al-Gaddafi als zuverlässiger Partner des Westens im Kampf gegen den militanten Islam. Zwar kam es in der Vergangenheit auch in Libyen immer wieder zu vereinzelt Anschlägen¹² und zur Genese von radikalen

¹² In den 1980er Jahren entstand eine militante islamistische Bewegung vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Rezession: Die Ölpreise fielen, gleichzeitig nahmen die Repressionen der Revolutionskomitees zu, was den Islamisten einigen Zuspruch einbrachte. Dennoch blieben sie ein zu vernachlässigender politischer Faktor in Libyen. Zwischen 1995 und 1998 und 2007 kam es immer wieder zu kleineren Anschlägen im Osten des Landes sowie einem vereitelten Attentat auf Gaddafi. Viele Jihadisten mit libyscher Herkunft kämpften nach dem Sturz von Saddam Hussein 2003 im Irak.

Gruppen, gesamtgesellschaftlichen Einfluss konnten diese jedoch nie gewinnen.¹³ Auch wenn die ersten Unruhen im Osten des Landes, der Cyrenaica, ausbrachen, blieb die Anti-Gaddafi-Bewegung nicht allein auf diesen Landesteil beschränkt. Eingebunden in ihr familiäres Netzwerk und teilweise mit engen Bezügen zu ihren jeweiligen Stämmen wandten sich schnell auch erste tribale Führer von al-Gaddafi ab und opponierten auf Seiten der Aufständischen.¹⁴ Insbesondere die Abkehr mächtiger Stämme wie dem Warfalla-Verband zeigte deutlich, dass al-Gaddafi zunehmend die Unterstützung tribaler Einheiten verlor. Dabei bleibt umstritten, welche Aussagekraft die offizielle Abkehr eines Stammesführers für das einzelne Stammesmitglied hatte. Zwar wird Libyen oft als tribale Gesellschaft beschrieben, daraus jedoch zu schließen, der Stamm sei für das Individuum quasi ausschließliches Entscheidungs- und Identitätskriterium, wäre zu eindimensional. Insbesondere in den urbanen Gebieten und bei der jüngeren Generation bietet der eigene Stamm zwar noch immer einen gewissen sozialen Bezugspunkt, darf allerdings aufgrund der diversen Partikularinteressen und der inneren Heterogenität nicht als monolithischer Block gesehen werden. Für viele Libyer scheint der Stamm so auch stark an Bedeutung verloren zu haben. Trotzdem galt die Abkehr vieler Stammesvertreter von Gaddafi als wichtiges Symbol eines geeinten, interessensübergreifenden Aufstands.

Wichtigster Akteur der Anti-Gaddafi-Front wurde der Nationale Übergangsrat (*National Transition Council*, arabisch: *al-Majlis al-Watani al-Intiqali*, NÜR), der am 27. Februar 2011 ins Leben gerufen wurde und zu Beginn aus 31 Mitgliedern bestand. Zu Beginn des Aufstands hatten sich in Städten und Gemeinden Übergangsräte mit lokalen Autoritäten gemel-

det, aus denen jeweils ein Repräsentant in den neu eingerichteten NÜR nach Benghazi entsandt wurde. Der NÜR entwickelte sich schnell zur „Stimme des neuen Libyens“, seine Mitglieder gelten als Gesichter des Wandels und personifizierte Hoffnungen auf die Ablösung al-Gaddafis. Innerhalb kürzester Zeit gewann der NÜR innen- und außenpolitischen Einfluss, legitimierte sich als einzige politische Alternative für die Zeit nach al-Gaddafi, handelte als Quasi-Regierung des „befreiten Libyen“ und organisierte den militärischen Widerstand. Dabei verdeutlichte er, welche Prämissen er verfolgt und wie ein Libyen ohne al-Gaddafi aussehen müsse: In einer Erklärung des NÜR mit dem Titel „Vision eines demokratischen Libyen“ vom 29. März 2011 forderte er die Überwindung der „dunklen Tage der Diktatur“ durch Dialog, Toleranz, Zusammenarbeit, nationale Einheit und der aktiven Partizipation aller libyschen Staatsbürger. Die Regierung solle den freien Willen aller Libyer repräsentieren und demokratisch legitimiert werden. So solle ein Gesellschaftsvertrag geschaffen werden, der zu einer Zivilgesellschaft führe, die politischen und intellektuellen Pluralismus fördert und unterstützt. Grundlage dieses Gesellschaftsvertrags müsse eine Verfassung sein, über welche mithilfe eines Referendums abgestimmt werde. Darin sollen grundlegende Rechte wie die Bildung von Parteien und Gewerkschaften, die Garantie des Wahlrechts, Presse- und Versammlungsfreiheit, starke wirtschaftliche Institutionen zur Bekämpfung von Korruption, Arbeitslosigkeit und Armut, die Stärkung des Privatsektors, immense Investitionen in den Bildungs- und Forschungssektor, die Gleichstellung der Frau, die Ablehnung von Extremismus, Intoleranz und Diskriminierung sowie die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts verankert werden. In den Wirren der unübersichtlichen

¹³ Die beiden einflussreichsten islamistischen Gruppierungen in Libyen sind die *Libyan Islamic Group*, der libysche Arm der Muslimbruderschaft, der in Libyen verfolgt wurde. In den 1950er Jahren gewährte König Idris I. einigen aus Ägypten geflohenen Muslimbrüdern Schutz vor der Verfolgung durch Nasser. Al-Gaddafi ging vehement gegen die Muslimbruderschaft vor, ließ 1998 152 Mitglieder verhaften, darunter auch der Führer und sein Stellvertreter. Beide wurden 2002 hingerichtet. 37 Mitglieder wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Saif al-Islam ließ 2006 dann 80 führende Mitglieder frei. Die zweite Gruppe, die *Libyan Islamic Fighting Group* (arabisch: *al-Jama'a al-Islamiyya al-Muqatila fi Libya*, LIFG) hat seine Wurzeln in den 1970er und 1980er Jahren. Viele ihrer Mitglieder kämpften in den 1980er Jahren in Afghanistan gegen die Sowjetunion. Zurückgekehrte Veteranen gründeten in den 1990er Jahren dann die LIFG. Sie wurden fast zerschlagen, viele Mitglieder flohen ins Exil nach Großbritannien oder auch nach Afghanistan, nachdem dort die Taliban die Macht übernommen hatten. Nach dem Sturz der Taliban 2001 kehrten viele nach Libyen zurück, woraufhin Saif al-Islam 2007 ein Resozialisierungsprogramm initiierte, die Gruppe der Gewalt abschwor und daraufhin viele Mitglieder aus der Haft entlassen wurden.

¹⁴ Am 12. April 2011 unterzeichnen 61 Stammesführer eine Erklärung, in der sie sich vehement von al-Gaddafi distanzieren und sich für ein freies, geeintes und demokratisches Libyen aussprechen. Mitunterzeichner waren auch Vertreter des Warfalla-Stammes. So heißt es in der Erklärung: „Das Libyen von morgen, wird, wenn der Diktator weg ist, ein geeintes Libyen sein mit Tripolis als seiner Hauptstadt“.

Situation in Benghazi gebildet, konnte der NÜR schnell seinen Einfluss sichern und ausbauen. Seinen Mitgliedern gelang es, sich als ernstzunehmendes, seriöses demokratisches Gegengewicht zu al-Gaddafi zu gerieren. Er wurde zur einzigen Alternative eines einigermaßen geordneten Wiederaufbaus nach dem Sturz al-Gaddafis.

Die bekannten Mitglieder des NÜR sind renommierte Akteure der libyschen Gesellschaft, darunter übergelaufene Diplomaten, ehemalige Regierungsangehörige, langjährige Oppositionelle, Juristen sowie Angehörigen des Königshauses.¹⁵ Ihre regionale Herkunft ist der Osten und Nordwesten des Landes. Auch sollen einige Mitglieder aus dem Fezzan stammen, was aus Sicherheitsgründen allerdings bislang nicht bestätigt wurde.

Als Vorsitzender des NÜR ist Mustafa Abd al-Jalil, der 1952 im östlichen al-Bayda geboren wurde und bis 1975 an der Libyschen Universität Jura studiert hatte, wichtigster Akteur der Aufständischen. Danach arbeitete er als Richter und Staatsanwalt. Ihm gelang es, die Ziele der libyschen Übergangsregierung, ihr Streben nach Demokratie und Umsturz, authentisch und nachhaltig zu repräsentieren, obwohl er erst am 21. Februar 2011 übergelaufen und integraler Bestandteil des Gaddafi-Systems war: Immerhin hatte er ab 2007 als libyscher Justizminister unter al-Gaddafi gearbeitet, sich aber bereits zu jener Zeit als mutiger Kritiker des Regimes gezeigt, indem er die Entlassung von Gefangenen forderte, die trotz abgelaufener Haftstrafe inhaftiert blieben. Ebenso wie sein Stellvertreter Ghoga engagierte er sich für die Aufklärung des Gefängnismassakers in Abu Salim von 1996. In diesem Zusammenhang hatte er bereits im März 2010 seinen Rücktritt angeboten, was al-Gaddafi abgelehnt hatte. Er forderte Entschädigungszahlungen, machte auf allgemeine Missstände aufmerksam und kritisierte immer wieder al-Gaddafi. Seit seiner Desertion stieg er schnell zum einflussreichsten Akteur des NÜR auf, vertrat die Interessen der

Opposition in der Öffentlichkeit und erwarb sich nicht nur im Inland, sondern auch im westlichen und arabischen Ausland einen guten Namen.

Zweitwichtigster Akteur des Nationalen Übergangsrates ist der Vorsitzende des Exekutivrates Mahmud Jibril. Der Exekutivrat wurde als Quasi-Regierung eingerichtet, sodass Jibril seit seiner Ernennung am 23. März 2011 auch immer wieder als Regierungschef der Übergangsregierung bezeichnet wurde. Während sich Jalil aufgrund seiner mangelhaften Englischkenntnisse eher innenpolitisch und regional engagiert, wurde Jibril schnell zur „Stimme für den Westen“. Als Vorsitzender des Exekutivrates und damit Quasi-Regierungschef gelang es Mahmud Jibril mit Jalil eine schlagkräftige und international akzeptierte Doppelspitze zu bilden. Jibril gilt als renommierter Finanzfachmann, verfügt er doch über einen Abschluss an der *Cairo University* in Wirtschaft und Politik aus dem Jahr 1975. Er promovierte zehn Jahre später in Pittsburgh, erwarb sich den Ruf eines exzellenten, kenntnisreichen Wirtschaftsanalytikers und kosmopolitischen, rhetorisch gewandten Buchautors und betätigte sich in der Managementausbildung für die Region des Nahen und Mittleren Ostens. Erst Saif al-Islam holte Jibril nach Libyen zurück. Er sollte die marode Staatswirtschaft reformieren, den vorsichtigen Weg der wirtschaftlichen Liberalisierung beschreiten und die Privatisierung vorantreiben. Jibril wurde 2007 Vorsitzender des Nationalen Wirtschaftsentwicklungsrates, spürte aber schnell die limitierten Optionen seines Handelns und den Widerstand seitens des Regimes. 2010 erfolgte dann der Bruch mit Gaddafi.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Es folgte ein unübersichtliches Gewirr an Schlachten, militärischen Scharmützeln, Geländegewinnen der Rebellen und Niederlagen gegen das Regime, das hier nicht im Detail dargestellt werden soll. In einer ersten Phase

¹⁵ Darunter ist z. B. mit Ahmed al-Senussi (geb. 1933) ein Nachkomme König Idris' I. Auch er stand in langjähriger Opposition zu al-Gaddafi, plante 1970 einen Putschversuch und saß 18 Jahre im Gefängnis, ehe er 2001 begnadigt wurde. Weitere Mitglieder des Exekutivrates sind u.a. der ehemalige Botschafter in Indien und jetzt zuständig für außenpolitische Angelegenheiten, Ali Abd al-Aziz al-Issawi (geb. 1966), der am 23. März 2011 desertierte, nachdem er seit 2006 als Wirtschaftsminister gearbeitet hatte, Omar al-Hariri, verantwortlich für Streitkräfte und Sicherheit und ehemaliger Haftgenosse von al-Senussi, der 1975 einen Putschversuch gegen Gaddafi gewagt hatte, obwohl er ihn während des Staatsstreichs 1969 noch unterstützt hatte, oder Ali Tarhouni (geb. 1951), bis zum 8. August 2011 verantwortlich für Finanzen, Wirtschaft und Öl, der im Februar aus den USA zurückkehrte, wo er seit 1983 als renommierter Wirtschaftsprofessor an der *University of Washington* in Seattle und an der *Michael G. Foster School of Business* lehrte. Ebenfalls aktiv im NÜR ist der bereits erwähnte Anwalt Fathi Tarbel, der um Repräsentanten der Jugend benannt wurde.

der militärischen Auseinandersetzung schien es, als sei die Rebellion zum Scheitern verurteilt, als stünde Benghasi schnell wieder unter der Kontrolle der Gaddafi-Truppen. Immerhin verfügten diese über weit bessere personelle und technische Ausrüstung und die größere militärische Erfahrung. Die Lage in und um Benghasi spitzte sich bis Anfang März 2011 dramatisch zu: Die Armee al-Gaddafis flog erste Luftangriffe auf den Osten des Landes. Bereits am 25. Februar 2011 hatten die USA Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime verhängt, am 28. Februar folgte die EU¹⁶ und begann am 11. März 2011, die Konten von Angehörigen der Gaddafi-Führung in Europa einzufrieren. Am 26. Februar 2011 erließ der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1970, in der erste restriktive Maßnahmen gegen Personen und Organisationen, die an den Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, beschlossen wurden. Die Lage blieb weiterhin undurchsichtig, während die Gewalt gegen Zivilisten von Seiten des Regimes täglich zunahm. Am 5. März 2011 forderte der NÜR beim UN-Sicherheitsrat die Einrichtung einer Flugverbotszone, um die Luftangriffe gegen libysche Zivilisten zu unterbinden, welche am 17. März 2011 durch den UN-Sicherheitsrat beschlossen wurde. Ziel der Resolution 1973 ist es, „alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ zu ergreifen, indem ein „unverzüglicher Waffenstillstand“ durchgesetzt wird. Ein Regimewechsel und der explizite Sturz al-Gaddafis sind keine ausdrücklichen Inhalte des Resolutionstextes. Ebenso wenig wird der Einsatz von Bodentruppen in Betracht gezogen – ein Umstand, der damals bei vielen Beobachtern Unverständnis hervorrief. So wurde an die Erfahrungen im Irak erinnert, wo Bodentruppen unerlässlich gewesen waren und dennoch kein erfolgreiches Vorgehen der Besatzungstruppen erreichen konnten. Im März wurde die geplante Flugverbotszone von einigen Akteu-

ren aus Politik und Wissenschaft als halbherziges Vorgehen gewertet, das zwar einerseits den Willen nach politischem Wandel in Libyen zeige, andererseits aber aufgrund mangelnder finanzieller und logistischer Kapazitäten umfassendere Unterstützung der Rebellen ausschließe. Hinzu fühlten sich die beteiligten NATO-Länder immer wieder der Kritik ausgesetzt, keine langfristige, nachhaltige Strategie für den Einsatz zu präsentieren, was als „blinder Aktionismus“ und „übereiltes Vorgehen“ gewertet wurde. Auf der anderen Seite wurde argumentiert, der Einsatz von Bodentruppen wäre kontraproduktiv, weil eine erneute Invasion einer westlichen Allianz in einem islamisch geprägten Land nach Afghanistan und Irak zu harter Kritik in der islamischen Welt führen und als neoimperialistischer, auf das Öl konzentrierter Markteroberungsfeldzug bezeichnet werden könnte.¹⁷

Bei der Abstimmung enthielt sich neben Indien, China, Russland und Brasilien auch Deutschland als nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates¹⁸, was zu einer heftigen innen- und außenpolitischen Debatte um die Rolle Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft, seine Verantwortung in militärischen Auseinandersetzungen und sein Verhältnis zu traditionellen Bündnispartnern wie den USA oder Großbritannien führte. Am 19. März 2011 begann der militärische Einsatz der NATO-Alliierten Frankreich, USA und Großbritannien. Grundlage der Resolution wurde die seit 2005 bestehende völkerrechtliche Argumentation der so genannten „Schutzverantwortung“ (*responsibility to protect*, R2P), die der UN ein Interventionsrecht zubilligt, wenn ein Staat nicht fähig oder willens ist, seine Bevölkerung vor Genozid, ethnischer Säuberung, Verletzungen des humanitären Völkerrechts oder Menschenrechtsverletzungen zu schützen.

Insbesondere Frankreich und Großbritannien trieben den militärischen Einsatz gegen den

¹⁶ Siehe Beschluss 2011/137/GASP des Rates, in dem die EU ihre „ernste Besorgnis“ über die Ereignisse in Libyen ausdrückte. Das Vorgehen gegen Zivilisten wurde „scharf verurteilt“ und das „repressive Vorgehen gegen Demonstranten missbilligt“. So wurde untersagt, unmittelbar militärische Ausrüstung, Personal und Ausbildungsmaßnahmen dem Gaddafi-Regime und seinen Verbündeten zur Verfügung zu stellen. Erste Sanktionen wurden u. a. gegen die Familie Gaddafi, den damaligen Geheimdienstchef Oberst Abdullah al-Senussi oder Oberst Ma'sud Abd al-Hafiz, dritter Befehlshaber der Streitkräfte, verhängt.

¹⁷ In diesem Zusammenhang wurde auch zunehmend Kritik an der ambivalenten Vorgehensweise der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit repressiven Regimes in der Region laut: Während in Libyen ein militärischer Einsatz legitim sei, werde bei ähnlichen Voraussetzungen ein ähnliches Vorgehen in Syrien nicht in Betracht gezogen. Auch hier richte sich ein repressives Regime gegen die Zivilbevölkerung, auch hier käme es zu Toten und Verletzten. Doch die Erwägung eines militärischen Einsatzes bleibe aus geostrategischen und Sicherheitsaspekten aus, was als Messen mit zweierlei Maß gewertet werden könne, so Kritiker.

¹⁸ Die USA, Großbritannien, Frankreich, Bosnien und Herzegowina, Kolumbien, Gabun, Libanon, Nigeria, Portugal und Südafrika stimmten der Resolution zu.

Willen Deutschlands voran: Der französische Präsident Nicolas Sarkozy erhoffte sich dadurch vor allem die Rückgewinnung von innenpolitischem Renommee, nachdem er noch kurz vor dessen Sturz den tunesischen Präsidenten Zine el-Din Ben Ali mit französischen Sicherheitskräften gegen die Demonstranten unterstützen wollte, was seinem Image deutlich geschadet hatte. Insgesamt flogen die NATO-Truppen über 20.000 Einsätze gegen strategische und militärische Ziele des Gaddafi-Regimes, konnten so die Rückeroberung Benghasis aufhalten, die libysche Flugabwehr ausschalten und den Rebellen am Boden so entscheidende Unterstützung gewähren. Trotzdem mussten die Rebellen gravierende Rückschläge hinnehmen: Ostlibysche Küstenstädte wie Brega, Ras Lanuf oder Ajdabiya konnten von den Gaddafi-Truppen zurückerobert werden, im März wurde Benghasi belagert, in Tripolis kamen Heckenschützen zum Einsatz und zunehmend sollten 3.000-4.000 Söldner aus afrikanischen Nachbarländern wie Mali oder Niger rekrutiert worden sein, was allerdings vor allem im Hinblick auf Umfang und Ausrüstung lange umstritten blieb. So zeichnete sich in der zweiten Phase des Krieges ein lang andauernder, zermürender Stellungskrieg insbesondere um strategisch wichtige Städte wie Brega ab. In dieser Phase wurde jedoch auch deutlich, dass es dem NÜR gelungen war, sich im Osten des Landes als die Stimme des Aufstands zu profilieren und zu etablieren. Was folgte, war die Anerkennung des NÜR als legitime Vertretung des libyschen Volkes durch viele Staaten der internationalen Gemeinschaft. Während Frankreich bereits am 10. März 2011 die Legitimität des NÜR akzeptiert hatte, folgten auch viele arabische Länder wie Katar (28. März), Jordanien (24. Mai), Tunesien (21. August), Ägypten (22. August), Bahrain, Irak und Oman am 23. August 2011. Bereits deutlich früher hatten sich viele europäische Länder wie Großbritannien im März, Italien im April, Spanien im Juni und die Türkei im Juli für die Anerkennung des NÜR ausgesprochen. Die USA hatten bereits im März 2011 erste Gespräche mit dem NÜR aufgenommen, Deutschland anerkannte den NÜR am 13. Juni 2011 als einzige legitime Vertretung des libyschen Volkes. Die militärische Situation blieb verworren und wirkte sich immer negativer auf die Zivilbevölkerung aus. Es schien, dass es den NATO-Alliierten und den Rebellen nicht gelingen sollte, die Gaddafi-Truppen

entscheidend zurückzuschlagen. Trotz ausgeweiteter Sanktionen wurde das Regime über den Landweg aus Tunesien und zum Teil auch über den Seeweg mit Waffen und technischer Ausrüstung versorgt. Muammar al-Gaddafi und Saif al-Islam demonstrierten bei ihren öffentlichen Auftritten Stärke, verunglimpften die Rebellen und wichen auch verbal nicht zurück. Es blieb umstritten, über wie viele finanzielle Reserven der Gaddafi-Clan noch verfügen konnte, waren doch seine ausländischen Gelder mittlerweile eingefroren worden. Dennoch beliefen sich die Kalkulationen auf fast 150 Tonnen Gold im Wert von 6,5 Mrd. USD. Hinzu kämen mehrere Milliarden Dollar harter Bargeldbestände, die die Familie Gaddafi auch durch die Begünstigung bei Wirtschaftsverträgen angehäuft habe. So wird vermutet, dass Gaddafis Clan direkt 60% aller projektbezogenen Einnahmen erhalten haben solle.

Hinzu häuften sich erste Meldungen und Augenzeugenberichte, die davon berichteten, dass es auch auf Seiten der Rebellen zu Gewalttaten an der Zivilbevölkerung gekommen sei, was erneut die Frage aufwarf, inwieweit der NÜR im speziellen und die Rebellen im allgemeinen als vertrauenswürdiger, nachhaltig agierender *change agent* gelten konnten. Immerhin hatte die Mehrheit der NÜR-Mitglieder in der Vergangenheit mit al-Gaddafi kooperiert, war es Teil der politischen Elite gewesen und einige desertierten erst später.

Hinzu kamen Spannungen und Interessenskonflikte innerhalb der Rebellen. So erschütterte der Mord an Abdul Fattah Younis, dem militärischen Oberbefehlshaber des NÜR und renommierter früherer Generalmajor, am 28. Juli 2011 das Bild der Rebellen als einzig agierende Interessensgemeinschaft und ließ offensichtliche ideologisch-politische Gräben zutage treten. Younis galt als erfahrener Militär; so hatte er in den 1970er und 1980er Jahren in den Kriegen gegen Ägypten und den Tschad gekämpft. 1969 unterstützte er al-Gaddafi bei seinem Putsch, diente ab 2009 als Innenminister und galt lange Zeit als loyal gegenüber dem Regime. Am 22. Februar 2011 desertierte er und errang schnell eine exponierte Position auf Seiten der Rebellen. Umstritten blieb er jedoch bis zu seinem Tod: Aufgrund seiner angeblich engen Verbindungen zur Familie al-Gaddafis sollte er an seinem Todestag in Benghasi zu einer Anhörung geladen werden, gleichzeitig stieß er bei isla-

mistischen Akteuren innerhalb der Rebellen auf Abneigung, da er während seiner Zeit als Innenminister Islamisten verfolgen und inhaftieren ließ. Während der NÜR verkündete, Younis sei von Gaddafi-Getreuen getötet worden, streute die Gegenseite das Gerücht, er sei aus den eigenen Reihen bzw. von militanten Al-Qaida-Aktivisten ermordet worden, da er als Doppelagent verdächtigt worden sei. Die genauen Hintergründe sind bislang ungeklärt, dennoch zeigt der Tod Younis', dass die Aufstandsbewegung zu keinem Zeitpunkt als monolithischer Block gesehen werden sollte, sondern als Akteure mit diversen Partikularinteressen, die zuerst einmal nur das Ziel, al-Gaddafi zu stürzen, einte.

Im Hinblick auf den möglichen islamistischen Einfluss in einem „neuen“ Libyen bleibt vor allem die Rolle von Abdel Hakim Belhaj (geb. 1966) nebulös. Der jetzige Militärführer in Tripolis gilt als Gründer der militanten islamistischen *Libyan Islamic Fighting Group* (LIFG), die von den USA als terroristische Vereinigung mit Verbindungen zu Al-Qaida eingestuft wurde. Er verscrieb sich Kampf gegen al-Gaddafis Regime, musste dann 1988 Libyen verlassen, ging nach Saudi-Arabien und führte danach den *jihad* in Afghanistan gegen die sowjetischen Truppen. Die LIFG unterhielt in Afghanistan Ausbildungslager für Jihadisten. Belhaj selbst verließ Afghanistan 1992, hielt sich in Pakistan, der Türkei und dem Sudan auf und ging wie viele seiner Landsleute in den Irak. Nachdem er 2004 von der CIA in Bangkok (Thailand) gemeinsam mit seiner damals schwangeren Ehefrau inhaftiert und gefoltert worden sein soll, saß er sechs Jahre bis März 2010 im Abu-Salim-Gefängnis in Libyen, aus dem er auf Initiative Saif al-Islams mit 214 anderen politischen Gefangenen entlassen wurde, nachdem er der Gewalt abgeschworen hatte. Jalil soll bei den Verhandlungen anwesend gewesen sein. Mittlerweile gibt sich Belhaj als geläutert und enger Verbündeter der NATO und den USA. Er verneint, jemals mit Al-Qaida auf ideologischer oder operationeller Ebene kooperiert zu haben oder einen islamischen Gottesstaat in Libyen errichten zu wollen. Stattdessen sei er aufgrund des pazifistischen Transformationsprozesses der LIFG in Konflikt mit Al-Qaida geraten. Außerdem plane er, ehemalige LIFG-Kämpfer in den Militär- und Polizeidienst zu integrieren und strebe nach einer freien, rechtsstaatlichen Gesellschaft. Die schlechte Behandlung durch die CIA habe er zwar nicht

vergessen, er könne aber verzeihen und hege keine Rachedgedanken, so Belhaj. Während des Aufstands erlangte er erst in den letzten Wochen einen gewissen Einfluss, ohne dass er entscheidenden Anteil am Erfolg der Rebellen gehabt haben soll. Erst beim Sturm auf al-Gaddafis Hauptquartier Bab al-Aziziya in Tripolis konnten sich er und seine Männer als disziplinierte Kämpfer auszeichnen. Immerhin verfügte er, im Gegensatz zu den meisten Freiwilligenkämpfern, über militärische Erfahrung aus seiner Zeit in Afghanistan. Weiterhin kursieren Vermutungen, die davon ausgehen, Belhaj habe diese exponierte Position erhalten, damit er direkt kontrolliert werden könne.

Es bleibt demnach abzuwarten, wie diese verschiedenen Strömungen und Handlungsmotivationen in Zukunft ausgeglichen werden können und ob sie bei Macht- und Verteilungsfragen wieder offen zutage treten. Abgewartet werden muss auch, wie sich umstrittene Akteure wie Belhaj innerhalb der neuen Regierung verhalten werden und wie die westlichen Verbündeten auf den Perspektivenwechsel eines angeblichen Jihadisten zu einem militärischen Anführer auf Seiten der „Befreier“ reagieren werden. Und so personifiziert Belhaj das von al-Gaddafi immer wieder gern herauf beschworene und vom Westen gefürchtete mögliche Schreckensszenario des militant-islamistischen Einflusses in Libyen. So hat die US-Regierung schon ihre Skepsis gegenüber islamistischen Einflüssen beim NÜR verdeutlicht.

In der dritten Phase des Aufstands gelang es den Rebellen zusehends, ihren Einflussbereich auszuweiten und sich der Hauptstadt Tripolis zu nähern. Im Mai 2011 eroberten die Aufständischen Misrata, im August dann Brega. Es folgte der Sturm auf die Hauptstadt Tripolis, der am 20. August 2011 begann. Die Operation verlief offenbar gut koordiniert und seit mehreren Wochen vorbereitet. So eröffneten die Rebellen im August eine neue Front aus den Nafusa-Bergen, während nach der Eroberung der nur 50 Kilometer von Tripolis entfernten Hafenstadt az-Zawiya durch berberische Truppen die Versorgungsrouten des Regimes nach Tunesien abgeschnitten werden konnte, was eine erhebliche Schwächung al-Gaddafis bedeutete. Ziel der Rebellen war es seit Beginn der Auseinandersetzungen gewesen, eine Revolte gegen al-Gaddafi aus den Reihen der tripolitanischen Bevölkerung zu initiieren. Dieses Unterfangen hatte sich

bisher als erfolglos erwiesen, sei es aus Angst der Bevölkerung, al-Gaddafi könne sich brutal an ihnen rächen, sei es aus Eigeninteressen, da insbesondere in Tripolis viele Günstlinge des Gaddafi-Regimes lebten und den Verlust ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses fürchteten. Doch der anwachsende Erfolg der Rebellen und die näher rückende Front führten dazu, dass sich immer mehr Einwohner Tripolis' zu den Rebellen bekannten und den Sturm auf die Stadt unterstützten. Das psychologische Moment verschob sich nun zusehends zugunsten der Rebellen; insbesondere für eine Freiwilligenarmee, die mit mehr Enthusiasmus und Mut als strategischer Planung und professioneller Planung agiert hatte, bedeutete dieses psychologisch-emotionale Hoch sicherlich noch einmal einen Anreiz, die Hauptstadt des Feindes zu erobern.

Mithilfe der NATO gelang es den unterschiedlichen Milizen der Rebellen, von Osten und Süden nach Tripolis einzudringen und die Residenz al-Gaddafis, Bab al-Azaziya, einzunehmen. In unübersichtlichen Stunden eroberten die Rebellen Straße für Straße, lieferten sich Gefechte mit Regierungstruppen in Tajura und um den Flughafen Migati. Hochrechnungen gehen von etwa 2.000 Toten aus, während im gesamten Krieg bislang etwa 50.000 Menschen ums Leben gekommen sein sollen. Erste Meldungen, die Söhne Saif al-Islam und Saadi seien verhaftet worden, erwiesen sich jedoch als unwahr. So gelang es Saif al-Islam, trotz der chaotischen Zustände und Berichte über einen schnellen Sieg der Rebellen, sich vor dem Luxushotel *Rixos* den dort ansässigen Journalisten zu präsentieren. Er versicherte, die Situation sei unter Kontrolle, seine Truppen behielten die Oberhand in der Stadt. Bisher konnte nicht aufgeklärt werden, ob Saif al-Islam von Rebellen gefangen genommen worden war und wenn, wie er entkommen konnte. Vermutet wurde, er habe mit den Rebellen einen Deal geschlossen, indem er Informationen über den Aufenthaltsort seines Vaters preisgab. Andere Annahmen spekulierten, er habe seine Bewacher bestechen können oder sei befreit worden. Einiges deutet darauf hin, dass die misslungenen Verhaftungen und die irreführende Öffentlichkeitsarbeit auf Spannungen innerhalb der Rebellentruppen zurückzuführen sein könnten. So äußerten sich Rebellen westlicher Mi-

lizen enttäuscht über die mangelnde Unterstützung seitens des NÜR, der zu wenig getan hätte, um die westlichen Rebellen in die Kampfverbände zu integrieren. Zwar sei ein Masterplan zur Eroberung der Hauptstadt im Osten entwickelt worden, die lokalen Details seien aber von Rebellen aus dem Westen erarbeitet worden. So könne auch eine mögliche Freilassung Saif al-Islams auf diese fraktionellen Spaltungen hindeuten: Während erste Pläne kursierten, den Gaddafi-Sohn an den Internationalen Strafgerichtshof zu überstellen, forderten viele Rebellen eine Gerichtsverhandlung in Libyen. Diese Dissonanzen können dazu geführt haben, dass Saif al-Islam durch das Wohlwollen einiger Rebellen wieder freikam.

Der Aufenthaltsort von Muammar al-Gaddafi und einem Teil seiner Söhne blieb zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels unbekannt, während sich seine Ehefrau Safia, die Söhne Hannibal und Mohammad sowie Gaddafis Tochter Aisha in algerisches Exil begaben, was dem algerischen Regime um Präsident Abdulaziz Bouteflika harte internationale Kritik einbrachte.¹⁹ Dies zeigt, dass trotz der militärischen Niederlage des Regimes Gaddafi selbst immer noch über eine unbekannte Anzahl von Unterstützern verfügt, die ihn schützen und denen er offenbar vertraut. So bleibt Anfang September 2011 die Zukunft Gaddafis ungewiss, seine Zeit als einflussreichster Machttakteur Libyens ist jedoch vorüber.

Zwar bleibt die Festnahme al-Gaddafis und seiner Familie ein wesentliches Ansinnen für die siegreichen Rebellen, spielt allerdings realpolitisch mehr eine symbolische denn eine sicherheitsstabilisierende Rolle. Der politische Übergangsprozess ohne al-Gaddafi ist längst eingeleitet worden und bestimmt die politische Realität des NÜR. Dass eine Festnahme al-Gaddafis diesen Übergangs- und Stabilisierungsprozess beschleunigen würde, ist zwar unumstritten. Dass der ehemalige Machthaber den Transitionsprozess jedoch mittelfristig aufhalten kann, scheint sehr unrealistisch zu sein. *De facto* haben die Rebellen die politische und militärische Macht in Gesamtlibyen übernommen und müssen nun die immensen Herausforderungen meistern, die sich aus der erfolgreichen „Stunde Null“

¹⁹ So bezeichnete Bouteflika die Aufnahme Gaddafis Familienangehöriger aus „humanitären Gründen“ als notwendig, wodurch sich die libysch-algerischen Beziehungen verschlechterten. Grund für die Aufnahme von Teilen der Gaddafi-Familie könnten innenpolitische Erwägungen sein, indem Bouteflika seiner Bevölkerung verdeutlichen möchte, dass Umstürze wie in Tunesien, Ägypten oder Libyen in Algerien nicht realistisch seien und er nach wie vor nicht zu gravierenden Reformen bereit sei.

ergeben.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Vor einem halben Jahr war es jedoch als äußerst unrealistisch erachtet worden, dass Libyen vor seiner „Stunde Null“ stünde und al-Gaddafis Herrschaft sich dem Ende zuneige. Zu stabil, zu abgesichert, zu konsolidiert, zu repressiv wirkte das „System al-Gaddafi“ auf außen stehende Beobachter. Scheinbar glaubte auch der „Bruder Führer“ an die automatische Permanenz seines Systems. Seit 42 Jahren an der Macht, empfand er Libyen nicht mehr allein als „sein Land“, sondern vielmehr als „sein Eigentum“. Er bestimmte, richtete, verwaltete und organisierte, er unterdrückte, verfolgte und ermordete – kurzum: Eine Änderung dieses Status quo befand sich nicht nur für ihn offenbar außerhalb jeglicher Vorstellungskraft. Hinzu kam die Erfahrung, aus vielfachen Konflikten mit inneren und äußeren Kritikern und Feinden siegreich hervorgegangen zu sein und die Gewissheit, sich als außerordentlich resistent und widerstandsfähig bewiesen zu haben. Demzufolge schien es, als seien die Demonstrationen im Osten des Landes im Februar eine kurze Episode des haltlosen Widerstands. Zwar beobachtete das Regime die Entwicklungen in den Nachbarländern Ägypten und Tunesien mit äußerstem Argwohn, ein dynamischer Welleneffekt auf die libysche Gesellschaft wurde jedoch auch von externen Beobachtern ausgeschlossen. Immerhin verfüge das Land über immense Ölreserven und keinerlei zivilgesellschaftliche Akteure sowie keine innenpolitisch organisierte Opposition, könne im Gegensatz zu den Transformationsländern Tunesien und Ägypten Wohlstand verteilen, werde von heterogenen und diametral agierenden Stämmen dominiert und sei von der Außenwelt weitgehend isoliert. Dies sollte sich als Irrtum erweisen.

Al-Gaddafi verbot zu Beginn der Aufstände kooptierten Stämmen, sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Gleichzeitig präsentierte er sich als großzügiger, verständnisvoller Regent, suchte persönliche Gespräche bei mehreren Propagandareisen in ländliche Gebiete, kündigte Wirtschaftsreformen und Gehaltserhöhungen an. Doch die Wirkung tendierte gen null: Weder nahmen

die Proteste ab, noch gelang es al-Gaddafi mit dieser in der Vergangenheit häufig praktizierten Politik, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Die Entwicklungen im Februar 2011, die Vehemenz der Aufstandsbewegung und die ausgreifenden Forderungen ließen die repressive Gewalt des Regimes dramatisch ansteigen: Moderate Lösungen wurden ersetzt durch Gewalt gegen Demonstranten und die Blockade von Internet- und Telefonverbindungen. Ausländische Journalisten wurden unter Druck gesetzt, Regimekritiker inhaftiert.²⁰ Die Propaganda des Regimes machte „ausländische Invasoren“, „Terroristen“ und „den Westen“ für die Unruhen verantwortlich. Am 22. Februar verunglimpfte al-Gaddafi in seiner ersten Fernsehansprache die Demonstranten als „Ratten“, „Kakerlaken“ und „Drogenabhängige“. Al-Qaida habe den Aufständischen Halluzinogene verabreicht. Ähnlich hatte sich bereits Saif al-Islam zwei Tage zuvor geäußert, indem der zuvor als Reforme eingeschätzte Sohn al-Gaddafis in aggressiver Wortwahl den Zerfall Libyens, eine dauerhafte Rezession und die Rückkehr des Kolonialismus prophezeit. Was folgte, war die Ausweitung der Gewalt mit dem Ziel, den Aufstand brutal und rücksichtslos niederzuschlagen. So häuften sich ab März die Berichte über Vergewaltigungen, Angriffe auf Krankenhäuser, Zerstörung von Blutbanken und Einsatz von Scharfschützen ebenso wie Meldungen über die Rekrutierung von afrikanischen Söldnern aus den südlichen Nachbarländern Sudan, Nigeria, Mali, Tschad und Kenia. So berichteten Malier Tuareg, ihnen sei eine Einmalzahlung von 7.500 EUR und ein Tagessold von 750 EUR angeboten worden, wenn man für al-Gaddafi kämpfen würde. Ähnliches berichteten Ghanaer, die ein Tagessold von 1.950 EUR angaben. Auch sollen Söldner aus Serbien und Weißrussland für al-Gaddafi gekämpft haben. Eine unabhängige Bestätigung dieser Berichte steht bisher noch aus. Befürchtet wurde auch der Einsatz von chemischen Kampfstoffen wie Senfgas und biologischen Waffen, über die al-Gaddafi angeblich verfügen sollte. Die Ankündigung, bei einem Angriff auf Tripolis die gesamte Hauptstadt vollständig zu vernichten, schürte solche Ängste, blieb aber schließlich nur Polemik. Noch nach der Einnahme Tripolis äußerten sich al-Gaddafi und sein Sohn in Audiostellungen, in denen

²⁰ Sinnbildlich für die Staatswillkür wurde der Fall der libyschen Juristin Imam al-Obaidi, die sich am 27. März 2011 ausländische Journalisten im Luxushotel *Rixos* wandte, und berichtete, sie sei von al-Gaddafis Soldaten inhaftiert, misshandelt und vergewaltigt worden. Vor laufenden Kameras wurde daraufhin die Frau von libyschen Sicherheitskräften abgeführt und befand sich 72 Stunden in Haft. Später wurde ihr Geisteskrankheit, Alkoholsucht und Prostitution vorgeworfen.

sie den nahen Sieg prophezeiten oder die Aufständischen vor weiteren Blutbädern warnten. Gleichzeitig deuteten sich Ende August 2011 erste gravierende Auflösungserscheinungen der innerfamiliären Einheit an: So habe der Sohn Saadi mit dem NÜR über die Bedingungen einer Kapitulation und dementsprechende Sicherheitsgarantien verhandelt, berichtete der NÜR. Er wolle sich ergeben, um weitere Todesopfer zu vermeiden. Allerdings konnten auch diese Berichte bislang nicht ratifiziert werden.

VI. Zukunftsszenarien

Libyen steht vor einer hoffnungsfrohen, aber auch ungewissen Zukunft. Der am Ende erfolgreiche Aufstand gegen das Regime von Muammar al-Gaddafi hat den Willen nach Wandel weiter Teile der libyschen Gesellschaft gezeigt und die 42-jährige repressive Herrschaft des „Bruder Führers“ beendet. Nun beginnt der Wiederaufbau, der sich wahrscheinlich komplizierter gestalten dürfte als der siegreiche Kampf gegen al-Gaddafi. Hierbei können vor allem folgende Faktoren die friedliche Konsolidierung und die Stabilisierung erschweren:

1. Die innere Heterogenität der Aufständischen: Wie bereits angesprochen, muss versucht werden, den historischen und traditionellen Gegensatz zwischen Ost und West, zwischen Siegern und Besiegten zu überwinden. Der teilweise Umzug des NÜR von Benghasi nach Tripolis kurz nach dem Fall der Hauptstadt ist dahingehend ebenso ein wichtiges Symbol wie die versöhnenden und ausgleichenden Äußerungen von Jalil und Jibril, auf Racheakte zu verzichten, die nationale Einheit zu stärken und sich als „Brüder“ wahrzunehmen. Dennoch könnte es bei der Reintegration ehemaliger Gaddafi-Getreuen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu enormen organisatorischen und auch psychologischen Problemen kommen. Die Erfahrung aus dem Irak, nach dem Sturz Saddam Husseins 2003 ehemalige Mitglieder der Baath-Partei gänzlich aus dem Wiederaufbauprozess auszuschließen und die Armee aufzulösen, was zu einer Radikalisierung entwurzelter Akteure und einem massiven Anstieg der Gewalt führte, ist für den NÜR Warnung genug. Es existieren Pläne, dass 5.000 ehemalige Polizisten al-Gaddafis

übernommen werden sollen. So soll vermieden werden, dass ehemals einflussreiche, nun marginalisierte Individuen und Gruppen in den Untergrund gehen, sich radikalisieren und mit Gewalt den Wiederaufbauprozess gefährden. Ob dies gelingt, hängt jedoch nicht an einer Rhetorik der nationalen Einheit und des Aussöhnungswillens, sondern an pragmatischen Maßnahmen, die über politische Partizipation, wie der Eingliederung von West-Libyern in den NÜR, über wirtschaftlichen Ausgleich bis hin zu rechtlicher Immunitätsgewährung reichen könnten. Dass dies keine einfache Aufgabe werden wird, deutet sich bereits jetzt an.

2. Die Integration der Stämme: Viele einflussreiche Stämme zeigten sich in der Vergangenheit als Unterstützer von al-Gaddafi und ließen sich bereitwillig kooperieren. Im Verlauf des Aufstandes kündigten viele Stammesführer al-Gaddafi die Gefolgschaft und schlossen sich den Aufständischen an. Doch diese Solidarität und Loyalität muss immer wieder neu ausgehandelt werden: Die Stämme sind keine nationalen Akteure, sondern verfolgen in der Regel gruppenspezifische Partikularinteressen, die im besten Fall mit denen des Staates und der Regierung kongruent verlaufen. Sollte dies nicht der Fall sein, könnten sich einflussreiche tribale Gemeinschaften von den jetzigen politischen Entscheidern des NÜR abwenden und auf bessere politische Repräsentation, soziale Integration und wirtschaftliche Partizipation drängen. Vor allem die Verteilung der Stammesstimmen in einem neu zu kreierenden Parlament, die Bedeutung der Stämme in der neu zu schaffenden Verfassung und die Verteilung der Öleinnahmen könnten hier schnell zu heftigen Auseinandersetzungen führen. Wie bereits erwähnt, sind Stämme keine homogenen Einheiten, sodass Bedrohungen der Stabilität auch von Substämmen, Clans oder einzelnen Familien zu befürchten sind. Hierbei muss die Balance zwischen kluger Verteilung der Wirtschafts- und Machtressourcen und demokratischer Repräsentation und Transparenz gelingen, um ein Abdriften in überwunden geglaubte Kooperations- und Patronagemuster sowie Korruption und intransparente Strukturen zu vermeiden.

3. Der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit:

Hier betritt das Post-Gaddafi-Libyen fast völliges Neuland. 42 Jahre gab es weder eine Verfassung noch Wahlen oder rechtsstaatliche Institutionen, die unabhängig und ohne Willkür Recht sprachen. So müssen effiziente und transparente Strukturen aufgebaut werden, denen es gelingt, eine Verfassung auszuarbeiten, Wahlen zu organisieren und vor allem gegenüber al-Gaddafi, seinen ehemaligen Getreuen und evtl. Familienangehörigen eine Gerichtsbarkeit zu etablieren. Hier wird sich zeigen, wie sehr die neue libysche Regierung darauf drängen wird, Gerichtsverfahren gegen Angeklagte des Gaddafi-Systems auf eigenem Boden umsetzen zu wollen und dies auch zu können. So liegen bislang Strafanzeigen u. a. gegen al-Gaddafi selbst und seinen Sohn Saif al-Islam vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vor. Hier bleibt abzuwarten, ob der NÜR im Falle einer Festnahme die Angeklagten überstellen würde.

In den sechs Monaten des Konflikts wurden erste Pläne und Visionen für den Aufbau eines rechtsstaatlichen, demokratischen Libyens formuliert, die nun in die Tat umgesetzt werden sollen. In Kooperation mit internationalen Partnern wie der EU, den UN, den USA, Kanada oder der Türkei wurde der Transformationsprozess zu einer Demokratie skizziert. So soll in 18 bis 20 Monaten der Übergang abgeschlossen sein. In dieser Zeit soll die Zahl der Mitglieder des NÜR auf 65 erweitert werden, um alle Landesteile, also auch Tripolitanien, zu integrieren. Nach acht Monaten soll der NÜR aufgelöst werden, nachdem er Wahlen für ein 200 Abgeordnete umfassendes provisorisches Parlament vorbereitet hat. Dieses soll innerhalb von 65 Tagen einen Ausschuss einberufen, der die neue Verfassung ausarbeiten soll, über welche dann durch ein Referendum abgestimmt werden wird. Erst dann soll ein reguläres Parlament gewählt werden, aus dem sich die neue Regierung zusammensetzen soll. Erste Pläne für die Ausgestaltung des politischen Systems wurden bereits formuliert: Libyen soll ein Mehrparteiensystem erhalten, die Gewaltenteilung soll implementiert und die Unabhängigkeit der Justiz garantiert werden. Die Gleichberechtigung der Frau soll

ebenso gewährleistet werden wie die freie Meinungsäußerung. Weiterhin sollen ethnische Minderheiten wie die Berber anerkannt werden. Ziel ist es, eine pluralistische Demokratie zu schaffen. Dass dies enorme Schwierigkeiten und viel Geduld verlangt, erscheint angesichts der fehlenden Tradition, der mangelnden Erfahrung und eines gewissen Zeitdrucks nicht überraschend: Parteien existieren ebenso wenig wie Gewerkschaften. Zivilgesellschaftliche Strukturen gab es bislang nicht, sodass es abzuwarten bleibt, wie all diese neuen Akteure rechtlich, administrativ und politisch in das neue System integriert werden können.

4. Der wirtschaftliche Öffnungs- und Liberalisierungsprozess:

Libyens Wirtschaft wurde durch den Konflikt stark beeinträchtigt und befindet sich in einer schweren Krise: Die für das Land überlebenswichtige Ölproduktion liegt danieder, es kam vermehrt zu Lebensmittelengpässen, Stromausfällen und vereinzelt Plünderungen. Nach Ende der Kampfhandlungen werden Tausende Kämpfer arbeitslos sein, brauchen eine Aufgabe und Perspektive. Diese akuten Probleme müssen gelöst werden, um eine dauerhafte Rezession zu vermeiden. Zusätzlich müssen die langfristigen strukturellen Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit, Liberalisierung und Diversifizierung der Wirtschaft, Stärkung der Privatwirtschaft, Wohnungsmangel, Verbesserung der Bildungssituation und infrastrukturelle Mängel behoben werden. Es wird darum gehen, die Öleinnahmen gerechter, transparenter und nachhaltiger zu verteilen, andere Industriezweige zu stärken und ausländische Investoren anzulocken. Dies gilt vor allem für die Energiesicherung: Viele Kraftwerke sind marode, der Energiebedarf steigt jährlich um 10%. So könnte sich hier mittelfristig eine Öffnung des Marktes für private Betreiber anbieten. Langfristig verfügt Libyen über enorme wirtschaftliche Potenziale: Die Nähe zu Europa, die geostrategisch günstige Lage und die Ressourcen schaffen gute Voraussetzungen für ausländische Investoren – wenn Geschäftsklima, rechtliche Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Transparenz bei Vergabeverfahren und Lizenzvergaben gesichert werden können. In den letzten Jahrzehnten hat sich in vie-

len Bereichen der Verwaltung eine Bestechungsmentalität etabliert, die es zu durchbrechen gilt. Dies wird nicht allein durch den Sturz al-Gaddafis geschehen, sondern muss durch pro-aktive Maßnahmen, wie Seminare, Lehrgänge oder härtere juristische Ahndung, schrittweise geändert werden. Auch das wird Zeit kosten. Aber der effektive Kampf gegen die Korruption könnte zu einem wesentlichen Indikator für die neue Rechtsstaatlichkeit werden. Dies würden ausländische politische und wirtschaftliche Partner honorieren. Neben dem Ölsektor könnte auch der Dienstleistungs-, Tourismus- oder Gesundheitssektor in Zukunft zu den Triebfedern der libyschen Wirtschaft gehören. Allerdings muss es für die neue libysche Regierung, ähnlich wie in den Transformationsländern Ägypten und Tunesien, oberste Priorität sein, Arbeitsplätze zu schaffen, um damit wirtschaftlich gerechtere Zustände und somit innenpolitische Stabilität herzustellen. Die Menschen werden eine „Revolutionsdividende“ erwarten – ähnliches kann man auch in Tunesien und Ägypten beobachten. Bleibt diese dauerhaft aus, wird das zu Unruhen und Verteilungskämpfen, zu Zwietracht und eventuell neuer Gewalt führen. Der NÜR muss dafür Sorge leisten, dass einerseits schrittweise der Weg in eine bessere wirtschaftliche Zukunft für alle Libyer zu erreichen ist, andererseits aufgrund der Schwere der Aufgabe darauf hinweisen, dass dies nicht sofort geschehen kann, sondern dafür Geduld und auch Leidenschaft vonnöten sein wird.

Hierzu dient die Freigabe von eingefrorenen Geldern auf ehemaligen Gaddafi-Konten in Europa oder den USA als wichtiges kurzfristiges Finanzierungsinstrumentarium. Insgesamt sollen etwa 150 Mrd. USD an Auslandsguthaben freigegeben werden; allein Deutschland verwaltet die Summe von 7,3 Mrd. EUR eingefrorener Gelder. Die EU möchte bis Ende 2013 7 Mrd. EUR für Wirtschaftshilfe, den Aufbau einer freien Presse, einer unabhängigen Justiz und einer Zivilgesellschaft zur Verfügung stellen. Aber: Libyen gilt keineswegs als Entwicklungsland, verfügt es doch aufgrund der Ölressourcen über

enormen finanziellen Spielraum. Um die Wirtschaft anzukurbeln, werden Verträge ehemaliger Partner al-Gaddafis aus dem Ausland in der Regel nicht annulliert, sondern nach gleichen Konditionen weitergeführt. Die Offshore-Ölproduktion könnte im Mittelmeer ebenso schnell wieder aufgenommen werden wie in der beschädigten Ölraffinerie az-Zawiya. Analysten prognostizieren eine Erholung der Ölproduktion auf 1,7 Mio. Barrel am Tag aber erst für 2012. Pessimistische Prognosen rechnen gar erst mit 2015. Allerdings könne die Ölförderung bis zum Ende 2011 wieder auf 600.000 Barrel am Tag steigen.²¹ Sicher ist: Libyen wird auch in Zukunft auf die wirtschaftliche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein. Dass diese sich ihrer Verantwortung nicht entziehen wird, deutete der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, auf der internationalen „Konferenz der Freunde Libyens“ am 1. September 2011 an: „As we subscribed to the ‘responsibility to protect’, we should similarly subscribe to the ‘responsibility to assist’ Libya in building itself. We were, we are and we will be on your side in facing these tremendous challenges.“²² Dem Terminus „Unterstützungsverantwortung“ kommt deswegen besondere Bedeutung zu, da alle Beteiligten betonen, die internationale Gemeinschaft dürfe Libyen keine Vorgehensweise aufoktroyieren oder bestimmte Maßnahmen vorschreiben. Der NÜR sei verantwortlich für die Zukunft des Landes; Einmischung von außen sei nicht vorgesehen und im höchsten Maße kontraproduktiv. So werde man nur dann helfen, wenn man gefragt werde. Damit soll der Eindruck vermieden werden, der Westen könne sich als postkolonialer Invasor gerieren, der nach den Ölressourcen strebt und die nachhaltige, demokratische Entwicklung nur als Vorwand benütze, um seine eigenen Wirtschaftsinteressen zu sichern. Auch hier zeigen sich Parallelen zu den Ereignissen im Irak, wo das Wohlwollen gegenüber der amerikanischen Besatzung schnell in Skepsis und offenen Hass umschlug. Der Generalverdacht: Die USA hätten nur einen Vorwand benötigt, um sich die Ölquellen des Landes anzueignen. Ähnliche Vorwürfe könnten auch in Li-

²¹ Zum Vergleich: Saudi-Arabien förderte im Juli 2011 9,75 Mio. Barrel am Tag, die Vereinigten Arabischen Emirate 2,54 Mio. Barrel am Tag und Algerien 1,25 Mio. Barrel am Tag.

²² Siehe European Council The President: Message by President Herman van Rompuy to the Paris Conference on Libya, 1. September 2011, www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/press-data/.../124490.pdf, abgerufen am 02.09.2011.

byen von Seiten anderer islamischer Ländern vorgebracht werden, wenn abzusehen ist, dass sich der Einfluss des Westens nicht allein auf vermittelnde oder unterstützende Maßnahmen beschränkt, sondern wirtschaftliche Eigeninteressen verfolgt werden. So führte das bislang nicht belegte Gerücht, Frankreich und Vertreter des NÜR hätten im Frühjahr ein Geheimabkommen geschlossen, für harsche Kritik. Darin soll der NÜR Frankreich angeblich 35% der libyschen Ölförderung versprechen, wenn Sarkozy im Gegenzug den Übergangsrat als legitimen Vertreter Libyens anerkenne. Diese Meldungen wurden umgehend dementiert, zeigen aber, wie sensibel und argwöhnisch das humanitäre Engagement des Westens in Libyen auch zukünftig beobachtet werden wird.

5. Die Akzeptanz regionaler Akteure:

Während in Europa und bei den USA der NÜR längst als legitimer Vertreter des libyschen Volkes gilt und als Transformator akzeptiert wird, mittlerweile auch das skeptische Russland ebenso wie die meisten arabischen Ländern den NÜR anerkennt, bleibt die Haltung vieler afrikanischer Regierungen ausgesprochen kühl und skeptisch. Viele zögerten mit der Anerkennung des NÜR, darunter auch die Afrikanische Union und Mitgliedsländer wie Südafrika. Insbesondere die südlichen direkten Nachbarn Niger und Tschad, aber auch andere subsaharische Länder wie Nigeria, Burkina Faso oder Mali betrachten die Umsturzereignisse in Libyen deutlich kritisch. Fast alle unterhielten enge Beziehungen zu al-Gaddafis Regime, immerhin erhielten sie von ihm langjährige finanzielle Unterstützung. So lieferte es Milliardensummen und Militärausrüstung an Länder wie Niger, den Tschad oder Burkina Faso und unterstützte Separatisten

wie z. B. den nigerischen Tuareg Rissa ag Boula, der zwischen 1990 und 1995²³ sowie 2007 und 2009 einen Sezessionsaufstand der Tuareg gegen die nigerische Regierung geführt hatte.²⁴ Die armen Länder Subsaharas sind weitgehend abhängig von ausländischen Hilfgeldern, sodass al-Gaddafis Leistungen vor allem von den jeweiligen korrupten und autoritären Regimes geschätzt wurden. Burkina Faso hingegen gilt als mögliches Aufnahmeland für al-Gaddafi, immerhin wurde ihm durch die Regierung Burkina Fasos Asyl angeboten. Libyen hatte unter al-Gaddafi viele Gastarbeiter aus den subsaharischen Anrainerstaaten vor allem als ungelernte Arbeitskräfte im Bausektor beschäftigt. Tausende von ihnen sind aufgrund der kriegesischen Auseinandersetzungen in ihre Heimatländer geflohen, sind arbeits- und perspektivlos, begehen Straftaten, um zu überleben und können von den jeweiligen Regierungen nicht versorgt werden, sodass sie als destabilisierender Faktor in den Heimatländern angesehen werden.²⁵ Ein Umstand, für den der Umsturz in Libyen und damit der NÜR verantwortlich gemacht wird. Al-Gaddafi hingegen hätte die Stabilität garantiert. Immerhin gewährleisteten die Gastarbeiter lebensnotwendige Rücküberweisungen an ihre Familien und generierten damit eine wesentliche Einnahmequelle der armen Heimatländer. So sollen nigerische Gastarbeiter jede Woche 217.000 USD an ihre Familien überwiesen haben.²⁶ Außerdem sollen viele Nigerer auf Seiten al-Gaddafis als Söldner gekämpft haben. Für den NÜR bedeuten die engen Verbindungen al-Gaddafis zu den Nachbarländern eine enorme Herausforderung, muss er doch bestrebt sein, vertrauensvolle Beziehungen zu ihnen aufzubauen, um zukünftig Grenzsicherheit, langfristige Stabilisierung und po-

²³ So führte er die Rebellengruppe *Front for the Liberation of Air and Azaouak*. Zwischen 1996 und 2004 war er Nigers Tourismusminister.

²⁴ Anfang September 2011 kamen Hinweise auf, nach denen ein Autokonvoi die libysch-nigerische Grenze überquert hatte. Die nigerische Regierung dementierte jedoch umgehend, dass sich al-Gaddafi in einem der Wagen befunden hätte. Rissa ag Boula soll hingegen den Konvoi begleitet haben.

²⁵ Allein aus Niger sollen seit Beginn der Unruhen im Februar 2011 knapp 70.000 Gastarbeiter in ihr Heimatland zurückgekehrt sein. Zu Beginn der Aufstände sollen bis zu 1.200 nigerische Staatsbürger die Grenze überquert haben.

²⁶ Ihr Lohn soll in Libyen zwischen 108 und 216 USD pro Monat betragen haben. Das BIP pro Kopf in Niger beläuft sich auf 700 USD, 63% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Mit einem Gini-Koeffizient von 43,9 hat Niger eine ungleiche Einkommensverteilung, das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 627 USD im Jahr. Damit gehört Niger zu den ärmsten Ländern der Welt. Der Tschad generiert ein Pro-Kopf-Einkommen von 1.500 USD im Jahr und belegt beim *Human Development Index* Rang 163 von 169. Über 80% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Ähnliches gilt für Burkina Faso: Das BIP pro Kopf liegt bei 1.200 USD, fast 80% der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Lebenserwartung beträgt nur 53 Jahre. Das Land liegt beim *Human Development Index* auf dem vorletzten Rang.

litischen Verhandlungsspielraum zu erlangen. Dies erscheint momentan eher schwierig. Darüber hinaus hat sich das Verhältnis zwischen Algerien und dem NÜR dramatisch verschlechtert. Konkreter Auslöser war die Aufnahme von al-Gaddafi's Ehefrau, seiner Tochter und dreier Söhne aus „humanitären Gründen“ durch die Regierung Bouteflikas. Bislang hat die algerische Regierung den NÜR auch nicht als legitime Vertretung Libyens akzeptiert. Die Beziehungen zwischen al-Gaddafi und Bouteflika waren traditionell eng, das algerische Regime verfolgt die Umwälzungsprozesse in den Nachbarländern mit großem Argwohn und versucht bislang, ähnliche Entwicklungen im eigenen Land zu unterbinden. In diesem Zusammenhang könnte auch das zukünftige Verhältnis zwischen Algerien und Libyen auf eher eisigem Niveau stagnieren. Dies hätte gravierende politische und wirtschaftliche Folgen und könnte die Stabilität des neuen Libyens gefährden.

6. Die Garantie von Sicherheit: Bislang scheint es, als sei der islamistische Einfluss im NÜR begrenzt, wenngleich ihm auch Repräsentanten der Muslimbrüder angehören. Eine starke islamistische Opposition hatte es unter al-Gaddafi nicht gegeben, da er politisch wie militärisch gegen sie vorgegangen war und viele Islamisten ins Exil getrieben hatte. Auch militante Islamisten mit Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk wurden von al-Gaddafi vehement verfolgt. Viele von ihnen mussten Libyen verlassen, kämpften in Afghanistan oder dem Irak oder wurden in Abu Salim inhaftiert und gefoltert. Allerdings lässt sich bislang noch nicht absehen, ob und inwieweit eine militant-islamistische Gefährdung für die neue libysche Regierung zu einer fundamentalen Bedrohung

werden könnte. Vieles hängt davon ab, wann und welche staatlichen Institutionen aufgebaut werden können, um Sicherheit, Kontrolle und Stabilität im gesamten Staatsgebiet zu gewährleisten. Die Erfahrungen im Irak oder Jemen zeigen, dass mangelnde oder fehlende staatliche Gewalt zu Rückzugsgebieten für militante nichtstaatliche Gewaltakteure führen kann. So gilt Jemen mittlerweile als „sicherer Hafen“ für militante Islamisten der Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP). Das Kontrollvakuum im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins hatte ebenso dazu geführt, dass der Irak zum Sammelbecken unzähliger militanter islamistischer Gruppen und Akteure wurde, was zu Anschlagsserien und vielen Todesopfern geführt hatte. Einer ähnlichen Entwicklung kann der NÜR vorbeugen, indem er schnell wirtschaftlich und politisch geordnete Zustände sichert. Hierfür wird er auf die Unterstützung seiner internationalen Partner angewiesen sein. Deutschland hat bereits betont, sich auf Anfrage u. a. bei der Unterstützung der Polizeiausbildung zu engagieren. Eine eventuelle militante Gefährdung hängt auch wesentlich vom zukünftigen Verhältnis Libyens zu seinen Nachbarn ab: Die unwirtlichen Grenzen zu den südlichen Nachbarn können kaum gesichert werden, die Kontrollmöglichkeiten sind gering und die Bereitschaft dieser Länder, den NÜR hierbei zu unterstützen, scheint bislang eher nicht vorhanden zu sein. Umso mehr wird es darauf ankommen, das Vertrauen zwischen neuer libyscher Regierung und den Nachbarn zu verbessern, sonst drohen nicht nur zwischenstaatliche Spannungen sondern auch die Gefahr durch militante Islamisten.

Sebastian Sons

VII. Literaturangaben

ALAAALDIN, RANJ: How Libya's tribes will decide Gaddafi's fate, *The Telegraph*, 4. März 2011, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/libya/8361279/Ho/>, abgerufen am 19.07.2011.

AL-JAZEERA

AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Beschluss 2011/137/ GASP des Rates vom 28. Februar 2011, 03.03.2011.

- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Durchführungsbeschluss 2011/156/GASP des Rates vom 10. März 2011, 11.03.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Durchführungsbeschluss 2011/175/GASP des Rates vom 21. März 2011, 22.03.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 272/2011 des Rates, 21. März 2011, 22.03.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Beschluss 2011/178/ GASP des Rates vom 23. März 2011, 24.03.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 360/2011 des Rates, 12. April 2011, 14.04.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Beschluss 2011/332/ GASP des Rates vom 07. Juni 2011, 08.06.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 502/2011 des Rates, 23. Mai 2011, 24.05.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Durchführungsbeschluss 2011/137/GASP des Rates vom 16. Juni 2011, 17.06.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Durchführungsverordnung (EU) Nr. 573/2011 des Rates, 16. Juni 2011, 17.06.2011.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION: Durchführungsbeschluss 2011/521/GASP des Rates vom 1. September 2011, 02.09.2011.
- AYOUB, M. M.: Islam and the Third Universal Theory. The Religious Thought of Mu'ammar al-Gadhdhafi, London 1987.
- BALDINETTI, ANNA: The origins of the Libyan nation: Colonial legacy, exile and the emergence of a new nation-state, London 2010.
- BENDIEK, ANNEGRET, LACHER, WOLFRAM: Libyen nach Qaddafi: Wenig Einfluss für Externe, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 29. Juni 2011.
- BENDIEK, ANNEGRET: Wie effektiv ist die Europäische Nachbarschaftspolitik? 16 Länder im Vergleich, *SWP-Studie*, Berlin, September 2008.
- CORDES, BONNIE: Qaddafi: Idealist and Revolutionary Philanthropist, RAND Cooperation, 1986.
- DUNNE, MICHAEL: Libya: Security Is Not Enough, *Policy Brief 32*, Carnegie Endowment, Oktober 2004.
- El-Kikhia, Mansour O.: Libya's Qaddafi: the politics of contradiction, Gainesville 1997.
- EUROPEAN NEIGHBOURHOOD AND PARTNERSHIP INSTRUMENT: Libya. Strategy Paper & National Indicative Programme 2011-2013.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG
- GULF TIMES
- HENDERSON, SIMON, SCHENKER, DAVID: 'The Last Bullet': Qadhafi and the Future of Libya, *Policy Watch #1761*, Washington Institute for Near East Policy, 22. Februar 2011.

HERMEZ, SAMI: Libya & the Folly of International Intervention, 2. März 2011, <http://www.muftah.org/?p=889>, abgerufen am 28.04.2011.

INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Popular Protest in North Africa and the Middle East (V): Making sense of Libya, Middle East/North Africa Report N°107, 6. Juni 2011.

KHALEEJ TIMES

KNIGHTS, MICHAEL: Beyond a No-Fly Zone: How to Protect Civilians in Libya, Washington Institute for Near East Policy, *Policy Watch* # 1783, 23. März 2011.

KOOIJ, C.: Islam in Qadhafi's Libya. Religion and Politics in a Developing Country, Amsterdam 1980.

LACHER, WOLFRAM: Libya After Ghaddafi. State Formation or State Collapse? *SWP Comments*, Berlin, März 2011.

LE MONDE

LORENZ, STEPHAN: Libysche Stämme im Ungleichgewicht, in: *Freie Presse*, 24. Februar 2011, S. 4.

MAJOR, CLAUDIA, MÖLLING, CHRISTIAN: Nur ja kein Militäreinsatz in Libyen, in: *Financial Times Deutschland*, 28. Februar 2011, S. 24.

MATTES, HANSPETER: Arabische Revolten: Der Sonderfall Libyen, 11. April 2011, http://www.hss.de/download/110406_RM_Mattes.pdf, abgerufen am 15.05.2011.

DERS.: Bilanz der libyschen Revolution. Drei Dekaden politischer Herrschaft Mu'ammars al-Qaddafis, *Wuquf-Kurzanalyse*, Nr. 11-12, Hamburg, September 2001.

DERS.: Libyen, in: Ende, Werner, Steinbach, Udo (Hrsg.): *Der Islam in der Gegenwart*, München 2005, S.468-467.

DERS. Libyens ambivalente Nutzung der Erdöleinnahmen, *Wuquf-Kurzanalyse*, Nr. 17, Hamburg, 15. Dezember 2006.

NEW YORK TIMES

NIBLOCK, TIM: "Pariah states" and sanctions in the Middle East: Iraq, Libya, Sudan, Boulder 2001.

OBEIDI, AMEL: Elitenstruktur in Libyen: Neue Institutionen und aufstrebende Eliten, in: Perthes, Volker (Hrsg.): *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, SWP-Studie, Berlin 2002, S. 65-77.

RICHTER, CAROLA: *Das Mediensystem in Libyen - Akteure und Entwicklungen*, Hamburg 2004.

SCARCIA AMORETTI, B.: Libyan Loneliness in Facing the World: the Challenge of Islam? In: Dawisha, A. (Hrsg.): *Islam in Foreign Policy*, Cambridge 1983, S.54-67.

SOLIMAN, ISHRA: Denied Existence: Libyan-Berbers under Gaddafi and Hope for the Current Revolution, 24. März 2011, <http://www.muftah.org/?p=961>, abgerufen am 28.04.2011.

ST. JOHN, RONALD BRUCE: *Libya and the United States: two centuries of strife*, Philadelphia 2002.

THE WASHINGTON POST

UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL: Resolution 1973 (2011), 17. März 2011.

VIRA, VARUN, CORDESMAN, ANTHONY H.: The Libyan Uprising. An Uncertain Trajectory, Center for Strategic and International Studies, Washington, 20. Juni 2011.

WERENFELS, ISABEL: Contradictory Signals from Libya, in: *Mediterranean Politics* 2008, S. 190-193.

DIES.: Gaddafis Libyen. Endlos stabil und reformresistent? *SWP-Studie*, Berlin, März 2008.

DIES.: Wie umgehen mit dem "neuen Gaddafi"? *SWP-Aktuell*, Berlin, Oktober 2004.

WHITE, JEFFREY: Libya: The Battle for the West, Washington Institute for Near East Policy, *Policy Watch # 1805*, 5. Mai 2011.

DERS.: Libyan Revolution Faces Defeat without External Military Intervention, *Policy Watch # 1779*, The Washington Institute for Near East Policy, 17. März 2011.

DERS.: The Grinding War in Libya Favors Qadhafi, *Policy Watch # 1801*, The Washington Institute for Near East Policy, 21. April 2011.

DERS.: Toward the Endgame in Libya, *Policy Watch # 1817*, Washington Institute for Near East Policy, 17. Juni 2011.

VANDEWALLE, DIRK J.: A history of modern Libya, Cambridge 2006.

WINDFUHR, VOLKHARD, ZAND, BERNHARD: „Die Schweiz ist eine Mafia“ – Interview mit Muammar Gaddafi, in: *DER SPIEGEL* 18/2010, S. 98-102.

ZIADEH, N. A.: Sanusiyah. A Study of Revivalist Movement in Islam, Leiden 1968.

Landesdaten Algerien

Fläche ¹	2011	2.381.741 km ²
Bevölkerung ²	2011	35.400.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	12,3
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber-Berber 99%, andere 1%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	sunnitische Muslime 99%, Christen und Juden 1%
Durchschnittsalter ⁶	2010	27,6 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	24,2%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	5,2%
Lebenserwartung ⁹	2010	72,9 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2011	49.600.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	2,3
Alphabetisierungsrate	2010	69,9%
Mobiltelefone ¹²	2009	32.730.000
Nutzer Internet ¹³	2009	4.700.000
Nutzer Facebook ¹⁴	2011	2.293.560
Wachstum BIP ¹⁵	2008	3,0%
BIP pro Kopf ¹⁶	2010	8.477 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁷	2010	10,0%
Inflation ¹⁸	2011	5,0%
S&P-Rating ¹⁹	2011	k. A.
Human Development Index ²⁰	2010	Rang 84 (von 169)
Bildungsniveau ²¹	2010	Rang 105 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²²	2010	36,3%
Politische Teilhabe ²³	2010	17,5%
Korruptionsindex ²⁴	2010	Rang 105 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ The World Bank, <http://www.data.worldbank.org/indicator/EN.POP.DNST>.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁶ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁷ CIA – The World Factbook.

¹⁸ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁹ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²³ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁴ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Algerien

Anfang 2011 richtete sich die internationale Aufmerksamkeit auf Algerien: Inspiriert durch die Proteste im benachbarten Tunesien lieferten sich in vielen größeren Städten Jugendliche und Sicherheitskräfte tagelang Straßenschlachten. Auslöser war die allgemeine soziale Unzufriedenheit aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Perspektivlosigkeit vor allem in der jungen Bevölkerung. Doch Aufstände sind in Algerien seit Jahren an der Tagesordnung. Die in viele kleine Gruppen zersplitterte Opposition konnte durch soziale Zustände schnell zerschlagen werden. Bis zum Sommer blieb es ruhig in Algerien. Mit der Aufnahme eines Teils der Familie des verbündeten Gaddafi-Regimes Ende August nahm der Unmut über das algerische Regime nun wieder zu.¹

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Die Grundkonstanten des Machtgefüges sind in Algerien seit Erlangung der Unabhängigkeit 1962 unverändert: Die politische Macht liegt weiterhin beim Militär. Die Machtelite, die eng mit dem staatlichen Petro-Konzern *Sonatrach* verbunden ist, setzt sich aus regional verwurzelten Clans zusammen, die zumeist aus dem Ostteil des Landes stammen. Die Teilnahme am Befreiungskampf 1954 bis 1962 sowie eine militärische Laufbahn dienen zum Aufbau von Beziehungsnetzwerken und als Legitimation für spätere Führungsansprüche.

Nach der Unabhängigkeit zeigte sich, dass das Militär die stärkste Institution des Landes war. Fortan herrschte in Algerien ein autoritäres Regime, das jegliche Opposition unterdrückte. Es kam immer wieder auch zu internen Machtkämpfen zwischen den einzelnen Clans und Rivalitäten sowie schwierigen Aushandlungsprozessen zwischen der Armee

und dem amtierenden Präsidenten. So gilt das Regime in Algerien als multipolar und undurchsichtig, der Parlamentarismus verschleiert die wahren Machtverhältnisse. Die Machteliten räumten sich selbst umfassende Privilegien ein, bereicherten sich und hielten ihre Macht fest umklammert.

Der Großteil der Bevölkerung profitierte derweil weder vom Wohlstand durch den Erdöl- und Erdgasexport, noch durch die eingeführten marktwirtschaftlichen Reformen. Im Gegenteil: Die wachsenden sozialen Unruhen in den 1980er Jahren, hervorgerufen durch steigende Lebensmittelpreise, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit, führten 1988 zu landesweiten Protesten. Als Ausweg aus der Krise beschloss der damalige Staatspräsident Bendjedid, eine politische Öffnung einzuleiten. Die neue Verfassung öffnete den Weg zu einem Mehrparteiensystem, es kam zur Gründung zahlreicher neuer Parteien, die Medienlandschaft wuchs, die Zivilgesellschaft trat stärker in den Vordergrund.

Als sich jedoch bei den Wahlen 1992 ein Sieg der Islamistischen Nationalen Befreiungsfront (FIS) abzeichnete, wurden die Wahlen abgebrochen. Die FIS wurde verboten, Anhänger inhaftiert. 1992 gründete sich die sunnitisch geprägte Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) als ursprünglich militärischer Arm der FIS. Sie verfolgte den Sturz des algerischen Staatssystems und die vollständige Islamisierung der algerischen Gesellschaft. Mittlerweile hat die GIA deutlich an Bedeutung verloren und gilt manchen Beobachtern als zerschlagen. Die innere Struktur der GIA war stets sehr heterogen und intransparent: Bereits kurz nach der Gründung agierten einige Mitglieder der GIA autonom und verfolgten konträre Zielsetzungen gegenüber der FIS. Ihre fehlende Dialogbereitschaft, ihre radikale Ideologie und das gewaltbereite Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung führten in der Folge zu einem Legitimitätsverlust in weiten Teilen der Bevölkerung. Einzelne GIA-Mitglie-

¹ Ende August verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Algerien und Libyen deutlich. Grund war die Einreise einzelner Mitglieder des Gaddafi-Clans in das Nachbarland. Das algerische Regime betonte, dass diese Entscheidung aus rein humanitären Gründen getroffen worden war. Am Tag zuvor kam es in Algerien zu einem Bombenanschlag auf eine Militärakademie. Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) hatte sich aus Strafe für die Unterstützung des Gaddafi-Regimes zu dem Anschlag bekannt. Das algerische Regime hatte sich zuvor geweigert, die Übergangsregierung in Libyen anzuerkennen. Ebenso wurde berichtet, dass Algerien noch vor wenigen Wochen Waffen und Söldner an Gaddafi geschickt hatte. Der Sturz des Gaddafi-Regimes scheint Algerien überrascht zu haben. Algerien ist nun *de facto* das einzig verbliebene autokratische Regime in Nordafrika. Die Aufnahme der Gaddafi-Familie zeigt die ungebrochene Verbundenheit mit Gaddafi und sendet eine klare Botschaft an alle Sympathisanten der Revolutionäre. Während ganz Nordafrika von politischen Umbrüchen erfasst wird, unterdrückt das algerische Regime weiterhin mit allen Mitteln jegliche Demokratisierungsbewegung mit harter Hand. Damit isoliert sich Algerien zunehmend. Unter algerischen Oppositionellen hat die Aufnahme des Gaddafi-Clans für Empörung gesorgt, sie ist bis jetzt jedoch ohne Konsequenzen geblieben.

der wandten sich einer während des Bürgerkrieges neu entstandenen Gruppierung zu. Die Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) wurde 1998 gegründet und nannte sich 2006/2007 in Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) um.

Auch wenn sich die Sicherheitslage seit Ende der 1990er Jahre stabilisiert hat, werden heute immer noch gewaltsame Übergriffe auf die einheimische Bevölkerung und Touristen, insbesondere im Grenzgebiet zu Tunesien und in den peripheren Saharagebieten, verübt. Terroristische Aktionen der AQIM richten sich teilweise auch gegen Regierungs- und Sicherheitsinstitutionen in den urbanen Zentren. Der zehnjährige Bürgerkrieg zwischen verschiedenen islamistischen Gruppen und den algerischen Sicherheitskräften forderte bis zu 200.000 Todesopfer und tausende Verschwundene. Dabei wurden von allen Seiten schwere Menschenrechtsverletzungen begangen.

Die Islamisten hatten in den 1980er Jahren wachsenden Zuspruch aufgrund der allgemeinen sozialen Unzufriedenheit erlangt. Die Ursachen des Bürgerkrieges sind jedoch nicht ideologischer Natur, sondern liegen in den politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnissen, darunter:

- die politische Unterdrückung der Opposition durch das autoritäre und selbstherrliche Regime;
- die kulturelle Unterdrückung der berberischen Bevölkerung und die Instrumentalisierung des Araber-Berber-Konflikts²;
- das wirtschaftliche Versagen der Regierung, die Abhängigkeit vom Öl und Gas zu lockern, die Wirtschaft zu diversifizieren und genügend neue Arbeitsplätze für die stetig wachsende

Bevölkerung zu schaffen³;

- das Staatsmonopol;
- der vorherrschende Klientelismus;
- die Korruption⁴

Der Wahlabbruch 1992 lässt sich unter diesem Gesichtspunkt als bewusste Blockade des Demokratisierungsprozesses und als Mittel zur Machterhaltung der Elite verstehen. Die EU und insbesondere Frankreich, das Algerien über 130 Jahre lang kolonisiert hatte, unterstützten das algerische Regime gegen die islamistischen Gruppen aus geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen. Der Bürgerkrieg endete mit der Kapitulation der FIS 2002 und der „Charta für Frieden und nationale Versöhnung“ 2005, die eine Generalamnestie für alle Sicherheitskräfte, Milizen und bewaffnete Gruppen festlegte. Das Trauma des Bürgerkrieges, nach dem Unabhängigkeitskrieg 1954-1962 der zweite blutige Konflikt innerhalb weniger Jahrzehnte, prägt die algerische Bevölkerung aufgrund einer tabuisierten öffentlichen Vergangenheitsbewältigung bis heute. So bleiben die Ursachen des Bürgerkrieges bis heute ungelöst.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

In Algerien kommt es seit 2001 permanent zu lokalen Aufständen. Wöchentlich stattfindende Demonstrationen setzen sich für soziale Belange ein, vor allem wird gegen die Arbeitslosigkeit und den Wohnungsmangel demonstriert. Für das Jahr 2010 wurden insgesamt etwa 10.000 lokale Aufstände gezählt, bei denen meistens öffentliche Gebäude besetzt werden.

In der algerischen Gesellschaft herrscht weiterhin eine allgemeine soziale Unzufriedenheit. Die Arbeitslosigkeit wird auf inoffiziell 40% geschätzt. 70% der Algerier sind unter

² Die Berber sind eine heterogene Volksgruppe, die in ganz Nordafrika zu finden ist. In Algerien sind etwa 30% der Bevölkerung berberophon. Die Kabylen bilden die größte Gruppe unter ihnen, gefolgt von den Chaouis. Die Kabylei zählt zu den ärmsten Gebieten in Algerien. Seit dem „Berber-Frühling“ im Jahr 1980, als die Unruhen in der Kabylei von den algerischen Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen wurden, kam es immer wieder zu Demonstrationen und Zusammenstößen zwischen der einheimischen Bevölkerung und der Zentralregierung, vor allem wegen der Nichtanerkennung des Kabyliischen als Amtssprache.

³ Die Unzufriedenheit über die deutliche Asymmetrie zwischen gesamtwirtschaftlicher wachstumszentrierter Entwicklung und mikroökonomischen menschlichen Entwicklungen war neben der Forderung nach größeren politischen Freiheiten der wesentlichste Konfliktpunkt der Protestbewegungen in den arabischen Staaten zu Beginn dieses Jahres. Denn Ressourcenreichtum und hohe Wachstumsraten aufgrund struktureller Anpassungsprogramme hatten keinen positiven Einfluss auf die Arbeitsmarktentwicklung. 60% der algerischen Bevölkerung soll im informellen Sektor beschäftigt sein. Die politische Elite bildet in Algerien gleichzeitig auch die Wirtschaftselite und bereicherte sich ungehindert an den vorhandenen Ressourcen. Die wachsende soziale Ungleichheit zeigt sich auch an folgendem Widerspruch: Algeriens Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug 2010 8.477 Dollar, damit liegt das Land vor China und Indien. Gleichzeitig liegt der Anteil der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, seit Jahren auf einem konstant hohen Bereich, in Algerien zwischen 23 und 30%.

⁴ Der Korruptionsindex von 2010 listet Algerien auf Rang 105 von 178 Ländern weltweit.

30 Jahre alt und die Hälfte von ihnen ist arbeitslos. Es herrschen große Einkommensdisparitäten zwischen der Elite und der Mehrheit der Bevölkerung. Die Bevölkerungsverteilung Algeriens ist sehr ungleich: 96% der Einwohner leben im Norden auf einem Fünftel der Staatsfläche. Über die Hälfte, Tendenz steigend, wohnen bereits in Städten, die hauptsächlich im Küstenbereich liegen. Die hohe Auswanderungsquote ist hauptsächlich auf die fehlenden Arbeitsmöglichkeiten und den wachsenden Bevölkerungsdruck zurück zu führen. Schätzungsweise 2,3 Mio. Algerier leben im Ausland, davon über 1,5 Mio. in Frankreich.

Ein weiteres Problem ist die katastrophale Wohnsituation besonders in den Großstädten, die durch die stetig wachsende Bevölkerung zunimmt⁵. Dies beeinträchtigt vor allem die junge Generation, der es kaum möglich ist, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Auch die kommunalen Dienstleistungen, insbesondere die Wasserversorgung, sind mehr als mangelhaft.

Den Protesten fehlt die gesellschaftliche Mitte, die seit dem Bürgerkrieg geschwächt ist. Durch den jahrelangen Krieg konnte sich auch keine funktionierende Zivilgesellschaft entwickeln. Aufgrund des in den 1980er Jahren gescheiterten Versuchs des Pluralismus herrscht heute ein tiefes Misstrauen gegenüber der Politik, die Jugendgeneration ist durch die Korruption von politischem Desinteresse geprägt. Die politischen Parteien sind daher unbeliebt, aufgrund der Repressionen des Regimes sind die politischen Parteien schwach entwickelt und untereinander zersplittert. Die Unzufriedenheit der Algerier mit der politischen Klasse äußert sich auch in äußerst niedrigen Wahlbeteiligungen: Bei den Parlamentswahlen 2002 lag diese bei 46%, im Jahr 2007 sogar nur bei 35,5%.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Die lokalen Aufstände in den größeren Städten Algeriens haben durch die Ereignisse in Tunesien und Ägypten neuen Antrieb bekommen. Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Muhammad Bouazizi gilt als Initialzündung für den großen Januaraufstand zum „Sturz des Systems“. Die Revolutionen in den Nachbarländern riefen weitgehende Begeisterung in der algerischen Bevölkerung

hervor. Bereits im Mai 2010 erfasste eine allgemeine Streikwelle das Land. Anfang Dezember versuchten über 200 Jugendliche, auf dem Seeweg nach Spanien überzusetzen. Ebenfalls im Dezember kam es zu Unruhen in der Bevölkerung, als die Polizei mit der Räumung der informellen Märkte, auf denen 60% der Waren verkauft werden sollen, begann. Eine nahende Brotkrise wurde angekündigt. Anfang Januar stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel wie Zucker und Speiseöl um 20% an. Nun erhoben sich große Bevölkerungsteile im Norden des Landes. Manche forderten die Entpolitisierung des Militärs, andere beklagten die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen. Viele hatten ihre Angst vor erneutem Blutvergießen verloren. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen und Plünderungen. Die junge Generation mobilisierte sich über soziale Netzwerke, Studentenproteste bildeten eine treibende Kraft. Seit Jahren sind die Studenten aufgebracht über die miserablen Studienbedingungen, die fehlende berufliche Perspektive und die Bevorzugung der frankophon ausgebildeten Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) bot den Demonstranten per Videobotschaft ihre Unterstützung zum Sturz der algerischen Regierung an. AQIM-Führer Abu Musab Abdul Wadud stellte militärische Hilfe und Ausbildung in Aussicht.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Im Januar bildete sich schließlich die CNCD (*Coordination Nationale pour le Changement et la Démocratie*), eine Koalition oppositioneller Gruppen und der Menschenrechtsliga. Streiks, Sit-Ins und Demonstrationen fanden seither in wöchentlichem Rhythmus statt: Arbeiter demonstrierten gegen die Hungerlöhne, Arbeitslose fordern ihre sozialen Rechte ein, Lehrer und Lehrerinnen beklagten die Unmenschlichkeit ihrer Arbeitsverträge. Familien der Opfer des Terrorismus und ehemalige Strafgefangene aus der Zeit des Bürgerkrieges forderten Entschädigung. Mehrere Fälle von Selbstverbrennungen wurden berichtet. Diese fanden meist vor Regierungsgebäuden statt. Gemeindepolizisten prangerten den Tod tausender Kollegen an, die im Kampf gegen Islamisten ums Leben kamen. Die Sicherheitskräfte versuchten mit Gewalt, die Aufstände niederzuschlagen, Tausende wurden verhaftet.

⁵ Die Bevölkerung beträgt 2011 35,4 Mio. und wird bis 2030 voraussichtlich auf 49,6 Mio ansteigen.

Infolgedessen kam es zur Bildung zahlreicher neuer Vereinigungen von Interessensgruppen. Die große Schwäche der Protestbewegungen bleibt dennoch bislang, dass die Oppositionsgruppen nach wie vor getrennt voneinander agieren, so dass sich keine geeinte landesweite Protestbewegung etablieren konnte. Die Demonstranten eint weder die Zugehörigkeit zu einer einzelnen Partei, noch ein gemeinsames Schlagwort. Vielmehr ist es das Gefühl der Erniedrigung durch die wirtschaftlichen Missstände und die beschränkten Partizipationsmöglichkeiten, das die junge Bevölkerung mobilisiert.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Auf Druck der zahlreichen Proteste reagierte das Regime mit einer Mischung aus Zugeständnissen und Repressionen, um den sozialen Frieden „zu erkaufen“. Zunächst wurde am 24. Februar 2011 der Ausnahmezustand, der seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges 1992 galt, überraschend aufgehoben. Dennoch blieben Demonstrationen und Versammlungen weiterhin aus Sicherheitsbedenken verboten, ein neues Anti-Terror-Gesetz wurde proklamiert. Am 15. April kündigte Präsident Bouteflika⁶ eine Reform der Verfassung und eine politische Öffnung an. Er versprach die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Zulassung aller politischen Parteien zum staatlichen Fernsehen und Radio. In seiner Rede schürte er bewusst die Angst vor dem Ausbruch eines neuen blutigen Konflikts und beschwor die Einheit und Stärke der algerischen Nation. Die geringfügigen Veränderungen im Verfassungstext machten jedoch wenig Mut auf eine grundlegende Veränderung des politischen Systems.

Um die Proteste zu mildern, wurde zeitweilig der Zugang zu Internetseiten wie *Facebook* und *Twitter*, auf denen zu landesweiten Protesten aufgerufen wurde, beschränkt. Es folgte eine Offensive der sozialen Zugeständnisse: Die Regierung stellte im Januar und

Februar 20 Mrd. EUR für Sozialmaßnahmen zur Verfügung. Den Preissteigerungen bei Lebensmitteln entgegnete man mit der Vergabe von gewaltigen Geldmitteln, im Jahr 2011 sollen insgesamt 2,2 Mrd. EUR für Subventionen bereitgestellt werden. Dies bedeutet eine Steigerung im Budget um 25%. Das Maßnahmenpaket wird jedoch die Probleme nur kurzfristig mildern, nicht aber die Ursachen der sozialen und wirtschaftlichen Missstände lösen können.

VI. Zukunftsszenarien

Trotz wöchentlich stattfindender Kundgebungen ist es in Algerien bis jetzt nicht zu einer breiten Mobilisierung gekommen. Zum einen hängt dies damit zusammen, dass die Opposition in viele kleine Gruppen zersplittert ist. Bereits die Aufhebung des Notstands rief geteilte Reaktionen und unterschiedliche Vorgehensweisen unter den Protestgruppen hervor. Die Arbeit der politischen Parteien wird von der Bevölkerung mit Misstrauen beobachtet, sie bieten für viele keine Alternative zum bestehenden System. Zu tief sitzen die Wunden des gescheiterten Demokratisierungsprozesses zu Beginn der 1990er Jahre und die Angst vor gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Islamisten haben ihre politische Legitimität längst verloren und an Mobilisierungskraft eingebüßt.

Doch der Bevölkerung liegt an einer grundsätzlichen Veränderung des korrupten, autoritären und elitären Systems. In Algerien gibt es keine zentrale Machtfigur, die Absetzung des Präsidenten Bouteflika würde das Machtgefüge nicht verändern. Das Militär, das faktisch im Hintergrund die eigentlichen Entscheidungen trifft und den Präsidenten und alle Regierungsentscheidungen beeinflusst, würde vermutlich einen neuen Präsidentschaftskandidaten aus ihren Reihen vorstellen. Einen generellen Systemwechsel in Richtung Demokratie, wie es die Opposition fordert, wäre nur möglich, wenn das Militär

⁶ Abdelaziz Bouteflika, 1937 in Oujda/ Marokko geboren, schloss sich 1956 der algerischen Befreiungsbewegung *Front de Libération Nationale* (FLN) an. 1962-1963 war er Minister für Jugend, Sport und Tourismus und von 1963-1979 Außenminister. In den 1980er Jahren lebte er zeitweise im Ausland; seit 1999 ist er Staatspräsident Algeriens (2004 und 2009 wiedergewählt). Eine Verfassungsänderung von 2008 ermöglichte dem Präsidenten eine umstrittene dritte Amtszeit. Seine Nationale Befreiungsfront (FLN) führt Algeriens Regierung seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1962 ohne Unterbrechung an. Anfangs wurde Bouteflika vom Militär gestützt, später begann er sich zu distanzieren. Mit einem erfolgreichen Referendum zur nationalen Versöhnung 2005 wurde den Aufständischen im Gegenzug für eine Niederlegung der Waffen eine Amnestie gewährt. Auch den AQIM-Kämpfern, die immer wieder Anschläge ausführen, hat Bouteflika eine Amnestie angeboten. Der Sicherung der algerischen Unabhängigkeit begegnet er mit vorsichtigen Reformen und einer wirtschaftlichen Öffnung. Doch die Öleinnahmen kommen bei der breiten Masse nicht an.

entpolitisiert würde.

Dies erscheint zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich, da Algerien aufgrund seiner hohen Ressourcenvorkommen und der Nähe zu Europa international immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Wirtschaft verzeichnet weiterhin hohe Exportraten, 2011 wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 3,7% aufgrund der hohen Erdöl- und Erdgaspreise wachsen. Der Handel verzeichnete im ersten Halbjahr 2011 ein Plus von 25% im Vergleich zum Vorjahr. Bedeutendster Handelspartner ist und bleibt Frankreich, es folgen die USA und die Länder der Europäischen Union, die wie damals im Bürgerkrieg das algerische Regime aufgrund von wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen unterstützen. Doch der Einfluss dieser Staaten ist nicht zu unterschätzen: Durch die Abhängigkeit der algerischen Wirtschaft vom Ausland wären sie am ehesten in der Lage, Druck auszuüben und den politischen Liberalisierungsprozess zu fördern. Das Regime hat es bis jetzt geschickt verstanden, die Bevölkerung mit einer Balance aus Repression und Öffnung ruhig zu stellen und den sozialen Frieden „zu erkaufen“. Hierzu zählten auch in der Vergangenheit die Integration einzelner Oppositionsmitglieder in die eigenen Reihen sowie die Vereinnahmung der „Ressource Islam“ für das eigene politische Programm. Die weitere Entwicklung in Algerien und der Erfolg der alltäglichen Proteste sind auch von den Entwicklungen in den Nachbarländern abhängig. Eine erfolgreiche demokratische

Umwandlung in Tunesien oder ein Voranschreiten demokratischer Reformen in Marokko könnte, ähnlich wie nach der Selbstverbrennung von Bouazizi, große Signalwirkung ausüben. Auch der Sturz Muammar al-Gaddafis wird Auswirkungen auf Algerien haben. Sollte es gelingen, die Opposition zu einen, könnte die Stärke dieser Proteste das Regime zum Handeln zwingen. Wie bereits erwähnt, ist zusätzlicher Druck aus der EU dringend notwendig. Ein Systemwandel und eine Entmachtung des Militärs scheint zum jetzigen Zeitpunkt mehr als unwahrscheinlich, doch die Revolutionen in Tunesien und Ägypten, trotz unterschiedlicher Ausgangslage, haben alle überrascht und geben Anlass zur Hoffnung. So gibt es auch Positives zu berichten: Der „Arabische Frühling“ führte in Algerien dazu, dass der seit 1992 geltende Notstand aufgehoben wurde. Dies allein ist als große Errungenschaft zu werten. Dazu bildete sich ein neues Netzwerk aus Vereinigungen und Interessensgruppen, die Zivilgesellschaft entwickelt sich. Vor allem bieten auch in Algerien die sozialen Netzwerke eine Plattform für den Austausch zwischen der sehr jungen Bevölkerung. Politische Themen und Missstände werden offener diskutiert, die Bevölkerung schien in den letzten Monaten nicht allzu sehr von Angst gezeichnet zu sein. Eine neue Dynamik hat sich entwickelt, auch wenn sie noch durch die Unvereinbarkeit der zahlreichen Protestgruppen gebremst wird.

Samira Akrach

VII. Literaturangaben

BELAKHDAR, NAOUAL: Eine Analyse der gescheiterten Protestbewegung in Algerien 2011, in: Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients (Hrsg.): Proteste, Revolutionen, Transformationen- die Arabische Welt im Umbruch, Berlin 2011, S. 82-91.

DIETRICH, HELMUT: Algerien. Nach dem Aufstand ist vor dem Aufstand, in: Nordhausen, Frank und Thomas Schmid (Hrsg.): Die arabische Revolution, Berlin 2011, S. 63-77.

EL WATAN

EVANS, MARTIN: Algeria's Place in the 2011 Arab Revolutions, <http://globalconversation.org/2011/03/02/algerian-specificities-algerias-place-2011-arab-revolution-prof-martin-evans>, abgerufen am 08.07.2011.

HASEL, THOMAS: Machtkonflikt in Algerien, Berlin 2002.

KNIPPERS, ALEXANDER: Algerien. Im Schatten der Revolution, Friedrich-Naumann-Stiftung.

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG: Parlamentswahlen in Algerien: Die Bürger bleiben lieber zu Hause, <http://www.kas.de/maghreb/de/publications/10976/>, abgerufen am 25.07.2011.

LE MONDE

LE QUOTIDIEN D'ORAN

LEBOVICH, ANDREW: Will February 12 bring revolution to Algeria?,

http://www.mideast.foreignpolicy.com/posts/2011/02/09/will_february_12_mark_a_revolution_in_algeria, abgerufen am 08.07.2011.

LUDWIG, GEORG: Militär, Islamismus und Demokratie in Algerien (1978 bis 1995), Wiesbaden 1998.

MAKEDHI, MADJID: Réformes politiques de Bouteflika: une reproduction des expériences du passé, *El Watan*, <http://www.politiquementautrement.wordpress.com/2011/06/27/reformes-politiques-de-bouteflika-une-reproduction-des-experiences-du-passe/>, abgerufen am 08.07.2011.

SCHUMACHER, TOBIAS: Wohlstand für wenige. Die arabische Welt fordert mehr Partizipation und soziale Gerechtigkeit, in: *Internationale Politik*, Nr. 2/2011, S. 30-35.

SIKA, NADINE: The Arab Uprisings & The Rise of Secularism, <http://www.muftah.org/?p=938>, abgerufen am 08.07.2011.

Landesdaten Marokko

Fläche ¹	2011	446.550 km ²
Bevölkerung ²	2010	32.400.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	73
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber/ Berber 99,1%, andere 0,7%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime 98,7%, Christen 1,1%, Juden 0,2%
Durchschnittsalter ⁶	2010	26,9 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	27,8%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	6,1%
Lebenserwartung ⁹	2010	71,8 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	42.600.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	2,3
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	52,3%
Nutzer Mobiltelefone ¹³	2009	25.311.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	13.213.000
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	3.596.320
Wachstum BIP ¹⁶	2010	3,3%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	4.638 USD
Arbeitslosigkeit in Prozent ¹⁸	2010	9,1%
Inflation ¹⁹	2011	2,9%
S&P-Rating ²⁰	2011	BBB-
Human Development Index ²¹	2010	Rang 114 (von 169)
Bildungsniveau ²²	2010	Rang 139 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²³	2010	20,1%
Politische Teilhabe ²⁴	2009	26,5%
Korruptionsindex ²⁵	2010	Rang 85 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ The World Bank, Population Density, <http://www.data.worldbank.org/country/morocco>.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ CIA – The World Factbook.

⁸ CIA – The World Factbook.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ CIA – The World Factbook.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁶ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>; International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁷ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁸ CIA – The World Factbook.

¹⁹ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

²⁰ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends>.

²³ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁴ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁵ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Marokko

An Marokko sind die politischen Umbrüche der Region nicht folgenlos vorüber gegangen. Dennoch ist der so genannte „Dominoeffekt“ bisher nicht eingetreten, das marokkanische Volk steht fest hinter seinem König, obwohl in Marokko ähnliche wirtschaftliche und politische Defizite wie in den Transformationsländern Ägypten und Tunesien existieren: Hohe Jugendarbeitslosigkeit, Klientelismus sowie Einschränkungen bei Demokratie und Menschenrechten. Doch als sich im Februar 2011 Jugendliche, Menschenrechtsbewegungen und Islamisten zu Protestkundgebungen in den größeren Städten versammelten, reagierte der König sofort und kündigte eine Verfassungsreform an, die das Königreich in eine konstitutionelle Monarchie umwandeln soll. Die Ernsthaftigkeit der demokratischen Öffnung muss jedoch bezweifelt werden: Die Analyse soll zeigen, dass die Verfassungsreform von 2011 den politischen Kurs der Monarchie als ein Wechselspiel zwischen Liberalisierung und Totalitarismus weiter fortführt und an den zentralen Machtbefugnissen des Königs derweil wenig verändert.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Seit dem 17. Jahrhundert wird Marokko von der Dynastie der Alawiden regiert. 1912 wurde Marokko zur französischen Kolonie erklärt. Der Sultan fungierte als offizielles Oberhaupt des Landes, wenngleich die politischen Entscheidungen von der französischen Kolonialverwaltung getroffen wurden. 1956 wurde Marokko von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen unter der Bedingung, den Staat in eine konstitutionelle Monarchie umzuwandeln. Die Anfänge der nationalen Befreiungsbewegung wurden durch Parteien und Vereine gelegt, Sultan Muhammad V. unterstützte die Unabhängigkeitsbewegung erst ab den 1950er Jahren. Die Parteien und Vereine erkannten damals die Mobilisierungskraft in der Figur des Sultans. So inszenierte sich der Sultan als Märtyrer für den Befreiungskampf

und wurde zur Leitfigur des Widerstands. Den Nationalisten war es derweil nicht gelungen, ihre Macht zu festigen.

1957 nahm Muhammad V. den Königstitel an. Vier Jahre später bestieg Hassan II. nach dem Tod seines Vaters den Thron. Trotz des in der Verfassung verankerten konstitutionellen Charakters der Monarchie regiert der König *de facto* absolut. Er ist das politische und religiöse Oberhaupt des Landes und Befehlshaber über die Armee, fungiert als Identitätsstifter und gilt für die Mehrheit der Bevölkerung als Garant für Stabilität und Einheit des Landes. Kritik an der Monarchie führt bis heute zu Verhaftungen, Repressionen und Zensur. In Marokko gilt der Dreiklang „Gott-Vaterland-König“, d.h. diese drei Pfeiler des Staates sind unveränderbar und heilig. Die Legitimität der Herrschaft des Königs gilt als nicht verhandelbar und stützt sich auf die traditionelle Zeremonie der *bay'a*, eine Art freiwilliger islamischer Treueid, der dem Rezipienten göttliche Autorität verleiht und ihn lebenslang an diesen Eid bindet. Neben der sakralen Rolle¹ als *Amir al-mu'minin* („Fürst der Gläubigen“) stützt sich das marokkanische Herrschaftssystem noch auf weitere Legitimationsstrategien:

- **Historisch:** der Bezug zu Muhammad V. und seiner Bedeutung für den Unabhängigkeitskampf
- **Demokratisch:** die Schaffung „pseudo-demokratischer“ Institutionen, die die politische Realität einer *de facto* absoluten Monarchie verschleiern
- **Ökonomisch:** der König gilt als größter Unternehmer des Landes, ist Teilhaber an einer Vielzahl an Gesellschaften, Versicherungen, Banken und Medien
- **Kulturell:** die Arabisierungspolitik als Mittel zur innenpolitischen Legitimation, das Hocharabische als neue Identität in Abgrenzung zu ehemaligen kolonialen Institutionen
- **Wohlfahrtspolitisch:** symbolische Identifikation (Bau der zweitgrößten Moschee der Welt in Casablanca), „Grüner Marsch“ vom 06.11.1975 für die Zugehörigkeit der

¹ Diese wird durch die Abstammung der seit 1664 herrschenden Alawiden-Dynastie mit der Prophetenfamilie verstärkt. Die Alawiden führen ihre Abstammung auf Hassan ibn Ali, den Enkel des Propheten Muhammad, zurück und waren somit Scherifen. Sie kamen Ende des 13. Jahrhunderts aus dem Hijaz nach Marokko.

Westsahara zu Marokko wird zu nationalem Feiertag ernannt

● **Sicherheitspolitisch:** Repressalien durch Geheimdienst, Polizei und Militär

Der König ist von einem elitären regimetreuen Netzwerk umgeben, dem so genannten *makhzen*. Ursprünglich stand dieser Begriff für den Ort, an dem eingetriebene Steuern aufbewahrt wurden. Heute umfasst der Begriff die vertrauten Berater des Königs, Angehörige des Sicherheitsapparates, Teile der Wirtschaftselite sowie weitere ausgesuchte Persönlichkeiten aus Organisationen und Parteien. Die Nähe einzelner Mitglieder des Netzwerkes variiert, die Wirkungsweise des Systems hat bis auf die lokale Ebene Bestand.

Die Herrschaft Hassan II. war von Autoritarismus und einer selektiven Einstellung gegenüber westlicher Modernität geprägt. So wollte er einerseits Marokko modernisieren und wirtschaftlich enger mit Europa und den USA zusammen arbeiten. Auf der anderen Seite ließ er Regimegegner konsequent verfolgen, viele gingen ins Exil. Die härteste Zeit der Regentschaft von Hassan II. wird deshalb mit dem Begriff *Années de plomb* („bleierne Jahre“) bezeichnet. Demokratische Reformen – unter seiner Herrschaft 1961-1999 wurden insgesamt zehn Verfassungsänderungen verabschiedet – blieben aber immer Machtkalkül. In den 1970er Jahren kam es vermehrt zu ökonomisch bedingten Unruhen, Anschlagversuche auf den König scheiterten. Nach Kritik an seiner Unterstützung der Anti-Irak-Koalition im Zweiten Golfkrieg mus-

ste Hassan II. die Opposition nun verstärkt mit einbeziehen und entwickelte ein ausgefeiltes Instrumentarium zur Machtkonsolidierung. Zur Stabilisierung seiner Herrschaft nutzte er auch gezielt den Westsaharakonflikt² von 1975. Auch während der Unruhen in den 1970er Jahren konnten sich die politischen Parteien nicht als Träger eines sozialen Wandels etablieren, der politische Islam hat bis heute keinen zentralen Einfluss erlangen können³.

Hassans Sohn Muhammad VI. wurde 1999 im Alter von nur 35 Jahren sein Nachfolger. Er erarbeitete sich rasch den Ruf eines Reformers⁴: So entließ er den engen Vertrauten seines Vaters und langjährigen Innenminister Driss Basri und gründete eine Kommission zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen unter dem vorherigen Regime. Für viel Aufsehen sorgte die Reform des Familiengesetzes, das den Frauen mehr Rechte im Falle einer Scheidung und beim Sorgerecht einräumte und die Polygamie erschwerte. Ebenso wurde die Kulturszene unter seiner Herrschaft lebendiger, die Presse vielfältiger und er schuf zahlreiche neue Sozialprojekte im Rahmen seines Entwicklungsplans *Initiative Nationale de Développement*. Beobachter sprechen von einer bewussten Inszenierung als „Bürgerkönig“. Doch all diese Reformen täuschen nicht darüber hinweg, dass immer noch Verhaftungen und Verfolgungen politischer Gegner vorgenommen, Demonstrationen mit Gewalt niedergeschlagen und die Medien willkürlich der Zensur unterworfen werden. Die Berichterstattung ist weiterhin den drei heiligen Themen „Gott-Vaterland-König“ unterworfen.

² Das Gebiet der Westsahara war zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine spanische Kolonie. Marokko beansprucht die Westsahara als Teil seines Staatsgebietes, während die militärische und politische Organisation der Westsahara, genannt Polisario, die Unabhängigkeit des gesamten Territoriums anstrebt. Sie hat 1976 die Demokratische Arabische Republik Sahara ausgerufen, die heute von etwa 50 Staaten anerkannt wird und Mitglied der Afrikanischen Union ist. Als Reaktion darauf trat Marokko aus selbiger wieder aus und ist damit bis heute der einzige afrikanische Staat, der nicht Mitglied der Afrikanischen Union ist. Das Gebiet von Westsahara ist heute geteilt in einen größeren westlichen Bereich unter Kontrolle von Marokko und einen östlichen und südlichen Bereich unter Kontrolle der Polisario. Dem im Jahre 1991 von den Vereinten Nationen vermittelten Waffenstillstand sollte eine Volksabstimmung über die Zukunft des Landes folgen. Trotz existierender Vorbereitungen wurde sie bislang nicht durchgeführt. Unterstützer der Unabhängigkeitsbewegung sind Algerien und Südafrika.

³ Die islamistische Bewegung *Al-Adl wal-Ihsan* wurde 1973 von Sheikh Abdessalam Yassine gegründet. Die Bewegung widersetzt sich dem Artikel der Verfassung, der den König zum *Amir al-mu'minin* benennt. Ideologisches Ziel ist die Schaffung eines Kalifats. Die Bewegung ist vom Regime nicht legalisiert worden. Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) ist seit 1997 im marokkanischen Parlament vertreten und seit 2002 stärkste Oppositionspartei. Die PJD gilt als islamisch orientiert und weist teilweise islamistische Züge auf. Seit den Bombenanschlägen 2003 in Casablanca distanziert sie sich zunehmend von ihrer vorherigen Rhetorik. Sie hat ihre Ideologie säkularisiert, um sich im politischen Feld zu etablieren. Im Gegensatz zur *Al-Adl wal-Ihsan* gilt sie als königstreu.

⁴ Ein Zeichen dafür ist auch seine Heirat mit Lalla Salma, einer Informatikerin aus Fes. Sie präsentiert sich gern unverschleiert in der Öffentlichkeit, oft auch an der Seite ihres Mannes. Hassan II. dagegen besaß einen Harem, seine Frauen lebten von der Öffentlichkeit abgeschirmt.

So gestaltet sich der politische Kurs der Monarchie als ein Wechselspiel zwischen Liberalisierung und Totalitarismus. Trotz der weit reichenden Befugnisse des Königs lässt sich eine historische Kontinuität der Infragestellung marokkanischer Herrschaftsverhältnisse feststellen, das politische Feld war immer komplexen Aushandlungsprozessen unterlegen. Diese Aushandlungsprozesse erreichten mit den Umbrüchen in der Region eine neue, bisher ungeahnte Dimension.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Der Reformkurs unter Muhammad VI. kann jedoch nicht die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes verdecken. Marokko bildet das wirtschaftliche Schlusslicht der Maghrebstaaten. Trotz eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 3,3% (2010) liegt das durchschnittliche Einkommen nur bei 300 EUR im Monat. Die Hälfte der Bevölkerung sind Analphabeten, die Armut ist besonders auf dem Land groß. Eine Dürreperiode hat die Entwicklung zusätzlich gehemmt, da 40% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Grundnahrungsmittel werden vom Staat subventioniert, um Unruhen zu vermeiden. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wächst und wird besonders in Villenvierteln wie in Marrakesch signifikant. Intransparenz, Korruption und Defizite bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Hemmnisse für ausländische Investoren. Der Korruptionsindex von 2010 wies Marokko den 85. Rang von 178 Ländern insgesamt zu.

Ein weiteres Problem ist der weit verbreitete Klientelismus: Attraktive Posten werden innerhalb einzelner einflussreicher Familien verteilt. Viele junge Marokkaner versuchen oft auf illegale und gefährliche Weise nach Europa auszuwandern. Die junge Generation (65% der Bevölkerung sind unter 30 Jahre) leidet unter hoher Arbeitslosigkeit, viele wandern auf der Suche nach Arbeit in die größeren Städte ab. Dort soll die Arbeitslosenrate bei den 25-34-Jährigen bei 26% liegen. Die Arbeitslosigkeit bedingt auch, dass die jungen Menschen immer später heiraten und eine Familie gründen können, Wohnraum ist kaum erschwinglich. Wie in anderen nordafrikanischen Ländern sind besonders die Hochqualifizierten von hoher Arbeitslosigkeit betroffen. In den letzten zehn Jahren kam es wöchentlich zu Demonstrationen von arbeitslosen

Hochschulabsolventen vor Parlamentsgebäuden. Die Auswanderungsrate bleibt hoch, viele Familien finanzieren sich ausschließlich über Geldzuweisungen ihrer Familienangehörigen aus dem Ausland.

Der Frust über die sozialen Ungleichheiten sitzt tief und hat bedingt durch die Ereignisse in den Nachbarstaaten Tunesien und Ägypten Auftrieb bekommen. Auch der politischen Klasse wird nicht getraut, viele junge Marokkaner sind politisch desinteressiert. Das Gefühl herrscht vor, nach den Wahlen oftmals von den gewählten Politikern belogen worden zu sein. Die Undurchsichtigkeit des elitären regimetreuen Netzwerks des *makhzen* schürt weiteres Misstrauen.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Trotz des repressiven Klimas gibt es zahlreiche Akteure, die Widerstand leisten. Die Medienlandschaft, die unter Muhammad VI. vielfältiger wurde, hat sich in den letzten Jahren immer wieder kritisch zur Monarchie und dem *makhzen* geäußert. Die Grenze des Erlaubten muss dabei stetig neu ausgetestet werden. Besonders hervorzuheben ist die Berichterstattung des Magazins *TelQuel*, das seit 2002 erscheint und als kritisch und unabhängig gilt.

Daneben spielte die Jugend auch bei früheren Protestbewegungen eine tragende Rolle: Bereits in den 1990er Jahren bildeten sich zahlreiche Jugendkulturen heraus, die mit ihrer Musik progressive Themen zur Diskussion stellten und unter den Jugendlichen populär machten. Auch das Internet nimmt an Bedeutung stetig zu⁵. In Marokko tauschten sich kritische Jugendliche in Blogs schon vor den Revolutionen in Tunesien und Ägypten über soziale Probleme aus. Einzelne Menschenrechts- und Frauenrechtsorganisationen protestierten schon vor den Ereignissen des 20. Februar regelmäßig für mehr Freiheiten. Im Februar 2011 schließlich organisierten sich Jugendliche vermehrt im Internet. Die Geschehnisse in Tunesien wurden mit großer Aufmerksamkeit beobachtet, die Hoffnung wuchs, auch die bestehenden Verhältnisse im eigenen Land ändern zu können. So wuchs auch in Marokko eine neue Bürgerrechtsbewegung heran. Die bedeutendste Kundgebung fand am 20. Februar statt und setzte sich größtenteils aus Jugendlichen zusam-

⁵ Die Zahl der Internetnutzer ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und wird für das Jahr 2009 auf 13 Mio. bei einer Gesamtbevölkerung von 32 Mio. geschätzt.

men, wobei ein Großteil von ihnen aus dem linken Milieu stammte. Aber auch arbeitslose Hochschulabgänger, Menschenrechtsbewegungen und Islamisten schlossen sich den Protesten an. Sowohl die PJD als auch Mitglieder von *Al-Adl wa-l-Ihsan* waren in die Proteste involviert.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Sie forderten im Wesentlichen eine neue Verfassung, die Schaffung einer unabhängigen Justiz, neue Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Korruption. Die Mitglieder des Parlaments wurden als *makhzénisés* verunglimpft. Damit wurde ihnen unterstellt, staatstreu und nicht im Sinne der Bürger zu agieren. Der König selbst und die Institution der Monarchie wurden kaum angegriffen, vielmehr wandte man sich gegen die bestehende Regierung, insbesondere gegen Ministerpräsident Abbas El Fassi. Der König indes galt nach wie vor als Identitätsstifter und Garant der nationalen Stabilität.

In Anlehnung an den 20. Februar fanden in den darauf folgenden Monaten zunächst als Reaktion auf die Fernsehansprache des Königs vom 9. März 2011 erneut Demonstrationen statt. Nachdem diese blutig niedergeschlagen wurden, zeigten die Demonstranten bei einer erneuten Protestwelle am 20. März deutlich weniger Sympathie für den König. Auch von einer kleineren Gruppe von Gegendemonstranten wurde in der Presse berichtet. Im Zuge des Referendums zum neuen Verfassungsentwurf versammelten sich wiederum Zehntausende vor allem in den Städten Casablanca und Rabat und kritisierten die undemokratische Zusammensetzung der Versammlung, die die neue Verfassung ausarbeiten sollte.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Der König wandte sich in einer seiner seltenen Fernsehansprachen am 9. März an das Volk und kündigte eine Verfassungsreform an, die das Königreich in eine konstitutionelle Monarchie umwandeln sollte. Dafür sollten die Rolle des Ministerpräsidenten und die der Parteien gestärkt sowie Rechtsstaatlichkeit

und die Wahrung der Menschenrechte gefördert werden. Im Ausland wurden die Reformbemühungen des Königs hoch gelobt, doch viele Demonstranten sahen ihre sozialen und wirtschaftlichen Forderungen unbeachtet, monatliche Proteste in den Großstädten waren die Folge. Diese wurden durch Enthüllungen über geheime Gefängnisse und Folterungen im April und Mai weiter aufgeheizt. Die Polizei ging zum Teil hart gegen die fortwährenden Demonstrationen vor, am 2. Juni kam es zum ersten Todesfall durch Polizeigewalt. Nach dem Terroranschlag am 28. April in Marrakesch blieb ein hartes Vorgehen gegen Islamisten jedoch aus.

Zur Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes wurde eine Kommission gebildet. Die Mitglieder waren jedoch vom König ausgewählt worden und somit nicht demokratisch legitimiert. Vertreter der politischen Parteien durften den Entwurf nicht einsehen. Schnell wurde klar, dass die Grundpfeiler des Systems weiterhin unantastbar bleiben. Trotz vieler Zusprüche behielt sich der König genügend Schlupflöcher vor, um seine Vormachtstellung zu bewahren. So ernannte er weiterhin den Premierminister (unter der Bedingung, dass er aus der stärksten Partei des Parlaments stammt), die Minister auf Empfehlung des Premierministers, kann die Minister absetzen und sogar die komplette Regierung aushebeln. Ebenso ist er Oberbefehlshaber der Armee, Vorsitzender der Exekutive, reguliert die Ernennung von Richtern, kann das Parlament auflösen und den Notstand verkünden.

Damit zeigt sich, dass der König auch nach Verfassungsänderung in allen Belangen seine Zustimmung geben muss und damit direkt oder indirekt als Anführer der Regierung agiert. So bleibt das gleiche institutionelle System bestehen, der wichtigste Streitpunkt – die absolute Vorherrschaft des Königs – bleibt unverändert. Positiv zu werten ist die Anerkennung der kulturellen Vielfalt der marokkanischen Bevölkerung: Amazigh, die Sprache der Berber⁶, wird als offizielle Sprache anerkannt. Auf die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit reagierte er mit der Schaffung eines *Consultative Council on Youth and Associative Action*. Auch andere persönliche Freiheiten, wie das Recht auf

⁶ Die Berber sind über ganz Nordafrika verteilt und unterteilen sich in verschiedene Ethnien. In Marokko sind 50-65% der Bevölkerung berberischer Abstammung, ein großer Teil von ihnen ist heute arabisiert. Ca. 30-40% der Bevölkerung spricht noch einen der drei berberischen Dialekte: Tarifit im Norden, Tamazight in Zentralmarokko und Tachelhit im Süden. Die kulturellen Rechte der Berber wurden lange unterdrückt, seit 1994 setzt sich die Anerkennung und Förderung der Berbersprachen in Schulen und ihre Repräsentanz in den Medien schrittweise fort.

Leben und die freie Meinungsäußerung, sind in der Verfassungsänderung enthalten. Es ist jedoch generell fraglich, ob diese Gesetze auch in der Realität umgesetzt werden. Denn die Freiheiten werden nur unter der Voraussetzung gewährt, dass sie nicht die Grundpfeiler des Systems „Gott - Vaterland - König“ berühren. In einer weiteren Fernsehansprache vom 17. Juni kündigte der König die Durchführung eines Referendums für den 1. Juli 2011 an. An jenem Tag wurde die Verfassungsreform mit offiziell 98% angenommen. Stimmen aus der Opposition äußerten sich kritisch zum Ergebnis und kündigten weitere Proteste an. Ende Juli wurden vorgezogene Parlamentswahlen für den 7. Oktober 2011 angekündigt.

VI. Zukunftsszenarien

Die Regierungszeit Hassan II. hat gezeigt, dass der Monarch in Krisenzeiten gezwungen war, Dialogbereitschaft zu zeigen. Dabei ließ er zögerlich Reformen zu, um die Revolten zu beruhigen, die Grundkonstanten des Machtgefüges blieben jedoch unverändert. Sein Sohn Muhammad VI. setzt diesen Kurs in gemäßigter Form fort. So ermöglicht die Verfassungsreform eine demokratische Öffnung. Doch sind diese Reformen ernst gemeint und will der König tatsächlich eine Monarchie nach spanischem Vorbild erschaffen? Oder sind diese Zugeständnisse nur dazu gedacht, das Volk zu beruhigen und international Anerkennung zu erfahren? Die Doppelstrategie des Regimes zwischen demokratischen Zugeständnissen und Repressionen sind seit Jahrzehnten fester Bestandteil des politischen Alltags und ein fortlaufender, immer neu auszuhandelnder Prozess.

Eine Revolution hat es bis dato in Marokko nicht gegeben, die Proteste sind zum großen Teil friedlich geblieben. Beobachter sprechen von einer *quiet revolution*, einem harmonischen Prozess, bei dem beide Seiten generelle Handlungsbereitschaft gezeigt haben. Das Beispiel Marokko zeigt, dass es auch einen anderen Weg in Richtung Demokratisierung geben kann. Der König hat die Chance, gestärkt aus der Protestbewegung hervorzugehen, sollte es ihm gelingen, die Monarchie mit demokratischen Regierungsinstitutionen zu verbinden. Die Eliten im Umfeld des Königs wären von einer demokratischen Umwandlung viel mehr betroffen: Sie stehen hauptsächlich im Zentrum der Kritik und hät-

ten, wie in Ägypten geschehen, Aufklärungsprozesse und Gerichtsverfahren wegen Amtsmissbrauch zu fürchten. Trotz der Enttäuschung über den Verlauf der Verfassungsreform genießt der König weiterhin in der Mehrheit der Bevölkerung großen Rückhalt. Der König hat rechtzeitig reagiert und konnte seinen Ruf als Reformers bekräftigen. Sein großer Vorteil liegt darin, dass er in Marokko keine Konkurrenz zu anderen Führungspersonlichkeiten zu fürchten hat. Die politischen Parteien genießen nicht genug Rückhalt in der Bevölkerung. Ebenso wird der König nicht nur von der eigenen Bevölkerung aufgrund seiner historischen und religiösen Legitimität bestätigt, sondern ist auch in Europa und den USA hoch angesehen. Dem Regime ist sehr an seiner Außenwahrnehmung gelegen, ausländische Investoren machen sich weiterhin rar, der Tourismus bleibt eine wichtige Einnahmequelle.

Doch die Proteste seit Beginn dieses Jahres haben, wenn nicht zu einer Revolution, so doch zu einem entscheidenden Umbruch in der Gesellschaft geführt: Zum ersten Mal wird die Rolle und der Einfluss der Monarchie öffentlich verhandelt und die Verknüpfung von weltlicher und religiöser Macht in Frage gestellt. Die Unantastbarkeit des Königs wurde durch Diskussionen in Internetforen und in kritischen Magazinen wie *TelQuel*, scheinbar ohne strenge Zensur, durchbrochen. Dabei haben sich die jugendlichen Internetnutzer die Taktiken aus Tunesien und Ägypten zu Eigen gemacht, um die Massen zu mobilisieren.

So ist heute eine stärkere Politisierung unter den Jugendlichen zu spüren. Die verschiedenen oppositionellen Gruppen, darunter Linke, Studierende, Menschenrechtsbewegungen und Islamisten, treten weiterhin in zahlreichen Demonstrationen in den Großstädten Marokkos vereint auf.

Die Verfassungsreform ist als ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratie zu werten. Doch es wird noch einige Jahre dauern, um die Wirkung der Verfassungsreform richtig einschätzen zu können. Es wird wohl auch vom Druck der Straße abhängen, wie weit reichend die Reformen letztendlich umgesetzt werden. Der Ausgang der Parlamentswahlen im Oktober ist ebenfalls von einiger Aussagekraft.

Samira Akrach

VII. Literaturangaben

DUGGE, MARC: Marokko. Königliche Reformen, in: Nordhausen, Frank und Thomas Schmid (Hg.): Die arabische Revolution, Berlin 2011, S. 78-91.

HEGASY, SONJA: Staat, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Marokko, Hamburg 1997.

HIMEUR, CHIHAB MOHAMMED: Le paradoxe de l'islamisation et de la sécularisation dans le Maro contemporain. Essai sur le Parti de la Justice et du Développement, Paris 2008.

HOFFMANN, ANJA: Wem gehört der marokkanische Wandel? Eine Analyse des umkämpften politischen Felds in Marokko, in: Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients (Hrsg.): Proteste, Revolutionen, Transformationen – die Arabische Welt im Umbruch, Berlin 2011, S. 92-109.

KHALLOUK, MOHAMMED: Islamischer Fundamentalismus vor den Toren Europas – Marokko zwischen Rückfall ins Mittelalter und westlicher Modernität, Wiesbaden 2008.

LARBI: Why I reject Morocco's new constitution, *The Guardian*, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/jun/23/morocco-new-constitution>, 23. Juni 2011, abgerufen am 19.07.2011.

LE MATIN

LE MONDE

MICHAUX-BELLAIRE, E.: Makhzan, in: Encyclopedia of Islam², Band 6, S.133b-137b.

SILVERSTEIN, PAUL: Weighing Morocco's New Constitution, Middle East Research and Information Project, <http://www.merip.org/mero/mero070511>, 05. Juli 2011, abgerufen am 19.07.2011.

THE NATIONAL: A step forward with Morocco's new constitution, <http://www.thenational.ae/thenationalconversation/editorial/a-step-forward-with-moroccos-new-constitution>, 19. Juni 2011, abgerufen am 19.07.2011.

TYAN, E.: Bay'a, in: Encyclopedia of Islam², Bd. 1, S.1113a-1114a.

Landesdaten Syrien

Fläche ¹	2011	185.180 km ²
Bevölkerung ²	2010	22.500.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²)	2010	117,71
Ethnische Gruppen ³	2010	Araber 90,3 %, Kurden, Armenier und andere 9,7 %
Religionszugehörigkeit ⁴	2010	Sunniten 74%, andere Muslime (Alawiten, Drusen), 16%, Christen 10%, Juden 1 % (vor allem in Damaskus, Al-Qamishli, Aleppo)
Durchschnittsalter ⁵	2010	21,9 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁶	2011	37%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁷	2011	4%
Lebenserwartung ⁸	2010	74,6 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ⁹	2010	36.900.000
Geburten pro Frau ¹⁰	2009	3,1
Alphabetisierungsrate ¹¹	2010	79,6%
Nutzer Mobiltelefone ¹²	2009	9.697.000
Nutzer Internet ¹³	2009	4.469.000
Nutzer Facebook ¹⁴	2011	k. A.
Wachstum BIP ¹⁵	2010	3,2%
BIP pro Kopf ¹⁶	2010	4.857 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁷	2010	8,3%
Inflation ¹⁸	2011	6,0%
S&P-Rating ¹⁹	2011	BBB+
Human Development Index ²⁰	2010	Rang 111 (von 169)
Bildungsniveau ²¹	2010	Rang 149 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²²	2010	24,7%
Politische Teilhabe ²³	2010	5,7%
Korruptionsindex ²⁴	2010	Rang 127 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ CIA – The World Factbook.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

⁹ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹⁰ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹¹ CIA – The World Factbook.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>; International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁶ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁷ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁸ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁹ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²³ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁴ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Syrien

Als Anfang 2010 die Revolutionen in Tunesien und später in Ägypten ausbrachen und man überlegte, in welchen Ländern der MENA-Region der revolutionäre Funke als nächstes überspringen könnte, wurde Syrien bei diesen Prognosen eher vernachlässigt. Zu sehr hatten die Geheimdienste die syrische Gesellschaft im Griff, zu brisant war Syriens Lage innerhalb der Region, zu präsent war das Massaker 1982 von Hama. Es war deutlich, dass ein Aufbegehren des syrischen Volkes einen besonders schweren Konflikt nach sich ziehen würde. Während woanders die Regime drohen zu stürzen, konnte sich das syrische Baath-Regime in aller Ruhe auf einen potentiellen Ernstfall nicht nur militärisch, sondern auch mit einer Medienoffensive vorbereiten. Präventiv äußerte sich Präsident Bashar al-Assad Ende Januar in einem *Wall Street Journal*-Interview über seine Ansichten zu guter Staatsführung¹, bevor vier Wochen später eine internationale Modezeitschrift ein Porträt seiner Frau Asma veröffentlichte². Drei Wochen später wurden 15 Schulkinder nach Wandschmierereien verhaftet.

Im Zuge dessen weiteten sich die Aufstände aus, woraufhin die syrischen Sicherheitskräfte mit brutaler Gewalt reagierten. Bei Zusammenstößen in Deraa, Homs oder Hama kamen mehrere tausend Menschen ums Leben. Bashar al-Assad versäumte es, die ihm zu Beginn noch entgegengebrachten Sympathien zu erkennen und zu nutzen, um sein System zu stabilisieren. Mittlerweile hat er sich international diskreditiert und seine innenpolitischen Unterstützer schwinden. Zwar handelt es sich noch nicht um einen flächendeckenden Aufstand und die innere wie äußere Opposition agiert noch zu heterogen, allerdings wird es al-Assad nicht mehr gelingen, die Unruhen schnell und ohne direkte Auswirkungen auf sein Regime zu beenden. Stärker denn je ist das repressive syrische System unter Druck geraten und kämpft mittlerweile um seinen Einfluss im Land und damit um

seine Existenz. Solange sich allerdings die vom Regime profitierenden Akteure wie die alawitische Minderheit oder die urbane Mittelschicht nicht von ihm abwenden oder der internationale Druck u. a. in Form von Sanktionen zunimmt, scheint derzeit ein Ende der Gewalt in Syrien nicht abzu-sehen.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Der Verfassung nach ist Syrien eine sozialistische Volksrepublik in Form eines Präsidialsystems sowie einer Ein-Parteien-Regierung der Baath-Partei. Bis 1963 war die Baath-Partei von nationalistischen und sozialistischen Ideen durchzogen³, was u. a. 1958 zur politischen Union mit Ägypten führte. Diese hielt allerdings nur bis 1961. Im Jahre 1963 putschte sich ein bis dahin geheimes baathistisches Militärkomitee an die Macht, an dem sich vor allem Militärs aus ethnisch-religiösen Minderheiten beteiligten⁴. Die zuvor demokratisch, da sie sich an Wahlen beteiligte, ausgerichtete Baath-Partei verlor fortan ihre innere Parteistruktur. Im Jahre 1970 wiederum übernahm Hafiz al-Assad, der Vater des jetzigen Präsidenten Bashar al-Assad, in einem Staatsstreich die Macht und baute das Staatssystem zum noch heute bestehenden System um, in dem nach wie vor die Baath-Partei die einzig legale Partei ist. Da Syrien ein heterogenes Land mit einer Vielzahl an religiösen Gruppierungen ist, baute Hafiz al-Assad die Basis seiner Macht auf den Mitgliedern seiner Sippe auf, die der Religionsgemeinschaft der Alawiten angehören, einer muslimischen Minderheit, die mit den Schiiten verwandt ist. In Syrien gehören etwa drei Viertel der rund 22,5 Mio. Einwohner dem sunnitischen Islam an, ca. 10% sind Christen, ca. 6% Alawiten und 2% Drusen.

Ähnlich komplex wie die Bevölkerungsstruktur sind die Außenbeziehungen Syriens zu seinen Nachbarländern. Nicht nur aufgrund der regionalen Lage ist Syrien einer der Hauptakteure im Nahost-Konflikt. Seit dem Sechstagekrieg 1967 besteht zwischen Syrien und dem von Syrien nicht anerkannten Israel lediglich ein Waffenstillstand an der Grenze zu den annektierten Golanhöhen.⁵

¹ Wall Street Journal: Interview With Syrian President Bashar al-Assad, 31. Januar 2011, <http://www.online.wsj.com/article/SB10001424052748703833204576114712441122894.html>, abgerufen am 20. August 2011.

² Buck, Joan Juliet: Asma al-Assad: A Rose in the Desert, in: *Vogue*, 25. Februar 2011.

³ Batutu, Hanna: Syria's Peasantry, the Descendants of Its Lesser Rural Notables, and Their Politics, Princeton 1990, S. 133.

⁴ George, Alan: Fortschritt oder Lähmung: Baschâr al-Assads Syrien, in: Hartmut Fähndrich (Hrsg.): *Vererbte Macht – Monarchien und Dynastien in der arabischen Welt*, Frankfurt/Main 2005, S. 46.

⁵ Gleichzeitig bedeutet das Assad-Regime Stabilität für die israelische Regierung.

Auch wenn die direkte Konfrontation zwischen beiden Ländern sich auf ein Minimum beschränkt, ist die syrische Regierung maßgeblich an den Aktionen von dritter Seite beteiligt, wie z. B. der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Hisbollah im Libanon. Zusammen mit der iranischen Regierung in Iran bilden Syrien und Hisbollah eine politisch brisante Achse, die unter anderem Irans Einfluss im Nahen Osten festigt und so eine potentielle unmittelbare Bedrohung für den Staat Israel darstellt, was gleichzeitig einen Spielraum für konspirative Spekulationen offen lässt.⁶ Ebenso unklar ist der Einfluss des syrischen Geheimdienstes im Zusammenhang mit der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri im Jahr 2005, der im Zusammenhang mit den Emanzipationsbestrebungen des Libanons von Syrien steht.⁷ Die syrisch-iranische Verbindung hingegen wurde auf einer Pressekonferenz am 5. Mai 2009 offensichtlich, als von gemeinsamen Zielen und der gemeinsamen Unterstützung der Palästinenser die Rede war. So unterhält die Hamas beispielsweise ihr Hauptquartier in Damaskus. Syriens Ziel dabei ist die Stabilität und Kontrolle der Region. So nahm Syrien mit rund 1,5 Mio. Irakern die meisten Flüchtlinge nach dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 auf.

Das heutige Syrien muss als Überwachungsstaat bezeichnet werden, in dem mindestens fünf unterschiedliche Geheimdienste die Bevölkerung kontrollieren. Der innere Führungszirkel sowie die Schlüsselstellen in der Armee sind mit Alawiten aus der Sippe des Präsidenten besetzt. Der Staat steuert die Wirtschaft überwiegend zentral. Aus den Öleinnahmen, die knapp die Hälfte des Staatshaushaltes ausmachen, sichert sich der Machtzirkel um Bashar al-Assad die Gefolgschaft der syrischen Mittelschicht, in der jene vom Staat profitieren, die ihn unterstützen. Die seit 1999 einsetzende Liberalisierung der Wirtschaft begünstigt vor allem Personen, die dem politischen System nahe stehen. So sind alle leitenden Personen der großen privaten Unternehmen finanziell an die Führungselite gebunden. Die öffentliche Meinung wird rigide überwacht. Ein Infragestellen des Herrschaftsanspruches der Baath-Partei bzw. des Assad-Regimes wurde und wird auf das äußerste bekämpft. So wurde u

a. ein Aufstand in der Stadt Hama im Jahre 1982 unter Führung der Muslimbrüder brutal niedergeschlagen.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Seit 1963 herrscht in Syrien der Ausnahmezustand. Die Regierung duldet keine abweichende Meinung, so dass eine große Anzahl von Regimekritikern ohne faire Prozesse in einem der vielen Gefängnisse landen. Die syrischen Behörden verfügen über die Macht, Personen ohne Begründung festzunehmen⁸. In Syrien wird die Todesstrafe angewandt. Der Wunsch nach politischer Freiheit in der syrischen Bevölkerung konnte bis jetzt nicht quantifiziert werden, da keine objektiven Untersuchungen möglich sind. Wie auch für die anderen arabischen Staaten sprach man in Syrien von der „schweigenden Mehrheit der Straße“. Dass aber der Wille nach Wandel vorhanden war, zeigte schon der Machtwechsel an der Staatsspitze im Jahr 2000, als nach dem Tod von Präsident Hafiz al-Assad sein Sohn Bashar mit 34 Jahren zum neuen Präsidenten ernannt wurde. Bashar, der eine westliche Universitätsausbildung genossen hatte, und eigentlich nicht für die Nachfolge seines Vaters vorgesehen war, da nur der Tod seines älteren Bruders Basil im Jahr 1994 ihn in diese Position gebracht hatte, galt zu Beginn als Hoffnungsträger der jungen Generation. Von ihm erwartete man eine politische Öffnung des Landes sowie wirtschaftlichen Aufschwung. Zu Beginn seiner Herrschaft schienen sich einige dieser Hoffnungen zu bewahrheiten: In der ersten von ihm eingesetzten Regierung aus dem Jahre 2001 fand eine Verjüngung des Kabinetts statt, um das von Bashar angekündigte Ziel umzusetzen, wirtschaftspolitische und technologische Reformen anzugehen⁹. Im Rahmen dieser wirtschaftlichen Reformen sollte zu privaten Investitionen ermutigt werden, die zugleich dem Wirtschaftswachstum dienen sollten. Parallel wurden Verhandlungen über ein EU-Assoziierungsabkommen geführt, im Herbst 2001 stellte Syrien den Antrag auf die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WTO. Die Staatsunternehmen standen zwar nicht zur Privatisierung an, aber es wurden Investitionen in das Bildungs- und Ausbildungswesen getätigt, um u.a. auch privates

⁶ Wieland, Carsten: Syrian Scenarios and the Levant's Insecure Future, in *Orient III*/2011, S. 41-45.

⁷ Bekannt wurden diese Bestrebungen als „Zedernrevolution“.

⁸ Amnesty International Report 2011, Frankfurt am Main 2011, S. 462.

⁹ Perthes, Volker (Hg.): *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, Berlin 2002, S. 158.

Engagement zu fördern. Nach der Amtsübernahme von Bashar al-Assad entstanden, den Erwartungen an einen gesellschaftlichen Wandel entsprechend, überall im Land politische Diskussionszirkel, die sich mit der Modernisierung der Gesellschaft beschäftigten. Es begann der so genannte „Damaszener Frühling“: Bereits im Sommer 2000 hatten sich Politiker und Intellektuelle dieser Zirkel und Gruppierungen im „Memorandum der 99“ öffentlich an den neuen Präsidenten gewandt und ein Ende des Ausnahmezustandes sowie politische Reformen gefordert. Wenig später folgte das „Memorandum der 1.000“¹⁰. Bashar selbst hatte in seiner Antrittsrede vor dem Parlament von Respekt vor anderen Meinungen gesprochen. Gleichzeitig entstanden neue Zeitungen, wie etwa die Satire-Zeitung *ad-Doumari* mit dem bekannten Karikaturisten Ali Farzat als Chefredakteur¹¹. Nachdem anfangs die Baath-Partei ihre Mitglieder ermutigt hatte, an den Diskussionen teilzunehmen, wurde spätestens nach dem Wunsch nach Neugründungen von Parteien zur Gegenbewegung seitens des Staates ausgeholt. Verhaftungen von Meinungsführern wurden medienwirksam inszeniert und damit klargemacht, dass die Bewegung eine Grenze überschritten hatte, die der Staat nicht zu tolerieren bereit war.¹² Auch wenn die Konflikte mit Israel weiterhin bestanden, wurden mit Bashar al-Assads Amtsantritt erste Hoffnungen auf eine dauerhafte Stabilisierung und eine vorsichtige Aussöhnung laut. Weiterhin führte er kurz nach seinem Amtsantritt das Internet in Syrien ein. Internet-Cafés entstanden und Privatpersonen konnten Internetanschlüsse beantragen, womit eine neue Diskussionskultur und mediale Öffentlichkeit in Syrien Einzug hielt und die jahrelange Isolation aufbrach. Darüber hinaus etablierten die arabischsprachigen Fernsehsender *al-Jazeera* und *al-Arabija* eine neue Nachrichtenkultur in Syrien, da die staatlichen Fernsehsender somit ihr Monopol verloren.

Hinzu kommt ein stetig steigender demographischer Druck: Syrien verfügt, ebenso wie die anderen arabischen Länder, über eine ausgesprochen junge Bevölkerung; so lag das Durchschnittsalter im Jahr 2010 bei 21,9

Jahren. Das Bevölkerungswachstum ist mit 2,24% sehr hoch, im Schnitt bekommt jede syrische Frau 3,1 Kinder. So strömen jedes Jahr 250.000-300.000 Arbeitssuchende auf den Arbeitsmarkt, was es dem Staat zunehmend erschwert, Beschäftigungsstellen zu schaffen und die Arbeitslosigkeit ansteigen lässt, die derzeit offiziell bei 8,3% liegt. Als Folge des Irak-Krieges 2003 befinden sich mehr als eine Million Flüchtlinge im Land. Diese zweifache Belastung führte zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Land, auch weil die Ölförderung stagniert. Neben diesen langfristigen Faktoren, dem allgemeinen Willen nach einer Öffnung der Gesellschaft sowie der angespannten wirtschaftlichen Lage befindet sich die syrische Landwirtschaft, traditionell wichtigster Wirtschaftssektor, seit vier Jahren in einer Dürrephase. Den Bauern fehlt es an Wasser, und die Prioritäten bei der Wasserverteilung liegen bei der Versorgung der großen Städte, allen voran Damaskus.¹³

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Eine Ausweitung des „Arabischen Frühlings“ wurde zum Jahreswechsel 2010/11 im Allgemeinen nicht erwartet. Zu sehr stand das Land unter der Kontrolle der Sicherheitsdienste. Zudem genoss Präsident Bashar al-Assad im Vergleich zu seinen Amtskollegen in Tunis und Kairo ein ungleich höheres Renommee, da er sich sowohl Israel als auch den USA widersetzte und so als „Garant der inneren Souveränität“ gegen die externen Bedrohungen galt. Trotzdem kam es zu ersten Demonstrationen. Als Anfang Februar 2011 die syrische Opposition zu einem „Tag des Zorns“ aufgerufen hatte, verlief dieser ohne große öffentliche Beteiligung. In der Folge kam es erst nur zu kleineren Demonstrationen. Dies änderte sich Mitte März, als heftige Proteste begannen, welche ihren Anfang in der 100.000 Einwohner zählenden Grenzstadt Deraa im Süden des Landes an der Grenze zu Jordanien nahmen. Die Stadt litt besonders unter der beschriebenen Dürreperiode, von der im ganzen Land ca. 1,3 Mio. Menschen betroffen sind; allein 800.000

¹⁰ Ebd., S. 165.

¹¹ Im Zuge der Protestbewegungen wurde Farzat im August 2011 von systemtreuen Akteuren schwer verletzt. Ihm wurde die Hand gebrochen, da er sich in seinen Karikaturen und Cartoons immer wieder sehr kritisch gegenüber Bashar al-Assad geäußert hatte.

¹² An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass im Herbst 2000 in Palästina die so genannte Zweite *Intifada* bzw. al-Aqsa-Intifada ausbrach, ein Volksaufstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung, ausgelöst durch den Besuch des damaligen israelischen Oppositionspolitikers Ariel Scharon auf dem Tempelberg, auf dem sich die al-Aqsa-Moschee befindet.

¹³ Armbruster, Jörg: Der arabische Frühling, Frankfurt/Main 2011, S. 100.

haben ihre Lebensgrundlage verloren¹⁴. Viele Bauern mussten die Stadt verlassen, da die Dürre ihre Felder vernichtet hatte. Diese seit Jahren angespannte Situation explodierte, als am 18. März 2011 Schulkinder regierungsfeindliche Sprüche an Häuserwände gesprüht hatten. Als die Polizei die Jugendlichen verhaften wollte, gingen Bürger dazwischen und es entwickelte sich eine spontane Massendemonstration. In den folgenden Auseinandersetzungen erschoss die Polizei vier junge Männer. Nach deren Beerdigung in den folgenden Tagen kam es erneut zu Demonstrationen. Infolgedessen wurde die Zentrale der Baath-Partei in der Stadt angezündet¹⁵. Die Behörden reagierten mit äußerster Schärfe, die Stadt wurde vom Militär abgeriegelt und die Stromversorgung abgeschaltet. Dies konnte die Situation aber nicht mehr beruhigen. Im Gegenteil, der Funke griff auf weite Teile des Landes über. Nach und nach demonstrierten die Menschen in Latakia, Homs, Baniyas und weiteren Städten. In den Großstädten Damaskus und Aleppo kam es jedoch nur zu kleineren Demonstrationen in den Randbezirken. Fast überall verliefen die Demonstrationen nicht friedlich, da die Sicherheitsbehörden mit Härte gegen die Demonstranten vorgehen. Nach Schätzungen von Menschenrechtsaktivisten sind bisher ca. 3.000 Menschen getötet worden.

Konkrete Protestgruppen sind nicht so klar zu benennen wie in Ägypten, da es dort in einem höheren Ausmaß organisierte Gruppen gab, die auch klare Positionen vertreten haben. In Syrien konnten sich auf Grund des repressiven Sicherheitsapparates diese Vielzahl an Organisationen nicht herausbilden und konsolidieren. Dennoch lassen sich Akteure identifizieren, die aber mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht die Mehrheit der protestierenden Menschen repräsentieren. Auffällig erscheint die extreme Heterogenität der oppositionellen Gruppen, die sich in Zielen, Vorgehensweisen, Akteuren und Wirkungsgrad deutlich voneinander unterscheiden, teilweise in Konkurrenz stehen und denen es bislang nicht oder nur unzureichend gelungen ist, eine geeinte Anti-Assad-Front zu bilden. So wurden zwar vielfältige Bestrebungen unternommen, eine Übergangsregierung und damit eine Alternative des Wandels zu bilden, über breiten Zuspruch verfügen diese Initiativen jedoch bislang nicht. Hinzu kommen gravierende logistische und organisatorische Probleme zwischen innersyrischer Opposition

und den Exilanten, persönliche und ideologische Animositäten untereinander sowie eine breite Zersplitterung der Akteure, die kaum noch zu überblicken ist.

Getragen wird die traditionelle innersyrische Oppositionsbewegung seit Jahrzehnten von der Nationalen Demokratischen Sammlungsbewegung. Sie ist eine seit den 1960er Jahren bestehende verbotene Oppositionsbewegung, die säkulare, pan-arabistische, nationalistische und sozialistische Strömungen in sich vereint. Prominente Oppositionelle wie Riad al-Turk, Michel Kilo oder Riad as-Seif stammen aus diesen Reihen. Ihr Einfluss auf die Aufstände kann allerdings als eher gering eingeschätzt werden. Dies liegt auch daran, dass sie in der Vergangenheit immer wieder den Ausgleich mit al-Assad gesucht haben und so bei Oppositionellen der jüngeren Generation nicht mehr über ausreichend Autorität verfügen. Sie zeigten nicht das notwendige Rückgrat, sich gegen den Repressionsstaat zu stellen, weil sie, trotz ihrer jahrelangen Kritik, zu einem institutionell-systemimmanenten vom Staat instrumentalisierten und kooptierten und damit moderaten Akteur geworden seien. Riad as-Seif, prominenter Vertreter dieser Gruppierung, verwies in diesem Zusammenhang auf seine Krebserkrankung und die daraus resultierende Unfähigkeit, der Protestbewegung nachhaltig helfen zu können. So mehren sich die Stimmen, die die traditionellen Kritiker des Regimes um die „alten Männer“¹⁶ als deutlich geschwächt und resigniert einschätzen, denen es an Willen fehle, den Wandel mit aller Macht voranzutreiben und mit der Stimme der Jugend zu sprechen.

So werden die Aufstände in den Provinzstädten hauptsächlich durch lokale Führungspersönlichkeiten geprägt, die einen zwar räumlich begrenzten, dafür umso charismatischeren Einfluss auf die Massen haben und eher zu einer jungen Generation zählen, die der Tätigkeit der traditionellen Opposition skeptisch gegenübersteht. Ihre Arbeit ist inzwischen durch die Repressionen der staatlichen Exekutiven maßgeblich eingeschränkt worden. Den Aktivisten, die nicht in Gefängnissen sitzen, verbleibt die diskrete Arbeit im Untergrund. Auf der anderen Seite ist die Personalfluktuations immens, sodass es für das Regime nahezu unmöglich ist, diese Bewegungen unter Kontrolle zu bekommen. Immer wieder gründen sich neue „Koordinationsko-

¹⁴ Doering, Martina: Syrien: Vorwärtsbewegung des Assad-Clans, in: Frank Nordhausen, Thomas Schmid (Hrsg.): Die arabische Revolution, Berlin 2011, S. 117.

¹⁵ Jörg Armbruster: Der arabische Frühling, Frankfurt/Main, 2011, S. 100.

¹⁶ Riad as-Seif ist 1946 geboren, Riad al-Turk 1930 und Michel Kilo 1940.

mitees“, die die Demonstrationen interaktiv über das Internet organisieren, immer neue urbane Blogger bestimmen den oppositionellen Diskurs und schaffen durch ihre Beiträge im Internet internationale Aufmerksamkeit, die durch vielfache *YouTube*-Videos ausgeweitet wird. Diese aktivistische „Straßenopposition“ befindet sich also nicht allein im Kampf mit dem Regime, sondern konkurriert auch mit den traditionellen Oppositionellen, denen als sanfte „Teehausopposition“ nicht mehr die Rolle als *change agent* zugetraut wird.

Die abschließende Gruppe umfasst die Exilopposition. Außerhalb Syriens sammeln, analysieren und veröffentlichen Aktivisten die Informationen, um den internationalen Druck auf das Assad-Regime zu steigern. Darüber hinaus übernehmen Exilsyrer die Rolle als Sprachrohr ihrer Landsleute im Ausland.¹⁷ So haben sich in den letzten Jahren vor allem in Washington, Paris und London Zentren syrischer Exilopposition gebildet, die nun verstärkt den öffentlichen Diskurs bestimmen.¹⁸

Im Gegensatz zu den innersyrischen Oppositionellen können sie ihre Visionen und Ziele offensiver und unzensiert äußern, indem sie vehement auf einen Regimewechsel drängen. Mehrere Konferenzen der internationalen Opposition in der Türkei oder Brüssel zeigen deutlich das Engagement dieser unterschiedlichen Gruppen und Bewegungen. Dass bislang nur eine dieser Konferenzen in Damaskus stattfand, ist auch auf die Repressionsmaßnahmen des syrischen Regimes zurückzuführen, verdeutlicht allerdings auch die Spaltung der inneren und äußeren Opposition.

Um diese Spaltungstendenzen zu überwinden, initiierte ein Teil der Exilopposition einen Nationalen Übergangsrat, der sich am 30. August 2011 gründete und insgesamt 94 Mitglieder (davon 42 aus Syrien) umfasst. Er soll das Gremium für die Transition werden. Als Präsident wurde der einflussreiche und renommierte Dissident Burhan Ghalioun, Pariser Exilsyrer und Direktor des *Centre d'Etudes sur l'Orient Contemporain* (CEOC) an der Universität Sorbonne, bestimmt. Der Umstand, dass der designierte Vorsitzende Ghalioun zunächst darüber uninformiert war und sich später hiervon distanzierte, lässt jedoch nicht darauf schließen, dass dieses Pro-

jekt erfolgreich sein wird. Erschwert wird die Arbeit des Rates auch dadurch, da sich neben diesem Gremium noch andere ähnliche Initiativen gebildet haben, die ähnliche Ziele anstreben und ähnliche Forderungen vertreten. So warben bereits im April US-amerikanische Exilsyrer für die „Nationale Initiative für Veränderung“. Es folgte die „Konferenz für Veränderung“ in Antalya sowie die Konferenz unter der Ägide des Nationalen Rettungsrats. Daneben formierten sich in Antakya übergelaufene Militärs zur „Freien Offizier-Bewegung“, die ihre Aufgabe im Schutz der Aufständischen sieht. Allein durch die mangelnde Repräsentanz inländischer Syrer waren die Ergebnisse eher unbefriedigend.

Hier besteht die Gefahr einer inneroppositionellen Konkurrenz, sodass von einer geeinten, homogenen Protestbewegung im In- und Ausland keineswegs gesprochen werden kann. Dies ist kein neues Phänomen innerhalb der syrischen Opposition: So muss man die bisherigen Versuche, offizielle Oppositionsorgane zu gründen, aufgrund mangelnder Legitimation als gescheitert betrachten. Bereits 2005 hatten 250 Oppositionelle unterschiedlichen Hintergrunds, sowohl säkular wie religiös, Kurden und Araber, die *Damascus Declaration* ausgearbeitet. Sie beinhaltete die Forderung eines demokratischen Wandels. Bereits hier wurde die Frage der Legitimation vorerst offen gelassen. Im Nordosten des Landes protestieren Menschen in den mehrheitlich von Kurden besiedelten Gebieten. Die Kurden stellen rund 10% der syrischen Bevölkerung und sind damit die größte ethnische Minderheit des Landes. Die Lage der Kurden in Syrien ist seit Jahrzehnten angespannt, da sie systematisch vom Regime benachteiligt werden. Vielen Kurden wurde die syrische Staatsbürgerschaft verweigert, immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Protesten, zuletzt im März 2004 nach einem Zwischenfall in einem Fußballstadion. Im Zusammenhang mit solchen Ereignissen kommt es regelmäßig zu Massenverhaftungen. Die Kurden werden vom Regime als Sicherheitsrisiko betrachtet. So begann die Regierung 1973 die Einrichtung eines so genannten „Arabischen Gürtels“ entlang der türkischen Grenze. Arabische Beduinenstämme wurden auf einer Länge von 300 Kilometern angesiedelt, die dort ansässigen Kurden wurden enteignet und zu Ausländern erklärt¹⁹. Die

¹⁷ Ziadeh, Radwan: Vielfalt des Aufstands – Syriens Oppositionsbewegung, <http://de.qantara.de/Vielfalt-des-Aufstands/17084c17585i1p234/>, abgerufen am 30.08.2011.

¹⁸ Dazu gehören u. a. die Dissidenten in Washington Radwan Ziadeh, Najib Ghadban oder Farid al-Ghadry, die syrischen Muslimbrüder in London oder Burhan Ghalioun und Abdul Khaddam in Paris.

¹⁹ Wanli, Ismet Serif: The Kurds in Syria and Lebanon, in: The Kurds: A Contemporary Overview, London 1992, S. 157-161.

islamistische Opposition in Gestalt der syrischen Muslimbrüder wurde nach dem Attentat von Hama 1982²⁰ innerhalb Syriens von Hafiz al-Assad und seinem Sohn marginalisiert und vehement verfolgt. So hat sich eine starke Exilopposition gebildet, die vor allem aus London agiert. Sie lehnen das Regime al-Assad auch aus religiösen Motiven ab: Viele Muslimbrüder sehen in der Religionsgruppe der Alawiten, zu denen auch Präsident Bashar al-Assad sowie sein engerer Machtzirkel gehören, islamische Häretiker. Sie stellen damit die Legitimität des Regimes direkt in Frage. Die Facebook-Seite „The Syrian Revolution 2011“, die aktuell rund 280.000 „Mitglieder“ zählt, wird Berichten zufolge von einem in Schweden lebenden Exilsyrer betrieben, der aktiver Muslimbruder sein soll. Anders als in Ägypten spielt das Internet in Syrien jedoch eine eher untergeordnete Rolle, da es von den Sicherheitsapparaten kontrolliert wird und noch nicht flächendeckend in Syrien etabliert ist. So sind beispielsweise lediglich 30.000 Syrer im sozialen Netzwerk Facebook angemeldet.²¹

In der erwähnten Stadt Deraa, in der die Proteste ihren Anfang nahmen, handelt es sich bei den Protestierenden wiederum überwiegend um sunnitische Araber, denen die Al-Omari-Moschee als Versammlungsort dient. Dass sich Oppositionelle im Schutze einer Moschee treffen, ist in der arabischen Welt nichts ungewöhnliches und muss nicht unbedingt auf eine extrem religiöse Einstellung schließen lassen. Die Al-Omari-Moschee wurde am 23. März 2011 von syrischen Sicherheitskräften gestürmt. Dabei sollen mehr als 100 Menschen erschossen worden sein.

Neben diesen einzelnen Akteuren kam es auch an Universitäten zu Protesten, so etwa an der Universität von Damaskus. Von einer organisierten Studierendenschaft gegen die Regierung lässt sich aber nicht sprechen. Vor dem Hintergrund, dass sich an den Protesten mehr Menschen beteiligen, als diese Akteure in der Lage wären jeweils zu mobilisieren, kann davon gesprochen werden, dass die Protestbewegung quer durch die Bevölkerung geht, wie es zuvor auch in Ägypten und Tunesien zu beobachten war.

Eine Entwicklung ähnlich in Libyen, wo sich schnell mit dem Nationalen Übergangsrat ein Sprachrohr des Aufstands entwickelte, kann für Syrien bislang nicht konstatiert werden. Dies wird allerdings auch vom syrischen Militär verhindert, indem durch massive Operationen keine „befreiten Rebellenhochburgen“ ähnlich dem libyschen Benghazi entstehen können, was die Schlagkraft der Opposition unterminiert. Ein weiteres wesentliches Problem dieser dezentralisierten Opposition, neben der eingeschränkten Koordination auf nationaler Ebene, erwächst daraus, dass im Falle eines Eingreifens von Seiten der internationalen Gemeinschaft der Ansprechpartner zur Abstimmung fehlt, ganz zu schweigen von der Problematik des Machtanspruches nach dem Fall des Assad-Regimes.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind noch nicht exakt in Zahlen zu messen. Die Unruhen haben dennoch schon jetzt Auswirkungen auf den Tourismus als wichtige Einnahmequelle, der aufgrund der Krise praktisch zum Erliegen gekommen ist. Auch der Handel sowie die Auslandsinvestitionen gingen stark zurück. Was allerdings die mittelfristigen Folgen angeht, so dürfte ein vollständiger Zusammenbruch der Wirtschaft unwahrscheinlich sein. Schon die internationale Finanzkrise ging relativ glimpflich an Syrien vorbei, da das Land wirtschaftlich eher isoliert ist. Das Regime verfügt über hohe Devisenreserven, und da die großen Firmen in staatlicher Hand oder Vertrauten des Regimes sind, haben sie voraussichtlich kurzfristig keine ernststen Probleme. Zwar haben die USA bis Ende August ihre Sanktionen noch einmal verschärft, so dass nun Geschäfte mit hochrangigen syrischen Staatsvertretern sowie deren Firmen verboten wurden. Ölimporte in die USA wurden ebenfalls untersagt, deren Volumen aber zu vernachlässigen ist. Eine stärkere Auswirkung dürften mittelfristig die Sanktionen der EU haben. Syrien exportiert derzeit ca. 95% seiner Tagesproduktion von 150.000 Barrel in die EU. Dies summierte sich im vergangenen Jahr auf Einnahmen in Höhe von rund 3,6 Mrd. EUR. Am 1. September hat

²⁰ Der damalige Präsident ließ eine Revolte unter Führung der Muslimbrüder blutig und unter Einsatz von Panzern zusammenschießen. Nach Schätzungen gab es mindestens 10.000 Tote. Noch heute haben die Muslimbrüder in Hama eines ihrer Zentren.

²¹ Davon ausgenommen sind bestimmte Ereignisse, die als Video auf dem Internetportal *Youtube* für internationales Aufsehen gesorgt haben. Die Videodokumentierung des Leichnams des 13-jährigen Hamza al-Khatib im Mai 2011 in Deraa sorgte für weltweite Aufmerksamkeit. Er gilt ähnlich wie Neda Agha-Soltan im Iran, Mohamed Bouazizi in Tunesien und Khaled Saeed in Ägypten als Märtyrer und Gesicht der Aufstände.

die EU nun den Import von syrischem Öl verboten. Allerdings tritt dieses Verbot auf Grund von bestehenden Lieferverträgen mit Italien erst im November 2011 in Kraft. Sollte das Embargo längere Zeit andauern, könnte es also zu großen wirtschaftlichen Problemen führen, da sich der Staatshaushalt zu großen Teilen auf diese Einnahmen stützt. Lohnkürzungen könnten die Folge sein, was den Unmut in der Bevölkerung noch verstärken würde. Syrien hat zwar die Option, das Öl auch an Staaten wie China zu exportieren, könnte aber gezwungen sein, es unter Marktpreisen zu verkaufen. Neben den Öl-Sanktionen hat die EU die Konten von 54 hochrangigen Vertretern des Regimes eingefroren. Kurzfristig dürfte es vor allem die Zivilbevölkerung sein, die unter den wirtschaftlichen Auswirkungen zu leiden hat. So bekommt sie die Ausfälle aus dem Tourismusgeschäft direkt zu spüren. Weitere gravierende wirtschaftliche Auswirkungen könnte auch das dramatisch verschlechterte Verhältnis zum nördlichen Nachbarn Türkei mit sich führen. Im Zuge der Proteste wandte sich die türkische Regierung unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, traditionell enger Verbündeter Syriens²², von Bashar al-Assad ab. Bis dahin war die Türkei einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Syriens; so wurde die Visumpflicht zwischen beiden Ländern aufgehoben. Der türkische Einfluss zeigt sich deutlich in Aleppo, wo die Mehrzahl der zu erwerbenden Waren aus türkischer Produktion stammt. Mittlerweile könnte eine Schließung der Grenzen durch die Türkei den Druck auf Syrien erhöhen. International ist das syrische Regime mittlerweile weitgehend isoliert und Bashar al-Assad gilt als diskreditiert. Die Weltgemeinschaft, allen voran die USA, die EU, aber auch die Arabische Liga riefen das Regime dazu auf, die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung einzustellen. Selbst bei einem der engsten Verbündeten Syriens, Iran, zeigt sich mittlerweile erste Skepsis gegenüber dem Vorgehen des Regimes. Eine militärische Intervention von außen gilt aufgrund der sensiblen geostrategischen Lage in Bezug auf sein ambivalentes Verhältnis zu Israel, Iran und zum Libanon zwar als unwahrscheinlich, dennoch hat das Regime kaum noch Rückhalt in der Region, auf die man zurückgreifen könnte.

V. Bisherige Reaktionen staatlicher Akteure

Zu Beginn waren sich allerdings externe wie interne Beobachter noch einig, dass Präsident Bashar al-Assad nach den Vorfällen in Deraa die Lage wieder hätte in den Griff bekommen können²³. Seine Person war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Frage gestellt. Man beklagte das System und erwartete von ihm klare Worte hin zu einem Wandel. Um die Proteste zu beruhigen, beschloss die Regierung am 27. März 2011 den Ausnahmezustand in Form des Notstandsgesetzes aufzuheben. Zwei Tage später, als die Proteste weiter andauerten, trat die Regierung in Form von Ministerpräsident Muhammad Naji al-Utri sowie seinem Kabinett geschlossen zurück.

Am 30. März 2011 äußerte er sich in einer Rede vor dem Parlament, die jedoch von vielen als Enttäuschung empfunden wurde. Letztlich reduzierte er die Proteste auf ausländische Verschwörer und lehnte damit ein inhaltliches Entgegenkommen an die Demonstranten ab. Sofern das Regime dachte, dass diese kompromisslose Politik die Proteste ersticken würde, erreichte sie das Gegenteil. Al-Assad hatte durch sein rücksichtsloses und brutales Vorgehen, seine desillusionierende Rede und seine vorgebrachten Verschwörungstheorien die Hoffnungen in einen schrittweisen Wandel des Systems enttäuscht und das Wohlwollen in seine Person schwand zusehends. Die Proteste, Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat intensivierten sich danach. Erst am 21. April 2011 erklärte Bashar al-Assad dann den Ausnahmezustand für aufgehoben und setzte damit eine zentrale Forderung der Opposition um. Darüber hinaus kündigte er die Auflösung der Staatssicherheitsgerichte an, durch die bisher Oppositionelle schnell und intransparent verurteilt werden konnten. Er erhöhte die Sozialleistungen, kürzte Subventionen, reduzierte die Dauer der Wehrpflicht und senkte die Tee- und Kaffeesteuern. Doch es war zu spät, al-Assad hatte den Zeitpunkt offenbar verpasst, dem Unmut weiter Teile der Gesellschaft ernsthaft entgegenzutreten.²⁴ Stärker als zuvor warf man ihm und seiner Entourage Korruption, Nepotismus und Brutalität vor. So

²² Diese engen Beziehungen sind vor allem darauf zurückzuführen, dass die Türkei in Syrien einen stabilen Nachbarn benötigte, um die syrischen Kurden kontrolliert zu wissen.

²³ Doering, Martina: Syrien: Vorwärtsbewegung des Assad-Clans, in: Frank Nordhausen, Thomas Schmid (Hrsg.): Die arabische Revolution, Berlin 2011, S. 123.

²⁴ Mittlerweile wandten sich auch zunehmend systemtreue Akteure von al-Assad ab: So traten in Deraa zwei Parlamentsabgeordnete und im August der Generalsstaatsanwalt von Hama mit der Begründung zurück, dass sie die Zivilbevölkerung nicht vor den Übergriffen der Sicherheitskräfte schützen konnten.

richteten sich die Vorwürfe auch gegen enge Angehörige des Elitenzirkels. Zur Personifizierung des korrupten Assad-Regimes wurde der in der Öffentlichkeit verhasste Cousin des Präsidenten und Freund aus Kindertagen Rami Makhlouf, einer der einflussreichsten Wirtschaftsmagnaten des Landes. Der Multi-tycoon war bereits Gegenstand von US- und EU-Sanktionen gegen Korruption gewesen. Sabotage und Zerstörung von Seiten der Demonstranten richteten sich nun nicht mehr nur gegen staatliche Institutionen, sondern auch gegen mit Makhlouf verbundene Einrichtungen wie z. B. Mobilfunkgeschäfte der syrischen Telefongesellschaft Syriatel. Mitte Juni 2011 distanzierte sich Makhlouf öffentlich vom syrischen Korruptionssystem und bekundete, dass er seine Erträge aus den Geschäften mit Syriatel den Hinterbliebenen der Protestopfer zugute kommen lassen wollte.

Trotz der Aufhebung des Ausnahmezustandes und anderen den Demonstranten entgegenkommenden Maßnahmen ebten die Proteste nicht ab und weiteten sich dagegen noch aus. Die Sicherheitskräfte reagierten mit kalkulierter, aber brutaler Gewalt. Teilweise erreichten die Auseinandersetzungen bürgerkriegsähnliche Zustände. So wurden etwa die Städte Deraa, Baniyas, Hama und Homs von Strom, Telekommunikation und der Wasserversorgung abgeschnitten und von Panzern eingekreist. Während nach offizieller Wortwahl darauf beharrt wurde, dass das Regime gegen Extremisten vorgehe, verkündete der syrische Informationsminister im Mai 2011, dass man einen nationalen Dialog starten werde, der Reformen erarbeiten solle. Im Juni hielt Bashar al-Assad an der Damaszer Universität seine dritte Rede seit dem Ausbruch der Proteste, in der er die Möglichkeit zu weiteren Reformen in Aussicht stellte, dafür aber einen Gewaltverzicht von den Protestierenden einforderte.

VI. Zukunftsszenarien

Trotz dieser Ankündigungen herrscht derzeit eine beunruhigende und hochexplosive Situation in Syrien vor. In weiten Teilen des Landes begegnet die Staatsmacht den Protesten mit Härte, ohne diese zu unterbinden. Gleichzeitig haben sich die Hoffnungen der Demonstranten, während des Fastenmonats Ramadan deutliche Fortschritte zu erreichen, nicht erfüllt. So sind allein im Monat August 473 Aktivisten ums Leben gekommen. Die

Lage könnte jedoch eine weitere Eskalations-ebene erreichen, sollten die bislang friedlich agierenden Demonstranten auf die Staatsgewalt mit Gegengewalt reagieren. Dies könnte die Anzahl der Opfer drastisch erhöhen, die brutale Vorgehensweise der Sicherheitskräfte dadurch durch die Regierung legitimiert und die Opposition zunehmend kriminalisiert werden.

Nach wie vor beteiligen sich keineswegs alle Gesellschaftsteile an den Aufständen. Vor allem die Profiteure des Assad-Systems, die religiösen Minderheiten, die sunnitische Mittelschicht und die Angehörigen des staatlichen Repressionsapparates fürchten den Verlust ihres Einflussbereiches nach dem Sturz al-Assads. Der multikonfessionelle Vielvölkerstaat Syrien könnte nach al-Assad in einem blutigen Bürgerkrieg versinken, der von sunnitischen Rachefeldzügen gegen die alawitischen oder christlichen Minderheiten geprägt wird, so die Annahme. Die Kurden und militanten Islamisten könnten stärkeren Einfluss erlangen, die wirtschaftlichen Eliten marginalisiert und entmachteter werden. Auch daraus erklärt sich das kompromisslose Vorgehen des Regimes: Noch weiß es einige wichtige gesellschaftliche Akteure hinter sich, noch handelt es sich nicht um eine flächendeckende Revolte. Davon zeugt auch die relative Ruhe in der Hauptstadt Damaskus und der Handelshochburg Aleppo: Hier haben vor allem Angehörige der urbanen Mittelschicht mehr zu verlieren, sollte al-Assad stürzen, so dass sie zwar das derzeitige Vorgehen nicht gutheißen, aber tolerieren, um ihren eigenen Status quo zu bewahren. Sie profitierten zumindest graduell von den vorsichtigen Wirtschaftsreformen der letzten Jahre und wollen es nicht riskieren, diesen Fortschritt zu verlieren. Außerdem fehlt bislang durch die Zersplitterung der Opposition eine attraktive und mehrheitsfähige Vision für die Zukunft nach al-Assad. Als abschreckendes Beispiel dient auch das Nachbarland Irak, das nach dem Sturz Saddam Husseins in einem jahrelangen blutigen Bürgerkrieg versank, indem die unterschiedlichen ethnischen und konfessionellen Gruppen eine dauerhafte Stabilität verhinderten. Viele andere fürchten sich vor den brutalen Gegenmaßnahmen des Regimes. Hinzu kommt die massive staatliche Propaganda, die Misstrauen auf externe Akteure wie die USA und Israel, Islamisten und „Feinde Syriens“ schürt, die Rezipienten verstört und dazu geführt hat, dass viele weder

dem Staat noch den Demonstranten Glauben schenken. So kreiert das Regime durch Propaganda und Gewalt ein Klima der Angst, das noch zu Passivität führt und erreicht damit, die Situation noch kontrollieren zu können. Sollte sich diese Passivität der unentschlossenen Mehrheit jedoch in offene Abneigung gegen das Regime wandeln, würde al-Assad schnell den letzten Rückhalt verlieren.

Demzufolge könnte eine Verschärfung der wirtschaftlichen Situation dazu führen, dass sich die einflussreiche Mittelschicht, die Händler auf den Basaren, von ihrem einstigen Förderer al-Assad abwenden. Ebenso könnten Bestrebungen der Opposition, den überkonfessionellen und -ethnischen Charakter der Aufstände zu betonen, die nationale Einheit stärken und so die Angst der religiösen Minderheiten reduzieren. So wiesen alawitische, christliche und sunnitische Oppositionelle bereits gemeinsam auf diese innere Einheit trotz existierender konfessioneller Heterogenitäten hin. Derzeit kann die Lage in Syrien als hochexplosive Pattsituation beschrieben werden. Zwar erscheint ein Sturz des Assad-Regimes nicht ausgeschlossen, doch ist derzeit keine innere Spaltung bei Militärelite, Sicherheitseinheiten oder Militärdiensten zu konstatieren.

Da die Führungspositionen fast durchgängig mit Alawiten und engen Vertrauten al-Assads besetzt sind, bedeutet ein Sturz des Regimes auch gleichzeitig ein Sturz des Systems. Dies soll mit aller Macht verhindert werden. Es scheint, als kämpfe das gesamte syrische Establishment um sein Überleben. Dagegen scheint die Bevölkerung entschlossen zu sein, die Proteste weiter durchzuführen. Vor allem die Ereignisse in Tunesien und Ägypten, vielmehr aber noch in Libyen haben die Widerstandsbewegungen ermutigt. Jedoch erscheint ein internationales militärisches Eingreifen in Syrien als äußerst unrealistisch, sodass der Druck ausschließlich über diplomatische Initiativen, Sanktionen und kompromisslose Rhetorik erhöht werden kann. Zusätzlich sollte versucht werden, regionale Akteure und langjährige Partner Syriens wie Iran oder die Türkei zu gewinnen, den Druck auf al-Assad zu erhöhen. So existieren unbestätigte Berichte, die auf erste Gespräche zwischen Katar und Iran verweisen, in denen über die Einflusssphären in Syrien nach dem Sturz al-Assads diskutiert worden sein soll.

Alexander Rieper (mit Bearbeitung von Johannes Struck und Sebastian Sons)

VII. Literaturangaben

AMNESTY INTERNATIONAL REPORT 2011, Frankfurt am Main 2011.

ARMBRUSTER, JÖRG: Der arabische Frühling, Frankfurt/Main, 2011.

BATUTU, HANNA: Syria's Peasantry, the Descendants of Its Lesser Rural Notables, and Their Politics; Princeton 1990.

BUCK, JOAN JULIET: Asma al-Assad: A Rose in the Desert, in: *Vogue*, 25. Februar 2011.

GEORGE, ALAN: Fortschritt oder Lähmung: Baschâr al-Assads Syrien, in: Hartmut Fähndrich (Hrsg.): *Vererbte Macht – Monarchien und Dynastien in der arabischen Welt*, Frankfurt/Main 2005.

MARTINA DOERING: Syrien: Vorwärtsbewegung des Assad-Clans, in: Frank Nordhausen, Thomas Schmid (Hrsg.): *Die arabische Revolution*, Berlin 2011.

MOUBAYED, SAMI: *Steel & Silk: Men and Women Who Shaped Syria 1900-2000*, Seattle 2006.

PERTHES, VOLKER (HRSG.): *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, Berlin 2002.

VAN DAM, NIKOLAOS: *The Struggle for Power in Syria*, London 1981.

WALL STREET JOURNAL

WANLI, ISMET SERIF: The Kurds in Syria and Lebanon, in: *The Kurds: A Contemporary Overview*, London 1992.

WIELAND, CARSTEN: Syrian Scenarios and the Levant's Insecure Future, in: *Orient III*/2011, S. 41-45.

Landesdaten Libanon

Fläche ¹	2011	10.400 km ²
Bevölkerung ²	2010	4.300.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	416
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber 95%, Armenier 4%, Andere 1%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime 59,7%, Christen 39%, Andere 1,3%
Durchschnittsalter ⁶	2010	29,8 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	23%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	68%
Lebenserwartung ⁹	2010	72,4 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	9.800.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	1,8
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	87,4%
Mobiltelefone ¹³	2009	1.526.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	1.201.820
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	1.201.820
Wachstum BIP ¹⁶	2010	7,0%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	13.510 USD
Arbeitslosigkeit	2010	9,2%
Inflation ¹⁸	2011	6,5%
S&P-Rating ¹⁹	2011	B
Human Development Index Rang ²⁰	2009	Rang 83 (von 177)
Bildungsniveau ²¹	2010	Rang 68 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²²	2010	k. A.
Politische Teilhabe ²³	2009	35,5%
Korruptionsindex ²⁴	2010	Rang 127 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ World Bank, Population Density, <http://data.worldbank.org/country/Libanon>.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook: 17 anerkannte Religionsgemeinschaften insgesamt, Angaben zu den Bevölkerungsgruppen sind lediglich Schätzungen, die letzte offizielle Volkszählung wurde 1932 durchgeführt

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ CIA – The World Factbook.

⁸ CIA – The World Factbook.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ CIA – The World Factbook.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁶ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁷ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁸ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁹ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://hdr.undp.org/en/data/trends>.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²³ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁴ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_in_dices/cpi/2010.

Libanon

Im kleinen Staat Libanon (Bevölkerungszahl 4,3 Mio.) leben insgesamt 17 anerkannte Religionsgemeinschaften. Aufgrund seiner multiethnischen Struktur sowie seiner geostrategischen Lage ist das Land der Einflussnahme verschiedener interner und externer Machthaber unterworfen. Anfang 2011 entwickelte sich dagegen eine zaghafte Protestbewegung, deren Mobilisierungskraft jedoch kaum mit der Zedernrevolution von 2005 vergleichbar ist. Die Zukunft Libanons hängt in hohem Maße von den Entwicklungen im Nachbarland Syrien ab. Da die Hauptforderungen der jüngsten Demonstrationen sich auf die Abschaffung des Proporzsystems belaufen, soll auf die Merkmale und Problemfelder des libanesischen politischen Systems besonders eingegangen werden.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Das politische System des Libanon basiert auf einer Konkordanzdemokratie, auch Proporzdemokratie oder Konfessionalismus genannt. Konkordanzdemokratien zielen darauf ab, eine möglichst große Zahl von Akteuren (Parteien, Verbände, Minderheiten, gesellschaftliche Gruppen) in den politischen Prozess einzubeziehen und Entscheidungen durch Herbeiführung eines Konsenses zu treffen. Demzufolge spielt die Mehrheitsregel als Entscheidungsmechanismus keine zentrale Rolle im politischen System. In Europa gelten unter anderem die Schweiz und Luxemburg als konkordanzdemokratisch. Diese Form der Volksherrschaft bietet theoretisch Vorteile für sehr heterogene Staaten, da auch die Interessen der Minderheiten vertreten werden und somit soziale Unruhen verhindert werden können. Gleichzeitig wird vermieden, dass eine Minderheit an der Macht über die Mehrheit regieren kann.

Im Libanon sind die politischen Ämter nach einem Proporzsystem unter den verschiedenen religiösen Gruppen aufgeteilt. Die Verteilung der Ämter nach einem Proporz von sechs Christen zu fünf Muslimen geht auf eine Volkszählung von 1932 zurück. Damals hatten die christlichen Maroniten mit 51,2% eine hauchdünne Mehrheit vor den Muslimen. Fortan war der Posten des Staatspräsidenten

einem Maroniten vorbehalten, der Ministerpräsident musste aus den Reihen der Sunniten stammen und die Rolle des Sprechers der Nationalversammlung war für die Schiiten vorgesehen. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit 1943 von der Mandatsmacht Frankreich war der Konfessionalismus zunächst als Übergangslösung angedacht, um zum einen die Verbündeten Frankreichs, die Maroniten, zu stärken und gleichzeitig die zahlreichen anderen religiösen Gruppen am politischen Prozess zu beteiligen.

Doch der Fall Libanon zeigt, dass es mithilfe der Konkordanzdemokratie nur unzureichend gelungen ist, ein nationales Bewusstsein zu schaffen. Dies hängt damit zusammen, dass in einer Proporzdemokratie nicht die Mehrheit entscheidet, sondern der Konsens. Politische Entscheidungen werden oft behindert, da keine Kompromisslösung gefunden wird, die alle politisch-konfessionellen Gruppen befriedigt und mit der sich keine der Gruppen übergeben fühlt. Zudem ist das System starr und unflexibel, was der Dynamik der libanesischen Gesellschaft widerspricht. So hat sich die Bevölkerungsstruktur seit 1932 erheblich gewandelt: Bei Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahr 1975 hatte sich das Verhältnis von Christen zu Muslimen bereits stark zugunsten der Muslime umgekehrt (40% Christen, 60% Muslime). Während des Bürgerkrieges sind die Schiiten zur größten politisch-konfessionellen Gruppe geworden, schon 1988 machten sie ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, während die Christen mit 30-35% längst eine Minderheit darstellten. Diese demographische Entwicklung lässt sich auf Migration und unterschiedlich hohe Geburtenraten zurückführen. Der politische Druck insbesondere der Schiiten reflektiert die demographische Realität und ist Ausdruck ihrer Forderung nach einer größeren politischen Beteiligung im Staat. Die offensichtliche Bevorzugung der Maroniten durch das System führte zur Frustration der benachteiligten Gruppen und verursachte zahlreiche Krisen und Konflikte, darunter den verheerenden Bürgerkrieg von 1975 bis 1990.

Ein weiteres Problem der Anwendung des Konfessionalismus auf den Libanon ist, dass es die Entstehung von Eliten fördert. An den politischen Entscheidungen sind nur Repräsentanten beteiligt, die Partikularinteressen vertreten, um möglichst viele Vorteile für die eigene Gruppe zu erzielen. Dies ist für die

Entstehung eines Nationalgefühls eher hinderlich. Die Überwindung des politischen Konfessionalismus, die sowohl im Nationalpakt von 1943 als auch im Abkommen von Ta'if 1989 als Ziel formuliert ist, scheiterte bis heute an dem Unwillen der Eliten, die durch eine demographische Anpassung des Proporzsystems einen Teil ihrer Macht verlieren könnten.

Aufgrund der großen Heterogenität der libanesischen Gesellschaft, in der die religiösen Gruppen auch gleichzeitig unterschiedliche soziale Schichten repräsentieren¹, war der Libanon in seiner Geschichte mehrmals Schauplatz regionaler Konflikte, in denen Syrien, Israel und Iran ihre jeweiligen Interessen durchsetzen wollten. Hierzu unterstützten sie die untereinander konkurrierenden politisch-konfessionellen Gruppen und gingen zu verschiedenen Zeitpunkten wechselnde Allianzen ein. Dieses Zusammenspiel von innenpolitischen Machtkämpfen zwischen den Gruppen, Rivalitäten innerhalb der einzelnen politisch-konfessionellen Gruppen und externen Einflüssen regionaler Nachbarstaaten sowie überregionaler Staaten (USA, Frankreich) bestimmt die Komplexität der libanesischen Problemlagen.

Anstatt die tief gesplante Gesellschaft durch die Anerkennung der Vielfalt zu einer staatlichen Einheit zu formen, hat dieses politische System im Libanon eher zu einer noch stärkeren Fragmentierung geführt. In Krisenzeiten hat sich immer wieder gezeigt, dass sich die Libanesen in ihre eigene religiöse Gruppe zurückziehen. Dies hängt mit der Schwäche der politischen Parteien zusammen, überkonfessionell agierende Politiker gibt es kaum. Der Konfessionalismus durchdringt auch andere gesellschaftliche Bereiche, die Medien gliedern sich größtenteils entlang konfessioneller Linien. Auch die libanesischen Geschichtsschreibung ist zutiefst von Konfessionalismus geprägt.

Das Beharren auf diesem politischen Konfessionalismus war wesentliche Ursache für den Ausbruch des Bürgerkrieges, der von 1975

bis 1990 dauerte und insgesamt über 150.000 Menschenleben forderte, 800.000 verließen zusätzlich das Land. In den Konflikten waren in wechselnden Allianzen und teils inneren Konflikten auch die Palästinenser, Israel, Syrien und die USA beteiligt. Hintergrund des Konflikts waren lange zuvor bestehende Auseinandersetzungen hinsichtlich der Identität des Libanon, der Machtverteilung im Staat sowie sozioökonomische Spannungen. Religiöse Motive spielten eher eine untergeordnete Rolle. Diese Auseinandersetzungen wurden konfessionalisiert, um Eigeninteressen der einzelnen Gruppen durchzusetzen. Aufgrund des Mangels an staatlichen Institutionen und der Bedeutung klientelistischer Netzwerke konnte der Konflikt nicht reguliert werden und wurde somit durch Gewalt ausgetragen.

Bereits seit den 1950er Jahren wuchsen die Spannungen zwischen arabischen Nationalisten und prowestlichen Christen. Der Ausbruch offener Kämpfe begann jedoch erst mit der Ankunft der 1970 aus Jordanien vertriebenen bewaffneten Kräfte der PLO (*Palestine Liberation Organization*). Zu Kriegsbeginn standen sich die Libanesischen Nationalbewegung (LN; muslimisch-drusische² Allianz aus linken und teilweise traditionellen Kräften, die ein Bündnis mit der PLO eingingen) und die Libanesischen Front (LF; christlich-maronitische Allianz rechter Parteien und Gruppen) gegenüber. Die LN forderte eine Reform des politischen Systems, die LF beharrte auf den alten Machtverhältnissen und bestand auf einer Vertreibung der Palästinenser-Milizen. 1976 kam es zu einer Intervention syrischer Truppen, die sich zunächst auf die Seite der christlichen Fraktion stellten. 1978 marschierte Israel in den Südlibanon ein, 1982 zwangen die israelischen Truppen die PLO zum Rückzug aus dem Libanon. Israel besetzte bis zum Sommer 2000 zusammen mit der Südlibanesischen Armee (SLA) einen Teil des Südlibanons.

Das Friedensabkommen von Ta'if führte 1989 unter saudi-arabischer Vermittlung zum Ende des Bürgerkrieges. In ihm wurden weitreichende Reformen des politischen Systems

¹ Die von den Schiiten bewohnten Gebiete der Beqaa-Ebene und des Süd-Libanons gehören historisch zu den unterentwickelten Regionen des Landes (schlechte Infrastruktur, mangelnde Bildungseinrichtungen). Die häufigen kriegerischen Auseinandersetzungen im Südlibanon schwächten ihre Entwicklung zusätzlich. Die Maroniten hingegen, die über Jahrhunderte hinweg mit den Drusen die Politik des Landes bestimmten, gehören finanziell und bildungsbedingt zur Oberschicht des Landes.

² Die Drusen sind im frühen 11. Jahrhundert aus der ismailitischen Schia hervorgegangen. Sie bekennen sich zu einer Geheimreligion, die auch Elemente des Platonismus und die Lehre der Seelenwanderung beinhaltet und aufgrund dessen von vielen Muslimen als Häresie abgelehnt wird. Die Drusen unterteilen sich religiös betrachtet in „Wissende“ (arabisch: *uqqa*) und „Unwissende“ (arabisch: *juhha*). Im Libanon entspricht ihr Bevölkerungsanteil etwa 10%. Dank ihrer wechselnden politischen Bündnisse konnten sie bis heute politischen Einfluss wahren.

vereinbart: Die Ämter wurden fortan zu gleichen Teilen unter Christen und Muslimen aufgeteilt, die Rolle des (sunnitischen) Ministerpräsidenten wurde gegenüber dem (maronitischen) Staatspräsidenten entscheidend aufgewertet. Der Vertrag sprach sich für eine schrittweise Überwindung des Konfessionalismus aus. Des Weiteren legitimierte der Vertrag die syrische Militärpräsenz im Land. 1990 begann unter Aufsicht der syrischen Armee die Demilitarisierung der Milizen. Einzig die Hizbullah durfte ihre Waffen mit der Begründung behalten, den Widerstand gegen die israelischen Besatzungstruppen im Südlibanon aufrechtzuerhalten.

Die islamistische Hizbullah hatte sich 1982 unter dem Eindruck des israelischen Eingreifens in den libanesischen Bürgerkrieg gegründet. Sie verfolgt auch sozialpolitische Ziele, etwa im Bereich Bildung und Gesundheitswesen. Die schiitische, von Iran und Syrien unterstützte Organisation verfügt über einen politischen und einen militärischen Arm und bildet heute *de facto* einen „Staat im Staate“. Im Libanon ist sie mittlerweile zu einer der bedeutendsten politischen Kräfte des Landes geworden, stellt seit dem Juli 2005 zwei Minister und unterhält soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen und Waisenhäuser. Generalsekretär der „Partei Gottes“ ist seit 1992 Hassan Nasrallah. Die Hizbullah, die faktisch das gesamte öffentliche Leben der schiitischen Bevölkerung im Südlibanon und in Süd-Beirut organisierte und finanzierte, sorgte dafür, dass die beiden Hauptinteressen Syriens im Libanon – die Präsenz syrischer Truppen und die Aufrechterhaltung des Drucks auf Israel – verwirklicht wurden.

Die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri³ löste 2005 eine Reihe von Demonstrationen hauptsächlich in Beirut aus. Diese Kette von Protesten wird als „Zedernrevolution“ bezeichnet⁴. Ausschlaggebende Beweise für einen Verantwortlichen des Anschlages auf Hariri gab es nicht, jedoch richtete sich der Verdacht hauptsächlich auf die syrische Regierung aufgrund ihres umfangreichen Militär- und Geheimdiensteinflusses im Libanon sowie das zuletzt

angespannte Verhältnis zwischen dem Ministerpräsidenten und der syrischen Regierung. Aufgrund seiner politischen und militärischen Rolle während des Bürgerkrieges im Libanon übte Syrien einen prägenden Einfluss auf das Land aus. Nach dem Anschlag gingen bürgerliche Gruppen verschiedenster Konfessionen gemeinsam auf die Straßen und demonstrierten für den Rückzug der syrischen Truppen und Sicherheitsbeamten aus dem Libanon, für ein Ende der syrischen Einflussnahme auf die libanesischen Politik und damit verbunden forderten sie eine Organisation von freien parlamentarischen Wahlen. Als Folge der Demonstrationen und auf internationalen Druck durch die USA und Frankreich zogen die syrischen Truppen 2005 vollständig ab und die pro-syrische Regierung trat zurück.

Seitdem haben sich zwei rivalisierende politische Blöcke formiert: Die Bündnisse „8. März“ und „14. März“. Die wichtigsten Parteien, die zum „14. März“ gehören, die der Sohn des Ermordeten, Saad Hariri führt, sind die Zukunftsbewegung, die Fortschrittliche Sozialistische Partei PSP (drusisch), die *Forces Libanaises* und *Kata'ib/ Phalange*. Die wichtigsten Parteien in dem Bündnis „8. März“ sind Hizbullah, die *Amal*-Bewegung und die Freie Patriotische Bewegung FPM, die gegenwärtig die größte christliche Fraktion im Parlament darstellt.

Die innenpolitische Situation ist seit 2010 geprägt durch die Debatte über das UN-Sondertribunal für den Libanon (STL), das den Mord an Rafiq Hariri aufklären soll. Die anhaltenden Auseinandersetzungen führten zur Auflösung des Parlaments am 12. Januar 2011: Der Rücktritt von elf Ministern brachte die Regierung Saad Hariris zu Fall. Hinzu kam, dass die Fortschrittliche Sozialistische Partei (PSP) zum „8. März“-Block überwechselte und Hariri somit die Mehrheit der Parlamentssitze entzog. Neuer Ministerpräsident wurde der parteiunabhängige Geschäftsmann Najib Miqati, der am 25. Januar 2011 den Posten aufnahm und sein Kabinett am 13. Juni 2011 dem Parlament vorstellte. Anfang Juli wurde ihm das Vertrauen ausgesprochen. Doch auch das brachte keine innere Ruhe in das Land, denn

³ Rafiq Hariri, Bauunternehmer und Multimilliardär mit saudi-arabischer Staatsbürgerschaft, hatte massiv in den Wiederaufbau des Libanon nach Ende des Bürgerkrieges investiert. Von 1992 bis 1998 sowie zwischen 2000 und 2004 war er Ministerpräsident. Beide Male legte er sein Amt aus Protest gegen die politische Einflussnahme Syriens nieder. Er starb durch einen Autobombenanschlag am 14. Februar 2005. Durch die riesige Sprengkraft wurden auch umliegende Häuser beschädigt, 23 Menschen starben, mehr als 100 wurden verletzt.

⁴ Die Zeder ist das nationale Wahrzeichen Libanons, der Baum, der ebenfalls auf der Flagge des Landes abgebildet ist.

die unterschiedlichen Meinungen über das UN-Sondertribunal erhitzen weiterhin die Gemüter. Anfang Juli gab das STL bekannt, dass vier Hizbullah-Mitglieder am Mord beteiligt gewesen sein sollen und forderte deren Inhaftierung. Saad Hariri bezeichnete dies als einen „historischen Schritt“. Der Anführer der Hizbullah, Hassan Nasrallah, vertrat jedoch die Meinung, dass das Tribunal und der Mord ein abgestimmter Plan der USA und Israels wären, um gegen die Hizbullah, die momentan die stärkste politische und militärische Macht im Libanon ist, vorgehen zu können. Ferner würden sie eine nationale Kluft zwischen den schiitischen und sunnitischen Libanesen beabsichtigen, um die innere Sicherheit und Stabilität Libanons zu schwächen.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Libanon unterscheidet sich von anderen Ländern der Region durch sein vergleichsweise offenes System. Trotz des Bürgerkrieges gelang es dem Libanon, die Grundlagen seines demokratischen Systems am Leben zu erhalten: Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte werden in weit höherem Maße geachtet als in anderen Staaten der Region. Zivilgesellschaftliche Strukturen sind vergleichsweise hoch entwickelt und die Medienlandschaft ist weitgehend unabhängig und vielfältig.

Bürokratische Korruption ist ein präsent Problem und ihre Eindämmung ständiges Thema gesellschaftlicher Forderungen und politischer Absichtserklärungen. Entsprechend unzureichend fällt häufig die rechtliche und politische Ahndung von Amtsmissbrauch aus. Dies liegt auch daran, dass Korruption zum Teil als unabwendbarer Bestandteil des Klientelismus betrachtet wird, was die Unterscheidung zwischen beiden häufig unmöglich macht.

Es existiert ein relativ stabiles und moderates Parteiensystem, welches jedoch fragmentiert ist. Es ist durch stark personalistische und klientelistische Tendenzen sowie geringe programmatische Kapazitäten gekennzeichnet. Konfessionelle Allianzen durchschneiden häufig die Parteigrenzen. So trägt das am konfessionellen Proporz orientierte Wahlsystem dazu bei, die Position der konfessionellen Führer zu stärken und verhindert die Entwicklung einer Parteien- und Interessen-

gruppenlandschaft, die regionale und konfessionelle Grenzen überwindet.

Die Zustimmung der libanesischen Bevölkerung zur demokratischen Regierungsform ist auf allen Seiten grundsätzlich sehr hoch. Die relativ geringe Wahlbeteiligung zu Beginn der Jahrtausendwende auf nationaler Ebene (40,5% bei den Wahlen 2000) wurde von vielen mit dem Verdross über die lähmende Allgegenwärtigkeit des Proporz, des Klientelismus und der syrischen Einflussnahme begründet. Bei den Parlamentswahlen 2009 fiel die Wahlbeteiligung wieder deutlich höher aus (55%).

Die Zivilgesellschaft des Libanon ist vergleichsweise lebendig und weist einen recht hohen Organisationsgrad auf. Es existiert ein robustes Geflecht autonomer, selbstorganisierter Gruppen, Vereine und Organisationen sowie ein solides Maß an Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Sehr häufig übernehmen die Organisationen staatliche Aufgaben, wie Soziales und Bildung, mit.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Während Nordafrika und der Nahe und Mittlere Osten von historischen politischen Umbrüchen erfasst wurden, blieb die Lage in Libanon bislang verhältnismäßig ruhig. Anfang 2011 kam es zu einer zaghaften Protestbewegung, die als Versuch, sich aus dem Einflussbereich der verschiedenen internen und externen Machthaber zu befreien, zu werten ist. Im Februar gingen zunächst nur einige Hundert Menschen auf die Straße, vor allem Jugendliche, die sich über das Internet und soziale Netzwerke mobilisiert hatten. Die kommunistische libanesische Jugendbewegung rief zu Protesten auf. Die Forderungen beliefen sich auf die Abschaffung des konfessionellen politischen Systems. Im März gab es in Beirut wieder Demonstrationen. Diesmal nahmen einige Tausend daran teil. Am Jahrestag der „Zedernrevolution“ fand ebenso eine Demonstration gegen das Waffenprivileg der Hizbullah statt, zu der der bisherige Ministerpräsident Saad Hariri aufgerufen hatte. Daneben wurden auch sozioökonomische Themen proklamiert, darunter Forderungen nach geringeren Lebenskosten, mehr Arbeitsplätzen und sozialen Sicherheiten. Am 10. April kam es erneut zu Demonstrationen und Forderungen nach Abschaffung des religiösen Konfessionalismus. Die Proteste ver-

liefen friedlich und fanden in der Berichterstattung kaum Beachtung. Die Demonstrationen konnten sich jedoch nicht landesweit entfalten, da es keine einheitliche öffentliche Meinung gibt. Dies hat zum einen mit der Fragmentierung der libanesischen Gesellschaft und damit einhergehend unterschiedlichen Interessen zu tun. Zum anderen existiert durch das Proporzsystem keine einzelne zentrale Machtfigur, die es zu entmachten gilt. Vielmehr ist es das politische System an sich, welches damals unter den Franzosen in den 1920er Jahren eingeführt wurde, das bis heute jegliche Reformversuche erschwert. Diese Fragmentierung macht sich auch dadurch bemerkbar, dass die Demonstranten sich schnell uneins waren, welche Richtung ihre Proteste nehmen sollten. Auch der sehr komplexe außenpolitische Kontext behindert die Proteste, da regionale Konfliktfronten schnell aufeinander stoßen und jederzeit zu erneuten Krisen und kriegesischen Konflikten führen können. Der Libanon durchlebt immer noch die Folgen des Mordes an Rafiq Hariri, dessen Hintergründe weiterhin ungeklärt bleiben.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Einige Sprecher der Kundgebungen äußerten sich dann auch kritisch über den Erfolg ihrer Proteste: So wurde die Debatte um eine Säkularisierung des Staates durch die Proteste weiter angestoßen. Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten wurden als positiv angesehen, ohne dass für das eigene Land gleiche Effekte zu erwarten seien. Durch die innenpolitischen Auseinandersetzungen fürchten viele Beobachter derzeit eine Eskalation eines innerislamischen Bürgerkrieges auf libanesischem Boden, diesmal zwischen Sunniten und Schiiten. Auch die Schaffung eines säkularen Staates erfüllt viele Libanesen noch mit Misstrauen: Viele Christen rechnen mit einer Machtübernahme durch die schiitische Hizbullah und eine damit verbundene Ausweitung des iranischen Einflusses.

Trotz der zögerlichen Proteste zu Beginn dieses Jahres erscheinen zum jetzigen Zeitpunkt ein Systemwechsel und eine Entmachtung der herrschenden Eliten unmöglich. Regierungswechsel dagegen sind an der Tagesordnung, die politische Landschaft ist in stetigem Fluss, autokratische Strukturen wie in anderen Staaten im Nahen und Mittleren

Osten existieren also nicht. Die Parteienlandschaft ist stärker ausgeprägt als in den Nachbarländern, doch konfessionsübergreifend agierende Politiker sind in der Minderheit. Die libanesischen Gesellschaft, die 2005 geeint gegen die syrische Besetzung protestierte, ist in den letzten Jahren wieder deutlich auseinander gerückt und in alte konfessionelle Muster verfallen. Nach dem Tod Hariris schien eine Vereinigung über konfessionelle Grenzen hinweg unmöglich geworden zu sein. Die Zukunft Libanons hängt in hohem Maße von dem Verlauf der Protestbewegung im Nachbarland Syrien ab. Vor allem in der nordlibanesischen Stadt Tripoli, die an Syrien grenzt, leben viele syrische Flüchtlinge, die Anfang der 1980er Jahre flohen, als der ehemalige Präsident Hafiz al-Assad gegen die Aufständischen in Hama vorging. Neben den mehrheitlich sunnitischen syrischen Flüchtlingen lebt auch eine größere alawitische⁵ Gemeinde in Tripoli. Die syrische Herrscherelite gehört ebenfalls der alawitischen Glaubensrichtung an. Somit sorgen die andauernden Kämpfe in Syrien auch für zunehmende Spannungen zwischen diesen beiden syrischen Gruppen in Tripoli. Ein Regimewechsel in Syrien würde ebenso wie der Ausbruch eines Bürgerkrieges gravierende Folgen für den Libanon haben. So sprach sich Anfang August der libanesischen Außenminister gegen eine internationale Einmischung in den Syrienkonflikt aus, da die Stabilität des eigenen Landes eng mit der Stabilität des Nachbarlandes verbunden sei. Im April 2011 berichteten libanesischen Zeitungen, dass eine neue Flüchtlingswelle aus Syrien Zuflucht im Libanon sucht. Ihre Zahl wurde auf 5.000 Menschen geschätzt. Um die Situation für den Libanon zu entschärfen, riegelten libanesischen Sicherheitskräfte daraufhin die Grenze ab. Auch die Hizbullah soll auf den möglichen Sturz des syrischen Regimes bereits reagiert haben: Seit Ende Juni verlagere sie ihr Waffenarsenal schrittweise aus Syrien in den Libanon.

Da Syrien nach dem Bürgerkrieg die politische und militärische Kontrolle im Libanon übernahm, kamen darüber hinaus eine Million syrische Gastarbeiter in den Libanon. Damit erlitten die etwa 400.000 Palästinenser eine gravierende wirtschaftliche Marginalisierung. Seit dem Bürgerkriegsende sind die Palästinenser von dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben des Landes ausgeschlossen. Das weitgehende Arbeitsverbot außerhalb der Flüchtlingslager zwang viele

⁵ Alawiten, auch Nusairier genannt, sind eine Strömung des Islam, die sich aus dem Schiitentum entwickelt hat. Die Nusairier leben hauptsächlich in Syrien, der Türkei und im Libanon.

aus Existenznöten zurück in die zum Teil zerstörten Lager. Die ungelöste Flüchtlingsfrage und die angespannte Lage in den Flüchtlingslagern belasten den Libanon zusätzlich. Die überwiegend sunnitischen Palästinenser machen mittlerweile 11% der Bevölkerung aus und würden im Falle einer Anerkennung das mühsam ausgehandelte politische Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Religionsgruppen weiter zugunsten der Muslime verschieben.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Mit der Mobilisierungskraft der „Zedernrevolution“ von 2005 lässt sich die jetzige Situation folglich nicht vergleichen. Saad Hariri sprach gar davon, dass die Zedernrevolution im Libanon ein Vorgänger der derzeitigen demokratischen Erhebungen in der arabischen Welt gewesen sei. Nabih Berri, Sprecher des Parlaments und Führer der Schia-Partei Amal, rief im Februar zu einer Beteiligung an den Protesten auf. Die Hizbullah reagierte in der Protestbewegung gehemmt und konnte sich zunächst nicht positionieren. Noch zu Beginn des Jahres hatte sich Hassan Nasrallah enthusiastisch über die Aufstände in Tunesien und Ägypten geäußert. Auch die Proteste in Libyen stießen auf seine Zustimmung. Im Januar drohte er mit „tunesischen Verhältnissen“, sollte die nächste libanesische Regierung das Hariri-Sondertribunal weiter unterstützen. Dem Assad-Regime in Syrien bekundete er jedoch seine uneingeschränkte Solidarität mit der Begründung, dass Assad durchaus für Reformen bereit und somit kein internationales Eingreifen nötig sei. Die Hizbullah steht unter großem Druck, denn sollte das Regime in Syrien fallen, wäre ihr strategischer Vorteil Vergangenheit und die Organisation müsste sich vollkommen neu orientieren. Auch Iran würde seinen einzigen arabischen Verbündeten verlieren. Die meisten Syrer sind Sunniten, eine neue Führung konnte folglich eher feindselig gegenüber der schiitischen Hizbullah eingestellt sein, so die Befürchtungen.

VI. Zukunftsszenarien

Die innenpolitischen Entwicklungen seit dem Abkommen von Ta'if haben verdeutlicht, wie limitiert der Handlungsspielraum der libanesischen Regierungen ist. Jeder Schritt muss unter Berücksichtigung aller internen und externen Interessen abgewogen werden, zeit-

weilig kam es zur völligen Blockade des Systems, zu militärischen Angriffen und politischen Morden. Der politische Alltag Libanons ist geprägt von den sicherheitspolitischen Interessen Syriens und Israels, den strategischen Interessen Irans und den Machtinteressen der verschiedenen konfessionellen Gruppen im Land. Alle diese Faktoren unterliegen einem stetigen Bedeutungswandel und wechselnden Bündnisverhältnissen. Der Ausgleich aller Interessen erscheint unmöglich, daher sind politische Konflikte im Libanon unvermeidbar, solange das politische System bestehen bleibt. Die Debatte um die Abschaffung des konfessionellen Systems bestimmte dann auch die zaghaften Protestbewegungen im Libanon zu Beginn dieses Jahres. Das Modell der Konkordanzdemokratie scheint für den Libanon nicht geeignet, weil es von internen und externen Gruppen immer wieder instrumentalisiert wurde. Ebenso zeigt die moderne libanesische Geschichte, dass das Beharren auf dem Konfessionalismus zahlreiche blutige Konflikte mit sich brachte, die die Bevölkerung bis heute traumatisieren und den einstigen Ruf des Libanon als „Schweiz des Orient“ zerstört hat. Bis heute entziehen sich die Eliten ihrer Verantwortung, die schrittweise Überwindung des politischen Konfessionalismus voranzutreiben, so wie es im Nationalpakt von 1943 und erneut im Abkommen von Ta'if 1989 vorgesehen wurde. Sollte es irgendwann gelingen, den Libanon in einen starken säkularen Staat zu formen und sich die Libanesen als überkonfessionelle Nation etablieren, wäre die ständige Einflussnahme externer Mächte erschwert und die gesamte Region stabilisiert. Es bedarf allerdings einer starken Protestbewegung wie während der „Zedernrevolution“ 2005, um diese Forderung anstoßen zu können.

Durch die geringe Größe des Landes und der geringen Bevölkerungszahl ist es jedoch das Schicksal Libanons, Spielball der größeren und einflussreicheren Nachbarländer zu bleiben. Zu einer Befriedung der Lage ist – wenn auch ein Systemwechsel unmöglich erscheint – wenigstens die Anpassung der Verteilung der politischen Ämter an die demographischen Realitäten erforderlich. Doch eine Veränderung des Wahlrechts muss vom Parlament verabschiedet werden, durch eben jene Politiker, die an ihren Machtansprüchen ungehindert festhalten und an ihren eigenen Interessen und denen ihrer konfessionellen Gruppe interessiert sind. Das libanesische

Volk hat bereits mit der Zedernrevolution 2005 bewiesen, dass es bereit ist, sich für politischen Wandel zu mobilisieren. Die jüngsten Proteste, die sich gegen das politische System richten, haben bis jetzt keine Breitenwirkung erzielt, weil viele Bürger das System als zu komplex und nicht wandelbar ansehen. In seiner Geschichte hat die Unfähigkeit der politischen Führung, nationale Interessen vor Partikularinteressen zu stellen, mehrmals zur Instabilität des Landes geführt. Im Zuge des „Arabischen Frühlings“ ist es nun genau diese Uneinigkeit, die in Libanon bis dato landesweite Protestbewegungen verhindert hat.

Worst-Case Szenario:

Nach dem Ausbruch eines Bürgerkrieges in Syrien mit anschließendem Regimewechsel bricht im Libanon ein neuer Bürgerkrieg zwischen sunnitischen und schiitischen Gruppen unter Einbeziehung Irans aus. Der Konflikt erhält eine internationale Dimension durch die Angst um den Einsatz von Atomwaffen.

Best-Case Szenario:

Der politische Konfessionalismus wird schrittweise überwunden. Zunächst erfolgt eine neue Volkszählung, begleitet von einer Anpassung der Wahlkreise. Das anfängliche Misstrauen gegenüber der Hizbullah, die die ersten Wahlen dominieren, legt sich. Innerhalb der nächsten zehn Jahre etablieren sich dann zunehmend überkonfessionelle Parteien.

Trend-Szenario:

Die libanesischen Politik hat weiterhin Probleme, eine stabile Regierung zu bilden. Hinzu kommen interne Machtkämpfe, wodurch es externen Akteuren leicht fällt, weiterhin ihre Partikularinteressen einzubringen. Das Regime in Syrien hält sich, die Spannungen zwischen dem pro-syrischen und anti-syrischen Lager wachsen. Politische Morde bleiben an der Tagesordnung.

Samira Akrach und Tutku Güleriyüz

VII. Literaturangaben

ABRAHAM, A. J.: Lebanon in Modern Times, 2008.

AUSWÄRTIGES AMT

BERTELSMANN TRANSFORMATION INDEX:

<http://www.bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/143.0.html>, abgerufen am 05.09.2011.

BICKEL, MARKUS: Libanon. Aufstieg und Fall der Zedernrevolution, in: Frank Nordhausen, Thomas Schmid (Hg.): Die arabische Revolution, Berlin 2011, S. 127-138.

DAILY STAR LEBANON

FOLLATH, ELIAS: Hariri oder Harakiri, in: *Der Spiegel* 28/2011.

HAVEMANN, AXEL: Libanon, in: Werner Ende und Udo Steinbach (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, Bonn 2005, S. 525-537.

HILAL, KHASHAN: The view from Syria and Lebanon, in: *Middle Eastern Upheavals*, S. 25-30.

LIJPHART, AREND: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven 1999.

MIDDLE EAST ONLINE

NESEMANN, KATRIN: Medienpolitik im Libanon. Regulationstendenzen nach dem Bürgerkrieg, Hamburg 2001.

PFETSCH, FRANK R.: Die Arabisch- Islamische Welt. Konflikte seit 1945, Würzburg 1991.

VON ANGERN, WOLF-HAGEN: Geschichtskonstrukt und Konfession im Libanon, Berlin 2010.

WOOD, JOSH: In Lebanon, a More Patient Protest, *The New York Times*, 13. April 2011, <http://www.nytimes.com/2011/04/14/world/middleeast/14iht-m14-anti-sectarianism.html>, abgerufen am 27.07.2011.

ZEIN AL DIN, MAYSSOUN: Religion als politischer Faktor?. Eine Untersuchung am Beispiel der Frage des politischen Konfessionalismus in Libanon, Baden-Baden 2010.

Landesdaten Jordanien

Fläche ¹	2011	89,342 m ²
Bevölkerung ²	2010	6.500.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	69,05
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber 98%, Tscherkessen 1%, Armenier 1%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	sunnitische Muslime 92%, Christen 6% (vor allem griechisch-orthodox), andere 2% (vor allem schiitische Muslime und Drusen)
Durchschnittsalter ⁶	2010	22,1 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2005	37,2%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	3%
Lebenserwartung ⁹	2010	80,05 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	6.900.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	3,4
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	91,1%
Mobiltelefone ¹³	2009	6.014.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	1.741.900
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	1.675.780
Wachstum BIP ¹⁶	2010	3,1%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	5.700 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁸	2010	12,5%
Inflation ¹⁹	2011	6,1%
S&P-Rating ²⁰	2011	BBB-
Human Development Index ²¹	2010	Rang 82 (von 169)
Bildungsniveau ²²	2010	Rang 67 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²³	2010	57,6%
Politische Teilhabe ²⁴	2010	24,6%
Korruptionsindex ²⁵	2010	Rang 50 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ <http://www.tradingeconomics.com/jordan/population-density-people-per-sq-km-wb-data.html>.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ United Nation: Arab Human Development Report: Challenges to Human Security in the Arab countries, S. 232.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² United Nation: Arab Human Development Report: Challenges to Human Security in the Arab countries, S. 239.

¹³ CIA – The World Factbook.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁶ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁷ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁸ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁹ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

²⁰ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends>.

²³ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁴ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁵ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Jordanien

Auch das Haschemitische Königreich Jordanien sah sich im Zuge des „Arabischen Frühlings“ mit Protesten konfrontiert. Sowohl die wirtschaftliche als auch die demographische Ausgangslage sind schwierig. Dem Königshaus gelingt es jedoch bislang erfolgreich, sich aus der Schusslinie zu manövrieren: Die Demonstranten fordern keinen Regime- oder Systemwechsel.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Das Haschemitische Königreich Jordanien wurde am 25. Mai 1946 von Großbritannien aus der Mandats Herrschaft in die Unabhängigkeit entlassen. Das erste Staatsoberhaupt war König Abdullah I. Dieser regierte bis zu seinem Tod am 20. Juli 1951, war jedoch zuvor bereits seit 1921 Emir von Transjordanien, als dieses noch unter britischer Mandats Herrschaft stand. Nach seinem Tod übernahm sein Sohn Hussein I. die Macht und regierte bis zu seinem Tod am 7. Februar 1999. Seit seiner Unabhängigkeit beteiligte sich Jordanien an den Kriegen gegen Israel und besetzte 1948 das Westjordanland. Dieses verlor es jedoch im Krieg von 1967 wieder an Israel. Die durch diese beiden Kriege verursachten Flüchtlingswellen von jeweils rund 400.000 Menschen stellten das Königreich vor eine enorme Herausforderung. Die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)¹ drohte zunehmend zum „Staat im Staate“ zu werden. Diese Bedrohungsperzeption führte dann 1970/71 zu einem militärischen Konflikt, der als „Schwarzer September“² bekannt wurde. An dem erneuten Krieg gegen Israel 1973 beteiligte sich Jordanien kaum. Ferner schloss es mit seinem Nachbarstaat im Jahr 1994 einen Friedensvertrag ab und war damit nach Ägypten erst der zweite arabische Staat, der Frieden mit Israel schloss.

Jordanien hat heute circa 6,5 Mio. Einwohner, davon sind über 90% Muslime. Im Zuge des Nahostkonflikts mit Israel lebt im haschemitischen Königreich auch ein großer palästinensischer Bevölkerungsanteil, deren Anteil auf über 50% geschätzt wird. Hinzukommen bis zu einer Million Flüchtlinge, die auf Grund des Irak-Krieges im Jahr 2003 ins Land kamen. Allgemein hat Jordanien seit 1975 ein enormes Bevölkerungswachstum zu bewältigen: einen Anstieg von 1,9 Mio. 1975 zu 5,9 Mio. 2005 (3,5%) und zu erwartenden 6,9 Millionen bis 2015 (2,2%).³ Der Anteil der unter 15-Jährigen lag 2005 bei 37,2%.⁴ Dennoch liegt die Alphabetisierungsrate bei 91,1% für über 15-Jährige. Bei unter 15-Jährigen erreicht sie sogar 99%.⁵ Jordanien ist im regionalen Vergleich arm an Rohstoffen, so verfügt es beispielsweise über keine erwähnenswerten Erdöl- oder Erdgasreserven.

Das Land ist eine konstitutionelle Monarchie und König Abdullah II. bin al-Hussein ist zugleich auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Legislative bildet das Parlament seit 2010 mit 120 frei auf vier Jahre gewählten Abgeordneten im Unterhaus sowie 60 vom König auf acht Jahre ernannte Abgeordnete des Oberhauses. Zudem bestehen einige Proporzregeln: So sind sechs der Mandate des Unterhauses für Frauen, neun für Christen und drei für Tscherkessen reserviert. Die wichtigsten Machtbefugnisse liegen jedoch beim König: So ernennt und erlässt er die Regierung. Ferner kann er das Parlament auflösen und entscheidet über dessen Zusammenreffen. In der Übergangsphase regiert er per Dekret. Das politische System Jordaniens wird demnach trotz demokratischer Elemente als „gemäßigte Autokratie“⁶ bezeichnet. In der Folge ist auch die Parteienlandschaft erst im Aufbau begriffen.

Jordaniens Rechtssystem greift allerdings auf eine im Vergleich zu anderen Staaten der arabischen Welt gut ausgebildete Rechtstaat-

¹ Die PLO (*Palestine Liberation Organization*, arabisch: *Munazzamat at-Tahrir al-Filastiniya*) ist der Dachverband verschiedener nationalistischer Organisationen zur Befreiung Palästinas. Die stärkste unter ihnen ist die Fatah. Die PLO wurde am 28. Mai 1964 auf Initiative des damaligen ägyptischen Präsidenten Gamal Abd al-Nasser gegründet. Jassir Arafat war zwischen 1969 und 2004 ihr Vorsitzender und seit seinem Tod hat Mahmud Abbas dieses Amt inne.

² Der „Schwarze September“ bezeichnet eine militärische Auseinandersetzung zwischen dem jordanischen Staat und der PLO. Letztere bildete einen „Staat im Staate“ und verübte am 1. September 1970 einen Attentatsversuch auf König Hussein I., welches jedoch scheiterte. In der Folge kam es zu mehreren Flugzeugentführungen und die jordanische Armee schlug den Aufstand am 17. September 1970 nieder. Unter Vermittlung Nassers kam es dann zu einem Waffenstillstand am 27. September 1970.

³ Vgl. United Nation: Arab Human Development Report: Challenges to Human Security in the Arab countries, S. 232.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd. S. 239.

⁶ Vgl. Brummer, Klaus: Deutschland, Europa und die arabisch-islamische Welt. Interessen und Handlungsschwerpunkte, S. 9.

lichkeit zurück. Sie operiert weitgehend unabhängig, sofern sie sich jedoch mit Belangen der Eliten befasst, ist sie massiver Einflussnahme ausgesetzt. Vor allem haben die Terroranschläge im November 2005 auf drei Hotels in Amman zu einer Ausweitung der Kompetenzen der Sicherheitsbehörden geführt. Das wiederum beschneidet zunehmend die Rechte von Inhaftierten. Menschenrechtsorganisationen kritisieren deshalb den restriktiven Umgang jordanischer Polizeibehörden mit Gefangenen.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Der vor Jahren mit dem Beginn der Herrschaft von Abdullah II. begonnene Reformprozess hin zu mehr Demokratie und freier Marktwirtschaft ist mittlerweile ins Stocken geraten. Die anfangs gehegten Hoffnungen, der junge und an westlichen Elitehochschulen ausgebildete Thronfolger würde sowohl die ökonomische als auch die politische Realität in Jordanien verbessern, blieben unerfüllt. Der wesentliche Teil zur Verbesserung der Lage fand überdies im Bereich der Wirtschaft statt,⁷ es erfolgte eine zunehmende Orientierung am Westen. Dennoch ist der privatwirtschaftliche Sektor unterentwickelt, während der staatliche Sektor noch immer den größten Arbeitsbereich des Landes darstellt, wenngleich der Anteil von 49,5% im Jahr 1990 auf 39% im Jahr 2003 reduziert werden konnte.⁸ Die grundlegenden politischen Neuerungen sind hingegen noch nicht oder erst unzureichend in Angriff genommen worden. So ist beispielsweise die gesetzmäßige Gleichstellung der Frau nicht durchgesetzt, denn ihr werden grundlegende politische und staatsbürgerliche Rechte vorenthalten. Das beinhaltet beispielsweise den Fakt, dass eine jordanische Frau nicht die Möglichkeit der Weitergabe der Staatsangehörigkeit an ihre Kinder im Falle einer Ehe mit einem Nicht-Jordanier besitzt.

In Jordanien bestehen – wie bereits erwähnt

– ähnliche demographische Verhältnisse unter anderen Herausforderungen wie in der gesamten arabischen Welt. Dies betrifft beispielsweise die Arbeitslosenquote, welche mit über 12,5% im Jahr 2010 relativ hoch ist. Doch auch hier fällt die Ungleichverteilung entlang der Geschlechter ins Auge. Zwar stellen Frauen 48% der Bevölkerung, jedoch nur 12% der Erwerbstätigen⁹, obwohl diese meist höher qualifizierte Jobs haben.¹⁰ Auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist signifikant: Zwischen 15 und 19 Jahren lag sie im Jahr 2003 bei 37% sowie zwischen 20 und 24 Jahren bei 28,2%.¹¹ Daraus entsteht eine der innenpolitischen Kernherausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte für das Königreich, da es sich als äußerst schwierig gestalten dürfte, die junge Generation erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das gleiche Problem stellt sich darüber hinaus bei einer weiterhin verstetigten Heranführung der weiblichen Bevölkerung an den Arbeitsmarkt.

Allgemein ist die wirtschaftliche Situation Jordaniens schwierig. Das haschemitische Königreich hat ein prognostiziertes Bruttoinlandsprodukt von 27,5 Mrd. USD im Jahr 2010 bei einem Wachstum von 3,1%. Zudem weist es 2010 ein Haushaltsdefizit von 5,4% auf.¹² Das Land verfügt kaum über natürliche Ressourcen – vor allem im regionalen Vergleich besitzt das Königreich keine erwähnenswerten Öl- oder Gasvorkommen. Ein Großteil der benötigten Waren muss importiert werden. Zudem ist das Königreich von externen Zuwendungen – vor allem in Form von Entwicklungshilfe und Schuldenerlassen seitens der USA und der EU – abhängig. Die Herkunft ist allerdings primär nicht im direkten Umfeld Jordaniens zu verorten, da Jordanien auf Grund seiner Lage zwischen den nach regionaler Hegemonie strebenden Staaten Syrien, Saudi-Arabien, Irak und Israel eine ausgeglichene Nachbarschaftspolitik verfolgt. Ferner nimmt der Anteil der ausländischen Zahlungen am jordanischen Staatshaushalt in den letzten Jahren stetig ab – mit Ausnahme

⁷ Vgl. Bertelsmann Stiftung: Transformation Index 2010, http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2010/BTI_2010__Rankingtabelle_D_web.pdf, abgerufen am 03.08.2011.

⁸ Vgl. The European Training Foundation (ETF): Unemployment in Jordan, S. 21.

⁹ Vgl. Ebd.

¹⁰ Ebd. S. 23f.

¹¹ Ebd. S. 28.

¹² Daten nach http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7785.pdf?show=true, abgerufen am 25.08.2011. Die deutschen Werte 2010 zum Vergleich: BIP 3,34 Bio. USD, Wachstum 3,5%, Daten nach http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2011/01/weodata/weorept.aspx?pr.x=108&pr.y=15&sy=2009&ey=2016&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&c=134&s=NGDP_R%2CNGDP_RPCH%2CNGDP%2CNGDPD%2CNGDP_D%2CNGDPRPC%2CNGDPPC%2CNGDPDPC%2CPPPGDP%2CPPPPC%2CPCPI%2CPCPIPCH%2CPCPIE%2CPCPIEPCH&grp=0&a=, abgerufen am 25.08.2011.

eines Anstiegs nach dem 11. September 2001¹³, was vor allem mit erhöhten Zuwendungen der USA für den Kampf gegen den Terror zu erklären ist.

Auf politischer Ebene gilt vor allem das Wahlrecht als reformbedürftig. Das darin enthaltene Prinzip des „one man, one vote“ wird als Begünstigung und gleichermaßen Festigung tribaler Herrschaftsstrukturen angesehen, denn wenn jeder Jordanier lediglich eine, nicht zu übertragende Stimme hat, genießen tribale Verbindungen¹⁴ Priorität. Zudem ist in Jordanien eine extreme Ungleichbehandlung der Bürger zu beobachten, denn die Wahlkreise sind nicht an der demographischen Realität orientiert, sodass einige bis zu siebenmal stärker repräsentiert werden als andere.¹⁵ Das trifft vor allem auf die Städte mit einem hohen palästinensischen Bevölkerungsanteil, wie zum Beispiel Amman oder Zarqa, zu. Dies legt nahe, dass es sich um eine gezielte Benachteiligung handelt. Auch die Vereinten Nationen attestieren Jordanien vergleichsweise niedrige Zugangsmöglichkeiten von zugewanderten Bevölkerungsteilen.¹⁶ Hinzukommend ist eine Tendenz zum Stimmkauf zu beobachten und die Wahlen unterliegen nicht der Kontrolle einer objektiven und unabhängigen Instanz. Das jordanische Parteiengesetz hält indes einige Schwierigkeiten aufrecht, welche auch dazu beitragen, dass die circa 30 Parteien des Landes in Wahlen nur eine marginale Rolle neben den bereits bestehenden traditionellen Strukturen spielen. Hierfür liegt der Grund vor allem darin, dass die islamistischen Parteien, allen voran die Muslimbrüder, im Jahr 1989 beinahe die Hälfte der Sitze des Unterhauses erlangten und somit als eine ernstzunehmende Bedrohung der Vorherrschaft der regimetreuen Vertreter angesehen wurden.

Generell ist es aber auch die Position des Königs, die das autoritäre System ausmacht, da er weder der Legislative noch der Judikative rechenschaftspflichtig ist und von diesen auch nicht belangt werden kann. Somit wird das bestehende System der Patronage von tribalen Strukturen gefördert, sodass es für neue

politische Akteure äußerst schwierig ist, politisches Mitspracherecht zu erlangen. Diese Loyalität lässt sich der jordanische Staat auch einiges kosten: Mehr als 80% des Staatshaushalts soll für den öffentlichen Sektor ausgegeben werden. Hinzu kommt unter anderem, dass das Parlament bis zu einem gewissen Grad von den Mitgliedern und Kandidaten weniger als demokratische Partizipationsmöglichkeit, sondern viel mehr als Zugang zum staatlichen Patronagenetzwerk angesehen wird. Daraus erklärt sich auch der Fakt, dass die Legislative in den allermeisten Fällen von der Exekutive eingebrachte Gesetzesentwürfe „abnickt“ und sie nur in seltenen Fällen tief greifend überarbeitet oder gar ablehnt. Ein Beispiel hierfür ist die Auflösung des Unterhauses 2009 nach nur zwei der eigentlich vier Jahre dauernden Legislaturperiode. Begründet wurde dieser Schritt von König Abdullah II. damit, dass das Parlament notwendige ökonomische Reformen nur unzureichend unterstützt und zu langsam agiert.

König Abdullah II. konzentrierte sich jedoch nach dem Tod seines Vaters 1999 zunächst einmal auf die eigene Herrschaftssicherung und deren Legitimation. Die Anerkennung des Königshauses war jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits gegeben. Dennoch versuchte der neue König, eventuell aufkommende Kritik von seiner Person abzuleiten – hin zu Ministerpräsident und Parlament. Prinzipiell setzte er dabei andere Prioritäten und Schwerpunkte als Hussein I. Zwar behielt er Repression und einen starken Polizei- und Sicherheitssektor vor allem seit den Anschlägen vom 11. September 2001 bei – obwohl die Hoffnungen von Seiten des Volkes, vor allem der Jugend, auf dem jungen Herrscher lagen, eine liberalere Politik zu verfolgen. Diesen hatte er auch anfänglich entsprochen und verschiedene, vor allem ökonomische Neuausrichtungen forciert. Dieser progressive Wandel sollte sowohl *good governance* als auch Wirtschaftswachstum und nationale Entwicklung beinhalten. Teil seines Projekts „Jordanien zuerst“, das er 2003 vorgestellt hatte, war unter anderem die Ausweitung politischer Partizipation (vor allem von Frauen und jun-

¹³ Vgl. für die Jahre 1964-2005 Peters, Anne Mariel, Moore, Pete W.: Beyond Boom and Bust: External Rents, Durable Authoritarianism, and Institutional Adaption in the Hashemite Kingdom of Jordan, in: *Studies in Comparative International Development*, Vol. 44 (2009) No. 3, S. 256-285 (269) sowie für die Jahre 2006-2010 http://www.cbj.gov.jo/uploads/si_17.xls, abgerufen am 10.08.2011, eigene Berechnungen.

¹⁴ Diese besitzen im Land eine erhebliche Bedeutung, die sich in erster Linie aus der jordanischen Geschichte ableitet: Das Gebiet besaß lange Zeit kein urbanes Zentrum wie beispielsweise Damaskus in Syrien. Deshalb blieb die tribale Verbindung enorm wichtig. Die Beziehungen der einzelnen Stämme untereinander waren vornehmlich von Handel geprägt.

¹⁵ Vgl. Ostry, Hardy, Haschke, Franziska: Jordaniens Parlamentswahlen und der stagnierende Reformprozess, S. 3, http://www.kas.de/wf/doc/kas_12366-1522-1-30.pdf?080729151230, abgerufen am 03.08.2011.

¹⁶ Vgl. United Nations Development Programme: Human Development Report 2009, New York 2009, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf, abgerufen am 23.08.2011.

gen Jordaniern), einen demokratischen Dialog zu fördern sowie eine verantwortungsvolle Presse zu etablieren. Diese Pläne sollen jedoch von Jordanien selbst und nicht unter Druck oder Einmischung anderer regionaler oder internationaler Akteure vorangetrieben werden.

Dennoch lag der Fokus von Abdullah II. viel eher auf den innenpolitischen Herausforderungen vor allem im wirtschaftlichen Bereich, während sein Vater sich noch primär auf außenpolitische Belange – wie beispielsweise den in Jordanien unpopulären Friedensvertrag mit Israel 1994 – konzentriert hatte. So rief er zum Beispiel den *Economic Consultative Council* ins Leben, der ökonomische Fragen erörtern sollte und in der Mehrheit durch Privatwirtschaftsvertreter aus der Generation des Königs gestellt wird. Diese Gründung gilt auch als Sinnbild seiner Fokussierung auf den privatwirtschaftlichen Sektor. Außerdem trat das Königreich 2000 der Welthandelsorganisation (WTO) bei. Schließlich ist ein Bemühen zu erkennen, für die Entscheidungsfindung einen Elitenkonsens herzustellen. Zu den darin enthaltenen Eliten zählen unter anderem die Leiter der Geheim- und Sicherheitsdienste, hohe Militärkreise und der Ministerpräsident. Es gibt jedoch auch in diesem Bereich einige Grundzüge jordanischer Politik, die sich bereits unter den Vorgängern von Abdullah II. bewährt haben. Hierzu gehört vor allem eine häufige Rotation hoher Posten innerhalb des Staatsapparats, um die Herausbildung eigener Netzwerke und konkurrierender Machtzentren innerhalb des Systems zu vermeiden.

Dennoch ist es dem Königshaus gelungen, die im Zuge einiger Liberalisierungen ermöglichte Bildung von sozialen Vereinen und die verstärkte Zivilgesellschaft an sich zu binden und maßgeblich zu beeinflussen. Hierbei wird das Verlangen des Volkes nach sozialem und gesellschaftlichem Engagement – neben den von der staatlichen Bürokratie bestehenden Strukturen – bedient. Doch obwohl die Erlaubnis zu solchen Gemeinschaften *de jure* eine Liberalisierung darstellt, ist sie *de facto* als verschärfte Kontrolle des Staates in gesellschaftlichen Bereichen zu werten. Denn die bestehenden und neu gegründeten Vereinigungen werden überwacht und sind sowohl in ihrer Konzeption als auch in ihrer Zielset-

zung so eingerichtet, dass sie keine Bedrohung für die Herrschaft, beispielsweise durch revolutionistische Tendenzen, darstellen können. Diese Praxis erstreckt sich auch auf die Presselandschaft. Die politische Realität in Jordanien enttäuschte weite Teile der Bevölkerung. Vor allem die ländlicheren Gebiete in der Peripherie wurden wirtschaftlich benachteiligt. Mit den Revolutionen in Tunesien und Ägypten wurde diese Enttäuschung dann kanalisiert und führte zu einem Aufbegehren gegen das Regime, wie es das Königreich zuvor noch nicht gesehen hatte.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Den größten Teil der Demonstranten stellte, wie in der arabischen Welt allgemein, die Jugend. Diese zeigte sich bereits zuvor von angestoßenen Reformen enttäuscht und sah ihre Belange nicht ausreichend beachtet. Schon im Vorfeld der Parlamentswahlen 2007 hatten verschiedene Projekte dazu beigetragen, diesen Ansichten eine Plattform zu bieten. Von Seiten dieser Projekte durchgeführte Wettbewerbe und Umfragen ergaben, dass die Jugendlichen vor allem auf einige Charaktereigenschaften bei Politikern besonders achten und Wert legen, wie zum Beispiel Ehrlichkeit, Transparenz oder Glaubwürdigkeit. All diese Eigenschaften schienen jedoch nicht oder nur in zu geringem Maße vorhanden zu sein. Vielmehr sei die Korruption weit verbreitet, so die allgemeine Wahrnehmung. Die jordanische Jugend sieht sich auch gemäß ihres enormen Anteils an der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert. In ihren Sichtweisen befürwortete sie indes auch die Religiosität politischer Repräsentanten. Dass diese eine explizite Wahlempfehlung abgeben, wird jedoch abgelehnt.¹⁷ Es gelang den Islamisten in Jordanien jedoch nicht, ähnlich wie in anderen arabischen Staaten, sich an die Spitze der Protestbewegung zu stellen und von ihr in hohem Maße zu profitieren.

Das Augenmerk der Protestierenden in Jordanien lag viel mehr auf der Verbesserung der Lebensverhältnisse (denn sowohl Lebensmittel- als auch Benzinpreise sind stark angestiegen, die Inflation erreichte 2008 mit 14,9% einen Höchststand), der bereits erwähnten Bekämpfung der Korruption¹⁸ sowie die Einführung einer parlamentarischen

¹⁷ Vgl. Tessler, Mark: Do Islamic orientations influence attitudes towards democracy in the Arab world? Evidence from Egypt, Jordan, Morocco, and Algeria, in: *International Journal of comparative Sociology*, Vol. 43 (2002) No. 3-5, S. 229-249 (240).

¹⁸ *Transparency International* gibt Jordanien den Wert 4,7 im *Corruption Perceptions Index* 2010. Damit rangiert das Land auf dem 50. Platz weltweit (nach Korruption, aufsteigend), vgl. http://www.transparency.de/uploads/media/Pressemappe_CPI_2010.pdf, S. 8, abgerufen am 25.08.2011.

Monarchie. Diese soll mit einer effektiven Gewaltenteilung im Stile der *checks and balances* gepaart sein sowie der Möglichkeit, dass der Ministerpräsident direkt vom Volk gewählt wird. Zudem gab es seit der Inauguration Abdullahs II. zwar wirtschaftliche Öffnung, und Privatisierung. Davon hat jedoch nur eine kleine, selektive Elite profitiert. Außerdem kam es zu vielen Entlassungen und im staatlichen Sektor bestehen Arbeitsverhältnisse noch immer auf Tagesbasis ohne Kranken- oder Sozialversicherung. Es ist viel eher die engere Elite um den König, die vom Wohlstand und Fortschritt profitierte.¹⁹ Die Demonstranten fordern nach den ökonomischen Reformen und Anpassungen nun auch einen nachhaltigen Reformprozess im politischen Bereich.

Obwohl sie bislang im Rahmen der Proteste kaum in Erscheinung getreten ist, gibt es in Jordanien eine traditionell starke Fraktion der Muslimbruderschaft. Diese tritt seit 1992 als Islamisches Aktionsbündnis auf und ist gleichermaßen die stärkste oppositionelle Kraft im Land. Dennoch wird dieses Bündnis auf Grund von staatlicher Kooptation und der systematischen Bürokratisierung der Religion erheblich eingeschränkt: Auf der einen Seite dient das bestehende Wahl- und Parteiengesetz den regimetreuen Repräsentanten. Ferner besteht bei einer Parlamentswahl in Jordanien eher das Ziel, bestehende Herrschaftsstrukturen und ihre Verteilungs- und Patronagenetzwerke zu festigen. Dadurch soll die Macht des Königshauses gesichert und gleichermaßen demokratisch legitimiert werden, wenngleich es sich *de facto* um ein autoritäres System handelt. Die wichtigste Oppositionspartei war dann jedoch zwischen 1997 und 2003 nicht im Parlament vertreten und konnte somit nicht mehr von den erwähnten Verteilungskanälen profitieren. Dennoch erfuhr sie gesellschaftlich nach wie vor große Beachtung und Zustimmung. Sie tat sich vor allem durch ihre Regierungskritik und die Kritik der Annäherung zu Israel hervor.

Doch auch ihr soziales und karitatives Engagement war ungebrochen und dadurch ebenso wie durch die Dominanz in diversen Berufsverbänden gelang es weiterhin, eine angemessene Repräsentanz in der Gesellschaft zu gewährleisten. Besonders nach dem Sieg der Hamas im Gazastreifen 2006 verschärfte der jordanische Staat die Ein-

dämmungspolitik gegenüber der Muslimbruderschaft beziehungsweise des Islamischen Aktionsbündnisses und veranlasste die Festnahme einiger Abgeordneter und die Übernahme einer der größten Wohlfahrtsorganisationen des Landes durch den Staat.

Als Folge aus dieser Verschärfung der Politik gegenüber der islamistischen Opposition traten auch Konflikte zwischen liberalen und konservativen Flügeln innerhalb der Organisationen offen zu Tage. Diese Entwicklungen führten zum bisher schlechtesten Ergebnis bei Wahlen zum Unterhaus mit lediglich sechs Sitzen 2007 (zum Vergleich: 1989 wurden über 50% erreicht). Zu beobachten ist seit der Einführung des „one man, one vote“-Prinzips 1993 ein zunehmender Einfluss der Hardliner innerhalb der Islamischen Aktionsfront. Zwar wurde das bereits erwähnte Wahlrecht im Vorfeld der Parlamentswahl 2010 erneut überarbeitet und es wurden erstmals internationale Beobachter zugelassen, doch diese Reform war eher kosmetischer Natur und ließ die Hauptdefizite unberührt.

Im Zuge dessen wurde die Frauenquote von sechs auf zwölf und die Zahl der Sitze im Unterhaus von 110 auf 120 erhöht sowie die bis dahin geltende Wahlkreisunterteilung aufgeteilt, sodass sich insgesamt 108 Wahlzonen ergaben. Diese sind jedoch willkürlich festgelegt und folgen weder geographischen noch demographischen Grenzen. Die eigentliche Wahl erfolgt dann in den ursprünglichen Wahlkreisen, während die Kandidaten in den Wahlzonen antreten.

Aus dieser Aufteilung und der Regelung, dass sich die Kandidaten die Wahlzone, in der sie registriert sind, nicht öffentlich machen dürfen, ergibt sich erneut die Möglichkeit, oppositionelle Parteien zu benachteiligen. In der Folge boykottierte die Islamische Aktionsfront die Parlamentswahlen 2010, was zu einer weiteren Marginalisierung oppositioneller Parteien und Kandidaten führte und somit gleichermaßen die autoritären Strukturen stärkte. Das Ergebnis dieser Wahl bestätigt dann auch die Annahme, dass die vorgenommenen Änderungen des Wahlrechts vor allem den tribalen Strukturen zu Gute kommen: Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten haben einen klaren Bezug zu diesen.

¹⁹ Die Verteilung des Einkommens in Jordanien ist gemäß des Gini-Koeffizienten im internationalen Vergleich ungerecht. Vgl. hierzu: United Nations University: World Income Inequality Database, http://www.wider.unu.edu/research/Database/en_GB/wiid/_files/79789834673192984/default/WIID2C.xls, abgerufen am 11.08.2011.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Auf Grund der bereits beschriebenen Defizite in Wahl- und Parteienrecht, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, kam es auch in Jordanien im Zuge des „Arabischen Frühlings“ zu Protesten. Seit Januar versammelten sich vor allem in Amman jeweils nach dem Freitagsgebet einige tausend Jordanier, um zu demonstrieren. Diese Zahl ist zwar im Vergleich zu Tunesien oder Ägypten gering, für jordanische Verhältnisse jedoch immens. Doch obwohl diese Kundgebungen bestehen blieben und sich wöchentlich wiederholten, gab es zusätzlich auch einige sowohl das Königshaus als auch die Regierung unterstützenden Proteste (wobei ersteres ja ohnehin nicht in Frage gestellt wurde).

Die Proteste begannen am 14. Januar 2011 in Amman und anderen Städten des Landes. Die Forderungen der Demonstranten bezogen sich vor allem auf die hohe Inflation sowie die steigende Arbeitslosigkeit und hatten somit eher wirtschaftliche denn politische Ursachen. Die Demonstrationen setzten sich an den folgenden Freitagen jeweils nach dem Gebet fort. Am 9. Februar 2011 entließ König Abdullah II. dann die Regierung und setzte die neue unter Ma'ruf al-Bakhit ein. Dieser hatte die Regierung bereits von 2005 bis 2007 geleitet und war nicht gerade als Reformler bekannt und gilt eher als königstreuer „Erfüllungsgehilfe“. Vor allem das Islamische Aktionsbündnis rief daraufhin zu weiteren Kundgebungen auf. Dennoch zielen die Proteste auf eine gesellschaftliche und politische Öffnung ab und nicht auf eine islamische Lösung der Probleme. In Jordanien griff die Polizei zu Beginn der Demonstrationen nicht ein – vermutlich auch, weil sie mit der Situation überfordert war, denn öffentlichen Widerstand hatte es zuvor in der Form nicht gegeben. Aber auch von tribaler Seite wurde im Königreich eine gemeinsame Erklärung formuliert, in der Abdullah II. vor einer Revolution gewarnt und Korruption sowie eine Krise der Autorität angeprangert wurde.

Mit Hilfe sozialer Medien wie *Facebook* oder *Twitter* formierte sich darauf hin die „Bewegung 24. März“. Diese verfügt jedoch bislang – wie in vielen anderen Ländern der Region auch – kaum über charismatische Führungsfiguren. Dennoch rief sie zu Protesten unter anderem im Stadtzentrum von Amman auf

und einigte sich auf sieben Kernforderungen. Diese beinhalteten unter anderem eine vom Volk gewählte Regierung, eine Reform des Steuersystems sowie eine Beendigung der Überwachung des politischen Lebens durch Sicherheitskräfte und Geheimdienste. Dort sammelten sich allerdings „loyale“ Kräfte, um für die Regierung und vor allem für das Königshaus zu demonstrieren. Bei den folgenden Zusammenstößen griff schließlich die Polizei gewaltsam ein. Am 25. März 2011 gab es beispielsweise mehr als 130 Verletzte. Auch am 12. Juli 2011 sowie in der Folgewoche kam es in Amman zur Niederschlagung einer Kundgebung durch die jordanischen Sicherheitsbehörden. Die Anzahl der Demonstrationen verringerte sich ebenso wie die Anzahl der Teilnehmer, nachdem König Abdullah II. einige Reformen und den Wechsel der Regierung angekündigt hatte. Zudem verlagerten sie sich in den Süden des Landes. Ab Mitte Mai 2011 formierten sich dann die einzelnen Akteure der Proteste – Islamisches Aktionsbündnis, linke Gruppen sowie Gewerkschaften – zur „Nationalen Front für die Reform“ als ein gemeinsamer Dachverband zur Durchsetzung der eigenen Interessen. In der Folgezeit richtete sich die Gewalt am Rande von Demonstrationen vor allem auch gegen Journalisten – so wurden am 15. Juli 2011 zehn Reporter angegriffen.

Im regionalen Kontext sticht vor allem die sich ankündigende Entwicklung des Golf-Kooperations-Rates (GKR) hervor. Diese findet von einer auf die Monarchien am Golf beschränkten Organisation hin zu einer Gemeinschaft der Monarchien und der konservativen Regime im Allgemeinen statt. Das beinhaltet eine Verschiebung der Blockgrenzen innerhalb des Nahen und Mittleren Ostens hin zu den Regimes, die von einer Revolution erfasst wurden und denjenigen, die erfolgreich den Status quo sichern konnten. Jordanien hat im Mai 2011 auf eine Einladung hin – gemeinsam mit dem Königreich Marokko – den Antrag auf Aufnahme in den GKR gestellt. Vor allem Saudi-Arabien nimmt hierbei eine Führungsrolle der Monarchien ein.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

König Abdullah II. hat als Reaktion auf die Proteste im Januar und Februar 2011 die Regierung unter Ministerpräsident Samir ar-Rifa'i entlassen und Ma'ruf al-Bakhit ernannt. Des Weiteren forderte der König echte Refor-

men vor allem auch des Wahlrechts und bot ferner auch den Islamisten Sitze im Parlament an. Hierbei verstand es Abdullah II. jedoch, seine eigene Person aus der Schusslinie zu manövrieren, denn schließlich besitzt er sämtliche Kompetenzen, um solche Reformen durchzuführen. Als direkte Reaktion wurden eine Erhöhung der Löhne im öffentlichen Sektor und eine Senkung der Lebensmittelpreise angekündigt sowie zwei Notfallpakete im Gesamtwert von 425 Mio. USD auf den Weg gebracht. Zu deren Inhalt gehörte auch die Schaffung von 21.000 neuen Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor, davon 6.000 bei Polizei und Sicherheitskräften. Ebenso sollen Entwicklungsprojekte in den ärmeren Landesteilen energischer unterstützt werden. Auf politischer Seite richtete Abdullah II. ein Komitee ein, welches einige der geforderten Reformen erarbeiten soll. Jegliche Form von Gewalt, zu der es während der Demonstrationen kam, wurde von offizieller Seite den Islamisten angelastet. Doch vor allem die Einsetzung von Ma'ruf al-Bakhit wird auch auf Seiten der Demonstranten äußerst kritisch gesehen, da er als konservativ und reformunwillig gilt und bereits mutmaßlich in einen Korruptionsskandal verwickelt war. Auf die Etablierung einer parlamentarischen Monarchie mit einer effektiven Gewaltenteilung soll laut König Abdullah II. hingearbeitet werden – er sprach von „echten politischen Reformen“ und einem „Dialog zwischen allen Kräften“. Dennoch vermochten die angekündigten Reformen und die durchgeführten personellen Änderungen die Protestierenden nicht zu überzeugen und scheinen mehr der Bewahrung des Status quo als wirklicher Liberalisierung zu dienen. Die Demonstrationen verlagerten sich in periphere Gebiete.

König Abdullah II. führt den unter seinem Vater bereits begonnenen Wechsel vom *old authoritarian bargain* hin zum *new liberal bargain*²⁰ fort. Dieser beinhaltet vor allem die kompetitive Ausrichtung des politischen Systems. Erklärend wirkt dieses Phänomen auch auf die in Jordanien häufig aufeinander folgenden Phasen von Liberalisierung und anschließender Deliberalisierung. Hierbei wird das Verhalten des Königs als eine Überlebensstrategie durch Abwägen zwischen Budgetsicherheit und Regimesicherheit verstanden. Die Budgetsicherheit wird hierbei als Streben eines Staates beziehungsweise

eines Regimes verstanden, die zum eigenen Überleben notwendigen finanziellen Mittel zu akquirieren. Diese ist unentbehrlich, um das bestehende System der Patronage durch die gezielte Vergabe von Arbeitsplätzen und Posten im staatlichen Sektor am Leben zu erhalten. Damit ist die Budgetsicherheit von elementarer Wichtigkeit für Regimesicherheit, denn diese bedeutet, dass das bestehende Herrschaftssystem bewahrt und in der Folge versucht wird, das Entstehen paralleler Machtzentren zu verhindern. Das Zusammenspiel dieser beiden Hauptstrategien zeichnet das jordanische Königshaus seit König Hussein I. aus.

VI. Zukunftsszenarien

Eine verlässliche Prognose scheint zum gegebenen Zeitpunkt kaum möglich. Die Entwicklungen in Jordanien selbst werden aber sicherlich auch von denen in Tunesien und Ägypten, aber auch in Libyen oder Syrien beeinflusst werden. Auch eine erneute Verschärfung des Nahostkonflikts würde die innenpolitischen Entwicklungen im haschemitischen Königreich als direkter Nachbar beeinflussen. Es wird ferner auch darauf ankommen, wie erfolgreich das Königshaus die Forderungen der Demonstranten erfüllen oder bedienen wird. In Jordanien existiert auf Grund seiner ethnischen Zusammensetzung – mehr als die Hälfte der Einwohner sind keine ethnischen Jordanier, sondern palästinensischer Abstammung – stets das *Worst-Case-Szenario* der aktuellen politischen Entwicklung im benachbarten Irak. Demnach würden sich sozioökonomische Faktoren und Probleme verschärfen und sich auch auf ethnische *cleavages* verlagern. Ebenso bürgerkriegsähnliche Zustände wie in Libyen oder anhaltende gewaltsame Auseinandersetzungen wie in Syrien schrecken innerhalb der jordanischen Bevölkerung ab. Ferner ist auch die Wirtschaft des Landes gefährdet, da sie sich wie bereits erwähnt nicht auf Rohstoffvorkommen konzentrieren kann, sondern vielmehr von einem stabilen politischen Umfeld abhängig ist.²¹ Eine Aufnahme Jordaniens in den Golfkooperationsrat würde sich indes stabilisierend und herrschaftssichernd auswirken, da sich dieser – wie am Beispiel Bahrains zu erkennen ist – auch militärischer Mittel als *ultima ratio*²² bedient. Ferner würde sich dadurch die Konzeption dieser Organi-

²⁰ Vgl. Greenwood, Scott: Jordan's „New Bargain.“ The Political Economy of Regime Security, in: *Middle East Journal*, Vol. 57 (Spring, 2003), No. 2, S. 248-268.

²¹ Vgl. <http://www.arabianbusiness.com/jordan-economy-may-flatline-amid-arab-spring-revolts-401448.html>, abgerufen am 11.08.2011.

²² Wenngleich hierbei der Unterschied zwischen Jordanien und Bahrain sowohl in der geographischen Nähe (vor allem auch seine direkte Nachbarschaft zu Israel) als auch in der Größe sowie Bevölkerungszahl ein solches Eingreifen äußerst unwahrscheinlich macht, so schafft es doch einen Präzedenzfall.

sation grundlegend verändern: Aus einem regionalen Zusammenschluss entstünde eine auf Werten – namentlich der Monarchie und damit verbunden auch dem Schutz vor Revolution – basierender Zusammenschluss. Im Falle Jordaniens wird ein Hauptaugenmerk auch auf dem Nahostkonflikt liegen. Der 1994 geschlossene Friedensvertrag ist ein kalter Frieden – geschlossen auf Regierungsebene, während er von der Bevölkerung kritisch gesehen wird. Vor allem aber auch der hohe Anteil an palästinensisch-stämmigen Einwohnern könnte zu einer Zerreißprobe führen. Eine jordanische Führung, die sich – wenn die Forderungen der Demonstranten erfüllt werden – vermehrt nach der öffentlichen Meinung richten muss, dürfte bestehende Beziehungen zu Israel abkühlen lassen. Dennoch ist, wie auch im Falle Ägyptens, ein Aufkündigen des Vertrages unwahrscheinlich, da dies eine Kürzung oder gar Streichung westlicher Zuwendungen zur Folge hätte.

Innenpolitisch wird es wohl kurzfristig zu einigen ernsthafteren Reformen kommen. Eine Anpassung des Wahlrechts ebenso wie das Eingehen auf einige der Hauptforderungen der Demonstranten scheint sehr wahrscheinlich. Ob diese jedoch Bestand haben werden oder ob auf die Liberalisierungsphase erneut eine Deliberalisierungsphase folgt, bleibt abzuwarten. Ferner ist es auch durchaus vorstellbar, dass es den Versuch geben wird, beispielsweise neue Oppositionsparteien so zu beeinflussen, dass sie tendenziell eher loyal sind und keine ernst zunehmende Bedrohung der Herrschaft darstellen. Sie würden somit zwar auf den ersten Blick der Forderung nach einer Möglichkeit der freien zivilgesellschaftlichen Beteiligung nachkommen, es *de facto* aber verhindern, dass parallele Machtzentren entstünden. Reformen, welche die Basis der Herrschaftslegitimation – nämlich den tribalen Strukturen des Landes sowie die (zum großen Teil palästinensische) Wirtschaftselite – berühren, sind jedoch unwahrscheinlich. Hiermit geriete das Gefüge der Herrschaft König Abdullahs II. aus den Fugen und das etablierte System der Patronage würde obsolet. Dennoch stellt das junge Durchschnittsalter der Bevölkerung Abdullah II. vor Probleme, denn diese Situation wird sich in den kommenden Jahren noch zuspitzen. Eine aktive Politik um der auf den Arbeitsmarkt strömenden Generation Jobs bieten zu können, scheint unabdingbar.

Diese Problematik wird sich wohl kaum durch

altbewährte Methoden wie der Expansion des Staatsapparats bewältigen lassen, sondern muss viel mehr durch eine wirtschaftliche Öffnung hin zu einem größeren und freieren Privatsektor erfolgen. Das Islamische Aktionsbündnis hingegen versucht, sich an die Spitze der Proteste und vor allem auch der Forderungen nach Reformen des Wahl- und Parteiengesetzes zu stellen.²³ Dies geschah allerdings nicht direkt zu Beginn der Kundgebungen, da dem Staatsapparat keine Handhabe gegen die aufkommenden Demonstrationen gegeben werden sollte.

Dennoch hat es bislang keine definitive politische Zielsetzung bekannt gegeben und versucht wohl tendenziell eher, von der jetzigen Situation zu profitieren und die eigene Machtstellung auszubauen. So beteiligten sich deren Anführer an den Protesten nach dem Freitagsgebet und beschrieben das Aufbegehren der Bevölkerungen der arabischen Staaten als Streben, tyrannische Herrscher zu beseitigen. Diese Haltung wird von Seiten des Königshauses und der inneren Zirkel der Macht kritisch gesehen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass das Islamische Aktionsbündnis weiterhin eingedämmt wird und von etwaigen Reformen kaum profitieren wird.

Es ist jedoch zu beobachten, dass die arabischen Monarchien gemeinhin beständiger sind als ihre republikanischen Gegenstücke. Somit ist in Jordanien die dynastische Thronfolge gesellschaftlich anerkannt und aus der Tradition heraus legitimiert. Dies ist vor allem ein Verdienst des vorherigen Königs Hussein I. Er hat die Wahrnehmung des haschemitischen Königreichs als eigentlich historisch im Hijaz verwurzelt, hinzukommend nur durch britische Imperialpolitik nach Jordanien versetzt zu sein, grundlegend verändert. Hinzukommend generiert Jordanien auch einen erheblichen Teil seiner Herrschaftslegitimation durch die religiöse Abstammung des Königshauses von der Familie des Propheten Mohammeds. Auch hat der König die Möglichkeit, die Regierung zu entlassen oder sogar das gesamte Parlament aufzulösen. Er gerät selbst weniger in den Fokus und die Forderung nach seinem Machtabtritt ist kaum zu vernehmen. Gefordert wird weitgehend ein Regierungswechsel, ein Regimewechsel hingegen gehört nicht zur Agenda der Demonstrierenden, denn König Abdullah II. versteht es, sich als einzige Alternative darzustellen.

Benedikt van den Woldenberg

²³ Vgl. <http://www.jordantimes.com/?news=40119>, abgerufen am 11.08.2011.

VII. Literaturangaben

- AL-RANTAWI, ORAIB: Jordan and the GCC: few opportunities, many challenges, in: *Middle East Round Table*, Vol. 9 (2011), No. 18, <http://www.bitterlemons-international.org/previous.php?opt=1&id=342>, abgerufen am 19.08.2011.
- ANTOUN, RICHARD T.: Fundamentalism, Bureaucratization, and the State's Co-Optation of Religion: A Jordanian Case Study, in: *International Journal of Middle East Studies*, Vol. 38 (2006), No. 3, S. 369-393.
- ASSEBURG, MURIEL: Der Arabische Frühling. Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik, *SWP-Studie*, Berlin Juli 2011.
- BANK, ANDRÉ, SCHLUMBERGER, OLIVER: Jordan: Between Regime Survival and Economic Reform, in: Perthes, Volker (Hrsg.): Arab Elites "Negotiating the Politics of Change", Boulder, CO 2004, S. 35-60.
- BAYLOUNY, ANNE MARIE: Jordan's New "Political Development" Strategy, in: *Middle East Report*, No. 236 (2005), S. 40-43.
- BEN SALHA, EDWIGE: Das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Jordanien unter besonderer Berücksichtigung der Berufsverbände, Münster u.a. 2003.
- BOUZIANE, MALIKA, LENNER, KATHARINA: Protests in Jordan: Rumbblings in the Kingdom of Dialogue, in: Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients (Hrsg.): Proteste, Revolutionen, Transformationen – die arabische Welt im Umbruch, Juli 2011, S. 148-161, http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/vorderer-orient/publikation/Working_Paper_Series/wp_1.pdf, abgerufen am 08.08.2011.
- BRUMMER, KLAUS: Deutschland, Europa und die arabisch-islamische Welt „Interessen und Handlungsschwerpunkte“, Gütersloh Mai 2006.
- GREENWOOD, SCOTT: Jordan's „New Bargain:“ The Political Economy of Regime Security, in: *Middle East Journal*, Vol. 57 (2003), No. 2, S. 248-268.
- KING ABDULLAH II.: The Road to Reform, in: *Foreign Policy*, No. 145 (Nov.-Dec., 2004), S. 72-73.
- MILTON-EDWARDS, BEVERLY, HINCHCLIFFE, PETER: Abdullah's Jordan: New King, Old Problems, in: *Middle East Report*, No. 213 (1999), S. 28-31.
- NEMATT, SALAMEH: Change in Egypt casts dark shadow over Jordan, in: *Middle East Round Table*, Vol. 9 (2011), No. 4, <http://www.bitterlemons-international.org/previous.php?opt=1&id=327>, abgerufen am 19.08.2011.
- OSTRY, HARDY, HASCHKE, FRANZISKA: Jordaniens Parlamentswahlen und der stagnierende Reformprozess, Länderbericht Konrad-Adenauer-Stiftung, o.O. 2007.
- PETERS, ANNE MARIEL, MOORE, PETE W.: Beyond Boom and Bust: External Rents, Durable Authoritarianism, and Institutional Adaption in the Hashemite Kingdom of Jordan, in: *Studies in Comparative International Development*, Vol. 44 (2009) No. 3, S. 256-285.
- SCHLUMBERGER, OLIVER: Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden 2007.
- TESSLER, MARK: Do Islamic orientations influence attitudes towards democracy in the Arab world? Evidence from Egypt, Jordan, Morocco, and Algeria, in: *International Journal of comparative Sociology*, Vol. 43 (2002), No. 3-5, S. 229-249.
- The European Training Foundation (ETF): Unemployment in Jordan, Torino 2005.
- UNITED NATIONS: Arab Human Development Report. Challenges to Human Security in the Arab Countries, New York 2009.
- UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME: Human Development Report 2009, New York 2009, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf, abgerufen am 23.08.2011.
- WIKTOROWICZ, QUINTAN: Civil Society as Social Control: State Power in Jordan, in: *Comparative Politics*, Vol. 33 (2000), No. 1, S. 43-61.
- WIKTOROWICZ, QUINTAN: The Limits of Democracy in the Middle East: The Case of Jordan, in: *Middle East Journal*, Vol. 53 (1999), No. 4, S. 606-620.

Landesdaten Irak

Fläche ¹	2011	438.317 km ²
Bevölkerung ²	2010	31.500.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	69,4
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber 75-80%, Kurden 15-20%, 3% Turkmenen, Assyrier, Armenier
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime 97% (Schiiten 60-65%, Sunniten 32-37%), Christen und andere 3%
Durchschnittsalter ⁶	2010	20,9 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	43%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	3%
Lebenserwartung ⁹	2010	70,55 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	64.000.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	3,9
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	74,1%
Mobiltelefone ¹³	2009	19.722.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	860.400
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	860.400
Wachstum BIP ¹⁶	2010	0,8%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	3.800 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁸	2009	15,3%
Inflation ¹⁹	2011	5,0%
S&P-Rating ²⁰	2011	k. A.
Human Development Index Rang ²¹	2010	k. A.
Bildungsniveau ²²	2010	Rang 144 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²³	2010	22,0 %
Politische Teilhabe ²⁴	2010	13,7 %
Korruptionsindex ²⁵	2010	Rang 175 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ CIA – The World Factbook.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

⁹ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ CIA – The World Factbook.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁶ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁷ CIA – The World Factbook.

¹⁸ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁹ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

²⁰ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²³ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁴ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁵ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_in_dices/cpi/2010.

Irak

Der Irak leidet noch immer unter den Konsequenzen des Sturzes von Saddam Hussein vor elf Jahren und dem anschließenden Bürgerkrieg. Die wirtschaftliche Situation bleibt angespannt, die Sicherheitslage stabilisiert sich nur langsam und die Perspektiven des Lands entwickeln sich sehr indifferent: Während der Nordirak, Kurdistan, in den letzten Jahren einen wirtschaftlichen Boom erlebt, wird vor allem der Zentralirak um die Hauptstadt Bagdad immer wieder von Anschlägen erschüttert. Ethnische und konfessionelle Konflikte zwischen Kurden und Arabern, Schiiten und Sunniten belasten die innere Einheit. Externe Akteure wie Iran nehmen ebenso Einfluss wie radikale Gruppierungen und militante Islamisten. Hinzu herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit, die Regierung um Nuri al-Maliki wird zunehmend als korrupt und unfähig angesehen, die inneren Probleme zu lösen. Der nahende Abzug der US-amerikanischen Truppen könnte zwar die politische Lage verbessern, doch die unzureichenden irakischen Kapazitäten, die Sicherheit zu garantieren, könnten militante Islamisten und andere staatsfeindliche Gewaltakteure ausnutzen, um das Land weiter zu destabilisieren. Dennoch kann die demokratische Entwicklung im Irak in Form von Wahlen und gesellschaftlicher Partizipation auch Fortschritte verzeichnen. Allerdings fordern die Menschen zunehmend weitere Positiventwicklungen, sodass der „Arabische Frühling“ auch im Irak seine Auswirkungen zeigt.

I Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Der Irak ist gemäß der aktuellen Verfassung eine parlamentarische Demokratie, dessen Parlament alle vier Jahre gewählt wird. Nuri Al-Maliki ist seit 2006 der amtierende Ministerpräsident. Der Irak, der an Kuwait, Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien, Türkei, Iran und den Golf grenzt, besitzt ca. 31,5 Mio. Einwohner. Die Araber bilden mit ca. 75-80% den größten Anteil der Bevölkerung. 15-20% der Bevölkerung sind Kurden und ca. 3% Turkomanen, Assyrier oder Armenier. 97% der Bevölkerung sind Muslime. Über 60-65% von ihnen sind Schiiten, zwischen 32 und 37% Sunniten. Die muslimischen Kurden sind

ebenfalls überwiegend sunnitischer Konfession. Christen und andere Religionen sind mit einem Anteil von 3% deutlich in der Minderheit. Die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Zentren des Landes befinden sich in der sunnitisch geprägten Hauptstadt Bagdad, dem überwiegend schiitischen Basra, den kurdisch und turkmenisch geprägten Städten Erbil und Sulaimaniya sowie im Norden Iraks, der stärker von assyrischen Einflüssen geprägt ist.

Die neueste Geschichte des Irak ist maßgeblich geprägt durch die repressive Herrschaft Saddam Husseins in den Jahren 1979 bis 2003, die Golf-Kriege sowie die UN-Sanktionen zwischen 1991 und 2003. Die dank der Erdölindustrie florierende Wirtschaft sowie die Entwicklungs- und Bildungspolitik der Regierung ermöglichte vielen Irakern in den 1970er Jahren einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard. Zahlreiche Schulen wurden gegründet. Die Alphabetisierungsrate der Frauen lag 1987 bei 75%; die weibliche Beschäftigungsquote 1991 bei über 23% und damit weit über dem regionalen Durchschnitt. Der Irak galt zu dieser Zeit als Vorbild für ein modernisiertes Bildungssystem, säkulare Politik und die Implementierung von Frauenrechten. Dies verstärkte sich nochmals nach der Islamischen Revolution 1979 in Iran und dem damit verbundenen Gefühl der Bedrohung durch einen islamistischen Iran. Die „Wiederentdeckung der Religion“ schuf in Europa und den USA weitgehend Misstrauen. Der verheerende Erste Golfkrieg zwischen Iran und Irak (1980-1988) wurde von weiten Teilen des Westens denn auch als Versuch gesehen, den von Ayatollah Khomeini geforderten „Export der islamischen Revolution“ zu unterbinden, weshalb Saddam Husseins Irak mit Finanz- und Militärlieferungen unterstützt wurde. Dies änderte sich nach dem Ende des Konflikts und dem Einmarsch des Iraks ins benachbarte Kuwait. Unter dem damaligen US-Präsidenten George Bush sen. begann die Operation *Desert Storm*, an deren Ende der Rückzug des Iraks aus Kuwait stand. Saddam Hussein war nun zur internationalen *persona non grata* mutiert. Die daraufhin verhängten UN-Sanktionen gegen das Regime in Bagdad wirkten sich wirtschaftlich wie auch gesellschaftlich dramatisch auf das Land aus. Saddam Hussein änderte zu der Zeit seine innenpolitische Strategie radikal, indem er versuchte, durch eine islamisch betonte Ausrichtung wieder Anhänger für seine Politik zu

gewinnen. Ein Beleg für die islamische Neuausrichtung ist auch die Änderung der irakischen Nationalflagge 1991, die seit diesem Zeitpunkt die arabische Inschrift „Gott ist am größten“ (arabisch: *Allahu Akbar*) enthält. Von dieser Politik negativ betroffen waren insbesondere Frauen, die während dieser Zeit aus ihren Berufen gedrängt und aufgrund der stärker religiös dominierten Politik starke rechtliche Einschränkungen hinnehmen mussten, sowie politische Oppositionelle.

Die starken Belastungen, an denen die Zivilbevölkerung während dieser Zeit litt, wurden auch durch den Sturz Husseins und die anschließende Besatzung der US-amerikanischen Truppen nicht maßgeblich gelindert. Nach dem Sturz des diktatorischen Regimes am 7. April 2003 wurden eine Übergangsverwaltung und eine Übergangsregierung mit beschränkter Souveränität geschaffen, die die demokratische Neuausrichtung des Landes gestalten sollten. Diverse sunnitisch geprägte militante Gruppierungen und Akteure wie Al-Qaida im Irak und die Islamische Armee im Irak rebellierte jedoch gegen die Besatzungsmacht und die Neuformierung irakischer Sicherheitskräfte. Insbesondere al-Qaida¹ unter der Führung von Abu Musab az-Zarqawi, deren erklärtes Ziel war, den völligen Zusammenbruch des Staates zu erwirken, verübte zahlreiche Anschläge auf schiitische Ziele. Im Jahr 2005 rief az-Zarqawi zu einem „totalen Krieg“ gegen die irakischen Schiiten auf, um schiitische Gegenanschläge und einen konfessionellen Bürgerkrieg zu evozieren. Insbesondere mit schiitischen Milizen der *Mahdi-Armee* (*jaysh al-mahdi*) unter

der Führung des schiitisch islamistischen Geistlichen Muqtada as-Sadr fanden in den darauf folgenden Jahren blutige Gefechte statt. Als Folge davon brachen in weiten Teilen des Landes bürgerkriegsähnliche Zustände aus. Die irakische Bevölkerung wurde von Terroranschlägen, kriegesischen Konflikten und gewalttätiger Kriminalität heimgesucht, was als maßgeblicher Grund dafür gilt, dass die US-amerikanische Besatzung von der irakischen Mehrheit konsequent abgelehnt wurde. Solche Angriffe nehmen jedoch seit 2006 ab², weshalb die Legitimation des Staates aus Sicht der Bevölkerung seitdem stärker gegeben ist. Auch das Gewaltmonopol kann von den irakischen Sicherheitstruppen inzwischen wieder weitgehend aufrecht erhalten werden. Im Juni 2009 wurde die überwiegende Zahl an US-amerikanischen Militärtruppen aus den irakischen Städten abgezogen, im August 2010 dann auch die bis zu dem Zeitpunkt noch verbliebenen Truppen. Seit diesem offiziellen Ende des Irak-Kriegs befinden sich nur noch 56.000 Ausbildungskräfte sowie militärische Berater im Land, deren Abzug spätestens nächstes Jahr beginnen soll.³

Im Januar 2005 fanden im Irak unter der US-amerikanischen Besatzung erste freie, faire und geheime Wahlen für ein Interimsparlament zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung statt. Die Wahl wurde überschattet von der Angst vor Terrorangriffen sowie den Boykottaufrufen vieler sunnitischer Araber. Die sunnitische Minderheit, die seit der Übertragung des Völkerbundsmandats an Großbritannien 1921 das Staatsoberhaupt stellte,

¹ Die irakische Al-Qaida wurde von az-Zarqawi ursprünglich als „Gruppe des Monotheismus und des Heiligen Krieges“ (arab: *Jama'at at-Tawhid wa-l-Jihad*) gegründet. Grund des Namenswechsels zu Al-Qaida im Irak war vermutlich die Annahme, mit dem „Markennamen“ Al-Qaida weitere Popularität zu erlangen und als Teil des Al-Qaida-Netzwerks über größere und medienwirksamere Aktionsmöglichkeiten zu verfügen. Az-Zarqawi wurde durch einen US-amerikanischen Angriff im Jahr 2006 getötet.

² Als Ursache hierfür gilt u.a. die Kooperation der US-amerikanischen Sicherheitskräfte mit der Anti-Widerstandsbewegung „Wiedererweckung“ (arab. *sahwa*), die zwischen 2005 und 2006 aus dem Zusammenschluss mehrerer sunnitisch geprägter Stämme aus dem Gouvernement al-Anbar entstand. Diese Stämme und deren Führer, die die Region dominierten, lehnten die US-amerikanische Besatzung zunächst ab und begrüßten das Vordringen sunnitischer Militanten. Die Wahrnehmung änderte sich jedoch, als sie feststellten, dass die militanten Aufständischen mit einer übertriebenen Gewaltbereitschaft und Brutalität gegen die Bevölkerung vorgehen, um das bestehende System auf Grundlage ihrer Islaminterpretation zu verändern. Seitdem agieren die *Sahwat*-Gruppierungen als lokale Kontrolleure gegen aufständische Elemente und unterstützen so die irakischen Sicherheitskräfte.

³ Bisher ist noch nicht abschließend darüber entschieden worden, ob trotz der Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen, die US-Truppen vollständig abziehen, eine kleine Anzahl an US-Militärs weiterhin im Land stationiert bleiben soll. Hierbei könnte es sich zum einen um weitere Unterstützung bei der Sicherheitsgarantie, zum anderen um Ausbildungspersonal für die irakischen Streitkräfte handeln. Während der Erstellung dieser Publikation fand im Irak eine rege und kontroverse innerirakische Diskussion statt. Während sich Premierminister Nuri al-Maliki weitgehend positiv dazu äußerte, lehnen vor allem die radikalen politischen Kräfte um den Prediger Muqtada as-Sadr eine längere Stationierung ausländischer Truppen im Irak strikt ab. Ähnlich scheint auch die Stimmung innerhalb der Bevölkerung zu sein, die seit langem die US-amerikanische Präsenz kritisiert und auf einen dauerhaften und vollständigen Abzug drängt.

befürchtete an Einfluss und Macht zu verlieren und zur unterdrückten Minderheit zu werden. Die Folge war, dass Sunniten an der Gestaltung des Transformationsprozesses und der Ausarbeitung der neuen irakischen Verfassung nur marginal beteiligt waren.

Die Spaltung zwischen den Religionen und Konfessionen ist seit der Staatsgründung im Jahr 1921 ein zentrales Problem. Vom Völkerbund geschaffen, wurde der Irak im gleichen Jahr unter britisches Mandat gestellt. Sowohl Schiiten als auch Sunniten standen der Okkupation negativ gegenüber und rebellierten. Dies bewog die britische Besatzungsmacht zu einem Strategiewechsel und krönte im Jahr 1921, ohne dabei die religiösen Gegebenheiten des Landes zu berücksichtigen, den sunnitischen Haschemiten Faisal Ibn Hussein, Sohn des ehemaligen Scherifen von Mekka Hussein Ibn Ali, zum König. Hinzu kam die umstrittene Zusammenführung der drei ehemaligen Provinzen (*vilayets*) Mosul, Bagdad und Basra zu einem Staatsgebiet. Dabei wurde bewusst oder unbewusst die ethnische Heterogenität der drei Provinzen von den Briten vernachlässigt. Der somit künstlich von ausländischen Mächten geschaffene kurdische, sunnitische und schiitische Vielvölkerstaat blieb über Jahre hinweg fragil, instabil und auf der Suche nach einer nationalen Identität. All diese innergesellschaftlichen Konfliktlinien dominieren das Land noch heute und prägen in fundamentaler Weise die nationale Identität. Die Schiiten erfuhren während der sunnitischen Regierung bis zum Jahr 2003 starke Benachteiligungen. Bemühte Saddam Hussein zunächst zumindest eine oberflächliche Miteinbeziehung der schiitischen Iraker beispielsweise in die Armee, obere Parteifunktionen und auch in das Erziehungssystem, so spitzten sich die Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten jedoch zwangsläufig mit der zunehmenden Islamisierung des Landes in den 1990er Jahren zu. Ein schiitischer Aufstand im Jahr 1991 wurde von Saddam Husseins Regime brutal niedergeschlagen. Der Sturz des Regimes in 2003 eröffnete für die Schiiten die Hoffnung, ihren Einfluss stärker zur Geltung zu bringen.

Die neue Verfassung, die hauptsächlich als das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Schiiten und Kurden gilt, wurde durch ein Referendum im Oktober 2005 trotz Protesten der Sunniten angenommen, die das Referendum

als Farce kritisierten. Von Experten wurde die Wahl aber durchgängig positiv wahrgenommen. Gemäß der Verfassung ist der Irak ein demokratisches, islamisches, stark föderal geprägtes Land. Das neue Wahlrecht sieht die Wahl eines Parlaments durch die Bevölkerung vor, das wiederum das Staatsoberhaupt, also den Präsidenten, sowie zwei Vizepräsidenten wählt. Die Etablierung der Wahl zweier Vizepräsidenten geht auf den Wunsch der Kurden zurück, eine ethnische Balance sicherzustellen. So soll es beispielsweise einen schiitischen Premierminister sowie einen kurdischen und sunnitischen Vizepremierminister geben, um die ethnisch-konfessionelle Parität zu garantieren. Der Präsident ernennt im Folgenden den Premierminister, der zuständig für die Bildung eines Kabinetts ist und die Funktion der Exekutive wahrnimmt. Das Parlament besteht aus zwei Kammern, einem sogenannten Unterhaus mit 325 Sitzen (Rat der Repräsentanten) und einem Oberhaus (föderaler Rat), das, ähnlich wie in Deutschland der Bundesrat, die Interessen der einzelnen Provinzen repräsentiert. Die Bildung der zweiten Kammer, des Oberhauses, hat bis zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht stattgefunden.

Auf der Basis dieses Wahlrechts fanden im Dezember 2005 die Wahlen zur Bildung eines konstitutionellen Parlaments statt, die überwiegend frei, fair und ohne große gewalttätige Ausschreitungen stattfanden. Das erst am 19. Januar 2006 veröffentlichte Ergebnis zeigte den Sieg der Vereinigten Irakischen Allianz, die 41,2% der Stimmen (5,02 Mio.) auf sich vereinigen konnte. Die Allianz entstand vor den ersten Wahlen im Januar aus einem Zusammenschluss von mehreren politischen Parteien und Gruppen mit überwiegend schiitischer Prägung, in der Hoffnung, so eine wirksame Übermacht gegen die Sunniten bilden zu können. Die Demokratische Patriotische Allianz Kurdistans wurde zweitstärkste Kraft und erreichte 21,7% der Stimmen (2,64 Mio.). Nuri al-Maliki, Spitzenkandidat der schiitischen *Dawa*-Partei (Erweckungspartei) wurde für das Amt des Premierministers ausgewählt.

Im Jahr 2009 fanden die ersten Regionalwahlen statt. Sie verliefen ebenfalls größtenteils friedlich und wurden von Experten als zumindest annähernd transparent beschrieben. Ein offenerer Zugang der Parteien zur Wahl wurde durch den weiteren Aufbau von

Sicherheitskontrollen und -kräften weitgehend sichergestellt. Die Stimmbeteiligung in den einzelnen Provinzen lag bei 50-75%. Bei dieser Wahl wurden erstmals Wahlgesetze aus dem Jahr 2008 angewendet, die die Einführung einer 25%-Frauenquote vorsehen sowie die Verwendung von religiösen Symbolen verbieten. Der Minderheitenschutz wurde weit aus weniger beachtet. Nur sechs der insgesamt 440 Sitze der Provinzräte wurden für Minderheiten reserviert. Bei den Wahlen ging die Partei des Premierministers al-Maliki erneut als Sieger hervor, musste jedoch wegen der Verfehlung von Mehrheiten in einigen Provinzen Koalitionen bilden, um die Regierungsgeschäfte ausführen zu können.

Die drei kurdischen Provinzen Dohuk, Erbil und Sulaimaniya sowie Kirkuk beteiligten sich nicht an den Regionalwahlen. Das irakische Kurdistan, welches ca. 4 Mio. Einwohner und ein von der Zentralregierung in Bagdad unabhängiges regionales Parlament besitzt, führte im Juli 2009 separate Wahlen für das Regionalparlament durch. Die kurdische Regierung versuchte auf diese Weise, unabhängig von der Zentralregierung, ihre eigenen Interessen stärker hervorzuheben und durchzusetzen. Bis heute bestehen Konflikte mit der Zentralregierung in Bagdad um umstrittene Territorien wie z.B. Kirkuk und Ressourcen wie Öl und Gas. Jedoch kann das kurdische Autonomiegebiet, welches nach dem Kuwait-Krieg im Jahr 1991 errichtet wurde, insgesamt eine verhältnismäßig gute wirtschaftliche und Sicherheitslage vorweisen. Die implementierung von rechtlichen Rahmenbedingungen zum Investitions- und Handelsschutz führte dazu, dass viele ausländische Unternehmen Handelsbüros in Kurdistan angesiedelt haben. Dies ist auch das Ergebnis US-amerikanischer Initiativen seit Beginn ihrer Besatzung. Sie bemühten sich um eine Aussöhnung der beiden verfeindeten kurdischen Parteien *Kurdistan Democratic Party* (KDP, kurdisch: *Partiya Demokrata Kurdistanê*) und *Patriotic Union of Kurdistan* (PUK, kurdisch: *Yekîti Nîştîmanî Kurdistan*) und stärkten in der neuen irakischen Verfassung von 2005 den Föderalismus zugunsten der Kurden. Seit der Bildung einer gemeinsamen kurdischen Regierung im Mai 2006 dominieren die beiden Parteien KDP und PUK über das Parlament und bilden seitdem zusammen quasi ein Machtduopol. Eine Begrenzung ihrer Macht könnte in den kommenden Jahren höchstens von der Re-

formbewegung *Goran* („Wandel“) erreicht werden. Im Jahr 2006 gegründet, konnte sie bei den Regionalwahlen im Jahr 2009 auf Anhieb fast ein Viertel aller Parlamentssitze auf sich vereinen.

Im März 2010 fanden die zweiten landesweiten Parlamentswahlen statt, die von terroristischen Anschlägen in Bagdad und in Provinzen des Zentralirak begleitet wurden. Nach Angaben des irakischen Innenministeriums kamen dabei mindestens 38 Personen ums Leben und mehr als 100 Personen wurden verletzt. Die Wahlen endeten in einem politischen Patt. Weder die von der Dawa-Partei neu gegründete Rechtsstaat-Koalition unter der Führung von Nuri al-Maliki noch die überkonfessionelle Irakische Nationalbewegung des ehemaligen Ministerpräsidenten Iyad Allawi konnte eine Mehrheit auf sich vereinigen. Erst im November desselben Jahres, demnach acht Monate nach den Wahlen, konnte ein Konsens der rivalisierenden politischen Parteien zur Bildung einer mehrheitsfähigen Koalition erzielt und im Dezember eine neue Regierung gebildet werden. Das neu zusammengesetzte Parlament bestätigte dann sowohl den schiitischen Premierminister Nuri al-Maliki als auch den kurdischen Präsidenten Jalal Talabani in seinem Amt. Die von al-Maliki betitelte „Regierung der nationalen Partnerschaft“ umfasst insgesamt 293 der 325 Abgeordneten und beteiligt sowohl die schiitische als auch die sunnitische und die kurdische Bevölkerungsgruppe.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Trotz der Errichtung eines demokratischen Regimes bestehen immer noch große Zweifel, inwieweit es sich um eine umgesetzte Demokratie handelt. *Freedom House* beispielsweise bewertet den Irak immer noch als unfrei. Auf einer Skala von 1-7 liegt der Wert für politische Rechte bei 5, für *Civil Liberties* bei 6, wobei 1 als bester Wert gilt. Die Unzufriedenheit mit der Regierung findet Ausdruck in wiederkehrenden Demonstrationen und einem stetigen Wechsel bei der Besetzung von politischen Positionen. Auch die Parlamentswahlen im Jahr 2010 sind ein Beleg dafür: Nur 62 der ursprünglich 275 im Jahr 2005 gewählten Parlamentarier wurden wieder in das Parlament gewählt.

Die Rechtsstaatlichkeit und justizielle Unab-

hängigkeit sind in der Verfassung garantiert. Die parteilichen Kontrollen der Ministerien und der Sicherheitskräfte stellen die Gewaltenteilung überwiegend sicher. Die Judikative ist jedoch, wenn auch einige Richter nach dem Sturz des Regimes den Irak verlassen haben oder hingerichtet wurden, immer noch weitgehend die selbe, die unter Saddam Hussein tätig war. Insbesondere in Bezug auf professionelle Standards, Praktiken und rechtliche Rahmenbedingungen sind dort keine maßgeblichen Verbesserungen festzustellen. Weiterhin stehen viele Richter unter Druck und werden von politischen oder sektiererischen Gruppierungen bedroht, was es ihnen teilweise trotz eindeutiger Beweislage unmöglich macht, militärische Aktivitäten oder Gewaltverbrechen ordnungsgemäß zu verfolgen. Weiterhin sind in einigen Provinzen Infiltrationen durch Aufständische festzustellen, sodass es nur schwerlich gelingt, terroristische oder kriminelle Taten zu verurteilen. Diese Ineffizienz des Systems führt dazu, dass viele Bürger sich eher an lokale religiöse Gruppen oder Milizen wenden, um Gerechtigkeit zu üben, wodurch das System weiter geschwächt wird.

Die Verfassung schützt weiterhin Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Diese wird auch generell gewährleistet. Viele arabische Nachrichtensender sind einfach zugänglich und es existieren über ein Dutzend private TV-Kanäle. Aus finanziellen Gründen etablieren sich jedoch meistens Sender, die von Parteien finanziell unterstützt werden. Seit 2003 wurden mehr als 150 Zeitungen und Zeitschriften etabliert und der Internetzugang ist nicht eingeschränkt. Dennoch werden viele gewalttätige Übergriffe gegen Journalisten verübt. Das *Committee to Protect Journalists* (CPJ) schätzt, dass seit Beginn des Krieges im Jahr 2003 mehr als 140 Journalisten getötet wurden. „Journalisten ohne Grenzen“ geht sogar von bis zu 230 Journalisten aus. Da die Pressezentren dem Staat eine Liste mit Namen der Angestellten aushändigen müssen, befinden sich Journalisten beständig in großer Gefahr.

In der Verfassung werden weitgehend gleiche Rechte für Frauen und Männer garantiert. Seit Beginn der US-amerikanischen Besatzung bestehen Bestrebungen, die Rechte und die Stellung der Frauen zu verbessern, nachdem sich diese um die Jahrtausendwende radikal verschlechtert hatte. Ab dem Jahr 1990 wurde

Männern, die Ehrenmorde begingen, Immunität verliehen. Im Jahr 1997 fiel die Frauenbeschäftigungsrate auf etwa 10% und im Jahr 2000 konnten nur noch 25% der Mädchen und Frauen lesen und schreiben. Inzwischen sind 25% der Parlamentssitze für Frauen reserviert. Die weibliche Alphabetisierungsrate und auch die Anzahl der studierenden und berufstätigen Frauen nehmen seit einigen Jahren wieder zu. So lag die Alphabetisierungsrate von Frauen ab einem Alter von 15 Jahren bei über 69%. Dennoch erfahren Frauen immer noch häufig soziale und rechtliche Diskriminierung. So kam es besonders nach dem Sturz des Regimes wegen der schlechten Sicherheitslage und dem nahezu rechtsfreien Raum zu vielen Übergriffen auf Frauen, die allerdings auch heute wegen der anhaltenden schlechten Sicherheitslage in manchen Regionen noch nicht Vergangenheit sind. Das aktuelle Strafgesetzbuch erlaubt es innerhalb gewisser Grenzen außerdem, das islamische Recht, die Scharia, anzuwenden, weshalb häusliche Gewalt kaum verfolgt wird.

Die Religionsfreiheit ist laut Verfassung garantiert, dennoch finden häufig Bedrohungen und Übergriffe auf religiöse Einrichtungen statt, wovon insbesondere Minderheiten betroffen sind. Es wird davon ausgegangen, dass zwischen 250.000 und 500.000 Christen seit Beginn des Krieges den Irak aus Sicherheitsgründen verlassen haben. In Kurdistan finden gehäuft Angriffe, Anschuldigungen und Bedrohungen gegen Minderheiten wie Christen, aber auch gegen Turkmenen und Araber statt. Auch in den umstrittenen Gebieten und insbesondere in Kirkuk sind Auseinandersetzungen zwischen den Ethnien zu beobachten, die häufig in gewalttätige Ausschreitungen münden.

Die Konflikte zwischen, aber auch innerhalb der Ethnien, Religionen und Konfessionen finden insbesondere auch auf politischer Ebene starken Ausdruck. So kam es beispielsweise zwischen den Parlamentswahlen in 2005 und den Regionalwahlen in 2009 zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des schiitischen Bündnisses Vereinigte Irakische Allianz. Die Zwistigkeiten der Parteien Oberster Islamischer Rat im Irak und der Muqtada as-Sadr-Gruppe führten dazu, dass al-Maliki im Frühjahr 2008 die irakische Armee gegen die sadristische *Mahdi*-Armee vorgehen und diese, mit amerikanischer und britischer Unterstützung, niederschlagen ließ. Bis heute

ist as-Sadr im iranischen Exil und der inner-schiitische Konflikt längst nicht vergessen. Die Sunniten, die sozusagen als Verlierer der neuen Ordnung gelten, streben nach einer Ausweitung ihrer Repräsentanz in der Regierung, die sowohl die Schiiten als auch die Kurden einzudämmen versuchen. Ein Sieg gelang den Sunniten dennoch bereits bei den Parlamentswahlen im Jahr 2010 durch eine taktisch kluge Ausnutzung des innerschiitischen Konflikts. Durch die Abspaltung der Rechtsstaat-Koalition von der Vereinigten Irakischen Allianz gab es nun zwei wesentlich weniger gewichtige schiitische Bündnisse, die jeweils keine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Zusätzlich schlossen sich, wohl hauptsächlich aus strategischen Gründen, viele gemäßigte Sunniten der überkonfessionellen Irakischen Nationalbewegung an. Es ist zu vermuten, dass die Sunniten davon ausgingen, mit einer gemäßigten überkonfessionellen Partei bessere Wahlergebnisse als mit einer ausschließlich sunnitischen erzielen zu können. Tatsächlich konnte die Irakische Nationalbewegung mit den Stimmen der Sunniten ihren Stimmenanteil mehr als verdreifachen und ging mit 28,2% als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor. Insgesamt kam es in den Monaten während dieser Regierungsbildung zu gewalttätigen Protesten und Attacken auf nationale Institutionen und Sicherheitskräfte, die viele Tote forderten. Viele Aufständische erhofften dadurch eine Einflussnahme auf die Regierungsbildung zu eigenen Gunsten zu erzielen. Allein im Juli 2010 wurden, laut offiziellen irakischen Angaben, mehr als 535 Zivilisten getötet und über 1.000 verletzt.

Weiterhin bestehen aufgrund der Autonomiebestrebungen des irakischen Kurdistans Spannungen zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der kurdischen Regionalregierung in Erbil, was häufig zu Diskussionen um die Legalität und Legitimität der kurdischen Regionalregierung führt. Die Kurden erheben Vorwürfe gegen das zentrale System in Bagdad und fordern mehr Autonomie. Insbesondere zwei Konflikte stehen im Vordergrund: die Aufteilung Kirkuks und der umstrittenen Gebiete sowie die Verteilung von Ressourcen. Der Artikel 140 der neuen irakischen Verfassung von 2005 sieht eine Volkszählung sowie ein Referendum über den Status quo in Kirkuk, eine der umstrittensten Provinzen, vor. Aufgrund der Zwistigkeiten unter den Konfliktparteien ist dieses Referen-

dum bis heute jedoch stets verschoben wurden. Die umstrittenen Gebiete, die Irakisch-Kurdistan für sich beansprucht, befinden sich südlich und westlich angrenzend an die kurdische Autonomieregion und beheimaten heutzutage zahlreiche Kurden, jedoch auch Turkmenen und Araber. Nach der Argumentation der Kurden besitzt zumindest Kirkuk einen ursprünglich kurdischen Hintergrund. Die Kurden berufen sich dabei einerseits auf das Ergebnis eines Zensus im Jahr 1957 sowie darauf, dass die heutige Mischung der Ethnien auf eine Arabisierungskampagne in den 1980er Jahren unter Saddam Hussein zurückgehe. Neben den historischen Gegebenheiten spielen jedoch auch strategische Interessen der Kurden eine wesentliche Rolle: Kirkuk ist einer der ölreichsten Regionen Iraks und besitzt das drittgrößte Ölfeld des Landes, welches allein 10% der irakischen Ölreserven ausmacht. Für die Zentralregierung, die auch in Kurdistan eine weitgehende Kontrolle über deren Öl- und Gasreserven anstrebt, ist diese Region deshalb von hoher Bedeutung. Die kurdische Regionalregierung ihrerseits strebt jedoch dort und auch in ihrem eigenen Gebiet eine weitgehend autonome Energiepolitik an und möchte außerdem an den gesamten Öl- und Gaseinnahmen des Staates beteiligt werden. Probleme bestehen jedoch nicht nur zwischen Bagdad und Erbil, sondern auch innerhalb Kurdistans, dessen Regierungsparteien, die KDP und die PUK, sowie *Goran* und die kurdische Bevölkerung uneinig sind über ihren Umgang mit und ihren Forderungen an die Regierung in Bagdad.

Ein zentrales Problem, über das Konsens in der Bevölkerung besteht, ist die Korruption. *Transparency International* bewertete im Jahr 2010 die Korruption auf einer Skala von 0 bis 10 mit einem Wert von 1,5 – wobei 10 sehr unkorrupt und 0 hochgradig korrupt bedeutet. Damit liegt der Irak auf dem 175. Platz von insgesamt 178 Plätzen. Am 21. Februar 2011 beispielsweise verkündete der Parlamentssprecher al-Nujaifi im Parlament, dass 40 Mrd. USD nicht aufzufinden seien. Das Geld stammte aus einem Fonds, der für den Wiederaufbau Iraks bestimmt ist. ("It may have been spent somewhere, but it does not appear in our accounts.")

Ein weiteres Problem betrifft die Versorgungslage: Die Lebensmittelpreise sind stark gestiegen. Knapp eine Million Haushalte lei-

den unter Ernährungsunsicherheit. Weitere knapp drei Millionen Bürger sind stark abhängig vom Lebensmittel-Rationierungssystem der Regierung. Es bestehen Versorgungsengpässe bei zentralen Gütern wie Öl und Gas zum Heizen und bei Benzin. Es existiert keine Müllentsorgung. Der Irak hat zudem mit katastrophalen infrastrukturellen Bedingungen als Spätfolge der beiden Kriege, den UN-Sanktionen während der Herrschaft Husseins und fast acht Jahren US-amerikanischer Besatzung zu kämpfen. So besteht in vielen Städten nur etwa vier bis sechs Stunden am Tag eine elektronische Versorgung, obwohl die Regierung bereits mehrere Milliarden für die Stromnetze ausgab.

Weiterhin besteht eine hohe Arbeitslosigkeit, die auf die wirtschaftliche Lage Iraks zurückzuführen ist und von der im Besonderen die jungen Irakerinnen und Iraker betroffen sind. Circa 28% der jungen Iraker im Alter von 15 bis 29 Jahren sind arbeitslos. Durch die Golfkriege, die UN-Sanktionen und die zentral gesteuerte Wirtschaft sank in fast allen Wirtschaftssektoren die Wirtschaftsleistung. Seit dem Beginn der Besatzung im Jahr 2003 konnten die Wirtschaftsstrukturen zwar verbessert, die Liberalisierung der Märkte vorangetrieben und der Wettbewerb gefördert werden, die Entwicklung befindet sich aber dennoch weiterhin am Anfang und die Wirtschaft ist nur marginal diversifiziert. Der Irak ist aufgrund seiner riesigen Erdölvorkommen fast ausschließlich auf den Erdölexport ausgerichtet. Zur Zeit bestehen mehr als 90% der Staatseinkünfte und mehr als 80% der Exporteinnahmen aus dem Ölsektor. Nach Schätzungen von Experten könnte das gesamte Öl- und Gasvorkommen bei bis zu 250 Mrd. Barrel liegen und davon bis zu 45 Mrd. Barrel im Norden in der Autonomen Region Kurdistan. Die zuletzt abgeschlossenen Verträge mit großen Öl-Unternehmen könnten dazu führen, dass der Irak seine Einkünfte durch Ölexporte weiter steigert. Problematisch ist jedoch, dass diese Branche nur wenige Arbeitsplätze bietet und der Irak industriell kaum entwickelt ist. Die fehlende Industrie gilt als eine der Hauptursachen für die Arbeitslosigkeit, deren Folge wiederum eine wachsende generelle Unzufriedenheit, insbesondere unter den Jugendlichen, mit dem System in Bagdad ist. Dass die Regierung und das Parlament hauptsächlich aus Män-

nern und aus den oberen Altersschichten zusammengesetzt sind, stärkt den Unmut der Jugend. Die Jugendlichen fordern die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie eine größere Teilhabe und Mitsprache in dem politischen Wiederaufbauprozess.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Bereits seit Ende 2010 sind vereinzelte Proteste aufgrund des langen Übergangsprozesses zur Bildung einer neuen Regierung und der Machtanhäufung des Premierministers al-Malikis zu beobachten. So erstarken seit 2007/2008 die nationalistischen Kräfte, und die Befürworter einer starken Zentralregierung in Bagdad nehmen zu, was von vielen Irakern, vorrangig aber von den Kurden, kritisch beäugt wird. Insbesondere werden auch die allgemeinen Lebensbedingungen wie Arbeitslosigkeit, Armut, Mangel an elektrischer Versorgung und Korruption angeprangert.

Durch die Aufstände in der arabischen Welt zu Beginn des Jahres 2011 und insbesondere durch die Revolutionen in Tunesien und in Ägypten erhielten die Proteste im Irak starken Auftrieb. Am 13. Februar 2011, zwei Tage nach dem Sturz der Regierung von Hosni Mubarak, berichtete die israelische Zeitung *Haa-retz*, dass ein 31-jähriger Familienvater Selbstmord beging, indem er, vermutlich von der Selbstverbrennung des tunesischen Muhammad Bouazizi⁴ inspiriert, sich selbst verbrannte, nachdem er keine Arbeit finden konnte. Bereits seit Ende Dezember wird im Irak von Versuchen zur Selbstverbrennung berichtet. Am 25. Februar wurde der „Tag des Zorns“ ausgerufen, an dem nach den Freitagsgebeten landesweite Demonstrationen stattfanden. Mindestens elf Menschen kamen dabei ums Leben. Auslöser waren auch hier vor allem die Wut über soziale Ungerechtigkeit, Korruption und hohe Arbeitslosigkeit. Die größten Demonstrationen fanden in Kurdistan sowie den arabisch-sunnitisch geprägten Städten Mosul und Falluja sowie den arabisch-schiitisch geprägten Städten Bagdad und Basra statt. Allein in Mosul wurden dabei mehr als fünf Personen getötet. In Bagdad demonstrierten Tausende. Einige unter ihnen versuchten, die sogenannte „Grüne Zone“⁵ anzugreifen. Die Sicherheitskräfte gingen mit

⁴ Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Muhammad Bouazizi gilt als Initialzündung der tunesischen Revolution und den Aufständen in der arabischen Welt.

⁵ Die „Grüne Zone“ ist das Zentrum internationaler Präsenz, Sitz des irakischen Parlaments und der amerikanischen Botschaft.

Tränengas, Knüppeln und Wasserwerfen gegen die Demonstranten vor.

Kurdische Proteste drücken den Zorn gegen die autoritäre Autonomieregierung im irakischen Kurdistan aus. Am 21. Februar 2011 eskalierten dort in Sulaimaniya die Proteste, nachdem ein Jugendlicher von Sicherheitskräften getötet wurde. Weitere 48 Personen wurden an diesem Tag verletzt. Der wachsende Unmut über die unabhängige Regionalregierung in Kurdistan und deren äußerst starke Macht in allen Politik- und Wirtschaftsfragen führten zwei Tage später im ganzen Nordirak zu weiteren Demonstrationen. Die Reformbewegung *Goran* versuchte sich mit begrenztem Erfolg als Oppositionsführer zu etablieren. Bereits seit dem Aufkommen der *Goran*-Bewegung ist in Kurdistan ein latenter Konflikt zwischen den Regierungsparteien KDP und PUK sowie der *Goran*-Bewegung festzustellen, deren Erfolge bei den Regionalwahlen im Jahr 2009 den Konflikt weiter verschärften.⁶ Während der Demonstrationen wurden Forderungen nach politischen Reformen und einer genauen Untersuchung der Tötungen von Demonstranten durch den Staat laut. Allein in Sulaimaniya demonstrierten mehr als 5.000 Iraker. Ähnlich große Demonstrationen und Aufstände fanden an dem Tag in Erbil statt, die durch Sicherheitstruppen des Staates niedergeschlagen wurden. Die Proteste dort richteten sich hauptsächlich gegen Masoud Barzani, den Führer der KDP, der in den kurdischen Provinzen Dohuk und Erbil regiert.

Anfang März 2011 wurden erneut Proteste in der Hauptstadt Bagdad, Basra und anderen südirakischen Städten beobachtet. Am 16. März 2011 fanden in der gleichen Gegend schiitische Demonstrationen statt. Diese galten dem Einmarsch Saudi-Arabiens in Bahrain und der Solidarisierung mit der schiitischen Opposition in Bahrain. Auch am folgenden Tag demonstrierten etwa 3.000 Schiiten in Kerbela gegen das Vorgehen Saudi-Arabiens. Die Demonstrationen fanden nach Aufrufen von Muqtada as-Sadr und des Großayatollah Mohammed Taki al-Mudarrisi statt. Auch der schiitische Premierminister Nuri al-Maliki unterstützte die Demonstranten.

Abgesehen von letzteren genannten Demonstrationen spielten die Konflikte zwischen den Ethnien, beispielsweise zwischen arabischen

Schiiten und Sunniten oder zwischen Arabern und Kurden, bei den Protesten dieses Jahres eher eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund standen Probleme, die unabhängig von Religion oder Ethnie die Bevölkerung betreffen: Arbeitslosigkeit, Korruption und mangelhafte Infrastruktur in Bildung, Gesundheit und Versorgung. In Kurdistan, dessen wirtschaftliche Lage insgesamt besser als die gesamtirakische einzustufen ist, demonstrierte die Bevölkerung hauptsächlich wegen der starken autoritären Herrschaft der Regierung.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Noch vor dem Beginn der Proteste im eigenen Land, aber mit Blick auf die wachsenden Unruhen in der arabischen Welt, kündigte die Regierung Zugeständnisse an die Bevölkerung an. Am Freitag, den 1. Februar 2011, versprach al-Maliki im Parlament Gehaltskürzungen. Diese sehen eine Kürzung des Gehalts des Premierministers um mehr als 50% der monatlichen 35 Mio. Irakischen Dinars vor (entspricht ca. 38.000 USD). Ähnliche Einschnitte wurden bei Abgeordneten, Gesetzgebern, Ministern und hochrangigen Beamten gefordert. Ob diese jedoch tatsächlich in der Realität umgesetzt werden, ist noch unklar. Des Weiteren bot die Regierung freie Elektrizität an und importierte Zucker zur Unterstützung des von der Regierung etablierten Lebensmittel-Rationierungssystems. Insgesamt wurden dem Essensrationierungsprogramm 900 Mio. USD zugeführt, die ursprünglich für den Ankauf von Kampffjets eingeplant waren. Weitere 400 Mio. USD wurden reserviert für die Betreibung von Generatoren, die im Sommer Klimaanlage mit Energie versorgen sollen. Weitere Infrastrukturprojekte und die Sanierung von Kanalisationsanlagen sind in Planung.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Die Demonstrationen und Aufstände der irakischen Bürger wurden von dem Premierminister al-Maliki jedoch heftig verurteilt und auch brutal zerschlagen. Demonstranten wurden immer wieder bedroht. Bei dem harten Durchgreifen der Sicherheitstruppen wurden bei Protesten allein am 25. Februar 2011, dem irakischen „Tag des Zorns“, 16 Menschen getötet. Al-Maliki behauptete, Anhän-

⁶ Goran spaltete sich im Jahr 2006 von der PUK ab und obliegt seitdem der Herrschaft des namhaften Politikers Naushirwan Mustafa. Letzterer war bis zu jenem Zeitpunkt der stellvertretende Führer der PUK. Die Bewegung fordert eine stärkere Bekämpfung der wuchernden Korruption in Kurdistan, demokratische Reformen sowie Rechtsstaatlichkeit. Gleichzeitig agiert sie weniger radikal in ihren Ansprüchen gegenüber der Zentralregierung in Bagdad und konzentriert sich, sehr zum Ärger der Regionalregierung, eher auf demokratische Reformen als auf die Ausweitung des kurdischen Territoriums.

ger des ehemaligen Diktators Saddam Hussein hätten mit Hintergedanken die Unruhen provoziert: "Change is something important but it should not be based on sabotage, arson and rioting".⁷ Die Iraker seien ein einfaches Volk („simple people“) und sollten deshalb nicht den religiösen Führern überlassen werden, die das Volk zu politisieren und manipulieren versuchen. Die Demonstrationen der irakischen Schiiten, die der Solidarisierung mit der Opposition in Bahrain galten, wurden von dem Premierminister jedoch nicht verurteilt. Er unterstützte diese und kritisierte das Vorgehen Saudi-Arabiens scharf.

Die Demonstrationen in der autonomen Region Kurdistan im Februar 2011, bei denen ebenfalls Menschen getötet wurden, wurden mit hartem Durchgreifen beantwortet. Das kurdische Regionalparlament in Erbil erließ außerdem einen Plan, der die kurdische Bevölkerung beruhigen sollte.

In der südirakischen Stadt Basra trat nach massiven Protesten der als äußerst korrupt geltende Gouverneur Sheltak Abbud zurück.

IV. Zukunftsszenarien

Best Case Szenario:

Trotz der hohen politischen Gewalt und der vielen Anschläge und Angriffe wurden in den letzten sieben Jahren immerhin drei demokratische Wahlen durchgeführt, die von Experten als überwiegend frei und fair eingeschätzt wurden. Damit unterscheidet sich der Irak von den meisten seiner Nachbarn. In der aktuellen Regierung sind alle großen Ethnien und Konfessionen vertreten. Bestenfalls würde sich diese positive Entwicklung fortführen. Eine offene und konstruktive Kooperation der einzelnen Regierungsparteien würde den extremistischen Kräften den Nährboden nehmen. Die vom Ministerpräsidenten al-Maliki angekündigten Gehaltskürzungen sowie die dringend benötigten Infrastrukturprojekte würden umgesetzt, was die Glaubwürdigkeit der Regierenden und ihr Ansehen in der Bevölkerung stark verbessern würde. Durch weiterhin gute Zusammenarbeit zwischen amerikanischen Ausbildungstruppen und der Irakischen Armee könnte die Sicherheitslage außerdem weiter verbessert werden. Zusätzlich könnte sich der Tod Usama bin Ladins positiv auf die

Sicherheitslage im Irak auswirken, weil die ideologische Strahlkraft al-Qaidas dadurch ebenso geschwächt wurde wie durch die demokratisch-zivilgesellschaftlichen Aufstandsbewegungen in Tunesien oder Ägypten.

Zwar bestehen kurdische Sezessionsbestrebungen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von der gesamtirakischen Wirtschaft hielte die Kurden jedoch davon ab, diese Intentionen in nächster Zeit zu realisieren. So könnten Konflikte mit der Zentralregierung und mit den Nachbarstaaten wie Iran und der Türkei vermieden werden, die ebenfalls kurdische Minderheiten besitzen und die Sezessionsbestrebungen Irakisch-Kurdistans kritisch beobachten.⁸ Insbesondere bei weiteren Wahlerfolgen und einem Aufschwung der *Goran*-Partei ist von einer solchen Entwicklung auszugehen, da diese eine weniger vehemente Politik gegenüber der Zentralregierung verfolgt. So würden auch Konflikte bezüglich den umstrittenen Regionen stark abgeschwächt, da eine Annexion dieser Gebiete laut eigenen Aussagen keine hohe Priorität für die Partei besitzt. Vielmehr würde die Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft in den Vordergrund treten

Worst Case Szenario

Andererseits wäre im schlechtesten Fall davon auszugehen, dass die Konflikte und Auseinandersetzungen der einzelnen Koalitionsparteien die Regierungsarbeiten stark behindern. Im Vordergrund stünden nicht die dringliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, sondern persönliche Konflikte der Regierungsmitglieder, beispielsweise zwischen dem Radikalen as-Sadr und dem Premierminister al-Maliki. Die extremistischen Kräfte im Land, sowohl schiitische, sunnitische oder kurdische, könnten die Situation zu ihren Gunsten ausnutzen und verstärkt terroristische Attacken verüben, um ihren Einfluss auszubauen und das Land zu destabilisieren. Durch einen vorschnellen Abzug der letzten verbleibenden US-amerikanischen Truppen, die für die Ausbildung der irakischen Armee zuständig sind, würde die Sicherheitslage zusätzlich drastisch verschlechtert. Zusätzlich könnte der schiitisch geprägte Iran den Abzug der US-amerikanischen Truppen nutzen, um seinen Einfluss auf die irakischen Schiiten auszuweiten, was eine weitere politische Konfrontation zur

⁷ Quelle: Hemdei, Salah: Double barrel anger, *Al-Ahram weekly online* (24.02.-01.03.2011), <http://weekly.ahram.org.eg/2011/1036/re151.htm>, abgerufen am 29.06.2011.

⁸ Abzuwarten bleibt hier allerdings die zukünftige Situation der syrischen Kurden, die im Verlauf der syrischen Protestbewegungen vielfach zum Ziel der staatlichen Repressionsmaßnahmen wurden.

Folge hätte und Bedrohungsgefühle irakischer Alliierte, insbesondere der USA, hervorrufen könnte. Weiterhin könnte die Föderalismusdebatte zu einer Zuspitzung oder sogar zu einer Eskalation des Konflikts zwischen Kurden und Arabern über Irakisch-Kurdistan und den Verbleib Kirkuks führen. Premierminister al-Maliki wie auch Allawi, der Vorsitzende der Irakischen Nationalbewegung, sind starke Befürworter einer mächtigen Zentralregierung, die bereits in den letzten Jahren wesentlich ausgebaut wurde. Beide könnten darauf drängen, die Macht in Bagdad noch weiter zu stärken und dies durch eine militärische Einnahme der umstrittenen Gebiete demonstrieren. Die 12. Division der irakischen Armee drang bereits im Herbst 2008 zu einer angeblichen Schützung der Ölinfrastruktur nach Kirkuk vor. Seitdem stehen sich dort kurdische und irakische Truppen gegenüber. Zur Zeit verfügen die kurdischen Truppen über die besseren Ressourcen. Sollte sich die Präsenz der zentralirakischen Militärs jedoch erhöhen, könnte die Situation eskalieren, sich vielleicht sogar auf weitere Städte wie Mosul ausdehnen und im Nordirak schlimmstenfalls in bürgerkriegsähnliche Zustände übergehen. Instabilität und wirtschaftliche Missstände könnten auch durch Flüchtlingsströme syrischer Kurden nach Irakisch-Kurdistan entstehen.

Trendszenario

Wenn auch Spaltungen zwischen sunnitischen und schiitischen Parteien bestehen, könnten die Neuausrichtungen insgesamt auf gemeinsamen Interessen gründen wie beispielsweise der Verbesserung der Infrastruktur. Die Probleme und Konflikte wie Korruption oder Misswirtschaft würden öffentlich diskutiert und zumindest teilweise eingedämmt. Die Konflikte zwischen Kurden und Arabern blieben bestehen. Das Referendum bezüglich des Verbleibs der Provinz Kirkuk würde aufgrund anhaltender Differenzen zwischen den einzelnen Parteien weiterhin verschoben. Auch bezüglich der Energiepolitik fänden sich keine konkreten Lösungen. Weder gelänge es der Zentralregierung, diese komplett zu ihren Gunsten zu kontrollieren, noch Erbil, diese in ihrem Autonomiegebiet gänzlich unabhängig auszurichten.

Da die Kurden an der Regierung beteiligt sind, und ein Austritt ihrerseits den Zusammenbruch der gesamten Regierung nach sich zöge, besitzen sie ein wirksames Druckmittel. Dies könnte eingesetzt werden, wenn Premierminister al-Maliki seine Kompetenzen weiter ausbauen wollte und somit verhindert werden, dass die Zentralmacht in Bagdad zu weitreichende Kompetenzen erhält. Die seit letztem Jahr stark konsensual geprägte Regierungszusammensetzung könnte auch insgesamt dazu beitragen, dass Gespräche zwischen den Parteien aufgenommen und weitere Konflikte entschärft werden. Das im Vorfeld der letzten Parlamentswahlen, wenn auch eher aus strategischen Gründen, stattgefundene Gespräch zwischen al-Maliki und as-Sadr könnte ein Indiz für die stärkere Kompromissbereitschaft der Parteien sein.

Von entscheidender Bedeutung bleibt auch die wirtschaftliche Entwicklung. Insbesondere Kurdistan hat sich wirtschaftlich gut entwickelt. Aber auch im Süden Iraks findet ein vorsichtiger, aber stetiger wirtschaftlicher Aufschwung statt. Dieser könnte sich bei unterstützenden politischen Maßnahmen und weiter steigendem Interesse seitens der ausländischen Unternehmer fortsetzen. Aber auch wenn sich die wirtschaftliche Situation in weiten Teilen des Landes verbessert hat, bleibt dieser Fortschritt von mindestens zwei Entwicklungen abhängig: Zum einen müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen kontinuierlich verbessert und die Konflikte um die Ölförderung in Kurdistan beigelegt werden, um für ausländische Unternehmer langfristig attraktiv zu bleiben. Zum anderen bleibt auch die weitere Entwicklung der Sicherheitslage abzuwarten: Wenn politische Zwistigkeiten, militante Islamisten und die brisante Situation in Nachbarländern zunehmen, könnte sich dies negativ auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken. Dies gilt insbesondere für die nach wie vor strukturschwache und fragile Region um die Hauptstadt Bagdad, die bis jetzt von internationalen Investoren aufgrund der Unsicherheit gemieden wird. Hinzu muss die Wirtschaft weiterhin ölunabhängiger diversifiziert werden, das Ausbildungsniveau verbessert und die Kaufkraft erhöht werden.

Katharina Schmoll

VII. Literaturangaben

- AL-ALI, NADJE: Iraqi Women: Historical and Contemporary Perspectives, in: *Orient II*/2011, S.32-38.
- AL-ALAK, MEHDI: Analytical Report of the National Youth Survey. Towards A National Strategy for Iraqi Youth, Inter agency Information and Analysis Unit (IAU) UN, <http://www.iauiraq.org/documents/1451/analytical%20report-executive%20summary.pdf>, abgerufen am 19.07.2011.
- AL-ANSARY, KHALID: Iraq criticises Bahrain intervention: Sadrists march, *Reuters*, <http://www.reuters.com/article/2011/03/16/us-bahrain-iraq-idUSTRE72F6RJ20110316>, abgerufen am 01.07.2011.
- AL-ANSARY, KHALID: Iraq's Sadr followers march against Bahrain crackdown, *Reuters*, <http://www.us.mobile.reuters.com/article/topNews/>, abgerufen am 01.07.2011.
- ARANGO, TIM: Iraqi Youths' Political Rise Is Stunted by Elites, *New York Times*, <http://www.nytimes.com/2011/04/14/world/middleeast/14iraq.html>, abgerufen am 01.07.2011.
- ARATO, ANDREW: Constitution making under Occupation. The politics of imposed revolution in Iraq, New York 2009.
- BARAM, AMATZIA: Iraq Past, Present and Future: Arabic Speaking Iraqis between the Tribes, the Sunnah and the Shi'ah, *Middle East Report*, Middle East Institute Singapore 2010.
- BBC NEWS: Iraq voters back new constitution, http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4374822.stm, abgerufen am 01.07.2011.
- BERTELSMANN STIFTUNG: BTI 2010 – Iraq Country Report, http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/MENA/Iraq.pdf, abgerufen am 29.06.2011.
- CORDESMAN, ANTHONY H.: Iraq's Fracture Lines: Recidivism or Reassertion, *CSIS Studie* 2011.
- DIE ZEIT: Hohe Wahlbeteiligung trotz vieler Anschläge, *Zeit online*, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-03/irak-parlamentswahl-gewalt-2/seite-1>, abgerufen am 29.07.2011.
- EICKENFONDER, SUSANNE: Machtvakuum im Irak ist beendet, *Deutsche Welle*, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,6221559,00.html>, abgerufen am 22.07.2011.
- EL MOUSSAOUI, NAIMA: Tote bei Protesten im Irak, *Deutsche Welle*, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14874966,00.html>, abgerufen am 01.07.2011.
- FREEDOMHOUSE: Countryreport. Freedom in the World - Iraq (2011), <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=8058&year=2011>, abgerufen am 29.06.2011.
- HANISH, SHAK: The Kirkuk Problem in Iraq: Is there a Solution? in: *Orient II*/2011, S.25-31.
- HAREETZ: Iraq man dies of self-immolation to protest rising unemployment, *hareetz.com*, <http://www.haaretz.com/news/international/iraq-man-dies-of-self-immolation-to-protest-rising-unemployment-1.343162>, abgerufen am 21.07.2011.
- HEMDEI, SALAH: Double barrel anger, *Al-Ahram weekly online* (24.02.-01.03.2011), <http://weekly.ahram.org.eg/2011/1036/re151.htm>, abgerufen am 29.06.2011.
- JENSEN, STERLING: Iraq weathers the political Storm, in: *Middle East Quarterly* 18 (2011) 3, S.31- 34.

- KURDISTAN REGIONAL GOVERNMENT: A Look at the Final Changes in Iraq's Constitution, <http://web.krg.org/articles/detail.asp?nr=24&lngnr=12&anr=6040&smap=>, abgerufen am 01.07.2011.
- LEIDHOLDT, ULRICH: Keine Revolution, sondern Verbesserungen, *ARD Tagesschau*, <http://www.tagesschau.de/ausland/irakdemo100.html>, abgerufen am 01.07.2011.
- MARCINKOWSKI, CHRISTOPH: Shi'ite Identities. Community and Culture in Changing Social Contexts, Münster 2010.
- MIDDLE EAST REPORT: In their own words: Reading the Iraqi Insurgency, International Crisis Group Studie 2006.
- N24: Anschlag auf größte Öltraffinerie im Irak, *N24 online*, http://www.n24.de/news/newsitem_6688160.html, abgerufen am 01.07.2011.
- NZZ: Proteste von Jordanien bis Jemen, *NZZ online*, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/proteste_von_jordanien_bis_jemen_1.9685925.html, abgerufen am 01.07.2011.
- OBERNDORFER, LILLI: 100 Tage Angst, *Wirtschaftsplattform Irak*, <http://www.wp-irak.de/index.php/meinung-a-analyse/61-staat/514-100-tage-angst>, abgerufen am 01.07.2011.
- PRESS TV: Kurds rally for change in north Iraq, <http://www.presstv.ir/detail/166617.html>, abgerufen am 01.07.2011.
- STROHMEIER, MARTIN, YALÇIN-HECKMANN, LALE: Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur, München, 3. Aufl. 2010.
- SCHMIDT, MICHAEL, ALI, KHALID D.: Iraqi Leader, With Eye on Discontent, Says He'll Cut His Salary in Half, *New York Times*, <http://www.nytimes.com/2011/02/05/world/middleeast/05iraq.html>, abgerufen am 01.07.2011.
- SINA, RALPH: US-Kampfftruppen verlassen den Irak, *Tagesschau.de*, <http://www.tagesschau.de/ausland/irakusa100.html>, abgerufen am 19.07.2011.
- SPRINGBORG, ROBERT: Democratic Beacon in Iraq: A dim light indeed, in: *Orient II*/2011, S.6-11.
- STEELE, JONATHAN: Iraq's own Arab spring, *Guardian*, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/apr/25/united-states-troop-presence-iraq-long-term>, abgerufen am 01.07.2011.
- STEINBERG, GUIDO: Die irakische Aufstandsbewegung. Akteure, Strategien, Strukturen, *SWP-Studie* 2006.
- STEINBERG, GUIDO: Talabani und Barzani unter Druck, *SWP-Studie* 2010.
- STEINBERG, GUIDO: Die neue Kurdenfrage. Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn. In Irakisch-Kurdistan fordert die Goran-Bewegung die etablierten Parteien heraus, *SWP-STUDIE* 2011.
- TRADINGECONOMICS: Literacy rate; adult female (% of females ages 15 and above) in Iraq, <http://www.tradingeconomics.com/iraq/literacy-rate-adult-female-percent-of-females-ages-15-and-above-wb-data.html>, abgerufen am 29.07.2011.
- TRANSPARENCY INTERNATIONAL: Corruption Perceptions Index Results, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results, abgerufen am 18.07.2011.

Landesdaten Palästinensische Gebiete

Fläche ¹	2011	5.860 km ² (Westjordanland), 360 km ² (Gazastreifen)
Bevölkerung ²	2010	4.400.000 (Westjordanland und Gazastreifen)
Bevölkerungsdichte (pro km ²)	2010	k. A.
Ethnische Gruppen ³	2010	Palästinensische Araber 83%, Juden 17% (Westjordanland), Palästinensische Araber 100% (Gaza Streifen)
Religionszugehörigkeit ⁴	2010	Muslime 98, 7%, Christen 0,7%, Juden 0,6% (Gaza Streifen); Muslime 75%, Juden 17%, Christen 8% (Westjordanland)
Durchschnittsalter ⁵	2010	17,7 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁶	2011	43%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁷	2011	3%
Lebenserwartung ⁸	2010	75,01 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ⁹	2010	10.300.000
Geburten pro Frau ¹⁰	2009	4,9
Alphabetisierungsrate	2010	92,4%
Mobiltelefone ¹¹	2009	2.405.000
Nutzer Internet ¹²	2009	1.379.000
Nutzer Facebook ¹³	2011	599.520
Wachstum BIP ¹⁴	2010	k. A.
BIP pro Kopf ¹⁵	2010	k. A.
Arbeitslosigkeit ¹⁶	2010	16,5% (Westjordanland); 40% (Gazastreifen)
Inflation ¹⁷	2011	k. A.
S&P-Rating ¹⁸	2011	k. A.
Human Development Index Rang ¹⁹	2010	k. A.
Bildungsniveau ²⁰	2010	k. A.
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²¹	2010	k. A.
Politische Teilhabe ²²	2010	20,4%
Korruptionsindex ²³	2010	k. A.

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ CIA – The World Factbook.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

⁹ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹⁰ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹¹ CIA – The World Factbook.

¹² Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹³ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁴ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁵ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁶ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁷ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁸ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

¹⁹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf, abgerufen am 29.08.2011.

²² The World Bank "Voice and Accountability", Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²³ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Palästinensische Gebiete

Der Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis bestimmt mittlerweile seit Jahrzehnten einen großen Teil der Berichterstattung über den Nahen Osten. Die Verhandlungen zwischen beiden Konfliktparteien sind nun seit Monaten nicht vorangeschritten, wodurch der Unmut in der Bevölkerung weiter zunimmt. Dennoch sind sowohl der Gaza-Streifen als auch das Westjordanland von Massenprotesten, deren Zeugen wir derzeit in Nordafrika und einigen anderen arabischen Staaten werden können, ausgeblieben. Diese Entwicklung ist zum Teil ein Resultat der Politik vor allem Salam Fayyads, Premierminister der Palästinensischen Autonomiegebiete, der die Etablierung quasi-staatlicher Strukturen als Grundlage für einen lebensfähigen palästinensischen Staat favorisiert. Auf der anderen Seite genießen die Palästinenser bereits einige, auf Grund interner Konflikte jedoch eingeschränkte, demokratische Freiheiten, sodass das Bestreben, die eigene Führung abzulösen, aktuell noch nicht so groß ist, wie in anderen Staaten der Region. Diese Situation kann sich jedoch schlagartig ändern, wenn die eigene politische Führung keine Erfolge im Rahmen der Beilegung interner Konflikte vorweisen kann und die Verhandlungen mit Israel sowie die Abstimmung in den Vereinten Nationen nicht den gewünschten Erfolg bringen.

Obwohl die palästinensischen Gebiete von Massendemonstrationen bisher weitgehend verschont blieben, bleibt die Dynamik der Region nicht ohne Auswirkungen auf die Palästinenser selbst. Sowohl Hamas als auch Fatah sind durch die Ereignisse, vor allem in Ägypten und Syrien, stark unter Druck geraten und müssen ihre Politik neu ausrichten. Das Versöhnungsabkommen zwischen Fatah und Hamas ist ein wesentliches Resultat der regionalen Entwicklungen und des zunehmenden öffentlichen Drucks. Ob und wie dieses Abkommen umgesetzt wird, werden die nächsten Monate zeigen müssen. Eine zusätzliche Ungewissheit bringt die Abstimmung in den Vereinten Nationen Ende September 2011 mit sich. Größere Demonstrationen mit teils gewaltsamen

Ausschreitungen werden sowohl von israelischer als auch palästinensischer Seite nicht ausgeschlossen, sodass die kurz- und mittelfristige Entwicklung bereits ein großes Spannungspotenzial aufweist.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklung

Bereits in den 1960er Jahren wurde mit dem Aufbau politischer Strukturen auf Seiten der Palästinenser begonnen, obwohl die Gründung eines eigenen Staates nicht absehbar war. Entscheidend war vielmehr die Herausbildung einer eigenen Interessenvertretung, um die politischen Ansprüche geltend machen zu können. Obwohl es bis zum heutigen Tage keinen eigenen palästinensischen Staat gibt, hat sich der Prozess der politischen Institutionenbildung weiter fortgesetzt und führte z. T. zu Doppelstrukturen oder gar Dreifachstrukturen, wenn der Gaza-Streifen separat betrachtet wird. Diese sind zumindest teilweise demokratisch legitimiert. Die drei dominierenden Organisationen bzw. Institutionen sind die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die Palästinensische Autonomiebehörde (PNA oder PA) und die Islamische Widerstandsbewegung in Palästina (Hamas), die seit den Wahlen 2006 die politische Entwicklung im Gaza-Streifen bestimmt. Deren Einfluss und Zuständigkeiten haben sich über die Jahre jedoch teils deutlich verändert.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation wurde im Jahre 1964 auf dem Gipfel der Arabischen Liga als nationale Einigungsbewegung mit dem Ziel gegründet, die Schaffung eines eigenständigen Staates zu erreichen. Im Allgemeinen ist die PLO eine Dachorganisation für verschiedene palästinensische Gruppierungen, die bestimmte Bevölkerungsgruppen repräsentieren und deren Vertretungen. Momentan sind elf palästinensische Parteien unter dem Dach der PLO vereinigt, deren wichtigste bzw. dominierende die Fatah ist. Das wichtigste Organ der Palästinensischen Befreiungsorganisation ist das 18-köpfige Exekutivkomitee, dessen Vorsitz derzeit Mahmoud Abbas einnimmt. Die Mitglieder des Exekutivkomitees werden vom Palästinensischen Nationalrat gewählt. Zusätzlich steht dem Komitee seit 1991 der Zentralrat als beratendes Gremium zur Seite. Die Hauptaufgabe des Exekutivkomitees besteht vor allem in der internationalen Repräsentation aller Pa-

lätinenser unabhängig von deren Wohnort sowie die internationalen Friedensverhandlungen. Insofern kann nur die PLO tatsächliche Verhandlungen mit Israel oder anderen externen Akteuren durchführen. Zum Zwecke der internationalen Repräsentation hat die PLO im Laufe der Jahre zahlreiche Vertretungen in verschiedenen Ländern eingerichtet und stellt seit 1974 einen Vertreter in den Vereinten Nationen. In dem Vertretungsanspruch aller weltweit lebenden Palästinenser besteht das Alleinstellungsmerkmal der PLO gegenüber der PNA.

Das zweitwichtigste Organ der PLO ist der Palästinensische Nationalrat, der die legislativen Aufgaben übernimmt, indem er Leitlinien, Agenden und die rechtlichen Rahmenbedingungen festlegt. Derzeit umfasst der Nationalrat 740 Mitglieder und setzt sich aus den 132 Abgeordneten des Palästinensischen Legislativrates der PNA, den Vertretern aller Untergruppierungen und Parteien sowie Vertretern der Diaspora zusammen. Obwohl die Hamas der PLO offiziell nie beigetreten ist, kann diese 74 Vertreter in den Nationalrat entsenden, die nach den Wahlen im Jahre 2006 dem Palästinensischen Legislativrat angehören. In der Praxis entzieht sich die Hamas allerdings der direkten Mitarbeit in den Institutionen der PLO weitgehend. Der Nationalrat wird in der Theorie von allen in den palästinensischen Gebieten sowie aller in der Diaspora lebenden Palästinenser gewählt; in der Praxis werden diese allerdings – auch auf Grund der schwierigen Umsetzung einer solchen Wahl – von den einzelnen Parteien und Untergruppierungen ernannt. In einzelnen Fällen ist es dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees möglich, selbst Abgeordnete des Nationalrates zu ernennen. Theoretisch ist es vorgesehen, dass der Nationalrat einmal im Jahr zusammenkommt. Das geschieht in der Praxis allerdings deutlich seltener und meist nur im Zusammenhang mit wichtigen Entscheidungen wie der Änderung der Palästinensischen Nationalcharta. Die wichtigsten Zusammenkünfte des Nationalrates waren zweifelsfrei 1993 zur Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie die Änderung der palästinensischen Nationalcharta im Jahre 1996, die die Passagen hinsichtlich des bewaffneten Kampfes gegen Israel für ungültig erklärte und den bewaffneten Kampf zumindest in theoretischer Hinsicht offiziell beendete sowie das Existenzrecht Israels formal anerkannte.

Neben der PLO spielt im politischen System Palästinas die 1994 im Rahmen der Verträge von Oslo gegründete PNA eine zunehmend bedeutende Rolle. Im Gegensatz zur PLO konzentriert sich die Reichweite der Macht der PNA auf die von den Palästinensern kontrollierten Bereiche innerhalb der Palästinensischen Autonomiegebiete des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens. Hierbei ist es wichtig zu betonen, dass die Autonomiebehörde nur einen Teil des Westjordanlandes kontrolliert. Dieses ist in drei Zonen A, B und C untergliedert, wobei nur die Zone A sowohl der zivilen als auch ihrer sicherheitspolitischen Kontrolle unterliegt. In der Zone B hat die PNA die zivile Aufsicht, während die israelischen Behörden allerdings für die sicherheitsrelevanten Bereiche verantwortlich sind und die Zone C deren vollständiger Kontrolle unterliegt. Die internationale Bedeutung der PNA war bislang auf Grund der begrenzten Machtbefugnisse beschränkt, wobei aber vor allem die Bemühungen des palästinensischen Premierministers Salam Fayyad quasi staatliche Strukturen zu schaffen, internationale Anerkennung fanden. Weite Bereiche der Außenpolitik und somit auch die Friedensverhandlungen blieben bisher allerdings der PLO vorbehalten, die im Auftrag der PNA verhandelte und somit deren Einflussbereich begrenzte. Allerdings bestehen seit einiger Zeit Bestrebungen, die Rolle der PNA zu stärken, welche im Zuge der festgefahrenen Verhandlungen zunehmend in Frage gestellt wird. In bestimmten Punkten, wie beispielsweise der Flüchtlingsfrage, wird der PNA auf Grund der Beschränkung ihrer Machtbefugnisse auf das Westjordanland und Gaza eine pragmatischere Rolle unterstellt, die aber bei weitem nicht als gegeben angenommen werden kann.

Die Struktur der Palästinensischen Autonomiebehörde weist eine gewisse Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative auf, wobei letztere noch einer weiteren Formalisierung unterliegt. Die Exekutive setzt sich aus dem Präsidenten der PNA, der von den im Westjordanland bzw. Gaza lebenden Palästinensern in allgemeiner, freier und direkter Wahl gewählt wird, dem Premierminister und dem Ministerrat zusammen. Der Premierminister, dessen Posten seit 2007 der ehemalige Vertreter des Internationalen Währungsfonds in Palästina Salam Fayyad innehat, wird vom Präsidenten der PNA ernannt. Dieser selbst wird anschließend mit der Re-

gierungsbildung beauftragt. Sowohl der Ministerrat als auch der Premierminister sind vom Vertrauen des Palästinensischen Legislativrates (PLC) abhängig. Die Größe des PLC wurde im Jahre 2005 von 88 auf 132 Abgeordnete angehoben, wobei die Abgeordneten entsprechend dem aktuellen Wahlgesetz direkt von den Palästinensern gewählt werden. Die letzten Wahlen fanden am 25. Januar 2006 unter hoher Wahlbeteiligung statt und endeten mit einem deutlichen Sieg der Hamas, die 74 Sitze gegenüber 45 Sitzen für die Fatah im Legislativrat gewinnen konnte. Die in mühseligen Verhandlungen im Februar 2007 konstituierte und am 15. März eingesetzte Einheitsregierung aus Hamas und Fatah zerbrach jedoch alsbald an internen Spannungen und internationalen Sanktionen, die in Folge der Regierungsbeteiligung der Hamas und deren Ablehnung des Existenzrechtes Israels verhängt wurden und den Spielraum der Regierung deutlich beschnitten haben. In der Folgezeit kam es zu bewaffneten Kämpfen zwischen Anhängern der Hamas und der Fatah um die Kontrolle in den palästinensischen Gebieten, die zu schweren bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen vor allem in Gaza und auch im Westjordanland führten. Im Juni 2007 konnte die Hamas schließlich die alleinige Kontrolle im Gaza-Streifen übernehmen und eine eigene Regierung etablieren, sodass man in der Zwischenzeit mit einigem Recht von Dreifachstrukturen hinsichtlich des palästinensischen politischen Systems sprechen kann. Die seitdem bestehende Spaltung im Wesentlichen zwischen Hamas und Fatah ist einer der Hauptgründe für die Unzufriedenheit der Palästinenser mit ihrer politischen Führung. Der hieraus resultierende öffentliche Druck, der durch die Entwicklungen *inter alia* in Tunesien und Ägypten noch verstärkt wurde, veranlasste die beide Gruppierungen zur Unterzeichnung eines Versöhnungsabkommens am 4. Mai 2011 in Kairo. Die Umsetzung der ohnehin wagen Beschlüsse ist aber bisher keineswegs garantiert.

Obwohl die Organe der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Theorie bereits eine demokratische Legitimation aufweisen, gestaltet sich die Praxis erheblich schwieriger. Sowohl die Wahlen zum Legislativrat als auch kommunale Wahlen und nicht zuletzt die Präsidentschaftswahlen sind in jüngerer Vergangenheit immer wieder verschoben oder gänzlich abgesagt worden. Seitdem regieren

Präsident Abbas und Premierminister Fayyad per Dekret und auf umstrittener rechtlicher Grundlage. Das neuerlich unterzeichnete Versöhnungsabkommen zwischen Fatah und Hamas soll nun den Weg für kommende Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Legislativrat frei machen, wobei die Spannungen zwischen beiden Gruppierungen nach wie vor schwer wiegen. Allerdings ist eine weitere Annäherung zwischen Fatah und Hamas notwendig, wenn die Entwicklung im Westjordanland und im Gaza-Streifen nicht weiter auseinander gehen soll. Um sich der internationalen Unterstützung, vor allem seitens des Westens, zu versichern, wird es unabdingbar sein, dass auch die Hamas das Existenzrecht Israels anerkennt.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den palästinensischen Gebieten ist und war immer sehr von der aktuellen politischen Lage abhängig gewesen. Die Gründe für das Ausbrechen der Ersten und Zweiten Intifada sind vielfältig und lassen sich nicht auf eine Ursache reduzieren. Allen voran stand das Hauptziel, den vollständigen Besatzungszustand in Folge des Sechs-Tage-Krieges im Jahre 1967 zu beenden und einen eigenen palästinensischen Staat zu gründen. Von militärischen Aktionen und den gewaltsamen Entwicklungen überschattet, wurden die zivilen Aktionen des Widerstandes gegen die Besatzung in den Hintergrund gedrängt. Bis zu den Revolutionen in Nordafrika und verschiedenen arabischen Staaten, beginnend im Dezember 2010, stellten die palästinensischen Volksaufstände in den Jahren 1987 bis 1993 und in den Jahren von 2000 bis 2005 eine gewisse singuläre Erscheinung dar, die von den arabischen Staaten zwar verfolgt, aber seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 und dem Jom-Kippur-Krieg 1973 mehrheitlich passiv begleitet wurden. Die Bewertung vor allem der Zweiten Intifada fällt unter den Palästinensern aber letztlich eher gemischt aus, da die militärischen Auseinandersetzungen zum einen nicht zur Beendigung des Besatzungszustandes führten und auf der anderen Seite für einen beachtlichen Teil der Palästinenser, die zuvor u.a. in israelischen Siedlungen arbeiteten oder von unternehmungslustigen Israelis profitierten, die in Ramallah u.a. Städten des Westjordanlandes ausgingen, eine Verschlechterung der sozioökonomischen Situation mit sich brachte. Dank der Stabilisierung der Lage in den palästinensischen Gebieten und der auf Gewaltverzicht ausgelegten Poli-

tik von Palästinenserpräsident Abbas und Premierminister Salam Fayyad, dessen oberstes Ziel seines Ende August 2009 vorgestellten Planes die Etablierung quasi-staatlicher Strukturen ist, hat sich die Situation in den letzten Jahren vor allem im Westjordanland positiv entwickelt, wobei gerade in den letzten Monaten verschiedene Zwischenfälle das Bild trübten.

Während die wirtschaftliche Entwicklung in Gaza seit 2007 auf Grund der israelisch-ägyptischen Blockade¹ und der militärischen Auseinandersetzungen mit Israel stagniert oder gar rückläufig ist, verzeichnet das Westjordanland ein beachtliches wirtschaftliches Wachstum von etwa 8% im Jahre 2010. Vor allem in der Region in und um Ramallah ist der Aufschwung deutlich sichtbar, indem Hochhäuser gebaut und zahlreiche Cafés eröffnet wurden, die bei westlichen Gästen guten Anklang finden. Ende des letzten Jahres hat zudem das erste Fünf-Sterne-Hotel der *Mövenpick*-Gruppe in Ramallah eröffnet, das in gewisser Weise ein Zeichen setzen und weitere internationale Gäste und Investoren anlocken soll. Zusätzliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Ordnung sollen die positive Entwicklung absichern, allerdings ist die Wirtschaft im Westjordanland nach wie vor sehr stark von internationalen Hilfgeldern und Investitionen abhängig. Insofern kann trotz der positiven Entwicklung der letzten Jahre noch nicht von einem sich selbst tragenden Wirtschaftswachstum gesprochen werden, dessen Entwicklung durch israelische Einfuhrrestriktionen erschwert wird. Ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist allerdings dringend erforderlich, um das Problem der Arbeitslosigkeit vor allem unter den Jugendlichen in den Griff zu bekommen. Vor allem im Gaza-Streifen sind die Zukunftsaussichten für junge Menschen nicht allzu positiv. Die allgemeine Arbeitslosigkeit sank im Zeitraum 2008 bis 2010 leicht von 41 auf 38%, wobei die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin jeden zweiten Jugendlichen (53%) betraf. Im Westjordanland zeichnet sich mit einer Verringerung der Arbeitslosenquote von 19 auf 17% ein etwas positiveres Bild. Allerdings ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 26%

auch hier sehr hoch, zumal die inoffiziellen Zahlen wohl noch höher sein dürften, da ein gewichtiger Teil sozialer Lasten innerhalb der Familien und nicht wie in Westeuropa gewöhnlich über das staatliche Wohlfahrtssystem getragen werden.² Die Herausforderung der Jugendarbeitslosigkeit wird nochmals deutlich, wenn ein Blick auf den allgemeinen Bevölkerungsaufbau geworfen wird. Das Medianalter liegt im Westjordanland bei 21,3 Jahren³ und im Gaza-Streifen bei 17,7 Jahren⁴; d.h. dass 50% der gesamten Bevölkerung jünger als 21,3 beziehungsweise 17,7 Jahren sind, wodurch ein beträchtlicher demographischer Druck über die nächsten Jahre entsteht, der das Potenzial für weitere Proteste in sich trägt.

Neben sozioökonomischen und demographischen Faktoren sind es vor allem die Verhandlungen im Rahmen des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses und der Antrag auf Anerkennung des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 bei den Vereinten Nationen, die die weitere Entwicklung maßgeblich beeinflussen werden.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Die Voraussetzungen für den Willen nach Wandel sind in den Palästinensischen Gebieten, wie in anderen Ländern auch, recht vielfältig, wobei das Streben nach Demokratie und Freiheit nicht die oberste Priorität hat, da diese vor allem im regionalen Vergleich bereits vorhanden sind.

Eine Meinungsumfrage des *Palestinian Center for Policy and Survey Research*, die Mitte März 2011 durchgeführt wurde, ergab, dass 45% der Palästinenser als wichtigstes Ziel die Gründung eines eigenen Staates in den Grenzen von 1967 und damit die Beendigung des israelischen Besatzungszustandes betrachteten. Dem nachfolgend wurde als das zweitwichtigste Ziel die Lösung der Flüchtlingsfrage und deren Rückkehr in die Städte und Dörfer benannt, aus denen sie im Jahre 1948 vertrieben worden waren. Damit wurden

¹ Der Grenzübergang in Rafah wurde allerdings Ende Mai 2011 für den eingeschränkten Personenverkehr wieder geöffnet.

² International Monetary Fund: Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza: Seventh Review of Progress, Staff Report for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee, <http://www.imf.org/external/country/WBG/RR/2011/041311.pdf>, abgerufen am 07.07.2011, S. 3ff.

³ Central Intelligence Agency: The World Factbook, Gaza Strip, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/gz.html>, abgerufen am 15.08.2011.

⁴ Central Intelligence Agency: The World Factbook, Gaza Strip, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/gz.html>, abgerufen am 15.08.2011.

gleich zwei Herausforderungen benannt, die zentrale Punkte des Nahost-Konflikts zwischen Palästinensern und Israelis bilden. Innenpolitische Faktoren wurden von einer Mehrheit der Befragten erst an dritter Stelle als wichtige Probleme genannt. Hierbei wurden vor allem die hohe Arbeitslosigkeit und die Verbreitung von Armut als zentrale Punkte herausgestellt. Trotz zahlreicher innenpolitischer Herausforderungen ist es nicht das vordergründige Ziel des palästinensischen Volkes, sowohl im Westjordanland als auch in Gaza ihre eigene politische Führung abzulösen, sondern es erwartet vielmehr eine konkrete Veränderung der Situation durch die politischen Repräsentanten.

Eine zentrale Voraussetzung für eine positive politische Entwicklung wird zudem in der pragmatischen Lösung des Konfliktes zwischen der im Gaza-Streifen regierenden Hamas und der im Westjordanland dominierenden Fatah gesehen. Die Spaltung beider palästinensischer Gebiete hatte sich im Nachgang der Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 vollzogen, die die Hamas mit deutlichem Vorsprung (74 zu 45 Sitzen für die Fatah) gewann. Bereits im März 2006 wurde die Hamas-Regierung eingesetzt nachdem die Fatah ihre Beteiligung versagte. Daraufhin intensivierten sich die Spannungen zwischen beiden Gruppierungen, die in der Folgezeit zu verschiedenen gewaltsamen Zwischenfällen führten. Nach mehr als einjährigen Verhandlungen konnte schließlich am 8. Februar 2007 eine Vereinbarung zur Bildung einer Einheitsregierung unter Premierminister Ismail Haniyeh (Hamas) verkündet werden. Demnach sollte die Hamas in der neuen Regierung neun und die Fatah sechs Minister stellen. Die Bildung der Einheitsregierung unter Führung der Hamas wurde jedoch nicht nur von Israel, sondern auch von den USA und den Staaten der Europäischen Union scharf kritisiert und abgelehnt. Als Reaktionen darauf folgten die Einstellung der Zahlungen von Hilfs- und Entwicklungsgeldern sowie internationale Finanzsanktionen, wodurch die wirtschaftliche Lage deutlich verschärft wurde.

Eine längerfristige Existenz war der Einheitsregierung jedoch ohnehin nicht beschieden. Die Regierung wurde bereits am 14. Juni 2007 aufgelöst. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas hob in der Folge am 17. Juni 2007 eine Notstandsregierung unter Führung

von Premierminister Salam Fayyad ohne vorherige Wahlen und auf umstrittener rechtlicher Grundlage ins Amt. Dies bedeutete die Wiederaufnahme der Weiterleitung von Steuereinnahmen an die Palästinensische Autonomiebehörde von israelischer Seite sowie die Aufhebung von Sanktionen seitens der Europäischen Union und USA, aber auch die Teilung der palästinensischen Gebiete in den von der Hamas kontrollierten Gaza-Streifen, während die Fatah die Kontrolle über das Westjordanland sichern konnte. Seitdem hält die Spaltung zwischen Fatah und Hamas an, obwohl mit dem Einheitsabkommen vom Mai 2011 ein erneuter Schritt hin zur Bildung einer neuen Einheitsregierung und Neuwahlen unter dem Eindruck innenpolitischer und äußerer Einflüsse im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ unternommen worden ist.

Zweifelsfrei stehen die Palästinenser vor großen Herausforderungen, die sowohl aus dem Konflikt mit Israel, der Spaltung zwischen Fatah und Hamas sowie sozialen Problemlagen herrühren und mit Sicherheit das Potenzial einer Massenbewegung in sich tragen. Allerdings ist eine gemeinsame Stoßrichtung der palästinensischen Aktivitäten, die zu größeren Veränderungen führen könnte, im Moment nicht auszumachen.

„Khaled Abu Toameh, ein palästinensischer Journalist (...) erklärt das Problem wie folgt: ‘Falls und wenn die Palästinenser zu revoltieren beginnen, werden sie in alle Richtungen feuern: gegen Fatah und Hamas, gegen Israel, gegen die UN, die USA und andere westliche Mächte sowie gegen die arabischen Regime, denen sie vorhalten, dass sie die Palästinenser in all den Jahren alleingelassen haben.’⁵

Für die nahe Zukunft wird vor allem die Abstimmung im Sicherheitsrat und in der Generalversammlung eine wichtige Rolle spielen und könnte die Protestbewegungen deutlich anfeuern.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Bis zum Beginn der Massendemonstrationen in Tunesien waren es bis auf wenige Ausnahmen die Palästinenser, die vor allem in der Ersten und Zweiten Intifada durch gewaltfreien und später auch massiven gewaltsamen Pro-

⁵ Cook, Jonathan: Palästina: Revolte zur Aussöhnung, *Le Monde diplomatique*, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/05/13.mondeText.artikel,a0010.idx,1>, abgerufen am 21.08.2011.

test ihren Willen nach einem Wandel zum Ausdruck brachten. Während des „Arabischen Frühlings“ sind die Palästinenser erstaunlicher Weise nur sehr kurzzeitig in den Fokus des Geschehens geraten und konnten die Dynamik der regionalen Entwicklungen bisher nicht für ihre Interessen nutzen.

Dennoch gab es sowohl im Westjordanland und Gaza Demonstrationen, an denen sich Hunderte und mitunter Tausende Palästinenser beteiligten. Am 15. März 2011 rief eine Gruppe von jungen palästinensischen Studenten zu Massenprotesten auf und brachte mehrere Tausend Jugendliche auf die Straße, um ein Ende der Spaltung von Hamas und Fatah, die die palästinensische Politik lähmt, zu fordern. Aus diesen Protesten ist die Bewegung des 15. März hervorgegangen, die mit friedlichen Mitteln die eigene Situation zu verändern sucht. Größere Demonstration fanden zudem am 15. Mai, dem so genannten „Nakba-Tag“⁶ und am 5. Juni, dem Beginn des Sechs-Tage-Krieges (dem so genannten „Naksa-Tag“), statt. Vor allem in den Abendstunden eskalierte die Lage in einigen Seitenstraßen nahe des israelischen Kontrollpunkts in dem Flüchtlingslager Qalandiya. Auch in anderen Städten des Westjordanlandes, wie Bethlehem, Nablus und Hebron gingen einige Hundert Menschen auf die Straße. Der Protest zielte allerdings weniger auf die Ablösung der amtierenden Regierung ab, obwohl diese auf umstrittener rechtlicher Basis und eingeschränkter demokratischer Legitimation fußt, sondern vielmehr auf die Überwindung der Spaltung der palästinensischen Parteien und ein Ende des Besatzungszustandes.

Während in den größeren Städten im Westjordanland meist nur ein paar Tausend Demonstranten ihren Unmut öffentlich zum Ausdruck brachten, sind in Gaza immerhin bis zu 15.000 Menschen auf die Straße gegangen, um das Ende der Spaltung zwischen Hamas und Fatah sowie ein Ende der Gaza-Blockade zu fordern. Weiterhin standen Solidaritätsbekundungen mit den Protesten in Ägypten sowie der Protest gegen das Vorgehen des syrischen Regimes gegen die Demonstranten auf der Agenda. Die meist über Internetplattformen wie *Facebook* oder *Twitter* arrangierten Kundgebungen wurden jedoch von den Sicherheitskräften zügig eingeschränkt oder gänzlich aufgelöst. Der Protest konzentrierte sich jedoch nicht nur auf

das Territorium der palästinensischen Gebiete selbst. Auch die palästinensischen Flüchtlinge machten vor allem durch mehrheitlich friedliche Protestmärsche an den Grenzen des Libanon und Syriens zu Israel auf ihre Situation aufmerksam und erinnerten an die Besetzung des Westjordanlandes, Gazas und Ostjerusalems durch Israel im Zuge des Sechs-Tage-Krieges im Jahre 1967. Sowohl am 15. Mai als auch am 5. Juni versammelten sich palästinensische Demonstranten nahe der Grenze zu Israel. Bei dem teilweise geglückten Versuch, die Grenze zu überwinden, kamen mehrere Palästinenser ums Leben, als israelische Soldaten das Feuer eröffneten. Zudem wurden zahlreiche Palästinenser verletzt. Entgegen israelischer Stellungnahmen handelt es sich im Besonderen bei der Grenze zu Syrien nicht um eine stark bewachte Verteidigungslinie, sondern lediglich um eine lose Befestigung. Die Opfer des Grenzübertritts waren somit auch eine Folge der israelischen Überforderung, mit dem friedlichen Protest im Grenzgebiet umzugehen. Erst in der Folgezeit der ersten über das Internet arrangierten Demonstrationen wurde die israelische Armee auch an den Grenzen mit Tränengas und Gummigeschossen ausgerüstet. Insgesamt forderten die Proteste etwa 15 Todesopfer.

Entgegen der Demonstrationen in Nordafrika sowie anderen arabischen Staaten richteten sich die Forderungen der palästinensischen Flüchtlinge nur indirekt an die eigene politische Führung in Form der PLO, PNA und Hamas, sondern in erster Linie auf die Lösung der palästinensischen Frage und die Beendigung des Besatzungszustandes. Allerdings verspüren die Palästinenser auch eine steigende Unzufriedenheit mit ihrer eigenen Führung, da diese in der Frage der Lösung des Konflikts mit Israel keine Erfolge vorzuweisen hat.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Wie bereits kurz ausgeführt wurde, konnten die Palästinenser die Dynamik des „Arabischen Frühlings“ bisher nicht für ihre Interessen nutzen. Vielmehr scheint es, als wenn der Fokus der Weltöffentlichkeit weiter von dem eigentlichen Kernkonflikt des Nahen Ostens abgerückt ist. Dies mag zum einen mit der mehrheitlich auf friedlichen Protest ausgerichteten Politik sowie den politischen Prio-

⁶ Hierbei wurden mehrere Hunderttausend Palästinenser am Tag nach der Gründung des Staates Israel aus ihren Dörfern vertrieben. Die Flüchtlingsfrage ist auch heute noch ein wichtiges Thema im Rahmen der Suche nach einer Lösung des Konfliktes mit Israel.

ritäten, die Palästinenserpräsident Abbas und Premierminister Fayyad selbst gesetzt haben, auf der anderen Seite aber auch mit der fehlenden Geschlossenheit der Palästinenser, zusammenhängen.

Allerdings wirkt sich die Dynamik der aktuellen Entwicklungen in der Region auch auf die palästinensische Öffentlichkeit und deren politische Repräsentanten aus. Der Sturz des früheren ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak sowie die Proteste in Syrien setzen die palästinensische Führung sowohl im Westjordanland als auch im Gaza-Streifen unter Druck, da wichtige politische Verbündete straucheln bzw. – wie im Falle Mubaraks – bereits zum Rücktritt gezwungen wurden. Lange Jahre konnte Palästinenserpräsident Abbas auf die politische Unterstützung Mubaraks, u.a. in der Auseinandersetzung mit der Hamas zählen. Während der Sturz Mubaraks in Gaza gefeiert wurde, reagierte man im Westjordanland verständlicherweise mit gemischten Gefühlen. In der Bevölkerung dominierte die Freude mit dem ägyptischen Volk, in der Hoffnung, dass der Erfolg auf die palästinensischen Gebiete ausstrahlen könnte, während auf politischer Seite ein wichtiger Verbündeter verloren ging und langfristig eine Stärkung der Muslimbruderschaft befürchtet wird.

In Gaza verhält sich die Situation mit Blick auf die syrischen Proteste ähnlich, schließlich gehört das Regime Assads zu einem der wichtigsten Unterstützer der Hamas. Die konkreten bisherigen Auswirkungen sind noch sehr schwer abzuschätzen, allerdings scheint die Hamas, deren Exilführung mit Chaled Meschal in Damaskus sitzt, von der Stabilität der Lage nicht überzeugt zu sein und erwägt bereits neue Optionen hinsichtlich der künftigen politischen Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang wird der Wechsel in der politischen Führung Ägyptens von Seiten der Hamas begrüßt. Zudem setzt die Hamas auf eine Stärkung der Muslimbruderschaft, deren Ableger sie ist und in der sie einen potentiell mächtigen Verbündeten in Ägypten hat. Der öffentliche Druck im Nachbarland, die palästinensische Frage entschiedener zu unterstützen, spielt zudem eine zunehmend wichtige Rolle. In der palästinensischen Bevölkerung in Gaza (und auch dem Westjordanland) regt sich der Unmut gegenüber dem gewaltsamen Vorgehen des syrischen Regimes gegen die

eigene Bevölkerung. In mehreren Demonstrationen forderten Palästinenser ein Ende der Gewalt in Syrien, die jedoch von den Sicherheitskräften der Hamas teils gewaltsam beendet worden sind.

Während die Situation in Syrien weiterhin unklar bleibt, hat der Sturz des früheren ägyptischen Präsidenten Mubarak für die Palästinenser in Gaza durchaus weitere positive Auswirkungen, wenngleich die Langzeitfolgen noch nicht gänzlich abzuschätzen sind. Am 29. Mai 2011 verkündete die neue Übergangsregierung in Kairo die Öffnung des Grenzübergangs in Rafah für bestimmte Personengruppen. Die Schließung des Grenzübergangs zum Gaza-Streifen in Übereinstimmung mit der israelischen Blockade des von der Hamas kontrollierten palästinensischen Gebietes war in Ägypten bereits unter Mubarak sehr unpopulär gewesen. Nach dem Sturz des früheren Präsidenten nahm der öffentliche Druck, den Grenzübergang zu öffnen und den Warenverkehr für bestimmte Güter wieder aufzunehmen, um die Lebenssituation der Palästinenser zu verbessern, deutlich zu. Die Öffnung gilt jedoch nur für den Personenverkehr und in erster Linie für Frauen sowie Kindern unter 18 Jahren. Männer im Alter von 18 bis 40 Jahren benötigen hingegen ein Visum für die Einreise nach Ägypten. Auf diese Weise soll der Grenzübertritt von militanten Palästinensern unter allen Umständen verhindert werden, wie die Übergangsregierung in Kairo verkündete. Der Warenverkehr verläuft hingegen weiter über die israelischen Kontrollpunkte. Gerade die israelische Regierung befürchtet im Zuge der Öffnung eine Zunahme des Waffenschmuggels, der zu einer erneuten Intensivierung des Konflikts im Süden Israels führen könne. Für die Hamas selbst dürfte die Bilanz der Öffnung des Grenzübergangs gemischt ausfallen, da diese mit dem Warenschmuggel durch die unter der Grenze verlaufenden Tunnel eine wichtige Einnahmequelle besitzt, die nun an Bedeutung verlieren dürfte.

Obwohl der „Arabische Frühling“ bisher keine allzu weit reichenden Veränderungen in den palästinensischen Gebieten auszulösen vermochte, zeichneten sich recht frühzeitig indirekte Folgen ab, die in das Versöhnungsabkommen zwischen Fatah und Hamas, das am 4. Mai 2011 in Kairo unter-

zeichnet wurde, mündeten. Dieses Abkommen stellt eine Reaktion der quasi-staatlichen Akteure in Reaktion auf die regionalen Ereignisse und die Demonstrationen in den palästinensischen Gebieten selbst dar. Der Gegenstand und die Hintergründe des Abkommens werden im folgenden Kapitel näher beleuchtet.

V. Reaktion staatlicher Akteure

Sowohl Hamas als auch Fatah waren darum bemüht, die Demonstrationen im Gaza-Streifen und Westjordanland sowohl räumlich als auch zeitlich zu begrenzen, wenngleich die meisten Proteste nicht von vornherein unterdrückt worden sind. Allerdings zeigten sich beide Gruppierungen sehr skeptisch gegenüber Ankündigungen von Demonstrationen an der israelischen Grenze am 5. Juni 2011, da die Beziehungen zu Israel nicht weiter belastet werden sollten. Vor allem in den Abendstunden, wenn internationale Journalisten nicht mehr anwesend waren, kam es zu Verhaftungen, und Demonstrationen wurden aufgelöst.

Einer der wichtigsten Forderungen der palästinensischen Bevölkerung sind Hamas und Fatah bisher zumindest formal nachgekommen. Am 4. Mai 2011 wurde in Kairo das Versöhnungsabkommen zwischen den rivalisierenden palästinensischen Gruppierungen unterzeichnet und beendete damit den seit 2006/2007 teils gewaltsamen Konflikt zwischen Fatah und Hamas. Das Abkommen war im Wesentlichen eine Reaktion auf den steigenden öffentlichen Druck und die regionalen Ereignisse. Zudem bedeutet dieser Schritt einen ersten wichtigen außenpolitischen Erfolg für die neue Übergangsregierung in Ägypten. Die internationalen Reaktionen waren sehr verhalten, wenngleich das Abkommen nicht wie im Falle der Bildung der Einheitsregierung von Hamas und Fatah im Jahre 2007 sofort zurückgewiesen wurde. Vielmehr zeigten sich die internationalen Akteure vorsichtig und zurückhaltend. Diese Zurückhaltung ist mit Blick auf das Vereinbarte auch vollkommen angemessen, da die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung des Abkommens noch ungewiss sind.

Die Vereinbarungen beinhalteten vor allem Absichtserklärungen hinsichtlich der Vorgehensweise zur Bildung einer nationalen Ein-

heitsregierung und der Vorbereitung zur Durchführung von Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat und dem Palästinensischen Nationalrat. Entgegen früherer Überlegungen sollen die Mitglieder der Wahlkommission, die Richter des Wahlgerichtshofes und des Hohen Sicherheitsausschusses in beiderseitigem Einverständnis gewählt werden. Konkrete Vereinbarungen, wie die neue Übergangsregierung gebildet werden soll, wurden über die Aussage hinaus, dass diese sowohl aus unabhängigen Politikern und Technokraten bestehen solle, nicht getroffen. Die angekündigten Wahlen sollen nun innerhalb eines Jahres durchgeführt werden, wobei ein wesentlicher Teil der Beobachter diesen Zeitplan als schwer realisierbar einschätzt. Erste Diskussionen rief bereits die Frage nach dem künftigen palästinensischen Ministerpräsidenten hervor. Während die Fatah unbeirrt an Salam Fayyad festhält, drängt die Hamas auf dessen Ablösung, wohl auch um bei der Vergabe weiterer wesentlicher Ministerien Zugeständnisse erlangen zu können. Fayyad genießt international eine hohe Reputation und seine Ablösung hätte sicherlich nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Vergabe internationaler Hilfgelder und die Überweisung von Steuergeldern von israelischer Seite an die Palästinensische Autonomiebehörde, die derzeit ohnehin große finanzielle Herausforderungen zu bewältigen hat. Ein genereller Wandel in der Wahrnehmung der jeweils anderen Partei hat dabei nicht stattgefunden.

*„Neither Fatah nor Hamas changed its views of the other, and their mutual mistrust did not somehow evaporate. Rather, the accord was yet another unpredictable manifestation of the Arab Spring. To an extent, it sensitised the two movements to the importance of public opinion which, among Palestinians, firmly favoured unity. Instead, what made the difference were the strategic shifts produced by the Arab uprisings.“*⁷

Obwohl es sich bei der Einigung von Hamas und Fatah nicht um eine „Liebesheirat“ handelt, bietet diese jedoch eine Grundlage für weitere Gespräche. Die kommenden Monate werden dabei zeigen, wie ernst beide Gruppierungen an einer Versöhnung interessiert sind und ob es regionalen und internationa-

⁷ International Crisis Group: Palestinian Reconciliation: Plus Ça Change..., S. 1.

len Akteuren gelingt, diesen Prozess positiv zu begleiten.

VI. Zukunftsszenarien

Ein Szenario für die kurz- bis mittelfristige Entwicklung in den palästinensischen Gebieten zu zeichnen, hängt von mehreren entscheidenden Faktoren ab. Einen wesentlichen Einfluss wird dabei der Ausgang der Abstimmung über die Anerkennung Palästinas als Staat in den Vereinten Nationen haben. Die Erwartungen der Palästinenser hinsichtlich dieser Abstimmung sind sehr hoch, da die direkten Verhandlungen mit Israel, denen zumindest theoretisch immer noch die Priorität eingeräumt wird, mittlerweile seit Monaten stillstehen. Mit der Entscheidung, die Frage eines künftigen palästinensischen Staates in den Vereinten Nationen zu diskutieren, streben Abbas und Fayyad eine Internationalisierung des Konfliktes an. Der Ausgang der Abstimmung ist bisher noch offen, da bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar ist, welchen Status die Palästinenser tatsächlich erreichen wollen. Einem Antrag auf Vollmitgliedschaft werden derzeit aber nicht allzu große Chancen auf Erfolg eingeräumt, da ein solcher an den UN-Sicherheitsrat weitergeleitet werden müsste. In einem solchen Falle haben die USA bereits angekündigt, ihr Veto einzulegen und darüber hinaus mit der Kürzung von Hilfsgeldern gedroht. Die Europäische Union ist derzeit noch uneins über die gemeinsame Position, die gerade noch abgestimmt wird. Neben einem Antrag auf Vollmitgliedschaft steht den Palästinensern noch ein anderer Weg offen, der zumindest eine Aufwertung des bisherigen Status und die Möglichkeit des Antrages auf Aufnahme in weitere internationale Organisationen ermöglichen würde. Diesen Status als *non-member state* hat bis heute auch der Vatikan und bis zum Jahre 2002 die Schweiz inne. Ein solcher Antrag würde auch eine Entscheidung des UN-Sicherheitsrates obsolet machen, da eine De-facto-Anerkennung in der Generalversammlung ausreicht.

Insgesamt sind die Erwartungen der Palästinenser an diese Abstimmung sehr hoch, nach dem führende Politiker im Westjordanland den Gang vor die Vereinten Nationen als Ausweg aus dem Stillstand der direkten Verhandlungen mit Israel anpriesen. Insofern ist ein Rückzug von dieser Entscheidung für Abbas keine wirkliche Option mehr, da er

massive Demonstrationen der eigenen Bevölkerung fürchten müsste. Selbst wenn der Antrag auf Vollmitgliedschaft die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates und der Generalversammlung erfahren würde, so stellt sich die Frage, welche konkreten Veränderungen dies für die palästinensischen Gebiete mit sich bringen würde. In erster Linie würde wohl der internationale Druck auf Israel zunehmen:

„Dann nämlich, so würden wohl viele argumentieren, würden die israelischen Streitkräfte illegal einen ganzen souveränen Staat besetzen – nicht nur einen Teil eines Staates, wie im Fall der Golan-Höhen.“⁸

Die Grundkonstanten des Konfliktes blieben aber vorhanden, wobei weitere Verhandlungen zur Lösung dieser noch schwieriger zu werden drohen. Ein anhaltender Stillstand trotz der Anerkennung als Staat dürfte zudem in der palästinensischen Bevölkerung zur Steigerung des Unmutes führen, wodurch ein Rückschritt hin zu gewaltsamen Maßnahmen nicht auszuschließen ist, um den Besatzungszustand zu beenden. Der Schritt vor die Vereinten Nationen setzt vor allem Israel, die Vereinigten Staaten und die EU stark unter Druck, führt aber im Ganzen gesehen unabhängig vom Ausgang der Abstimmung in den jeweiligen Gremien, die abhängig von der Formulierung des Antrages zu entscheiden haben, nicht automatisch zur Lösung des Konfliktes und der Etablierung einer funktionierenden Zwei-Staaten-Lösung. Insofern bildet die Abstimmung eine zusätzliche Unbekannte für die kommenden Monate, da weitere Demonstrationen bis hin zu gewaltsamen Ausschreitungen als nicht unwahrscheinlich angesehen werden.

Die künftige Entwicklung in den palästinensischen Gebieten sollte aber nicht einseitig von der Entscheidung in den Gremien der Vereinten Nationen abhängig gemacht werden. Weitere wichtige Einflussfaktoren sind vor allem die weiteren Schritte zur Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas sowie die erfolgreiche Durchführung von Wahlen binnen Jahresfrist, um eine weitere divergente Entwicklung zwischen Gaza-Streifen und Westjordanland zu verhindern. Insofern liegt die Hauptverantwortung weiter bei den politischen Führern von Fatah und Hamas auf der einen sowie Israels und der internationalen Gemeinschaft auf der anderen Seite. Die Ab-

⁸ Rid, Thomas: Palästina, und was dann? *Internationale Politik*, http://www.internationalepolitik.de/wp-content/uploads/2011/05/5_2011_Rid-Palaestina.pdf, abgerufen am 26.07.2011, S. 2.

stimmung in den Vereinten Nationen kann den Palästinensern helfen, den Druck auf Israel zu erhöhen und einen höheren Status in der UN zu erreichen. Verhandlungen und die Suche nach einer für alle Seiten akzeptablen Konfliktlösung kann diese nicht ersetzen. Zentral wird dabei sein, ob es den politischen Führungspersonen gelingt, das palästinensische Volk in ihre Überlegungen und Vorschläge einzubeziehen. Sollte dies nicht

passieren, so sind weitere Demonstrationen, die sich dann verstärkt auch gegen die eigenen Repräsentanten richten, wohl nicht zu vermeiden. Die Palästinenser spüren natürlich die Dynamik der Region und es wäre wohl nur eine Frage der Zeit, bis sie diese auch für die eigenen Interessen zu nutzen beginnen.

Matthias Canzler

VII. Literaturangaben

ALPHER, YOSHI: Palästina? Ja bitte! Warum eine UN-Anerkennung Israel nutzen könnte, *Internationale Politik*, <http://www.internationalepolitik.de/2011/06/24/palastina-ja-bitte/>, abgerufen am 26.07.2011.

BRÖNING, MICHAEL: *The Politics of Change in Palestine. State-Building and Non-Violent Resistance*, New York 2011.

DANE, FELIX, KNOCHA, JÖRG: *Palestine 194*, Konrad-Adenauer-Stiftung, http://www.kas.de/wf/doc/kas_28697-1522-1-30.pdf?110906173435, abgerufen am 09.09.2011.

DIES.: Zwischen UNO und INTIFADA: Ein unruhiger September in den Palästinensischen Gebieten? Konrad-Adenauer-Stiftung, http://www.kas.de/wf/doc/kas_23257-1522-1-30.pdf?110705140430, abgerufen am 25.07.2011.

DANE, FELIX, STETTNER, ILONA-MARGARITA: Ein Staat Palästina in den Vereinten Nationen? Voraussetzungen, Positionen und Erwartungen vor der VN-Generalversammlung, in: *KAS Auslandsinformationen* 8/2011, S. 53-72.

GRESH, ALAIN: *Israel-Palästina. Hintergründe eines Konflikts*, Zürich 2007.

INTERNATIONAL CRISIS GROUP: *Palestinian Reconciliation: Plus Ça Change...*, http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full_Report_1777.pdf, abgerufen am 12.08.2011.

DIES.: *Curb Your Enthusiasm: Israel and Palestine After the UN*, Middle East Report N°112, 12. September 2011

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG: *Palestine Liberation Organization (PLO)*, http://www.kas.de/wf/doc/kas_2041-1442-1-30.pdf?101018163243, abgerufen am 07.07.2011.

DIES.: *Palestinian National Authority (PNA)*, http://www.kas.de/wf/doc/kas_2042-1442-1-30.pdf?101018163504, abgerufen am 07.07.2011.

MÜTZENICH, ROLF: *Palästinensischer Frühling oder Politische Totgeburt?* http://www.rolfmuetzenich.de/_pdf/Infodienst2011.pdf, abgerufen am 12.07.2011.

O.A.: *Text Of The Agreement Between Fatah And Hamas*, <http://www.fmep.org/analysis/analysis/text-of-the-agreement-between-fatah-and-hamas>, abgerufen am 07.07.2011.

RID, THOMAS: *Palästina, und was dann? Internationale Politik*, http://www.internationalepolitik.de/wp-content/uploads/2011/05/5_2011_Rid-Palaestina.pdf, abgerufen am 26.07.2011.

TAMIMI, AZZAM: *Hamas. Unwritten Chapters, New and Updated Edition*, London 2009.

Landesdaten Saudi-Arabien

Fläche ¹	2011	2.149.690 km ²
Bevölkerung ²	2011	27,89 Mio.
Bevölkerungsdichte (pro km ²)	2010	12,3
Ethnische Gruppen	2010	90% Araber, 10% Asiaten und Afrikaner
Religionszugehörigkeit	2010	73% wahhabitisch-sunnitischer Islam, 12% sunnitischer Islam, 10-15% schiitischer Islam
Durchschnittsalter ³	2010	25,3
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁴	2011	31%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁵	2011	3%
Lebenserwartung ⁶	2010	73,3
Bevölkerungsprognose bis 2050 ⁷	2011	43.700.000
Geburten pro Frau ⁸	2009	3,0
Alphabetisierungsrate ⁹	2010	85%
Mobiltelefone ¹⁰	2009	44,86 Mio.
Nutzer Internet ¹¹	2009	11,40 Mio.
Nutzer Facebook ¹²	2011	4,034 Mio.
Wachstum BIP ¹³	2011	7,5%
BIP pro Kopf ¹⁴	2010	24.208 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁵	2010	10,8%
Inflation ¹⁶	2011	6,0%
S&P-Rating ¹⁷	2011	AA-
Human Development Index ¹⁸	2010	Rang 55 (von 169)
Bildungsniveau ¹⁹	2010	Rang 78 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²⁰	2010	50,3%
Politische Teilhabe ²¹	2010	3,8%
Korruptionsindex ²²	2010	Rang 50 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

³ CIA – The World Factbook.

⁴ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁵ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁶ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles/>

⁷ World Bank, Population Growth Rate, Middle East and North Africa, <http://www.worldbank.org/depweb/english/modules/social/pgf/datamide.html>.

⁸ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

⁹ CIA – The World Factbook.

¹⁰ CIA – The World Factbook.

¹¹ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹² Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹³ The World Bank GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>; International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁴ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁵ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁶ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁷ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/sovereigns/ratings-list/en/us?sectorName=null&subSectorCode=39&filter=S>.

¹⁸ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

¹⁹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²¹ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²² Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien gilt als weitgehend stabil, aber auch im ressourcenreichen Königreich existieren Spannungen und innere Konfliktlinien, die das Königshaus vor Herausforderungen stellen. Derzeit geriert sich Saudi-Arabien als Vorreiter der islamisch-konservativen, anti-revolutionären Strömung.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Saudi-Arabien wird bis heute geprägt durch das quasi-symbiotische Bündnis zwischen dem saudischen Königshaus, der Al Saud, und den *ulama*, den wahhabitischen Religionsgelehrten. Diese Allianz geht zurück auf den Pakt zweier Männer aus dem Jahr 1744/45 in einer abgelegenen Oase der heutigen saudischen Provinz Najd. Einer dieser Männer, Muhammad Ibn Abd al-Wahhab war seinerzeit ein puristischer, streng konservativer aber eher unbedeutender Pre-diger, der die Gesellschaft, in der er lebte, als unislamisch, verdorben, sündhaft und unmoralisch wahrnahm. Er predigte einen orthodoxen, konservativen und überaus exklusiven Islam, der sich nicht nur gegen Nichtmuslime abgrenzte, sondern alle als „ungläubig“ denunzierte, die der strengen Auslegung der Wahhabiya, wie die Islamauslegung nach Abd al-Wahhab genannt wird, nicht folgten, sie missachteten oder ablehnten. Seine strengen Lehren verboten Musik und Tanz ebenso wie die Verehrung islamischer Heiliger an Gräbern oder Gedenkstätten. Stattdessen forderte er die vollkommene Hinwendung zu Gott, proklamierte die Frühzeit des Islams und das Leben des Propheten Muhammads als nachahmungspflichtig und lehnte die Lebensweise seiner Umgebung als „apostatisch“, „unmoralisch“ und „verdorben“ ab. Ziel seiner Mission war es, die Abtrünnigen auf den rechten Weg zurückzuführen, sie von ihren Sünden zu reinigen.

Die „Einheit Gottes“ (arabisch: *tawhid*) wurde zu seinem ideologischen Dogma, die radikale Ablehnung von polytheistischen Tendenzen (arabisch: *shirk*) folgte als Konsequenz. Seine Lehre griff vor allem die Schiiten an, die seiner Meinung nach vom rechten Glauben abgefal-

len waren. All dies ließ Ibn Abd al-Wahhab schnell zum Außenseiter in einer tribal und familiär geprägten Beduinengesellschaft werden. Seine Lehren wurden beargwöhnt, er galt als Radikaler, der grundlos den Status quo ändern wollte. Er benötigte Unterstützer und fand mit dem Herrscher einer kleinen Oase, Muhammad Ibn Saud, einen strategischen Partner, der ihn politisch und militärisch unterstützte. Gleichzeitig erhielt Ibn Saud religiöse und ideologische Legitimation für seine Eroberungszüge, sodass eine religiös-weltliche Win-Win-Situation entstand: Innerhalb weniger Jahre wurden der Najd und der Hijaz erobert und 1805 fielen die beiden Heiligen Stätten Mekka und Medina in die Hände der wahhabitisch-saudischen Eroberer. Dies erhöhte sprunghaft ihren politischen sowie religiösen Einfluss.

Trotzdem geriet die Allianz immer wieder unter enormen Druck: In- und externe Rivalen bedrohten die Herrschaft der Familie Al Saud, sodass sie ihren Machtbereich mehrmals aufgeben mussten. Der erste saudische Staat (1744/45-1818) wurde ebenso zerschlagen wie dessen Nachfolger (1824-1891). Doch obwohl es schien, als bliebe die saudisch-wahhabitische Allianz nur eine Randnotiz der arabischen Geschichte, gelang es einem Nachkommen Muhammads, Abdulaziz bin Saud, Anfang des 20. Jahrhunderts mit wenigen Mitstreitern Riad zu erobern. Es folgten der Hijaz, 1925 auch Mekka und Medina. Doch im Gegensatz zu seinen Vorgängern konnte der neue Herrscher diesmal seinen Einflussbereich konsolidieren: Anstatt die Expansion zu überdehnen ging er schrittweise vor, knüpfte Interessensnetzwerke mit den lokalen Händlern und stützte sich weiterhin auf die religiöse Legitimationsbasis der Wahhabiten. Gleichzeitig versuchte er, die mächtigen Beduinenstämme zu kontrollieren und in die Sesshaftigkeit zu zwingen.¹

Die Macht lag bei den Beduinen; die unterwarf Ibn Saud, indem er sie in seine Allianz integrierte, ihnen militärische Befugnisse erteilte und sie so zur schlagkräftigsten Eroberungstruppe Ibn Sauds aufstiegen. Diese Beduinenverbände, Ikhwan genannt (arabisch für: „Brüder im Geiste“), siedelten sich in so genannten *hujar* (Singular: *hijra*) an.² Von diesen *hujar* operierten die Ikhwan als militä-

¹ Die arabische Halbinsel zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde dominiert von einflussreichen tribalen Verbänden, die als Nomaden Land- und Viehwirtschaft sowie Ackerbau betrieben. Urbane Zentren existierten kaum, das heutige Saudi-Arabien lag damals an der verlassenen Peripherie des Osmanischen Reiches. Während Städte wie Kairo oder Istanbul zu modernen Metropolen heranwuchsen, blieb Riad bis weit in die 1950er Jahre hinein ein eher verschlafenes Wüstendorf.

² Die Namensgebung dieser Siedlungen erinnerte bewusst an den Auszug des Propheten Muhammads von Mekka nach Medina im Jahr 622, welches den Beginn der islamischen Zeitrechnung markiert.

rische „Sondereinheiten“ und unterstanden dem direkten Befehl Ibn Sauds. Ihre brutale Vehemenz wurde legendär, sie galten als fanatische Gotteskrieger, die im Namen des Wahhabismus „Ungläubige“ verfolgten. Dann drangen die Ikhwan jedoch auf transjordanisches und damit britisches Mandatsgebiet vor – eine Situation, die die fragile innere Stabilität des jungen saudischen Staates bedrohte. Ibn Saud musste aus realpolitischen Gründen den Ikhwan Einhalt gebieten, obwohl er ihre Motive bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen konnte. Als politischer Akteur stellte er die Sicherheit und Stabilität seiner Territorien aber über die ideologisch-religiöse Eroberung. In der Schlacht von Sabila 1929 ließ er die Ikhwan daraufhin zerschlagen; sie hatten ihren Zweck erfüllt und wurden nicht länger gebraucht.

Dieses historische Beispiel zeigt deutlich, wie funktional das saudisch-wahhabitische Bündnis handelt und wie transformations- und überlebensfähig es sich geriert: Religion wird für die Al Saud dann zum Mittel zum Zweck, wenn sie sich für politische, oftmals pragmatische Absichten einsetzen lässt. Die Instrumentalisierung der Ikhwan, ihre wahhabitische Indoktrinierung und die abschließende Zerschlagung können als Muster, als eine Art Blaupause gelten, wie eng, aber auch ambivalent wahhabitischen Glauben und saudische Politik miteinander koalieren oder kollidieren. Exemplarisch für die Geschichte des modernen Saudi-Arabien ist auch das Ergebnis dieses Konflikts: Ibn Saud setzte seine Interessen durch, obsiegt über den religiösen Eifer und die ideologischen Motive.

Wie damals, kam es in den letzten 80 Jahren der saudischen Geschichte immer wieder zu Spannungen, sogar zu existenziellen Auseinandersetzungen zwischen der religiösen Elite und dem Königshaus, sodass diese Allianz keineswegs als harmonische Einheit gesehen werden kann. Allerdings: Am Ende jedes Konflikts wurde ein Kompromiss gefunden, der einerseits die religiöse Autorität der *ulama* weitgehend bewahrte, bei dem andererseits aber das Königshaus seine politischen Ziele durchsetzte. Dies galt vor allem für die innenpolitisch äußerst brisante und kontrovers diskutierte Stationierung von US-Truppen auf saudi-arabischem Territorium während der Invasion Kuwaits durch den von Saddam Hussein regierten Irak 1990. Sicherheitskalkül, das Bedrohungsszenario durch den das Kö-

nigreich bedrohenden Irak und das Misstrauen in das eigene Militär führten zu dieser Entscheidung, die für viele religiöse Gelehrte inakzeptabel war. Saudi-Arabien als „Führungsmacht“ der weltweiten sunnitisch-muslimischen Gemeinde, als „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ Mekka und Medina dürfe keine „ungläubigen Fremden“ zum Schutz stationieren, so die Kritik. Was folgte, war ein Musterbeispiel für die gegenseitige Abhängigkeit des Königshauses und der hochrangigen wahhabitischen Gelehrten: Der engste Zirkel der wahhabitischen *ulama* verfasste eine Fatwa, die die Anwesenheit von US-amerikanischen Truppen legitimierte. Erneut hatte sich realpolitisches Kalkül gegenüber religiösen Argumenten durchgesetzt.

Während so die Bedeutung des Königshauses in den letzten Jahrzehnten deutlich anstieg, verringerte sich gleichzeitig der Einfluss der Religionsgelehrten, sodass sie oftmals als willfährige Erfüllungsgehilfen der Al Saud bezeichnet werden. Gleichzeitig ist das Königshaus weiterhin auf die religiöse Rückenbedeckung angewiesen, sodass sich ein spezielles, verworrenes und intransparentes Beziehungsgeflecht entwickelt hat, das darauf beruht, ohne einander die eigene Machtposition nicht behaupten zu können.

Und so hat die Allianz aus Al Saud und *ulama* bis heute als Bollwerk gegen äußere und innere, religiöse und weltliche, radikale und gemäßigte Kritik und Opposition überdauert und sich immer wieder neu erfunden. Die Flexibilität bei realpolitischen Erwägungen und das Wissen um die gegenseitige Abhängigkeit haben zu einer Stabilität des politischen Systems geführt, dass auch in Zeiten des „Arabischen Frühlings“ bislang nur marginal unter Druck geraten ist.

Saudi-Arabien ist eine absolute Monarchie, und die Königsfamilie, bestehend aus 5.000-8.000 Mitgliedern, kontrolliert die politischen und wirtschaftlichen Geschicke. Ihr Einfluss reicht in jede entlegene Region des Landes, die wichtigsten Positionen in Staatsverwaltung, Erziehungs- und Bildungswesen, Sicherheitsapparat, Wirtschaft und Kultur werden durch Prinzen der Al Saud besetzt. Kurz: Der saudische Staat wird als Familienunternehmen geführt. Der König, seit 2005 Abdullah bin Abd al-Aziz Al Saud, ist die wichtigste und höchste Autorität des Staates und der Patriarch. Legislative, Exekutive und Judi-

kative liegen im Verantwortungsbereich des Monarchen. Seine Aufgabe ist es, inneren Frieden zu sichern, die nationale Einheit anzustreben, Konflikte zu lösen und zu vermeiden.

Zwar wurden einige Versuche unternommen, die personalisierte Hierarchie zu institutionalisieren, was zur Einrichtung des Ministerrates (arabisch: *Majlis al-Wuzara'*) bereits im Jahr 1953³ und des Konsultativrates (arabisch: *Majlis ash-Shura*) 1993 führte⁴. Aber die reine Beratungsfunktion dieser Gremien verändert das Machtgefüge im politischen System nur marginal, da dem König auch weiterhin die Entscheidungsgewalt zufällt. Doch immerhin öffnete sich das Königshaus vor allem durch die Gründung des Konsultativrates und ließ andere soziale Akteure am politischen Entscheidungsprozess zumindest *pro forma* partizipieren. Hierbei bleibt der Beratungscharakter evident: „Beratung“ (arabisch: *shura*) gehört als klassisch-islamisches Prinzip zu den religiösen und gesellschaftlichen Traditionen des Landes und spiegelt sich in der partiellen Integration verschiedener Interessensgruppen in den politischen Gremien wider. Trotzdem findet hier zwar nicht selten eine lebhafte Debatte statt, demokratische Mehrheitsbeschlüsse jedoch nicht. Die endgültige Entscheidungsgewalt kommt dem König und seinem nahen Umfeld, dem „inneren Kreis“ zu, der allein engsten Familienangehörigen vorbehalten bleibt. Der Aufstieg in die höchsten Positionen des Staates als Nichtmitglied der saudischen Königsfamilie ist also nur möglich, wenn man Teil der engen elitären Entourage und des Patronagenetzwerks ist, das sich die Al Saud aufgebaut haben. Diese funktionale Kohärenz kombiniert mit der Allianz mit der religiösen Elite waren bisher zwei wesentliche Voraussetzungen für die Stabilität des Systems.

Dritter wesentlicher Aspekt sind die enormen wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen, über die Saudi-Arabien verfügt. Das Land besitzt etwa ein Viertel der weltweiten Rohölvorräte, insgesamt etwa 264 Mrd. Barrel. Dies garantiert seit Jahrzehnten Staatseinnahmen in Milliardenhöhe. Allein 2010 wurden durch das Öl Einnahmen in Höhe von 165 Mrd. USD

erzielt. 70% der gesamten Staatseinnahmen generieren sich durch das Erdöl. Als Folge konnte der saudische Staat seinen Untertanen kostenlos weit reichende Sozialleistungen zur Verfügung stellen. Als „Rentierstaat“ klassischer Prägung vermittelte der Staat jahrzehntelang den Eindruck, diese „Vollkaskoversorgung“ erfolge quasi selbstverständlich. Allein zwischen 2001 und 2005 erhöhte sich das BIP pro Kopf von 8.682 USD auf 13.603 USD und damit fast um das Doppelte. Im Jahr 2010 liegt es bei 24.208 USD. Hinzu kamen Steuerbefreiung, freie Wasser- und Stromnutzung, die weitgehende Bereitstellung von Dienstleistungen im Gesundheits- oder Bildungsbereich sowie üppige Staatssaläre. Durch das Öl gelang es Saudi-Arabien, sich von einem unbedeutenden Wüstenland zu einer prosperierenden, wohlhabenden, modernen Regionalmacht zu transformieren. Gleichzeitig erkaufte sich die Al Saud die Zufriedenheit der Bevölkerung, indem wirtschaftliche Ressourcen verteilt wurden und der Wohlstand des Einzelnen kontinuierlich stieg.

Neben diesen segensreichen Auswirkungen des Ölreichtums zeigte sich jedoch in der Vergangenheit immer stärker auch der Fluch des Öls: Immerhin ist Saudi-Arabien wie kein anderes Land der Welt abhängig von den Öleinnahmen und damit auch vom internationalen Ölpreis und dessen zyklischer Entwicklung. Sinkt der internationale Ölpreis wie in politischen oder wirtschaftlichen Krisen, sinken auch die Einnahmen für das Königshaus, was sich gleichzeitig direkt auf die Versorgungsmoralität des Staates und damit auf die Bevölkerung auswirkt. Dies kann zu Negativspiralen führen, die Saudi-Arabien sozioökonomische Stabilität mit voller Wucht treffen können. Darum versucht das saudische Königshaus, in den letzten Jahren seine Wirtschaft zu diversifizieren. Milliardeninvestitionen in den Bildungssektor, eine umfassend angelegte „Saudisierungskampagne“, der Ausbau der ölonabhängigen Industrien, eine vorsichtige Annäherung an Erneuerbare Energien und Aufklärungskampagnen hinsichtlich Energieeffizienz sind nur einige Beispiele für diese Wirtschaftsreformen. Der Erfolg steht jedoch noch aus: Das Land bleibt auch in Zukunft auf das Öl angewiesen. Das

³ Der Ministerrat wurde von König Abdulaziz gegründet und soll den König beraten sowie politische Richtlinien festlegen. In seiner Eigenschaft als Premierminister sitzt der jeweilige König dem Gremium vor, das aus dem Kronprinzen, dem stellvertretenden Kronprinzen, 22 Fachministern und sieben Staatsministern besteht. Legislative Befugnisse darf der Ministerrat nicht ausüben, er fungiert allein als beratendes Gremium.

⁴ Auch der Konsultativrat darf nur beraten. Er soll dem König mit „gutem Rat“ (arabisch: *nasiha*) beiseite stehen. Ursprünglich mit 60 Mitgliedern gegründet, umfasst er heute 150. Zu ihnen gehören auch soziale Akteure, die nicht der Königsfamilie angehören, z.B. aus der Regionalverwaltung, der Wirtschaft, Geistlichkeit und der Administration.

liegt auch daran, dass weite Teile der Gesellschaft und der politischen Elite die Endlichkeit des Öls schlichtweg negieren. Immerhin gehen Prognosen davon aus, dass sich die Ressourcen in 30 Jahren erschöpft haben könnten, doch das scheint in Saudi-Arabien eine Minderheitenmeinung zu sein: Mindestens 100 Jahre reiche das Öl noch, so der allgemeingültige Tenor. Bis dahin könne also alles so bleiben wie bisher.

Die Gesellschaft Saudi-Arabiens wird demnach durch diese drei Faktoren bestimmt: Zum ersten durch die starke Allianz zwischen Königshaus und Religionsgelehrten. Zum zweiten durch die überragende Bedeutung der Al Saud als omnipräsenter gesellschaftlicher Akteur in Politik, Kultur und Wirtschaft und zum dritten durch die Abhängigkeit vom Öl. All diese Faktoren dominieren öffentliches und privates Leben in vielerlei Aspekten, regeln den Alltag und sind Form der nationalen Identität.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Durch die überragende Bedeutung des Königshauses erscheint Saudi-Arabiens Gesellschaft von außen als monolithischer Block, der widerspruchslos die Herrschaft der Al Saud akzeptiert. Politische Diskussionskultur, lebendige Kontroversen oder Fundamentalkritik an herrschenden politischen wie wirtschaftlichen Zuständen scheinen in Saudi-Arabien nicht zu existieren. Es mutet so an, als fänden Opposition gegen oder Legitimationsdruck auf das Königshaus und die bestehenden Umstände genauso wenig statt. Stattdessen wird die saudi-arabische Gesellschaft als demokratieunfähig, starr, undynamisch und träge wahrgenommen. Die Bevölkerung fordere weder Mitspracherechte, politische Partizipation noch gesellschaftlichen Wandel und geistigen Fortschritt.

Jedoch werden diese pauschalisierenden Perzeptionen dem vielschichtigen und oftmals ambivalenten Transformationsprozess innerhalb der saudi-arabischen Gesellschaft nicht gerecht. So ist Opposition in Saudi-Arabien seit Jahrzehnten integraler Bestandteil der politischen Kultur – trotz des Parteienverbots, trotz fehlender demokratischer Strukturen, trotz der überragenden Bedeutung des Königshauses. Traumatischer Ausbruch dieser oppositionellen Kräfte war die Besetzung der

Großen Moschee in Mekka zur Zeit der Pilgerfahrt 1979 durch eine Gruppe um Juhayman al-Utaibi, Nachfahre der bereits erwähnten Ikhwan. Mit Waffengewalt verschanzte er sich in einer der heiligsten Stätten des Islams, forderte die Rückbesinnung auf den „wahren Islam“, prangerte über Lautsprecher die moralische Verderbtheit, Dekadenz und Abhängigkeit vom Westen an und beschuldigte den damaligen König Khalid (reg. 1975-1982) der Korruption. Damit rekurrierte er auf die 1929 zerschlagenen Ikhwan-Verbände und proklamierte die Niederkunft des Mahdis, des endzeitlichen Erlösers, der Saudi-Arabien von allem Übel befreien werde.⁵ Mit Hilfe französischer Spezialeinheiten wurde die Besetzung aufgelöst, die meisten Geiselnahme starben beim Verteidigungskampf in den unterirdischen Gewölben der Moschee oder wurden im Nachhinein hingerichtet. Auch wenn es bei einer historischen Episode blieb – für das Königshaus wurde dieses Ereignis zu einem identitätsbedrohenden Trauma. Immerhin wurde das sich streng religiös gerierende Königshaus zum ersten Mal mit islamistischer Opposition konfrontiert – und das in dem Jahr der Islamischen Revolution in Iran. Was folgte, war die Ausweitung des wahhabitischen Einflusses auf die Gesellschaft, die finanzielle, ideologische und logistische Unterstützung von islamistischen Gruppierungen im Ausland (wie z. B. in Afghanistan gegen die Invasion der Sowjetunion) sowie intensivere Verteilungspolitik. Saudi-Arabien stellte sich als „Leuchtturm des sunnitischen Islams“ dar. So wurden 1986 allein 16.000 aller 100.000 Studierenden in Saudi-Arabien in islamischen Studien ausgebildet, viele zogen nach Afghanistan, um im *jihad* gegen die „ungläubigen“ Sowjets zu kämpfen und schlossen sich dort u. a. Usama bin Ladins Al-Qaida an, was für Saudi-Arabien eine willkommene Möglichkeit war, die aufstrebende islamistische Opposition im eigenen Land loszuwerden.

Dies schlug allerdings langfristig fehl, denn Anfang der 1990er Jahre, nach dem Fall der Sowjetunion und dem Kriegsende in Afghanistan, kehrten viele der „arabischen Afghanen“ in ihr Heimatland zurück und begehrten gegen das bestehende System auf. Ihre Kritik äußerte sich viel radikaler und offener als jemals zuvor. Vor allem die bereits erwähnte Stationierung US-amerikanischer Truppen auf saudischem Boden während der Kuwaitkrise erregte den Unmut der islamistischen Opposi-

⁵ Das Konzept des Mahdi-Glaubens ist vor allem im schiitischen Glauben populär und provozierte die wahhabitischen, anti-schiitischen Herrscher.

tion. Der pro-westliche Kurs müsse unterbunden werden, die Ungläubigen das Land verlassen. Ihre Kritik richtete sich nicht nur gegen das Königshaus, sondern auch gegen das wahhabitische Establishment. Ihrer Meinung nach hätten sich die alten Kleriker vom Staat korrumpieren und instrumentalisieren lassen. Zu den Kritikern gehörte auch Usama bin Ladin. Doch die Reaktion der *ulama* orientierte sich am klassischen Muster: Sie kündigten die Allianz mit der Al Saud keineswegs auf, wie es gefordert worden war, sondern legitimierten durch ihre Fatwa die Stationierung von US-Truppen auf saudi-arabischem Boden. Bin Ladin, längst eine *persona non grata* für die saudischen Herrscher, wurde daraufhin ausgewiesen. 1994 entzog man ihm die saudi-arabische Staatsbürgerschaft.

Was folgte, war eine Phase der relativen Ruhe, die allerdings nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in eine ernsthafte Bedrohung durch militante Islamisten umschlug. Der islamistische Jihadismus Al-Qaida richtete sich auch gegen die Al Saud. Argumentiert wurde ähnlich wie ein Jahrzehnt zuvor: Die Al Saud seien Marionetten der Amerikaner, Handlanger des Westens, bestechlich, verdorben und unislamisch. Vor allem in der Zeit zwischen 2003 und 2005 entwickelte sich Saudi-Arabien zum Aufmarschgebiet militanter Islamisten. In diesem Zeitraum kam es zu insgesamt 221 Todesopfern bei Terroranschlägen – vor allem gegen westliche Ausländer. Der saudische Sicherheitsapparat reagierte unerbittlich und vertrieb die militanten Islamisten weitgehend aus Saudi-Arabien. Viele fanden neue Rückzugsgebiete im benachbarten Jemen. Andere wurden in Hochsicherheitsgefängnissen interniert oder mussten sich Umerziehungsprogrammen unterziehen. Bis heute blieb Saudi-Arabien von weiteren größeren Terroranschlägen verschont.

Daneben entwickelten sich auch andere, gemäßigte Formen der Kritik, die Einfluss auf politische Entscheidungen und Entwicklungen nehmen. Dazu zählte vor allem die so genannte „Erweckungsbewegung“ (arabisch: *Al-Sahwa Al-Islamiya*). Seit den 1980er Jahren forderte sie politische Reformen, eine Institutionalisierung der Entscheidungsprozesse und gesellschaftliche Öffnung, eine Verfassung, Geschlechtergleichheit und Gewaltenteilung. Angeführt von den beiden ange-

sehenen Klerikern Salman al-Awdha und Safar al-Hawali verlangten sie auch eine Auflösung des starren Bündnisses zwischen der Al Saud und den *ulama*. Ohne Gewalt brachten sie ihre Kritik in Form von Petitionen an den König zum Ausdruck, in denen sie ihre Forderungen respektvoll aber deutlich formulierten.⁶ Ihnen gelang es, mit ihren Anliegen eine breite Front von Geistlichen, Konservativen, Liberalen und gemäßigten Islamisten zu mobilisieren, was dazu führte, dass es dem Königshaus nicht mehr möglich war, die Kritik zu ignorieren oder die Kritiker zu marginalisieren. Zwar ließ der König drei der Petitionsunterzeichner von 2003 verhaften, doch die Wucht der innergesellschaftlichen Kritik war zu stark geworden. Immerhin waren die Oppositionellen keine Außenseiter der Gesellschaft, sondern Teil des geistigen und intellektuellen Establishments und damit ernst zu nehmen. Hinzu kam der internationale Druck auf das Königshaus, endlich politische Reformen anzuregen. 15 der 19 Attentäter des 11. Septembers 2001 waren saudische Staatsangehörige, Usama bin Ladin in Saudi-Arabien geboren. Dies erzeugte ebenso Misstrauen gegen den „Partner“ Saudi-Arabien, wie die langjährige Unterstützung von islamistischen Gruppierungen auf der ganzen Welt und die intensivierten internationalen Missionierungsmaßnahmen wahhabitischer Prediger. Insbesondere die USA erhöhten den Druck. Saudi-Arabien galt nun als Unterstützer des internationalen Terrorismus, innenpolitisch forderte eine starke Oppositionsbewegung das Königshaus heraus und eine Reihe von Anschlägen erschütterte die Stabilität des Landes.

König Abdullah reagierte seit seiner Inthronisierung 2005 auf die Kritik mit vorsichtigen politischen Reformen, die er neben einer wirtschaftlichen Liberalisierung und Öffnung umsetzen ließ. Ausdruck dieser Reformbemühungen war die Einrichtung des „Nationalen Dialogforums“ (arabisch: *liqa' al-hiwar al-watani*), das seit 2003 in bislang acht Sitzungen Vertreter unterschiedlicher sozialer Gruppen zur offenen Diskussion zusammenbrachte. Ein Forum dieser Art, unter Einbeziehung der marginalisierten Schiiten und anderen oppositionellen Gruppen sowie Frauen, war für die konservativ-exklusivistische Gesellschaft Saudi-Arabiens und das reformunwillige Königshaus revolutionär. Zum ersten Mal konnten sozial Benachteiligte ihrer Kritik in einem

⁶ Darunter die *Vision for the Present and Future of the Nation* im Januar 2003 unterzeichnet von 104 Akademikern, Geschäftsleuten und Religionsgelehrten, die *Petition In Defense for the Nation* aus September 2003 unterzeichnet von 306 Akademikern, Autoren und Geschäftsleuten, darunter 50 Frauen sowie die *Petition Partners for One Nation* vom 30. April 2004, in der 450 schiitische Unterzeichner das Ende der saudischen Diskriminierungspolitik forderten.

institutionalisiertem Rahmen Gehör verschaffen. Die einzelnen Sitzungen beschäftigten sich mit kontroversen Themen wie der Einführung von Wahlen, radikalem Islamismus, Emanzipation der Frau, Jugendarbeitslosigkeit, die soziale Stellung der Gastarbeiter, Gleichbehandlung verschiedener Konfessionen, Mängel im Gesundheitssystem oder Gewalt an Schulen. Doch auch wenn die Einführung des Nationalen Dialogs vor allem von Seiten der Opposition frenetisch begrüßt worden war, die bisherigen Ergebnisse sind kaum der Rede wert. Rechtliche Reformen oder soziale Liberalisierung erfolgten nicht. So bleibt der Nationale Dialog ein „zahnloser Debattierclub“ ohne Befugnisse. Nach wie vor werden Schiiten auf dem Arbeitsmarkt und im Alltag diskriminiert, Frauen leiden unter den patriarchalischen Ungleichbehandlungen und die regelmäßige Einführung von Wahlen erfolgte bislang auch nicht – abgesehen von Kommunalwahlen.⁷ Diese Wahlen als klares Indiz für eine wachsende Demokratisierung zu sehen, wäre jedoch zu einfach. Immerhin handelt es sich einerseits nur um Kommunalwahlen, andererseits besitzen die Wahlgewinner kaum politische Macht. Viele arrivierte Kandidaten können stattdessen ihre Position konsolidieren. Der Reformwille bleibt in Saudi-Arabien abhängig von externen Faktoren, die den Druck auf das Königshaus erhöhen. Ohne die islamistische Bedrohung, die vehemente Kritik seitens der USA und die innenpolitische Opposition wären die vorsichtigen Reformschritte unter Abdullah vermutlich nicht realisiert worden.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

In Saudi-Arabien ist der direkte Einfluss des „Arabischen Frühlings“ bisher überschaubar geblieben. Allerdings deuten die oben dargestellten innergesellschaftlichen Konflikte und Risse darauf hin, dass sich das Druckpotenzial für das Königshaus durch die Unruhen in der arabischen Welt erhöht hat. So sprechen die sozioökonomischen Faktoren wie hohe Jugendarbeitslosigkeit und zunehmende Armut dafür, dass sich das einheimische Frustpotenzial erhöhen könnte. In Kombination mit dem rigiden und autokratischen politischen System, den streng limitierten Freiheitsrechten und dem religiösen Dogma könnte sich die

bisherige Stabilität mittelfristig in eine Chimäre verwandeln. Bisher blieben öffentliche Demonstrationen jedoch die Ausnahme: So kam es am 11. März 2011 zu landesweiten Protesten bei dem so genannten „Tag des Zorns“. Weiterhin demonstrierten immer wieder Schiiten in der Ostprovinz. Vor allem die Schiiten stellen aufgrund ihrer benachteiligten sozialen Stellung ein permanentes Risiko für die Stabilität dar. Zwar erfolgte unter Abdallahs Regentschaft eine vorsichtige Integration in das soziale Gefüge, das antischiitische wahhabitische Dogma sowie der traditionelle sunnitisch-schiitische Konflikt dominieren jedoch weiterhin die schiitische Außenseiterposition. Etwa 10-15% der Bevölkerung sind schiitischer Konfession, die überragende Mehrheit lebt in der Ostprovinz um al-Hasa. Dies ist deshalb von Interesse, da sich in dieser Region die wichtigsten Ölfelder befinden. Dort arbeiten auch die meisten Schiiten. Traditionell wurde das saudische Königshaus oftmals mit schiitischer Kritik konfrontiert. Bereits seit den 1970er Jahren konstituierte sich eine schiitische Opposition unter dem Rechtsgelehrten Scheich Hassan al-Saffar. Im Anschluss an die Besetzung der Großen Moschee in Mekka und inspiriert durch die Islamische Revolution im schiitischen Iran kam es zu Massendemonstrationen und Generalstreiks, die von der Regierung niedergeschlagen wurden.

Mittlerweile konnte sich die schiitische Minderheit Gehör verschaffen, fordert die Einhaltung der Menschenrechte, die Implementierung demokratischer Instrumente und die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Im Frühjahr 2011 wurden gemeinsam von Schiiten und Sunniten Petitionen unterzeichnet, die die Einführung einer konstitutionellen Monarchie und die Zulassung von Nichtregierungsinstitutionen verlangen. Es kam zu Demonstrationen in der Provinz Qatif in der Ostprovinz⁸, über *Facebook* oder das schiitische Oppositionsportal *Rasid* rufen schiitische Bewegungen immer wieder zu Protest auf.

Neben den Schiiten könnten die Frauen zum wichtigsten Akteur des möglichen Wandels werden: Noch immer sind sie vollständig abhängig von ihren männlichen Verwandten oder Ehemännern. Sie dürfen kein Auto fah-

⁷ Die letzten Wahlen auf kommunaler Ebene erfolgten 2005. Frauen blieben vom Wahlrecht ausgeschlossen. Am 22. September 2011 sollen ebenfalls Kommunalwahlen abgehalten werden, die Registrierung der Wähler begann am 23. April 2011. Eigentlich sollten die Wahlen turnusmäßig bereits 2009 stattfinden, wurden aber verschoben.

⁸ So wurden bei Protesten im März 26 Demonstranten verhaftet, die die Freilassung des inhaftierten schiitischen Geistlichen Sheikh Tawfiq al-Amer forderten. Im Zuge dessen wurde al-Amer freigelassen.

ren, nicht selbstständig Verträge abschließen oder allein ins Ausland reisen. Ihnen bleiben viele Berufe vorenthalten, obwohl sie in diesen ausgebildet wurden. Die saudische Gesellschaft ist vollkommen männerdominiert. Frauen in Führungspositionen, in den Medien, in einflussreichen Managementfunktionen oder leitenden Positionen in Politik und Verwaltung gelten als verpönt. Das traditionelle Geschlechterbild schließt die Frau weitgehend vom Arbeitsleben aus und reduziert ihre Tätigkeitsfelder auf Berufe im Erziehungs-, Ausbildungs- oder Gesundheitsbereich. Nur 15% der saudischen Arbeiterschaft sind Frauen. Die Arbeitslosenquote bei Frauen stieg zwischen 2001 und 2008 von 17,3% auf 26,9%. Bei Männern lag sie im gleichen Zeitraum bei konstant etwa 7%. Sollten sich Frauen dagegen auflehnen, droht ihnen der Bruch mit der Familie, die soziale Isolation und Heiratsunfähigkeit. Sie gelten dann als Außenseiterinnen, als Zerstörer traditioneller Werte und Unruhestifterinnen. Hier wächst das Frustpotenzial der Frauen, zumal sie immer stärker in leitende Positionen drängen, im Privatsektor deutlich mehr Verantwortung übernehmen als früher und sich intensiv in die gesellschaftlichen Debatten einschalten. Deutlich wird dies an der zunehmenden Ablehnung des Fahrverbots, die sich mittlerweile auch öffentlich äußert.⁹ Frauen dürfen auch weiterhin nicht an den Kommunalwahlen teilnehmen. Das Verbot, das bis 2015 gelten soll, wird mit der saudisch-arabischen Tradition begründet, außerdem seien Frauen noch nicht so weit, ihrer Verantwortung genüge zu tun. Allerdings engagierten sich mehrere einflussreiche Aktivistinnen für die Einführung des Wahlrechts, organisierten sich in Facebook-Kampagnen und Initiativen¹⁰, äußerten sich in der Öffentlichkeit und präsentierten sich so als starke Stimmen des Strebens nach Wandel. Einige von ihnen ließen sich während ihres Versuchs fotografieren, sich trotz des Verbots für die Kommunalwahlen zu registrieren. Im Februar demonstrierten 53 Frauen für die Freilassung politischer Gefangener. Sie wurden inhaftiert.

Neben diesen möglichen Akteuren des Wandels wächst das gesamtgesellschaftliche Explosionspotenzial in Saudi-Arabien. Trotz des Ölreichtums beträgt die Arbeitslosigkeit offiziell 10,8%. Dies berücksichtigt allerdings nicht die Frauen, sodass inoffizielle Statistiken von etwa 25-30% ausgehen. Die Bevölkerung

ist sehr jung: 75% sind jünger als 30 Jahre, 31% 15 oder jünger, 65% sind jünger als 64. Das Bevölkerungswachstum beträgt 2,2% im Jahr. Im Durchschnitt gebärt eine saudische Frau ca. drei Kinder. So wird ein Anstieg der Bevölkerung auf 43,7 Mio. im Jahr 2050 prognostiziert. Die Auswirkungen für die sozioökonomische Situation des Einzelnen sind gravierend: Die Verteilungspolitik wird wahrscheinlich mittelfristig an ihre Grenzen stoßen, Steuerbefreiung und kostenlose Gesundheitsversorgung könnten kippen. Hinzu kommen die geringer ausfallenden Öleinnahmen bei sinkenden Ressourcen, die diametral der nachdrängenden Bevölkerung entgegenstehen. Während Milliarden in Bildung und Ausbildung investiert werden, bleibt der Übergang auf den Arbeitsmarkt für viele junge Absolventen schwierig. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst beständig. Viele streben nach einer Stellung im öffentlichen Dienst, nur wenige sind bereit, im Privatsektor zu arbeiten. Da die saudische Mehrheitsgesellschaft an die Allokationsmechanismen des Staates gewöhnt ist, äußert sich das in einem Mangel an Motivation und übertriebenen Erwartungen hinsichtlich des Gehalts, der Position und des sozialen Status.

Profitiert von dieser „anergischen Trägheit“ haben die ausländischen Gastarbeiter aus der ganzen Welt. Mittlerweile befinden sich sechs bis acht Millionen im Land, was etwa einem Drittel der Gesamtbevölkerung entspricht. Vor allem die asiatischen Gastarbeiter aus Pakistan, Indien, Bangladesch oder Indonesien leiden unter schweren sozialen Diskriminierungen, werden teilweise wie Sklaven behandelt und verfügen über keinerlei individuelle Rechte. Diese Ungleichbehandlung ist weitgehend Konsens in der saudischen Gesellschaft. Pläne, eine Krankenversicherungspflicht für asiatische Hausangestellte, Gärtner oder Chauffeure einzuführen, stoßen daher auf massiven Widerstand. Die Vorstellung, den sozialen Status der verachteten Gastarbeiter anzuheben, passt nicht in das Denken vieler Saudis. Sie fürchten eine Überfremdung, die sich in einer diffusen xenophoben Angst gegenüber fremden Einflüssen äußert.

Der Gedanke, den asiatischen Gastarbeitern geistig, ethnisch und moralisch überlegen zu sein, rührt auch daher, dass die saudische Gesellschaft äußere Einflüsse erst seit einigen Jahrzehnten erlebt, da das Land nie ko-

⁹ So erregten zwei junge Frauen Aufsehen, als sie ein Video im Internet platzierten, das sie beim Autofahren zeigt. Schnell wurden sie Vorbilder und Ikonen der Emanzipationsbewegung im Königreich.

¹⁰ Die wichtigsten sind die *al-Baladi*-Initiative (arabisch für: „mein Land“) sowie die *Saudi Women's Revolution*-Bewegung. Sie verfolgten Pläne, einen eigenen Kommunalrat einzurichten, konnten sich bislang jedoch nicht mit ihren Absichten durchsetzen.

ionalisiert war. Die Politik reagiert auf die überragende Bedeutung der Gastarbeiter als Rückgrat des saudischen Fortschritts und den zeitgleichen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Inländern mit einer „Saudisierungskampagne“, die saudische Arbeitnehmer bevorzugen und den Anteil ausländischer Fachkräfte reglementieren und reduzieren soll. Bislang sind die Erfolge jedoch marginal.

Hinzu kommt die innere Heterogenität und Fragmentierung der saudischen Gesellschaft. Ibn Sauds Eroberungen führten zur Dominanz der Stammregion Najd auf Kosten anderer Regionen wie dem Hijaz. So gelten heute noch die Einwohner des Najds in Augen der Hijazis als erkonservative Beduinensöhne, während umgekehrt die lockerere Lebensweise im küstennahen Hijaz für Najdis Ausdruck von Dekadenz und Unmoral ist. Dies führt zu einer nationalen Identität, die sich kaum über eine gleiche Herkunft oder ähnliche Wurzeln definiert, sondern vielmehr in der Loyalität zum König und der Zugehörigkeit zum eigenen Stamm, Clan oder Familie. Vor allem die Bewohner des Hijaz fühlen sich durch die Najdis benachteiligt. Der unzureichende Katastrophenschutz bei den verheerenden Hochwassern in Jidda gilt ihnen als deutlicher Indikator dafür. Demnach besteht die nationale Identität eher aus vielen einzelnen lokalen Identitäten, die durch die Kohäsion von Al Saud und *ulama* zusammengehalten wurden. Insbesondere gilt dies für die Schiiten in der Ostprovinz des Landes.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Bisher gilt Saudi-Arabien trotz der vielfältigen Konfliktlinien im Inneren als „Sturm in der Brandung“ und revolutionsresistent. Hauptgründe dafür sind die nach wie vor existenzsichernde Symbiose von Al Saud und wahhabitische Geistlichkeit sowie das wirtschaftliche Potenzial durch den Ölreichtum. Gesellschaftlicher Grundkonsens ist und bleibt die Loyalität zum König. Kritik erfolgt also nur innerhalb des institutionalisierten Rahmens, Forderungen nach einem Umsturz oder dem Rücktritt des Königs sind derzeit unvorstellbar und würden auch von Seiten der Mehrheitsgesellschaft strikt abgelehnt. Dennoch entfalten die Umbrüche in der arabischen Welt indirekt ihre Wirkung in Saudi-Arabien. Dies gilt vor allem für die Angst des saudischen Königshauses vor

einer langfristigen Instabilität in der Region, die dem Erzfeind Iran nutzen könnte. Der schiitische Nachbar konkurriert spätestens seit dem Ende Saddam Husseins mit seinem sunnitisch-wahhabitischen Gegenspieler um die hegemoniale Vormachtstellung am Golf. Saudi-Arabien befürchtet, Iran könne den politischen Einfluss im Libanon, Bahrain, Irak oder Syrien ausweiten und so einen „schiitischen Halbmond“ fördern. Die angeblichen Bestrebungen Teherans zum Bau von Nuklearwaffen werden in Riad mit ansteigender Hybris beobachtet.¹¹ Immerhin bewerten 79% der saudischen Bevölkerung den Einfluss Irans in der Region als negativ, 69% lehnen die Politik von Irans Präsidenten Mahmud Ahmadinejad ab.

Hinzu kommt die Angst des Königshauses vor der militanten islamistischen Bedrohung. Zwar konnten Al-Qaida-nahe Gruppierungen bis 2005 weitgehend zerschlagen werden, doch die instabile Situation im südlichen Nachbarn Jemen könnte die terroristische Bedrohung im Inland wieder entfachen. Der Jemen gilt seit Jahren als „sicherer Hafen“ für militante Islamisten. Die Aufstände im armen Nachbarland beunruhigen daher das saudische Königshaus. An der fast 1.500 Kilometer langen gemeinsamen Grenze kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Gefechten zwischen saudischen Sicherheitstruppen, Schmugglern sowie Mitgliedern von Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAP). Jemens Noch-Präsident Ali Abdallah Salih galt als enger Verbündeter Saudi-Arabiens. Seine schwere Verletzung und die medizinische Behandlung in einem saudischen Krankenhaus erhöhen das Risiko für die Al Saud, der Jemen könne ins Chaos stürzen. Ähnliche Furcht besteht im Fall Bahrain. Die dortige schiitische Opposition und die Protestbewegung werden mit viel Argwohn beobachtet. Das Königshaus fürchtet, dass ein erfolgreiches Aufbegehren der bahrainischen Schiiten Vorbildcharakter für die saudischen Schiiten haben könnte. Beide Gruppen stehen sich sehr nahe; sie sind über historische, religiöse und familiäre Bande miteinander verbunden. Hinzu ist Saudi-Arabien besorgt über den angeblich wachsenden Einfluss Irans auf die Schiiten Bahrains. Der Einmarsch von 1.000 saudischen Nationalgardesoldaten in Bahrain im März 2011 zur Unterstützung des Königs Scheich Hamad ibn Isa Al Khalifa gegen die Aufstände im Rahmen einer konzertierten Aktion des Golfkooperationsrates (GCC) wurde

¹¹ So äußerte sich der ehemalige Geheimdienstchef und Botschafter in Washington Turki al-Faisal bereits, dass sich Saudi-Arabien ebenfalls um Atomwaffen bemühen werde, wenn Iran zur Atommacht aufsteige.

denn auch in der saudischen Öffentlichkeit als Friedensmission und Akt der brüderlichen Unterstützung bewertet. Allerdings diene diese Aktion den eigenen Sicherheitsinteressen und der reaktionären Niederschlagung eines mehr wirtschaftlichen denn religiösen Protests und wurde demnach auch international verurteilt.

Dementsprechend kann die derzeitige Stabilität in Saudi-Arabien als Ruhe vor dem Sturm gesehen werden. Die Diskriminierung der Schiiten, die Ungleichbehandlung der Frauen, das komplizierte Verhältnis zwischen saudischer Mehrheit und den ausländischen Gastarbeitern verbunden mit den sozioökonomischen und demographischen Faktoren fordern das saudische Königshaus und die wahhabitische Geistlichkeit bereits jetzt heraus. Die Unruhen in den Nachbarstaaten und die Strahlkraft der freiheitlichen Bewegungen in Tunesien und Ägypten hinterlassen vor allem bei den marginalisierten Akteuren Eindruck. Sie könnten in Zukunft mutiger ihre Ziele verfolgen und die Missstände anprangern. Während bisher das System der Monarchie und die Person Abdallah von Fundamentalkritik verschont blieben, könnte sich dies mittelfristig ändern. Je langsamer das Königshaus auf die Hoffnung nach Öffnung reagiert und je schneller sich ökonomischer Abschwung bemerkbar macht, desto höher wird der innergesellschaftliche Druck.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Das saudische Königshaus nimmt den „Arabischen Frühling“ als Bedrohung wahr. Es befürchtet, dass sich die Protestbewegungen gegen autoritäre Herrscher auch im Inland massiv auswirken könnten und versucht, dem entgegenzusteuern. Hierbei verfolgt König Abdallah eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Er stellte bereits im April 2011 zusätzliche 35 Mrd. USD für Wohlfahrtsleistungen an die Bevölkerung bereit, erhöhte die Gehälter von Staatsangestellten im Februar um 15% und ließ dem saudischen Entwicklungsfonds 11 Mrd. USD zugute kommen, um kleine Kredite zu fördern. Hinzu kommen die Investitionspakete in den letzten Jahren, die die Infrastruktur in Bildung und Gesundheit massiv ausbauten und gleichzeitig für die wachsende Bevölkerung Wohnraum schufen. Abdallah beugte also bereits vor dem Ausbruch der „Arabischen Revolution“ vor, verfolgte einen behutsamen wirtschaftlichen

Reformkurs, um möglicher Unzufriedenheit entgegenzuwirken. Das kommt ihm nun entgegen. Der Leidensdruck der Bevölkerungsmehrheit scheint bislang noch zu klein, als dass sich die Perspektivlosigkeit einiger Minderheiten zu einem breiten Protest ausweiten könnte. Doch allein auf wirtschaftliche Verteilungsmechanismen kann sich das Königshaus nicht mehr verlassen, sodass auch wieder die ideologisch-religiöse Karte gespielt wird. Im Schatten von Demokratisierungsbemühungen, dem Ruf nach Freiheit und liberaler Öffnung geriert sich Saudi-Arabien als Vorreiter des konservativ-islamischen Establishments. Die Überwachung der Bevölkerung durch den mächtigen Geheimdienst nahm ebenso zu wie die Proklamation moralischer Tugendhaftigkeit durch die wahhabitische Geistlichkeit. Die Aufstände in Ägypten und Tunesien wurden als „Feinde des Islams“ und die Aufständischen als „Chaoten“ gebrandmarkt. Das Königshaus befürchtet, seine ideologische Autorität verlieren zu können, wenn die attraktive Ausstrahlung von gesellschaftlicher Freiheit aus anderen arabischen Ländern in die saudische Mentalität dringen könnte. Demzufolge verfolgt Saudi-Arabien auch eine restriktive, restaurative Außenpolitik, die auf Stabilitätswahrung ausgelegt ist. In diesem Zusammenhang steht die militärische Aktion in Bahrain, die Behandlung von Ali Abdallah Salih sowie die Exilgewährung für Ben Ali, was Abdallah heftige Kritik mit seinem engsten Verbündeten USA einbrachte. Die US-amerikanisch-saudischen Beziehungen scheinen dadurch nachhaltig belastet worden zu sein. Gleichzeitig sucht man trotz der massiven Vorbehalte gegen Iran den diplomatischen Kontakt. Es kam zu Treffen beider Außenminister, um über ihre Verantwortung in der Region zu diskutieren. In diesem Zusammenhang können auch die Bemühungen Saudi-Arabiens gesehen werden, mit Marokko und Jordanien zwei weitere Monarchien als neue Mitglieder für den Golfkooperationsrat zu gewinnen. Beobachter sehen Saudi-Arabien als Führungsmacht der stabilitätsorientierten Regionalmächte, der konservativen Monarchien, die weder ein Interesse an zunehmender Demokratisierung noch damit einhergehender Unsicherheit haben. Für sie sind das sensible Konstrukt in der arabischen Welt und die fragile Ruhe der letzten Jahre durch den „Arabischen Frühling“ bedroht. Sie fürchten Machtverlust, den Anstieg islamistischer Gewaltakteure, staatliche Fragilität und einen massiven Einflussgewinn

Irans. Schneller Wandel gehört traditionell nicht zum politischen Repertoire der Al Saud, die schrittweise Reformen bevorzugen und die Revolutionen als Chaos und Anarchie bewerten. Ob sie damit allerdings die Meinung der saudischen Mehrheit repräsentieren, muss bezweifelt werden. Immerhin bewerten 40% der saudi-arabischen Bevölkerung den „Arabischen Frühling“ als positiv, nur 9% vermuten negative Auswirkungen für die Region.

VI. Zukunftsszenarien

Best Case Szenario:

Auch im besten Fall wird es keinen Demokratisierungsschub in Saudi-Arabien geben. Das politische System beruht auf der Omnipräsens und der unumstößlichen Autorität der Al Saud, die durch die wahhabitischen Rechtsgelehrten legitimiert wird. Diese Allianz bietet allerdings auch Raum für eine schrittweise Liberalisierung der gesellschaftlichen Schranken, solange der bestehende Alleinvertretungsanspruch des Königshauses nicht in Frage gestellt wird. Die Entwicklung einer limitierten Oppositions- und Diskussionskultur wird durch den König Abdullah bislang geduldet, teilweise sogar gefördert. Steigt der externe und interne Druck aufgrund von politischen Öffnungsprozessen im Ausland sowie sozioökonomischen Schwierigkeiten im Inland, könnte Abdullah gezwungen sein, sich in restriktiven Fragen zu öffnen. Das könnte sich in einer Wahlgenehmigung für Frauen niederschlagen, die soziale und rechtliche Situation der asiatischen Gastarbeiter und der Schiiten verbessern und so zu einer besseren nationalen Integration beitragen. Während in Tunesien, Ägypten oder Jemen die jeweiligen Regimes den Zeitpunkt für mögliche systemimmanente Reformen verpassten, wird Abdullah von der überragenden Mehrheit seiner Bevölkerung unterstützt. So bewerten 88% der saudischen Staatsbürger seine Politik positiv. Sollte es dem Königshaus gelingen, innerhalb der religiösen und traditionellen Schranken eine gesellschaftliche Diskussion um Reizthemen wie Geschlechtergleichheit, Zukunftsperspektiven oder Minderheitenschutz zuzulassen und in rechtliche Rahmenbedingungen zu überführen, könnte dies der Beginn eines vorsichtigen Wandels werden. Hierzu gehört auch die ernsthaft voranzutreibende Diversifizierung der Wirtschaft, um Bürokratie abzubauen, den öffentlichen Sektor zu reduzieren, Korruption und Patronagenetz-

werke zu bekämpfen, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und die Abhängigkeit vom Erdöl zu vermindern. Die finanziellen Mittel und die politische Stabilität sind vorhanden, allerdings droht diese Entwicklung am fehlenden politischen Willen zu scheitern. Vor allem die Integration oftmals im Westen ausgebildeter Nachwuchskräfte in den Arbeitsmarkt muss vorangetrieben werden, wenn Saudi-Arabien nicht in ein demographisches Dilemma geraten will. Die durch kostenlose Staatsalimentierung ausgelöste „Vollkasko-mentalität“ sollte mithilfe eines leistungsfördernden Privatisierungsprozess reduziert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit saudischer Arbeitnehmer zu verbessern. Dazu bedarf es nicht nur des weiteren Ausbaus an geschlechterunabhängiger Bildungsinfrastruktur, sondern der besseren Verzahnung von Arbeitsmarkt und Ausbildungssystem. Erst wenn der ernsthafte Wille vorhanden ist, bestehende traditionelle Vorstellungen und Normen zu überdenken und in die Moderne zu transferieren, könnte sich eine breite Mittelschicht von Privatunternehmern entwickeln, die durch Kreativität, Eigenengagement und Leistungsbereitschaft die Abhängigkeit vom Öl sukzessive aufbrechen würden. Hierzu könnte das Königshaus mit Hilfe von finanziellen Anreizen in Form von Kleinkrediten, Aufklärungskampagnen und der Reduzierung des öffentlichen Sektors besser als bisher beitragen.

Worst Case Szenario:

Saudi-Arabien Herrscher könnten sich in Zukunft verstärkt als Vorreiter eines strengen und reaktionären Konservatismus gerieren. Der puristische Wahhabismus und die Vorstellung, als Hüter der beiden Heiligen Stätten wieder verstärkt eine Führungsrolle der konservativen „Gegenrevolutionäre“ in der Region zu übernehmen, könnte zu einer Ausweitung der missionarischen und repressiven Aktivitäten im In- und Ausland führen. Vieles hängt hier vom König ab. Abdallah, der bereits 87 Jahre alt ist, gilt zwar als reformorientierter König, doch in seinem engsten Zirkel konkurriert er mit streng konservativen und reaktionären Familienangehörigen. Dazu gehört zum einen der designierte Thronfolger, Kronprinz und Innenminister Sultan, der derzeitige Innenminister Naif sowie der Gouverneur von Riad, Prinz Salman bin Abdulaziz. Vor allem der Innenminister gilt als Symbolfigur des erzkonservativen saudischen Estab-

ishments, indem er Reformen als Schwäche des Königs-hauses gegenüber einer populären Liberalisierungstendenz auslegt und seinen Fokus eher auf die Verschärfung der inneren Sicherheitsmaßnahmen und Repression legt.

Nach dem Tod des kranken Abdullahs könnte der vorsichtige Reformkurs der letzten Jahre schnell rückgängig gemacht werden, da strukturelle Änderungen nach wie vor vom Monarchen abhängen. Insbesondere die als Risiko wahrgenommenen Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ könnten unter Sultan (oder Naif, der aufgrund der Krankheit des Kronprinzen als wahrscheinlicher Nachfolger Abdallahs gehandelt wird) zu einem repressiven Kurs führen. Weiteres systemimmanentes Problem ist die Altersstruktur der engsten Elite des Königshauses: Bisher gilt in Saudi-Arabien die Regelung, dass nur ein Sohn des Staatsgründers Ibn Saud als Thronfolger in Frage kommen darf. Dies hat zur Folge, dass die Altersstruktur der Al Saud der Jugend der Mehrheitsgesellschaft diametral entgegensteht. Während das Durchschnittsalter landesweit 25,3 Jahre beträgt, ist Abdallah wie gesagt bereits 87, Sultan nur ein Jahr jünger, Naif ist 77. Alle 20 Söhne Ibn Sauds sind über 60 Jahre alt, acht sind über 70 und gar sechs über 80. Ändert sich nichts an dieser Nachfolgeregelung, indem auch Enkel als Kronprinzen akzeptiert werden, würde sich der zeitliche Turnus der jeweiligen Regentschaften reduzieren, was zum einen verstärkte Nachfolgestreitigkeiten, zum anderen drohende politische Instabilität aufgrund fehlender Nachhaltigkeit zur Folge haben könnte. Die traditionell langsame Reformbereitschaft der Al Saud könnte dadurch weiter geschwächt werden, da die Hauptkonzentration auf der Balance der inneren Einheit läge und gesellschaftliche Transformationen als hinderlich wahrgenommen werden könnten. Aus diesem Dilemma abzuleiten, es könne ein Demokratisierungsprozess eingeleitet werden, indem aus einer absoluten eine konstitutionelle Monarchie geschaffen werde, erscheint

momentan allerdings unwahrscheinlich. Eher könnte diese Entwicklung zu einem Machterhaltungsmechanismus seitens der Al Saud führen, die ihren Regierungsanspruch nicht aufgeben oder teilen wollen würden.

Trendszenario:

Wahrscheinlich erscheint, dass sich das saudische Königshaus gegen eine weitere Ausweitung des „Arabischen Frühlings“ durch politische, religiöse sowie – wenn notwendig – militärische Maßnahmen zur Wehr setzen wird. Es fürchtet eine Schwächung des regionalen Einflusses und sieht in den Demokratisierungsbewegungen den Status quo der Monarchien bedroht. Dazu könnte es sich – wie immer – auf die Allianz mit den *ulama* verlassen, diese stärker als in der jüngsten Vergangenheit kooptieren und dadurch die islamische Vorbildfunktion wieder in den Vordergrund der außen- und innenpolitischen Strategie stellen. Gleichzeitig hat sich in Saudi-Arabien längst eine gesellschaftliche Pluralität an verschiedenen Einflussakteuren entwickelt, die aus der Gesellschaft heraus das Königshaus herausfordern könnten. Vor allem die Frauen, die Schiiten, verschiedene moderate, reformorientierte Geistliche, Intellektuelle und Unternehmer könnten ihre Forderungen nach Reformbereitschaft, zivilgesellschaftlicher Öffnung, wirtschaftlicher Diversifizierung und Abbau der Überbürokratisierung ausbauen. Es bleibt allerdings unwahrscheinlich, dass die Legitimation des saudischen Königshauses in Gänze angezweifelt wird. Dazu genießen die Al Saud über einen zu großen Rückhalt in der Bevölkerung, dazu gestalten sich die wirtschaftlichen Druckpotenziale bisher als zu gering, um großflächige Kritik am Königshaus zu bewirken. So könnte auf den „Arabischen Frühling“ zwar keine reaktionäre Reaktion des Systems, aber eine Intensivierung der zivilgesellschaftlichen Diskussionskultur durch systemexterne Akteure erfolgen.

Sebastian Sons

VII. Literaturangaben

ABU-NASR, DONNA: Saudi Women Inspired by Fall of Mubarak Step Up Equality Demand, *Bloomberg*, 28. März 2011, <http://www.bloomberg.com/news/print/2011-03-28/saudi-women-inspired-by-revolt-a>, abgerufen am 14.07.2011.

AL-AHMED, ALI: Justice, even for princes, *Rasid News Network*, 20.10.2010, <http://rasid.com/english/?act=artc&id=297&print=1>, abgerufen am 07.09.2011.

- AL-BADI, AWADH: Institutionalising Hereditary Succession in Saudi Arabia's Political Governance System: The Allegiance Commission, *Arab Reform Brief*, 20. Februar 2008.
- AL-FARSI, FOUD: Modernity and tradition. The Saudi Equation, London, New York, 1990.
- AL-RASHEED, MADAWI: The Rashidi Dynasty. Political Centralisation among the Shammar of North Arabia, in: Bidwell, Robin, Smith, G.R., Smart, J.R. (Hrsg.): *New Arabian Studies* 2, S. 140-152 (1994).
- DIES.: A History of Saudi Arabia, Cambridge 2002.
- DIES.: Contesting the Saudi State. Islamic Voices from a New Generation, Cambridge 2007.
- DIES.: Kingdom without Borders. Saudi Arabia's Political, Religious and Media Frontiers, UK 2008.
- BURKE, JASON: Saudi Arabia's clerics challenge King Abdullah's reform agenda, *The Guardian*, 01. Juli 2011, <http://www.guardian.co.uk/world/2011/jul/01/saudi-arabia-clerics-king-abdullah/print>, abgerufen am 07.07.2011.
- COLL, STEPHEN: Die Bin Ladens. Eine arabische Familie, München 2008.
- CORDESMAN, ANTHONY H.: Saudi Arabia. National Security in a Troubled Region, Santa Barbara 2009.
- DERS.: Saudi National Security and the Saudi-US Strategic Partnership, Center for Strategic and International Studies, 3. Dezember 2008.
- DEHNE, PHILIPP: Eine Beziehung mit Zukunft? – Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien, in: Ulrike Freitag (Hrsg.): *Saudi-Arabien – Ein Königreich im Wandel?* Paderborn 2010, S. 135-164.
- DEKMEJIAN, R. HRAIR: The Rise of Political Islamism in Saudi Arabia, in: *Middle East Journal*, 4 (1994), S. 627-643.
- DINKELAKER, CHRISTOPH: Im Osten nichts Neues? – Zur Situation der Schia in Saudi-Arabien, in: Ulrike Freitag (Hrsg.): *Saudi-Arabien – Ein Königreich im Wandel?* Paderborn 2010, S. 189-220.
- DREWES, FRAUKE: Das Nationale Dialogforum in Saudi-Arabien – Ausbruch politischer Reformen oder Stagnation? In: Ulrike Freitag (Hrsg.): *Saudi-Arabien – Ein Königreich im Wandel?* Paderborn 2010, S. 29-60.
- ECHAGÜE, ANA, BURKE, EDWARD: 'Strong Foundations'? The Imperative for Reform in Saudi Arabia, *FRIDE Working Paper*, Juni 2009.
- FÜRTIG, HENNER: Iran's Rivalry With Saudi Arabia Between the Gulf Wars, Berkshire 2006.
- GLOSEMEYER, IRIS: Terroristenjagd in Saudi-Arabien. Hintergründe und Folgen, in: *SWP-Aktuell*, Nr. 29, August 2003.
- HAMZAWY, AMR: The Saudi Labyrinth: Evaluating the Current Political Opening, *Carnegie Papers Middle East Series* 68 (April 2006).
- HEGGHAMMER, THOMAS: Jihad in Saudi Arabia. Violence and Pan-Islamism since 1979, Cambridge 2010.

HENDERSON, SIMON: After King Abdullah. Succession in Saudi Arabia, The Washington Institute for Near East Policy, *Policy Focus* (2009) 96.

HERTOG, STEFFEN: Princes, Brokers, and Bureaucrats. Oil and the State in Saudi Arabia, London 2010.

HILL, GINNY, NONNEMAN, GERD: Yemen, Saudi Arabia and the Gulf States: Elite Politics, Street Protests and Regional Diplomacy, *Chatham House Briefing Paper*, Mai 2011.

<http://www.aawsat.com/>

<http://www.arabnews.com/>

<http://www.asharqalawsat.com/>

<http://www.globalarabnetwork.com/>

<http://www.kuwaittimes.net/>

<http://www.nytimes.com/>

<http://www.rasid.com/>

<http://www.saudigazette.com/>

<http://www.thenational.ae/>

<http://www.zawya.com/>

HUMAN RIGHTS WATCH: 'As If I Am Not Human'. Abuses against Asian Domestic Workers in Saudi Arabia, New York 2008.

DERS.: Looser Rein, Uncertain Gain. A Human Rights Assessment of Five Years of King Abdullah's Reforms in Saudi Arabia, New York 2010.

DERS.: Saudi Arabia: Let Women Vote, Run for Office, 31. März 2011, <http://www.hrw.org/en/news/2011/03/31/saudi-arabia-let-women-vote-...1>, abgerufen am 08.06.2011.

IBRAHIM, ALI: Saudi Arabia and Turkey the "Arab Spring", *Al-Sharq Al-Awsat*, 08. Juni 2011, <http://www.asharq-e.com/print.asp?artid=id25461>, abgerufen am 09.06.2011.

INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Can Saudi Arabia Reform itself? *Middle East Report* Nr. 28, Kairo, Brüssel 2004.

DERS.: Who are the Islamists? *Middle East Report* Nr. 31, Kairo, Brüssel 2004.

JONES, TOBY: Seeking a Social Contract for Saudi Arabia, *Middle East Report Online*, http://www.merip.org/mer/mer228/228_jones.html, abgerufen am 02.11.2010.

DERS.: Violence and the Illusion of Reform in Saudi Arabia, *Middle East Report Online*, 13. November 2003, <http://www.merip.org/mero/mero111303.html>, abgerufen am 16.06.2011.

KATZ, MARK: The Saudi succession solution, *Lebanonwire.com*, 5. März 2008, <http://www.lebanonwire.com/0803MLN/08030514MET.asp>, abgerufen am 05.05.2011.

MARKIN, BARRY: Population Levels, Trends and Policies in the Arab Region: Challenges and Opportunities, *Research Paper Series*, United Nations Development Programme 2010.

- OKRUHLIK, GWENN: Networks of Dissent: Islamism and Reform in Saudi Arabia, http://www.essays.ssrc.org/sept11/essays/okruhlik_text_only.htm, abgerufen am 11.06.2011.
- RAPHAELI, NIMROD: Saudi Arabia: A Brief Guide to Its Politics and Problems, in: *MERIA Journal* 7 (2003) 3, <http://www.meria.idc.ac.il/journal/2003/issue3/jv7n3a2.html>, abgerufen am 16.02.2011.
- REISSNER, JOHANNES: Die Besetzung der Großen Moschee in Mekka, in: *Orient*, 21 (1980) 2, S.194-203.
- SCHMIDT, JANEK: Strippenzieher der Konterrevolution, *Süddeutsche Zeitung*, 08. Juni 2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/saudi-arabien-gegen-den-ums>, abgerufen am 08.06.2011.
- STEINBERG, GUIDO: Religion und Staat in Saudi-Arabien. Die wahhabitischen Gelehrten 1902-1953, Würzburg 2002.
- DERS.: Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik, *SWP-Studie*, Berlin 2008.
- DERS.: Saudi-Arabien, in: Werner Ende, Udo Steinbach (Hrsg.): *Der Islam in der Gegenwart*, Bonn 2005, S. 537-546.
- DERS.: Saudi-Arabien. Politik. Geschichte. Religion, München 2004.
- DERS. : Saudi-arabische Religionspolitik nach 2001. Instrument zur Fortsetzung eines Zweckbündnisses, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): *Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen?* Hamburg 2007, S. 175-196.
- TEITELBAUM, JOSHUA: Dueling for Da'wa: State vs. Society on the Saudi Internet, in: *The Middle East Journal*, 2002, 56 (2), S. 222-239.
- DERS.: The Shiites of Saudi Arabia, *Current Trends in Islamist Ideology* (2010) 10, abzurufen unter <http://www.currenttrends.org/research/detail/the-shiites-of-saudi-arabia> am 19.05.2011.
- TROFIMOV, YAROSLAV: *The Siege of Mecca – The Forgotten Uprising in Islam's Holiest Shrine and the Birth of Al Qaeda*, New York 2007.
- VASSILIEV, ALEKSEI: *The History of Saudi Arabia*, London 1998.
- WINDER, R. BAYLY: *Saudi Arabia in the Nineteenth Century*, London 1965.
- WURM, IRIS: Im Zweifel für die Monarchie. Autokratische Modernisierung in Saudi-Arabien, in: *HFSK-Report* 13/2007.
- ZUHUR, SHERIFA: *Saudi Arabia: Islamic Threat, Political Reform, and the Global War on Terror*, Strategic Studies Institute 2005.

Landesdaten Jemen

Fläche ¹	2011	527.968 km ²
Bevölkerung ²	2010	24.300.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	45,94
Ethnische Gruppen ⁴	2010	größtenteils Araber, aber auch Afro-Araber, Südasiaten und Europäer
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime (Schafiiten, Zayiditen), Juden, Christen, Hindus
Durchschnittsalter ⁶	2010	18,1 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	45%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	3%
Lebenserwartung ⁹	2010	63,74 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	53.700.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	5,1
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	50,2%
Nutzer Mobiltelefone ¹³	2009	8.313.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	2.349.000
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	329.040
Wachstum BIP ¹⁶	2009	3,8%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	2.595 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁸	2010	35%
Inflation ¹⁹	2011	13,0%
S&P-Rating ²⁰	2011	k. A.
Human Development Index ²¹	2010	Rang 133 (von 169)
Bildungsniveau ²²	2010	Rang 171 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²³	2010	7,6%
Politische Teilhabe ²⁴	2010	11,8%
Korruptionsindex ²⁵	2010	Rang 146 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ <http://www.tradingeconomics.com/yemen/population-density-people-per-sq-km-wb-data.html>.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ CIA – The World Factbook.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁶ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁷ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$)", International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁸ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁹ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

²⁰ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²³ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁴ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁵ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Jemen

Auch im Jemen zeigen sich deutliche Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“, was weder zu diesem Zeitpunkt noch in dieser Intensität zu erwarten gewesen wäre. Widerstand gab es schon vor der Revolution in Tunesien, durch die Ereignisse dort und in den anderen Staaten der Region erhielten die Proteste jedoch erheblichen Rückenwind. Der Präsident, Ali Abdullah Saleh, galt bis vor kurzem als einzige Hoffnung im Kampf gegen den Terrorismus am Horn von Afrika, nun fordern ehemalige Partner seinen Rückzug und eine geordnete Übergabe der Macht.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Bei der Arabischen Republik Jemen handelt es sich um das jüngste Land der Region. Zwar wurde bei der Vereinigung der beiden Teilrepubliken 1990 von einer „Wiedervereinigung“ gesprochen; tatsächlich war das von den Römern aufgrund des Reichtums an Gewürzen und anderen Annehmlichkeiten als Arabia Felix bezeichnete Gebiet weder zu deren Zeiten noch danach politisch vereint. Des Weiteren ist hervorzuheben, dass die Vereinigung nicht durch den Beitritt eines politisch und wirtschaftlich in Auflösung befindlichen Partners zum Geltungsbereich der Verfassung eines starken Partners erfolgte, wie es beispielsweise im deutschen Fall war. Stattdessen befanden sich sowohl die Demokratische Volksrepublik Jemen („Südjemen“) wie auch die Jemenitische Arabische Republik („Nordjemen“) in schwachen Ausgangspositionen. Diese Pattsituation wiederum war eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Besonderheit: Das Ergebnis der Vereinigung war eine Phase, die bereits über zwanzig Jahre vor dem „Arabischen Frühling“ Demokratie, Pluralismus und Pressefreiheit möglich erscheinen ließ.

Der Grund hierfür war allerdings nicht die Weitsicht und Fortschrittlichkeit der handelnden Personen, sondern die politische und gesellschaftliche Rivalität und Gegensätzlichkeit der beiden Länder. Der Nordjemen war bis in die 1960er Jahre weitestgehend vom Ausland abgeschottet und auch danach stärker traditionell geprägt, im Süden hatte sich nach dem Ende des britischen Protektorats 1967 eine

sozialistisch-moderne Führung durchgesetzt. Da es sich zunächst um eine friedliche Verhandlung zweier Partner auf Augenhöhe handelte, war das Ergebnis ein Kompromiss: Am Ende einer Übergangsphase, in der ein Regierungsrat mit Vertretern beider Eliten herrschte, sollten freie demokratische Wahlen stattfinden. Bei diesen gewann der Allgemeine Volkskongress (die Nachfolgepartei der ehemaligen Nordjemenitischen Führungspartei¹), vor der jemenitischen Versammlung für Reform (arabisch: *Islah*), die nach der Vereinigung gegründet worden war und tribale und religiöse Elemente vereinte. Die paritätische Vergabe von Posten an Vertreter beider Vorgängerlande hatte ein überproportionales Mitspracherecht für die südjemenitische Elite aus der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) hervorgebracht, welches nach den Wahlen nun zu verschwinden drohte und eine Dominanz des ehemaligen Nordens erwarten ließ.² Die Spannungen entluden sich in einem Bürgerkrieg, den jedoch ebenfalls der Norden gewinnen konnte – die Führung der Jemenitischen Sozialistischen Partei ging daraufhin ins Exil, zu den Wahlen 1997 trat die Partei nicht an. Unmittelbar nach den Wahlen wurde die Verfassung geändert und ein präsidentiales Regierungssystem geschaffen, an dessen Spitze der ehemalige Präsident des Nordjemen, Ali Abdullah Saleh, stand. Ebenso wurde die Scharia nun als einzige Quelle des Rechts bezeichnet, ein Punkt, dem sich die JSP vehement widersetzt hatte. Nach dem Bürgerkrieg wurden auch Pläne einer föderalen Struktur mit dem Hinweis auf Abspaltungstendenzen zurückgestellt. So bestehen zwar regionale und lokale Regierungen, die jedoch in direkter Abhängigkeit von der Zentralregierung stehen.

Die 1991 ratifizierte Verfassung stellte ein parlamentarisches Regierungssystem mit einer vom Parlament gewählten Exekutive dar. Nach und nach entwickelte sich das System in Richtung eines präsidentialen Systems. Die Stellung des Präsidenten wurde in den Jahren nach dem Bürgerkrieg sukzessive gestärkt, auch unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung. Der Präsident wird für sieben Jahre direkt vom Volk gewählt, ernannt den Premierminister und die Regierung. 1997 wurde ein weiteres Gremium geschaffen (Beratungskammer), deren Mitglieder ausschließlich vom Präsidenten er-

¹ Burrows, Robert: Prelude to Unification: The Yemen Arab Republic, 1962-1990, in: *International Journal of Middle East Studies*, Vol. 23 (1991) No. 4, S. 483-506.

² Etwa zwei Drittel der Bevölkerung leben auf dem Gebiet des ehemaligen Nordjemen.

nannt werden. So gibt die starke Stellung des Präsidenten ihm die Möglichkeit, nicht auf demokratischem Weg legitimierte Kräfte in das politische System einzubeziehen. Im Jemen stützt sich dieses Patronagenetzwerk der Politik insbesondere auf informelle Kanäle, welche Sicherheitskräfte (aus denen Ali Abdullah Saleh hervorgegangen ist) und Stammesführer durch Kooptation einbeziehen. Die Fähigkeit, auf diesem Weg die Loyalität einflussreicher Personen zu gewinnen, stellte bereits vor der Vereinigung die grundlegende Voraussetzung für die Machterhaltung Salehs im Nordjemen dar. Zwar ist die Verteilung wichtiger Ämter im Militär- und Sicherheitsapparat noch keine Besonderheit im regionalen Vergleich. Als charakteristisch für den Jemen kann allerdings die traditionell starke Stellung der Stämme gesehen werden. Vor allem im Norden des Landes entziehen sich weite Teile so den offiziellen staatlichen Institutionen und stützen sich auf Jahrhunderte lange tribale Traditionen, Rechtskodizes und familiäre Loyalitätsbeziehungen.³ Hierbei spielt im Jemen, anders als in anderen, eher nomadisch strukturierten Stammesgesellschaften, der Landbesitz eine wichtige Rolle, da die Stämme im Jemen vor allem als sesshafte Bauern leben, wobei es auch hier regionale Unterschiede gibt.

Die Stämme stellen seit jeher eine wichtige Machbasis im Jemen dar und verfügen über signifikante militärische und politische Macht. Bei vielen internen und externen Konflikten war entscheidend, welche Partei sich die Unterstützung der mächtigsten Stämme sichern konnte. Die historisch bedeutendsten Stammeskonföderationen, Hashid und Bakil, konnten ihren Einfluss dabei über Generationen hinweg aufrechterhalten. Einbezogen werden die Stämme zum einen durch Postenverteilung, vor allem aber durch finanzielle Zuwendungen aus dem Ministerium für lokale Angelegenheiten. Diese Form der Kooptation erzeugte eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen staatlichen Institutionen und Stammesführern, die für lange Zeit die Stabilität des Regimes sicherstellte. Für weite Teile der Bevölkerung, die sich nicht oder nur sekundär über eine Zugehörigkeit zu einem einflussreichen Stamm identifizieren, stellt dies einen wesentlichen Kritikpunkt an der Regie-

rung und dem herrschenden Regime dar, da der Zugang sowohl zu politischer Macht wie auch insbesondere zu wirtschaftlichen Vorzügen auf informellem Weg vergeben werden und so für den „Durchschnittsbürger“ unerreichbar sind.

Gleichzeitig entfremdeten sich manche Stämme auch gerade durch die Verteilungspolitik Salehs von den Stammesführern, die beispielsweise durch Posten im Parlament einbezogen werden sollten. Die Einbeziehung betrifft also vor allem eine kleine Elite. Die ausgeschlossenen tribalen Elemente wenden sich noch stärker vom Staat ab und suchen in ihren traditionellen Gesellschaftsstrukturen den Rückhalt, den ihnen der Staat nicht bietet.⁴

Treibstoff dieses Patronagesystems sind die Einnahmen des Landes aus dem Export von Öl sowie finanzielle Zuwendungen aus dem Ausland. Da die Ölexporte bei weitem nicht an die der Nachbarländer herankommen und zudem in absehbarer Zeit vollständig versiegen werden, und da ausländische Zuwendungen immer auch von der Weltpolitik abhängig sind, ist in den kommenden Jahren eine Neuausrichtung der Politik des Jemen, unabhängig von der Person an der Spitze des Systems, unausweichlich, da die bisherige Vergabepolitik langfristig nicht mehr funktionieren wird.⁵

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Politisch stabil war die Republik Jemen seit ihrer Gründung noch nie. Verschiedene Konflikte erschütterten das Land, eine existenzielle Bedrohung für das Regime stellten diese aufgrund ihrer Fragmentierung bisher jedoch nicht dar. Die politische Marginalisierung großer Bevölkerungsteile in Kombination mit massiven wirtschaftlichen Problemen verstärkte sich in den vergangenen Jahren jedoch vor allem auch aufgrund einer stark wachsenden Bevölkerung⁶ und brachte die staatlichen Strukturen immer stärker in Bedrängnis.

Seit 2004 befindet sich das Regime in einem bewaffneten Konflikt mit schiitischen Aufstän-

³ Manea, Elham: Yemen: The Tribe and the State, <http://www.al-bab.com/yemen/soc/manea1.htm>, abgerufen am 02.09.2011.

⁴ Deutsches Orient-Institut: Die Stämme im Jemen. Chance oder Hindernis für Stabilität? Berlin 2010, S. 6.

⁵ USAID: Yemen Corruption Assessment 2006, <http://www.yemen.usembassy.gov/root/pdfs/reports/yemen-corruption-assessment.pdf>, abgerufen am 28.08.201.

⁶ Zwischen 1990 und 1995 lag das Bevölkerungswachstum bei über 4%, seitdem bei ca. 3%.

dischen im Nordteil des Landes. Der Konflikt geht auf die Zeit vor der Gründung der Republik im Norden des Landes zurück und wird durch Anhänger des religiösen Anführers der schiitisch-zaiditischen Konfession Hussein Badreddin al-Huthi getragen. Bevor der Nordjemen 1962 Republik wurde, herrschte ein zaiditischer Imam, wobei die Zaiditen nur einen kleinen Teil der Gesamtbevölkerung repräsentierten. Vor allem seit dem Tod al-Huthis 2004 flammt der Konflikt immer wieder neu auf. In diesem Konflikt spielt auch der nördliche Nachbar Saudi-Arabien eine ambivalente Rolle.

Im Süden des Landes formiert sich seit 2007 verstärkt eine separatistische Bewegung (arabisch: *Hirak*). Sie vereint verschiedene Gruppierungen, denen die Dominanz des Nordens in Wirtschaft und Politik ein Dorn im Auge ist. Bereits der Bürgerkrieg 1994 war ein Krieg zwischen der ehemaligen sozialistischen Führung des Südens und dem Regime Ali Abdullah Salehs. Inzwischen umfasst die Bewegung aber auch andere Gruppierungen aus Militär und lokalen Stämmen. Am 10. November 2010 wurde der Führer der Bewegung verhaftet, was zahlreiche Demonstrationen im Süden des Landes hervorrief.⁷

Die konfliktreiche Gemengelage und der mangelnde staatliche Zugriff sind ein wesentlicher Punkt für das verstärkte Auftreten des Al-Qaida-Netzwerkes. Seit vielen Jahren schon hat sich der Jemen zu einem bevorzugten Rückzugsgebiet für militante Islamisten entwickelt, vor allem seit sich der saudische und jemenitische Ableger zur Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) zusammengeschlossen haben. Die Präsenz Al-Qaidas im Land am Horn von Afrika machte Ali Abdullah Saleh zu einem Verbündeten der USA im Kampf gegen den Terrorismus. Saleh wusste diese Position aber auch zu nutzen, um seine Stellung im Land gegenüber anderen, nicht-islamistischen Gruppen abzusichern. Gerade im Konflikt im Süden des Landes stellte AQAH einen Gegenspieler zu *Hirak* dar, was Saleh bis vor kurzem eher nützte als schadete.

Diese Konflikte stehen zunächst nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den aktuellen Protesten, stellen jedoch eine wichtige Voraussetzung dar. Ein weiterer wichtiger

Punkt ist der andauernde Abstieg Jemens zum Armenhaus Arabiens. Die Blütezeiten, in der durch den Handel mit Weihrauch, Gewürzen und Kaffee legendärer Wohlstand erreicht wurde, sind lange vorbei. Über 90% der Staatseinnahmen stammen aus dem Export von Erdöl, der jedoch im Vergleich zu den Nachbarländern minimal⁸ ist, und in absehbarer Zeit aufhören wird: Zwischen 2000 und 2009 ging die Erdölproduktion bereits um die Hälfte zurück. Auch der Anbau von Qat, einer hauptsächlich lokal konsumierten, leicht berauschenden Droge stellt keine Alternative mit Zukunft dar: 40% der Wasservorräte des Landes werden bereits durch den Anbau von Qat verbraucht, Nahrungsmittel werden kaum angebaut. Zudem bietet Qat keine Einnahmequelle, eher bindet es das Einkommen der Bevölkerung. Auch die Wasservorräte gehen immer stärker zurück, was neben dem exzessiven Qat-Anbau auch am starken Bevölkerungswachstum liegt. 1980 lebten auf dem Gebiet des heutigen Jemen ca. 8 Mio. Menschen, heute sind es ca. 24 Mio. Bis 2050 soll die Bevölkerung gar auf über 53 Millionen steigen. 31% der Bevölkerung sind zwischen 15 und 30 Jahren, 45 % unter 15 Jahren. Bereits heute liegt die Arbeitslosenquote selbst offiziell bei 35%, inoffiziell sicherlich weit darüber. Die stark wachsende junge Bevölkerung hat keine Aussichten auf Beschäftigung, dagegen werden sie von steigender Armut, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit bedroht.

Diese wirtschaftlichen Negativaspekte, die im Vergleich mit anderen Ländern der Region deutlich massiver sind, treffen das Regime von zwei Seiten: Zum einen versiegen mit den sinkenden Staatseinnahmen die Quellen des Patronagenetzwerkes. Die Anzahl von enttäuschten und konfliktbereiten Akteuren nimmt kontinuierlich zu. Bisher gelang es Ali Abdullah Saleh, die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Bereits vor Beginn der Revolution in Tunesien führte die Ankündigung Salehs, erneut für die Präsidentschaft kandidieren zu wollen, für Aufruhr innerhalb der politischen Opposition. Zusätzlich wurde jedoch allmählich eine politische Kraft aktiviert, die vorher im Jemen kaum in Erscheinung getreten war: Sicherlich ermutigt durch die Erfolge der Revolution in Tunesien kam es am 15. Januar 2011 zu ersten Protesten der Jugend und zivilgesell-

⁷ Warzinski, Julian und Julia von Franz: Ein Land im freien Fall, [zenithonline.de](http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/artikel/ein-land-im-freien-fall-001084), <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/artikel/ein-land-im-freien-fall-001084>, abgerufen am 13.08.2011.

⁸ Die Produktion nimmt seit 2003 ab. 2007 betrug die Reserven 381 Mio. Tonnen.

schaftlichen Organisationen. Von Anfang an wurden Spruchbänder und Slogans in Anlehnung an die Proteste in Tunesien und Ägypten vorgebracht, die den Rücktritt Salehs forderten.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Diese konfliktgeladene Situation bestand im Jemen bereits seit Jahren, weshalb man auch nicht von einem auslösenden Ereignis sprechen kann. Sehr wesentlich war jedoch Anfang Januar 2011 die Ankündigung der Regierungspartei, im Zuge der für 2013 anstehenden Präsidentschaftswahlen eine Verfassungsänderung anzustreben, die Ali Abdullah Saleh nicht nur eine weitere Amtszeit, sondern eine Präsidentschaft auf Lebenszeit ermöglichen hätte und damit die ohnehin bestehende Vermutung einer angestrebten Machtübergabe an seinen Sohn Ahmed Ali weiter verstärkt hat. Dafür sollte die Amtszeit zwar auf fünf statt bisher sieben Jahre begrenzt, im Gegenzug aber die Beschränkung von zwei möglichen Legislaturperioden aufgehoben werden. Bisher wurde diese Regelung dadurch umgangen, dass mit jeder Verfassungsänderung eine neue Zählung der Amtszeiten begann. Diese Ankündigung verstärkte den Widerstand der politischen und gesellschaftlichen Opposition.

Verschiedene Oppositionsparteien haben sich bereits 2001 zu einem Bündnis zusammengeschlossen, welches seitdem als stärkste parlamentarische Konkurrenz auftritt. Die *Joint Meeting Parties* (JMP) setzen sich aus der islamisch-traditionellen *Islah* und der ehemaligen süd-jemenitischen Staatspartei, der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) sowie weiteren, kleineren Parteien zusammen. In der Vergangenheit wurde beispielsweise ein gemeinsamer Gegenkandidat zu Saleh nominiert. Allerdings zeigte sich immer wieder, dass die Oppositionsparteien uneinig sind, was einerseits an der unterschiedlichen Ausrichtung (religiös-traditionell vs. sozialistisch) liegt, wie auch an den langjährigen persönlichen Verbindungen führender *Islah*-Politiker (insbesondere der Familie Al-Ahmar) zu Saleh. Dies ist auch der Grund, warum vor allem junge Anhänger der Protestbewegung die Rolle der JMP kritisch sehen. Dennoch war es zunächst die parlamentarische Opposition, die erste Proteste organisierte. Zusätzlichen Schub bekamen diese

Proteste dann zweifellos mit dem Ausbruch der Revolution in Tunesien, worauf nicht zuletzt eine zwischenzeitlich führende Vertreterin der Protestbewegung hinweist: Tawakkul Karman, die Vorsitzende der *Women Journalists without Chains*. Die Organisation setzt sich schon seit 2005 für Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Demokratie ein, seit 2007 in regelmäßigen Demonstrationen, die sich zunächst vor allem gegen das Ministerium für Information und seine Politik zur „Lenkung“ der Meinungsäußerung richteten. Ihr langjähriges Engagement wurde bereits 2010 durch den *International Women of Courage Award* gewürdigt. Karman steht dabei für ein positives Bild der jemenitischen Frauen, für die sie zwar kein repräsentatives Beispiel ist, in jedem Fall aber ein Hoffnungsschimmer. Dies gilt vielleicht umso mehr, als sie für *Islah* im Parlament sitzt, und damit zeigt, dass der Wille zur Veränderung nicht unbedingt aus „westlich“ oder „modern“ geprägten Gesellschaftsteilen kommen muss. Sie lehnt auch die Anti-Terror-Politik der Regierung gegenüber Al-Qaida ab und zeigt somit nicht etwa Widersprüche, sondern Konsequenz: Gewalt sei keine Lösung für Konflikte, daher seien friedliche Demonstrationen der einzige Weg.⁹ Ob dies so für den Jemen gelten wird, ist aufgrund der Ereignisse eher fraglich. Trotz Ihres langjährigen Engagements weist Karman auch darauf hin, dass die Revolutionen in Tunesien und Ägypten wichtige Vorbilder für die jemenitische Protestbewegung waren. Welche Rolle Karman im weiteren Verlauf der Proteste und in der Zukunft spielen wird, wird aber auch davon abhängen, wie friedlich die Situation im Jemen bleibt. Als Vertreterin der *Islah*-Partei steht natürlich auch sie teilweise in der Kritik, traditionelle, ehemals mit dem Präsidenten kooperierende Kräfte zu unterstützen.

Anders sieht dies für die einflussreiche Familie al-Ahmar aus. Sie führt bereits seit dem 18. Jahrhundert die mächtige Stammeskonföderation der Hashid und war 1962 maßgeblich am Sturz des Imams und somit der Entstehung der Republik im Norden des Jemen beteiligt. Seitdem hatte die al-Ahmar-Familie stets auch wichtige Posten inne, vor allem der Vater des aktuellen Familienoberhaupts Sadiq, Abdullah al-Ahmar, mischte bis zu seinem Tod 2007 über Jahrzehnte in der Politik des Landes mit. Nach der Vereinigung 1990 war Abdullah al-Ahmar einer der wichtigsten Partner Salehs. Er stand der neu ge-

⁹ Baker, Eryn: The Woman at the Head of Yemens Protest Movement, *time.com*, <http://www.time.com/time/world/article/0,8599,2049476,00.html>, abgerufen am 28.08.2011.

gründeten *Islah*-Partei vor, die in der Auseinandersetzung zwischen den ehemaligen Staatsparteien des Nordens und des Südens enger mit Saleh paktierte. Abdullah al-Ahmar setzte sich stets für den Präsidenten ein, wurde dafür regelmäßig als Parlamentspräsident gewählt, obwohl Saleh über eine Parlamentsmehrheit verfügte.

Die enge Beziehung nutzte der Familie nicht nur politisch, sondern sicherte ihr wirtschaftliche Vorteile, die sich an den vielfältigen Aktivitäten der *Al-Ahmar Group of Companies* ablesen lassen. In den vergangenen Jahren litt diese enge Beziehung, weil sich zum einen abzeichnete, dass Saleh seinen Sohn Ahmed Ali als Amtsnachfolger in Stellung brachte. Dadurch und durch die sich verschlechternde Wirtschaftslage des Landes konzentrierte Saleh sich bei Zuwendungen verstärkt auf die engere Familie. Zum anderen schmälerte auch der Tod von Abdullah al-Ahmar, in dessen sehr große Fußtapfen Sheikh Sadiq al-Ahmar als Führer der Hashid trat, den Einfluss der Familie auf Saleh. Sadiqs jüngerer Bruder Hamid gilt als wesentlich ambitionierter als seine insgesamt neun Brüder und zeigt dies auch während der aktuellen Proteste. Er unterstützte die Demonstrationen von Anfang an, unter anderem durch den zu seinem Firmenimperium gehörenden Mobilfunkanbieter *Sabafon*. Die privilegierte Situation und die wichtige Rolle als langjährige Unterstützer Salehs diskreditierten die Familie bei großen Teilen der Protestbewegung. Saleh versuchte dies zu nutzen, und die Familie als treibende Kraft der Proteste darzustellen, was die Situation für ihn jedoch anfangs nicht verbessern konnte. Die Auseinandersetzung zwischen dem Haus al-Ahmar und Saleh blieb zwischenzeitlich nicht auf politische Mittel begrenzt und führte zur schweren Verwundung des Präsidenten im Juni 2011 und damit zu seiner Ausreise zur medizinischen Behandlung nach Saudi-Arabien. Auch wenn zwischenzeitliche Meldungen, ein Nachfolger Salehs könnte aus dem Hause al-Ahmar kommen, sowohl von Teilen der Protestbewegung vehement abgelehnt werden, sowie durch Äußerungen von Sadiq al-Ahmar relativiert wurden, wird die Familie wieder eine wichtigere Rolle im politischen Geschehen spielen, wie sich bereits durch die Einbindung in den Übergangsrat zeigt. Für Aufsehen sorgte die öffentliche Unterstützung der Protestbewegung durch General Ali

Muhsin. Er galt lange als einer der wichtigsten Vertrauten Salehs, was auch seine zentrale Rolle im Konflikt mit den Huthi-Rebellen im Norden des Landes zeigt. Muhsin steht jedoch nicht für die gesamte jemenitische Armee. Enge Verwandte des Präsidenten kontrollieren beispielsweise die Republikanische Garde und andere Spezialeinheiten, die weiter auf der Seite Salehs stehen. Der Schwenk Muhsins wird zudem, ähnlich wie bei den al-Ahmars, von manchen Regimegegnern kritisch gesehen, da er ebenso wenig für einen Wandel steht, sondern eher für eine Beibehaltung des Status quo unter anderer Führung.

Insbesondere der nördliche Nachbar Saudi-Arabien beobachtet die fragile und volatile Situation im Jemen mit Besorgnis. Dabei verfolgt Saudi-Arabien eigene Ziele, die politischer, aber auch ideologischer Art sind. Die Schwäche der jemenitischen Regierung bereitet Saudi-Arabien vor allem in Bezug auf den Huthi-Konflikt Sorge. Von saudischer Seite wird iranische Schützenhilfe für die schiitischen Rebellen an der Grenze zwischen Jemen und Saudi-Arabien vermutet, was im Zusammenhang mit der Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Iran in der Golfregion zu sehen ist. Die orthodox-konservative Auslegung des Islam nach wahhabitischen Lehre, die in Saudi-Arabien ihren Ursprung hat, sieht Schiiten als Ungläubige, womit der Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien real- und sicherheitspolitische, aber auch religiös-ideologische Bedeutung erlangt hat. Da das saudische Königshaus auch Anschlagziel von islamistischen Terroristen ist, setzte es sich für den US-unterstützten Kampf gegen den Terrorismus ein. Ein rechtsfreier Raum in unmittelbarer Nachbarschaft, in dem 24 Mio. Menschen leben, der schiitischen Rebellen und radikalen, antiwestlichen Terroristen Rückzugs- und Operationsmöglichkeiten bieten würde, ist wohl eine der größten Ängste der saudischen Außenpolitik. Bis zu den Protesten war aus dieser Perspektive Ali Abdullah Saleh der logische Kooperationspartner Saudi-Arabiens, da er für die aus saudischer Sicht dringend benötigte Stabilität stand. Für die Zukunft wird Stabilität und Sicherheit weiterhin Saudi-Arabiens erste Priorität in Bezug auf den Jemen sein, weshalb man sich auch für einen geordneten Machtübergang einsetzte.¹⁰

¹⁰ Boucek, Christopher: Higher Stakes in Yemen, Carnegie Endowment for Peace, <http://www.carnegieendowment.org/2011/06/14/higher-stakes-in-yemen/1rl#future>, abgerufen am 31.08.2011.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Mit den Ereignissen in Tunesien und Ägypten weiteten sich auch die Proteste im Jemen aus. Ende Januar 2011 kam es erstmals zu Großdemonstrationen mit ca. 16.000 Menschen in Sanaa, was Saleh am 2. Februar dazu brachte, seinen Verzicht auf eine weitere Amtszeit und eine Übergabe der Regierung an seinen Sohn zu erklären. Nach dem Rücktritt Hosni Mubaraks verstärkte sich das Engagement der außerparlamentarischen Opposition, wesentlich mehr spontane Demonstrationen kamen im ganzen Land zu Stande. Trotz teilweiser unterschiedlicher Positionen und gegenseitiger Skepsis vereinte die Forderung nach dem Rücktritt Salehs nun nicht nur JMP, Jugend- und Menschenrechtsbewegungen, sondern auch Huthi-Anhänger im Norden des Landes und Separatisten im Süden. Im Süden kommt es dabei bereits in dieser Phase zu größeren Auseinandersetzungen. Aber vor allem das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte am 18. März in Sanaa, als über 50 Tote und über 600 Verletzte zu beklagen sind, lässt einen Riss durch das Regime gehen. In den folgenden Tagen traten mehrere Minister und Botschafter zurück, Saleh entließ die Regierung.

Zahlreiche Stammesführer wandten sich ab, Sadiq al-Ahmar forderte offen den Rücktritt des Präsidenten.¹¹ General Ali Muhsin, der als enger Vertrauter Salehs galt, setzte seine Soldaten zum Schutz der Demonstranten auf wichtigen Plätzen in Sanaa ein, die Proteste blieben jedoch weitestgehend friedlich. Ende März erklärte Saleh erstmals, unter bestimmten Bedingungen zum Rücktritt bereit zu sein. Ein Vermittlungsabkommen der im Golfkooperationsrat vertretenen Länder, allen voran Saudi-Arabien, nahm Saleh zunächst mündlich an. Demnach hätte Saleh die Präsidentschaft nach 30 Tagen an seinen Stellvertreter übergeben, der einer Einheitsregierung aus Regierungspartei und Opposition vorstehen sollte, bis es nach 60 Tagen Neuwahlen geben sollte. Im Gegenzug wäre Saleh strafrechtliche Immunität gewährt worden. Insgesamt dreimal verweigerte Saleh die Unterschrift, schließlich umstellten Sicherheitskräfte das Gebäude, in dem sich internationale Vertreter in Erwartung der Unterzeichnung befanden und mit Helikoptern evakuiert wurden. Der Kompromissvorschlag spaltete jedoch auch die Gegner Salehs, da

sich die zivile Protestbewegung von den Verhandlungen ausgeschlossen sah und befürchtete, die Vertreter der JMP könnten die Macht übernehmen. Insgesamt nahm nun auch die Gewalt zu, wobei dies nicht von der Protestbewegung ausgeht. In Sanaa hatten sich vor allem Gefolgsleute der al-Ahmars eingefunden, aber auch im Süden und Norden des Landes kam es zu verstärkten Kämpfen zwischen regimetreuen Militär- und Sicherheitskräften und Oppositionellen. In den südlichen Provinzen zog sich die Armee jedoch relativ bald aus den Städten zurück. Bei den Kämpfen in Sanaa wurde Saleh schwer verletzt, und am 5. Juni zur Behandlung nach Saudi-Arabien ausgeflogen.

Nachdem auf saudische Vermittlung ein Waffenstillstand zwischen Regierungskräften und Stammesführern verhandelt wurde, kam es nur noch zu wenigen größeren Auseinandersetzungen. Bis zur Entlassung Salehs aus dem Krankenhaus am 16. August herrschte weitestgehend Stillstand. Erst die erneute Ankündigung seiner Rückkehr, und auch die Ereignisse in Libyen (Einnahme Tripolis' durch die Rebellen) führten zur Bildung eines lange geforderten Übergangsrates, der jedoch die zivile Protestbewegung kaum mit einbezog.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Die ersten Reaktionen des Regimes auf die Proteste im Januar waren repressiven Charakters. Wenn auch in weniger starker Intensität, so wurden doch Sicherheitskräfte mobilisiert und Regimekritiker festgenommen. Vor allem die Festnahme von Tawakkul Karmān, charismatische Führungspersönlichkeit des Netzwerkes *Womens Journalists without Chains*, verstärkte die Proteste jedoch. Der Aufruf Salehs, keine Gewalt gegen Demonstranten anzuwenden, verhallte. Anfang März wurde neben Tränengas und Gummigeschossen auch scharfe Munition eingesetzt. Auch wenn im ganzen Land hart gegen Demonstranten vorgegangen wurde, so waren doch im Süden, vor allem im Hadramaut und Aden, die Zusammenstöße wesentlich heftiger. Zwischenzeitlich sah es nach einem möglichen Bürgerkrieg aus, nachdem Saleh das Land verlassen hatte, beruhigte sich die Lage in dieser Hinsicht etwas.

Aber nicht nur Gewalt, auch die Mobilisierung der eigenen Anhänger war eine Reaktion auf die zunehmenden Proteste. Zwar ist ein

¹¹ Dies stellt durch die Tatsache, dass Salehs Stamm zur Konföderation der Hashid gehört, eine besondere Konstellation dar.

Grund für die große Unterstützung dieser Pro-Saleh-Demonstrationen vermutlich auch die finanzielle und materielle Ausstattung der Regimeanhänger, doch ist die Bevölkerung insgesamt durchaus gespalten, so dass es auch zu Unterstützung des Regimes von Bürgern kam und kommt, die schlicht Angst vor einer Ausweitung der Proteste hatten. Anhänger Salehs blockierten auch Straßenzüge und Plätze und verwehrten so Regimekritikern Zugang zu Protestaktionen.

Auch auf die wirtschaftliche Ursache der Proteste reagierte das Regime unmittelbar. So kündigte Saleh an, die Gehälter für Staatsbedienstete zu erhöhen, staatliche Zuschussprogramme auszuweiten und weitere Stellen im Staatsdienst zu schaffen. Diese Ankündigungen lösten aber selbst bei Regimebefürwortern Widersprüche aus, da der aufgeblähte Staatsdienst als ein wesentlicher Grund der fiskalischen Misere gilt und diese Ankündigungen daher ebenso leicht durchschaubar waren wie nicht umsetzbar. Neben diesen wirtschaftlichen Zugeständnissen war Saleh auch zu politischen Kompromissen bereit, die vor Beginn der Proteste noch als große Erfolge der Opposition wahrgenommen worden wären. Dementsprechend wurden die Ankündigungen auch befürwortet, jedoch mit der Forderung nach weiteren Schritten versehen. Saleh kündigte an, nicht mehr für eine weitere Amtszeit zu kandidieren, sowie er eine Amtsübernahme durch Familienmitglieder ausschloss. Ebenso sollte die Verfassungsklausel, nach der die Begrenzung der Legislaturperioden für den Präsidenten hätte aufgehoben werden sollen, zurückgenommen werden. Die wesentliche Forderung nach einem vorzeitigen Rücktritt sollte aber zunächst unerfüllt bleiben.

Nachdem die Protestbewegung nach dem Rücktritt des ägyptischen Präsidenten neuen Schwung gewonnen hatte, versuchte Saleh durch Gespräche mit Stammesvertretern die Unterstützung der militärisch wichtigen Stämme für die Demonstranten durch die Zusicherung weiterer finanzieller Zugeständnisse zu beenden. Dies zeigte für die Demonstranten nur erneut, dass es Saleh nicht um inhaltliche Zugeständnisse und politische Reformen ging, sondern um die Fortführung seiner bewährten Methoden des Machterhalts. Die anhaltenden Proteste ließen auch die Maßnahmen des Regimes eskalieren. Nach den Vorkommnissen vom 18.

März traten mehrere Minister aus der Regierung aus. Auch der Führer des größten Stammes, Sadiq al-Ahmar, und der führende Generalmajor der Streitkräfte, Ali Muhsin, erklärten ihre Solidarität mit der Protestbewegung.¹²

Dennoch blieben weite Teile der Armee auf der Seite Salehs. Die Rückkehr Salehs aus Saudi-Arabien wurde mehrmals angekündigt, Ende August bekräftigte Saleh seinen Willen, nach Sanaa zurückzukehren in einem ersten Fernsehauftritt nach seiner Verwundung anlässlich des Fastenbrechens nach dem Ramadan, ließ den Zeitpunkt jedoch offen. Als Vorbedingung für Präsidentschaftswahlen nannte er die abschließende Untersuchung des auf ihn verübten Angriffs, der zu seiner Verwundung geführt hatte. Damit ging er auf Konfrontationskurs mit der Familie al-Ahmar, deren Anhänger in diese Kämpfe involviert waren.

VI. Zukunftsszenarien

Der Machtkampf im Jemen ist nicht beendet, Ali Abdullah Saleh spielt weiter auf Zeit. Zwar bekommt die Protestbewegung durch die Erfolge der Rebellen in Libyen neuen Schwung, doch ist die Lage im Jemen völlig anders.

Die Bildung einer Übergangsregierung, die in breiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird, ist bislang nicht gelungen. Dies dürfte auch schwierig werden, wenn die Protestbewegung an der Forderung festhält, dass nur Personen ohne Verbindung zur aktuellen Elite darin vertreten sein sollen. In dieser Elite stehen einige Persönlichkeiten, die über erhebliche militärische Mittel verfügen und bereits gezeigt haben, dass sie auch bereit sind, diese einzusetzen, wenn sie ihre Interessen nicht berücksichtigt sehen. Gleichzeitig verfügen v.a. die Familie al-Ahmar und General Muhsin auch über sehr gute Beziehungen zu Saudi-Arabien. Das Königreich schien mit dem Vermittlungsangebot der GCC-Länder schon von Saleh abgerückt zu sein. Die Uneinigkeit der Protestbewegung und der Opposition dürfte die Bereitschaft, mit Saleh weiter zusammen zu arbeiten, hier jedoch deutlich erhöht haben. Eine Fortsetzung der Politik der vergangenen Jahre dürfte für Saudi-Arabien auf den ersten Blick sicherlich eine akzeptable Lösung der Situation sein. Saudi-Arabien wird ein politisches Vakuum im Jemen nicht zulassen und seinen Einfluss auf

¹² International Crisis Group: Popular Protest in North Africa and the Middle East (II): Yemen between Reform and Revolution, 10. Mai 2011.

die Politik weiter wahren wollen. Dennoch muss auch hier mittelfristig ein Prozess des Umdenkens einsetzen, da eine Fortsetzung dieser Politik langfristig nicht mehr möglich sein wird. Die Ressourcen des Landes schwinden, die Bevölkerung wächst weiter, der soziale Druck wird zunehmen.

Die USA und die EU haben die Zeichen der Zeit vermutlich schon erkannt. Dennoch wird es schwer möglich sein, gegen die Interessen Saudi-Arabiens Einfluss zu nehmen. Nun rächt sich die Politik der vergangenen Jahre, in der man Stagnation und Rückschritte hinsichtlich der demokratie- und entwicklungspolitischen Ziele hinnahm, sobald Gefahr durch Terroristen im Verzug war. Man hat sich zu wenig mit den Kräften beschäftigt, die sich gegen Saleh gestellt haben.

Im Verlauf der Proteste schienen schon verschiedenste Szenarien möglich. Ein neuer gesamt-jemenitischer Nationalismus wurde ebenso ausgerufen, wie die Abspaltung des Südens bereits beschlossene Sache schien, und Al-Qaida im Sindjibar kurz vor der Errichtung eines „Gottesstaates“ stand. Währenddessen hat sich die ohnehin katastrophale wirtschaftliche Situation zugespitzt. Strom, Benzin, Wasser und Lebensmittel sind knapp

per und teurer denn je. Die Preise für Lebensmittel sind seit Januar um bis zu 60% gestiegen, für Trinkwasser und Benzin um ein Vielfaches. Es mehren sich die Stimmen, die darauf verweisen, dass Nahrung und Sicherheit die Voraussetzungen für Freiheit und Demokratie sind.

Doch auch im Jemen hat der „Arabische Frühling“ die politische Landschaft nachhaltig verändert. Die Protestbewegung wird sich nicht ohne weiteres zurückdrängen lassen oder aufgeben. Zumindest haben die Erfahrungen der vergangenen Monate gezeigt, dass auch im Jemen eine Generation heranwächst, deren Bedürfnisse nicht ignoriert werden können. Aber es wird vermutlich auch keine vollständige Umwälzung der politischen Verhältnisse geben, weil keine Kraft im Land stark genug ist, sich durchzusetzen, und Bündnisse schon während der Proteste zerbrechen. Gleichzeitig zeigen auch externe Akteure entweder zu wenig Einflussmöglichkeiten oder zu wenig Interesse, das Risiko eines klaren Bekenntnisses einzugehen, solange sich noch nicht abzeichnet, wer gestärkt, und wer geschwächt aus den aktuellen Protesten hervorgeht.

Peter Schmitz

VII. Literaturangaben

ALMASRYALMYOUM.COM: Special from Yemen: Economic woes generate growing calls for protest closure, <http://www.almasryalyoum.com/en/node/474474>, abgerufen am 01.09.2011.

BAKER, ERYN: The Woman at the Head of Yemens Protest Movement, *time.com*, <http://www.time.com/time/world/article/0,8599,2049476,00.html>, abgerufen am 28.08.2011.

BURROWS, ROBERT: Prelude to Unification: The Yemen Arab Republic, 1962-1990, in: *International Journal of Middle East Studies*, Vol. 23 (1991) No. 4, S. 483-506.

DEUTSCHES ORIENT-INSTITUT: Die Stämme im Jemen. Chance oder Hindernis für Stabilität? Berlin 2010.

DEUTSCHES ORIENT-INSTITUT: Die Beziehungen Saudi-Arabien – Jemen. Ein kompliziertes Verhältnis, Berlin 2010.

GLOSEMEYER, IRIS: Politische Akteure in der Republik Jemen. Wahlen, Parteien und Parlamente, Hamburg 2001.

INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Popular Protest in North Africa and the Middle East (II): Yemen between Reform and Revolution, 10. Mai 2011.

KOPP, HORST: Jemens Abstieg zu Arabiens Armenhaus, *NZZ Online*, http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/jemens_abstieg_zu_arabiens_armenhaus_1.10375863.html, abgerufen am 14. August 2011.

MANEA, ELHAM: The Tribe and the State, *al-bab.com*, <http://www.al-bab.com/yemen/soc/manea1.htm>, abgerufen am 27. August 2011.

PHILIPS, SARAH: Evaluating Political Reform in Yemen, *Carnegie Papers*, http://www.carnegieendowment.org/files/cp_80_phillips_yemen_final.pdf, abgerufen am 28.08.2011.

SCHMITZ, CHARLES: Jemens langer Sommer, *The European*, <http://www.theeuropean.de/charles-schmitz/7684-demonstrationen-im-jemen>, abgerufen am 30.08.2011.

USAID: Yemen Corruption Assessment 2006, <http://yemen.usembassy.gov/root/pdfs/reports/yemen-corruption-assessment.pdf>, abgerufen am 28.08.2011.

WARZINSKI, JULIAN, FRANZ, JULIA VON: Ein Land im freien Fall, *zenithonline.de*, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik//artikel/ein-land-im-freien-fall-001084>, abgerufen am 13.08.2011.

Landesdaten Vereinigte Arabische Emirate

Fläche ¹	2011	83.600 km ²
Bevölkerung ²	2010	4.700.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	56
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Emiratis 19%, andere Araber und Iraner 23%, Südasiaten 50%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime 96% (Schiiten 16%), andere (wie z.B. Christen, Hindus) 4%
Durchschnittsalter ⁶	2010	30,2 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	18%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	1%
Lebenserwartung ⁹	2010	76,51 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	8.300.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	1,9
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	77,9%
Nutzer Mobiltelefone ¹³	2009	10.672.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	3.555.100
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	2.340.000
Wachstum BIP ¹⁶	2011	3,2%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	56.485 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁸	2010	2,5%
Inflation ¹⁹	2011	0,9%
S&P-Rating ²⁰	2011	AA
Human Development Index ²¹	2010	Rang 32 (von 169)
Bildungsniveau ²²	2010	Rang 95 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²³	2010	76,9%
Politische Teilhabe ²⁴	2010	23,7%
Korruptionsindex ²⁵	2010	Rang 28 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ The World Bank, Population density (people per sq. km of land area), <http://www.data.worldbank.org/indicator/EN.POP.DNST>.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ CIA – The World Factbook.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁶ Germany Trade and Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Vereinigte Arabische Emirate, Mai 2011, http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7782.pdf?show=true.

¹⁷ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁸ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁹ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

²⁰ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²³ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁴ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁵ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Vereinigte Arabische Emirate

Jahrelang erfreuten sich die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) dank politischer und wirtschaftlicher Stabilität dem Ruf als „sicherer Hafen“. Ausländische Unternehmen schätzten die Emirate als wichtigen Standort und Investoren lobten die vielen Investitionsmöglichkeiten. Doch im Zuge des „Arabischen Frühlings“, der Finanzkrise in Dubai und der Proteste der Arbeitsimmigranten stellt sich die Frage, wie stabil dieser Hafen denn eigentlich ist oder ob der „Fels in der Brandung“ allmählich anfängt zu bröckeln.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklung

Im Dezember 1971 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen, trafen sich die Herrscher der sechs Emirate Abu Dhabi, Ajman, Dubai, Fujaira, Sharjah und Umm al-Qaiwan, um eine Union zu gründen. Im Februar 1972 trat Ra's al-Khaima dem Bund, der seinen ersten Präsidenten in Zayid bin Sultan Al Nahyan gefunden hatte, bei. Seitdem spricht man von den VAE als eine Föderation aus sieben Emiraten, deren Hauptstadt Abu Dhabi ist. Die Organe und Institutionen dieser Föderation sind jedoch nur bedingt handlungsfähig, da die Autonomie der sieben Emirate verfassungsrechtlich geschützt ist. Die Föderationsregierung beschränkt sich zumeist auf übergeordnete Politikfelder, wie die gemeinsame Außenpolitik, Sicherheit, Polizei, Verteidigung, Geheimdienst, Gesundheitspolitik, Währung, Bildung und Passformalitäten. Nach Artikel 116 der Verfassung üben die Emirate „alle durch diese Verfassung nicht an die Föderation abgegebenen Befugnisse“ aus. Dieser Bundescharakter soll im Bedarfsfall gegenseitige Unterstützung¹ und eine zielgerichtete und effektivere Politik gewährleisten. Zunächst einmal wirtschaftet jedes Emirat für sich und besitzt eigene, lo-

kale Regierungen, deren Komplexität und Arbeitsspektren vom jeweiligen Emirat abhängen. Bei Entscheidungen von regionaler oder internationaler Tragweite bemühen sich die VAE jedoch, als geschlossener Akteur aufzutreten, um den eigenen Anliegen mehr Gewicht verleihen zu können². Theoretisch können die Emirate zwar einen Teil ihrer Befugnisse abtreten, praktisch aber sind sie darauf bedacht, ihre Eigenständigkeit zu wahren.

An der Spitze des Bundesstaates steht der Präsident, derzeit Scheich Khalifa bin Zayid Al Nahyan. Die Herrscher der sieben Emirate bilden mit dem Obersten Rat (*Supreme Council*) das höchste Verfassungsorgan. Sie haben sowohl legislative als auch exekutive Befugnisse und wählen aus ihren Reihen den Präsidenten und seinen Stellvertreter für eine Amtszeit von fünf Jahren. Zusammen bestimmen sie die Richtlinien der Politik, wobei Abu Dhabi und Dubai ein Vetorecht besitzen³.

Der Bundesnationalrat (*Federal National Council*) besteht aus 40 Mitgliedern, die zur einen Hälfte vom Obersten Rat und zur anderen Hälfte durch einen Prozess indirekter Wahlen ermittelt werden. Die Anzahl der Mitglieder, die jedes Emirat stellen darf, ergibt sich aus der jeweiligen Einwohnerzahl⁴. Innerhalb der legislativen Gesetzgebung kommt dem Bundesnationalrat nur eine konsultierende Funktion zu. Er ist Mitglied in der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU) und der Arabischen Parlamentarischen Union (APU). Mit einem westlichen Parlament ist der Bundesnationalrat jedoch nicht zu vergleichen, da er keine wesentlichen Befugnisse oder Kompetenzen besitzt.

Die herausragende Stellung der beiden Emirate Abu Dhabi und Dubai im Obersten Rat und im Bundesnationalrat lässt sich zum Einen mit einer höheren Einwohnerzahl⁵ und zum Anderen mit höheren Einnahmen durch größere Ölvorkommen⁶ begründen.

¹ Das war beispielsweise der Fall bei der Finanzkrise in Dubai 2009: Als Dubai Zahlungsschwierigkeiten verlauten ließ, sagte Abu Dhabi seinem Nachbaremirat finanzielle Unterstützung von zunächst 10 Mrd. USD zu.

² Das trifft zum Beispiel im Falle der OPEC, der UNO, der Arabischen Liga oder des Golf-Kooperationsrates zu.

³ Artikel 49 der Verfassung: "Issuing the decisions of the Supreme Council on substantive matters shall be by a majority of five of its members provided that this majority includes the votes of the Emirates of Abu Dhabi and Dubai. The minority shall be bound by the view of the said majority (...)"

⁴ Abu Dhabi und Dubai entsenden jeweils acht, Ra's al-Khaima und Sharjah sechs und Ajman, Fujaira und Umm al-Qaiwan jeweils vier Mitglieder.

⁵ Das nationale Amt für Statistik der VAE ging 2010 von einer Gesamtbevölkerung (nur Staatsbürger) von 947.997 aus. Dabei betrug die Einwohnerzahl emiratischer Staatsbürger in Abu Dhabi 404.546 und in Dubai 168.029.

⁶ Abu Dhabi 92,2 Mrd. Barrel, Dubai 4 Mrd. Barrel, Sharjah 1,5 Mrd. und Ras al-Khaimah 100 Mio. Barrel Öl.

Der Ministerrat und das Kabinett bilden die Exekutive der Emirate. Sie bestehen aus den Fachministerien und werden von dem Ministerpräsidenten angeführt, der vom Präsidenten und dem Obersten Herrscherrat ernannt wird. Die Bundesjustiz genießt laut Verfassung völlige Unabhängigkeit. An ihrer Spitze steht das Oberste Gericht, welches aus fünf vom Obersten Rat bestimmten Richtern besteht. Deren Aufgabe ist es, über die Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen zu entscheiden und Streitigkeiten zwischen den einzelnen Emiraten beizulegen.

Trotz ihrer institutionellen Gliederung kann das politische System nicht als parlamentarische Demokratie bezeichnet werden; vielmehr weist es drei wesentliche Merkmale einer autoritären Herrschaft⁷ auf:

1. Fehlen einer ausformulierten Ideologie;
2. geringer Mobilisierungsgrad: Bedingt durch die Ideologielosigkeit gelten einheitliche Widerstände als unwahrscheinlich;
3. begrenzter Pluralismus: Der geringe Mobilisierungsgrad führt einerseits zu einer Entpolitisierung der Massen, andererseits zu einer Stärkung der vorhandenen Mächte. Oppositionen und Medien gelten als Indikatoren, um den Grad des begrenzten Pluralismus festzulegen.

Den sieben Herrschern der Emirate – inklusive dem Präsidenten – kommt eine besonders gewichtige Stellung zu: Sie allein bestimmen die Richtlinien der Politik, und allein von ihnen geht alle Macht aus. Nur wenige Familienclans sind Teil dieser Machteliten, allen voran die Häuser der Al Nahyan und der Al Maktoum, die gegenwärtig den Präsidenten Scheich Khalifa bin Zayed bin Sultan Al Nahyan und den Regierungschef Mohammed bin Rashid Al Maktoum stellen. Ihre Stellung wird durch das offizielle Verbot von Regierungsparteien, Oppositionen und Gewerkschaften noch weiter gestärkt. Hinzu kommen Einschränkungen in Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, obwohl diese laut Verfassung eigentlich geschützt

sind⁸. In der Praxis finden vornehmlich das 1980 erschienene *Publications and Printing Law* und das *Press Law* von 2009 Anwendung, die jegliche Kritik an den Präsidenten, den Herrschern, dem Islam, dem Führungsstil oder befreundeten Staaten unter Strafe stellen.

Aber auch wenn das politische System autoritäre Züge aufweist, erfreut sich die Regierung großer Beliebtheit. Mit Scheich Khalifa (geb. 1945) und Regierungschef Mohammed (geb. 1949) und ihren Söhnen ist auch, im Vergleich zu anderen Golfmonarchien, die jüngere Generation in den Herrschaftsetagen weitgehend vertreten. Anders als in Ägypten⁹, Saudi-Arabien¹⁰ oder Kuwait¹¹ können die VAE einzig und allein schon wegen des vergleichsweise jungen Alters der Herrscher zielgerichteter auf die Bedürfnisse der jüngeren Bevölkerung eingehen. Mohammed bin Rashid Al Maktoum beispielsweise gilt als Modernisierer, und als Herrscher von Dubai bereitet er das Emirat schrittweise auf eine Zeit nach dem Öl vor. Er beauftragte die Realisierung zahlreicher Projekte, darunter die Freihandelszonen, das *Dubai Shopping Festival*, den Bau des *Burj al-Arab* und *The Palm*. Auffällig an dem politischen System der VAE ist, dass es sowohl moderne als auch traditionelle Elemente in sich vereint. So ziehen die Herrscher der Emirate ihre Legitimität nicht allein aus ihrer Funktion im Staat, sondern auch aus dem hierarchischen Aufbau der Stämme¹² und deren Loyalität untereinander. Theoretisch ist auch das islamische Prinzip der Shura, wonach jeder Muslim seinen Herrscher mit seinem Anliegen oder seinen Fragen konsultieren kann, in den VAE vertreten. Zudem wird jedes Gesetz auf Islamkonformität geprüft.

In der Politik und im Alltagsleben erfährt die offizielle Religion des Landes, der Islam, eine eher ungezwungene Anwendung. Zwar nennt die Verfassung die Scharia als Hauptrechtsquelle, sie findet in der Praxis – mit Ausnahme des Familienrechts – jedoch kaum Anwendung. Bei zivilrechtlichen Angelegenheiten wird häufig die Verfassung als wesentliche Rechtsquelle genannt, es folgen Bundes- und

⁷ Definition nach Juan J. Linz.

⁸ Artikel 30: "Freedom of opinion and expressing it verbally, in writing or by other means of expression shall be guaranteed within the limits of law".

⁹ bis 2011: Muhammad Husni Mubarak (geb. 1928).

¹⁰ Abdullah ibn Abd al-Aziz al-Sa'ud (geb. 1924).

¹¹ Sabah al-Ahmad al-Dschabir Al Sabah (geb. 1929).

¹² Bani Yas ist ein Stamm, der sich historisch gesehen aus mehreren Stämmen zusammensetzt. Darunter al Bu Falasah, aus dem wiederum die Familie Maktoum (Herrscherfamilie in Dubai) hervorgeht. Angeführt wurde der Bani Yas Stamm, der Koalitionen mit anderen Stämmen unterhielt, von der Nahyan-Familie.

Emiratsgesetzgebung, Scharia und Handelsbräuche sowie Praxis¹³. Vor allem die Lage der Frauen hat sich seit der Gründung der Föderation stetig verbessert: Auf ihre Bildung wird immer mehr Wert gelegt; sie studieren, arbeiten und finden sich zunehmend in leitenden Positionen wieder¹⁴.

Die Bevölkerung insgesamt hat sich in den letzten Jahren rapide entwickelt: Derzeit leben etwa 4,7 Mio. Menschen in den VAE. 1971 lag die Einwohnerzahl bei gerade einmal 180.000. Von den geschätzten 4,7 Mio. Einwohnern sind knapp 70% keine emiratischen Staatsbürger. Zurückzuführen ist diese Bevölkerungsexplosion auf die natürliche Wachstumsrate, d.h. längere Lebenserwartung¹⁵, Rückgang der Kindersterblichkeit¹⁶ und die gewaltige Zuwanderungswelle von Arbeitsimmigranten. Anfangs kamen vor allem Algerier und Iraker aufgrund der noch wachsenden Ölindustrie in das Land, später folgten Inder, Pakistaner, Bengalen, Iraner, Philippiner, Westeuropäer und Amerikaner. Diese arbeiten in allen erdenklichen Branchen, wobei ungelernte Kräfte eher körperlich anstrengende Arbeiten verrichten oder aber im Hotel-, Restaurant- und Reinigungssektor beschäftigt werden. Qualifizierte Arbeiter sind im Bildungs- und Erziehungssektor, in Banken und Versicherungen zu finden. Die Emiratis hingegen genießen einen hohen Lebensstandard und eine staatliche „Vollkaskoversorgung“ in Form von Ausbildung, kostenfreier medizinischer Versorgung, Geld- und Sachwerten.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Die VAE verfügen mit etwa 97,8 Mrd. Barrel über das sechstgrößte Ölvorkommen der Welt, sie zählen mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 56.485 USD¹⁷ zu den reichsten Ländern der Welt, erfreuen sich

politischer Stabilität und werden von ausländischen Unternehmen und Investoren als wichtiger Standort¹⁸ geschätzt. Drei Faktoren aber könnten den Emiraten in Zukunft noch Probleme bereiten und so den Willen nach Wandel hervorbringen oder stärken: Fehlende politische Mitbestimmung, die Arbeitsimmigranten und die Wirtschaft.

Doch obwohl die politischen Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung vom *Democracy Index* auf einer Skala von 0 (nicht vorhanden) bis 10 (sehr gut) mit 1,11, Wahlsystem und Pluralismus mit 0 und bürgerliche Freiheiten mit 2,94¹⁹ bewertet werden, fehlt es der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung bislang an sozioökonomischen Druck, der Demonstrationen und den Wunsch nach nachhaltiger Veränderung auslösen könnte. Hier bestehen Parallelen zwischen der Situation in den VAE und der in Saudi-Arabien oder anderen ressourcenreichen Golfstaaten. Die wohlbekannten und effizienten Allokationsmechanismen der Herrscher, die den Reichtum verteilen und die wirtschaftliche Entwicklung fördern, haben auch in den Emiraten zu der weit verbreiteten Umkehrung des politischen Credo „No taxation without representation“ geführt. Da die Besteuerung der indigenen Bevölkerung quasi wegfällt, die finanzielle Belastung auf ein Minimum sinkt und der Staat seinen Bürgern ein enormes Maß an Wohlstand und Modernisierung in den letzten Jahren garantierte, scheint bislang das Streben nach politischer Teilhabe, nach Öffnung und Demokratisierung nur peripher zu interessieren.

Wesentliche Triebfeder der Revolutionen in Tunesien und Ägypten war die Jugend, die perspektivlos, vernachlässigt und arm gegen die repressiven Regime aufbegehrte. Im Gegensatz dazu lebt die junge Bevölkerung vor allem in Dubai und Abu Dhabi in relativem Wohlstand, scheint sozial abgesichert zu sein

¹³ 1951 übernahmen die damaligen *Trucial States* (heute VAE) das britische Kolonialrechtssystem, von welchem das heutige Rechtssystem teilweise inspiriert wurde.

¹⁴ Zu Beginn der Föderation waren 85% der Frauen von Analphabetismus betroffen waren; 2005 waren es nur noch 7,6%. Heute sind 56,3% aller Schüler und 70,8% aller Studenten weiblich.

¹⁵ Die Lebenserwartung von Menschen in den VAE lag 1990 bei 73, 2010 bei 76,51 Jahren. Zum Vergleich: Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland lag 1990 bei 75, 2009 bei 80 Jahren.

¹⁶ 1990 starben 15 von 1.000 Neugeborenen innerhalb der ersten 12 Monate, 2009 waren es 7 von 1.000. Zum Vergleich: In Deutschland lag die Kindersterblichkeit 1990 bei 7 von 1.000, 2009 bei 3 von 1.000.

¹⁷ Deutschlands Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 2009 bei 40.670 USD.

¹⁸ Zum einen sind die VAE wichtige Handelsdrehscheibe für die Märkte in Europa, Asien und Afrika, zum anderen Finanzknotenpunkt zwischen New York und London im Westen und Hongkong und Singapur im Osten.

¹⁹ Mit einer Gesamtbewertung von 2,52 liegen die VAE noch hinter China (3,14) und Simbabwe (2,64); der Index spricht von einem autoritären Regime.

und strebt einer sicheren Zukunft entgegen. Zudem profitieren sie regelmäßig von staatlichen Transferleistungen²⁰. Diese allerdings erinnern mehr an Beschwichtigungspolitik als an Wohlfahrtsstaat. In den weniger wohlhabenden Emiraten im Norden – Ajman, Ra's al-Khaima, Sharja und Umm al-Qaiwan – ist der Unmut schon etwas größer. Während ihre Infrastruktur immer wieder zusammenbricht, Wasserknappheit und Stromausfälle an der Tagesordnung sind, boomt das Geschäft der Nachbaremirate. Doch auch sie profitieren in Form von Wohlfahrtsprogrammen und staatlichen Zuschüssen indirekt von dem Öl, obwohl sie selbst über keine Ressourcen verfügen. Möglich ist das, weil die (öl-)reichen Emirate Abu Dhabi und Dubai den Norden regelmäßig finanziell unterstützen.

Insgesamt aber scheinen politische Partizipation, Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit trotz des „Nord-Süd-Gefälles“ nur vereinzelt zu interessieren. Die Regierung, allen voran Scheich Khalifa bin Zayed bin Sultan Al Nahyan und Regierungschef Mohammed bin Rashid Al Maktoum, scheint sich großer Beliebtheit zu erfreuen, u. a. weil diese beiden Herrscher die Modernisierung der Emirate immer weiter vorantreiben und die Korruption weniger verbreitet ist als in anderen Staaten der Region²¹.

Die Arbeitsimmigranten leiden dagegen unter enormen Problemen, wie katastrophale Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse, kaum Rechtssicherheit, enormer sozioökonomischer Druck, soziale Ungleichbehandlung und völlige Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Die Rede ist jedoch nicht von Arbeitskräften, die zumeist aus westlichen Industrieländern stammen, hochqualifiziert sind, häufig Führungspositionen innehaben, hohe Gehälter und zusätzliche Bezüge beziehen. Vielmehr sind es die ungelernten Arbeitskräfte, die dem „sicheren Hafen“ noch enorme Schwierigkeiten bereiten könnten.

Die ungelernten Kräfte stellen in den VAE die Mehrheit der Arbeitsimmigranten. Sie sind zumeist in Branchen beschäftigt, in denen sie körperlich schwere Arbeiten verrichten und verdienen in den VAE zwar häufig mehr als in ihren Heimatländern, doch mit einem Tageslohn von durchschnittlich 5 USD immer noch

sehr wenig. Die Gastarbeiterinnen sind häufig im Hotel-, Restaurant- oder Reinigungswesen beschäftigt. Obwohl durch sie erst Projekte wie der *Burj al-Arab* und der *Burj Khalifa* realisiert werden konnten, bleiben sie vom Wohlstand und Erfolg ausgeschlossen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen sind teilweise sehr bedenklich, so sind unbezahlte Überstunden, verzögerte Gehaltszahlungen und die Einbehaltung des Reisepasses seitens der Arbeitgeber keine Seltenheit. Die meisten Arbeiter dieser Gruppe sind weder unfall- noch krankenversichert und es gibt keine Gewerkschaften, an die sie sich wenden könnten.

Weil viele von ihnen Angst haben, ihre Arbeit zu verlieren und in ihr Heimatland zurückgeschickt zu werden, blieben größere Proteste bislang aus. Dass das Potenzial für eine „Arbeiterbewegung“ aber theoretisch da wäre, zeigt die Geschichte: In der Vergangenheit kam es bereits zu Arbeitsniederlegungen, zuletzt Anfang 2011. Auslöser waren ausbleibende Lohnzahlungen, schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen und Gewalt gegenüber Arbeitern. Offiziell gibt es sogar Gesetze, die Pausenzeit, Überstunden und Bezahlung regeln, es existiert jedoch bislang keine offizielle Institution, die deren Einhaltung auch kontrolliert. Dass die Angst der Arbeitsimmigranten vor der Ausweisung berechtigt ist, zeigt das Beispiel in Dubai 2009: Damals wurden im Zuge der Finanzkrise täglich bis zu 1.500 Arbeiter nach Hause geschickt – die Kündigung erhielten viele von ihnen per SMS.

Da die Staatsbürgerschaft sowohl den gelernten als auch den ungelernten Arbeitern verwehrt bleibt, erhalten sie auch keinerlei finanzielle Unterstützung von der Regierung. Es gibt zwar die Möglichkeit unbegrenzter Aufenthaltserlaubnisse, die es ihnen erlauben, sich in den VAE dauerhaft niederzulassen, doch die Einbürgerung – und damit auch die Privilegien der emiratischen Staatsbürger – bleiben ihnen vorenthalten. Diese Politik birgt ein hohes Konfliktpotenzial, denn gerade für die ungelernten Kräfte, die sich täglich mit dem hohen Lebensstandard ihrer Umgebung konfrontiert sehen, wäre staatliche Zuwendung dringend erforderlich. Diese Bevölkerungsgruppe erfüllt demnach die Voraussetzungen für den Willen nach Wan-

²⁰ Wasser und Strom werden hoch subventioniert; Wohnungsbauprogramme vergeben kostenlose oder zumindest subventionierte Wohnungen; Eltern erhalten für ihre Kinder Erziehungsgeld; alte Menschen, Witwen, Behinderte, Waisen und allgemein alle Bedürftigen erhalten großzügige Alimentationen.

²¹ Zahlen für 2010: Auf einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 10 (sehr transparent) werden die VAE vom *Transparency Index* mit 6,3 bewertet. Ägypten erhielt eine Wertung von 3,1, Tunesien 4,3, Saudi-Arabien 4,7 und der Oman 5,3. Damit landen die VAE auf Platz 28 von insgesamt 178 bewerteten Staaten.

del, weil ihre Lebens- und Arbeitssituation deutlich unter dem staatlichen Niveau liegen. Es ist jedoch anzunehmen, dass ein Aufbegehren der Arbeitsimmigranten ausbleiben wird. Obwohl ihre Lebens- und Arbeitssituation zwar sehr bedenklich ist, wiegt letztendlich die Angst, die Arbeit zu verlieren, ausgewiesen zu werden und die Familie in der Heimat nicht mehr unterstützen zu können, doch höher.

Eine weitere Gefahr für die inneremiratische Stabilität dürfte neben fehlender politischer Partizipation und den Arbeitsimmigranten auch die sich verändernde Wirtschaftslage sein. Ging es bis 2008 stetig aufwärts, sank das BIP 2009 um 31 Mrd. USD auf 230 Mrd. USD²². Die Finanzkrise hat vor allem Dubai hart getroffen und zuletzt sogar zu Zahlungsschwierigkeiten geführt. Während Dubai sich gezwungen sah, den Bau verschiedener Projekte²³ zu stoppen, sagte Abu Dhabi finanzielle Unterstützung zu. Die Wiederaufnahme der Bauarbeiten geht nur zögerlich voran und das Ziel, dem bis zur Finanzkrise herrschenden Bauboom allmählich wieder neuen Auftrieb verleihen zu können, ist man bisher noch nicht deutlich näher gekommen²⁴.

Ein nochmaliger Finanzkollaps aber könnte verheerende Folgen für Dubai und auch für die VAE insgesamt haben: Wenn Investoren fern blieben, Wohnräume leer stünden und die Wirtschaft sänke, wäre zum einen die Diversifizierung der Wirtschaft wohl langfristig beeinträchtigt und zum anderen die Wohlfahrtspolitik in Gefahr. Damit stiege aber auch das Risiko eines Protestes seitens der (einheimischen) Bevölkerung.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Inspiziert von den Aufständen in Tunesien und Ägypten und dem damit einhergehenden hohen Mobilisierungsgrad versuchten auch in

den VAE Bürger ihre Rechte einzufordern: 133 Unterzeichner einer Onlinepetition forderten im März 2011, den Bundesnationalrat aus freien und direkten Wahlen hervorgehen zu lassen und seinen Einfluss zu stärken. Die Zahl von 133 Menschen wurde anfänglich zwar etwas belächelt, aber diese Petition war die wahrscheinlich erste politische Bewegung in der Geschichte des Landes – und das in Abu Dhabi, dem reichsten Emirat. Vielleicht sollte man deswegen auch von *immerhin* 133 Menschen sprechen. Bei den Unterzeichnern handelte es sich um emiratische Intellektuelle und Menschenrechtsaktivisten, die, trotz oder gerade wegen ihres hohen Lebensstandards, auch politische Mitbestimmung forderten. Weil aber viele emiratische Staatsbürger Konsequenzen in Form von repressiven Maßnahmen fürchteten, verweigerten sie ihre Unterschrift²⁵. Insgesamt gesehen kann aber von keiner Bewegung oder gar Revolution gesprochen werden. Es gibt weder einen konkreten Auslöser, der zu einer Revolution geführt hätte, noch eine Führungspersonlichkeit, die sich in dieser besonders hervorgetan hätte. Wenn überhaupt, so muss von einer marginalen Protestbewegung gesprochen werden, die vielmehr durch Einzelaktionen als durch organisierte und zielgerichtete Massenproteste geprägt war.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Die Unruhen in anderen arabischen Staaten haben ausländische Investoren verunsichert. Viele von ihnen, die eigentlich kurz vor dem Markteintritt standen, scheinen die gewählten Standorte zu überdenken. Dies könnte den Emiraten zukünftig nutzen. Sie garantieren weitgehende wirtschaftliche und politische Stabilität und galten auch in der Vergangenheit als attraktiver Wirtschaftsstandort. So profitieren beispielsweise ausländische Baufirmen und Zulieferer von den zusätzlichen Mitteln, die der Staat für Infrastruktur zur Ver-

²² Daten der *World Bank*, einzusehen unter <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD>, abgerufen am 11.08.2011.

²³ Gestoppt wurden beispielsweise die Projekte *Dubai Land*, ein Vergnügungspark, und *Rotating Tower*, ein sich drehender Wolkenkratzer.

²⁴ Nach einer Überarbeitung, die u.a. Kürzungen im Design betreffen, sollen die Bauarbeiten für das Projekt *Dubai Land* Ende 2011 wieder aufgenommen werden, dagegen scheint das Projekt *The World* im wahrsten Sinne des Wortes unterzugehen: Die künstlichen Inseln fallen langsam wieder ins Meer zurück, zum Aufschütten fehlt aber das Geld. Dagegen wurde im Juli bekannt, dass Dubai mit 97 Hotels, die zusammen mehr als 35.000 Zimmer zählen, seine Kapazitäten im Tourismusbereich weiter ausbauen will.

²⁵ Laut *Amnesty International* soll zudem ein Mann verhaftet worden sein, der seine Solidarität mit den Ägyptern wohl etwas zu laut bekundet hatte; siehe <http://www.amnesty.org/en/for-media/press-releases/uae-urged-disclose-whereabouts-detained-man-2011-02-09>, abgerufen 11.08.2011.

fügung gestellt hat²⁶. Als cleverer Schachzug der Regierung kann die Senkung der Lebensmittelpreise bewertet werden²⁷. Durch die gesunkenen Lebenshaltungskosten können die Menschen dann, so die Hoffnung, den Konsum anregen, indem sie anderweitig investieren.

Wohl um möglichen Protesten zuvorzukommen, kündigte der Staat Neuwahlen für den Bundesnationalrat an. Noch in diesem Jahr sollen 12.000 ausgesuchte Bürger die Hälfte des Rates wählen dürfen, 2006 waren gerade einmal 6.000 wahlberechtigt. Doch der Staat reagiert nicht nur mit Zugeständnissen, sondern auch mit Repression gegen Regierungskritiker: Die bereits oben erwähnte Onlinepetition soll einen Monat später Grund für weitere Verhaftungen gewesen sein, unter denen auch der bekannte und populäre Internet-Blogger Ahmed Mansour und der Aktivist Nasser bin Ghaith gewesen seien sollen. Ihr aktueller Aufenthaltsort ist unbekannt.

Interessanterweise haben sich in sozialen Netzwerken einige Gruppen gebildet, die die aktuelle Regierung verteidigen und die Systemkritiker hart attackieren – ein Indikator für die systemimmanent weitgehend existierende Loyalität mit der Regierung. *Facebook*-Gruppen wie *No place for a revolution in the UAE* und *Fight against the Revolts on UAE* äußern sich ablehnend gegenüber den ausländischen Gastarbeitern, verteidigen den Regierungsstil und proklamieren die Bewahrung des Status quo.

V. Bisherige Reaktionen staatlicher Akteure

Grundlegende Reformen sind ebenso wenig geplant wie freie Wahlen oder politische Mitbestimmung. Stattdessen versucht es die Regierung mit altbewährten Mitteln: Geld. Die Beschwichtigungspolitik scheint, wie die letzten 40 Jahre zuvor auch, zu funktionieren²⁸. Die Lebensmittelpreise werden bis Ende des Jahres stabil gehalten und die Infrastruktur ausgebaut. Vor allem in den ärmeren Norden

soll investiert werden. Die Neuwahlen für den Bundesnationalrat und die Erhöhung der Anzahl der Wahlberechtigten sollen möglichen Protesten zuvorkommen.

Auf internationaler Ebene beteiligten sich die VAE innerhalb des Golf-Kooperationsrates am Libyen-Einsatz sowie am umstrittenen Einsatz zur Niederschlagung der Demonstrationen in Bahrain. Da vor allem Saudi-Arabien einen Spill-Over-Effekt der Proteste von Bahrain in sein Staatsgebiet befürchtete, entschied sich der Golf-Kooperationsrat zur Intervention: Ließ er am 10. März noch verlauten, Bahrain und Oman mit 10 Mrd. USD zu unterstützen²⁹, entsandte er einige Tage später eine 2.000 Mann starke Truppe³⁰, um die Proteste niederzuschlagen. Anfang März einigten sich die Mitglieder des Rates, Bahrain und Oman 20 Mrd. USD für die nächsten zehn Jahre zur Verfügung zu stellen. Damit sollen die beiden Staaten Wohnprojekte finanzieren und neue Arbeitsplätze schaffen.

VI. Zukunftsszenarien

Best Case Scenario:

In diesem Fall werden sich breite Teile der Gesellschaft nicht mehr allein mit staatlichen Zuwendungen zufrieden geben und die Regierung unter Druck setzen, Reformen einzuleiten. Die Arbeitsimmigranten werden den Protest ihrerseits dazu nutzen, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu fordern. Manifestieren könnten sie ihre Forderung mit Arbeitsverweigerung. Da die Arbeitsimmigranten aber Projekte wie den *Burj Khalifa*, die *Mall of the Emirates* und Indoor-Skipisten erst möglich machen, wird die Wirtschaft darunter leiden. Der Ruf der VAE als „sicherer Hafen“ wird unter diesen Entwicklungen Schaden nehmen und ausländische Investoren könnten sich abwenden. Die Regierung wird dieses Szenario nicht zulassen. Immerhin ist das gute Image durch die prosperierende Wirtschaft das höchste Gut, was sicher nicht aufs Spiel gesetzt werden wird. Die Frage ist nur, wie die Regierung den Protes-

²⁶ Rund 1,6 Mrd. USD werden für den Ausbau des Wasser- und Stromnetzes in den nördlichen Emiraten zur Verfügung gestellt: <http://www.gulfnews.com/news/gulf/uae/government/dh5-7b-to-boost-water-electricity-supply-in-northern-emirates-1.770375>, abgerufen am 11.08.2011.

²⁷ Die Preise für v.a. Grundnahrungsmittel fielen im Schnitt um 20-30%. 2010 waren die Lebensmittelpreise im Schnitt um 4,8% höher, 2009 waren es noch 0,8%. Für weitere Informationen: <http://www.gulfnews.com/business/general/uae-suppliers-agree-to-cut-food-prices-1.749803>; abgerufen 02.09.2011.

²⁸ Wie die *New York Times* berichtet, bereitet sich der Kronprinz von Abu Dhabi, Scheich Muhammad ibn Zayid al-Nahyan, aber sicherheitshalber schon auf den Ernstfall vor: Die US-Firma *Blackwater Worldwide*, eine private Militär- und Sicherheitsfirma, stellt ihm gerade eine Söldnertruppe von 800 Mann zusammen. Offiziell, um Pipelines zu schützen und Terrorgefahren abzuwehren, inoffiziell aber wird die Truppe offenbar auch für Niederschlagungen von Protestbewegungen trainiert.

²⁹ Dieses Geld soll über zehn Jahre ausgezahlt werden, um v.a. Wohnungen und Infrastruktur auszubauen.

ten entgegentreten wird.

Worst Case Scenario:

Seit Jahren sind die VAE damit beschäftigt, ihre Wirtschaft zu diversifizieren. Die Regierung weiß, dass der Staat sich nicht ewig vom Öl finanzieren kann. Um den Wohlstand aber beibehalten zu können, wird kräftig in Bauprojekte, in die expandierende und verarbeitende Wirtschaft und in den Handels- und Dienstleistungssektor investiert. Um weiterhin als attraktiver Standort zu gelten, muss die politische Stabilität unbedingt gewahrt werden. Wenn der Wohlstand bleibt, wird auch die Regierung weiter bestehen. Solange die umfangreichen Wohlfahrtsprogramme nicht ausbleiben, werden auch die Emiratis keinen Grund haben, um auf die Straße zu gehen. Falls es wider erwartend doch zu einer Protestbewegung käme, bliebe die Frage, wie die Regierung dieser entgegentreten würde. Ihren eigenen Staatsbürgern würde sie möglicherweise Reformen und politische Mitsprache gewähren – das wäre natürlich positiv; die Aufstände der Arbeitsimmigranten aber könnte sie vermutlich blutig niederschlagen lassen.

Trendszenario:

Wahrscheinlicher bleibt eine zumindest mittelfristige Aufrechterhaltung des Status quo. Der soziale Druck ist nach wie vor zu gering, die Wohlstandsgenerierung wird auch zukünftig anhalten. Hierbei könnten sich die kurz- oder mittelfristig wegfallenden Märkte in Revolutionenländern wirtschaftlich sogar positiv für die emiratische Wirtschaft auswirken, da der Standort nun an zusätzlicher Attraktivität gewinnt. Die Regierung wird jeden Protest im Keim ersticken, zum einen, um selbst an der

Macht zu bleiben und zum anderen, um der Wirtschaft nicht nachhaltig zu schaden. Dafür werden sie, wenn die Rufe nach Veränderung wieder einmal zu laut werden sollten, die Bevölkerung mit großzügigen Wohlfahrtsprogrammen bedienen oder aber Scheinwahlen zulassen. Große Unruhen oder flächendeckende Proteste werden wahrscheinlich ausbleiben, weil vor allem den emiratischen Staatsbürgern bislang der soziale Druck und damit die Notwendigkeit für Reformen fehlen. Auch wenn die wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb der Emirate signifikant sind, profitiert der ärmere Norden vom „solidarischen Einkommensausgleich“, sodass sich auch hier der soziale Unmut in Grenzen halten dürfte.

Die soziale und politische Ungleichbehandlung der asiatischen Arbeitsmigranten könnte sich in Zukunft zwar zu einer möglichen Protestquelle entwickeln, allerdings besteht hier ein starker Konsens zwischen Regierung und der emiratischen Bevölkerung: So werden ausländische Gastarbeiter im Billiglohnssektor geduldet, aber keineswegs als integraler Bestandteil der Gesellschaft wahrgenommen oder akzeptiert. Ähnlich wie in Saudi-Arabien existieren auch in den Emiraten eine latente Xenophobie und eine diffuse Angst vor Überfremdung, die ein härteres Vorgehen der Regierung gegen Streiks oder politische Forderungen durch die Gastarbeiter unterstützen würden. Da in den VAE ein generelles Streikverbot besteht, wird die Angst der Arbeitsimmigranten, in ihr Heimatland abgeschoben zu werden, überwiegen und letztendlich dazu führen, dass bis auf Weiteres alles so bleibt, wie es ist.

Denise Penquitt

VII. Literaturangaben

BBC: Gulf states send forces to Bahrain following protests, *BBC*,
<http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-12729786>, abgerufen am 14.09.2011

BÖLL, MARTIN: Gerade jetzt!, *Zenith online*,
<http://www.zenithonline.de/deutsch/wirtschaft/artikel/gerade-jetzt-001812/>,
abgerufen am 14.09.2011

DAVIDSON, CHRISTOPHER: Dubai. The vulnerability of success, London 2008.

DERS.: Dubai's Diversification: From Boom to Bust, in: *Orient I*/2011, S. 51-54.

DEMMEHUBER, THOMAS: Political Reform in the Gulf Monarchies. Making Family Dynasties Ready for the 21st Century, in: *Orient I*/2011, S. 6-10.

GULF TIMES

HEARD-BEY, FRAUKE: Hard Choices: The United Arab Emirates' Development from Obscurity to Prominence, in: *Orient I*/2011, S. 43-50.

DIES.: From Tribe to State. The Transformation of Political Structure in five States of the GCC, *CRiSSMA Working Paper*, Nr. 15, Mailand 2008.

DIES.: From Trucial States to United Arab Emirates, Dubai 2004.

KHALEEJ TIMES

LINZ, JUAN: Totalitarian and authoritarian regimes, Boulder, Colorado 2000.

MEED

RUGH, ANDREA B.: The Political Culture of Leadership in the United Arab Emirates, New York 2007.

SHAHEEN, KAREEM: Dh5.7bn for water and electricity in Northern Emirates, *The National*, <http://www.thenational.ae/news/uae-news/dh5-7bn-for-water-and-electricity-in-northern-emirates>, abgerufen am 14.09.2011.

SIMON, HOLGER: Die Migration indischer Gastarbeiter in die Vereinigten Arabischen Emirate, Hamburg 2009.

UAE MINISTRY OF INFORMATION AND CULTURE: UAE yearbook 2006, London 2006.

ZAWYA

Landesdaten Katar

Fläche ¹	2011	11.586 km ²
Bevölkerung ²	2010	1.500.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	130,14
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber 40%, Inder 18%, Pakistaner 18%, Iraner 10%, andere 14%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime 77,5%, Christen 8,5%, andere 14%
Durchschnittsalter ⁶	2010	30,8 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	14%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	1%
Lebenserwartung ⁹	2010	75,7 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	2.300.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	2,4
Alphabetisierungsrate	2010	89%
Nutzer Mobiltelefone ¹²	2009	2.472.000
Nutzer Internet ¹³	2009	563.800
Nutzer Facebook ¹⁴	2011	245.580
Wachstum BIP ¹⁵	2009	8,6%
BIP pro Kopf ¹⁶	2009	77.178 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁷	2010	0,5%
Inflation ¹⁸	2011	4,2%
S&P-Rating ¹⁹	2011	AA
Human Development Index ²⁰	2010	Rang 38 (von 169)
Bildungsniveau ²¹	2010	Rang 104 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²²	2010	62,1%
Politische Teilhabe ²³	2010	22,7%
Korruptionsindex ²⁴	2010	Rang 19 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ <http://www.tradingeconomics.com/qatar/population-density-people-per-sq-km-wb-data.html>.

⁴ CIA – The World Factbook

⁵ CIA – The World Factbook

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.dr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁶ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁷ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁸ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁹ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²³ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁴ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Katar

Im Frühjahr 2011 kam es in fast allen arabischen Ländern zu Protesten und Massendemonstrationen vor dem Hintergrund sozialer, wirtschaftlicher und politischer Missstände. Katar bildet in diesem Zusammenhang eine Ausnahme. Seinen Sonderweg erklären die Instrumente, auf die sich der Staat Katar stützen kann: Geld, Medien und politische Flexibilität. Durch die enormen Ressourcen von Öl und Gas kombiniert mit der zahlenmäßig kleinen einheimischen Bevölkerung verfügt Katar über Freiräume in der Formulierung seiner innenpolitischen und außenpolitischen Ziele. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei der derzeitige Emir von Katar Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani, der sein Land innenpolitisch mit behutsamen Reformen lenkt und außenpolitisch zunehmend auf der internationalen Bühne positioniert. So konnte Katar bislang seine Position während des „Arabischen Frühlings“ konsolidieren und sogar ausbauen. Es scheint, als habe Katar als einziges Herrscherhaus tatsächlich von den Aufständen profitiert, indem Legitimation, Einfluss und Machtbereich, teils durch eigenständige außenpolitische Initiativen, noch ausgeweitet werden konnte.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Vor weniger als hundert Jahren war das internationale Interesse an Katar noch sehr gering. Dies lag nicht alleine daran, dass nennenswerte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Ressourcen fehlten, sondern auch weil dem kleinen Land politisch wie strategisch keine besondere Bedeutung zugemessen wurde. Dies änderte sich jedoch nach der Entdeckung der enormen Öl- und Gasressourcen: In wenigen Jahrzehnten haben sie Katar zu einem der reichsten Länder der Region gemacht. Katars nachgewiesene Reserven an Erdgas betragen etwa 15% des gesamten Weltvorkommens und sind damit die drittgrößten der Welt. So generiert Katar ein Bruttoinlandsprodukt von 194,3 Mrd. USD (Prognose 2011). Das reale BIP ist im Jahr 2010 um 16% gewachsen und nach Schätzungen des IWF wird es im Jahr 2011 um 20% steigen. So gilt Katar heute als eine der schnellst wachsenden Wirtschaften welt-

weit. Mit der Zusage zur Austragung der FIFA Fußballweltmeisterschaft 2022 erringt Katar weitere weltweite Aufmerksamkeit. Die zunehmende Bedeutung Katars ist allerdings nicht alleine auf sein enormes Wirtschaftspotential beschränkt. Die hohen Einnahmen aus der Ölwirtschaft führen zu immensen Einnahmen des Staates und wirken sich direkt auf die politische Entwicklung aus, indem sie die politische Macht des Herrschers erhöhen. Zusätzlich führte der Einfluss des Öls zu sozialen Veränderungen, die wiederum die politischen Entwicklungen beeinflussen könnten.

Katar ist eine traditionelle Monarchie. Seit 1995 ist der Emir Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani nach einem unblutigen Putsch gegen seinen Vater das Staatsoberhaupt und der Regierungschef.¹ Er repräsentiert das Land nach innen und außen. Zuerst sah sich der Emir mit der ablehnenden Haltung der benachbarten Golfstaaten konfrontiert, die seinen Vater unterstützt hatten. Der katarische Herrscher unternahm früh außenpolitische Alleingänge, begann mit vorsichtigen Reformen und positionierte dadurch sein Land zusehends auf der internationalen Bühne. Trotz erster Reformen ist der Emir weiterhin das Zentrum der Macht des Staates Katar. Er regiert mit Hilfe einer beratenden Versammlung (arabisch: *Majlis al-Shura*), dessen Mitglieder von ihm ernannt und entlassen werden. Jedes Gesetz bedarf seiner Zustimmung. Daneben ist er auch Verteidigungsminister und Oberkommandierender der Streitkräfte. Seit seinem Amtsantritt bemüht sich der Emir mit behutsamen Schritten um eine stärkere politische Beteiligung der Bürger. So schaffte er gleich nach seiner Machtübernahme 1995 die mediale Zensur ab und finanzierte im Folgejahr die Gründung des Nachrichtensenders *al-Jazeera*. Im Jahr 1998 fanden erstmals Wahlen zur Industrie- und Handelskammer statt. Es folgten die ersten politischen Wahlen überhaupt in Katar im Jahr 1999. Dabei handelte es sich um Kommunalwahlen, auf die mit Stolz verwiesen wird und bei denen auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht besaßen. Im Jahr 2003 wurde die Verfassung, die vom Emir initiiert wurde, in einem Referendum mit 97% der Stimmen angenommen und ist 2005 in Kraft gesetzt worden. Die Verfassung Katars ähnelt sehr der kuwaitischen und sieht eine beratende Versammlung (Parlament) vor, die zu zwei Dritteln gewählt und zu einem Drittel vom Emir ernannt werden

¹ *De facto* übernahm Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani, der seit 1977 Thronfolger war, die Regierungsgeschäfte des Landes, da sich sein Vater der Emir Scheich Khalifa bin Hamad Al Thani (reg. 1972-1995) überwiegend im Ausland aufhielt

soll. Die aktuellen 35 Mitglieder der beratenden Versammlung werden zur Zeit noch alle vom Emir ernannt, da die ersten Wahlen mehrfach verschoben wurden, zuletzt auf das Jahr 2013. Interessanterweise sind diese Reformen keine Reaktion auf einen bedeutenden internen Druck oder einem konkreten Ruf nach Veränderung. Der Emir initiierte vielmehr einen Modernisierungsprozess vorsichtiger Reformen von oben nach unten.

Die Bevölkerung Katars beläuft sich auf rund 1,5 Millionen, wobei weniger als 20% katarische Staatsbürger sind. Den in Katar lebenden Ausländern, überwiegend Asiaten und Araber, ist jede politische und gewerkschaftliche Aktivität verboten. Sie stehen unter finanzieller und juristischer Bürgschaft ihres Arbeitgebers und sind zudem nur im Rahmen von zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen im Land. Es existieren weder offizielle Parteien noch inoffizielle weitere politisch tätige Organisationen in Katar.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Im Frühjahr 2011 kam es in fast allen arabischen Ländern zu Protesten und Massendemonstrationen vor dem Hintergrund von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Missständen. Katar bildet in diesem Zusammenhang eine Ausnahme. Obwohl auch ein starker Wille nach Wandel in Katar vorhanden ist, bewegt sich dieser doch in eine andere Richtung. Die hohen Deviseneinnahmen aus dem Erdöllexport in Katar haben zu einem alle Bereiche des Lebens umfassenden grundlegenden Wandel geführt. Dabei hat sich eine enorme Entwicklung vollzogen, für die so gut wie keine historischen Vorbilder existierten. Der Landesaufbau begann quasi am Nullpunkt. Die ersten Ölvorkommen wurden 1939 im Dukhan Field entdeckt. Die Produktion des Öls ab 1949 führte zunächst zu einem technischen und infrastrukturellen Ausbau des Landes. Mit der Unabhängigkeit und den Deviseneinnahmen wurde das Land zu einem der reichsten Länder der Region. Mit dem Bewusstsein über die kurze Ausbeutungszeit dieser Ressource wurde zügig ein Plan zur Diversifizierung der Wirtschaft des Landes erstellt. Mit Hilfe enormer finanzieller Mittel und der Möglichkeit billiger Energie versucht der Staat, ein landesweites Aufbauprogramm mit einem Schwerpunkt auf die Industrie zu realisieren. So ist binnen weniger

Jahrzehnte aus dem ressourcenarmen Land eine wohlhabende Monarchie herangereift, die sich zunehmend um eine Liberalisierung des Landes bemüht. Politische und ökonomische Reformen laufen dabei Hand in Hand. Bildung spielt in diesem Prozess eine zentrale Rolle, um eine solide Grundlage für soziale Reformen und den weiteren Landesausbau zu schaffen. Bildung ist für die einheimische Bevölkerung kostenfrei. Berufliche Ausbildung ebenso wie das Hochschulsystem haben sich eindrucksvoll entwickelt. Im Jahre 1973 wurde die Universität von Katar gegründet. Im Jahre 1995 folgte die *Qatar Foundation* von Emir Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani, die Bildung, Wissenschaft und Forschung fördert. Zu den Bildungsprojekten zählt die *Education City*, die 2003 eröffnet wurde. Sie fungiert als Lehr- und Forschungszentrum, in dem sechs amerikanische und zwei europäische Universitäten Abteilungen eröffnet haben. Weiterhin werden Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen gefördert, wie beispielsweise der *Qatar Science and Technology Park (QSTP)*, zu deren Mitgliedern zahlreiche internationale Unternehmen zählen.

Der kleine Wüstenstaat Katar gelangte in kurzer Zeit wegen seines enormen Reichtums zu einem neuen Entwicklungsstand und befindet sich nach wie vor in einer Zeit des Wandels. Dabei ist die Regierung darauf bedacht, die einheimische Bevölkerung am Reichtum teilhaben zu lassen. Der allgemeine Lebensstandard ist sehr hoch. Der Staat finanziert sich nicht durch Steuern der Bürger, sondern es sind die Bürger, die vom Staat umfassende Wohlfahrtsleistungen erhalten. Gesellschaftlich betrachtet droht Katar dadurch nicht die Gefahr der Instabilität, da der soziale Druck seitens der katarischen Bevölkerung verschwindend gering bleiben wird: Immerhin beträgt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf über 77.000 USD pro Jahr (2010). Ein Risikofaktor für die Stabilität bleibt jedoch die demographische Entwicklung. Vergleichbar mit anderen Golfstaaten ist die einheimische Bevölkerung Katars eine Minderheit im eigenen Land: So kommen im Verhältnis auf einen katarischen Staatsbürger drei Ausländer. Eine Ausländerproblematik scheint unvermeidlich und eine gewisse Diskriminierung findet statt. Eine rechtliche Gleichstellung brächte wahrscheinlich eine Verdrängung der Einheimischen aus ihren jetzigen Positionen. Hierbei spielt das Bewusstsein eine Rolle, trotz ihres Status als Minderheit im eigenen Land einer

privilegierten Gruppe anzugehören. Viele Aspekte der Benachteiligung der Gastarbeiter werden bei einem vorübergehenden Aufenthalt ohnehin als irrelevant gesehen. Weiterhin bemüht sich die Regierung, eine „Katarisierung“ des Arbeitsmarktes durchzusetzen. Der Plan sieht vor, dass qualifizierte einheimische Arbeitskräfte den Gastarbeitern Konkurrenz machen sollen. Besonders in den Wirtschaftssektoren sollen sie diese ersetzen. Ob diese als wesentliche Veränderung in der Arbeitswelt greift, ist bislang fraglich. Sicher ist hingegen, dass Katar gerade bei Tätigkeiten für unqualifizierte Arbeitskräfte auch zukünftig auf Ausländer angewiesen bleiben dürfte.

Wie viele andere Länder in der Region weist Katar eine kleine schiitische Minderheit meist persischer Abstammung auf. Diese wird bislang jedoch nicht als offensichtliche Stabilitätsgefährdung für das Land angesehen, da sie ihre Religion frei praktizieren können. Auch hat sich die schiitische Minderheit, die seit mehreren Generationen in Katar ansässig ist, sich während des Iran-Irak-Krieges (1980-1988) loyal zum Staat Katar verhalten.

Durch die enormen Ressourcen kombiniert mit der zahlenmäßig kleinen einheimischen Bevölkerung verfügt Katar zusätzlich über enorme Freiräume in der Formulierung von innenpolitischen wie außenpolitischen Zielen. So verfolgt Katar eine unabhängige und selbstbewusste Außenpolitik, die darauf beruht, die innere Stabilität zu sichern und die äußere Souveränität zu gewährleisten. Die geographische Lage Katars zwischen den beiden Regionalmächten Iran und Saudi-Arabien stellt sicherheitspolitisch eine der großen Herausforderungen für das Land dar. So bestehen mit Saudi-Arabien Konflikte um den genauen Grenzverlauf. Hinsichtlich seiner Beziehungen mit Iran stellt Katar einen Sonderfall unter den Staaten des Golfkooperationsrates (GKR) dar. So bemüht sich die Regierung darum, gute Beziehungen zu seinem Nachbarn Iran zu unterhalten, was sich unter anderem in gegenseitigen Besuchen der Staatsechefs beider Länder zeigt. Grund dafür ist nicht zuletzt das weltweit größte unassoziierte Erdgasfeld *North Field*, das sich Katar mit Iran teilt. In diesem Zusammenhang ist auch der Luftwaffenstützpunkt al-Udeid der US Air Force als Absicherung gegen Katars starke Nachbarn zu interpretieren. Zusätzlich sichert sich Katar äußere Souveränität durch die Allianz mit

mächtigen internationalen Partnern. Neben der steigenden Produktion und dem Export von Öl ist Katar der größte Exporteur von Flüssiggas weltweit und besitzt damit langfristige Vereinbarungen mit führenden Industrieländern und Schwellenländern, unter anderem den USA, dem Vereinigten Königreich, Südkorea, Japan und China. Die wirtschaftlichen Verträge sichern gegenseitige gute Beziehungen. Das dadurch geschaffene Netz von Abhängigkeiten gibt leistungsstarken internationalen Partnern eine direkte Beteiligung an einem stabilen Katar. Die Organisation großer internationaler Sportveranstaltungen bringt Katar zusätzlich auf die internationale Bühne und schafft Anreize für internationales Wirtschaftsengagement. Die Zusage zur Ausrichtung der FIFA Fußballweltmeisterschaft 2022 übertrifft alle bisherigen Erfolge und stellt Katar in das Rampenlicht der Welt.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Historisch gewann Katar erstmals mit den zunehmenden Machtkämpfen zwischen den europäischen Kolonialmächten um die Handelswege nach Indien und in den Fernen Osten an Bedeutung. Aber erst die Zuwanderung des Stammes Al Thani um 1750 aus dem Inneren der arabischen Halbinsel nach Katar legte den Grundstein für eine neue qualitative Entwicklung des Gebietes. Das Schicksal der Al Thani ist sehr eng mit der Gründung und Konsolidierung des Staates verknüpft. Der Aufstieg des Herrscherhauses führte 1971 zur Verkündung der Unabhängigkeit. Die vornehmlich tribal organisierte, herrschende Familie Thani ist der Gesellschaft „organisch“ verbunden und hat daher kaum Legitimitätsprobleme.

Die Stellung des jetzigen Emirs Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani gilt als gefestigt. Er agiert innenpolitisch zurückhaltend und ist darum bemüht, eine gewisse Kontinuität zu bewahren und versucht, das Vertrauen von Bevölkerung und wichtigen ausländischen Partnern zu gewinnen und zu erhalten. So hat er konkrete Schritte für eine wachsende Beteiligung der Bürger unternommen. Der Emir setzte einen Ausschuss zur Ausarbeitung einer Verfassung ein, die 2005 in Kraft trat. Er hob die interne Pressezensur auf, wobei sich die katarischen Medien allerdings einer Selbstzensur unterwarfen, die Kritik an Emir

und Herrscherhaus ausschließt. Mit der Gründung des Nachrichtensenders *al-Jazeera* im Jahr 1996 revolutionierte Katar die arabische Medienwelt. Der aus Doha betriebene Satellitensender ist bei dem Publikum der arabischen Welt populär und gilt für die Region als ausgesprochen liberal. Es werden auch kritische Meinungen zugelassen, meist außerkatarische Themen. Welche Bedeutung *al-Jazeera* bei der Mobilisierung der Menschen in den protestierenden arabischen Ländern zukommt, lässt sich nicht im Einzelnen aufzeigen. Jedoch spielt der Sender eine wesentliche Rolle bei der medialen Darstellung über die jeweiligen Konflikte.

Durch die Inthronisierung des Emirs Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani hat sich Katar auch als außenpolitischer, eigenständiger Akteur positioniert. Neben einer regional ausgerichteten Medienpolitik setzt Katar zunehmend auf die Instrumente Diplomatie und Konfliktlösung und geriert sich in mehreren regionalen Konfliktfeldern als ausgleichender Mediator. Darunter fallen unter anderem die Neuausrichtung der Beziehungen zu Israel seit 1996, eine aktive Rolle als Verhandlungsakteur im Jemen seit 2007 sowie Katars Engagement bei der Lösung des Darfur-Konflikts. Somit versucht Katar kontinuierlich, sich gute Reputationen für Konfliktvermittlung zu erarbeiten.

IV. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Wie oben beschrieben erlebt der Staat Katar keinen „Arabischen Frühling“ im eigenen Land. Dennoch agiert und reagiert die Führung Katars – alleine und als Mitgliedsstaat des GKR – seit Jahresbeginn 2011 im Kontext der Ereignisse des „Arabischen Frühlings“.

In Bezug auf die oppositionellen Bewegungen in Libyen unterstützte der Golfkooperationsrat (GKR) ausdrücklich die Einführung einer Flugverbotszone durch die Vereinten Nationen Anfang März 2011. Dabei beteiligt sich Katar zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten durch die Bereitstellung von katarischen Flugzeugen aktiv an der Durchsetzung der VN-Sicherheitsresolution. Weiterhin gehörte Katar zu einem der ersten Länder, die den Nationalen Übergangsrat (NÜR) in Benghazi anerkannt haben und angeboten haben, Öl im Namen des NÜR zu vermarkten. Die aktive Beteiligung des GKR an den Auf-

ständen in Libyen wird auf die gegen die Monarchie gerichtete Politik des ehemaligen libyschen Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi zurückgeführt.

Im Jemen versucht der GKR bisher mit mäßigem Erfolg zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Im Mai 2011 wurde die mögliche Aufnahme von Jordanien und Marokko in den GKR in Aussicht gestellt, womit zwei ressourcenarme Nicht-Golfstaaten in den GKR aufgenommen werden würden. Beide arabische Monarchien könnten zusammen mit dem GKR als ein exklusiver Kreis konservativ-autoritärer Monarchien an Einfluss gewinnen und sich gegen die veränderte regionalpolitische Kräftekonstellation stellen.

Die Zielsetzung der Wahrung eines autoritären monarchischen Herrschaftsmodells zeigt sich auch in der aktiven Intervention des GKR in Bahrain. Im März 2011 rückten Truppen aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten in Bahrain ein. Die GKR-Truppen unterstützten das herrschende Königshaus Al Khalifa bei den Auseinandersetzungen mit einer von Schiiten dominierten Opposition. Gründe für die Intervention des GKR in Bahrain sind Ängste vor einer möglichen Ausweitung von Partizipationsrechten für die schiitische Mehrheit. Daneben werden die Proteste in Bahrain, im Vergleich mit Aufständen in anderen arabischen Ländern, als unangenehm nah empfunden. Entsprechend galt es, einen möglichen anti-monarchischen Dominoeffekt zu verhindern. Regionalpolitisch betrachtet gelang dem GKR eine Aufwertung durch verbleibende Monarchien im neu ausgerichteten Machtgefüge.

V. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Obwohl der katarische Herrscher sich innenpolitisch um behutsame Reformen bemüht und im Allgemeinen die Gunst der einheimischen Bevölkerung genießt, versucht er kurz- oder mittelfristigen Folgen des „Arabischen Frühlings“ vorzubeugen: Eine Auswirkung des „Arabischen Frühlings“ ist der seit Ende 2010 erneute sicherheitspolitische Fokus des Golfkooperationsrates (GKR). Davon zeugen unter anderem die aktive Unterstützung der NATO-Operation in Libyen und der Einmarsch von Truppen des GKR in Bahrain. So wird versucht, die regionalpolitische Stellung in veränderter regionalpolitischer Kräftekonstel-

lation präventiv zu stärken. Der monarchische Status quo soll hierbei zwischen den neuen Kräften – den arabischen Republiken (Ägypten, Irak) und Iran und Israel – bestärkt werden. Innenpolitisch sollen deutliche Signale bezüglich der relativen Stabilität der Monarchien gesetzt werden.

Auf der internationalen Bühne präsentiert sich Katar als verantwortungsbewusster internationaler Akteur und verstärkt damit weiter seinen Ruf der Diplomatie und Mediation. So liefert Katar beispielsweise der Oppositionsbewegungen in Libyen materielle Unterstützung und nimmt aktiv an dem NATO-Einsatz in Libyen teil. Ebenso versucht der Emir von Katar die Anstrengungen des GKR für eine politische Lösung des zunehmend eskalierenden internen Konfliktes in Jemen zu leiten. Katar hat sowohl in Libyen als auch im Jemen große Handlungsfreiheit, da die Positionierung gegen Muammar al-Gaddafi und Ali Abdullah Saleh keine unangenehmen Fragen der Herrschaft nach sich zieht. Die Intervention mit internationalen Akteuren gegen al-Gaddafi stellt Katar zudem als offenen und verlässlichen arabischen Partner dar.

Anders verhält es sich im Falle der Intervention in Bahrain. Die GKR-Intervention unterstreicht, wie Konzepte der Intervention in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Bedeutungen annehmen können. Katar rechtfertigte den Schritt der Intervention in Bahrain durch bestehende Abkommen. Die Entscheidung des GKR, die Königsfamilie Bahrains effektiv vor ihrer eigenen Bevölkerung zu schützen, verstärkt das Argument, dass die GKR ein Klub von autoritären Herrschern sei, der sich für familiäre Solidarität und gegenseitige Unterstützung zusammengeschlossen habe. Zunächst tritt Katar gestärkt als Mediator und verlässlicher Partner in Vermittlungsversuchen aus dem „Arabischen Frühling“ hervor. Jedoch befindet sich Katar in zwiespältiger Position: zwischen der Unterstützungserklärung der Opposition Libyens und der gleichzeitigen militärischen Intervention in Bahrain gegen schiitische Regimekritiker.

VI. Zukunftsszenarien

Die wachsende Präsenz von Katar in der arabischen Welt und auf der internationalen Bühne ist nicht zu leugnen. Dabei stützt sich Katar auf die Säulen Geld, Medien und politische Flexibilität. Deshalb kann Katar nicht als

ein wichtiger internationaler Wirtschaftsakteur negiert oder unterschätzt werden. Ebenso wichtig ist auch seine weltweit führende Rolle im Energiesektor, insbesondere in Bezug auf Erdgas, welches von wachsender Bedeutung für die industrielle Entwicklung ist. Mit Einsatz der Medien, *al-Jazeera* spielt hier eine Schlüsselrolle, besitzt Katar die Möglichkeit, die internen Angelegenheiten in anderen Ländern zu beeinflussen, indem es z.B. den Fokus auf Kampagnen gegen bestimmte Regimes richtet. Am eindrucksvollsten erscheint jedoch Katars politische Flexibilität. Katar hat sich trotz geringer Bevölkerungszahl durch eine Reihe von komplexen internationalen politischen Beziehungen ein Netzwerk von Verbündeten erarbeitet, um seine strategischen Ziele zu erreichen.

Bislang konnte Katar seine Position während des „Arabischen Frühlings“ konsolidieren und sogar ausbauen. Es scheint, als habe Katar als einziges Herrscherhaus tatsächlich von den Aufständen profitiert, indem Legitimation, Einfluss und Machtbereich noch ausgeweitet werden konnten. So versucht Katar, sich durch eigene außenpolitische Initiativen von der regionalpolitischen Hegemonie Saudi-Arabiens zu lösen. Denn: Trotz der traditionellen Beziehungen zwischen den Herrscherfamilien des GKR sind auch die gegenseitigen Verbindungen Schwankungen unterworfen.

Katars finanzielle und politische Fortschritte sowie sein Einfluss in den internationalen Medien suggerieren, dass das Land alle Probleme hinter sich gelassen habe. Betrachtet man Katars prekäre strategische Situation sorgfältig, wird deutlich, dass eine der größten Gefahren in den Auseinandersetzungen zwischen den Golfstaaten liegen könnte. Insbesondere wäre Katar bei einem regionalen Konflikt zwischen den beiden nach Hegemonie strebenden Golfmächten Saudi-Arabien und Iran direkt involviert und würde die negativen militärischen, politischen und ökonomischen Konsequenzen negativ zu spüren bekommen. Momentan gelingt es Katar, sich zu beiden Ländern ein neutrales, relativ vertrauenswürdiges Verhältnis zu bewahren, ohne von einem der Akteure dafür kritisiert oder instrumentalisiert zu werden. Ein wichtiger Faktor für Katars Einfluss und Stabilität ist die US-amerikanische Militärpräsenz im Land. Sie stellt eine wesentliche Sicherheitsgarantie gegen seine Nachbarn dar und stärkt Katar

zusätzlich, eine unabhängige politische Position einzunehmen. Es bleibt jedoch offen, wie weit Katars politische Flexibilität reicht, wenn sich die Situation zwischen Iran und Saudi-Arabien zuspitzen sollte und damit auch die USA als Verbündeter Saudi-Arabiens in den Konflikt involviert würde. Auch sind der Konfliktmediation Katars, die es auf Grund von vielfältigen, guten Kommunikationswegen besitzt, Grenzen gesetzt. So mangelt es Katar an einem geschulten Beamtenapparat und ausreichenden Sicherheitskräften zur Analyse und Umsetzung von nachhaltigen und erfolgreichen Verhandlungen. Es darf nicht übersehen werden, wie beschränkt letztlich die institutionellen Möglichkeiten des kleinen Staates Katars sind. Ähnlich verhält es sich mit der demographischen Situation und der bleibenden Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften. Denn trotz des Versuchs einer „Katarisierung“ in den letzten Jahren ist es dem Staat nicht so leicht möglich, all jene Talente und Begabungen hervorzubringen, die eine arbeitsteilige Industriegesellschaft benötigt. Somit sind ausländische Arbeitskräfte nicht nur vorübergehend zum Aufbau der Wirtschaft erforderlich. In einem kleinen Land wie Katar werden auch weiterhin gerade Träger von Know-how und Beziehungen unentbehrlich sein, welche das Land in dem Maße nicht selbst aufbringen kann. Interessant bleibt dabei, ob sich die Behandlung der Arbeitnehmer, die vielfach unter der Armuts-grenze leben, mit der zunehmenden Aufmerksamkeit der Ausrichtung der Fußball-weltmeisterschaft 2022 verbessern wird. Es bleibt zunächst unklar, in welchem Lager sich der kleine Staat Katar in Zukunft verorten

wird. Im Vergleich zu den benachbarten Golf-staaten lässt sich Katar am Ende des autori-tären Spektrums verorten. Obwohl es sich als reformfreudig gibt, vor allem auf Grund seiner Medienpolitik, erlaubt es seinen Bürgern – abgesehen von den Frauenrechten – derzeit nicht viel mehr formale Partizipation als Saudi-Arabien. Dies würde sich deutlich ändern, wenn die 2005 in Kraft getretene Verfassung auch umgesetzt würde.

Das der Verfassung entsprechende neue Par-lament hätte dann keine rein beratenden, son-der legislative und überwachende Funktionen. Auch die autoritäre Monarchie Katars muss in gewissem Maße an Demo-kratie ausgerichtet werden, obwohl das bis-her einzige offizielle demokratische Verfahren in Katar die Kommunalwahlen sind. Innenpo-litische Faktoren könnten die katarische Sta-bilität bedrohen. Allerdings kann man keine Anzeichen von Ressentiments gegen die Herrschaft des jetzigen Emirs Scheich Hamad sehen, da die einheimische Bevölkerung die Entwicklung ihres Landes nicht einfach dem Reichtum zuschreibt, sondern auch der klugen und reformorientierten Politik des Emirs, der mit seinem Willen nach Veränderung, Weisheit und Weitsichtigkeit das Land ent-schlossen lenke. Die Gefahr besteht dem-nach für die Zeit nach Emir Scheich Hamad. So könnte die Frage der Nachfolge eine Be-drohung für die Zukunft von Katar stellen, und dies in einer Zeit, in der das Land beginnt, sei-nen Reichtum zu genießen und stolz auf seine Erfolge zu sein.

Alina Mambrey

VII. Literaturangaben

AL KHAMIS, ABDULAZIZ: Magic and magician: Qatar and the danger of excessive success, *Middleeast Online*, 23. Mai 2011, <http://www.middle-east-online.com/ENGLISH/?id=46267>, abgerufen am 15.08.2011.

AL-HAMARNEH, ALA: Katar. In: Weiss, Walter (Hrsg): Die arabischen Staaten. Geschichte, Politik, Religion, Gesellschaft, Wirtschaft, Heidelberg 2007.

ASSEBURG, MURIEL: Der Arabische Frühling, Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik, *SWP-Studie*, Berlin, Juli 2011.

AUSWÄRTIGES AMT

COATES, KRISTIAN: Qatar and the Arab Spring, *OpenDemocracy*, 12. April 2011, <http://www.opendemocracy.net/kristian-coates-ulrichsen/qatar-and-arab-spring>, abgerufen am 23.08.2011.

- CRYSTEL, JILL: Oil and Politics in the Gulf. Rulers and Merchants in Kuwait and Qatar, Cambridge 1995, S. 112-170.
- NIETHAMMER, KATJA: Familienbetriebe mit Anpassungsschwierigkeiten, Perspektiven und Grenzen politischer Reform in den Golfmonarchien, *SWP-Studie*, Berlin, Juli 2008.
- PETERSON, J.E.: Qatar and the World: Branding for a Micro-State: in: *Middle East Journal*, Vol. 60 (2006) Issue 4, S. 732-748.
- RITTER, WIGAND: Qatar. Ein arabisches Erdölemirat. Nürnberg 1985.
- SCHOLZ, FRED, STERN, WERNER: Qatar-Wüstenstaat mit industrieller Zukunft? In: Scholz, Fred (Hrsg.): Die kleinen Golfstaaten, Stuttgart 1999.
- ZAHLAN, ROSEMARIE SAID: The Making of the Modern Gulf States: Kuwait, Bahrain, Qatar, the United Arab Emirates and Oman. London 1989.

Landesdaten Bahrain

Fläche ¹	2011	780 km ²
Bevölkerung ²	2011	1.336.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	1.062
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Bahrainer 62,4%, Nicht-Bahrainer 37,6%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime 81,2%, Christen 9%, andere 9,8 %
Durchschnittsalter ⁶	2010	30,9 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	20%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	2%
Lebenserwartung ⁹	2010	76,0 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2011	k. A.
Geburten pro Frau ¹¹	2009	2,2
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	86,5%
Mobiltelefone ¹³	2009	1.578.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	649.300
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	287.020
Wachstum BIP ¹⁶	2008	6,3%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	27.838 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁸	2010	15%
Inflation ¹⁹	2011	3,0%
S&P-Rating ²⁰	2011	BBB
Human Development Index Rang ²¹	2010	Rang 39 (von 169)
Bildungsniveau ²²	2010	Rang 54 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²³	2010	57,0%
Politische Teilhabe ²⁴	2010	25,1%
Korruptionsindex ²⁵	2010	Rang 48 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

³ <http://www.tradingeconomics.com/bahrain/population-density-people-per-sq-km-wb-data.html>

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles/>.

¹⁰ World Bank, Population Growth Rate, Middle East and North Africa, <http://www.worldbank.org/depweb/english/modules/social/pgr/datamide.html>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ CIA – The World Factbook.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁶ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>; International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁷ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁸ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁹ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

²⁰ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²³ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁴ The World Bank "Voice and Accountability", Worldwide Governance Indicators, http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁵ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Bahrain

In dem kleinen, gerade einmal 1,2 Mio. Einwohner zählenden Inselstaat Bahrain brachen die ersten Massenproteste am 14. Februar 2011 aus, wobei es sich hierbei nicht um unerwartete Ereignisse handelte. Vielmehr waren sie eine Folgeerscheinung der „Jasminrevolution“ in Tunesien und der sich zuspitzenden Lage in Ägypten. Da Bahrain bisweilen jedoch die einzige der sechs Golfmonarchien ist, in der das bestehende Herrschaftssystem ernsthaft in Bedrohung geriet, nimmt das kleine Königreich eine besondere Stellung im Kontext des „Arabischen Frühlings“ ein, galt doch die Macht der sechs sich im Golfkooperationsrat (GCC) vereinigenden Herrscherfamilien des Golfes bis dahin als sicher. Nicht zuletzt aufgrund der weit verbreiteten Annahme, dass die Golfmonarchien aufgrund ihres, wenn auch sehr unterschiedlichen, Ressourcenreichtums in der Lage seien, die Loyalität und Zufriedenheit ihrer Bürger durch großzügige Alimentierungen zu erkaufen, sorgten die Ereignisse in Bahrain bei vielen Außenstehenden für Überraschung.

Die Proteste in Bahrain können vielmehr nicht als Spontanerhebung, sondern als Ausdruck einer lange schwelenden Unzufriedenheit in bestimmten Teilen der Gesellschaft bewertet werden, so dass die Massenproteste in Nordafrika einzig die Initialzündung für jene am Golf darstellten. Da Bahrain in der wohl ressourcenreichsten Region der Erde liegt und zudem als Finanzzentrum eine wichtige wirtschaftliche Rolle einnimmt, taten sich die westlichen Staaten sehr viel schwerer, eine klare Stellung zu beziehen. Allen voran die Reaktionen der USA, die Bahrain als Flottenstützpunkt nutzen und in wirtschaftlicher Hinsicht wohl am meisten an einer friedlichen Lösung interessiert sind, werden von der Weltöffentlichkeit genauestens beobachtet und bewertet. Die westlichen Indu-

striationen insgesamt werden einen schmalen Grat zwischen der Förderung von Demokratie einerseits und seinen politischen, geostragischen sowie ökonomischen Interessen in dieser für die Weltwirtschaft so äußerst wichtigen Region andererseits zu beschreiten haben.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Bahrain bedeutet auf Arabisch „Zwei Meere“. Die Insel nahm historisch aufgrund ihrer Lage entlang der Seehandelsrouten des Golfes eine strategisch äußerst wichtige Position ein und befand sich im Interessenfokus der umliegenden Großmächte. Es waren auch nicht zuletzt die sich vor den Küsten befindlichen Perlenbänke, die das ökonomische Interesse der konkurrierenden Reiche an dem Archipel weckten. Bahrain wurde folglich zum Schauplatz vieler Kriege¹ und stand im Laufe der Geschichte unter unterschiedlichen Herrschaftseinflüssen.²

1797 zog die aus Kuwait stammende sunnitische Familie der Al Khalifa, die noch heute den König stellt, nach Bahrain und eroberte die gesamte Insel sowie die umliegenden Archipele innerhalb von 20 Jahren. Gleichzeitig stieg das Interesse der Briten an der Region. Im Zuge ihrer Suche nach Partnern, die ihnen bei der Verfolgung ihrer strategischen Interessen in der Region behilflich sein könnten, verbündeten sie sich mit der Al Khalifa-Familie und schlossen mit ihr im Laufe des 19. Jahrhunderts mehrere Abkommen. Die Verträge erklärten die Al Khalifa-Familie zur offiziellen Herrscherdynastie und wandelten Bahrain schrittweise zum britischen Protektorat. Im Gegenzug versicherten die Al Khalifa, ohne britische Zustimmung mit keiner anderen Macht in Beziehung zu treten und den strategischen Ambitionen der Briten, die die Sicherung ihrer Handelswege und die Hegemonie auf den Meeren verfolgten, nicht im Wege zu stehen. Der Schulterschluss mit den Briten ermöglichte den Machterhalt und kappte letztendlich die politischen Verbindun-

¹ 1717 eroberte das Sultanat Oman Bahrain. Eine persische Rückeroberung scheiterte. Die Omanische Invasion leitete eine Phase der Instabilität ein, in der verschiedene Stämme versuchten, die Vorherrschaft zu erlangen. Die Omanis verkauften die Insel letztendlich zurück an die Perser. Diese mussten ihre Souveränität jedoch wiederum gegen arabische Stämme behaupten.

² Anfang des 17. Jahrhunderts vertrieben die persischen Safawiden unter Abbas I. die Portugiesen und erklärten den schiitischen Islam zur Staatsreligion. Auch wenn die Insel fortan faktisch Teil ihres Reiches war, übten die Perser die Kontrolle nur indirekt aus, indem sie arabische sunnitische Stämme, die die fremde Schirmherrschaft anerkannten, zu Vasallen machten. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts verloren die Perser allmählich die Kontrolle, als der Stamm der Bani Utbah die Insel eroberte. Ihr religiöser und ethnischer Einfluss währte jedoch fort und blieb bis ins 19. Jahrhundert prägend. Die Herrschaft der Bani Utbah war nur von kurzer Dauer.

gen der Insel zum Persischen Reich – ein Fakt, der die sich mit Iran kulturell verbunden fühlende Bevölkerung negativ stimmte und anti-britische Ressentiments verstärkte.³ 1923 zwangen die Briten Sheikh Isa bin Ali Al Khalifa, formell abzudanken, weil dieser das Land nach einem Volksaufstand nicht befrieden konnte und verdächtigt wurde, iranische Versuche zur Rückgewinnung Bahrains zu unterstützen, und ersetzten ihn durch seinen Sohn, Sheikh Hamad bin Isa. Jedoch gelang es auch ihm nicht, die Feindseligkeiten der schiitischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber der sunnitischen Herrscherfamilie und den Briten zu mindern. Im Gegenteil: Die von den Briten verfolgte Politik des *divide et impera* und ihre Taktik, die demographische Beschaffenheit des Landes durch die Immigration von sunnitischen Arbeitern zu manipulieren, beeinflussten die Lage zusehends negativ und führten immer wieder zu gewaltsamen Aufständen.

Die Entdeckung von Erdöl auf dem Territorium des Inselstaates im Jahre 1932 beschleunigte Bahrains Modernisierung immens, hatte aber wiederum eine steigende Abhängigkeit von Großbritannien zur Konsequenz. Zu einem vorläufigen Höhepunkt in dem Ringen um die Souveränität Bahrains kam es 1957, als das iranische Parlament den Inselstaat zur 14. Provinz Irans erklärte – ein Schritt, der in den arabischen Golfstaaten Besorgnis hervorrief und das Misstrauen gegenüber dem schiitischen Staat verschärfte. Ein von den Vereinten Nationen initiiertes Referendum, in dem das bahrainische Volk sich jedoch klar dafür entschied, dass ihr Land ein unabhängiger Staat werden solle, wurde von Iran anerkannt. 1971 wurde Bahrain auch offiziell unabhängig.

Der Bürgerkrieg im Libanon, der vor allem Beirut als Wirtschaftsstandpunkt nachhaltig schwächte, führte dazu, dass Bahrain zum neuen Finanzzentrum der arabischen Welt avancierte. Parallel dazu generierte der Ölboom der 1970er Jahre relativen Reichtum im Inselreich und beschleunigte dessen Modernisierung. Im Vergleich zu den anderen Staaten der Region entwickelte sich in Bahrain schon sehr früh eine gebildete Mittelschicht, die etwa über Gewerkschaften sehr gut miteinander vernetzt war. Die Al Khalifa-Familie war sich der Gefahr für ihre Macht bewusst, die von derartigen, mitunter stark linksideologischen Gruppierungen ausging und ver-

suchte seine eigene Legitimität durch Zugeständnisse zu stärken, um ihre Herausforderer zu schwächen. So kam es 1973 zu ersten parlamentarischen Experimenten. Bahrain erhielt erstmals eine Verfassung, eine Nationalversammlung wurde gebildet, der es jedoch an echten legislativen Befugnissen fehlte, während Emir Sheikh Isa bin Salman Al Khalifa das Land weiterhin per Dekret regierte. Gleichwohl entstanden in dieser Zeit zahlreiche politische Vereinigungen aller Couleur, von linken Gruppen, über Islamisten bis hin zu arabischen Nationalisten.

Das parlamentarische Experiment sollte jedoch nicht lange andauern. Bereits 1975 wurde die Nationalversammlung durch den Emir aufgelöst, weil die Abgeordneten gegen ein umstrittenes Sicherheitsgesetz votierten, das unter anderem die Festnahme und Inhaftierung von Personen ohne gerichtliches Verfahren ermöglichte. Es folgte eine äußerst rigide Phase der politischen Repression, Willkür und auch Folter, die größtenteils gegen die schiitische Bevölkerung gerichtet war. Seitens der sunnitischen Eliten wurde die von Iran ausgehende schiitische Bedrohung fortwährend heraufbeschworen und lebendig gehalten, während den eigenen schiitischen Bewohnern des Landes unterstellt wurde, mit Hilfe Irans subversive Aktionen zu planen und letzten Endes den Sturz der sunnitischen Herrscherdynastie zu beabsichtigen. Die Al Khalifa suchten stets den Konflikt entlang der konfessionellen Bruchlinien am Leben zu halten, um eine Aussöhnung zu verhindern.

Die weitflächige Hysterie bei den autoritären arabischen Regierungen und in weiten Teilen der westlichen Welt, ausgelöst durch die Islamische Revolution von 1979 in Iran, und die Angst vor dem Revolutionsexport, spielten den Al Khalifa in die Hände. Die Zwingen der Repression wurden noch fester angezogen. In der Tat folgte 1981 ein wohl von der Revolution inspirierter Staatsstreich auf. Allerdings wurde die diffuse Angst vor Iran eher als Dauerbedrohung instrumentalisiert als dass es sich um eine reale existenzielle Gefahr handelte.

Bis in die späten 1990er Jahre blieb der Zustand der Unruhe und Unterdrückung bestehen, begleitet von immer wieder aufflammenden Kämpfen zwischen Islamisten und Sicherheitskräften vor allem in sozioökonomisch unterentwickelten und vernachlässigten

³ Schon 1895 gab es erste Revolten, die sich gegen die Aufgabe eben dieser Verbindungen und gegen eine zu starke Abhängigkeit von den Briten richteten. Die Aufstände wurden von den Al Khalifa nicht selten mit britischer Hilfe brutal niedergeschlagen.

sigten schiitischen Dörfern und Vororten. Als 1999 Isa bin Salman starb und sein Sohn, Sheikh Hamad bin Isa Al Khalifa, mit dem Versprechen auf mehr Freiheit dessen Erbe als Emir antrat, stiegen die Hoffnungen und Erwartungen vor allem auf Seiten der Schiiten. Tatsächlich verfügte der neue Herrscher Bahrains die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Abschaffung des Sicherheitsgesetzes. Darüber hinaus wurde die *National Action Charta* erlassen, die am 14. Februar 2001 in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit angenommen und anschließend in Form einer neuen Verfassung in offizielles nationales Recht transformiert wurde. Die neue Verfassung weitete das Wahlrecht auch auf Frauen aus und stellte das parlamentarische System, dieses Mal als Zweikammernparlament, wieder her. Doch erneut entpuppte sich die postulierte Freiheit und die Möglichkeit der politischen Partizipation als Illusion, da sich das neue Parlament als nur scheinbar repräsentativ herausstellte. Denn die 40 Abgeordneten des Unterhauses (arabisch: *Majlis an-Nuwab*) werden zwar regelmäßig vom Volk gewählt. Das Oberhaus (arabisch: *Majlis ash-Shura*), dessen ebenfalls 40 Mitglieder vom König ernannt werden, besitzt jedoch wie der König (Bahrain ist seit 2002 ein Königreich) ein Vetorecht gegen alle vom Unterhaus eingebrachten Gesetzesvorhaben, was eine echte Umsetzung des Volkswillens in Recht *de jure* ermöglicht, *de facto* aber aussichtslos macht.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Die Proteste des Februars 2011 allein auf konfessionelle Problematiken zu reduzieren, ist irreführend. Erstens sind es nicht nur schiitische Bahrainis, die sich auf den Straßen über die ungerechten Verhältnisse im Land empören und für ihre Menschenrechte eintreten, sondern auch Sunniten. Zweitens verdeutlichen die schiitischen Protestführer immer wieder, dass ihr Aufbegehren eine Sache der nationalen Einheit sei und ihre Bewegung keine konfessionellen Grenzen kenne. Das ist bemerkenswert, betreffen die staatlichen Diskriminierungen in den sozialen, ökonomischen und religiösen Bereichen des Lebens doch zu einem überwiegenden Teil

die schiitische Bevölkerungsmehrheit. Etwa 1,34 Mio. Menschen leben in Bahrain, von denen nur rund 62% bahrainische Staatsbürger sind. Die restlichen 38% der Bevölkerung kommen größtenteils aus Südasien und anderen arabischen Ländern. 70% der Staatsbürger gehören der schiitischen Glaubensrichtung des Islam an.⁴ Die Schaltzentralen der Macht in Bahrain werden von Familienmitgliedern des sunnitischen Herrscherhauses besetzt. Die Schiiten Bahrains sind in weiten Teilen des Staatsapparates deutlich unterrepräsentiert. Gerade mal jede zehnte öffentliche Position von höherem Rang ist in schiitischer Hand. Nur 20% der Minister- und Staatssekretärposten werden von Schiiten bekleidet. Die politischen Schlüsselbehörden (Inneres, Äußeres, Verteidigung, Justiz, Sicherheit) sind in dieser Statistik gar nicht eingeschlossen. Einzig und allein die Belegschaft des Ministeriums für Industrie ist zur Hälfte schiitisch.⁵

Am deutlichsten findet die Ausgrenzung der Schiiten im Sicherheitsapparat statt, da es einem Großteil von ihnen verwehrt bleibt, in diesem zu arbeiten. Nur einige wenige Privilegierte schaffen es in die Reihen der Polizei und der königlichen Streitkräfte. Ebenfalls fast unmöglich gestaltet es sich für Schiiten, eine Anstellung in den für Sicherheit zuständigen staatlichen Einrichtungen zu erlangen. Laut einer bahrainischen Menschenrechtsorganisation besteht der bahrainische *National Security Apparatus*, eine behördenähnliche, die nationale Sicherheit überwachende und dem König direkt unterstehende Institution mit teilweise geheimdienstlichen Befugnissen, zu 96% aus sunnitischen Mitgliedern, während rund zwei Drittel dieses Sicherheitsapparates Ausländer sind⁶. Die Armee, die Polizei, den Geheimdienst, die Behörden und das Innenministerium zu einem großen Teil mit nicht aus Bahrain stammendem Personal zu besetzen und Schiiten möglichst gänzlich auszuschließen, lässt auf die Hauptaufgabe der Sicherheitskräfte schließen – nämlich die Verhinderung einer seitens der schiitischen Bevölkerung, womöglich durch Iran unterstützten, Machtübernahme. Die Herrscher Bahrains sehen in ihrer eigenen Bevölkerung die wahrscheinlich größte Gefahr für ihre Macht, die Gefahr eines Putsches wird recht

⁴ Auswärtiges Amt, www.auswaertiges-amt.de, abgerufen am 12.07.11

⁵ Die durch den Staat verfolgte Taktik der Marginalisierung und systematischen Diskriminierung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit kam 2006 im so genannten „Bandargate-Skandal“ ans Licht. Salah al-Bandar, Generalsekretär des *Gulf Centre for Democratic Development* und damals Berater des Kabinetts, veröffentlichte einen 240-seitigen Bericht, in dem geschildert wird, dass Teile der Regierung gewisse Kampagnen finanziell unterstützen, die die Förderung konfessioneller Spannungen beabsichtigen und die politische Ausgrenzung der Schiiten verfolgen. Al-Bandar wurde daraufhin des Landes verwiesen und ging ins britische Exil.

⁶ Siehe <http://www.bahrainrights.org>.

hoch eingeschätzt und auf internationaler Ebene wird Iran als größter Widersacher betrachtet. Schließlich ist eine wachsende Systematik in der Ausschließung schiitischer Bürger aus dem Sicherheitsapparat spätestens seit der Islamischen Revolution in Iran nachzuweisen. Ferner sind die fremdländischen Angehörigen der Armee in weiten Teilen der Bevölkerung als Söldner verpönt.

Ein weiterer Aspekt staatlicher Diskriminierung ist die der Manipulation der Mehrheitsverhältnisse dienende Grenzziehung der Wahlkreise, *Gerrymandering* genannt. Dabei wird der geometrische Zuschnitt der Wahlbezirke so verändert, dass es der sunnitischen Wählerschaft, obwohl in der Minderheit, möglich ist, als Sieger aus der Wahl hervorzugehen.⁷ Eine schiitische Mehrheit im gewählten Unterhaus wird damit verhindert. Bei den Wahlen von 2010 erlangten sunnitische Abgeordnete 22 von 40 Sitzen. *Al-Wifaq* („Die Eintracht“), die bedeutendste politische Vereinigung innerhalb der schiitischen Gemeinschaft, gewann indessen die restlichen 18 Sitze, obwohl sie rund zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Auch wenn sie von einer Mehrheit im Unterhaus nicht profitieren könnten, weil diesem ohnehin die nötigen legislativen Kompetenzen fehlen, erhöht die Wahlkreisverfälschung die Frustration unter den Schiiten und hat nicht zuletzt einige schiitische Vereinigungen dazu bewogen, die Wahlen zu boykottieren.

Eine der Hauptforderungen der Protestierenden ist außerdem die Beendigung der bereits oben erwähnten Strategie zur Veränderung der demographischen Verhältnisse, die mutmaßlich von der Regierung angewandt wird, indem sie sunnitische Ausländer einbürgert. Besonders häufig wird Jordaniern, Jemeniten, Syern und Pakistanern, die einen Großteil des Personals der bahrainischen Streitkräfte ausmachen, die Staatsbürgerschaft verliehen. Darüber hinaus haben oppositionelle, vorrangig schiitische Gruppen wiederholt kritisiert, dass auch saudische Stämme, die zwar einst in Bahrain ansässig waren, deren Hauptsiedlungsgebiet jedoch im Osten Saudi-Arabiens liegt, die doppelte Staatsbürgerschaft erlangten.⁸

Nach bahrainischem Gesetz haben Araber nach 15 aufeinander folgenden Jahren, in

denen sie in Bahrain ihren festen Wohnsitz hatten, Anspruch auf Staatsbürgerschaft. Für Nicht-Araber gelten analog 25 Jahre. Das Einbürgerungsgesetz von 1963 sieht zudem vor, dass eine Person, die dem Land besondere Dienste erwiesen hat, die Staatsbürgerschaft erlangen kann. Darauf hinweisend, dass sich dieser Artikel sehr flexibel auslegen lasse und dass der Einbürgerungsprozess ohnehin sehr intransparent verlaufe, fordert die Opposition schon seit Jahren eine Novellierung des Gesetzes.

Wie schon weiter oben erwähnt, entzünden sich die aktuellen Proteste nicht ausschließlich an konfessionellen Ressentiments, sondern an der Ungerechtigkeit innerhalb des politischen Systems, wofür jedoch nicht die Sunniten als Glaubensgemeinschaft an sich verantwortlich gemacht werden. Die ungerechte Einbürgerungspolitik schürt jedoch das Misstrauen untereinander und könnte bei zunehmender Eskalation der Lage für Zwietracht zwischen den Konfessionen sorgen.

Die Tatsache, dass Schiiten bei der Arbeitssuche im öffentlichen Sektor, der der größte Arbeitgeber des Landes ist, systematisch benachteiligt werden, resultiert in einer unverhältnismäßig hohen Arbeitslosenquote unter ihnen. Obendrein verdienen jene, die eine Anstellung haben, gegenüber ihren sunnitischen Kollegen in vergleichbaren Positionen deutlich weniger.

Die ökonomische Divergenz zwischen den beiden Konfessionen führt unweigerlich zu einer unverhältnismäßigen Verteilung des Reichtums. Die meisten Schiiten leben in Randbezirken der Hauptstadt Manama und in armen Dörfern, deren infrastrukturelle Erschlossenheit nicht selten als katastrophal bezeichnet werden darf. In einigen, besonders den sunnitischen Eliten vorbehaltenen, Gebieten ist es Schiiten gar verboten, Land zu erwerben und zu wohnen. Die ökonomische geht also zusätzlich mit einer räumlichen Diskriminierung einher. Bei einem Bevölkerungswachstum von jährlich 3% wird Landknappheit auf der kleinen Golfinsel zu einem ernstem Problem, während Mitglieder der Königsfamilie mehr Boden besitzen als sie nutzen können. Der niedrige Beschäftigungsgrad innerhalb der schiitischen Gemeinschaft wird zudem dadurch ver-

⁷ Zur Definition von *Gerrymandering*, siehe: <http://www.wahlrecht.de/lexikon/gerrymander.html>, abgerufen am 13.07.11.

⁸ Angehörige des saudischen Dawasir-Stammes seien während der Wahlen von 2002 sogar mit Lastern auf Staatskosten in die Mitte des Saudi-Arabien und Bahrain verbindenden Dammes gebracht worden, um dort ihre Stimmen abzugeben. Dass im Jahr zuvor rund 1.000 langjährige schiitische Staatenlose die bahrainische Staatsbürgerschaft erhielten, konnte die Empörung unter den Schiiten über die einseitige Einbürgerungspolitik nur unmerklich lindern.

schlimmert, dass zunehmend Arbeitskräfte mit niedrigeren Lohnansprüchen besonders aus Asien auf den Markt drängen.

Des Weiteren ist festzuhalten, dass in Bahrain kein staatliches System der sozialen Absicherung existiert, sodass diese Aufgabe von Verwandten und Bekannten getragen werden muss, was jene zusätzlich belastet. Wenn selbst das soziale Umfeld diese Bürde nicht auf sich nehmen kann oder will, bleiben die Betroffenen sich selbst überlassen. Ernsthafte Versuche, die daraus resultierende Entstehung von regelrechten Elendsvierteln zu unterbinden, werden nicht unternommen, bedauert die Opposition.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

In Bahrain sind politische Parteien offiziell nicht zugelassen. Als jedoch 1999 Hamad bin Isa Al Khalifa seinem Vater als Emir folgte und im Rahmen der politischen Öffnung des Landes Reformen einleitete, wurden in der Folge politische Vereinigungen legitimiert. Seither haben sich zahlreiche sunnitische, schiitische und linksorientierte Gruppierungen etabliert. Darüber hinaus treten bei den Wahlen zumeist sunnitische unabhängige Kandidaten an.

Die beiden politischen Vereinigungen *al-Minbar* (arabisch: „Das Forum“) und *al-Asala* (arabisch: „die Authentizität“, „die Echtheit“) repräsentieren die islamistischen Tendenzen der sunnitischen Bevölkerungsminderheit. Die Al Khalifa haben mit ihnen stets taktische Allianzen geschlossen, um den Einfluss der liberalen und schiitischen Gruppierungen zurück zu drängen. Zu Beginn der Proteste bildeten sie zusammen mit einigen Unabhängigen die Allianz *National Unity Gathering* (NUG). Die regimefreundliche NUG hat wiederholt die Legitimität des augenblicklichen politischen Systems bestätigt. In einigen Punkten stimmen ihre Forderungen mit denen der Opposition jedoch überein. So verlangen sie unter anderem ebenfalls die Freilassung politischer Gefangener, eine größere Teilhabe des Unterhauses an der Gesetzgebung, die stärkere Bekämpfung der Korruption und die ernsthafte Strafverfolgung jener, die für die Tötung mehrerer Demonstranten im Februar 2011 verantwortlich sind. Langfristig kann die Regierung jedoch mit der breiten Unterstützung der NUG rechnen – besonders wenn es

zu den zentralen Fragen der Machtverteilung kommt. Eine politische Stärkung der schiitischen Bevölkerung wird diese nicht in Kauf nehmen.

Die Opposition, die sich in den ersten Wochen nach den Protesten zu einer losen Allianz vereinigt hat, besteht aus sieben politischen, teils schiitischen, teils linken Vereinigungen und aus nicht-lizenzierten außerparlamentarischen Gruppierungen. Die wichtigste Fraktion dieser Koalition und wahrscheinlich die stärkste politische Teilkraft des Landes ist *al-Wifaq* (arabisch: „Die Einheit“). Der Erfolg dieser relativ heterogenen pan-schiitischen Vereinigung lässt sich darauf zurückführen, dass sie viele verschiedene politische und religiöse Strömungen der schiitischen Gemeinde zusammenführt.⁹ Seit 2006 haben Mitglieder *al-Wifaqs* an den Parlamentswahlen teilgenommen und verfolgen seither das Ziel, das politische System durch Partizipation von innen zu verändern, nachdem sie die Wahlen von 2002 wie die meisten oppositionellen Kräfte aus Protest boykottierten.

Die *al-Haqq*-Bewegung (arabisch: „das Recht“, „die Wahrheit“) besteht vorrangig aus ehemaligen *al-Wifaq*-Mitgliedern, die sich 2005 von ihrer Partei lossagten, um gegen die Entscheidung zu protestieren, an den Wahlen von 2006 teilzunehmen. *Al-Haqq* gehören auch einige wenige sunnitische Oppositionelle an, denen der Reformprozess zu langsam vonstatten geht. Die Bewegung lehnt jegliche Form von Arrangement mit der Regierung ab und beschränkt ihre Aktivitäten auf das Sammeln von Unterschriften, die Mobilisierung der Jugend und die Förderung politischen Interesses und Bewusstseins. Seitens der Regierung wird *al-Haqq* unterstellt, für Gewaltbereitschaft innerhalb der Opposition verantwortlich zu sein. Wegen ihres konfrontativen Kurses und ihrer Absicht, das System durch Protest und zivilen Ungehorsam zu Fall zu bringen, wird der Bewegung auch keine Lizenz gestattet und ist daher praktisch illegal.

Die wichtigste politische Kraft des linken Spektrums ist *al-Wa'ad* (arabisch: „Das Versprechen“). Diese Vereinigung, deren Unterstützer vor allem aus der schiitischen Mittelschicht, aber auch konfessionsübergreifend aus intellektuellen Kreisen stammen, verfolgt eine Art arabischen Nationalismus. Sie war die erste politische Kraft, die sich öffentlich für die Unterstützung der Proteste vom 14. Fe-

⁹ Dies gilt sowohl für Schiiten arabischer als auch persischer Abstammung.

bruar 2011 aussprach. Dass die Proteste am jenem Tag, dem 14. Februar 2011 ausbrachen, war kein Zufall. Dieser Tag bedeutete auch das zehnjährige Bestehen des „Nationalen Aktionsplans“ (*National Action Charta*), der die Grundlage der heutigen Verfassung Bahraains bildet und der die Hoffnungen auf ein gerechteres politisches System weckte. Wie weiter oben deutlich gemacht, wurden diese Hoffnungen enttäuscht, weil die Eliten des Al Khalifa-Clans nicht vermochten, ihren Versprechungen Taten folgen zu lassen. Die Einführung der Verfassung von 2001 glich einer Farce und stellte für weite Teile der Opposition einen Affront dar. Die scheinbare politische Öffnung des Landes konnte zwar die Gewalt der turbulenten 1990er Jahre in gewissem Maße eindämmen. Der Missmut, die Unzufriedenheit, ja gar die Frustration innerhalb der Bevölkerung wurden aber wegen dem fehlenden Realisierungswillen der Reformen nur bestärkt.

Die Bahrainis verfolgten die Ereignisse in Tunesien und Ägypten aufmerksam. Die Nachricht vom Sturz zunächst Ben Alis und später Mubaraks stimmte viele optimistisch, auch in Bahrain politische Veränderungen durch zivilen Protest herbeizuführen. Der Sturz der Al Khalifa wurde aber zunächst nicht angestrebt. Man verfolgte lediglich die Aufhebung der konfessionellen Segregationspolitik und die Einführung einer echten konstitutionellen Monarchie nach Vorbild Großbritanniens, Schwedens oder Spaniens, in der die Familie Al Khalifa zwar weiterhin den König stellte, die exekutive Macht jedoch von gewählten Vertretern des Volkes ausginge.

Bereits vor den Protesten im eigenen Land hatte die Regierung als Reaktion auf die Proteste in der arabischen Welt wie auch seine GCC-Nachbarn angekündigt, jeder bahrainischen Familie eine Pauschale von 1.000 Dinar (ca. 2.650 USD) zukommen zu lassen. Die Geste zeugte von königlicher Großzügigkeit, konnte die Proteste jedoch weder in ihrer Intensität abschwächen noch gänzlich verhindern.

Die ersten Aufrufe an die Bahrainis, sich am 14. Februar, dem bahrainischen „Tag des Zorns“, auf die Straße zu begeben, um für Freiheit und Würde sowie gegen Diskriminierung und Korruption zu demonstrieren, gingen von der Jugend aus, die sich der sozialen Plattformen *Facebook* und *Twitter* bedienten,

um die Proteste zu organisieren und zu koordinieren. *Al-Haq* und das *Bahrain Center for Human Rights*¹⁰ konnten durch ihre guten Kontakte zur Zivilgesellschaft ihr Übriges dazu beitragen, dass Zehntausende in der Hauptstadt Manama und anderen Ortschaften im ganzen Land an Demonstrationen teilnahmen. Keine einzige politische Kraft des Landes könnte jedoch für sich allein in Anspruch nehmen, den Anstoß für die Proteste gegeben zu haben. Die bedeutendsten Impulse gingen wie auch in Tunesien von der internetaffinen, gut informierten und pessimistisch in die Zukunft blickenden Jugend aus, die keinem politischen Lager exklusiv zuzuordnen ist.

Bereits am 14. Februar, dem ersten Tag der Proteste, gingen die Sicherheitskräfte mit äußerster Härte vor. Dies geschah wohl mit der Absicht, eine drohende Revolution von Beginn an zu unterbinden. Ein 27-jähriger Demonstrant wurde erschossen. Am Morgen des nächsten Tages versammelte sich eine große Menschenmenge zu einem Trauerzug, um dem Tod des Verstorbenen zu gedenken. Wieder eskalierte die Situation und eine weitere Person wurde getötet. Der König entschuldigte sich umgehend für das harte Vorgehen der Polizei und kündigte eine umfassende Untersuchung der tragischen Ereignisse an. Sein Versprechen konnte die von den beiden Tötungen aufgebrachten Massen jedoch nicht beruhigen. Der Versuch, die Proteste frühzeitig durch den Einsatz von Gewalt aufzulösen, bestätigte viele in ihrer Annahme, dass den Herrschern an einer substantiellen Reform des Systems gar nicht gelegen war. Insofern stellten die Tode der beiden ersten Demonstranten einen Wendepunkt in der Protestbewegung dar. Ein Großteil der Empörten verlor in der Folge den Glauben an einen echten Wandel durch die Herrscherfamilie.

Am Abend der Beerdigung und der zweiten Konfrontation der Protestierenden mit den Sicherheitskräften zog eine Menschenmenge auf den zentral gelegenen Perlen-Platz in Manama und errichtete Zelte – ganz nach dem Vorbild der ägyptischen Demonstranten, die den Tahrir-Platz in Kairo tagelang besetzt hielten. In der Nacht stürmten Regierungstruppen unter Einsatz von Tränengas und scharfer Munition den Platz, töteten fünf Personen, verletzten hunderte und nahmen weitere in Gewahrsam. Die Zugangsstraßen wurden abgeriegelt. Den Verletzten zu Hilfe

¹⁰ Siehe <http://www.bahrainrights.org>.

eilende Krankenwagen wurden aufgehalten. Als Reaktion auf die Gewalt zogen sich alle Abgeordneten *al-Wifaqs* und einige unabhängige Kandidaten aus dem Parlament zurück. Die Forderung, die Regierung solle geschlossen zurücktreten, da sie ihre Legitimität nun endgültig verloren habe, wurde nun auch zum politischen Programm der legalen Opposition.

Der Zorn der Massen kanalisierte sich im Hass auf den Premierminister und Onkel des Königs, Khalifa bin Salman Al Khalifa, der sein Amt seit 1971 innehat. Er wird zur alten reformunwilligen Garde des Regimes gezählt und gilt als korruptester Politiker des Landes. Des Weiteren wurde er als Hauptverantwortlicher für das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte ausgemacht.

IV. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Nachdem die ersten drei Tage der Proteste derartig blutig verlaufen waren, wurde auch die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit größer und die internationale Kritik immer lauter. In der Folge brachte das Regime den Sohn des Königs, Kronprinz Salman bin Hamad bin Isa Al Khalifa, in Stellung. Der 41-Jährige, der unter anderem in den Vereinigten Staaten und Großbritannien studiert hat, gilt als vergleichsweise liberal und moderat. Im Fernsehen bekundete er den Dialogwillen seiner Familie, versprach Reformen, um dem Willen des Volkes nachzukommen, und erklärte, dass nun friedlich weiterdemonstriert werden dürfe. Die Streitkräfte, als deren stellvertretender Befehlshaber er fungiert, würden sich zurückhalten. Dementsprechend ruhig verliefen auch die nächsten drei Wochen. Seitens der Regierung wurde die Schaffung von 20.000 neuen Stellen im Innenministerium angekündigt – ein Signal, dass man es mit der Arbeitslosigkeit im Lande ernst nehme. Auch wurden fünf Minister ausgewechselt und einige wenige politische Gefangene freigelassen. Zu umfangreichen Zugeständnissen kam es allerdings nicht, sodass die Proteste weitergeführt wurden und die Demonstranten den Perlen-Platz erneut besetzten, was allerdings erst durch den Rückzugsbefehl des Kronprinzen an die Sicherheitskräfte ermöglicht wurde.

Einerseits wurde den Protestierenden seitens des Regimes also Raum verschafft. Andererseits begannen konservative Kräfte innerhalb der Regierung – vor allem vertreten durch den

Premierminister – erneut die konfessionelle Karte zu spielen, indem sie den Demonstranten vorwarfen, Hass gegen Sunniten zu schüren und ihren politischen Führern unterstellten, im Auftrag Irans zu handeln. Die Opposition behauptete ihrerseits, dass sunnitische „Schläger“ unbehelligt friedliche Demonstranten angreifen können. Die Sicherheitskräfte würden nicht eingreifen.

Ungeachtet dessen und angesichts des zum Erliegen gekommenen Dialogs marschierten Mitte März Protestierende gen Finanzzentrum in Manama und blockierten dort einige Straßen. Andernorts brachen heftige Kämpfe mit der Polizei aus. Mehrere hundert Menschen wurden verletzt. Am nächsten Tag, dem 14. März, marschierten als Reaktion auf die erneuten Zusammenstöße Truppen des Golfkooperationsrates, allen voran saudische Soldaten, in Bahrain ein – angeblich auf Anfrage der bahrainischen Regierung. Am 15. März wurde – zunächst für drei Monate vorgesehen – das Kriegsrecht verhängt. Die von der Opposition titulierte „Besetzung des Königreichs Bahrain“ ist kritisch zu betrachten, da die schnelle Eingreiftruppe des GCC eigentlich für die Abwehr von äußeren Feinden bestimmt ist. Es lässt sich vermuten, dass die Aktion vor allem auf saudische Initiative zurückzuführen ist. Denn das saudische Königreich befürchtet ein Übergreifen der Proteste auf seine ölreichen Gebiete im Osten, die direkt an Bahrain grenzen und in denen ebenfalls Schiiten in ähnlich prekären Verhältnissen wie ihre bahrainischen Glaubensgenossen leben. Generell wäre das Zustandekommen einer schiitischen Regierung in Bahrain für Saudi-Arabien nicht hinnehmbar. So wurde die Bekämpfung der Proteste auf eine breite regionale Basis gestellt, an der sich alle Staaten des Golfkooperationsrates beteiligen, um den Eindruck der regionalen Einigkeit gegen die angeblich von Iran inspirierte Protestbewegung zu wecken. Neben dem Einmarsch in Bahrain wurde vom GCC auch ein Stabilisierungspaket für den Inselstaat und Oman von insgesamt 20 Mrd. USD verabschiedet, um die Infrastruktur zu verbessern und die sozialen Missstände zu bekämpfen.

Der Erfolg dieser Maßnahmen blieb bisher marginal. Die Präsenz fremder Truppen, die unter anderem erneut mit Gewalt den Perlen-Platz räumten und ihn schwer beschädigten, hat wie es scheint der Protestbewegung eher

Aufschwung verliehen, was nicht zuletzt durch die Wiederbesetzung des Perlen-Platzes deutlich wurde. Der Zweck des Einmarsches wurde somit verfehlt. Auch ließ sich die Protestbewegung durch die finanziellen Konzessionen nicht von der Forderung nach dem Rücktritt der Regierung abbringen. Wohl führte die Intervention aber zu einer Zunahme der Gewalt – und zwar auf beiden Seiten. Einerseits verfolgt die breite Masse der Protestbewegung weiterhin eine friedliche Lösung des Konflikts. Andererseits wurde jedoch auch von einzelnen Gewaltaktionen durch Demonstranten berichtet – ob aus Vergeltung oder Verteidigung, darüber lässt sich nur spekulieren.

Mit dem Einmarsch der GCC-Truppen ging ferner eine umfangreiche Verhaftungswelle einher. Nachdem die Opposition noch die Aufhebung des Ausnahmezustands am 1. Juni 2011 gefeiert hatte, wurden Tage später 21 prominente Oppositionsführer und Menschenrechtler, darunter die Führer der *al-Haqq*-Bewegung und wichtige Funktionäre von *al-Wifaq* und *al-Wa'ad*, in Massenverfahren vor einem Militärgericht wegen ihrer Rolle in den Protesten zu teils lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Den Verurteilten wurde vorgeworfen, mit Hilfe Irans in Bahrain die Errichtung eines Gottesstaates geplant zu haben. *Amnesty International* kritisierte die drakonischen Urteile, da eine Verurteilung vor einem Militärgericht nach Beendigung des Notstands nicht rechtmäßig sei. Ferner seien die Richtersprüche politisch motiviert gewesen.¹¹

Es hat in diesem Sinne allen Anschein, dass das Regime eine „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Taktik lanciert hat. Einerseits signalisiert es, vertreten durch den Kronprinzen, Dialogbereitschaft und die Bereitschaft zu Konzessionen. Andererseits geht es brutal gegen die Protestierenden vor und versucht die Führerschaft der Opposition zu eliminieren. Hinzu kommt, dass die Protestbewegung in den staatlichen Medien zunehmend diskreditiert wird. Immer wieder wird von Waffenfunden berichtet, die bis jetzt jedoch sämtlich unbelegt blieben. Symbolisch für die Politik mit der Peitsche steht hierbei der Premierminister, dem nachgesagt wird, saudische Interessen zu vertreten.

Seit Beginn der Proteste im März kamen rund 35 Menschen ums Leben, viele Hunderte

wurden verletzt, etliche verurteilt und abermals Dutzende gelten als vermisst. Die massive Anwendung von Folter wird angeprangert und ist an nicht wenigen Leichen nachweisbar. Über ein halbes Jahr sind seit Beginn der ersten Demonstrationen nun vergangen und das Land scheint in einer politischen Sackgasse zu stecken. Der Ausgang der Krise ist schwer vorauszusagen.

König Hamad bin Isa Al Khalifa initiierte Anfang Juli einen Nationalen Versöhnungsdialog, zu dem rund 300 Vertreter des Regimes, der Opposition und der Zivilgesellschaft eingeladen wurden. *Al-Wa'ad* und *al-Wifaq* – letztere nach anfänglichem Zögern – nahmen an den ersten Gesprächen teil. Vorbedingungen für die Teilnahme wie der Abzug der GCC-Truppen oder der Rücktritt des Premiers wurden abgelehnt. Die Unterredungen sollten das Wahlgesetz, den Umfang staatlicher Leistungen und die Kompetenzen des gewählten Parlaments behandeln. Die Forderung der Opposition, Bahrain in eine konstitutionelle Monarchie umzuwandeln, wurde zurückgewiesen. Den oppositionellen Gruppen, besonders *al-Wa'ad* und *al-Wifaq*, wurde recht schnell bewusst, dass sie ihre politischen Forderungen nicht durchsetzen können. Zum einen, weil die Bandbreite der Themen begrenzt sei und zum anderen, weil die Opposition von 300 Eingeladenen gerade einmal 35 Delegierte stellt. Aus diesem Grund zog *al-Wifaq* auch Mitte Juli sämtliche seiner Mitglieder von den Gesprächen ab, womit eine politische Verständigung abermals in weite Ferne rückte.

V. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Der weitere Verlauf ist kaum zu prognostizieren. Zurzeit scheinen die Verhandlungen festgefahren. Wohl kann aber konstatiert werden, dass die Ereignisse die ohnehin schon vorhandenen Gräben in der bahrainischen Gesellschaft vergrößert haben. Der Konflikt birgt die Gefahr, dass es zu tatsächlichen konfessionellen Kämpfen kommt, wenn die Gespräche nicht rasch und konstruktiv fortgesetzt werden. Die Aufständischen sollten sich nicht durch Provokationen seitens des Regimes beziehungsweise sunnitischen Loyalen zu gewalttätigen Reaktionen verleiten lassen. Des Weiteren darf die Opposition nicht davon ablassen, die Vorwürfe zu negieren, dass sie unter der Ägide Irans gegen den

¹¹ Siehe <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE11/036/2011/en>.

Staat konspirierte. Denn die Regierung betrachtet die Heraufbeschwörung dieser Gefahr nach wie vor als Universalmittel und nutzt die staatlich gelenkten Zeitungen und Fernsehsender zu dessen propagandistischer Verbreitung. Vor der Niederschlagung der Proteste und der folgenden Repressionswelle verfügte Bahrain noch über eine verhältnismäßig freie Medienlandschaft. Viele Journalisten haben nun aber ihren Job verloren. Es wird berichtet, dass ganze Redaktionen ausgewechselt wurden wie jene der Zeitung *Al-Wasaf*, die bis dahin zu den kritischsten Blättern am Golf zählte.

Nicht nur Journalisten, sondern auch andere Berufsgruppen, die den Demonstranten in irgendeiner Weise geholfen haben, wie Ärzte und Anwälte, sind von Kündigungen und sogar Berufsverboten betroffen. Von den Universitäten wurden bereits etliche Studenten exmatrikuliert, wenn sie nicht einen Loyalitätseid ablegten. Im Ausland studierenden Bahrainis wurden teilweise Stipendien entzogen, weil sie Kontakt zu den Demonstranten aufgenommen hatten.

Die Nachbarstaaten positionieren sich mehrheitlich auf Seiten der Al Khalifa. Das diffuse Bedrohungsszenario, iranischer Einfluss könne sich der bahrainischen Schiiten bemächtigen, bestimmt vor allem das außenpolitische Handeln Saudi-Arabiens, das als „Vorreiter des sunnitischen Islams“ und „Hüter der beiden heiligen Stätten“ Mekka und Medina mit dem schiitischen Rivalen um die Hegemonialposition am Golf konkurriert. Auch enge Verbündete von Saudi-Arabien und Bahrain wie u. a. die USA befürchten die Ausweitung des iranischen Einflusses auf die Schiiten der arabischen Golfregion – eine Situation, die in den Augen der US-amerikanischen Sicherheitsstrategen zu erhöhten Risiken führen und den Atomkonflikt mit Iran in die zunehmend fragile arabische Welt tragen könnte.

So zielt das geostrategische Interesse der USA und anderer westlicher Akteure in Bahrain auf eine Stabilisierung des Status quo, eine Konsolidierung der Sicherheitslage und der Position der Al Khalifa, was zu vehementer Kritik geführt hat. Vorwürfe, im Falle von Ägypten und Tunesien die Demonstranten unterstützt zu haben, während in Bahrain das Regime aus Eigeninteresse gestärkt

werde, wurden laut und schmälern das Ansehen der USA bei weiten Teilen der bahrainischen Gesellschaft, die der US-amerikanischen Außenpolitik mindestens fehlende Verhältnismäßigkeit vorwerfen. Zwar wurde ein Ende der Gewalt gegen Demonstranten und eine friedliche Lösung gefordert, weit reichende internationale Unterstützung erfährt die bahrainische Opposition jedoch nicht. Sie kann nicht darauf hoffen, dass die USA den Al Khalifa-Clan fallen lässt. Denn die Amerikaner brauchen ihn, unterhalten sie auf Bahrain doch einen Flottenstützpunkt. Ebenfalls einflussreich agiert die saudische Lobby in Washington, die viel dafür tun wird, dass sich die USA nicht, wie im Falle Mubarak, von ihren alten Verbündeten abwendet. Die Saudis üben auch auf die Al Khalifa erheblichen Einfluss aus, nicht zuletzt aufgrund der tief greifenden Abhängigkeit Bahrains von der saudischen Wirtschaft.¹² Es bestehen gar enge persönliche Kontakte zwischen den beiden Königshäusern. Premierminister Khalifa ibn Salman Al Khalifa ist ein langjähriger Freund von Nayif bin Abdulaziz Al Saud, dem saudischen Innenminister und Halbbruder König Abdullahs. Beide vertreten die konservative Linie innerhalb ihrer Familien. Die bahrainischen Reformbestrebungen seit der Jahrtausendwende waren ihnen seit jeher ein Dorn im Auge. Von Premierminister Khalifa wird gesagt, dass er nun spätestens seit den Ausschreitungen des Frühlings und den anschließenden Rufen nach dem Rücktritt der Regierung die eigentlichen Entscheidungen im Inselstaat trifft. Es scheint jetzt, als habe er den Machtkampf mit dem reformorientierten Kronprinz Salman bin Hamad bin Isa Al Khalifa für sich entschieden. Letzterer hatte sich zu Beginn der Proteste für Zugeständnisse an die Opposition ausgesprochen. Es verwundert nun nach der „Palastrevolution“ des Premierministers und der saudischen Intervention nicht, dass es zu keiner Annäherung kam und die Gespräche folglich abgebrochen wurden. Die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen sind als moderat zu bewerten. Die Kurse bahrainischer Firmen an den Aktienmärkten fielen nach Ausbruch der Unruhen leicht und der Ölpreis legte zu, weil Anleger eine Ausweitung der Proteste auf saudischem Boden befürchteten. Durch die Blockierung des Finanzsektors und wegen teilweise landesweiter Streiks kam das wirtschaftliche Leben in der Inselmonarchie zeitweise zum Erliegen. Die Folgen der Stagnation haben

¹² Der Großteil der bahrainischen Ölförderung findet im Abu Safa Offshore-Feld statt, das zur Hälfte Saudi-Arabien gehört. Die Hälfte der saudischen Erlöse aus diesem Geschäft geht direkt an Bahrain, das im Gegenzug seine Ansprüche auf das komplette Feld aufgibt. Bahrainische Raffinerien werden mit saudischem Rohöl zu Discount-Preisen beliefert. Des Weiteren hängen die bahrainische Tourismusindustrie und das Bankwesen von saudischen Besuchern und Einlagen ab.

aber bislang keine alarmierenden Ausmaße angenommen, da saudische Truppen ein Übergreifen der Proteste auf das eigene Hoheitsgebiet offenbar unterbinden konnten.¹³

VI. Zukunftsszenarien

Best Case Scenario:

Es tritt der Fall ein, dass das bahrainische Königshaus auf Drängen der USA die Transformation Bahrains in eine echte konstitutionelle Monarchie und freie Wahlen zulässt. Die Al Khalifa behalten den Großteil ihres Vermögens. Von einer strafrechtlichen Verfolgung sieht die Regierung ab. Zuvor waren die Amerikaner mit der Opposition in Verbindung getreten und hatten sich versichert, dass sie Bahrain auch in Zukunft als Flottenstützpunkt nutzen können. Saudi-Arabien wurde insofern beruhigt, dass die USA noch mehr Militärzusammenarbeit zur Eindämmung des iranischen Einflusses zusagte. Die schiitischen Führer Bahrains ihrerseits stellten den Saudis freundschaftliche Beziehungen in Aussicht und versicherten, dass ein schiitisch dominiertes Bahrain sich in keinsten Weise in die inneren Angelegenheiten Saudi-Arabiens einmischen werde – gerade in Bezug auf die schiitische Minderheit im Osten. Vielmehr verstehe man sich als ein den Frieden sichernder, neutraler Staat.

Worst Case Scenario:

Angesichts der ausweglosen Situation, in der sich die bahrainische Protestbewegung sieht, und der anhaltenden Repression, beginnen sich Teile der *al-Haqq*-Bewegung und andere schiitische militante Gruppierungen zu bewaffnen und verwickeln die regimetreuen Truppen landesweit in Gefechte. Das Land kehrt in das Chaos der 1990er Jahre zurück. Auch auf saudischem Boden kommt es zu bewaffneten Kämpfen zwischen schiitischen Milizen und dem Militär. Der Westen hält sich weitgehend zurück. Provokative Äußerungen

vonseiten iranischer Offizieller, die eine Intervention fordern, nähren nun auch in den westlichen Medien die Furcht, der iranische Einfluss könne rapide ansteigen. Die USA und Israel nutzen die Gunst der Stunde und führen Präventivschläge auf iranische Raketen- und Atomanlagen aus. Im Schatten der kriegesischen Auseinandersetzung, die die USA und Israel schnell für sich entscheiden, werden die schiitischen Aufstände in Saudi-Arabien und Bahrain von der Armee brutal niedergeschlagen.

Trend Szenario:

Was am wahrscheinlichsten eintreten wird, ist das, was momentan bereits abzusehen ist: Die Protestbewegung besitzt keine nennenswerte Verhandlungsmacht. Der Großteil der politischen Führer und Aktivisten, die durch ihr Charisma und ihre Erfahrung noch vermochten, die Massen zu mobilisieren, sitzt in Gefängnissen ihre teils lebenslangen Haftstrafen ab. Angesichts der fehlenden internationalen Unterstützung und der Stagnation der Verhandlungen verschwindet die bahrainische Revolution auch aus den westlichen Medien.

Ernüchtert von der fehlenden Aufmerksamkeit und frustriert vom ausbleibenden Interesse für ihre Sache, lassen sich viele durch die staatlichen finanziellen Anreize vom Regime kooptieren. Zumindest ihre Wohnsituation wird verbessert. Die Regierung kündigt die Schaffung zusätzlicher Stellen im öffentlichen Sektor an und reduziert die Haftstrafen einiger politischer Führer. Des Weiteren stellt sie eine Änderung der Einbürgerungspolitik und ein Ende des *Gerrymandering* in Aussicht.

An den Befugnissen des Parlaments wird allerdings nichts geändert. Somit bleibt das Land politisch weiterhin sunnitisch dominiert. Die Proteste lösen sich auf, die Menschen verschwinden von der Straße.

Jakob Puppe

VII. Literaturangaben

AL-SAAD, YAZAN: Bahrain's Uprising, <http://www.muftah.org/?p=893>, abgerufen am 15.07.2011.

BIRNINGER, THOMAS: GCC-Truppen und Kriegsrecht in Bahrain, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., <http://www.kas.de/rpg/de/publications/22240/>, abgerufen am 19.07.2011.

DAMIR-GEILSDORF, SABINE: Abriss oder Renovierung? Opposition in Bahrain, in: *inamo* 65, Jahrgang 17, Frühjahr 2011, S. 12-15.

¹³ Die Absage des Formel 1 Grand Prix' von Bahrain hat weniger für die bahrainische Wirtschaft als für die Formel 1 selbst negative finanzielle Folgen.

KAROLAK, MAGDALENA: Religion in a Political Context: The Case of the Kingdom of Bahrain, in: *Asia Journal of Global Studies*, Vol 4, No 1 (2010-11), S. 4-20.

KERR, COURTNI, JONES, TOBI: A Revolution Paused in Bahrain, Middle East Research and Information Project, <http://www.merip.org/mero/mero022311>, abgerufen am 20.07.2011.

INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Middle East Report N°105, 6 Apr 2011: Popular Protests in North Africa and the Middle East (III): The Bahrain Revolt, <http://www.crisisgroup.org>, abgerufen am 12.07.2011.

INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Middle East Report N°111, 28 July 2011: Popular Protests in North Africa and the Middle East (VIII): Bahrain's Rocky Road to Reform, <http://www.crisisgroup.org>, abgerufen am 29.07.2011.

INTERNATIONAL CRISIS GROUP: Middle East Report N°40, 6 May 2005: Bahrain's Sectarian Challenge, <http://www.crisisgroup.org>, abgerufen am 12.07.2011.

RIZVI, SAJJAD: Shi'ism in Bahrain: Marja'iyya and Politics, in: *Orient IV* / 2009, Jahrgang 50, S. 16-23.

Landesdaten Oman

Fläche ¹	2011	309.500 km ²
Bevölkerung ²	2011	2.997.990
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	9,31
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber, Baluchi, Südasien (Indien, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesh), Afrikaner
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Ibaditen 75%, Sunniten, Schiiten, Hindus und andere 25%
Durchschnittsalter ⁶	2010	24,1 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	24%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	2%
Lebenserwartung ⁹	2010	76,1 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2011	4.900.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	3,0
Alphabetisierungsrate	2010	81,4%
Nutzer Mobiltelefone ¹²	2009	3.971.000
Nutzer Internet ¹³	2009	1.465.000
Nutzer Facebook ¹⁴	2011	285.080
Wachstum BIP ¹⁵	2008	12,8%
BIP pro Kopf ¹⁶	2010	26.258 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁷	2010	15%
Inflation ¹⁸	2011	3,3%
S&P-Rating ¹⁹	2011	BBB+
Human Development Index Rang ²⁰	2010	k.A.
Bildungsniveau ²¹	2010	Rang 106 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²²	2010	k. A.
Politische Teilhabe ²³	2010	16,1%
Korruptionsindex ²⁴	2010	Rang 41 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

³ <http://www.indexmundi.com/facts/oman/population-density>

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>, International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁶ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁷ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁸ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

¹⁹ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²⁰ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²³ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁴ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Oman

Die Proteste des „Arabischen Frühlings“ kamen für viele unerwartet und heftig. Zum ersten Mal konnte ein solch heftiges Aufbegehren in der arabischen Welt beobachtet werden. Auch im Oman, vorher eher als Land mit zwar wenig Möglichkeiten der politischen Entfaltung für den einzelnen, dafür jedoch mit einem vergleichsweise hohen Lebensstandard bekannt, sorgten Demonstrationen und Kundgebungen, verbunden mit den Forderungen nach mehr Freiheit und Sicherheit, für Aufsehen.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Archäologische Funde auf dem Gebiet des heutigen Oman lassen vermuten, dass die ersten Siedlungen durch Menschen bereits vor circa 5.000 Jahren existierten. Das Volk der Sumerer, eine Hochkultur, welche an der Entwicklung sowie territorialen Ausbreitung Mesopotamiens entscheidend beteiligt war, siedelte sich um 3.000 v. Chr. im Nordoman an, wo bei ständigem Bevölkerungszuwachs schnell das Reich Magan entstand. Hiermit war der erste Schritt zur Jahrtausende dauernden Entwicklung zum heutigen Sultanat von Oman getan.

Der sich um 630 n. Chr. im Aufbruch befindende Islam machte auch vor den Gebieten des heutigen Oman nicht halt. Ein Grossteil der omanischen Bevölkerung konvertierte so, unmittelbar nach dem Aufkommen der neuen Religion auf der Arabischen Halbinsel, zum Islam. Anders als jedoch der Grossteil der heutigen islamischen Gemeinschaften gehört die Mehrzahl der im Oman lebenden Muslime der Glaubensgemeinschaft der Ibaditen an. Die Ibaditen entstanden aus den so genannten Kharidjiten, welche heute oftmals als erste islamische Sekte bezeichnet werden.¹ Eine dieser Gruppen, welche aus den verbliebenen Kharidjiten hervorgingen, waren Al-Ibadiyyah, die Ibaditen. Sie wählten als neue Herrscherform das System des Imamats, welches sich im Vergleich zu den späteren Kalifatsystemen z.B. der Umayyaden oder der Abbasiden,

beide sunnitischen Glaubens, hinsichtlich der Wahl des Herrschers fundamental unterschied: Bei den Ibaditen wurde der Führer aus einem Rat von Islamgelehrten gewählt. Er benötigte hierfür die direkte Unterstützung der Gelehrten, welche sich als legitime Vertretung des Volkes sahen. Zwar wurden diese, im Gegensatz zu modernen Demokratien, nicht direkt vom Volk gewählt oder eingesetzt, jedoch waren sie, und dies vor allem moralisch, dem Willen des Volkes unterstellt. Ebenso wurde das Ziel einer „volksnahen“ Regierung und religiösen Vertretung angestrebt. Somit war man vom Wohlwollen des Volkes durchaus abhängig. Während in den vielen anderen Teilen der islamischen Welt das Kalifat entweder eine Art erbliches Königtum, auch Familiendynastie, oder eine theokratische Einrichtung wurde, blieb im Oman das Imamats weitgehend eine Sache realer Wahlen.

Das Imamats von Oman bestand in seiner ursprünglichen Form bis ca. 1750. Durch die ca. 150 Jahre andauernde Kolonialisierung Omans durch die Portugiesen sowie innere Streitigkeiten wurde das Imamats in zwei Teile gespalten. So konnte auf der einen Seite das theokratisch ausgerichtete Imamats weiterhin bestehen, wurde jedoch im anderen, wirtschaftlich wichtigeren Teil durch das realpolitisch orientierte Sultanats ersetzt. Dies bedeutete gleichzeitig die Entmachtung der Islamgelehrten, wenngleich ihnen das theoretische Mitspracherecht bei politischen sowie religiösen Fragen im Sultanats weiterhin gewährt wurde. Unter dem Sultanats wurde Oman durch seine günstige geostrategische Lage mit seiner geographischen Nähe zu Asien zu einem wichtigen Handelsplatz zwischen der Arabischen Halbinsel und Indien, und konnte somit seine Herrschaft bis nach Sansibar, Mombasa und ebenso in Teilen Indiens ausbreiten.

Im 20. Jahrhundert geriet Oman ebenso wie andere arabische Nachbarn unter britischen Kolonialeinfluss und wurde zum Schauplatz der regionalen Rivalitäten um die neu entdeckten Ölvorkommen. So entstanden ab den 1930er Jahren erste Spannungen zwischen dem Sultanats im Oman, seinen britischen Verbündeten, sowie dem Imamats, dem von Ibn

¹ In der islamischen Geschichtsschreibung gelten diese als extremistisch bezeichnete Sekte oder Abspaltungsbewegung, mit starkem Augenmerk auf die Verfolgung der, von ihren theologischen Grundsätzen abweichenden, Muslime. Durch ihre durchaus extremistische Auslegung der Religion gerieten die Kharidjiten recht schnell unter Druck. So kam es schon um 660 n. Chr. zum beinahe kompletten Zerfall der Sekte, welcher zum einen durch massive Bekämpfung, die ihnen durch den vierten Kalifen Ali widerfuhr, zum anderen durch Streitigkeiten untereinander, sowie die Spaltung in mehrere, sich in theologischen Details unterscheidende Gruppierungen, in hohem Maße gefördert wurde.

Saud regierten Saudi-Arabien und der *Arabian-American Oil Company* (ARAMCO), welche 1933 den Zuschlag für großflächige Bohrkonzessionen auf der Arabischen Halbinsel erlangte. Der Vertrag zwischen Saudi-Arabien und ARAMCO sicherte der Ölgesellschaft auch die Bohrrechte an den Grenzgebieten zu Oman, in denen der genaue Grenzverlauf seit geraumer Zeit unklar war. Als ARAMCO schließlich immer weiter in omanisches Gebiet vordrang, wehrte sich der Oman gegen diesen Eingriff in seine Souveränität, indem englische Truppen nun gemeinsam mit der Armee des Sultanats versuchten, die Einhaltung der Grenzen seitens ARAMCO zu gewährleisten. Der Konflikt zwischen Oman und Saudi-Arabien sowie den Briten auf omanischer und den Amerikanern auf saudi-arabischer Seite zog sich so über Jahre hin, und sollte bis nach dem Zweiten Weltkrieg stets kurz vor einer Eskalation stehen.

Der damalige Sultan Sayyid plante schon lange den Sturz des Imamats, welches den wachsenden Einfluss des Sultanats bedrohte. Großbritannien wiederum nutzte die sich bietende Gelegenheit, ölreiche Gebiete des Imamats unter britische Kontrolle zu bringen, indem kurzerhand Militärbasen auf imamitischem Territorium errichtet wurden. Saudi-Arabien stellte sich auf die Seite des Imamats, um sich mit der Hilfe von ARAMCO den britischen Ölförderungsplänen zu widersetzen. Durch die britischen Militärbasen und den damit verbundenen Ölbohrungen auf imamitischem Gebiet kam es 1954 zu vereinzelten Militäraktionen zwischen den konkurrierenden Parteien, an deren Ende die Besetzung Nizwas, der Hauptstadt des Imamats, stand. Die Regierung floh nach Saudi-Arabien und verlor dadurch alle Ansprüche auf Fortführung der Souveränität des Imamatsstaats. Die hieraus resultierende Ausweitung des Sultanats auf das vorherige Staatsgebiet des Imamats hatte die Gründung des Gesamtstaates zur Folge. Die damalige Grenzziehung hat bis heute Gültigkeit. Sultan des neuen Oman wurde Sayyid Sa'id bin Taimut Al Sa'id (1910-1972, reg. 1932-1970), welcher sein Hauptaugenmerk vor allem darauf legte, Oman dem britischen Einfluss zu entziehen und den Staat finanziell unabhängig von ausländischen Zahlungen zu machen. Diese Ziele versuchte er

mit einschneidenden Sparmaßnahmen durchzusetzen. Stattdessen verhinderte er so die Modernisierung der Wirtschaft. Die damit verbundene Unbeliebtheit in der Bevölkerung, die unter anderem durch das Ausreiseverbot, welches Sultan Sa'id bin Taimut zum Schutze vor ausländischen Einflüssen verabschiedet hatte, ausgelöst wurde, ermöglichten seinem Sohn Qabus bin Sa'id 1970 den Staatsstreich und somit den Sturz des Sultans.

Der neue Sultan, Qabus bin Sa'id Al Sa'id, *de facto* Staatsoberhaupt Omans, Regierungschef, Außenminister, Verteidigungsminister, Chef der Zentralbank sowie Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Polizei, begann unmittelbar nach seiner Machtergreifung zunächst mit der kompletten Umbildung der Regierung seines Vaters. Sultan Qabus hob als eine seiner ersten Amtshandlungen den verhängten Ausnahmezustand, die Ausgangssperre sowie die Ausreiseperrre auf, welche Sultan Sayyid Sa'id vor allem aus Angst vor der Gefahr einer aufkommenden Opposition im Ausland verfügt hatte. Nach dem Eintritt in die UNO sowie die Arabische Liga 1971 lag das Hauptaugenmerk auf der Modernisierung der so gut wie nicht vorhandenen Infrastruktur, des Bildungs- sowie des Gesundheitswesens. Grundlage dieser Modernisierungspolitik sollten die gesteigerten Erdöleinnahmen sein.² Dadurch wurde jedoch auch der Nährboden für, eines der größten Probleme der omanischen Volkswirtschaft gelegt – der starken Abhängigkeit der Erdölexporte. Oman gilt gemeinhin als Rentierstaat, dessen Ölreserven rein rechnerisch nur noch für knapp 18 Jahre ausreichen werden. Auch hier besteht in den Augen der Bevölkerung dringender Handlungsbedarf.

Der Beginn der 1980er Jahre wurde von dem Versuch dominiert, Oman in eine moderne Industrienation zu transformieren. Hierzu wurden mit Hilfe des 1981 gegründeten Golf-Kooperationsrates (GCC) die Handelsbeziehungen zu den Nachbarstaaten intensiviert und durch das 1989 geschlossene Kooperationsabkommen mit der EU die Abnahme der eigens produzierten Güter gewährleistet. Die Unterzeichnung des *Unified Economic Agreement* im Jahre 1982 sorgte für die Liberalisierung des Warenverkehrs, sowie der Einrichtung einer Zollunion zwi-

² In den frühen Jahren der 1960er Jahre wurde innerhalb der Staatsgrenzen des Oman Öl zum kommerziellen Abbau gefunden. Ein erstes Exportterminal wurde in Mina Al-Fahal unweit der Hauptstadt Maskat errichtet. Sieben Jahre nach den ersten erfolgreichen Bohrungen konnten 1967 die ersten Ölexporte, zunächst in geringen Mengen von ca. 30.000 Barrel pro Tag, vollzogen werden. Bis 1970 stieg die Fördermenge auf 332.000 Barrel am Tag. Nach Schätzungen der Weltbank ermöglichten die Erdölförderung sowie der Export dem Oman die Steigerung des Bruttosozialprodukts um 8% zwischen 1965 und 1987.

schen den Staaten der Arabischen Halbinsel. Zunächst war zwischen den Staaten des Kooperationsrates sogar die Einrichtung einer gemeinsamen Währung geplant, welche aber aufgrund innerpolitischer Differenzen und unterschiedlich formulierter Ziele faktisch nicht mehr in Betracht gezogen wird.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Nach verhaltener Kritik und den ersten erfassten Demonstrationen in der Geschichte Omans Anfang der 1990er Jahre, welche die Modernisierung des Staatssystems und die damit einhergehende Demokratisierung forderten, entstand 1991 ein Rat, *Majlis Oman*, bestehend aus Konsultativrat und Staatsrat, welcher dem Sultan beratend zur Seite steht, allerdings keine legislative Funktion besitzt. Seit 1996 hat Oman eine Verfassung, deren Rechtswesen auf der islamischen Scharia ruht, welche aufgefördert ist, individuelle Freiheitsrechte von Bürgern festzulegen und allgemeine Aspekte des politischen Systems zu regeln. Seit 2002 besteht für jeden omanischen Staatsbürger ab 21 Jahren die Möglichkeit, die Mitglieder des Konsultativrates sowie des Staatsrates direkt zu wählen, was jedoch angesichts des Mangels an Entscheidungsgewalt nicht wirklich als demokratischer Wandel im autoritären System Omans gewertet werden kann. Sämtliche Mitglieder des Oberhauses, der *Majlis ad-Dawla*, werden vom Sultan ernannt. Trotz allem bescheinigte das UNO-Entwicklungsprogramm dem Oman in den bislang 40 Regierungsjahren des Sultans die weltweit größten Entwicklungssprünge.

Die im Vergleich zur Herrschaft Sayyid Sa'ids positiven Veränderungen können jedoch nicht über die zum Teil massiven Probleme des Landes hinwegtäuschen: So wird unter anderem die hohe Bestechlichkeit von Beamten beklagt. Die Vorwürfe gegenüber der omanischen Regierung wiegen schwer: Korruption seitens der Regierung, namentlich Minister und Berater, wird nicht verfolgt. Vor allem wirft man dem Sultan vor, sich in erster Linie für Projekte einzusetzen, welche seinen persönlichen Interessen entgegenkommen. Der Bau einer knapp 2 Mrd. EUR teuren Oper im Zentrum von Maskat ist ein Beispiel von vielen, welches die Gemüter der omanischen Bevölkerung erhitzte. Ebenso wirft man dem Sultan vor, sich nur rudimentär mit der Lage des Lan-

des und der Gesellschaft zu beschäftigen. Stimmen wurden laut, welche Sultan Qabus beschuldigten, den Grossteil seiner Zeit in einem seiner Paläste oder auf seiner Motorjacht, gleichzeitig die drittgrößte der Welt, zu verbringen. Auch wird ihm vorgeworfen, seinen repräsentativen Pflichten nicht ausreichend nachzukommen: Der Sultan eröffnet keine Schulen, legt keine Grundsteine bei wichtigen Infrastrukturprojekten, wendet sich nur einmal im Jahr mit einer Rede an sein Volk und verleiht keine Orden.

Eines der größten Probleme Omans ist jedoch die stetig steigende Arbeitslosigkeit, welche 2010 bei rund 15% lag. Die Zahl der unter 25-Jährigen liegt im Oman, vergleichbar mit dem Grossteil anderer arabischer Staaten, mit rund 51% der Staatsbürger weit über dem weltweiten Durchschnitt. Daraus resultierend kämpft der Oman ebenso mit einer relativ hohen Jugendarbeitslosigkeit, welche derzeit bei geschätzten 20% liegt. Hinzu kommt, dass jedes Jahr rund 50.000 junge Omanis mit Abschluss ihrer Schulausbildung auf den ohnehin schon gesättigten Arbeitsmarkt strömen. In Angesicht der schlechten Arbeitsmarktlage jedoch meist ohne Erfolg. Dies wirkt sich besonders negativ auf junge, gut qualifizierte Hochschulabsolventen aus, für die es so gut wie keine Möglichkeiten gibt, ihr erlangtes Wissen in einem Beruf anzuwenden. Dies kann besonders häufig bei Studiengängen zu technischen Berufen beobachtet werden. Hierbei spielt die Vernachlässigung der Industriezweige, welche nicht auf die Ölindustrie im weitesten Sinne bezogen sind, eine ausschlaggebende Rolle.

Auch in Städten mit einer traditionell starken Industrie konnte in den letzten Jahren ein Anstieg der Arbeitslosigkeit beobachtet werden. Städte wie das im Nordosten gelegene Suhar, seit Jahrhunderten einer der wichtigsten Häfen Omans, wurden so zum Zentrum der Proteste, welche im Zuge der flächendeckenden Aufstände des „Arabischen Frühlings“ im Nahen und Mittleren Osten ausbrachen. Genau wie in Tunesien, Ägypten, Libyen, Bahrain oder Syrien waren es also auch im Oman meist junge, mehr oder weniger gut ausgebildete Menschen, welche ihre berufliche Zukunft in ihrer Heimat gefährdet sehen und enttäuscht von der Regierung ihres Landes sind, welche sich viel zu oft viel zu wenig um die Belange des Volkes gekümmert haben. Besonders fällt jedoch auf, dass es,

im Gegensatz zu anderen Ländern des „Arabischen Frühlings“, im Oman keine organisierten Proteste gegeben zu haben scheint. Faktisch existierten keine Gruppen, Parteien, oder Interessenszusammenschlüsse, welche die Proteste organisierten oder förderten.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

So war es dann auch fast ausschließlich die Jugend Omans, welche ab dem 18. Februar 2011 durch die Straßen des Regierungsviertels von Maskat zog, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Dabei handelt es sich um jene 90% der Bevölkerung, welche die Zeit vor Sultan Qabus nur aus Erzählungen kennen, und somit nur eine vage Vorstellung von den Veränderungen haben, welche seit der Zeit Sultan Sayyid Al Sa'id vorangetrieben wurden. Der Wille nach Mitbestimmung und Freiheit, nach Entfaltung und Bildung überwog wohl erstmals den großen Respekt vor dem allgegenwärtigen Herrscher Qabus. Dennoch richteten sich die Proteste zunächst zu keinem Zeitpunkt gegen den Sultan persönlich oder seine Herrschaftslegitimation. An diesem ersten Tag schien es zunächst fast eher eine Solidaritätsveranstaltung für jene Länder des „Arabischen Frühlings“ zu werden, welche in den Tagen und Wochen zuvor im Fokus der Öffentlichkeit standen. Zu vage waren die Forderungen der Demonstranten.

Allerdings konnten sich die Demonstranten schon am zweiten Tag der Demonstrationen auf gemeinsame Forderungen einigen: Zunächst verlangten die Protestierenden die Schaffung neuer Arbeitsplätze und politische Veränderungen, mehr Partizipationsrechte und das Recht zu Parteigründungen. Doch nach wie vor richteten sich die Proteste ausdrücklich nicht gegen den Sultan. Auffallend war zudem, dass die Proteste dieser ersten Tage ausschließlich in der Hauptstadt Maskat stattfanden. Diese Tatsache sollte sich im weiteren Verlauf der Demonstrationen jedoch grundlegend ändern.

Nach den ersten Tagen der friedlichen Proteste nahmen die Demonstrationen ab. Immer weniger Menschen beteiligten sich an den jetzt nur noch vereinzelt auftretenden Kundgebungen. So waren es in der Hauptstadt Maskat nur noch knapp 300 Demonstranten, welche sich gegen das System erhoben. Durch die Entwicklungen anderer

arabischer Staaten gewarnt, versuchte Sultan Qabus den Forderungen der Protestierenden zunächst entgegenzuwirken, indem er während der ersten Tage der Proteste 200 politische Häftlinge aus den Staatsgefängnissen entließ.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Fast mutete es an, als hätte die Mehrheit erst einmal genau beobachtet, wie der Sultan auf die ersten Proteste reagieren würde. Genau sieben Tage nach den ersten Protesten in der Hauptstadt, und den damit verbundenen Entlassungen von politischen Häftlingen, kam es nun zu Kundgebungen und Versammlungen überall im Land. Die Menschen hatten augenscheinlich das Gefühl, mehr erreichen zu können. Es schien nun auf einmal die Möglichkeit zu bestehen, etwas im Land bleibend verändern zu können. Nach den zunächst verhaltenen, fast abwartenden Protesten gingen nun in Suhar annähernd 2.000 Menschen auf die Strasse, um für Reformen, mehr Meinungsfreiheit, eine gerechtere Verteilung der staatlichen Einnahmen aus Ölgeschäften, mehr Transparenz bei innerpolitischen Entscheidungen, sowie gegen korrupte Regierungsbeamte und Masseneinwanderung von Wanderarbeitern, welche mit knapp 700.000 Menschen einen vergleichsweise großen Teil der Bevölkerung ausmachen, zu demonstrieren.

Im Verlauf der sich nun ständig ausweitenden Proteste kam es auch erstmalig zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, in deren Verlauf die Polizei versuchte, die mit Steinen werfenden Demonstranten mit Tränengas und Gummigeschossen zurückzudrängen. Zunehmend kristallisierte sich das nordöstlich gelegene Suhar als Protesthochburg heraus. Die ca. 250 Kilometer von Maskat entfernte und somit unmittelbar an der Meerenge zu Iran gelegene Stadt beherbergte den einst bedeutendsten Hafen Omans und galt von jeher als einer der wichtigsten Handelsplätze der arabischen Welt. Durch den stetigen Stellenabbau, die geringe Arbeitslosenhilfe und den ständigen Zustrom von ausländischen Gastarbeitern stiegen die Arbeitslosenzahlen auf mehr als 20% und damit auf einen deutlich höheren Wert als im gesamtomanischen Durchschnitt. Im Rahmen der Proteste kam es zu mehreren Angriffen auf Polizeistationen

und Regierungsgebäude. Die Zahl der Verletzten und Toten schwankt stark zwischen den offiziellen Angaben und den Angaben seitens der Demonstranten. Insgesamt sind in Oman während der Proteste des „Arabischen Frühlings“ wohl knapp mehr als zehn Menschen ums Leben gekommen.

V. Bisherige Reaktion staatlicher und gesellschaftlicher Akteure

Die Proteste im Oman kamen für viele überraschend. Besonders die Staaten des Golf-Kooperationsrates schienen durch die Entwicklungen in den Gesellschaften ihrer Bündnispartner zunehmend beunruhigt. Im Vergleich zu anderen arabischen Staaten, in denen die Menschen nicht nur rechtlos, sondern meist auch mittellos sind, schienen die Golfstaaten eine Insel der relativen Freiheit und des wirtschaftlichen Wohlstandes zu sein. Die Herrscher schienen sich der Unterstützung und des Vertrauens ihrer Untertanen sicher. Nun deutete sich an, dass genau diese Sicherheit ins Wanken könnte. Die Proteste in Bahrain waren kurz davor zu eskalieren, und im Oman forderten Demonstranten erstmals nach dem Tod einiger Protestler die Absetzung des Sultans. Somit wollten die Herrscherfamilien aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten ein Überschwappen der Proteste um jeden Preis verhindern. Eine undenkbbare Situation – Revolutionen in den Golfstaaten – schien, nach nun auch zaghaft aufkommenden Demonstrationen in Saudi-Arabien, auf einmal denkbar. Im Golf-Kooperationsrat kam so der Entschluss auf, dem Oman sowie Bahrain mit einem Hilfspaket von 20 Mrd. USD die Möglichkeit zu geben, auf politischer Ebene und langfristig gegen die Aufstände vorzugehen.

Erste kleinere Reformen, welche wohl als Zugeständnisse an die Demonstranten verstanden werden können, verabschiedete Sultan Qabus bin Sa'id unmittelbar nach der ersten Welle der Proteste. Zu diesen Reformen gehörte das Versprechen, rund 180 Mio. EUR für Stipendien zur Verfügung zu stellen, mit denen der Sultan bis zu 1.000 Studenten eine akademische Ausbildung ermöglichen will. Ebenso kam es zur Gründung eines Konsumentenverbandes und der Senkung der Lebensmittelpreise. Schon im Januar 2011 wurde seitens der omanischen Regierung ein Fünfjahresplan erlassen, welcher die stufen-

weise Umwälzung der, zurzeit zu mehr als 75% aus Ölgeschäften bestehenden, Gesamtwirtschaft vorsieht. Laut Studien ist, trotz intensiver Förderung, der Abbau von Erdöl im Oman nur noch für weitere 18 Jahre möglich. Viel wahrscheinlicher ist ein aus wirtschaftlicher Sicht gesehen notwendiger Förderungsstopp einige Jahre früher. Die Reduzierung der Erdölförderung führte somit schon in den letzten Jahren zu massivem Stellenabbau in der so wichtigen Ölindustrie. Einer der dringendsten Schritte wäre somit konsequenterweise eine Diversifizierung der omanischen Wirtschaft, welche während der letzten Jahre weitgehend vernachlässigt wurde.

Der Plan sieht ebenso die Bereitstellung von rund 55 Mrd. EUR für umfassende Reformen in der Arbeits- und Bildungspolitik sowie der omanischen Wirtschaft vor. Ebenso rechnet der Plan mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts um durchschnittlich 5% innerhalb der nächsten fünf Jahre. Im Zuge der landesweiten Proteste und Ausschreitungen wurden diese Planungen und das bereitgestellte Budget noch einmal aufgebessert. Nach den schnellen Reformangeboten, welche von Sultan Qabus unmittelbar mit dem Aufkommen der ersten Demonstrationen bereitgestellt wurden, kamen nach und nach weitere Zugeständnisse der Regierung hinzu. Zunächst wurden alle Gehälter des öffentlichen Dienstes um 190 EUR angehoben. Anschließend erhöhte die Regierung die Pensionen um bis zu 50%.

Einer der massivsten Forderungen der Demonstranten war die Bekämpfung der Korruption in Verbindung mit einem sanften Demokratisierungsprozess. Bei Kundgebungen wurden von Seiten der Demonstranten detaillierte und transparente Untersuchungen gefordert, welche das Ausmaß der Korruption im Oman an die Öffentlichkeit bringen sollten. Sultan Qabus entließ hierauf insgesamt zwölf Minister, welche der Korruption beschuldigt wurden.

VI. Zukunftsszenarien

Umfassende Reformen werden jedoch in den nächsten Jahren vermutlich weiterhin ausbleiben. Es bleibt abzuwarten, inwiefern der Sultan seine bisher gemachten Versprechen auf innerpolitische Veränderungen wirklich einlöst. Weiterhin gilt es, die Verlagerung der

Wirtschaft von einem fast reinen Ölproduzenten zu einer vielschichtigen Volkswirtschaft mit gleichmäßig verteilten Wirtschaftsschwerpunkten anzutreiben. Nur so können gesteckte Ziele erreicht werden. Dazu zählt vor allem die Reform des Arbeitsmarktes, welche die Schaffung von 50.000 Arbeitsplätzen zur Folge haben soll.

Trotz der ihm vorgeworfenen Verfehlungen und seines autoritären Herrschaftsstils steht der Sultan bisher nicht im Fokus der Proteste. Der Grossteil der omanischen Bürger sieht Sultan Qabus aufgrund der enormen Fortschritte unter seiner Regentschaft nach wie vor als legitimen politischen Herrscher. Allerdings bleibt abzuwarten, inwieweit sich dieser Blickwinkel bei einem möglichen Bruch der Versprechen ändern würde. Eines scheint zumindest deutlich zu werden: Der „Arabische Frühling“ hat bei vielen jungen Menschen Interesse an politischer Partizipation geweckt. Unlängst wurde in Omans Hauptstadt die erste Nichtregierungsorganisation gegründet,

welche Seminare für Frauen ebenso wie Schulungen im Bereich Medien in Verbindung mit Menschenrechten anbietet. Weiterhin wird die Notwendigkeit bestehen, gegen Korruption unter Beamten und Minister vorzugehen. Zwar rangiert der Oman im internationalen Korruptionsvergleich auf Rang 41, und damit weitaus besser platziert als z. B. Jemen mit Rang 146. Die Dunkelziffer der nicht erfassten Korruptionsfälle dürfte im Oman jedoch wahrscheinlich weitaus höher liegen. Der Weg in eine veränderte Zukunft Omans könnte somit steinig werden. Jedoch bietet Oman prinzipiell einige der besten Voraussetzungen aller vom „Arabischen Frühling“ betroffenen Staaten, jedoch gilt es diese mit viel Engagement und Investitionen in die Tat umzusetzen. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf jenen vernachlässigten Industriestädten im Nordosten des Landes liegen, welche schon bei Beginn der Proteste eine maßgebliche Rolle spielten.

Ivo Lisitzki

VII. Literaturangaben

OXFORD BUSINESS GROUP: The Report: Oman: Politics,
http://www.oxfordbusinessgroup.com/full_content/politics-122, abgerufen am 15.07.2011.

<http://www.fundinguniverse.com/company-histories/PETROLEUM-DEVELOPMENT-OMAN-LLC-Company-History.html>, abgerufen am 30.06.2011.

<http://www.asharq-e.com/news.asp?section=2&id=25849>, abgerufen am 30.06.2011.

<http://www.m.gulfnews.com/news/gulf/oman/protesters-in-oman-happy-with-qaboos-decision-to-give-council-of-oman-powers-1.776309>, abgerufen am 15.07.2011.

VALERI, MARC: OMAN: Politics and Society in the Qaboos State, London 2009.

WILKINSON, JOHN CRAVEN: Ibadism: Origins and early development in Oman, Oxford 2010.

Landesdaten Kuwait

Fläche ¹	2011	17.818 km ²
Bevölkerung ²	2010	3.100.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	160.66
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Araber 80%, Südasiaten 9%, Iraner 4%, andere 7%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	Muslime 85%, (Sunniten 70%, Schiiten 30%), andere (Christen, Hindus u.a.) 15%
Durchschnittsalter ⁶	2010	28,5 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	26%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	3%
Lebenserwartung ⁹	2010	77,09 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	5.200.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	2,2
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	93,3%
Mobiltelefone ¹³	2009	3.876.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	1.100.000
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	822.640
Wachstum BIP (Prognose) ¹⁶	2011	5,3%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	50.284 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁸	2010	1,6%
Inflation ¹⁹	2011	6,1%
S&P-Rating ²⁰	2011	AA
Human Development Index ²¹	2010	Rang 47 (von 169)
Bildungsniveau ²²	2010	Rang 27 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²³	2010	52,2 %
Politische Teilhabe ²⁴	2010	31,3%
Korruptionsindex ²⁵	2010	Rang 54 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp> 249.

³ <http://www.tradingeconomics.com/kuwait/population-density-people-per-sq-km-wb-data.html>.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ CIA – The World Factbook.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁶ Germany Trade and Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Kuwait, Mai 2011, http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_8476.pdf?show=true.

¹⁷ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁸ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁹ International Monetary Fund, Regional Economic Outlook, Middle East and Central Asia, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2011/mcd/eng/pdf/mreo0411.pdf>.

²⁰ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²³ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁴ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁵ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Kuwait

Die direkten Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ auf Kuwait sind bislang gering, da sich die Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit der einheimischen Bevölkerung, wie sie in anderen arabischen Ländern existiert, auf eher niedrigem Niveau bewegt und der soziale Druck aufgrund des verhältnismäßig hohen Lebensstandards kaum nachhaltige Proteste herausfordert. Dennoch kam es auch in Kuwait zu Demonstrationen, vor allem von den staatenlosen, in Kuwait lebenden Arabern, die für die kuwaitische Staatsbürgerschaft protestierten. Zum anderen demonstrierten interne Kräfte, die parlamentarische Opposition zusammen mit mobilisierten kuwaitischen Jugendbewegungen, die sich gegen den derzeit amtierenden Premierminister richten und mit Forderungen nach mehr politischer Freiheit einher gehen. Die Demonstrationen in Kuwait lassen sich daher in zwei unterschiedliche, voneinander getrennt zu betrachtende Bewegungen einteilen, welche jedoch nicht den Emir Al Sabah in Frage stellen, sondern vielmehr eine Transformation innerhalb des politischen Systems fordern. Kuwait kann daher auch in absehbarer Zukunft als politisch stabil eingeschätzt werden.

I. Politisches System und gesellschaftliche Entwicklungen

Der Staat Kuwait liegt im nordwestlichen Küstenbereich des persisch-arabischen Golfs und grenzt südlich an das Königreich Saudi-Arabien und nördlich an die Republik Irak. Mit einer Fläche von rund 17.818 km² ist es vergleichbar mit Rheinland-Pfalz. Die Bevölkerung Kuwaits belief sich 2010 auf ca. 3,1 Mio. Davon sind nur ca. 1 Mio. gebürtige Kuwaitis, ca. 2,1 Mio. sind Ausländer, meist aus anderen arabischen Ländern, dem indischen Subkontinent und den Philippinen.

Kuwait ist ein Fürstentum (Emirat), dessen Regierungsform eine Monarchie mit parlamentarischer Beteiligung ist. Die Emir-Würde ist in der Familie Sabah erblich, die seit etwa 250 Jahren das Land regiert. Das Staatsoberhaupt ist seit dem 24. Januar 2006 der Emir von Kuwait Scheich Sabah al-Ahmed al-Jaber Al Sabah. Unter Mitwirkung des Parla-

ments ernennt der Emir seinen Thronfolger. Die Verfassung von Kuwait gibt an, dass die Thronfolge denjenigen Mitgliedern der Al Sabah vorbehalten ist, die Nachkommen von Scheich Mubarak dem Großen (reg. 1896-1915) sind. Traditionell aber ist die Thronfolge auf die Nachkommen der Mubarak-Söhne Jaber und Salem beschränkt und es wird zwischen den beiden Linien gewechselt. Durch die Ernennung des derzeitigen Emirs, Scheich Al Sabah, unterbrach die Familie eine lange Tradition der wechselnden Macht zwischen den beiden großen Flügeln.

Laut der kuwaitischen Verfassung beruht das Regierungssystem Kuwaits auf der Gewaltenteilung. Die exekutive Gewalt hat sowohl der Emir, als auch die von ihm ernannten Minister einschließlich des Premierministers inne. Meist ist das Amt des Premierministers so wie die wichtigsten Ministerien mit Angehörigen der herrschenden Familie Sabah besetzt. Die legislative Gewalt liegt bei der Nationalversammlung. Der Emir wirkt durch sein Initiativ- und suspensives Vetorecht dabei unmittelbar mit. Weiterhin besitzt der Emir das Vorrecht, die Nationalversammlung aufzulösen, von welchem die Herrscher Kuwaits in der Vergangenheit schon häufiger Gebrauch gemacht haben, so zuletzt 1999, 2006, 2008 und im März 2009.

Das kuwaitische Parlament, die Nationalversammlung (arabisch: *Majlis al-umma*), ist das älteste seiner Art in der Region und wurde nach der Unabhängigkeit Kuwaits im Jahre 1961 eingerichtet. Es handelt sich hierbei um ein Einkammerparlament, das auf vier Jahre gewählt wird. Die Nationalversammlung besteht aus 50 Mitgliedern und maximal 16 Regierungsmitgliedern, die *ex officio* Mitglieder des Parlaments sind. Bei der Ernennung der Regierung wirkt die Nationalversammlung nicht mit. Sie kann aber Minister zu Befragungen vorladen und unter Umständen durch ein Misstrauensvotum ihren Rücktritt durchsetzen. Ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister ist hingegen nicht möglich. Allenfalls kann das Parlament beschließen, dass es nicht mehr mit dem Premierminister zusammenarbeiten kann. Der Emir kann daraufhin entweder den Premierminister entlassen und ein neues Kabinett ernennen oder das Parlament auflösen. Das kuwaitische Parlament hat so in der Vergangenheit Minister zum Rücktritt gezwungen und Erlasse des Emirs mehrfach für ungültig erklärt. Ein inter-

essantes Beispiel ist hierbei die Einführung des Frauenwahlrechts, welches verdeutlicht, dass mehr politische Partizipation nicht zwangsläufig zu den von westlicher Seite gewünschten Ergebnissen führt. Das Parlament hat zwar keine Gestaltungsmacht. Außerdem kann es grundsätzlich rein „negativ“ agieren. Doch das Befragungsrecht hat sich als ein wichtiges Gestaltungsinstrument des Parlaments entwickelt.

Politische Parteien sind in Kuwait verboten. So werden Abgeordnete ausschließlich *ad personam* gewählt. Sie können jedoch teilweise parteiähnlichen Gruppierungen zugeordnet werden, die etwa die Hälfte der gewählten Abgeordneten stellen. So können die Abgeordneten grob in folgende lose politische Blöcke eingeteilt werden: Islamisten verschiedener Gruppierungen (Salafisten und Muslimbrüder), Schiiten, Liberale verschiedener Gruppierungen und dem so genannten „Volksblock“ (arabisch: *al-takattal al-scha'bi*), der soziale und populäre Themen vertritt. Neben diesen Gruppierungen gibt es unabhängige Kandidaten und Stammesvertreter, die keine einheitliche Gruppe bilden und sich von Fall zu Fall unterschiedlichen Gruppierungen anschließen. Bei den Wahlen 2009 wurden erstmals vier Frauen, die seit 2005 das aktive und passive Wahlrecht haben, in das Parlament gewählt. Der kuwaitische Parlamentarismus besitzt weder klare Regierungsparteien noch eine feste Opposition. Doch obwohl keine politischen Parteien zur Wahl stehen, ist zu beachten, dass in einem kleinen Land wie Kuwait die Wähler die politischen Positionen der Kandidaten in der Regel kennen und dadurch zum Teil die fehlende Parteienlandschaft ausgeglichen wird. Im Vergleich zu den benachbarten Golfstaaten gilt das kuwaitische Parlament als relativ offen für politische Diskussionen und zeugt von einer verhältnismäßig liberalen und pluralistischen politischen Debatte innerhalb des bestehenden Systems.

II. Voraussetzungen für den Willen nach Wandel

Bei dem Staat Kuwait handelt es sich um eine vergleichsweise kleine Volkswirtschaft. Durch hohe Gehälter und Wohlfahrtsleistungen lässt das Land seine Bürger an seinem enormen Reichtum teilhaben und sichert sich damit Loyalität und vor allem Ruhe, so dass die allgemeine sozioökonomische Unzufriedenheit

durch die gute finanzielle Situation der Bürger eher gering bleibt. So generierte Kuwait 2009 ein BIP von 109,5 Mrd. USD, welches nach Schätzungen bis 2011 auf 172,8 Mrd. USD steigen soll. Kuwait verfügt über die fünftgrößten Ölressourcen weltweit und generiert über 90% seiner Staatseinnahmen aus dem Ölgeschäft. Das Wirtschaftswachstum soll 2011 bei über 5% liegen. Von diesem wirtschaftlichen Boom profitiert auch die Bevölkerung: So stieg das BIP pro Kopf von knapp 31.000 USD im Jahr 2009 auf über 50.000 USD im Jahr 2010. Ebenso sichern traditionelle Strukturen innerhalb der Gesellschaft die Position des Herrschers. Allgemein herrscht in der Bevölkerung eine große Akzeptanz der Herrscherfamilie. Dennoch wird die Vorherrschaft der Al Sabah in der Regierung zunehmend kritisch betrachtet. Die immer währende Auseinandersetzung mit dem Parlament und der Regierung führt verstärkt zu politischen Krisen und Stagnation. Daher besteht die wesentliche Herausforderung darin, nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern auch politische Stabilität zu sichern.

Obwohl die offizielle Arbeitslosenquote seit 2009 unverändert mit 1,6% angegeben wird, gibt es eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit. Der Grund dafür liegt in der erheblichen Überbeschäftigung der Staatsbürger im öffentlichen Sektor. So sind über 90% aller kuwaitischen Arbeitskräfte im öffentlichen Sektor beschäftigt. Für die kuwaitischen Staatsangehörigen gibt es eine Beschäftigungsgarantie. Obwohl die Beschäftigung in verschiedenen Wirtschaftszweigen, wie der Erdöl- und Erdgasindustrie und dem Dienstleistungssektor gefördert wird, sind diese Arbeitsplätze überwiegend von ausländischen Arbeitern besetzt. Dies mag zum einen an der inadäquaten Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte und den damit verbundenen Schwierigkeiten liegen, sich in der internationalen Konkurrenz der Privatwirtschaft zu beweisen. Zum anderen weckt der allgemeine Wohlstand hohe Einkommenserwartungen bei den Bewerbern. Daher besteht wenig Bereitschaft, für die meist geringeren Löhne im Privatsektor zu arbeiten und die Beschäftigung im öffentlichen Sektor wird vorgezogen. Kuwait hat deshalb die Notwendigkeit erkannt, diese Überkapazitäten im öffentlichen Sektor zu reduzieren und den Privatsektor durch eine „Kuwaitisierungspolitik“ zu stärken. Die einheimische Bevölkerung Kuwaits stellt

mit etwa 1 Mio. die Minderheit im eigenen Land. Neben ausländischen Arbeitskräften leben eine hohe Anzahl staatenloser Araber in Kuwait, die zunehmend mehr Rechte einfordern. Diese staatenlosen Araber, teils langjährige Einwohner Kuwaits, werden im Arabischen als *Bedoun* bezeichnet, was frei übersetzt „ohne (Nationalität)“ bedeutet. Nach dem neuesten Report von *Human Rights Watch* vom Juni 2011 gibt es ca. 106.000 staatenlose *Bedoun* in Kuwait, die die kuwaitische Staatsbürgerschaft fordern. Kuwait betrachtet die *Bedoun* als „illegale Bewohner“. Die Regierung verweigert die Ausstellung wichtiger Dokumente wie Geburts-, Heirats-, und Todesurkunden sowie freien Zugang zu öffentlichen Schulen und Möglichkeiten zur legalen Erwerbstätigkeit. Ohne diese Dokumente können die *Bedoun* keine regelmäßigen Sozialleistungen erhalten. Ebenso können *Bedoun* keine Grundstücke und Erwerbsurkunden besitzen. Mit dem Status als *Bedoun* ist es somit nicht möglich, ein vollwertig akzeptiertes, rechtlich anerkanntes Mitglied der Gesellschaft zu sein.

III. Akteure des Wandels und konkrete Auslöser

Die Proteste in Kuwait lassen sich in zwei unterschiedliche, voneinander getrennt zu betrachtende Bewegungen einteilen. Zum einen die Proteste der staatenlosen, in Kuwait lebenden Araber, die für die Erlangung der kuwaitischen Staatsbürgerschaft protestiert haben und zum anderen Proteste kuwaitischer Staatsbürger, die sich gegen den derzeit amtierenden Premierminister richten und mit Forderungen nach mehr politischer Freiheit einhergehen.

Die Protestbewegung der *Bedoun* in Kuwait begann im Februar und März 2011. Inspiriert durch die Proteste in anderen arabischen Ländern sind die Proteste der *Bedoun* vor einem besonderen historischen Hintergrund zu verstehen. Staatenlose *Bedoun* leben seit der Unabhängigkeit 1961 in Kuwait. Während der ursprünglichen Registrierungsphase für die Staatsangehörigkeit versäumte ein Teil der Bewohner, das vollständige Bewerbungsverfahren durchzuführen. Die meisten von ihnen wohnten in den Außenbezirken von Kuwait Stadt. Dabei handelte es vor allem um die nomadischen Beduinenstämme. Einige von ihnen waren Analphabeten oder verstanden die Tragweite nicht, welche die Staats-

bürgerschaft später haben würde. So hatten die *Bedoun* in den 1960er und 1970er Jahren den gleichen Zugang zum Sozialwesen und öffentlichen Dienstleistungen wie kuwaitische Staatsangehörige. Dies änderte sich jedoch mit der politischen Instabilität in den 1980er Jahren, in der das Land eine Reihe von Anschlägen erfuhr, für die die *Bedoun* teilweise verantwortlich gemacht wurden. Als Folge änderte die Regierung ihre Position gegenüber den *Bedoun* Mitte der 1980er Jahren und verwehrte ihnen seither den Zugang zu öffentlichen Schulen, freiem Gesundheitswesen und bestimmten Stellen im öffentlichen Dienst. Die Regierung erklärte nun, dass die Mehrheit der *Bedoun* Staatsangehörige benachbarter Staaten seien, die absichtlich Nachweise über ihre Herkunftsländer vernichtet haben sollen, um die Vorteile einer kuwaitischen Staatsangehörigkeit nutzen zu können. Gleichzeitig verweigert sie jedoch individualisierte Nachprüfungen der einzelnen Forderungen. Besonders nach der irakischen Invasion von 1991 befanden sich die *Bedoun* mit zunehmenden Schwierigkeiten konfrontiert, da sie teilweise einem Generalverdacht ausgesetzt wurden, „irakische Eindringlinge“ zu sein, woraufhin viele ihre Stellen bei der Armee und Polizei verloren.

Hunderte von staatenlosen Arabern protestierten im Februar und März 2011 in zwei Gebieten für mehr Bürgerrechte außerhalb von Kuwait Stadt. Sie wurden von Sicherheitskräften mit Tränengas beschossen. Das Parlament diskutierte einen Gesetzesentwurf, der den *Bedoun* gewisse Rechte zubilligen sollte, und es schien so, als ob die Regierung den *Bedoun* entgegenkommen würde. Der Entwurf enthielt die Erteilung von Personalausweisen für die *Bedoun*, welche ihnen erlauben würden, Geburtsurkunden und weitere wichtige benötigte Dokumente zu erhalten. Die Regierung verwarf den Gesetzesentwurf jedoch.

Unabhängig von dieser Entscheidung wurde in Kuwaits Hauptstadt demonstriert. Bisweilen richten sich die Proteste nicht direkt gegen den seit 2006 regierenden Emir Kuwaits Scheich Al Sabah. Vielmehr gilt das Misstrauen dessen Neffen, Sheikh Nasser al-Mohammed al-Ahmed al-Jaber Al Sabah, dem Premierminister des Landes. Er wurde am 7. Februar 2006 ins Amt berufen und damit betraut, die 22. Regierung Kuwaits zu formieren. Seither wurde die Regierung sieben Mal neu

gebildet, zuletzt im Mai 2011. Erst im Januar dieses Jahres wurde der gegen Sheikh Nasser Al Sabah gerichtete Antrag zur Versagung der Zusammenarbeit mit knapper Mehrheit abgelehnt. Es war bereits der zweite dieser Art innerhalb von 13 Monaten.

Scheich Nasser sieht sich seit seinem Amtsantritt im Jahr 2006 mit Widerstand im Parlament konfrontiert. Aber die Spannung scheint zu steigen, seitdem Abgeordnete und Aktivisten der Opposition auf die Straße gehen. Schon im Dezember 2010 plante die kuwaitische Opposition, den Ministerpräsidenten im Parlament zu befragen. Grund war ein heftiger Zusammenstoß zwischen Sicherheitskräften und Anhängern der Opposition am 8. Dezember 2010, bei dem mehrere Parlamentarier verletzt wurden. Die Opposition im Parlament vertrat die Haltung, dass der Premierminister die Verantwortung für die Handlungen der Polizei trage. Nach Aussagen der Regierung war die öffentliche Kundgebung nicht genehmigt worden. Als weitere Konsequenz wurde das Büro des Fernsehsenders *al-Jazeera* in Kuwait von den Behörden geschlossen, nachdem sie über den Polizeieinsatz berichtet hatten.

Die Protestanten werfen der Regierung vor, den Status der Verfassung zu unterdrücken und ihren Forderungen nach Freiheit und Demokratie nicht nachzukommen. Die Verfassung von 1962 müsse modifiziert werden. Weiterhin wird dem Premierminister Missmanagement, Verletzung der Verfassung und der Missbrauch öffentlicher Geldern ebenso vorgeworfen wie seine Iran-freundliche Politik, die nach Meinung einiger Oppositioneller gegen das nationale Interesse Kuwaits verstoße.

Bei den Protesten im Februar und März 2011 forderten mehr als tausend Demonstranten politische Reformen und den Rücktritt des Premierministers. Die zunächst geplante Besetzung eines zentralen Platzes in Kuwait wurde von Polizisten verhindert und so versammelten sich die Demonstranten vor dem Bürogebäude des Premierministers, in dem auch Emir Scheich Al Sabah residiert. Die Kundgebungen vor dem Bürogebäude wurden von den Sicherheitskräften streng bewacht. Es gab jedoch keinerlei Berichte über die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Polizei. Die Organisatoren der Proteste waren meist junge

Kuwaitis, unter anderem die Jugendbewegungen *Kafi* (arabisch für: „Genug“) und *Al-Soor Al-Khames* (arabisch für: „der fünfte Zaun“). Die Demonstrationen waren nicht offiziell genehmigt worden und damit im Prinzip illegal. Auch diese Proteste richteten sich nicht gegen den Emir selbst, sondern waren mit Forderungen nach der Absetzung des Premierministers verbunden. Teilweise wird auch verlangt, dass das Amt des Premierministers nicht mehr von Mitgliedern der Herrscherfamilie Al Sabah besetzt werden solle.

IV. Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“

Die direkten Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ auf Kuwait sind bislang gering, da sich die Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit der einheimischen Bevölkerung, wie sie in anderen arabischen Ländern existiert, auf eher niedrigem Niveau bewegt und der soziale Druck aufgrund des verhältnismäßig hohen Lebensstandards kaum nachhaltige Proteste herausfordert. Durch die starke Alimentierung der einheimischen Bevölkerung sichert sich Kuwait innerpolitische Stabilität und eine gewisse Loyalität zum Herrscherhaus. Das Regime als solches ist nicht bedroht, man ist jedoch auch hier darauf bedacht, jegliche politische Unruhen im Land zu vermeiden. Allerdings zeigen sich die innergesellschaftlichen Verwerfungen anhand der zunehmenden Demonstrationen der letzten Monate, wobei eine indirekte Inspiration der Protestierenden durch die Transformationsprozesse in anderen arabischen Staaten nicht negiert werden sollte. Die Proteste gegen den Premierminister gehen mit einer Reihe von Protesten gegen die Regierung einher, was auch die seit längerem angespannte Situation zwischen Regierung und Parlament verdeutlicht. So ist seit Beginn des „Arabischen Frühlings“ ein verstärkter politischer Aktivismus aus der Mitte der Gesellschaft zu beobachten. Die kuwaitische Bevölkerung, die gegenüber seinen Nachbarländern deutlich mehr politische Rechte besitzt, begibt sich verstärkt auf die Straßen, um ihre Forderungen kundzutun.

V. Bisherige Reaktion staatlicher Akteure

Die Regierung Kuwaits trat im März geschlossen zurück. Dies ist jedoch weniger als eine Folge der Proteste zu werten. Vielmehr verhinderte die Regierung dadurch Befragun-

gen von Mitgliedern der Regierung, die der Familie des Emirs angehören. Der gerade zurückgetretene Premierminister, Scheich Nasser Mohammed Al Sabah, wurde erneut mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Somit wurde den Forderungen der Proteste nicht nachgegangen, da nach wie vor Premierminister Scheich Nasser Al Sabah regiert. Auch in der neuen Regierung sind die wichtigsten Ministerien von Mitgliedern der Al Sabah besetzt und bereits zurückgetretene Minister wurden teilweise wieder in ihre vorherigen Positionen eingesetzt.

Ebenso wie andere ressourcenreiche Golfmonarchien versucht auch Kuwait, die Forderungen seiner Bevölkerung nach politischem Wandel durch bewährte Allokationsmechanismen zu reduzieren. So hatte der Emir Scheich Al Sabah im Januar dieses Jahres jedem Staatsangehörigen des Landes Einmalzahlungen in Höhe von 1.000 Kuwaitischen Dinar (etwa 2.540 EUR) sowie Essensmarken für ein Jahr zugesichert. Zusätzlich dazu genehmigte die kuwaitische Nationalversammlung ein Budget von 70 Mrd. USD, von denen 90% zur Subventionierung von Treibstoff und Gehaltssteigerungen für Beschäftigte im öffentlichen Sektor genutzt werden sollen. Den *Bedoun* wurden Dienstleistungen versprochen. Diese umfassen unter anderem kostenlose Bildung an öffentlichen Schulen und freie medizinische Versorgung. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde bis dato jedoch noch nicht verabschiedet.

VI. Zukunftsszenarien

Der arabische Golfstaat scheint seinen "Arabischen Frühling" vermieden zu haben. Doch auch hier bröckelt die jahrelange Stabilität des politischen Systems, Forderungen nach mehr Partizipation, mehr Mitbestimmungsrechten, sozialer Gerechtigkeit und Transparenz innerhalb des politischen Systems wurden laut und führten zu Demonstrationen. Vor allem die marginalisierte soziale Stellung der *Bedoun* führte zu Protesten. Die *Bedoun*, mit ihrem Status des „illegalen Bewohners“, sind mit mehreren Hindernissen konfrontiert, um zivile Dokumente zu erhalten. Dies erschwert ihnen den Zugang zu sozialen Dienstleistungen und die Anerkennung als vollwertige Mitglieder der kuwaitischen Gesellschaft. Das neueste Verwaltungsorgan ist das *Central System to Resolve Illegal Residents Affairs* (CSRIRA),

welches alle offiziellen Angelegenheiten in Bezug auf die *Bedoun* genehmigen muss. Im Optimalfall sollte die kuwaitische Regierung einen zeitnahen und transparenten Mechanismus schaffen, der die Forderung einer Staatsbürgerschaft der *Bedoun* unter internationalen Menschenrechtsstandards überprüft. Dieser Prozess sollte die langjährigen historischen Verbindungen der *Bedoun* nach Kuwait berücksichtigen und eine Chance für die gerichtliche Überprüfung einbeziehen.

Mit den enormen finanziellen Mitteln, die der Regierung Kuwaits zur Verfügung stehen, wird diese sich auch in Zukunft die Gunst der Bevölkerungsmehrheit sichern können. Dennoch ist zu beachten, dass sich Kuwait in einem lang andauernden politischen Kampf zwischen der Regierung, die von der herrschenden Al Sabah beherrscht wird, und dem Parlament, das dieses anfechtet, befindet. Dies ist ungewöhnlich in einer Region, die weitgehend von mächtigen Herrscherfamilien kontrolliert wird und zeugt von einer relativ offenen und pluralistischen politischen Debatte innerhalb der kuwaitischen Eliten sowie einer Tradition des politischen Diskurses und der Diskussion – eine Situation, in der sich Kuwait gravierend von anderen Golfmonarchien unterscheidet, obwohl längst nicht alle gesellschaftlichen Akteure diese Debatte führen dürfen, da sie einem elitären Zirkel vorenthalten bleibt. Wenn jedoch die Regierung und das Parlament nicht beginnen, miteinander zu kooperieren, läuft Kuwait Gefahr, in eine tiefere politische Krise und eine Phase des entwicklungspolitischen Stillstands zu geraten. Im Umgang mit einem durchaus kritischen Parlament befindet sich der Emir zunehmend in einer schwierigen Lage, weil das Auflösen – wie es die kuwaitischen Herrscher schon mehrfach getan haben – nicht auf Dauer funktionieren und auch nicht zu einer politischen Stabilisierung beitragen wird. Auch haben die zahlreichen Rücktritte oder Umbesetzungen der Regierung, die durch Befragung und Misstrauensanträge ausgelöst wurden, Verzögerungen von Wirtschaftsreformen zur Folge. Der Emir selbst und das Herrscherhaus Al Sabah werden allerdings dauerhaft kaum mit Legitimitätsproblemen konfrontiert werden. Dennoch wird der Emir gezwungen sein, Maßnahmen zu ergreifen, die langfristige Auswirkungen auf die Zukunft der kuwaitischen demokratischen Entwicklung haben können. Im besten Falle wird die Monopolisierung der wichtigen Regierungsämter durch

Mitglieder der Herrschaftsfamilie aufgelockert. Diese haben neben politischem auch erhebliches ökonomisches Interesse daran, aktiv mitzuregieren. Durch eine Öffnung könnten Forderungen nach einer Entwicklung hin zu einer konstitutionellen Monarchie nach europäischem Modell nicht mehr effektiv blockiert werden. Der herrschenden Elite sind diese Probleme und Herausforderungen durchaus

bewusst und es wird versucht, ihnen zu begegnen. Mit einer Bevölkerung, die bereit ist, politische Forderungen zu erheben, wird auch die kuwaitische Führung ihr Schicksal nicht dem Zufall überlassen. Es wird sich hierbei aber um einen bedachten und graduellen Wandel handeln.

Alina Mambrey

VII. Literaturangaben

AL JAZEERA

AUSWÄRTIGES AMT

BIRRINGER, THOMAS, KAISER, SARA-IDA: Nach Tunesien und Ägypten: Arabischer Frühling am Golf?, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, Januar 2011.
http://www.kas.de/wf/doc/kas_21760-1522-1-30.pdf?110130140453, abgerufen am 24.08.2011.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE

COATES ULRICHSEN, KRISTIAN: Security Policy of the Gulf States: Bahrain, Kuwait and Qatar, in: *Orient I*/2011, S. 23-26.

EHTESHAMI, ANOUSHIRAVAN: Reform in the Middle East Oil Monarchies, Berkshire 2008.

HUMAN RIGHTS WATCH: Prisoners of the Past, Kuwaiti Bidun and the Burden of Statelessness, Juni 2011.

LEUKEFELD, KARIN: Mehr als ein Streit um Kuwaits Herrscherfamilie, Oppositionelle beklagen Iran-Freundlichkeit des Regierungschefs, AG-Friedensforschung, Juni 2011.
<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Kuwait/opposition.html>, abgerufen am: 24.08.2011.

NEW YORK TIMES

NIETHAMMER, KATJA: Chancen und Grenzen politischer Reformen in den GKR-Staaten, in: Wahlers, Gerhard (Hrsg): Im Fadenkreuz der Grossmächte, Die Geopolitik der Golfregion, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, 2008, S. 9-15.

DIES.: Familienbetriebe mit Anpassungsschwierigkeiten, Perspektiven und Grenzen politischer Reform in den Golfmonarchien, SWP-Studie Berlin, Juli 2008.

NZZ

POLLOCK, DAVID: Kuwait. Keystone of U.S. Gulf Policy, Washington Institute for Near East Policy, *Policy Focus* 76, Washington 2007.

REUTERS

SCHMIDMAYER, MICHAEL: Reformprozesse in den arabischen Golfstaaten: wie, warum, wohin?, in: Albrecht/Frankenberger: Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, Baden-Baden, 2010, S. 313-330.

ZAHLAN, ROSEMARIE SA'ID: The Making of the Modern Gulf States: Kuwait, Bahrain, Qatar, the United Arab Emirates and Oman, London 1989.

Landesdaten Türkei

Fläche ¹	2011	783.562 km ²
Bevölkerung ²	2010	75.700.000
Bevölkerungsdichte (pro km ²) ³	2010	237
Ethnische Gruppen ⁴	2010	Türken 70-75%, Kurden 18%, andere Minderheiten 7-12%
Religionszugehörigkeit ⁵	2010	99,8% Muslime, 0,2% Christen und Juden
Durchschnittsalter ⁶	2010	28,5 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren ⁷	2011	26%
Bevölkerung über 65 Jahren ⁸	2011	7%
Lebenserwartung ⁹	2010	72,5 Jahre
Bevölkerungsprognose bis 2050 ¹⁰	2010	97.400.000
Geburten pro Frau ¹¹	2009	2,1
Alphabetisierungsrate ¹²	2010	87,4%
Mobiltelefone ¹³	2009	62.780.000
Nutzer Internet ¹⁴	2009	35.000.000
Nutzer Facebook ¹⁵	2011	29.459.200
Wachstum BIP ¹⁶	2010	8,9%
BIP pro Kopf ¹⁷	2010	13.359 USD
Arbeitslosigkeit ¹⁸	2010	12%
Inflation ¹⁹	2011	8,6%
S&P-Rating ²⁰	2011	BB
Human Development Index ²¹	2010	Rang 83 (von 169)
Bildungsniveau ²²	2010	Rang 83 (von 177)
Bildungsniveau der Frauen (mindestens Sekundarstufe, ab 25 Jahre) ²³	2010	27,1%
Politische Teilhabe ²⁴	2010	45,0%
Korruptionsindex ²⁵	2010	Rang 56 (von 178)

¹ CIA – The World Factbook.

² United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

³ The World Bank, <http://www.data.worldbank.org/indicator/EN.POP.DNST>.

⁴ CIA – The World Factbook.

⁵ CIA – The World Factbook.

⁶ CIA – The World Factbook.

⁷ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁸ Population Reference Bureau, <http://www.prb.org/DataFinder/Geography/Data.aspx?loc=249>.

⁹ United Nations Development Programme (UNDP), International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/profiles>.

¹⁰ United Nations Population Fund, State of world population 2010. From conflict and crisis to renewal: generations of change, <http://www.unfpa.org/swp>.

¹¹ The World Bank, Fertility rate, total (births per woman), <http://www.data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN>.

¹² CIA – The World Factbook.

¹³ CIA – The World Factbook.

¹⁴ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁵ Internet World Stats, <http://www.internetworldstats.com/stats5.htm>.

¹⁶ The World Bank, GDP growth (annual %), Data, <http://www.data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>; International Monetary Fund, World Economic Outlook, New York, Oktober 2010, S. 183, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>.

¹⁷ United Nations Development Programme (UNDP), GDP per capita (2008 PPP US\$), International Human Development Indicators, <http://www.hdrstats.undp.org/en/indicators/62006.html>.

¹⁸ International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/index.htm>.

¹⁹ CIA – The World Factbook.

²⁰ Standard and Poors, New Ratings/Ratings Actions, <http://www.standardandpoors.com/ratings/ratings-actions/en/us>.

²¹ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²² United Nations Development Programme (UNDP), Worldwide Trends in the Human Development Index. Selection: Hybrid: Education Index/Arab States, International Human Development Indicators, <http://www.hdr.undp.org/en/data/trends/>.

²³ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2010, New York, Oktober 2010, http://www.hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf.

²⁴ The World Bank, Voice and Accountability, Worldwide Governance Indicators, http://www.info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp.

²⁵ Transparency International, Corruption Perception Index, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010.

Türkei

Kaum ein anderes Land wird 2011 im Zuge der Umstürze und Veränderungsprozesse in den arabischen Ländern so oft als Vorbild oder Modell genannt wie die Türkei.¹ Die zwei Hauptgründe dafür liegen auf der Hand: Geprägt sowohl von der islamischen Kultur wie auch von westlichen Einflüssen ist sie seit 1923 republikanisch verfasst mit Staatsorganen, welche die demokratischen Menschen- und Bürgerrechte garantieren. Weiterhin ist die Türkei voll in die internationale Gemeinschaft integriert und wirkt wegen ihres historischen Erbes an der Schnittstelle zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren Osten als wichtige kulturelle Brücke und politische und wirtschaftliche Drehscheibe.

Allerdings erhält die Türkei in der Debatte um ihre Vorbildfunktion für die sich transformierenden arabischen Staaten eine besondere Relevanz durch den Umstand, dass sie seit dem 3. November 2002 von der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) regiert wird, deren historische und ideologische Wurzeln ins islamistische politische Lager² zurückreichen. Dabei besteht die spezielle Brisanz darin, dass jenes Lager, organisiert als Bruderschaft, Bewegung oder Partei, seit der Frühzeit der Republik die von Atatürk festgelegte laizistische Ordnung mit der strikten Trennung von Staat und Religion herausfordert. Umso erstaunlicher und vor dem Hintergrund der Transformationen in den arabischen Gesellschaften besonders bemerkenswert ist dabei, dass es gerade diese AKP ist, welche seit ihrem Amtsantritt das türkische politische System umfassend und nach den Kopenhagener Kriterien der Europäischen Union (EU) reformiert. Das Ziel eines EU-Beitritts im Blick, ver-

sucht die AKP-Regierung jene ursprünglich „kemalistische“ Vision des Staatsgründers Atatürk zu verwirklichen, die Türkei in die Gemeinschaft der europäischen Staaten zu führen.

Ferner beförderte die AKP durch eine liberale Wirtschaftspolitik und eine expansionsorientierte Außenhandelsstrategie, die sich gezielt an die Nachbarländer Russland, Iran, den Irak und Syrien, aber auch an die Länder des Nahen und Mittleren Ostens, Asiens und Afrikas richtete, einen seit 2002 anhaltenden wirtschaftlichen Boom und führte so das Land in den Kreis der G20 und in die Gruppe der sieben größten Volkswirtschaften Europas. Diese außenwirtschaftliche Expansion, welche sich etwa in millionenschweren Investitionen türkischer Firmen in den neuen Partnerländern oder in gegenseitigen Abkommen zur Visaerleichterung zeigte, wurde außerdem flankiert und abgesichert durch einen sukzessiven Wandel der türkischen Außenpolitik, den die AKP-Regierung vollzog. Dabei wandte sie sich ab von einer reaktiven, nach innen gerichteten und auf die eigene Sicherheit bedachten hin zu einer international aktiven, Sicherheit und Stabilität „exportierenden“ Außenpolitik, in deren Folge es zu bemerkenswerten Verbesserungen in den Beziehungen etwa zu Griechenland, Russland und Armenien, aber auch zum Irak und Syrien kam. Wegen dieses strategischen Politikwandels auf Grundlage der Logik Stabilität generierender Interdependenz sah sich die AKP-Regierung 2011 auch veranlasst, sich in die Entwicklungen in den arabischen Ländern einzuschalten.³ So mahnten Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und sein Außenminister Ahmet Davutoğlu früh aus Sorge vor langfristigen überregionalen Instabilitäten an, dass die Umstürze in Tunesien und Ägypten nur mit friedlichen Mitteln und mit Hilfe demokra-

¹ Vgl. bspw. Höhler, Gerd: Vorbild Türkei? Demokratie made by Erdogan, in: *Frankfurter Rundschau* vom 31. Januar 2011; Khalid, Hamad Ali: The Turkish model: Democratic normality, in: *Today's Zaman* vom 12. Februar 2011; Martens, Michael: Der Leuchtturm für Alexandria, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Februar 2011; Perthes, Volker: Die Türkei könnte Vorbild und Vermittler sein, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. April 2011.

² Der hier verwendete Begriff „Islamismus“ übernimmt die Definition Gudrun Krämers, die diesen als ein „umfassendes gesellschaftliches Programm“ versteht, dessen „Anhänger den Islam zur primären, wenn nicht ausschließlichen Grundlage ihres Denkens und Handelns machen wollen“. Das Spektrum dieses Programms reicht von libertärer Toleranz bis völliger Ablehnung anderer Haltungen und Anschauungen und von dementsprechenden gewaltfreien bzw. gewaltbereiten Durchsetzungsstrategien. (Vgl. Krämer, Gottes Staat als Republik, 1999, S. 29-32.) Der Begriff des „politischen Islam“ wird synonym verwendet, weist jedoch auf die Einbettung des islamischen Programms in die politische Systemordnung der jeweiligen Länder hin. „Post-islamistisch“ schließlich deutet auch Entwicklungen des Programms und dessen Vertreter, die alten Überzeugungen im Zuge von Globalisierung und Post-Moderne neu zu interpretieren und für die gegenwärtigen Herausforderungen anwendbar zu machen.

³ Dabei stieß die Türkei auf einige „offene Ohren“, vgl. bspw. „Moussa sees Turkey's role important in solution of regional problems“, in: *Today's Zaman* vom 27. Januar; „Turkey must play active role in countries in turmoil, Ahtisaari said“, in: *Hürriyet Daily News* vom 25. Februar 2011; „Clinton eyes Turkey as model for Arab reform“, *CNSNews* vom 16. Juli 2011 (URL: www.cnsnews.com/news/article/clinton-eyes-turkey-model-arab-reform).

tischer Wahlen letztlich Erfolg versprechend sein könnten. In beiden Fällen hatte die Türkei den führenden tunesischen bzw. ägyptischen Oppositionellen in Istanbul ein Forum geboten, ihr jeweiliges weiteres Vorgehen abzustimmen und ihre Forderungen der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Besondere Beachtung fand Erdoğan, als er als erster hochrangiger ausländischer Politiker den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak zum sofortigen Rücktritt aufforderte, während Außenminister Davutoğlu eine rege Besuchsdiplomatie unternahm und sich konstant mit seinen Amtskollegen in Europa und den USA sowie den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens über die Entwicklungen und Interventionmöglichkeiten austauschte. Während der sich verschärfenden Libyenkrise half die Türkei bei der Rettung tausender ausländischer Gastarbeiter aus dem Land. Zwar forderte die Regierung trotz eskalierender Gewalt weitere diplomatische Anstrengungen an Stelle eines militärischen Eingreifens, doch dann folgte sie der UN-Resolution zum Schutz der libyschen Bevölkerung und übernahm etwa die Sicherung der humanitären Hilfslieferungen nach Benghazi. Besondere Sensibilität legte die Türkei auch im Fall der Unruhen in Syrien an den Tag. Als Nachbarland war sie wegen tausender Flüchtlinge, die auf türkischer Seite Schutz vor Bashar al-Assads Regime und der Unterdrückung des Aufstands durch die syrische Armee suchten, direkt in den Konflikt involviert. Da sich al-Assad dauerhaft weigerte, die diplomatischen Dialoginitiativen aus Ankara anzunehmen sowie die internationalen Forderungen nach einem Ende der Gewalt und der friedlichen Demokratisierung des Systems zu berücksichtigen, fuhr die AKP-Regierung die Beziehungen zu Damaskus zunächst auf ein Mindestmaß herunter, wohl wissend, dass die regionale Bedeutung Syriens überaus hoch und die strukturellen Interdependenzen höchst komplex sind.

Wie auch immer sich die Länder der Region im weiteren Verlauf des „Arabischen Frühlings“ transformieren werden, bleibt festzuhalten, dass die Türkei wegen ihres seit Jahrzehnten bestehenden partnerschaftlichen Verhältnisses zum Westen sowie jener neuen Rolle des Landes in der und für die Region des Nahen und Mittleren Ostens, an welcher die „post-islamistische“ AKP als Regierungspartei seit 2001 schreibt, ein Faszinosum für zahlreiche Beobachter darstellt. Wie in der

vorliegenden Analyse gezeigt wird, erscheint es zwar rückblickend auf die historischen Traditionen und die jüngsten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen mehr als fraglich, ob die Türkei allgemein bzw. die AKP im Speziellen als Modell und Vorbild für die sich transformierenden Staaten im Nahen und Mittleren Osten geeignet ist. Da es allerdings zum Gegenstand der Debatten geworden ist und es sich selbst auch aktiv in die Prozesse und Entwicklungen in der Region einschaltet, ist das Land ein beachtenswerter Faktor, der im Folgenden näher untersucht wird. Dabei sollen – abweichend vom Muster der anderen Länderanalysen – zwei Leitfragen aufgestellt werden, die in den Debatten um das Verhältnis der Türkei zu den Transformationsländern in Nahen und Mittleren Osten häufig gestellt wurden: Erstens, ist die Türkei tatsächlich ein Modell für die sich wandelnden Staaten des Nahen und Mittleren Ostens? Und, zweitens, kann die Regierungspartei AKP als ein Vorbild für die (post-)islamistischen Reformakteure in den Ländern des Wandels dienen?

I. Bietet sich die Türkei als Modell für den Transformationsprozess der arabischen Länder im Nahen und Mittleren Osten an?

Zwei offensichtliche Gemeinsamkeiten vereint die Türkei mit den Ländern des Nahen und Mittleren Osten: Zum einen die kulturelle Prägung durch den Islam als in den jeweiligen Gesellschaften vorherrschende Religion⁴ und zum anderen die historische Prägung durch das Osmanische Reich, dessen politischer Nachfolger die Türkei heute ist und das ab dem 13. Jahrhundert für 600 Jahre die dominierende politische Entität des südlichen und östlichen Mittelmeeres war und diese Region – ebenso wie den Balkan und die Schwarzmeerregion – politisch, wirtschaftlich und soziokulturell formte. Weil das heutige Verhältnis zwischen Türken und Arabern eng mit der Geschichte des Osmanischen Reiches verbunden ist, soll diese im Folgenden kurz in ihren wichtigsten Aspekten wiedergegeben werden.

Höhepunkte der neuzeitlichen politischen Geschichte des Reiches waren 1453 die Eroberung Konstantinopels durch Sultan Mehmet II., welcher den Aufstieg seines Hauses von einem türkischen Fürstentum im westlichen Anatolien zum Nachfolger der oströmischen bzw. byzantinischen Kaiser besiegelte; die territoriale Ausdehnung des Herrschaftsge-

⁴ Dabei muss zwischen unterschiedlichen islamischen „Konfessionen“, Rechtsschulen, Ausrichtungen und Religionspraktiken differenziert sowie die Tatsache anerkannt werden, dass Atheismus und Säkularismus sowie verschiedene andere nicht-muslimische Religionen und Glaubensrichtungen ebenso in allen Ländern existieren.

biets unter den Sultanen Selim I. (Herrschaftszeit 1512-1520) und Süleyman I. (1520-1566) über den Balkan bis Wien und Ungarn, an die nördliche und östliche Schwarzmeerküste, mit der Levante und dem Zweistromland bis Persien, über Ägypten und den Nil sowie die Küstengebiete des Golfs, des Roten Meeres und des südlichen Mittelmeeres; die Übernahme des Kalifentitels (1517) und damit des Oberhauptes aller sunnitischen Muslime und Wächter der Heiligen Städten Mekka und Medina; sowie der Einbezug des Reiches in das europäische Konzert der Mächte und Allianzen ab dem 16. Jahrhundert. Im dominanten Geschichtsdiskurs steht dieser Einbezug vor allem im Lichte kriegerischer Auseinandersetzungen und militärischer Niederlagen des Reiches gegen die europäischen Monarchien (Seeschlacht von Lepanto 1571, erfolglose Belagerung Wiens 1529 und 1683, russisch-türkischer Krieg 1768-1774) mit zum Teil massiven Gebietsverlusten, sowie der Prozess einer inneren Stagnation und wachsender wirtschaftlicher und handelspolitischer Abhängigkeit des Reiches von den europäischen Staaten.

Während sich aus europäischer Sicht das Bild vom „kranken Mann am Bosphorus“ einprägte (und Bestrebungen des Reiches nach Reform und Modernisierung im Sinne europäischer Entwicklungen des 18. und 19. Jahrhundert kaum Beachtung fanden), förderte der indigen anwachsende und exogen durch die europäischen Kolonialmächte geförderte Nationalismus der Völker des Balkans sowie der Araber Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens das Gefühl der Unterdrückung und Ausbeutung durch die vorherrschenden Osmanen. So wurden sie 1805 von Mohammed Ali von der Vorherrschaft über Ägypten verdrängt, dieser reformierte das Staatswesen und das Militär und begründete – unterstützt von Großbritannien – eine eigene Herrscherdynastie. Sezessionskriege auf dem Balkan und im Schwarzmeerraum führten zu weiteren Verlusten an Territorium (Griechenland 1830, Rumänien, Bulgarien, Serbien und Montenegro 1876, Bosnien und Herzegowina 1908, Albanien 1913 und Armenien 1914) und damit zu Einbußen an personellen, finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen sowie zu gesellschaftlichen Umwälzungen im thrakischen und anatolischen Zentrum des Reiches in Folge von Flucht und Vertreibung.

Interne institutionelle, militärische und gesellschaftspolitische Reformen während und in Folge der *Tanzimat* („Verordnung“) genannten Reformära (ab 1839) führten zwar nach und nach zu einer Art konstitutionellen Monarchie mit Zweikammernparlament und Rechten für ein im Entstehen begriffenes osmanisches Bürgertum. Die Zeit der Reformation und Liberalisierung wurde jedoch von einer langen Phase der Restauration unter Abdülhamid II. (1876-1909) abgelöst, welche den Revolutionseifer der jungen, aufstrebenden Eliten („Junge Türken“) zur Jahrhundertwende verstärkte. Gegen die militärische Übermacht der *Triple Entente* aus Großbritannien, Frankreich und Russland konnte das Reich, das 1914 auf Seite des Deutschen und des Habsburgerreiches in den Ersten Weltkrieg eintrat, kaum etwas entgegensetzen, um den weiteren Verlust an Gebieten im Nahen und Mittleren Osten aufzuhalten, wo sich die Araber, bestärkt, unterstützt und nach dem Krieg geschützt von den westlichen Kolonialmächten, ihre „Unabhängigkeit“ erkämpften. Wie auch den anderen Kriegsverlierern wurde dem Reich 1919 in Paris ein Friedensvertrag (Vertrag von Sevres) vorgelegt, den es zu akzeptieren hatte. Erst der vom Offizier Mustafa Kemal (1881-1938) angeführte Unabhängigkeitskampf gegen die britischen, französischen, italienischen und griechischen Besatzer Anatoliens und Istanbuls und das von ihm verfolgte Bestreben nach nationaler Einheit brachte die Wende und sicherte den Türken das Kernland ihrer neuzeitlichen Zivilisationsgeschichte im Thrakien und Anatolien, welches ihnen 1922 mit dem Vertrag von Lausanne zugesichert wurde.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Aufteilung der Reste des Osmanischen Reiches unter den Großmächten endete auch die gemeinsame Geschichte von Türken und Arabern. Diese war zwar einerseits von jahrhundertelanger militärischer Dominanz und Kontrolle sowie teilweise wirtschaftlicher und sozialer Ausbeutung durch die türkischen Osmanen geprägt, was den neu entstandenen Nationalstaaten der Region die Möglichkeit gab, negative „Images“ zum Zweck der Konstruktion nationaler Identitäten zu schaffen, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die Beziehungen zwischen der Türkei und den arabischen Staaten belasten sollten. Andererseits jedoch hinterließen die Osmanen gerade auf administrativer, kultureller und religiöser Ebene ihre Spuren – von Familien-

namen, Stammesidentitäten und sozioökonomischen Strukturen bis zu Moscheen und Medresen, Straßen und Karawansereien, die bis heute die Ansichten von Städten rund um das Mittelmeer prägen. Keine Tat versinnbildlicht jedoch die Trennung der modernen Entwicklungsgeschichte der Türkei mit der der Länder des Nahen und Mittleren Ostens so deutlich wie die Abschaffung des islamischen Kalifats, die das türkische Parlament, die Große Nationalversammlung, am 6. März 1924 auf Geheiß Mustafa Kemals per Gesetz vollzog. So waren die im Entstehen begriffenen arabischen Nationalstaaten, die meist noch bis nach dem Zweiten Weltkrieg unter kolonialer Vorherrschaft blieben, nicht notwendigerweise politisch auf den bis dahin in Istanbul residierenden Kalifen, den letzten osmanischen Sultan Abdülmecit II., angewiesen. Zudem fehlte den neuen Machthabern in den arabischen Ländern somit eine wichtige Legitimationsgrundlage für ihre Herrschaft. Damalige wie auch noch heutige Bestrebungen, das Kalifat wieder zu errichten, scheiterten.

Anders als die nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Königreiche im Irak (1921), in Ägypten (1922), Transjordanien (1923) und Saudi-Arabien (1932) und anders als die meisten anderen arabischen Staaten, die noch lange unter kolonialer Vorherrschaft standen und erst nach dem Zweiten Weltkrieg, nach teilweise blutigen Konflikten in die Unabhängigkeit entlassen wurden (Syrien 1946, Libyen 1951, Tunesien 1956, Kuwait 1961, Algerien 1962) und sich oft als Königreiche reetablierten (wie etwa die anderen Golfmonarchien 1971), wurde am 29. Oktober 1923 nach Abschaffung des osmanischen Sultanats die Türkei als parlamentarische Republik konstituiert. Der neue Staat, den der Oberbefehlshaber der Armee und Anführer der Einheitsbewegung Mustafa Kemal mit Hilfe der Nationalversammlung, die sich nur aus den Mitgliedern der von ihm geführten Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Fırkası*, später *Cumhuriyet Halk Partisi* CHP) zusammensetzte, sollte auf sechs Prinzipien ruhen, die später zu Ehren des Staatsgründers unter dem Begriff „Kemalismus“ zusammengefasst wurden. Diese Prinzipien waren der Republikanismus (*Cumhuriyetçilik*) als Ausdruck von Volkssouveränität, Nationalismus (*Milliyetçilik*) in Antithese zum osmanischen Vielvölkerstaat, Populismus (*Halkçılık*) im Sinne einer im Interesse des Volkes prak-

tizierten Politik, Etatismus (*Devletçilik*), verstanden als partielle Wirtschaftslenkung durch den Staat, sowie Laizismus (*Laiklik*), das heißt der Trennung von Staat und Religion, und Revolutionismus (*İnkılâpçılık*, später *Devrimcilik*) bzw. stetem Reformismus und Modernismus des neuen Staates und der neuen Gesellschaft. Mit diesen Prinzipien, deren Befolgung und Verwirklichung für alle politischen Kräfte der Türkei bis heute obligatorisch sein sollen, sollte das Land und seine Gesellschaft endgültig in die Moderne und – damit gleichbedeutend – nach Europa geführt werden. Mit ihnen begründete Mustafa Kemal, der noch zu Lebzeiten von der Nationalversammlung den Ehrennamen *Atatürk*, „Vater der Türken“, erhielt, einen Nationalstaat zeitgenössisch-modernen Zuschnitts mit einer durch den Staat definierten Volkssouveränität und nationalen Identität, wodurch er sich politisch gänzlich von den umliegenden Staaten und ihren Gesellschaften unterschied.

Wenngleich die folgenden Jahrzehnte zum Teil einschneidende strukturelle und essenzielle Veränderungen im politischen System brachten – insbesondere die Einführung des Mehrparteiensystems 1946, die Einführung einer modernen, freiheitlichen Verfassung 1961 und die liberalen Wirtschaftsreformen unter Turgut Özal (1983-1993), aber auch die direkten und indirekten Militärcoups der Jahre 1960, 1971, 1980 und 1997 sind dabei zu nennen – blieben die Person des Staatsgründers und ihre Leistungen bei der Unabhängigkeit und Neugründung des Landes sowie die Prinzipien seiner Politik nahezu unantastbare Erbstücke, deren Wert jede politische Kraft im Land bis heute anzuerkennen und zu schätzen hat. So steht die Türkei gegenwärtig – trotz aller bestehender Defizite gemessen an den Standards etwa der EU – als etablierte Republik mit einem verfassten Rechtssystem und gesetzlich verbrieften Menschen- und Bürgerrechten, strikt geteilten Gewalten und einem praktizierten Parteienpluralismus, einer marktwirtschaftlichen Ordnung sowie zivilgesellschaftlichen Strukturen und einer freien Presse. Das Vermächtnis Atatürks an seine Nachfolger an der Staatsspitze, das Land in den Kreis moderner, westlicher Staaten zu führen, konnte im Laufe der vergangenen Jahrzehnte langsam und nicht konfliktfrei, aber letztlich immer erfolgreich gewahrt werden: Nach dem Zweiten Weltkrieg, aus dem sich die Türkei als neutrales Land so weit wie möglich heraushielt, wurde sie Gründungs-

mitglied der Vereinten Nationen (UN), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Europarats sowie – als Folge der Bedrohung durch die Sowjetunion im südlichen Kaukasus – 1951 in das westliche Sicherheitsbündnis der NATO aufgenommen. 1963 folgte mit dem Ankara-Abkommen die Anerkennung als assoziiertes Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Aussicht auf eine zukünftige Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Weitere Etappen, dieser für ein islamisch geprägtes Land, einzigartigen internationalen Entwicklungsgeschichte, waren die Aufnahme in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 1975 und die Assoziierung in der Westeuropäischen Union (WEU) 1992 sowie die Einführung einer Zollunion mit der EU 1996. Schließlich erreichte die Reformpolitik der seit 2002 regierenden AKP und ihrer Vorgängerregierung die Aufnahme von Verhandlungen für einen Beitritt der Türkei zu EU beginnend mit dem 3. Oktober 2005. Trotz aller Widrigkeiten und Streitpunkte hält die AKP-Regierung an dem Ziel der Vollmitgliedschaft fest, will bis 2013 die Beitrittskriterien ihrerseits erfüllt haben und visiert für das Jahr 2023, dem hundertsten Gründungsjahr der Republik, die Aufnahme an.

Beide Aspekte also, der nun schon Jahrzehnte andauernde interne politische Reifungsprozess in Richtung Republikanismus und Demokratisierung, vor allem aber der externe normative Annäherungs- und institutionalisierte Aufnahmeprozess in die Gemeinschaft westlicher Staaten mit höchsten Demokratie- und Wohlstandsstandards, unterscheiden die Türkei deutlich und in wesentlichen Faktoren von den politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Entwicklungen der anderen arabischen Staaten in der Region des Nahen und Mittleren Osten. Angesichts des eigenständigen, republikanischen Entwicklungspfades, den die Türkei durch ihren Staatsgründer Atatürk schon 1923 eingeschlagen hat, ist festzuhalten, dass diese Prozesse nicht ohne weiteres von den sich transformierenden arabischen Staaten einfach kopiert und übernommen werden können – gerade angesichts des Umstandes, dass diese Entwicklungen in der Türkei weder schnell und konfliktfrei abliefen noch zu einer vollkommenen Angleichung der normativen Ordnung und der politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Strukturen der

Türkei mit europäischen Standards geführt haben. Trotz der Unterschiede kann jedoch auch konstatiert werden: Sollten sich die republikanischen Staaten der Region, allen voran Ägypten und Tunesien, gegebenenfalls Libyen und Syrien, aber auch etwa Algerien und der Irak, für den Weg der fortgesetzten Demokratisierung entscheiden, bietet ihnen die politische Entwicklungsgeschichte der Türkei einen reichhaltigen Schatz an Erfahrungen, positiver wie negativer Art, wie die Normen und Werte, Strukturen und Institutionen der westlich geprägten Moderne angenommen und implementiert werden können – und welche Herausforderungen eigene, kreative Lösungen benötigen. Dabei zeigt die Entwicklungsgeschichte des politischen Islam in der Türkei im Allgemeinen und jene der seit 2002 regierenden AKP im Besonderen, welche strukturellen Chancen und Risiken für die Demokratisierung islamisch geprägter Staaten und Gesellschaften bestehen und wie diese angegangen werden können.

II. Ist die AKP ein Vorbild für die islamischen Reformisten?

Um feststellen zu können, ob und wenn, inwiefern die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) als Vorbild für andere, reformorientierte Kräfte in den Ländern des Nahen und Mittleren Osten taugt, muss zunächst differenziert werden. Denn anders als etwa die ägyptischen Muslimbrüder oder ihre „Ableger“ in den anderen arabischen Ländern, deren Geschichte als soziale Bewegung und als politischer Akteur bis in das Jahr 1928 zurückreicht, ist die AKP eine erst 2001 als politische Partei gegründete Organisation, die ihrerseits aus der Tugendpartei (*Fazilet Partisi*, FP) bzw. der Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*) des Politikers Necmettin Erbakans durch Abspaltung hervorging. Als politische Partei unterliegt die AKP dementsprechend dem türkischen Parteiengesetz und bettet sich durch ihre Regierungsverantwortung und mit ihrer Parlamentsfraktion anders in das politische Institutionsgefüge des türkischen Staates ein als etwa soziale oder Widerstandsbewegungen. Während also für die AKP in ihrer Gründungsphase und ihrer Regierungszeit andere systemische und strukturelle Bedingungen herrschten als in den arabischen Ländern, so wirkt trotzdem der sunnitische bzw. politische Islam als ein vereinigendes Band zwischen der AKP und anderen organisierten Gruppen der Region, wie etwa den ägyptischen Mus-

limbrüdern, der *Parti de la Justice et du Développement* (PJD) in Marokko, der algerischen *Front Islamique du Salut* (FIS) oder der palästinensischen Hamas.

Allerdings unterliegt der Islam in der Türkei im Unterschied zu den arabischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens vollends der Kontrolle des Staates. Dieser nennt nicht wie etwa arabische Länder die Scharia als Ordnungsgrundlage, sondern wurde nach Vorbild säkularistischer bzw. laizistischer westlicher Staaten organisiert. So betrachtete Atatürk im modernen säkularistischen Sinne den Islam als Religiosität individueller Gläubiger für legitim, sah in ihm jedoch auch ein großes Hemmnis für die gesamtgesellschaftliche Modernisierung des Landes. Sein Laizismusverständnis sollte nicht, wie im Fall Frankreichs, zu einer größtmöglichen politischen Neutralität des Staates gegenüber jeglicher Religion führen und damit die Religion zur Privatsache der Gläubigen zu machen. Stattdessen sollte der Staat geradezu ermächtigt werde, über den Islam zu wachen und dessen Rolle im öffentlichen Raum so weit wie möglich zu regulieren und gegebenenfalls einzuschränken. Nicht nur galt der in weiten Teilen der Gesellschaft praktizierte Glaube somit in den Augen der kemalistischen Eliten im Militär, der Bürokratie und der Politik als vormoderne Kraft, die den Fortschritt des türkischen Modernisierungsprojektes bremste, sondern musste in seiner soziopolitischen Verfasstheit in Form von Bruderschaften, Bewegungen und Parteien „wachsamen Auges“ kontrolliert werden. Während also in der Hauptstadt Ankara mit dem Amt für Religionsangelegenheiten (*Diyanet İşleri Başkanlığı*, DİB) eine der größten Behörden des Landes entstand, welche etwa die alleinige Aufsicht über die religiöse Unterweisung der Bevölkerung in Moscheen und Schulen hat, wurden im Laufe der Jahrzehnte religiöse Orden geschlossen und ihre Besitztümer konfisziert sowie Bewegungen und Parteien mit religiöser Programmatik einge-

schränkt oder verboten, ihre Führungspersonen ins Ausland vertrieben oder mit Berufsverboten behängt.⁵ Unter diesen Bedingungen hatten es muslimische Gläubige in der Türkei, die zunächst vermehrt in den ländlichen Gebieten Anatoliens beheimatet waren und erst mit den Prozessen der Landflucht und Abwanderung in den 1950er und 1960er Jahren in die Städte, vor allem nach Istanbul, kamen, seit jeher schwer, religiöse Überzeugungen und politische Ambitionen im organisierten Rahmen in Einklang zu bringen. Trotzdem konnte der Islam ähnlich wie in den arabischen Ländern Ausdruck auf politischer Ebene finden, als massive sozioökonomische Umwälzungen die Türkei Mitte des 20. Jahrhunderts erfassten. So existierten die verbotenen Orden weiter als religiöse Bewegungen (*Nakşibendi*, *Suleymancılık*, *Nurcu Cemaati*, später auch die Bewegung des 1996 in die USA emigrierten Predigers Fethullah Gülen), deren Netzwerke bis in die elitären Zirkel des Staates, der Wirtschaft, der Kultur und Gesellschaft reichten. Einen besonderen Aufstieg erlebte ab Ende der 1960er Jahre die Bewegung der „Nationalen Sicht“ (*Millî Görüş*), die ähnlich der Muslimbrüder ihre – islamisch begründete – Hauptaufgabe in der Wahrnehmung sozialer Dienste für die armen, in die Städte abgewanderten Schichten sah. Ihre politische Stimme war Necmettin Erbakan, dessen Parteien seit den 1970er Jahren das programmatische Zentrum des politischen Islam in der Türkei bildeten. Dieser war zu jener Zeit dreimal an Regierungskoalitionen beteiligt und wurde nach dem Militärputsch 1980 und nach Ablauf eines zehnjährigen Politikverbots eine starke Kraft in den 1990er Jahren. Damals brachten zwar die liberalen Wirtschaftsreformen der Ära Özal neuen Wohlstand und führten zu industriellem Wachstum auch in Anatolien, wo sich gläubige, konservative, klein- und mittelständische Unternehmer langfristig zu regionalen Investoren und „Entwicklungshelfern“ entfalteten.⁶ Jedoch erreichte der Wohlstand nicht

⁵ Kaum besser erging es wegen der Dominanz des sunnitischen Islams sowie des stark ausgeprägten türkischen Nationalismus nicht-sunnitischen und nicht-muslimischen Glaubensgemeinschaften, die zwar existieren durften, jedoch in ihrer Glaubenspraxis starken Restriktionen des Staates unterlagen. Eine Phase besonders hohem Drucks erlebten ethnische und religiöse Minderheiten nach dem Militärputsch 1980, als sich die kemalistischen Kräfte auf eine konzeptionelle Verschmelzung von türkischem Nationalismus und staatlich geführtem, konservativem Islam, der so genannten „Türkisch-Islamischen Synthese“ („*Türk-İslam Sentezi*“), verständigten, um so die stärker werdende Kraft der systemfeindlichen Gruppen wie bspw. Kurden und Islamisten im Land zu unterbinden. (Vgl. Şen, *Transformation of Turkish Islamism and the Rise of the Justice and Development Party*, 2010.)

⁶ Diese aufstrebenden anatolischen Firmen und Geschäftsleute werden auch mit den Begriffen „anatolische Tiger“ oder „islamische Calvinisten“ beschrieben, weil sie in ihrer Arbeit die Verbindung unternehmerischen Strebens und religiöser Werte vornahmen. 1990 gründeten sie mit dem Wirtschaftsverband MÜSIAD (*Müstakil Sanayici ve İşadamları Derneği*, Verband unabhängiger Industrieller und Unternehmer) eine der heute einflussreichsten Wirtschaftsorganisationen. Sie setzten damit einen Kontrapunkt gegen den etablierten, säkularistisch geprägten Verband TÜSIAD (*Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği*, Verband türkischer Industrieller und Unternehmer).

die unteren Schichten in den Großstädten, sondern verschärfte vielmehr noch die politischen Probleme und das soziale Gefälle im Land. Bei den Kommunalwahlen 1989 und 1994 gewannen die Kandidaten von Erbakans Wohlfahrtspartei die meisten Städte, inklusive der Hauptstadt Ankara und Istanbul, wo der junge Recep Tayyip Erdoğan das Bürgermeisteramt übernahm. Zwar setzten sich die Parteigänger Erbakans für soziale Sicherheit sowie die Lösung örtlicher Probleme, etwa bei Infrastruktur und Verkehr ein, doch auch sie beendeten nicht die steigende Staatsverschuldung und die grassierende Korruption bzw. waren selbst in Fälle von Nepotismus und Vetternwirtschaft verwickelt. Entsprechend ihres Programms der „Gerechten Ordnung“ (*Adil Düzen*) setzten sie sich proaktiv für die religiösen Belange ihrer Wählerschaft ein, förderten die religiöse Ausbildung und den Bau von Moscheen und forderten die Beachtung des Islam in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens.

Bei den Parlamentswahlen 1996 wurde die Wohlfahrtspartei stärkste Kraft und Erbakan bildete zusammen mit der konservativen Partei des Rechten Weges (*Doğru Yol Partisi*, DYP) von Tansu Çiller eine Regierungskoalition. Als Ministerpräsident führte Erbakan im Innern die Politik des konservativen Islamismus fort, während er außenpolitisch die verbündeten USA und die europäischen Staaten offen für ihren „unbändigen“ globalen Kapitalismus und Imperialismus kritisierte, gegen eine Annäherung der Türkei an die EU eintrat, antisemitische Vorwürfe gegen Israel erhob und den Schulterchluss mit anderen autoritären Regimen wie Iran, Syrien und Libyen suchte. Seine Rhetorik und seine innen- und außenpolitischen Handlungen und Entscheidungen führten letztlich dazu, dass im Frühjahr 1997 der das politische Tagesgeschäft stark beeinflussende und vom Militär dominierte Nationale Sicherheitsrat offen und ultimativ die Einführung anti-islamistischer Verordnungen durch die Regierung forderte, was die Regierung schließlich zum Rücktritt zwang. In der Folge dieses indirekten Putsches vom 28. Februar 1997 wurde nicht nur die Wohlfahrtspartei vom Verfassungsgericht für verboten erklärt und Erbakan erneut mit

einem Politikverbot belegt, auch wurden religiöse Organisationen, die der Partei nahe standen, verboten, ihre Mitglieder und Unterstützer vor Gericht gebracht und wegen des Vorwurfs, einen Umsturz gegen die säkulare staatliche Ordnung vornehmen zu wollen, verurteilt.

In Folge des repressiven Vorgehens der kemalistischen Kräfte teilte sich das islamistische Lager in zwei Gruppen: Während die Traditionalisten zur Fortführung ihrer politischen Arbeit 2001 die Glückseligkeitspartei (*Saadet Partisi*, SP) gründeten, sammelten sich die Erbakan-Kritiker und Reformisten um Recep Tayyip Erdoğan, Abdullah Gül und Bülent Arınc und gründeten im gleichen Jahr die AKP. Zur Überraschung aller gewann die AKP sogleich die Parlamentswahlen vom November 2002 mit großem Vorsprung vor den anderen Parteien, da es ihr die relativ geringe Wahlbeteiligung und die Zehn-Prozenthürde, an der bis auf die CHP alle anderen Parteien scheiterten, ermöglicht hatten, dass sich ihr Stimmenanteil von 34,4 Prozent in einen Anteil von 66,3 Prozent der Parlamentssitze umsetzte. Somit hatten die türkischen Wählerinnen und Wähler bei diesem Urnengang nahezu das gesamte parlamentarische Establishment ausgewechselt, aus Protest gegen die lang anhaltende Unfähigkeit der etablierten Parteien und Politiker, sich den großen Problemen des Landes⁷ anzunehmen. Von dieser weit verbreiteten Protesthaltung profitierte die neu gegründete AKP als „unbeschriebenes Blatt“. Ihr kam jedoch auch zu Gute, ein Sammelbecken von Vertretern national-konservativer, post-islamistischer sowie liberaler Anschauungen zu sein, mit denen sich eine Vielzahl an Wählern identifizieren konnten.

Im Zwischenfazit der Entwicklungsgeschichte des politischen Islam in der Türkei und der Frage nach dessen Vorbildfunktion für andere Fälle in der arabischen Welt heute kann an dieser Stelle konstatiert werden, dass die Vertreter des türkischen politischen Islams unter ziemlich anderen strukturellen Voraussetzungen – nämlich denen einer nach eigenem Verständnis laizistisch ausgerichteten Republik, für deren Schutz das Militär und die kemalis-

⁷ Insbesondere galt die Kritik der Bevölkerung, die bei den Wahlen zum Ausdruck kam, der grassierenden Korruption und Vetternwirtschaft, die vor allem während des großen Erdbebens von 1999 und der Wirtschafts- und Finanzkrise 2000/2001 offen zu Tage getreten war, als auch der verbreiteten Rechtswillkür der Behörden, der ausbleibenden Lösung des Kurdenproblems und des PKK-Terrorismus im Südosten des Landes sowie der anhaltenden Diskriminierung von Minderheiten. (Vgl. bspw. Özel, *After the Tsunami*, 2003.)

tischen Staatsorgane mit allen, auch gewaltförmigen und repressiven Mitteln eintraten – agierten, als sie in anderen Staaten existierten, in denen etwa der Scharia eine konstituierende Bedeutung beigemessen wurde. Außerdem taugen die türkischen Islamisten mit ihrem Anführer Erbakan wegen ihrer dezidiert antimodernistischen, nationalistischen Haltung und ihrer populistischen und manipulativen Rhetorik kaum als Vorbilder für die – zumindest in ihrer Rhetorik und den ersten Ansätzen ihres politischen Reformismus⁸ – neuen, auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nationale Versöhnung und internationale Integration abzielenden „gemäßigten“ Islamisten in Ägypten, Tunesien und anderen Ländern der Region. Anders dagegen verhält es sich mit der AKP Erdoğan, welche durchaus als beachtenswerte Orientierungshilfe dienlich sein kann – insbesondere, als dass die AKP bereits kurz nach Amtsantritt 2002 eindeutige Signale in Richtung verantwortungsvoller Politikgestaltung sendete. So setzte Erdoğan ein klares Zeichen, als er anders als damals sein politischer „Ziehvater“ Erbakan seine erste Auslandsreise nach Griechenland durchführte, um die Entspannungspolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen. Daraufhin besuchte er alle wichtigen Hauptstädte Europas, um die Ambitionen seiner Regierung zu bekräftigen, die Türkei in die EU zu führen. Und während die AKP-Parlamentsfraktion mit ihrer deutlichen Mehrheit mehrere große Reformpakete verabschiedete, die dem Land schließlich die Zusage für den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU zum Oktober 2005 einbrachten, eröffnete der damalige Außenminister Abdullah Gül erstmals einen Gipfel der NATO in Istanbul und mahnte in Teheran vor der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) die Notwendigkeit an, demokratische Reformen und die Anerkennung von Zivilgesellschaften in den Ländern zuzulassen.

In die Anfangszeit der AKP fällt auch der Beschluss über das politische Programm und Profil der Partei, welchem Erdoğan und seine Mitstreiter den Namen „Konservative Demokratie“ (*Muhafazakar Demokrasi*) gaben. Alternativ zu den anderen etablierten Parteien des linken, sozialistischen und des rechten, nationalistischen Lagers, vor allem aber auch in Abgrenzung gegen die islamistische Ideologie der „Gerechten Ordnung“ entwickelte die Partei ein Konzept, welches demokratischen Reformismus mit den politischen, d.h.

kemalistischen Prinzipien, und kulturell-religiösen Traditionen und Werten der Türkei zu verbinden versuchte. Im Zentrum des – insgesamt recht unspezifischen – Programms standen die Ziele der Partei im Einklang mit den Reformvorgaben der EU, sowie die Profilierung der AKP als politische Kraft, die die in ihren kulturellen Traditionen und religiösen Werten verwurzelten Menschen durch geleitete Demokratisierung und Modernisierung mit den republikanischen Prinzipien des Staates versöhnen wollte. Hatte die 1980 von den Militärs eingesetzte Verfassung den Grundsatz verankert, dass der Bürger dem Staat zu dienen und sich dessen Prinzipien unterzuordnen hatte, so beabsichtigte die AKP, diesen Grundsatz sinngemäß umzudrehen. So wurden durch weitere Gesetzespakete unter anderem das Strafrecht geändert und dadurch erhebliche Verbesserungen der Menschenrechte in Bezug auf den Schutz des Lebens, Minderheitenrechte und Versammlungsfreiheit eingeführt, die Staatssicherheitsgerichte abgeschafft und die Justiz reformiert sowie der Einfluss der Armee auf den Nationalen Sicherheitsrat und damit auf die tägliche Politik eingeschränkt. Weitere Reformen der politischen Ordnung, inklusive eines Pakets zahlreicher Verfassungsänderungen, über das die Bevölkerung im Herbst 2010 in einem Referendum positiv abgestimmt hatte, folgten nach.

Darüber hinaus förderte die AKP-Regierung durch eine liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik die ökonomische Entwicklung und den infrastrukturellen und industriellen Ausbau des Landes, öffnete die Türkei für ausländische Investitionen und erschloss durch eine aktive Handelspolitik neue Auslandsmärkte für die wachsende Zahl erfolgreicher türkischer Unternehmer. Seit dem Jahr 2002 hatte sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Türkei vervielfacht, die Türkische Lira durch eine Währungsreform an Härte gewonnen und die Inflation konnte konstant unter zehn Prozent gehalten werden. Angesichts des anhaltenden Wirtschaftswachstums in Folge des steigenden Konsums der Türken und der guten Auftragslage hatte die türkische Wirtschaft während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 somit auch kaum Instabilitäten und Einbrüche zu verzeichnen, obwohl die Staatsverschuldung weiterhin hoch ist und die Einkommens- und Arbeitsverteilung zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen sowie zwischen den verschie-

⁸ Vgl. im Überblick Asseburg, Moderate Islamisten als Reformakteure?, 2008 sowie bzgl. der jüngsten Entwicklungen in Ägypten Abdel-Samad, Hamed: Katzenjammer in Kairo, in: *Cicero*, 8, 2011, S. 46-50.

denen Bevölkerungsschichten weiterhin un-
ausgeglichen ist. Trotz allem machte die Re-
gierung als Zeichen des erfolgreichen
Wandels Istanbul mit seiner Jahrhunderte
alten Geschichte und seinem vielfältigen, me-
tropolitanen Charakter zum Aushängeschild
der „neuen Türkei“, das nicht nur Touristen
und Investoren anlocken sollte. Auch entwi-
ckelte sich die Stadt am Bosphorus zum be-
liebten Treffpunkt von Staatsgästen aus dem
Ausland, die sich auf Gipfeln, Konferenzen
und Plattformen zur Diskussion brennender
Fragen der internationalen Politik trafen –
vom NATO-Reformgipfel, Konferenzen der
OIC und Zusammentreffen mit afrikanischen
Staats- und Regierungschefs bis zu zahlrei-
chen bi- und multilateralen Vermittlungsinitia-
tiven der Türkei, etwa zwischen den
ehemaligen Feinden Ex-Jugoslawiens, Irans
und der Sechsergruppe oder den Parteien
des Nahostkonflikts.

Diese Treffen, Initiativen und diplomatischen
Bemühungen spiegeln ein weiteres Feld der
Neuerung wider, welches die AKP begangen
hatte: das der Außenpolitik. Dieser sich nun
schon deutlich abzeichnende Wandel im
außenpolitischen Profil der Türkei geht maß-
geblich auf den türkischen Außenminister
Ahmet Davutoğlu und sein Politikkonzept der
„Strategischen Tiefe“ zurück. Dabei entwirft er
die Rolle der Türkei als international verant-
wortungsvolle und regional Stabilität erzeu-
gende Zentralmacht, die sich von den
Prinzipien einer multidimensionalen, proakti-
ven Außenpolitik durch rhythmische Diploma-
tie und einem „Null-Problem-Ansatz“
gegenüber den Nachbarstaaten auszeichnen
sollte, welche man durch wachsende politi-
sche, ökonomische und soziale Interdepend-
enz erreichen will. Mit Davutoğlus
strategischem Ansatz erreichte die AKP-Re-
gierung bemerkenswerte außenpolitische
Fortschritte bei der Entspannung ihrer jahre-
lang belasteten Beziehungen zu Nachbarlän-
dern Griechenland, Armenien und Russland,
Iran, Irak und Syrien. Durch ihre Vermitt-
lungsbemühungen in Konflikten sowie durch
ihre Kompromissbereitschaft und dem Willen
auf Herstellung von Win-Win-Situationen
wurde der AKP-Regierung international Res-
pekt gezollt. Deutlich zeigte sich der Erfolg
ihrer neuen Außenpolitik in der Wahl der Tür-
kei in den UN-Sicherheitsrat 2006-2008, in
dem das Land seit 56 Jahren nicht mehr ver-
treten gewesen war.

Allerdings brachten nicht alle diplomatischen
Bemühungen den gewünschten Erfolg oder
stießen ausschließlich auf Lob. So stockte
etwa die 2008 gestartete Versöhnungsinitia-
tive der Türkei und Armeniens wegen des Ein-
spruchs Aserbaidshans und des
festgefahrenen Konflikts der beiden Kauka-
susstaaten um die Region Nagorno-Karab-
agh. Auch traten Spannungen auf zwischen
der türkischen Regierung und der US-Admi-
nistration unter George W. Bush, als das tür-
kische Parlament 2003 die Anfrage der USA
nach einem Truppendurchzug für den Ein-
marsch in den Irak ablehnte, oder auch 2009,
als sich die Türkei im UN-Sicherheitsrat
gegen eine Initiative der USA und anderer
westlicher Staaten für eine Verschärfung von
Sanktionen gegen den nach Nuklearenergie
strebenden Iran stellte. Das Verhältnis zu Is-
rael, welches in den 1990er Jahren durch
eine intensive militärische und sicherheitspo-
litische, aber auch wirtschaftliche und soziale
Zusammenarbeit aufgeblüht war, gilt als
schwer zerrüttet. Zwar vermittelte die AKP-
Regierung erfolgreich zwischen Israel und Sy-
rien, doch fühlte sie sich von Israel dupiert, als
dieses, ohne die Türkei vorab zu informieren,
2008 die israelfeindliche Hamas im Gaza-
streifen angriff. In der Folge prangerte Mini-
sterpräsident Erdoğan mehrmals lautstark und
offen die Siedlungs- und Diskriminierungspo-
litik Israels gegenüber den Palästinensern
und die Isolation des Gazastreifens an. Einen
Tiefpunkt erreichten die Beziehungen der bei-
den Staaten im Mai 2010, als ein türkisches
Schiff, welches mit einer Flotte weiterer
Schiffe zum Hilfseinsatz nach Gaza aufge-
brochen war, von der israelischen Armee vor
der Küste gestürmt wurde, wobei neun türki-
sche Passagiere starben. Eine offizielle Ent-
schuldigung und Entschädigung der Opfer
lehnt Israel aus Überzeugung über die Rech-
tmäßigkeit seines Vorgehens bislang ab.
Schließlich treten seit einigen Jahren auch die
Beitrittsverhandlungen mit der EU auf der
Stelle, da beide Seiten nicht gewillt sind, Zu-
geständnisse bzgl. des Streitfalls um die Zu-
kunft der geteilten Insel Zypern zu machen
oder Lösungen im gegenseitigen Einverneh-
men zu finden. Auch kritisiert Ankara die Ein-
seitigkeit ihrer bisherigen Bemühungen zur
Annäherung, da einige Mitgliedsstaaten der
Union, allen voran Frankreich, prinzipiell
gegen einen möglichen Beitritt der Türkei
seien und mit dieser Haltung früher gemachte
Zusagen nicht einhalten würden.

Zwar verlangsamte sich auch deshalb der Reformeifer der AKP im Laufe der Jahre ihrer Regierungszeit, da gleichzeitig zum Abkühlen der Beziehungen zur EU die Zahl und Härte der innenpolitischen Konflikte mit den alten Kräften, allen voran dem Militär, den Gerichten und den nationalistischen Parteien zunahmen. Streitpunkte waren dabei nicht nur typische Reizthemen des islamistischen Diskurses wie das Verbot des Kopftuchs und die wachsende Rolle der Religion im öffentlichen Raum, sondern auch das langsame Aufbrechen von Tabus wie etwa die Unterdrückung der Kurden und Repression gegen Systemkritiker, die Diskriminierung von religiösen und ethnischen Minderheiten sowie die ständig von den alten Kräften geschürte Angst vor inneren und äußeren Feinden der kemalistischen Staatsordnung. Wenngleich bis heute keines der Konfliktfelder ausreichend befriedet werden konnte, hat die AKP-Regierung unter Erdoğan dazu beigetragen, ein Klima weitgehend offener und friedlicher Diskussion zu schaffen und stieß dadurch auf Zustimmung in der Bevölkerung und im Ausland. Erdoğan's Reformpolitik und seine Versprechen, den Weg Richtung EU-Beitritt trotz allen Gegenwinds aus Europas Hauptstädten weiterzugehen und am Ziel einer Demokratisierung und Modernisierung des Landes innerhalb der bestehenden Ordnung festzuhalten, brachten seiner AKP weitere Siege bei den Kommunalwahlen 2004 und 2009 sowie bei den Parlamentswahlen 2007 und 2011 ein. 2007 konnte sogar – nach zum Teil heftigen Konflikten mit den kemalistischen Kräften – Abdullah Gül zum neuen Präsidenten der Republik gewählt werden.⁹

Wenngleich die Bilanz der AKP zehn Jahre nach ihrer Gründung und im achten Jahr ihrer Regierung insgesamt also ambivalent ausfällt – weder ist der Umbau der Staatsordnung und die Reform einer neuen Verfassung im zivilen, demokratischen Geist beendet noch sind die Menschen- und Bürgerrechte umfassend und ausreichend gestärkt, die haushalts- und wirtschaftspolitische Ordnung nachhaltig stabilisiert, die sozialen, ethni-

schen und religiösen Spannungen innerhalb der Gesellschaft abgebaut sowie die Beziehungen zu allen Nachbarn befriedet und die Aufnahme der Türkei in die EU gesichert – so ist die Bilanz der Regierung dennoch beachtlich und zeugt von der Ambition, das Land im Positiven verändern zu wollen, es gegen die negativen Effekte der Globalisierung zu schützen und es „fit“ für das 21. Jahrhundert zu machen. Dabei wäre es falsch, die positiven Entwicklungen der Türkei in den vergangenen Jahren nur der AKP-Regierung zuzuschreiben. Auch haben die Wirtschaft und die Finanzwelt, die Zivilgesellschaft und die Medien ebenso wie auch reformbereite Gruppen innerhalb der kemalistischen Eliten ihren Anteil am Erfolg, indem sie die Regierung bei ihrer Arbeit entweder unterstützen oder Korrekturen anmahnen.¹⁰

III. Fazit

Obgleich die politische Geschichte im 20. Jahrhundert die Türkei und die Länder des Nahen und Mittleren Ostens deutlich voneinander entfernt hatte, ermöglichte das Ende des Ost-West-Konflikts und die Globalisierung neue Gelegenheiten der Wiederannäherung – auf politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Art und Weise. Wie kaum eine andere politische Kraft hat sich die AKP diese Chancen zu Nutze gemacht, auf die arabischen Staaten und Gesellschaften einen Schritt zuzugehen, sich vermittelnd in schwelende Konflikte einzuschalten, interdependente Wirtschaftsbeziehungen auf- und auszubauen und die kulturelle und religiöse Nähe der Türkei dazu zu verwenden, mit Hinweis auf den eigenen schwierigen, aber erfolgreichen Entwicklungsweg von den Regimen der Region dementsprechende demokratische Reformen einzufordern. Angesichts des 2011 angebrochenen „Arabischen Frühlings“ ergeben sich so folgende Resultate:

Strukturell, aber auch inhaltlich stand die AKP vor anderen Voraussetzungen als die heutigen (post-)islamistischen Akteure in den sich transformierenden Staaten des Nahen und

⁹ Die Befürchtungen und Vorwürfe der alten Eliten und der AKP-Kritiker im Vorfeld der Wahl, mit dem „Fall dieser letzten Bastion der kemalistischen Ordnung“ würde der Partei die Chance gegeben werden, ihre islamistischen Vorstellungen von einem Umbau des Staates in die Tat umsetzen zu können, erweisen sich bislang als haltlos. (Vgl. Hale/ Özbudun: Islamism, democracy, and liberalism in Turkey: The case of the AKP, 2010, S. 148-151)

¹⁰ Zudem sei darauf hingewiesen, dass in der republikanischen, parlamentarischen Systemstruktur und dem Modernisierungsgebot des Staatsgründers Atatürk sowie in der verfassten Rechtsstaatlichkeit und der vom EU-Beitrittsprozess geförderten Demokratisierung grundlegende Bedingungen für die Ordnung des türkischen Staates und für die Gesellschaft bestehen, die nicht ohne weiteres von einer politischen Kraft im Land verändert werden können.

Mittleren Ostens, da sie sich von Anfang an in eine republikanische und streng laizistische Staatsordnung integrieren musste, die nicht unter der Kontrolle einer autoritär geführten Staatsspitze stand, sondern deren Ordnung eher diffus von etablierten Eliten des Militärs und der Bürokratie aber auch des Parlaments, der Wirtschaft, Medien und der Zivilgesellschaft gegen vermeintliche innere und äußere Feinde bewahrt werden sollte.

War das politische System in den 1990er Jahren von diesen Kräften zwar weitgehend stabil gehalten worden, mangelte es dagegen an Stabilität in der Wirtschaft und der Gesellschaft. So kann zweifellos behauptet werden, dass es wegen des diffusen, indirekten Autoritarismus in der Türkei während der 1990er Jahre durch die alten Eliten zu keiner direkten Revolution der Bevölkerung kam, da diese Kräfte, insbesondere das Militär, in weiten Teilen der Gesellschaft als systemstabilisierende Akteure anerkannt oder als Folge vergangener repressiver Maßnahmen gegen systemfeindliche Gruppen für ihr hartes Durchgreifen bekannt waren.

Zur „indirekten Revolution“ gegen das defizitäre politische System der Parteien und der weitgehend korrupten Verwaltung kam es jedoch bei der Parlamentswahl 2002, aus der die unbescholtene, auf demokratische Reformen setzende AKP als deutliche Siegerin hervortrat. Auf die arabischen Länder bezogen heißt das, dass sich somit erst im Zuge der angesetzten oder beabsichtigten sowie als frei versprochenen Wahlen in Tunesien, Ägypten und gegebenenfalls anderswo wird zeigen können, inwieweit die Wählerinnen und Wähler dem türkischen Beispiel folgen und jene Kräfte stärken, die glaubhaft für Reform und Demokratisierung stehen. Dabei wird gerade auf diejenigen Bewegungen und Parteien, die im islamistischen Lager verwurzelt sind oder diesem entstammen, national

und international große und vor allem kritische Aufmerksamkeit zukommen. Wie auch nach der ersten Wahl der AKP an die Regierung 2002 wird es mit Hinweis auf den Fall Algeriens 1992¹¹ dazu kommen, dass die alten, etablierten Kräfte, allen voran das Militär, gegen einen möglichen Wahlsieg von Islamisten vorgehen könnten. Vor dieser Entwicklung, die der Türkei in den Jahren nach der Wahl durchaus gedroht hatte,¹² war das Land nur aus drei Gründen gefeit: Zum einen stand der Armee mit Hilmi Özkök ein relativ liberaler Generalstabschef vor, der zwar im kemalistischen System beheimatet war, sich aber mit der Anwendung undemokratischer Mittel zu dessen Schutz zurückhielt und entsprechende Strömungen innerhalb des Militärs unter Kontrolle hatte. Zum zweiten hatten sich die AKP-Vertreter um Recep Tayyip Erdoğan bei der Parteigründung und im Vorfeld der Wahl deutlich von ihren islamistischen Vorgängerparteien, vor allem der Wohlfahrtspartei Necmettin Erbakans, distanziert und sich für die demokratische Reform des politischen und gesellschaftlichen Systems innerhalb der bestehenden kemalistischen Ordnung ausgesprochen. Und drittens konnten sie zum Ausdruck ihres Reformwillens und zur Mobilisierung von liberalen Gruppen und Kräften, die der Partei zunächst skeptisch gegenüberstanden, darauf verweisen, dass sie die Annäherung der Türkei an die Europäische Union vorantreiben wollten und hierfür auch die Unterstützung der westlichen Partner, allen voran den USA, besaßen.

Obwohl diese Faktoren auf die Transformationsländer des Nahen und Mittleren Ostens nicht eins zu eins übertragbar sind, zeigt das türkische Beispiel, dass es sowohl innerhalb des Lagers des alten Regimes als auch bei den aufstrebenden, neuen Gruppierungen echte Versicherungen zu demokratischen Reformen, Bereitschaft zu Verhandlungen und Kompromiss innerhalb der Grundstrukturen

¹¹ Bei den Kommunal- und Parlamentswahlen in Algerien Anfang der 1990er Jahre war die oppositionelle islamistische *Front Islamique du Salut* (FIS) zur stärksten Kraft aufgestiegen. Gegen diesen Trend schritt im Dezember 1991 die Regierung auf Druck des Militärs ein und annullierte das Wahlergebnis. Im Januar setzte daraufhin die Armee das Wahlverfahren außer Kraft und verdrängte die Regierung von der Macht. Die Etablierung einer Militärdiktatur hatte einen Bürgerkrieg zur Folge, bei dem schätzungsweise 100.000 bis 150.000 Menschen ums Leben kamen. (Vgl. bspw. Werenfels, Algeriens legale Islamisten: Von der „fünften Kolonne“ zur Stütze des Regimes, 2008)

¹² Seit 2008 ermitteln türkische Staatsanwälte gegen ein radikal-nationalistisches Netzwerk namens „Erge-*nekon*“, das sich in weite Teile des Militärs, der Bürokratie und der Politik, aber auch der Wirtschaft und der Gesellschaft erstreckt und ab 2004 durch Anschläge und Anstiftung zu sozialen Unruhen einen Militärputsch gegen die AKP-Regierung anzetteln wollte. Angesichts der Schwere der Vorwürfe gegen teilweise hoch dekorierte und vormals als unantastbar geltende Offiziere fällt dem Verfahren ein großes öffentliches Interesse zu. Dabei machen die Ermittlungen mittlerweile auch keinen Halt mehr etwa vor Wissenschaftlern oder Journalisten, die sich mit den Fällen und der Rolle der Regierung beim Vorgehen gegen das Netzwerk befassen, was zu nationaler und internationaler Kritik führt. Dies kontert die Regierung wiederum mit dem Verweis auf die Unabhängigkeit der türkischen Justiz. (Vgl. bspw. Cizre, Ümit/Walker, Joshua: Conceiving New Turkey after Ergenekon, in: *The International Spectator*, 45 (2010) 1, S. 89-98; Hermann: Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei, 2008, S. 233-249.)

des bestehenden Systems sowie die Einbindung aller Schichten der Bevölkerung in den Transformationsprozess braucht, damit dieser stabil und nachhaltig erfolgreich verlaufen kann. Ebenso kommt der internationalen Gemeinschaft, den europäischen Organisationen, der EU und ihren Mitgliedsstaaten sowie den Nachbarländern der Transformationsstaaten eine hohe Bedeutung dabei zu, die Wandlungsprozesse aktiv und glaubhaft zu begleiten, ohne auf die Aushandlungen der Machtfrage und die Annäherungs- und Ver-

söhnungsversuche der jeweiligen Gesellschaften mit ihrem Staat und der politischen Klasse Einfluss zu nehmen. Gerade letzteres – die Schaffung einer demokratischen, partizipativen politischen Kultur durch Versöhnung der polarisierten Gesellschaft – ist auch in der Türkei Hauptaufgabe nicht nur der regierenden Partei und der Politik, sondern aller Kräfte, die an einer stabilen und prosperierenden Zukunft des Landes interessiert sind.

Ludwig Schulz

Literaturangaben

- ABDEL-SAMAD, HAMED: Katzenjammer in Kairo, in: *Cicero*, 8, 2011, S. 46-50.
- ALAM, ANWAR: Islam in Post-Modernism: Locating the Rise of Islamism in Turkey, in: *Journal of Islamic Studies*, 20 (2009) 3, S. 1-24.
- ASSEBURG, MURIEL (Hrsg.): *Moderate Islamisten als Reformakteure?*, Bonn 2008.
- CIZRE, ÜMIT (Hrsg.): *Secular and Islamic politics in Turkey. The making of the Justice and Development Party*, Abingdon 2008.
- DERS., WALKER, JOSHUA: Conceiving New Turkey after Ergenekon, in: *The International Spectator*, 45 (2010) 1, S. 89-98.
- FRANZ, ERHARD: Recep Tayyip Erdoğan, in: *ORIENT*, 43 (2002) 2, S. 173-178.
- GRIGORIADIS, IOANNIS N.: Die erste „muslimisch-demokratische“ Partei? Die AKP und die Reform des politischen Islams in der Türkei, in: Asseburg, *Moderate Islamisten als Reformakteure*, 2008, S. 58-69.
- HALE, WILLIAM M., ÖZBUDUN, ERGUN: *Islamism, democracy, and liberalism in Turkey: The case of the AKP*, Abingdon/ New York 2010.
- HERMANN, RAINER: *Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei*, München 2008.
- JOPPIEN, CHARLOTTE: *Die türkische Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP). Eine Untersuchung des Programms „Muhafazakar Demokrasi“*, Berlin 2011.
- KRÄMER, GUDRUN: *Gottes Staat als Republik. Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie*, Baden-Baden 1999.
- KREISER, KLAUS, NEUMANN, CHRISTOPH K.: *Kleine Geschichte der Türkei*, Bonn 2006.
- ÖZEL, SOLI: After the Tsunami, in: *Journal of Democracy*, 14 (2003) 2, S. 80-94.

ŞEN, MUSTAFA: Transformation of Turkish Islamism and the Rise of the Justice and Development Party, in: *Turkish Studies*, 11 (2010) 1, S. 59-84.

SEZER, DUYGU BAZOĞLU: The Electoral Victory of Reformist Islamists in Secular Turkey, in: *The International Spectator*, 37 (2002) 4, S. 7-19.

WERENFELS, ISABELLE: Algeriens legale Islamisten: Von der „fünften Kolonne“ zur Stütze des Regimes, in: Asseburg, *Moderate Islamisten als Reformakteure*, 2008, S. 115-125.

YAVUZ, HAKAN M.: *Islamic Political Identity in Turkey*, New York 2003.

DERS. (HRSG.): *The Emergency of a New Turkey. Democracy and the AK Parti*, Salt Lake City 2006.

Deutschland, die EU und der „Arabische Frühling“

I. Einleitung

Einige arabische Staaten wie Tunesien, Ägypten, Libyen oder Syrien, befinden sich momentan in einem epochalen Umbruch. Die jahrzehntelang von ihren repressiv-autoritären Regimes unterdrückten Gesellschaften verlangen mit noch nie da gewesener Vehemenz nach neuen wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven, mehr politischer Teilhabe, rechtsstaatlichen Strukturen sowie elementaren Menschenrechten wie freie Meinungsäußerung und ein Ende von Korruption. Dies beeinflusst auch nachhaltig und direkt Europa und Deutschland, schafft neue Herausforderungen, lässt althergebrachte außenpolitische Strategien überholt erscheinen, fordert zum Um- und Weiterdenken auf und bietet Chancen und Risiken für eine nachhaltige konzeptionelle Neuausrichtung der deutschen und europäischen Nahostpolitik. So sollte die deutsche und die europäische Politik diese historische Zäsur als einmalige Chance betrachten, ihre Politik in dieser Region kritisch zu überprüfen und mit Blick auf ihre Interessen neu auszurichten. Das folgende Kapitel versucht darzustellen, dass die Schnittmenge zwischen den deutschen und europäischen Interessen in der Region und den Interessen der aufbegehrenden Gesellschaften größer ist, als es von außen auf den ersten Blick scheint, dass permanente deutsche und europäische Forderungen nach mehr Demokratie und Menschenrechten keine leeren Phrasen, sondern ein ernstes Anliegen sein müssen. Weiterhin stellt es überblicksartig die deutsche und europäische Unterstützung für die angestoßenen politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ dar.¹

Zuerst wird ein Blick auf deutsche Interessen in der Region Nordafrika, Nah- und Mittelost geworfen, um zu zeigen, dass auf lange Sicht nur ein demokratischer Wandel mit einhergehenden wirtschaftlichen Reformen das vorrangigste deutsche Interesse in der Region

sein sollte, um so gleichzeitig langfristig Stabilität und demokratische Öffnung zu erreichen. Im zweiten Teil werden vergangene Handlungsstränge europäischer Außen- und Entwicklungspolitik im Rahmen des 1995 angestoßenen Barcelona-Prozesses skizziert und auf bestehende Strukturen und Institutionen in diesen Politikfeldern aufmerksam gemacht. Es wird auf Fehl- und Mangelentwicklungen verwiesen, die es in Zukunft zu vermeiden gilt, möchte man eine nachhaltig stabile und sich demokratisierende Region schaffen. Im Anschluss daran werden die aktuell initiierten sowie mittel- und längerfristig geplanten deutschen und europäischen Maßnahmen zur Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse dargestellt, bevor abschließend ein kurzer Ausblick gegeben werden soll.

II. Deutsche und europäische Interessen in der Region

Ohne einen differenzierten Blick auf die Bedeutung der Region für die deutsche und europäische Politik scheint ein Verständnis für das Handeln der Bundesregierung und der EU gegenüber den aktuellen Umbrüchen nicht möglich und politische Handlungsempfehlungen willkürlich und zusammenhangslos.²

Eine konsistente deutsche Strategie bezüglich ihrer Nordafrika-, Nah- und Mittelostpolitik hat es in den letzten Jahren nicht gegeben. Die Bundesregierungen vermieden es zudem, möglichst transparent ihre Interessenagenda in der Region darzulegen, da der Begriff „strategisches Interesse“ mittlerweile in der Öffentlichkeit allzu oft mit „harter Machtpolitik“ gleichgesetzt wird. Dieses Vorgehen sorgt auf der anderen Seite nicht gerade für den Eindruck von transparenter und kohärenter Außenpolitik. In den vergangenen Jahren entstand der Eindruck, deutsche Nahostpolitik orientiere sich aufgrund der historischen Fakten am Sicherheitsbedürfnis Israels als wesentliches handlungsleitendes Moment, was realpolitisch differenziert werden muss. Der nachfolgende Teil dieses Kapitels versucht, in dieses „schwarze Loch“ ein wenig Aufklärung

¹ Hierbei soll darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den präsentierten Programmen, Maßnahmen und Strategievorschlägen nur um einen Überblick handeln kann, da es sich um einen fortlaufenden, sich täglich ändernden Prozess handelt, wie das Beispiel Libyen und der Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi eindrucksvoll zeigt.

² Für deutsche Interessen in der Region siehe unter anderem: Steinberg, Guido: Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik. Interessen, Strategien, Handlungsoptionen, Berlin 2009. Siehe auch: Bertelsmann-Stiftung: Deutschland, Europa und die arabisch-islamische Welt. Interessen und Handlungsschwerpunkte, Gütersloh 2006.

und Struktur zu bringen.

Primäres deutsches Interesse in der Region war es in der Vergangenheit neben der Garantie israelischer Sicherheitsbedürfnisse, sowohl zwischenstaatliche als auch innerstaatliche Stabilität zu unterstützen und aufrechtzuerhalten. Die starke Konzentration auf Stabilität rührt daher, dass ihr Mangel oftmals mit zahlreichen Folgeproblemen verknüpft ist. Maßgeblich für das starke deutsche Interesse an regionaler Stabilität ist dementsprechend die Vermeidung von gewaltsamen zwischenstaatlichen Konflikten, Bürgerkrieg und fragiler Staatlichkeit. Instabile Staaten mit bürgerkriegsähnlichen Szenarien – wie in der jüngeren Vergangenheit im Libanon, Jemen oder im Irak – generieren nicht nur Flüchtlingsströme, die temporäre oder dauerhafte Zuflucht in Nachbarländern und den europäischen Staaten suchen. Häufig sind diese Flüchtlingsströme auch geeignetes Umfeld für terroristische Zellen und organisierte Kriminalität. Fragile Staatlichkeit und fehlendes staatliches Gewaltmonopol in einigen Teilen dieser Staaten bieten auch islamistischen Terrornetzwerken wie Al-Qaida Zufluchtsorte und Operationsgebiete. Aufgrund dessen intervenierende Nachbarstaaten handeln vielleicht mit der Intention, Stabilität wiederherzustellen. In der Praxis verschlimmern sie die Lage meistens nur noch und verschärfen die regionalen Konflikte.

Regionale Konflikte – zuallererst der israelisch-arabische Konflikt – bilden einen wichtigen Faktor bei der Motivierung und Mobilisierung islamistischer Terroristen, tragen zur Destabilisierung von Staaten bei, befeuern die Auseinandersetzungen zwischen anti- und pro-westlichen Regierungen in der Region und verursachen ebenso Flüchtlingsströme. Die Kausalität zeigt nachvollziehbar, dass eine friedliche Regelung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn oberste Priorität auf der regionalen außenpolitischen Agenda der Bundesregierung haben muss.

Der zweite große zwischenstaatliche Konflikt in der Region ist seit den 1970er Jahren das Ringen um regionale Vormachtstellung am Golf, das aufgrund negativer Beeinflussung der Energieversorgung der Weltwirtschaft schon mehrmals eine US-amerikanische Intervention herausforderte. Er wird in Zukunft vermutlich weiter an Bedeutung gewinnen. So sind der Atomkonflikt mit Iran und die Vielzahl

der irakischen Flüchtlinge eine direkte Folge der instabilen politischen Verhältnisse rund um den Golf. Insofern ist es im deutschen Interesse, auch hier eine friedliche Konfliktlösung herbeizuführen.

Legitime deutsche Interessenpolitik im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika wäre jedoch verfehlt, wenn dies gleichbedeutend mit der Stabilisierung autoritärer Regime in der Region interpretiert werden würde. Die deutsche Terrorismusbekämpfung steht exemplarisch für dieses Dilemma. Auf der einen Seite war sie – so zumindest die einhellige Perzeption – kurzfristig auf die Kooperation mit den autoritären Regimes oder Diktaturen der Region angewiesen, um für den Moment eine angeblich effektivere Bekämpfung von militanten islamistischen Gruppierungen und nicht-staatlichen Gewaltakteuren zu gewährleisten. Auf der anderen Seite muss sie aber eine Graswurzelursache des islamistischen Terrorismus anpacken, was längerfristig gleichbedeutend mit einem Wandel der vorherrschenden autoritären Regierungssysteme hin zu partizipativen, demokratischen politischen Strukturen bedeutet, dem sich die Regime aber allzu oft verschlossen haben oder nach wie vor verschließen. Hier sollten die Prioritäten statt auf marginale, kurzfristige Erfolge auf längerfristigen Wandel gesetzt werden. Mit dieser Neuausrichtung, einer besseren, nachhaltigeren und konsequenten Verzahnung von Demokratisierung und Stabilisierung sieht sich die deutsche Nahostpolitik seit Beginn der Aufstände im Nahen und Mittleren Osten konfrontiert und sollte hier geeignete Antworten finden.

Hierbei befindet sich die deutsche und europäische Politik in einem traditionellen Dilemma aus Eigeninteressen und Förderung der demokratisch-partizipatorischen Entwicklungen in den Transformationsstaaten. Dies zeigt sich deutlich anhand der Flüchtlingsfrage: Irreguläre Migration nach Europa und Deutschland zu vermeiden ist ebenso ein vitales Interesse deutscher und europäischer Politik wie die Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Heimat. Flüchtlingsströme sind für die Staaten der Region oft eine enorme innenpolitische Herausforderung, der sie nicht immer gewachsen sind. Diese Überforderung sorgt schnell für Destabilisierung der Ausreisestaaten, weshalb sich zwischen- oder innerstaatliche Konflikte auf eine weitere Ebene ausdehnen können. Zudem wurde die Pro-

blematik von Terrorismus und organisierter Kriminalität durch Flüchtlinge bereits angedeutet. Bisher wurde dem Flüchtlingsproblem zumeist reaktiv begegnet, indem Abwehrmaßnahmen getroffen wurden. Im Zuge der Transformationsprozesse im Nahen und Mittleren Osten sollten hier auch prophylaktische Maßnahmen eine höhere Bedeutung im politischen Kalkül Deutschlands und der EU einnehmen, indem die wirtschaftlichen Bedingungen in den nordafrikanischen und arabischen Ländern verbessert, Verteilungsmechanismen und Klientelnetzwerke neu modifiziert und durchbrochen, Ausbildungs- und Weiterbildungsniveaus angehoben und der Zutritt zum Arbeitsmarkt für alle gesellschaftlichen Gruppen transparenter werden.

Ein weiteres Interesse deutscher Politik in dieser Region ist energiepolitischer Natur. Die Energieressourcen der Region, insbesondere in Nordafrika, bieten Deutschland und Europa eine Gelegenheit, sich von einseitigen Gaslieferungsabkommen zu emanzipieren und in diesem Bereich ein Stück weit mehr Unabhängigkeit, insbesondere von Russland, zu erlangen. Einen viel versprechenden Ansatz in diese Richtung stellt die Nabucco-Pipeline dar, die mit ihrem Verlauf beginnend in der Osttürkei, über Bulgarien, Rumänien und Ungarn Gas aus Iran oder dem Irak nach Mitteleuropa liefern kann. Weiterblickend wird das deutsche Interesse an der Förderung erneuerbarer Energien, an erster Stelle Solarenergie aus Nordafrika, wachsen, um den Energiebedarf Europas und Deutschlands zu decken. Zu nennen ist hier das auf deutsche Initiative angeregte Milliardenprojekt *Desertec* zur Förderung von Solarenergie aus den Maghrebstaaten.³

Der Energiebedarf Deutschlands führt automatisch zu deutschen Wirtschaftsinteressen in der Region. Im Jahr 2010 waren die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien – die Türkei außen vor gelassen – vor Iran, Ägypten und Israel die wichtigsten regionalen Exportstaaten im deutschen Außenhandel. Bedeutendster regionaler Importstaat war Libyen aufgrund seiner Erdölimporte in die Bundesrepublik. Für die deutsche Außen-

handelswirtschaft insgesamt waren jedoch die VAE und Saudi-Arabien am bedeutendsten.⁴ Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass die Umbrüche und Proteste in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien nur sekundär die deutschen Wirtschafts- und Außenhandelsinteressen in der Region beeinflussen, weil sie jeweils – für sich allein genommen – für die deutsche Außenhandelswirtschaft nur geringe Bedeutung haben. In der Summe sorgt diese unsichere Zukunft der Außenhandelsbilanzen mit mehreren Staaten, in denen infolge des „Arabischen Frühlings“ instabile Lagen entstanden sind, dafür, dass das wirtschaftliche Interesse an dieser Region ebenso im Blick behalten werden muss wie andere Interessen, die nur durch Stabilität dauerhaft gewährleistet werden können.

Letztendlich konnte bislang innerstaatliche und regionale Stabilität in Nordafrika, Nah- und Mittelost als primäres Interesse Deutschlands und Europas sowie gleichzeitig elementare Grundlage für andere Interessen dieser Akteure in der Region gesehen werden. Diese anderen Interessen sind zusammengefasst die Vermeidung von Flüchtlingen, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität, die Deckung des Energiebedarfs und die Konsolidierung der Außenwirtschaftsbeziehungen.

Ferner würde auch Israel mit seinem Sicherheitsbedürfnis von einem Umfeld demokratisierter arabischer Staaten profitieren. Dies ist für deutsche und europäische Außenpolitik insofern von Bedeutung, als dass damit eine Hürde für deutsche und europäische Unterstützung arabischer Transformationsstaaten wegfällt. Israelische Sicherheitsinteressen sind ein bestimmender – allzu oft beschränkender – Faktor vor allem für deutsche Nahostpolitik. Bezüglich der Forderung und Unterstützung demokratischer Transformation müsste das Sicherheitsinteresse Israels aber in diesem Fall ein verstärkender Faktor sein, statt eines Hindernisses. Vor dem Hintergrund der jüngsten gewaltsamen Übergriffe auf israelische Zivilisten bei Eilat und in Tel Aviv scheint es jedoch derzeit unwahrscheinlich, dass sich diese Wahrnehmung auch bei den

³ Für nähere Informationen über das Desertec-Projekt siehe auch: Desertec Foundation, <http://www.desertec.org/de/>, Hamburg 2011, abgerufen am 23.08.2011.

⁴ Für eine ausführliche Statistik über die deutsche Außenhandelswirtschaft im Jahr 2010 siehe: Statistisches Bundesamt: Außenhandel 2010. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, <http://www.destatis.de>, Wiesbaden 2011, abgerufen am 11.08.2011.

israelischen Entscheidungsträgern durchgesetzt. Dieser Teil des Kapitels zeigt in erster Linie, wie sehr die Interessen in der Region Stabilität bedingen. Stabilität auf der einen Seite und die weiteren Interessen auf der anderen Seite unterscheiden sich bezüglich ihrer Funktion und ihrer Priorität. Stabilität fungiert als Grundlage für die dauerhaft erfolgreiche Verfolgung der anderen aufgeführten Interessen. Sie sind nicht gleichwertig zu verfolgen, weil sie aufeinander aufbauen bzw. Stabilität die unerlässliche Grundlage für andere Interessen ist.

Die Grundannahme und feste Überzeugung, dass nachhaltige und dauerhafte Stabilität jedoch nicht durch autoritäre Regimes gewährleistet werden kann, sondern nur durch langfristig unterstützte Transformationen hin zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung von Menschenrechten, Ende von Klientelismus und Korruption als auch auf Breitenwirkung angelegtes Wirtschaftswachstum, impliziert zugleich, dass Stabilität den erfolgreichen Übergang zu diesen Zielen bedingt.

Daran anknüpfend ist es notwendig, den bisher in der Nahostpolitik gebrauchten Begriff von Stabilität wesentlich zu verbreitern, ihn nicht nur als Stabilität für ausschließlich strategische Eigeninteressen zu interpretieren und zu gebrauchen, da die Anwendung dieses „alten Stabilitätsbegriffs“ zu Lasten der gesellschaftlichen Entwicklung in den Transformationsstaaten ging. Das Ringen um Stabilität zur Gewährleistung der deutschen und europäischen Eigeninteressen in der Region wurde teilweise auf den Schultern der jeweiligen Bevölkerung ausgetragen und dabei ihre Bedürfnisse vergessen, was auch als ein Auslöser für die momentanen Umwälzungen gilt. Diese Entwicklungen zeigen unweigerlich, dass der „alte Stabilitätsbegriff“ in einer ausschließlich sicherheitspolitischen Dimension wohl keine Zukunft für außenpolitische Strategien im Nahen und Mittleren Osten haben wird. Für die deutsche und europäische Außenpolitik kann es demnach kein Zurück zu diesen Praktiken geben, autoritär-repressive Regimes zu stützen. Der „neue Stabilitätsbegriff“ muss ebenso die Bedürfnisse der Gesellschaften vor Ort einschließen und auf Demokratisierung als Basis für Stabilität aus dem jeweiligen Land heraus setzen. Für diese Umdefinierung und den damit einhergehenden Strategiewechsel deutscher und europäischer Nahostpolitik bieten die derzeitigen

Entwicklungen in der Region eine einmalige Chance. So kann der „neue Stabilitätsbegriff“ auf der festen Überzeugung basieren, dass mehr Demokratie und Menschenrechte in der Region auf Dauer tatsächlich positive Auswirkungen für Europa mit sich bringen und deren Forderung und Unterstützung sich nachhaltig lohnt, was sich zweifelsohne in den letzten Jahren in der deutschen und europäischen Außenpolitik und ihrer Erfolgsbilanz kaum niedergeschlagen hat. Außerdem wird deutlich, dass die Schnittmenge der Interessen deutscher Außenpolitik und der arabischen Gesellschaften in einem demokratischen und wirtschaftlichen Wandel bestehen.

Vor diesem Hintergrund deutscher – und hauptsächlich kongruenter europäischer – Interessen, insbesondere an langfristiger regionaler und innerstaatlicher Stabilität, müssen die Maßnahmen Deutschlands und Europas zur Unterstützung für die momentan stattfindenden Transformationsprozesse bzw. für die Forderung nach ihnen gemessen werden.

Dass Deutschland und Europa dieses Anliegen nicht nur mit Lippenbekenntnissen begleiten, sondern ein ernstes Anliegen und konkrete Pläne und Projekte dahinter stecken, die teilweise bereits angelaufen sind, wird im vierten Teil aufgezeigt. Zuvor wird jedoch die europäische Außen- und Entwicklungspolitik vor dem „Arabischen Frühling“ skizziert, um einen Überblick über bisher existierende Strukturen in diesen Politikfeldern zu bieten.

III. Europäische Außen- und Entwicklungspolitik vor dem „Arabischen Frühling“

Im Jahr 1995 wurde im Rahmen des gestarteten Barcelona-Prozesses die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) mit dem Ziel der Demokratisierung der nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten eingeleitet. Gründungsmitglieder waren damals die 15 EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, und zwölf Mittelmeerränder: Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Libanon, Syrien, Jordanien, die palästinensischen Autonomiegebiete, Türkei, Zypern und Malta. In der Schlusserklärung der Europa-Mittelmeer-Konferenz von Barcelona erstreckt sich die Partnerschaft auf vier Bereiche: die politische und Sicherheitspartnerschaft, die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft sowie die Partner-

schaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich als auch eine Partnerschaft in den Feldern Migration, soziale Integration, Justiz und Sicherheit.

Als konkrete Maßnahme wurde im Bereich der politischen und Sicherheitspartnerschaft ein multilaterales Gesprächsforum unter Einschluss der Konfliktparteien des Nahostkonflikts geschaffen, dessen Fundament zum Gründungszeitpunkt in der Aussicht auf einem aussichtsreichen israelisch-arabischen Friedensprozess lag. Mit der Stagnation dieses Prozesses und seit dem Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 kam die Partnerschaft in diesem Bereich jedoch fast komplett zum Erliegen, da ihr eine wesentliche Grundlage entzogen wurde. Insbesondere die arabischen Staaten sahen die Partnerschaft in diesem Kontext nicht mehr als gewinnbringend, da sie damit nur den für sie ungünstigen Status quo zementiert hätte. Trotzdem konnte zumindest auf den unteren Ebenen eine Zusammenarbeit mit positiven Auswirkungen aufrechterhalten werden.

Misstrauen seitens der Mittelmeeranrainer gegenüber der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) konnte durch ihre graduelle Integration in diese erreicht werden, was durchaus als Teilerfolg gewertet werden kann. Sogar ein ESVP-Mittelmeerdialo g kam zustande, in dem die EU und die Mittelmeeranrainer bezüglich Konfliktverhütung und Krisenmanagement kooperierten.

Seit dem 11. September 2001 stand der Kampf gegen den internationalen Terrorismus vor allem im Rahmen der EMP auf der sicherheitspolitischen Agenda der EU. Zum größten Teil entfielen die Instrumente und Strategien in diesem Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf das Politikfeld der inneren Sicherheit. Gleichzeitig schottete die EU in diesem Sinne ihre Außengrenzen ab. Schon 1999 erklärte die EU in Amsterdam das Ziel, in Europa einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR) zu schaffen, was sich unter den Entwicklungen der folgenden Jahre als nicht immer kompatibel mit den Intentionen der EMP herausstellte. Das Interesse an Sicherheit schien im Kampf gegen den internationalen Terrorismus alle Mittel zu rechtfertigen. Gerade dies war aber eine Fehlentwicklung, der Deutschland und die EU hätten entgegenwirken müssen, beispielsweise durch eine universell verbind-

liche Definition von Terrorismus, die bislang fehlt.

Dass Deutschland und die EU ein langfristiges Interesse an Demokratisierung aufgrund damit einhergehender Stabilitäts- und Sicherheitsinteressen haben müssten, wurde bereits im vorangegangenen Kapitel ausgeführt. Entwicklungszusammenarbeit mit autoritären Regimes hat sich spätestens seit Ende des Kalten Krieges als ineffektiv erwiesen, weshalb man neben diesem Strang vermehrt auf Demokratieförderung als bisher vernachlässigte Entwicklungsressource setzte und sie auch als verbindliches Ziel im EU-Vertrag festschreiben ließ. Im Zuge dieser Erkenntnis wurde Demokratisierung zunehmend Teil der deutschen und europäischen Strategie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die dabei an der Wurzel des Problems anpacken sollte. Nur mit Demokratie und Menschenrechten könne es in der Region Frieden, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung geben, so die Annahme Deutschlands und der europäischen Staatengemeinschaft. Ihre Förderung als Ziel durchzieht die Dokumente nahezu aller Politikfelder der EMP, wenngleich diese nur deklaratorischen Charakter besitzen. Praktische Instrumente zur Umsetzung finden sich in den Bereichen II und III der Barcelona-Schlusserklärung. Die EU verfolgte dabei zwei Ansätze:

Der erste Ansatz nimmt die Regierungen in die Pflicht, indem er auf institutionelle Reformen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und verantwortliches Regieren setzt. Einfluss übt die EU durch finanzielle Konditionierung gegenüber den einzelnen arabischen Staaten aus, je nach tatsächlichem Fortschritt im politischen Reformprozess. Zudem hat die EU die Option, die Kooperation mit einzelnen Staaten teilweise oder komplett auszusetzen. Solche Suspensionsklauseln finden sich auch in den Euro-Med-Assoziierungsabkommen, die mit einzelnen Staaten der Region vereinbart wurden.

Der zweite Ansatz versucht, gesellschaftspolitischen Einfluss über einen Zugang zu den Zivilgesellschaften geltend zu machen. Jedoch entfernte sich die EU über die Jahre zunehmend von Programmen expliziter Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik. Stattdessen dominierten mit der Zeit Projekte zur Förderung des kulturellen Dialogs. In 2005 gaben sich die Zivilforen innerhalb der

EMP einen lockeren institutionellen Rahmen, indem sie die *Euro-Med Non-Governmental Platform* gründeten. Stärker politisch ausgerichtete Programme fanden sich dem gegenüber außerhalb des EMP-Rahmens in der überregionalen *European Initiative for Democratisation and Human Rights*. Die Fehlentwicklung dieses zweiten Ansatzes lag darin, dass sich die EU in ihrer Kooperation mit der Zivilgesellschaft lediglich auf säkulare, westlich orientierte Eliten der arabischen Staaten stützte, die keinesfalls einen repräsentativen Querschnitt durch die Gesellschaft boten. Moderate islamistische Organisationen, die Pluralismus und Gewaltlosigkeit respektieren, hätten dafür in eine Partnerschaft einbezogen werden müssen. Als problematisch hat sich zudem herausgestellt, dass keine Einigkeit über die Rolle der Zivilgesellschaft innerhalb der EMP bestand.

Auf dem Weg zu einer erfolgreichen EMP haben sich mehrere Probleme aufgetan: Der erfolglose Osloer Friedensprozess zur Lösung des Nahostkonflikts, die starke Asymmetrie der Partnerschaft zwischen der EU als großem Akteur und den einzelnen Mittelmeerrainern, der Barcelona-Prozess als weitgehende Unbekannte bei den Bevölkerungen der EU und der Mittelmeerländer, komplizierte und höchst bürokratische Strukturen, unzureichend ausgebildetes Personal, augenscheinlich unüberwindbare Interessenskonflikte sowohl zwischen EU und Partnerschaftsländern als auch innerhalb beider Lager, das dem Partnerschaftsprinzip diametral gegenüberstehende Prinzip der Konditionalisierung bzw. Sanktionierung, mehrere parallel laufende und sich teils gegenseitig hemmende Instrumente der „westlichen Staatengemeinschaft“ für den Mittelmeerraum, der nicht immer geglückte Spagat zwischen Menschenrechtsdurchsetzung und Nichteinmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten sowie die Misstrauen und Ablehnung gegen Europa geschürte Irakinvasion der USA im Jahr 2003 als auch die Anschläge vom 11. September 2001 und danach verstärkte europäische Tendenzen hin zu Islamophobie. Im Jahr 2004 legte die EU ihr neues Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zur Gestaltung ihrer Beziehungen mit den Nachbarländern vor. Insgesamt musste der Demokratisierungspolitik der EU im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft bis dahin eine erfolglose Bilanz konstatiert werden. Lediglich im Be-

reich der Vertrauensbildung zwischen Europa und arabischen Staaten konnte sie einige Erfolge nachweisen. Die ENP zielte zunächst nur auf die östlichen Nachbarstaaten ab, ehe sie auch auf die Mittelmeerrainern ausgedehnt wurde. Die Euro-Med-Assoziierungsabkommen mit einzelnen Staaten der Region werden dabei durch so genannte Aktionspläne erweitert, die wesentliches Instrument der ENP sind und den bilateralen Beziehungen mit den Nachbarländern dienen sollen. Die Aktionspläne, worin Prioritäten für politische und wirtschaftliche Reformen festgelegt werden, werden gemeinsam mit den Partnerstaaten ausgehandelt und sind auf drei bis fünf Jahre ausgelegt. Die gemeinsame Aushandlung vermindert die Dominanz der EU, garantiert eine den landesspezifischen Situationen angepasste Reformagenda und stellt mehr Eigenverantwortung für die regionalen Staaten und Kooperationsbereitschaft in Aussicht.

Lange setzte man innerhalb der EU auf wirtschaftliche Liberalisierung, die Basisimpulse für politische Reformen geben sollte. Doch genauso lange bestätigte sich diese Hoffnung nicht. Wirtschaftliche Reformen gingen gleichzeitig mit verstärkter staatlicher Repression einher. Dabei hat sich die EU doch recht lernwillig gezeigt, indem sie Erfahrungen aus der erfolgreichen EU-Erweiterung und der Erfolglosigkeit der EMP in ihre zukünftige Politik in Nordafrika und Nahost einfließen ließ. Mit der ENP versuchte die EU, mehr positive Anreize zur Einleitung politischer Transformationsprozesse bei den herrschenden Eliten zu schaffen.

Im Jahr 2008 wurde die Union für das Mittelmeer ins Leben gerufen, die in die Euro-Mediterrane Partnerschaft eingebettet ist und im März 2010 erstmals ihre Arbeit aufnahm. Das Ziel der stark projektorientierten Union ist es, im Mittelmeerraum Frieden, Stabilität und Wohlstand zu schaffen. Sie unterstützt wirtschaftliche Integration und demokratische Reformen in den 16 EU-Nachbarländern. Die wesentlichen Felder, in denen sie Projekte initiiert und unterstützt, sind Wirtschaft, Umwelt, Energie, Gesundheit, Migration und Kultur. Die Arbeit der Mittelmeerunion begann äußerst zögerlich. Das lag zunächst daran, dass es nicht gelang, die wesentlichen Institutionen für die Union einzurichten. Erst zwei Jahre später – im März 2010 – konnte das Sekretariat der Union seine Arbeit aufnehmen.

men. Ein Grund dafür lag auch in Israels Militäroperation im Gazastreifen zum Jahreswechsel 2008/09, in dessen Folge sich die arabischen Staaten nicht in der Lage sahen, eine Zusammenarbeit mit Israel fortzusetzen. Die Spannungen im Nahen Osten wirken sich bis heute auf die Arbeit der Mittelmeerunion aus. Ein geplantes Gipfeltreffen der Union musste bereits zweimal – im Juni 2010 und im November 2010 – deswegen abgesagt werden. Daraufhin trat im Januar 2011 der bis dahin amtierende Generalsekretär der Union, der Jordanier Ahmed Khalef Masadeh, mit der Begründung mangelnder Handlungsfähigkeit der Union im Zuge der damaligen Umwälzungen in Tunesien und Ägypten zurück, was für die noch junge Mittelmeerunion einen herben Dämpfer bedeutete. Von einem viel versprechenden Beginn kann also nicht die Rede sein. Im Gegenteil, noch bevor erste kleine Erfolge verbucht werden konnten, stellt sich bereits die Frage nach der Zukunft der Union für das Mittelmeer.

IV. Unterstützung Deutschlands und der EU für die Transformationsstaaten Ägypten und Tunesien

Die Kernbereiche, auf die sich die deutsche Unterstützung für die Transformationsprozesse in den beiden Ländern der erfolgreich gestürzten Regimes Ben Alis und Mubarak konzentriert, sind dabei Good Governance und Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Partizipation, Bildung und Ausbildung, Medien- und Meinungsfreiheit, Arbeit und Beschäftigung, sozial- und marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftstransformation, Stärkung der Zivilgesellschaft sowie Aufbau und Stärkung demokratischer Kontrolle des Sicherheitssektors. Daran orientieren sich bereits initiierte und geplante Maßnahmen zur Unterstützung demokratischer und sozioökonomischer Transformation in Ägypten und Tunesien.

Die Entwicklungen in Libyen und Syrien sind in einem momentanen Zwischenstadium noch zu frisch und ungewiss, als dass es hier bereits länger angelegte Aktionspläne gäbe. In anderen Staaten wie Marokko oder Jordanien scheinen die Proteste und umfassendere Umbrüche im Zuge des „Arabischen Frühlings“ durch Reformmaßnahmen der Monarchen gestoppt. In wieder anderen Staaten wurden die Proteste durch Gewalt erstickt. In Libyen ist die NATO noch mit militärischen Operationen aktiv. Dazu ist humanitäre Soforthilfe drin-

gend notwendig, deren Bereitstellung momentan oberste Priorität hat. In Syrien ist die Aussicht auf einen demokratischen Wandel sehr unsicher. Deshalb konzentrieren sich die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen auf Tunesien und Ägypten.

IV.1 Kurzfristige Maßnahmen

Deutsche Unterstützung: Die kurzfristige Unterstützung der deutschen Bundesregierung für die Länder Tunesien und Ägypten im demokratischen Umbruch hat sich im Wesentlichen auf die Bereitstellung finanzieller Mittel und rhetorische Signale bezogen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat in diesem Rahmen drei Fonds eingerichtet und für diese finanzielle Mittel bereitgestellt:

Demokratieförderungsfonds

Die Hauptintention des Fonds besteht in der Unterstützung des demokratischen Wandels durch Beratung bei struktur- und ordnungspolitischen Herausforderungen vor Ort.

3,25 Mio. EUR werden für politische Stiftungen und kirchliche Hilfswerke vor Ort mobilisiert, deren Aufgabe darin besteht, der Zivilgesellschaft bei ihrer Organisation und dem Aufbau unabhängiger politischer Parteien unter die Arme zu greifen.

Zudem wird der Fonds vom BMZ nochmals mit 2,0 Mio. EUR versorgt, um über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein überregionales Projekt zur Unterstützung demokratischer Reformen in der gesamten Region zu fördern. Das Programm zielt auf eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen und gesellschaftlichen Reformen sowie eine Stärkung von Zivilgesellschaft, öffentlicher Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit und Justiz.

Bildungsfonds

Dieser Fonds zielt auf die Unterstützung eines Regionalprogramms, insbesondere in strukturschwachen Regionen, zur verbesserten Qualifizierung und erhöhten Beschäftigung junger Menschen, um ihnen erste oder neue Bildungs- und Entwicklungsperspektiven zu eröffnen.

8,0 Mio. EUR für 2011 bis 2014 stellt das BMZ dafür bereit. Arbeitsmarktorientierte Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Existenzgründungsprogramme für junge Menschen stehen bei diesem Projekt im Mittelpunkt, an deren Ausführung sowohl die GIZ mit ihren Partnern und der privaten Wirtschaft als auch die Außenhandelskammern und deutsche Unternehmen vor Ort beteiligt sind.

Wirtschaftsfonds

Ziel des Regionalfonds ist die Förderung von Kreditvergaben durch Mikrofinanzinstitutionen vor Ort an Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen, damit diese neue Arbeitsplätze schaffen können.

Das BMZ stellt für die Refinanzierung von Mikrofinanzinstitutionen 20,0 Mio. EUR zur Verfügung, die über die KfW-Entwicklungsbank vergeben werden.

Zudem stellt die BMZ-Menschenrechtsfazilität für Nichtregierungsorganisationen im Jahr 2011 bis zu 40% ihrer finanziellen Mittel – maximal 3,0 Mio. EUR – für die Förderung von Projekten zur Stärkung von Menschenrechten in der Region bereit. Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes unterstützen damit lokale Menschenrechtsaktivisten oder für lokale Menschenrechtsorganisationen werden Trainingsmaßnahmen gefördert.

Auf journalistischer Ebene ist es höchste Priorität, die Presse- und Meinungsfreiheit in der Region zu fördern. Dies geschieht durch gezielte Weiterbildungsangebote der *Deutsche Welle*-Akademie, deren Zielgruppe freie Journalisten, Blogger, Journalistikstudierende und Nutzer von sozialen Netzwerken vor Ort darstellen.

Europäische Unterstützung: Im Rahmen einer neu angedachten „Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ gewährt die EU den Transformationsstaaten 30 Mio. EUR humanitäre Soforthilfe, erleichtert die konsularische Zusammenarbeit und Evakuierung von Staatsbürgern, öffnet die beiden mit insgesamt 25 Mio. EUR ausgestatteten

EU-Außengrenzenfonds und Europäischen Flüchtlingsfonds, garantiert Ägypten und Tunesien Besuche der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik bzw. Kommissionsvizepräsidentin und organisiert ein internationales Koordinierungstreffen als Signale zur Unterstützung des demokratischen Übergangs.⁵

Diese neue Partnerschaft, die mittlerweile von den Staats- und Regierungschefs gebilligt wurde, umfasst dabei die drei grundsätzlichen Säulen Demokratisierungsprozess und Institutionenaufbau, eine engere Partnerschaft mit den örtlichen Bevölkerungen und eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf Nachhaltigkeit und möglichst breitenwirksames Wachstum ausgerichtet sein soll.

Zu bereits umgesetzten Projekten mit Partnerorganisationen in Tunesien und Ägypten gehört auch die Einrichtung der so genannten „Tahrir-Lounge“ in Kairo als Anlaufpunkt vieler Akteure des demokratischen Wandels im Land, z.B. für Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsgruppen, Blogger etc. Zudem unterstützt das Auswärtige Amt Filmemacher, die mittels Kurzfilmen vor anstehenden Wahlen die Menschen über demokratische Rechte aufklären, so genannte „Freiheitsbusse“, die der ländlichen Bevölkerung politische Bildung bringen sowie Reisen der Jahn-Behörde und der Gedenkstätte Hohenschönhausen nach Ägypten und Tunesien, um Erfahrungen bei der Aufarbeitung von Unrechtsregimes mit den Menschen vor Ort zu teilen.⁶

IV.2 Mittel- und längerfristige Maßnahmen

Deutsche Unterstützung: Auf der mittelfristigen Agenda der Bundesregierung bzw. des BMZ stehen ebenso bereits einige Maßnahmen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit will die Förderung bereits bestehender Menschenrechtsinstitutionen intensivieren und den Aufbau weiterer Kapazitäten und Netzwerke in diesem Bereich unterstützen. Ebenfalls soll die politische Teilhabe, insbesondere der jungen Generation, verstärkt und freie Medien sowie unabhängiger Journalismus gefördert werden. Diese Aufgabe kommt den politischen Stiftungen zu, ebenso wie

⁵ Vgl. Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand, Europäische Kommission, Brüssel 2011.

⁶ Dies ist nur ein Teil der bereits getroffenen Maßnahmen. Für weitere Informationen dahingehend siehe auch: Auswärtiges Amt: Der Umbruch in Ägypten und Tunesien. Vorbild für die arabische Welt – Chance für Europa, Berlin 2011.

eine beratende Funktion gegenüber neu entstehenden politischen Parteien und eine begleitende Funktion bei anstehenden Wahlprozessen. Um Frauen auf längere Sicht besser in wirtschaftliche Strukturen und Prozesse zu integrieren, soll ein Netzwerk von Unternehmerinnenverbänden aufgebaut werden. Die Einrichtung einer Sonderinstitution für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (*Public Private Partnerships*) zielt darauf ab, die lokale Wirtschaft zu stabilisieren und Anreize für ausländische Investoren zu schaffen. Zudem sollen im Bildungsbereich mittels eines Sonderprogramms zur Hochschulförderung, dessen Umsetzung der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) übernimmt, entwicklungsorientierte Studiengänge und Stipendienprogramme aufgebaut werden. Zudem soll der DAAD dafür sorgen, dass die Qualität der bestehenden Kooperationshochschulen in Tunesien, Ägypten, Syrien und Jordanien etabliert wird.

Darüber hinaus hat das Auswärtige Amt mit den Staaten Tunesien und Ägypten so genannte Transformationspartnerschaften ins Leben gerufen, die sich an den landesspezifischen Bedürfnissen und Prioritäten orientieren. In deren Rahmen sind bereits zahlreiche Projekte in Zusammenarbeit mit ägyptischen bzw. tunesischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen auf den Weg gebracht worden, die allen voran auf die Förderung des demokratischen Dialogs, unabhängige Menschenrechtsarbeit und freie Medienarbeit abzielen.⁷ Ferner sollen jeweils für die Jahre 2012 und 2013 im Haushalt des Auswärtigen Amtes 50 Mio. EUR für die Transformationsprozesse in der Region bereitgestellt werden.

Speziell in Bezug auf Ägypten hat die Bundesregierung zuletzt einen Schuldenerlass in Höhe von 240 Mio. EUR zugesagt. Die Schuldensumme soll stattdessen in beiderseitig vereinbarte Reformmaßnahmen, insbesondere den Aufbau demokratischer Institutionen,

investiert werden. In seinem Strategiepapier vom August 2011 erkennt das Auswärtige Amt bzw. die Bundesregierung zudem die Komplexität der momentanen Situation, die einen klugen Umgang, einen anhaltenden Lernprozess und eine Überprüfung aller Instrumente erfordere. Zudem hat sie darin angedeutet, den Fokus ihres Engagements - nicht zuletzt aufgrund begrenzter Ressourcen und Kapazitäten - vorerst auf Tunesien und Ägypten zu beschränken. Zudem verspricht sich die Bundesregierung davon eine Modellfunktion.

Europäische Unterstützung: Auch auf europäischer Ebene haben die EU-Mitgliedsstaaten mittel- und langfristige Unterstützung für die Transformationsprozesse in Aussicht gestellt. Dies betrifft vor allem Hilfe bei der Durchführung von Wahlen, Maßnahmen zur Erholung der Wirtschaft und Wiederaufbau des Tourismussektors sowie Maßnahmen zur einvernehmlichen Regelung von Migration und Mobilität.⁸

Zwischen 2011 und 2013 wird die Europäische Nachbarschaftspolitik zudem zusätzliche finanzielle Mittel von 1,24 Mrd. EUR zu den bereits eingeplanten 5,7 Mrd. EUR freisetzen, jedoch für den gesamten Nachbarschaftsraum, nicht nur für die arabischen Transformationsstaaten. Diese Gelder sollen insbesondere auf den Ausbau der interkulturellen Beziehungen, die sozioökonomische Entwicklung in ländlichen Gebieten, den Fortschritt beim Aufbau von Institutionen und die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) hinarbeiten.⁹

Um Partnerstaaten bei der Lösung kurzfristiger finanzieller Probleme unter die Arme zu greifen, ist es möglich, dass makrofinanzielle Hilfen bereitgestellt werden. Zudem soll das Zuständigkeitsgebiet der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) auf die Staaten im Mittelmeerraum ausgedehnt werden und die maximale Kreditver-

⁷ Für nähere Informationen zu den Transformationspartnerschaften mit Tunesien und Ägypten siehe die Homepage des Auswärtigen Amtes www.auswaertiges-amt.de.

⁸ Vgl. Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand, Europäische Kommission, Brüssel 2011.

⁹ Die acht Millenniums-Entwicklungsziele wurden im Jahr 2000 zusammen mit 21 Unterzielen und 60 Indikatoren zu ihrer Messung auf dem UN-Millenniumsgipfel beschlossen. Dazu gehören die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen, die Senkung der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern, die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Siehe dazu: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen: Offizielle Liste der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele, <http://www.un.org/Depts/german/millennium/MDG-Indikatoren.pdf>, New York 2010, abgerufen am 26.08.2011.

gabe der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 1 Mrd. EUR auf 6 Mrd. EUR zwischen 2011 und 2013 angehoben werden. Zudem engagierten sich die EU-Mitglieder Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien im Rahmen des G8-Gipfel von Deauville im Mai 2011 für das dort beschlossene *Deauville Partnership Programme*, das sowohl ein politisches als auch ein ökonomisches Maßnahmenpaket umfasst. Ersteres zielt auf die Unterstützung von Reformen für einen demokratischen Übergang, während letzteres parallel Wirtschaftsreformen und nachhaltiges Wachstum fördern soll. An den etwa 20 Mrd. US-Dollar umfassenden Hilfen beteiligen sich neben Weltbank, Internationalem Währungsfonds und anderen auch europäische Finanzinstitutionen wie EIB bzw. EBRD. Der Betrag ist angedacht für den Zeitraum zwischen 2011 und 2013 und wird im Rahmen bereits bestehender Formate und Institutionen verwendet.

V. Ausblick und Perspektiven

Die Entwicklungen, die die arabischen Umbrüche mit sich bringen, haben keine Auswirkungen auf die deutsche und europäische Interessenagenda an sich. Die Interessen, die Deutschland und die EU vor den aktuellen Entwicklungen in der Region hatten, bleiben nach wie vor bestehen. Was sich aber ändert, ist jetzt das plötzliche Auftreten einer einmaligen Gelegenheit, nach Jahrzehnten überwiegend autoritärer Herrschaft in der Region die Gunst der Stunde zu nutzen und die arabischen Transformationsgesellschaften bei ihrer Forderung nach mehr politischer Mitsprache und Gehör, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Wahrung von Menschenrechten sowie der Eröffnung neuer sozioökonomischer Perspektiven tatkräftig zu unterstützen und damit den Grundstein für das vordringlichste deutsche und europäische Interesse in der Region zu legen, nämlich nachhaltige Stabilität durch demokratische Strukturen und Prozesse. Dass dieses primäre Ziel die Basis für die Vermeidung oder Lösung vieler Nachfolgeprobleme ist, wurde oben gezeigt.

Nachhaltige Stabilität kann nur durch langfristig angelegte wirtschaftliche und politische Transformationsprozesse in den Staaten der Region verwirklicht werden. Deshalb sollte sich die deutsche und europäische Politik nicht der Illusion hingeben, durch kurzfristig gedachte Stabilisierungsmaßnahmen zur

Stützung autoritärer Regierungssysteme in der Region ihre Interessen auf Dauer erfolgreich verfolgen zu können. Zudem würde sie sich in der politischen Öffentlichkeit mit ihren permanenten Forderungen nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten selbst diskreditieren und bei den Bevölkerungen der Region erheblich an Glaubwürdigkeit einbüßen.

Will sie sich unangenehme Folgen in Zukunft ersparen, muss die deutsche und europäische Politik auf die Karte des langfristigen demokratischen und wirtschaftlichen Wandels in den arabischen Staaten setzen. Sicherlich bringen diese Entwicklungen eine beträchtliche Menge an Ungewissheit und Unsicherheit mit sich. Auf lange Sicht könnten diese Entwicklungen aber weitaus mehr Sicherheit bezüglich einer erfolgreichen Verfolgung deutscher und europäischer Interessen in der Region entsprechen.

Es ist richtig, dass die deutsche und europäische Politik nicht nur auf humanitäre Sofort- und Stabilisierungsmaßnahmen setzt, sondern bereits angedeutet hat, auch mittel- und längerfristige Maßnahmen zur Unterstützung der Prozesse demokratischer und wirtschaftlicher Transformation in der Region anzuvizieren. Zudem muss sie den Zeitraum zwischen Beginn des Barcelona-Prozesses 1995 und dem Beginn des „Arabischen Frühlings“ kritisch unter die Lupe nehmen, Versäumnisse aufdecken, aus vergangenen Fehlern Lehren ziehen, diese Erfahrungen in ihre aktuellen Entscheidungen einbeziehen und ihre bisherigen Programme gegebenenfalls korrigieren und anpassen.

Allzu viel Zeit sollte sie sich dabei auch nicht lassen, denn es ist wahrscheinlich, dass in Zukunft eher mehr als weniger Akteure in der Region auf den Plan treten, die ihren Handlungsspielraum einschränken werden. Wie sehr andere Akteure den Handlungsspielraum deutscher und europäischer Politik eingrenzen, wird vor allem deutlich an den diversen Sonderbeziehungen, die z.B. die USA oder ehemalige Kolonialmächte wie Frankreich oder Großbritannien mit Staaten in der Region hegen.

Dass ein Ansatz, der für alle Staaten in der Region gleichermaßen Anwendung findet, kontraproduktiv ist, hat sich während der EMP gezeigt. Die Mittelmeerländer, die die EU um-

geben, sind äußerst heterogen. Der einheitliche Ansatz förderte massive Interessenkonflikte zwischen den Mittelmeeranrainern zutage, beispielsweise zwischen relativ ressourcenreichen Staaten wie Algerien und auf Finanzhilfen angewiesene Staaten wie Tunesien und Marokko. Hier hat sich gezeigt, dass große Lösungen nicht greifen, sondern kleine, aber beharrliche und effektive Schritte gegangen werden sollten. Dies sollte berücksichtigt werden, indem länderspezifische Ansätze gefunden werden.

In Zukunft wird die EU auch einen intensiveren Dialog mit anderen geopolitischen Akteuren mit gewichtigem Einfluss in der Region suchen müssen. Die USA, Russland, China, die Türkei, Iran oder die arabischen Golfstaaten sind hier nennenswerte Staaten, die ihre Einflussphären in der Region besitzen und diese auch zukünftig wahren wollen. Demzufolge werden Deutschland und die EU eine neue Dialogstrategie im Umgang mit unliebsamen Gesprächspartnern suchen müssen. Als Beispiel sei Iran genannt, dessen Einfluss in der Region stetig zunimmt. Mit bleibender Blockadehaltung der „westlichen Staatengemeinschaft“ dürfte sich der Konflikt mit Iran nicht lösen lassen und er erschwert gleichzeitig die Kooperation mit Staaten wie dem Libanon oder Syrien. Auch die Diskussion um eine eventuelle militärische Aufrüstung Saudi-Arabiens ist hierbei wohl ein irritierendes Signal der Bundesregierung, die sich durch die öffentliche Diskussion um das umstrittene und nicht eindeutig belegte Panzergeschäft mit der größten Golfmonarchie in Erklärungsnot brachte.

Eine Herausforderung für die Bundesregierung wird gleichzeitig darin bestehen, den schmalen Grat zwischen hinreichender Unterstützung und der Wahrnehmung von außen erzwungener Demokratisierung zu finden. Die Initiatoren und Teilhaber an den arabischen Umbrüchen wollen am Ende nicht den Eindruck haben, man habe sie ihrer „Revolution“ beraubt. Dementsprechend wird hier seitens deutscher und europäischer Außen- und Entwicklungspolitik ein gewisses Maß an Zurückhaltung außerordentlich wichtig sein, um dem Vorwurf vom „westlichen Werteimperialismus“ und „zwanghaft aufoktrozierter Demokratie“ zu entgehen. Dieses Erfordernis scheint die Bundesregierung erkannt zu haben, denn im Strategiepapier des Auswärtigen Amtes vom August 2011 bezieht sie sich darauf.

Eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland bzw. der EU und den arabischen Staaten im militärischen und im Bereich der inneren Sicherheit sollte sich am Grad der umgesetzten Demokratisierung des militärpolitischen Sektors orientieren. Militär darf kein Instrument der Machtpolitik eines Regimes sein, insofern unterscheiden sich die Sicherheitskulturen demokratisch und autoritär regierter Staaten. Der militärpolitische Sektor muss zuerst ziviler Partizipation und demokratischer Kontrolle zugänglich gemacht werden.

Auch der Einbezug zur politischen Realität zweifellos dazugehöriger islamistischer Akteure in partizipative, demokratische Strukturen dürfte die Europäer ein gewisses Maß an Überwindung kosten, aber er ist absolut notwendig. Er dürfte auf lange Sicht islamistische Bewegungen zu mehr politischem Pragmatismus drängen und die Terrorgefahr in Europa und Deutschland verringern. Außerdem sollte vermieden werden, einen indigenen Zusammenhang zwischen dem Engagement politischer Islamisten und einer erhöhten Radikalisierung der jeweiligen Gesellschaften herzustellen. In vielen arabischen Ländern gehören islamistische Akteure zu einem zivilgesellschaftlichen Umfeld, verorten sich als pluralistische, wandlungsfähige und konstruktiv am Wandlungsprozess partizipierende Akteure und müssen als politische Alternativen und Realitäten wahr und ernst genommen werden. Dies beweist nicht nur die Muslimbruderschaft in Ägypten, die aufgrund ihres sozialen, politischen und karitativen Engagements längst zu einer wichtigen und zu integrierenden Größe in der politischen Landschaft Ägyptens geworden sind. Die Formel, Muslimbrüder würden zu einem islamischen Staat und damit zu einer antiwestlichen und radikalen Ausrichtung sich transformierender Systeme führen, erscheint eindimensional, pauschalisierend und entbehrt nicht nur in Ägypten jeglicher Grundlage. Allerdings wird die Rolle der Religion in den Transformationsstaaten eine weiterhin gewichtige Rolle spielen. Ein quasi-automatischer Zusammenhang zwischen Islam, Islamismus und Terrorismus besteht aber keineswegs.

Die Tatsache, dass demokratische Systeme ihre Konflikte öfter friedlich lösen als autoritäre Regime und durch ihren partizipativen Charakter auch Minderheiten eine Stimme schenken, dürfte die arabischen Staaten weitaus stabiler machen, vor allem auch auf lange

Sicht. Damit könnten sich auch Flüchtlingsströme aus Krisenregionen und somit die Gefahr islamistisch motivierter Gewalt und organisierter Kriminalität vermeiden lassen.

An dieser Stelle muss an die Bundesregierung und die Europäische Union appelliert werden, mehr auf Nachhaltigkeit ihrer politischen Entscheidungen zu setzen, anstatt nur kurzfristige Auswirkungen im Blick zu haben.

Dabei sollte die deutsche und europäische Politik diese Entwicklungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost weniger als Risiko und Unsicherheitsfaktor interpretieren, als vielmehr im Sinne einer Chance oder einer Herausforderung zur Nutzung einer historischen Gelegenheit, die ihnen die arabischen Gesellschaften im Wandel momentan bieten.

Jan Zimmermann

VI. Literaturangaben

AL-ANANI, KHALIL, ZEIDAN, ZEIDAN ALI *et al.*: The Future of the Mediterranean. Which Way for Europe and North Africa?, in: *Europe in Dialogue*, 01 (2011), Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2011.

ARBEITSSTELLE POLITIK DES VORDEREN ORIENTS: Proteste, Revolutionen, Transformationen. Die arabische Welt im Umbruch, in: *Working Papers* (2011) 01, Berlin 2011.

ASSEBURG, MURIEL: Der Arabische Frühling. Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2011.

AUSWÄRTIGES AMT: Außenpolitik. Regionale Schwerpunkte Naher und Mittlerer Osten, Maghreb, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/Uebersicht_node.html, abgerufen am 09.08.2011.

AUSWÄRTIGES AMT: Der Umbruch in Ägypten und Tunesien. Vorbild für die arabische Welt – Chance für Europa, Berlin 2011.

BEHR, TIMO: Europe and the Arab World. Towards a Principled Partnership, in: *C.A.Perspectives*, 02 (2011), Center for Applied Policy Research, München 2011.

BENDIEK, ANNEGRET: Wenn es Europa ernst ist, <http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/wenn-europa-es-ernst-meint.html>, abgerufen am 09.08.2011.

BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.): Deutschland, Europa und die arabisch-islamische Welt. Interessen und Handlungsschwerpunkte, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2006.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG: Was wir machen. Naher Osten und Nordafrika, http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/naher_osten_nordafrika/index.html, abgerufen am 09.08.2011.

DE VASCONCELOS, ALVARO (HRSG.): The Arab democratic wave. How the EU can seize the moment, European Union Institute for Security Studies, Paris 2011.

EUROPÄISCHE KOMMISSION / HOHE VERTRETERIN DER EU FÜR AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK: Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand, Europäische Kommission, Brüssel 2011.

HANELT, CHRISTIAN-PETER, MÖLLER, ALMUT: How the European Union can Support Change in North Africa, in: *Spotlight Europe*, 01 (2011), Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2011.

- HEESE, BENJAMIN: Die Union für das Mittelmeer. Zwei Schritte vor, einen zurück?, in: Kleger, Heinz (Hrsg.): *Region – Nation – Europa*, Band 59, Berlin 2009.
- HEINRICH BÖLL STIFTUNG: People's Power. The Arab World in Revolt, in: *Perspectives*, 02 (2011), Beirut / Ramallah 2011.
- MÜLLER-HENNIG, MARIUS: Internationales Engagement in Libyen. Jenseits von Flugverbot und Militärschlägen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2011.
- PERTHES, VOLKER: Ein Pakt für Arbeit, Ausbildung und Energie, <http://www.swp-berlin.org/de/kurz-gesagt/ein-pakt-fuer-arbeit-ausbildung-und-energie.html>, abgerufen am 09.08.2011.
- DERS.: Politischer Umbruch im Nahen Osten. Die Neuordnung der Welt, <http://www.de.qantara.de/Die-Neuordnung-der-Welt/15949c16140i1p234/>, abgerufen am 09.08.2011.
- RATKA, EDMUND: Den demokratischen Aufbruch in Tunesien unterstützen und Europas Akteursfähigkeit stärken. Handlungsempfehlungen für die deutsche Außenpolitik, in: *C.A.P. Aktuell*, 01 (2011), Centre for Applied Policy Research, München 2011.
- SCHÄFER, ISABEL: Revolution bei den südlichen Nachbarn. Zeit für eine neue Politik der EU gegenüber der arabischen Welt, Tunis 2011.
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Außenhandel 2010. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, <http://www.destatis.de>, Wiesbaden 2011, abgerufen am 11.08.2011.
- STEIN, SHIMON: The EU and Recent Events in the Southern Mediterranean, The Institute for National Security Studies, Tel Aviv 2011.
- STEINBERG, GUIDO (HRSG.): Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik. Interessen, Strategien, Handlungsoptionen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2009.
- YOUNGS, RICHARD: What not to do in the Middle East and North Africa, in: *Fride Policy Brief* (2011) 70, Madrid 2011.

Vorstand der Deutschen Orient-Stiftung

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes

Henry Hasselbarth
Vice President North & Central Europe (a. D.) Emirates Airlines

Dr. Michael Lüders
Islamwissenschaftler
Mitglied des Beirates im NUMOV
Michael Lüders Nahostberatung

Helene Rang
Geschäftsführender Vorstand des NUMOV
Helene Rang & Partner

Weitere Mitglieder des Vorstandes

His Excellency Ali Bin Harmal Al Dhaheri
Chairman of the Executive Board of Governors
Abu Dhabi University

Martin Bay
Deutsche Bahn International
Vice Chairman Qatar Railways
Development Co.

Prof. Dr. Christina von Braun
Vorsitzende des Lehrstuhls für Kulturgeschichte
und Gender Studies
Humboldt Universität zu Berlin
Kulturwissenschaftliches Seminar

Elke Hoff, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Saffet Molvali
Eren Holding A.S.

Dr. Gunter Mulack
Direktor und Mitglied des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger
Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Bernd Romanski
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes im NUMOV
Mitglied des Vorstands HOCHTIEF Solutions AG

Abdulaziz Sager
Chairman
Gulf Research Center

Dr. Gerhard Schäfer
Leiter Wirtschaft und Politik (a. D.)
Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG

Prof. Dr. Susanne Schröter
Institut für Anthropologie / Exzellenz-Cluster
„Herausbildung normativer Ordnungen“
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Rainer Schwarz
Sprecher der Geschäftsführung
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung

Präsident

Günter Gloser, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Stellvertretender Präsident

Prof. Dr. Mathias Rohe
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Juristische Fakultät

weitere Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Abdul Ghaffar Yousef
Präsident der Kingdom University in Bahrain

Sheikha Abdulla Al Misnad, Ph.D.
Präsident der Qatar University

Dr. Kilian Bälz, LL.M

Oliver Berben
Geschäftsführer
MOOVIE - the art of entertainment GmbH

Dr. Ralf Brauksiepe
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Brinkmann
Journalist

Jürgen Chrobog
Vorsitzender des Vorstandes
BMW Stiftung Herbert Quandt

Thomas Ellerbeck
Mitglied des Beirates im NUMOV
Direktor Unternehmenskommunikation und Politik

Prof. Dr. Friedhelm Gehrman
Steinbeis Universität Berlin
Institut "Global Consulting and Government"

Abdurrahim Güleç
Stellv. Geschäftsführer im NUMOV

Stephan Hallmann
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen
HR Politik und Zeitgeschehen
Aussenpolitik

Dr. Peter Klaus
Mitglied des Vorstandes der KfW a.D.

Dr. Christian Koch
Direktor für Internationale Beziehungen
Gulf Research Center

Burkhardt Müller-Sönksen, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Prof. Detlef Prinz
Inhaber
PrinzMedien

Dr. Nicolas Christian Raabe
Vorstand NUMOV Juniorenkreis

Gerold Reichle
Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Gerhard Sabathil
Direktor für Strategie, Koordination und Analyse
Generaldirektion Außenbeziehungen Relex-L
Europäische Kommission

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Peter Scholz
Vizepräsident Amtsgericht Tiergarten
Honorarprofessor der Freien Universität Berlin

Oltmann Siemens
Repräsentant der Weltbank a.D.

Dr. Max Stadler, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Dr. Willi Steul
Intendant des Deutschlandradio

Juergen Stotz
Deutsches Nationales Komitee des Weltenergieerates (DNK)

RA Rainer Wietstock
PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vorstand des Nah- und Mittelost-Vereins- NUMOV

Ehrenvorsitzender

Dr. Gerhard Schröder
Bundeskanzler a.D.

Geschäftsführender Vorstand

Helene Rang
Inhaberin
Helene Rang & Partner

Vorsitzender

Martin Bay
Qatar Railway Development Co.
DB International

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Martin Herrenknecht
Vorsitzender des Vorstandes
Herrenknecht AG

Dr. Norbert Kloppenburg
Mitglied des Vorstandes
KfW Bankengruppe

Bernd Romanski
Mitglied des Vorstandes
HOCHTIEF Solutions AG

Jens-Ove R. Stier
Geschäftsführer
Winterstein-Kontor GmbH

Mitglieder des Vorstandes

Martin Bachmann
Mitglied des Vorstands
Wintershall Holding AG

Jürgen Chrobog
Staatssekretär a. D.
Vorsitzender des Vorstandes
BMW Stiftung Herbert Quandt

Burkhard Dahmen
Mitglied des Vorstandes
SMS Siemag AG

Klaus Eberhardt
Vorsitzender des Vorstandes
Rheinmetall AG

Dr. Bernd Eisenblätter
Mitglied der Geschäftsführung
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Joachim Enenkel
Vorsitzender des Vorstandes
Bilfinger Berger SE

Dieter Ernst
Inhaber
RWL Water Group

Jürgen Fitschen
Mitglied des Vorstandes
Deutsche Bank AG

Michael Glos, MdB
Bundesminister für Wirtschaft und
Technologie a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestags

Marc Hall
Geschäftsführer Bayerngas GmbH

Elke Hoff, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestags

Joachim Hörster, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages

Michael Ludwig
Mitglied des Vorstandes
Verbundnetz Gas AG

Martin Marsmann
Head of International Business
UniCredit Bank AG

Hartmut Mehdorn
Vorsitzender des Vorstandes
Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG

Jürgen Sander
Geschäftsführer
VEM Motors GmbH

Maria-Elisabeth Schaeffler
Gesellschafterin
Ina-Holding Schaeffler KG

Paul Schockemöhle Pferdehaltung GmbH
Paul Schockemöhle
Inhaber

Werner Schoeltzke
ENTRACON AG

Matthias Müller
Vorsitzender des Vorstandes
Porsche AG

Günther Mull
Geschäftsführer
DERMALOG Identification Systems GmbH

Erich Staake
Vorsitzender des Vorstandes
Duisport AG

Prof. Dr. Rainer Schwarz
Sprecher der Geschäftsführung
Berliner Flughäfen

Dr. Jochen Weise
Mitglied des Vorstandes
E.ON Ruhrgas AG

Dr. Monika Wulf-Mathies
Inhaberin
wulf.mathies.consult

Ehrenvorstandsmitglied, 1998 - 2005

Hans-Jürgen Wischnewski †
Bundesminister / Staatsminister a.D.

Beirat des Nah- und Mittelost-Vereins- NUMOV

Peter Dingens
Botschafter a.D.

Rudolf Dreßler
Botschafter a.D.

Thomas Ellerbeck
Direktor Unternehmenskommunikation und Politik
Vodafone D2 GmbH

Dr. Henryk Frystacki
Siemens AG, a.D.

Wilfried H. Graf
Arab Bank AG, a.D.

Dr. Gabriela Guellil, Botschafterin
Islamwissenschaftlerin

Dr. Jürgen Hellner
Botschafter a.D.
Near and Middle East Consultant

Herbert Honsowitz
Botschafter a.D.

Wolfgang Kenntemich
Chefredakteur MDR

Marc Landau
Geschäftsführer
Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer

Dr. Michael Lüders, Islamwissenschaftler
Michael Lüders Nahostberatung

Dr. Gunter Mulack
Botschafter a.D.
Direktor Deutsche Orient-Stiftung

Bernd Mützelburg
Botschafter a.D.
AAIN – Ambassadors Associates
International Networking GmbH

Dr. Jürgen K. Nehls
Giesecke & Devrient a.D.

Dietmar Ossenberg
Auslandschef der ZDF Redaktion
Zweites Deutsches Fernsehen

Michael Pfeiffer
Germany Trade and Invest GmbH

Bernhard von der Planitz
Chef des Protokolls a.D.
Auswärtiges Amt

Klaus Rollenhagen
Hauptgeschäftsführer
Verband Beratender Ingenieure

Andreas von Stechow
Botschafter a.D.
Arbeitsstab Außenwirtschaftsberatung

Knut Witschel
Managing Director & Head Near & Middle East/Africa a.D.
Deutsche Bank AG

Karl Heinz Wittek
Botschaftsrat a.D.

IMPRESSUM

Studie des Deutschen Orient-Instituts

Der „Arabische Frühling“

Auslöser, Verlauf, Ausblick

Herausgeberin:

Helene Rang

Gesamtverantwortlicher Projektleiter:

Sebastian Sons

Redaktion:

Abdurrahim Gülec

Autoren der Analysen:

Vorwort: Sebastian Sons (September 2011)

Tunesien: Samira Akrach und Tugrul von Mende (August 2011)

Ägypten: Sophie Awrege Vender (August 2011)

Libyen: Sebastian Sons (September 2011)

Algerien: Samira Akrach (September 2011)

Marokko: Samira Akrach (September 2011)

Syrien: Alexander Rieper mit Bearbeitung von Johannes Struck und Sebastian Sons (September 2011)

Libanon: Samira Akrach und Tutku Güleriyüz (September 2011)

Jordanien: Benedikt van den Woldenberg (September 2011)

Irak: Katharina Schmoll (August 2011)

Palästinensische Autonomiegebiete: Matthias Canzler (September 2011)

Saudi-Arabien: Sebastian Sons (August 2011)

Jemen: Peter Schmitz (September 2011)

Bahrain: Johannes Pupke (August 2011)

Vereinigte Arabische Emirate: Denise Pinquett (September 2011)

Katar: Alina Mambrey (September 2011)

Oman: Ivo Lisitzki (August 2011)

Kuwait: Alina Mambrey (September 2011)

Türkei : Ludwig Schulz (September 2011)

Deutschland, die Europäische Union und der „Arabische Frühling“: Jan Zimmermann (September 2011)

Layout und Graphiken:

Hui Pieng Lie

Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation

-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-

gegründet / founded by NUMOV 1960

doi@deutsches-orient-institut.de

www.deutsches-orient-institut.de

Jägerstraße 63 D - 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30-20 64 10 21 - Fax: +49 (0)30-30 64 10 29

Copyright: Deutsches Orient-Institut

Alle Rechte vorbehalten.

Es wurden keine Abbildungen, Kopien oder
Übertragungen gemacht ohne Erlaubnis der Autoren.

Erscheinungsdatum: September 2011